

"Die Union wirkt orientierungslos"; Politikwissenschaftler Claus Leggewie wirft der CDU vor, mit ihrem neuen Grundsatz-programm AfD-Inhalte nachzubeten - etwa beim Thema Islam. "Migrationsstress" entstehe vor allem durch die Verkennung der Ursachen

Die Welt

Dienstag 19. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 246

Length: 1274 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Claus Leggewie, 73, ist Politikwissenschaftler. Er war von 2007 bis 2017 Direktor des Kulturwissenschaftlichen Institutes Essen. Leggewie ist Autor zahlreicher Bücher und Mitherausgeber der "Blätter für Deutsche und Internationale Politik".

WELT:

Drückt sich in der heutigen Stärke der AfD eine bedrohliche Instabilität unserer Demokratie aus - oder ist diese Stärke vielleicht nur Ausdruck schwieriger Zeiten, die auch wieder vorübergehen, Herr Leggewie?

Claus Leggewie:

Kassandra kann realistisch keine Entwicklung sehen, bei der auch nur eine einzige der "multiplen Krisen" abklingen würde: Die Folgen des Klimawandels und Artensterbens werden drastischer, neue Pandemien kommen, der klassische Wohlfahrtsstaat geht bankrott, Putin, Xi Jinping und die Islamisten setzen ihren Angriff auf den Westen fort. Weil ich nicht Kassandra sein will: Man kann diese Herausforderungen bestehen, die Gefahren sind abwendbar. Aber es wäre fatal, die Wiederkehr alter Zeiten zu versprechen.

Muss man nicht erleichtert sein über die stabilen 30 Prozent, die die Union bei Umfragen erhält? Sie ist wie das letzte Leuchtfeuer der europäischen Konservativen und kann sich noch Volkspartei nennen, im Unterschied zur SPD.

Nicht wirklich. Die Union hat die strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren und wirkt orientierungslos. Wenn sie nicht achtgibt, droht ihr das Schicksal der französischen Republicains, der spanischen PP, der Forza Italia, der PiS, die

"Die Union wirkt orientierungslos" Politikwissenschaftler Claus Leggewie wirft der CDU vor, mit ihrem neuen Grundsatzprogramm AfD-Inhalte nachzubeten - etwa bei....

schon bis zur Unkenntlichkeit mit der radikalen Rechten verwoben oder, wie die Grand Old Party (die US-Republikaner, d. Red.), von einem potenziellen Autokraten fast widerstandlos gekapert worden sind.

Aber die CDU ist doch anders als die von Ihnen genannten Parteien, sie ist eben nicht radikal! Ihr Kollege Thomas Biebricher ist der Überzeugung, Konservative hülfen politisch in Koalitionen, Wandel nicht als Bedrohung zu empfinden. Er spricht von Glaubwürdigkeit und Autorität, um politische Energien in "halbwegs konstruktive Bahnen zu lenken". Ohne CDU geht doch eigentlich nichts in Deutschland?

Rot-Grün hat nicht gerade den Gegenbeweis angetreten. Schwarz ging jedoch nur mit Grün, also mit ökologischer Selbstaufklärung. Grüne sind jetzt aber zum Hauptgegner erklärt worden, und das Grundsatzprogramm der Union betet in Teilen AfD-Positionen nach und wirkt wie ein verkapptes Koalitionsangebot. Wenn Konservative der AfD dankbar sind, dass sie "Tabus" gebrochen und die Union zur Aufgabe ihres "Linkskurses" gezwungen habe, ist das ein Spiel mit dem Feuer.

Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie die Bemühungen der Nach-Merkel-CDU nur als AfD-Appeasement sehen.

"Entmerkelung" war doch das erklärte Jagdziel der AfD. Die Kanzlerin hat kapitale Fehler gemacht, aber eben nicht in der von der AfD ausgeschlachteten Migrationspolitik. Vielmehr hat sie mit SPD-Unterstützung die Abhängigkeit von Russland und China in dem Maße gesteigert, wie sie die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr verringert hat.

Die Schriftstellerin Nora Bossong, 41, schrieb vor zwei Jahren ein Buch mit dem Titel "Die Geschmeidigen. Meine Generation und der neue Ernst des Lebens". Wo stehen Robert Habeck, Annalena Baerbock (beide Grüne) und Christian Lindner (FDP) heute? Wieso gelingt der Ampel nicht die Formulierung eines gemeinsamen Ziels?

Lindner sehe ich eher am Abgrund seiner dogmatischen Politikverweigerung und einer nichtssagenden Technologieoffenheit. Die FDP hat den Kurs der "Fortschrittskoalition" längst verlassen, betreibt lieber Opposition, die Mitgliederinitiative unterstreicht das. Von Habeck und Baerbock kann man objektiv und subjektiv mehr erwarten, wenn sie dem immensen Druck standhalten. Habeck ist doch der Einzige, der den Deutschen reinen Wein einschenkt und dabei Aufbruchstimmung verbreitet.

Die FDP verweigert sich in der Tat, nämlich dem endlosen Schuldenmachen. Und was an Technologieoffenheit "nichtssagend" sein soll, müssen Sie uns auch erklären.

Thema Schulden: Da gäbe es milliardenschwere Entlastungen bei fossilen Subventionen, dem Abbau von Steuerprivilegien und eine gerechtere Fiskalpolitik. Diese Art Schuldenbremse, angeblich im Namen der nächsten Generation, verhökert in Wahrheit deren Zukunftschancen. Thema Technologie: offen sind die Liberalen für technische Trugschlüsse eines "Weiter so!" (Automobilität) und "Mehr davon!" (Digitalisierung). Und der Haushaltskompromiss ist ein regelrechter Anschlag auf die Klimawende.

Wie werden die Grünen diese große Vertrauenskrise verarbeiten und überstehen? Sie sind ja noch immer eine junge Partei.

Und doch sehr reif. Die Herausforderung ist eine andere: Die aktiven oder latenten Angehörigen der "Last Generation" von einer parlamentarischen Strategie zu überzeugen und zugleich ihr Störpotenzial für ökologische Reformen zu nutzen. Die einstigen Volksparteien waren und sind dazu nicht fähig. Das zeigt der Koalitionsvertrag der hessischen GroKo.

Die SPD wirkt alt, verbraucht und fantasielos. Der aktuelle Parteitag erschien wie aus einer früheren Welt. Keine andere Partei hat so sehr an Vertrauen verloren, trotz fortwährender Regierungsarbeit.

Wie schon seit den 1970er-Jahren prophezeit, ist das sozialdemokratische Jahrhundert vorbei. Die Volksparteien schrumpfen, und an die Stelle des geschwächten Duopols der rechten und linken Mitte ist eine neue Spaltungslinie zwischen libertären Ökologen und identitären Wutbürgern getreten.

"Die Union wirkt orientierungslos" Politikwissenschaftler Claus Leggewie wirft der CDU vor, mit ihrem neuen Grundsatz-programm AfD-Inhalte nachzubeten - etwa be....

Alle, die nicht grün sind, sind Wutbürger? Nehmen Sie denn nicht die Stimmung in der Gesellschaft wahr? Es ist die Migration, die Bürger in ganz Europa zuallererst umtreibt, und eben nicht das Klima: Der französische Politikwissenschaftler Dominique Reynié sieht darin ein totales Versagen der traditionellen Parteien wegen falsch verstandener Toleranz, auch dem drohenden Islamismus gegenüber. Kann man diese Fehler in Deutschland noch korrigieren, sogar wiedergutmachen?

Jetzt mal langsam. Migrationsstress entsteht primär durch die Verkennung der Migrationsursachen und, schlimmer noch, durch die permanente Enttäuschung der Hoffnungen, man könne Europa abschotten. Und ja, die Islamisten, die im Kern selbst identitäre Rechte sind, wurden in der Tat unterschätzt oder ignoriert. Das sich gerade abzeichnende Bündnis mit Teilen der Linken ist verhängnisvoll. Das müsste vor allem den Frauen auffallen. Aber darauf zu reagieren, der Islam gehöre jetzt doch nicht mehr zu Deutschland, wie im neuen CDU-Programm angedeutet, ist albern.

Noch mal: Was, wenn der Konservatismus so etwas wie der Retter oder zumindest Hüter der Demokratie ist? Man muss sich ja als Linksliberaler nicht immer nur an den streitbaren Herren Merz oder Söder abarbeiten.

Sie halten mich offenbar für einen linken Rechtenfresser! Nachweislich von allem, was ich seit Jahren geschrieben und gesagt habe, liegt mir viel an der Union, um deren Perspektivlosigkeit ich mir nun ernsthaft Sorgen mache. Und da weiß ich eine Menge Unionsabgeordnete und -mitglieder auf meiner Seite. Zum Hüter der Demokratie wird man nicht, wenn man die Halbierung der AfD-Wählerschaft verspricht und sie auch dank eigener Fehler in kurzer Zeit verdoppelt. Ein Retter der Demokratie ist man auch nicht, wenn man einen Aiwanger einem schwarz-grünen Bündnis vorzieht. Insofern muss man die beiden Kanzler in spe schon fragen, wie sie die berühmte Brandmauer definieren und hochhalten wollen.

Dass es auch einen inneren Zusammenhang zwischen dem AfD-Zuwachs und grüner Politik geben könnte, das kommt Ihnen nicht in den Sinn?

Aber ja doch, ich sprach ja gerade von der neuen Spaltungslinie AfD versus Grüne! Und da muss die Union Stellung beziehen. Da besteht eine klare Polarität, aber die wütende Polarisierung kommt einzig von der AfD.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Friedrich Merz, CDU-Chef und Vorsitzender der Unions-Fraktion im Bundestag

Load-Date: December 18, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Letzte Generation nach der Razzia: Aktivistengruppe fühlt sich bestärkt ++ Plan der Ampel-Koalition: Polizeibeauftragter für den Bund ++ Außenpolitik ++ Ukraine-Krieg: 36 Drohnen abgefangen ++ Zuwanderung nach Großbritannien: Rekordhöhe erreicht ++ Chinesischer Hackerangriff: US-Infrastruktur ausspioniert ++ Wissen ++ Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt: Anlage in Leuna geplant ++ Keine Corona-Impfung mehr für Kinder: Neue Empfehlungen der Stiko ++ Wirtschaft und Geld ++ Wohnungsbau in der Krise: Aufträge drastisch eingebrochen ++ Europäischer Gaspreis: Auf Zwei-Jahres-Tief ++ Italienische Airline ITA: Lufthansa steigt ein ++ Zigarettenhersteller Philip Morris: Abschied von der Marlboro ++ Energie-Investitionen: Solarenergie ist das neue Öl ++ Tag an der Börse: Dax bleibt angeschlagen ++ Sport ++ Borussia Dortmund: "Reus kann einen Meilenstein setzen" ++ Eishockey-Weltmeisterschaft: Deutsches Team im Halbfinale ++ TV-Rechte für Basket- und Handball: Dyn schließt Vertrag mit ARD/ZDF ++ Kultur und Gesellschaft ++ Migration und Rassismus: Ausstellung in der Bundeskunsthalle ++ Verdächtiger Brief an Habeck: Polizeirevier geräumt ++ Brandanschlag von Solingen: Mahnung zum 30. Jahrestag ++ Auto von Baum beschädigt: Stadt muss Schaden ersetzen

Die Welt

Freitag 26. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 101

Length: 2952 words

Body

Innenpolitik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

Schengen-Abkommen in Gefahr

Faeser dringt auf EU-Asylsystem

Deutschland und Österreich mahnen angesichts eines steigenden **Migrationsdrucks** schnelle Fortschritte bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen **Asylsystems** an. "Ich sehe Schengen in Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, in den nächsten Monaten dort wirklich zu einer Einigung zu kommen", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach einem Treffen mit ihrem Wiener Kollegen Gerhard Karner in Berlin. Ihre Hoffnungen setzen beide auf das nächste Treffen der Innenminister der Europäischen Union am 8. Juni in Luxemburg. "Wir müssen auf europäischer Ebene einen Schritt vorwärtskommen", mahnte Faeser. In Deutschland wurden in den ersten vier Monaten des Jahres 110.516 **Asylerstanträge** registriert. Das sind gut 78 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten Antragsteller kamen aus den Ländern Syrien und Afghanistan. Aus dem Land am Hindukusch kommen aber auch außerhalb des **Asylsystems** regelmäßig Menschen nach Deutschland. Was es damit auf sich hat, erfahren Sie auf Seite 4.

Streit über Heizungsgesetz

FDP hat 77 Fragen eingereicht

Im Streit über das Heizungsgesetz will Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Vertreter der Fraktionen der Ampel-Koalition zu einem klärenden Gespräch einladen. Das Treffen solle "zeitnah" erfolgen, sagte eine Sprecherin des Ministeriums am Donnerstag auf Anfrage. Demnach hat die FDP am Donnerstag bei dem Ministerium 77 Fragen zum Gebäudeenergiegesetz eingereicht. "Diese Fragen werden bearbeitet und selbstverständlich beantwortet", sagte die Sprecherin. "Weil Fragen zu Nachfragen führen, wird der Minister die Vertreter der drei Fraktionen zeitnah zu einem Gespräch einladen." Einen genauen Zeitpunkt nannte die Sprecherin nicht. Die FDP hatte mit Verweis auf inhaltliche Mängel des Habeck-Entwurfs verhindert, dass die erste Lesung des Gesetzentwurfs zum Einbau klimafreundlicher Heizungen für diese Woche auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt wurde.

Letzte Generation nach der Razzia

Aktivistengruppe fühlt sich bestärkt

Die bundesweite Razzia gegen die "Letzte Generation" hat nach Angaben der Klimaaktivisten eine Welle der Unterstützung ausgelöst. Die Gruppe sei seit "gestern stärker als je zuvor", schrieb die Letzte Generation in einer Mitteilung. Nach den groß angelegten Durchsuchungen am Mittwoch hatten die Aktivisten in vielen Städten zu Protestmärschen, unter anderem in Berlin und München, aufgerufen. Die Demonstration in der Hauptstadt am Mittwochabend sei die größte bislang gewesen, hieß es weiter. Mehrere hundert Teilnehmer waren gekommen. Zudem habe die Klimaschutzgruppe viele Spenden erhalten und kündigte an, ihre Proteste auszuweiten. Aktivist Raphael Thelen sagte in der ARD: "Wir wachsen und wir werden unseren Protest weiter ausweiten, weil wir machen das ja nicht zum Spaß." Unionspolitiker fordern inzwischen eine stärkere Beobachtung der "Letzten Generation" durch den Verfassungsschutz. Welche Probleme sich dabei ergeben, erfahren Sie auf Seite 4.

Plan der Ampel-Koalition

Polizeibeauftragter für den Bund

SPD, Grüne und FDP haben sich auf Eckpunkte für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Schaffung eines oder einer Bundespolizeibeauftragten beim Bundestag verständigt. Er oder sie soll für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und die Polizei beim Bundestag zuständig sein, wie aus den am Donnerstag vorgestellten Plänen hervorgeht. Aufgabe des oder der Beauftragten soll es sein, strukturelle Mängel und Fehlentwicklungen zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Die Polizei müsse eine neue Fehler- und Arbeitskultur entwickeln, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, Irene Mihalic. Der neue Beauftragte soll

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

vergleichbar dem Wehrbeauftragten des Bundestages für fünf Jahre vom Parlament gewählt werden. An ihn wenden können sich Polizisten, wenn sie Mängel erkennen.

Außenpolitik

Ukraine-Krieg

36 Drohnen abgefangen

Die Ukraine hat in der Nacht zu Mittwoch 36 Drohnen des Typs Shahed aus iranischer Produktion abgeschossen und damit alle russischen Luftangriffe abgewehrt. "Der Feind setzte 36 Shaheds ein", schrieb Präsident Wolodymyr Selenskyj auf Telegram. "Keine von ihnen hat ihr Ziel erreicht." Ziele der Drohnenangriffe waren der ukrainischen Luftwaffe zufolge militärische Einrichtungen und kritische Infrastruktur im Westen des Landes. Auch im Luftraum um die Hauptstadt Kiew seien mehrere Drohnen abgefangen worden, sagt der Leiter der Kiewer Militärverwaltung. Es war der zwölfte Angriff auf Kiew in diesem Monat. Unterdessen hat der Anführer einer Miliz nach den jüngsten Attacken auf Ziele in der russischen Grenzregion weitere Vorstöße angekündigt. Mehr über ihn und seine Truppe erfahren Sie auf Seite 6.

Zuwanderung nach Großbritannien

Rekordhöhe erreicht

Die Zahl der Migranten nach Großbritannien ist auf Rekordhöhe gestiegen. Im vergangenen Jahr seien 1,2 Millionen Menschen in das Vereinigte Königreich gezogen, 557.000 hätten es verlassen, teilte das nationale Statistikamt mit. Damit bleibe eine Nettozuwanderung von 606.000 nach knapp 500.000 im Jahr zuvor. Zu den Ursachen hieß es, es seien 2022 zahlreiche wegen der Corona-Pandemie erlassenen Beschränkungen wieder aufgehoben worden. Mehr als 160 000 Menschen seien im Rahmen von Sonderprogrammen für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Verfolgte in Hongkong ins Land gekommen. Die hohe Nettozuwanderung bringt ein Thema der Brexit-Debatte wieder auf den Tisch. Brexit-Befürworter hatten vor dem Referendum 2016 argumentiert, ein Austritt aus der EU werde Großbritannien die Kontrolle über seine Grenzen zurückgeben, sodass es die Zahl der Zuwanderer begrenzen könne. Lesen Sie einen Kommentar dazu auf Seite 8.

Chinesischer Hackerangriff

US-Infrastruktur ausspioniert

Eine staatlich unterstützte chinesische Hackergruppe hat westlichen Geheimdiensten und dem Technologieriesen Microsoft zufolge kritische US-Infrastruktur ausspioniert. Ziel der Hacker seien etwa Telekommunikation und Verkehrsknotenpunkte gewesen, erklärten Microsoft und die Geheimdienste. Wie viele Einrichtungen betroffen waren, war zunächst nicht klar. Der US-Geheimdienst NSA teilte mit, er habe mit Kanada, Neuseeland, Australien und Großbritannien zusammengearbeitet. Im Visier der Hacker stand laut dem US-Konzern auch die zu den USA gehörende Insel Guam im Pazifik, auf der sich strategisch wichtige US-Militärstützpunkte befinden. Einen solchen Hackerangriff abzuwehren, könnte schwierig sein, schrieben die Experten. Bei einem Konflikt in der Region Asien-Pazifik ist die Insel strategisch äußerst wichtig.

Wissen

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Anlage in Leuna geplant

In Sachsen-Anhalt soll in Zukunft zu strombasierten Kraftstoffen geforscht werden. Nach einer umfangreichen Analyse habe das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) den Chemiepark Leuna als Standort für den Bau einer Forschungsanlage ausgewählt, um zeitnah strombasierte Kraftstoffe in industriellem Maßstab herstellen zu können, teilte das DLR in Köln mit. Mit Unternehmen und weiteren Forschungseinrichtungen sollen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

großtechnische Verfahren entwickelt und getestet werden. "Strombasierte Kraftstoffe sind - neben alternativen Antrieben und weiteren Verbesserungen bei Effizienz und Nutzung - eine wichtige Säule für eine klima- und umweltverträgliche Mobilität, insbesondere für den Flug- und Schiffsverkehr", sagte die DLR-Vorsitzende Anke Kaysser-Pyzalla.

Keine Corona-Impfung mehr für Kinder

Neue Empfehlungen der Stiko

Für gesunde Säuglinge, Kinder und Jugendliche empfiehlt die Ständige Impfkommission (Stiko) angesichts der abgeschwächten Pandemie-Lage künftig keine Corona-Impfung mehr. Gesunden Erwachsenen bis 59 Jahren und Schwangeren werden keine weiteren Auffrischimpfungen empfohlen - sie sollten aber eine Basis-Immunität erreicht haben. Menschen ab 60 hingegen sollten einen jährlichen Booster bekommen. So sehen es die erneuerten Empfehlungen für die Covid-19-Impfung der Stiko vor, die das Robert Koch-Institut (RKI) am Donnerstag veröffentlichte. Mit den Neuerungen nimmt die Stiko die Covid-19-Impfung in ihre allgemeinen Impfempfehlungen 2023 auf.

Wirtschaft und Geld

Wohnungsbau in der Krise

Aufträge drastisch eingebrochen

Die Krise im Wohnungsbau zeigt sich zusehends auch an der Auftragslage: Die neuen Aufträge für den Wohnungsbau schrumpften im März im Vergleich zum Vorjahr um fast 40 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Seit April 2022 sinkt der reale Auftragseingang im Wohnungsbau im Vergleich zum Vorjahresmonat durchgehend zweistellig, wie das Statistikamt erklärte. Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe erklärte: "Wir haben seit einem halben Jahr vom Auftragsbestand gezehrt, jetzt fehlen die Anschlussaufträge." Jetzt drohten Unterauslastung, Kurzarbeit und Beschäftigungsabbau. Lesen Sie dazu auch unseren Bericht von Andreas Macho auf Seite 14.

Europäischer Gaspreis

Auf Zwei-Jahres-Tief

Der Preis für europäisches Erdgas hat den tiefsten Stand seit fast zwei Jahren erreicht. Am Donnerstag wurde der richtungsweisende Terminkontrakt TTF zur Auslieferung in einem Monat an der Börse in Amsterdam bei 25,80 Euro je Megawattstunde (MWh) gehandelt. So günstig war Erdgas zuletzt im Juni 2021. Experten erklärten die Entwicklung unter anderem mit einer Überversorgung und wollten einen weiteren Preisrückgang nicht ausschließen. Der Preis für europäisches Erdgas befindet sich seit Ende des vergangenen Jahres in einem Abwärtstrend. In der Spur wurde im vergangenen Sommer ein Rekordpreis von mehr als 300 Euro je MWh gezahlt.

Italienische Airline ITA

Lufthansa steigt ein

Die Lufthansa steigt nach langen Verhandlungen bei der italienischen Airline ITA Airways ein. Der Staat und der Konzern vereinbarten eine Minderheitsbeteiligung, wie beide Seiten am Donnerstag mitteilten. Demnach wurde eine Einigung zum Erwerb von zunächst 41 Prozent für 325 Millionen Euro erzielt. Laut Lufthansa sieht die Vereinbarung auch "verschiedene Optionen zum Aufstocken der Anteilshöhe beziehungsweise zum vollständigen Erwerb der ITA Airways durch die Lufthansa Group" vor. Für die italienische Regierung ist der Einstieg der Lufthansa ein Erfolg: ITA Airways war aus der zahlungsunfähigen Fluggesellschaft Alitalia hervorgegangen.

Zigarettenhersteller Philip Morris

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

Abschied von der Marlboro

Der Tabakkonzern Philip Morris International will das Geschäft mit der klassischen Tabakzigarette auslaufen lassen und nur noch Tabakerhitzer sowie elektronische Zigaretten für Flüssigkeiten anbieten. Dies kündigte Markus Essing, der Vorsitzende der Geschäftsführung bei Philip Morris in Deutschland und Österreich, in Berlin an. Das Unternehmen werde in Zukunft ausschließlich Risiko reduzierte Produkte verkaufen. Ein Zeitpunkt dafür wird jedoch nicht genannt. Philip Morris ist in Deutschland mit einem Anteil von 37 Prozent Marktführer bei Tabakzigaretten. Mit dem Produkt IQOS kommt der Konzern auf einen Verkaufsanteil von fünf Prozent, schreibt Birger Nicolai auf Seite 12.

Energie-Investitionen

Solarenergie ist das neue Öl

Die Investitionen in Solarenergie werden nach Einschätzung der Internationalen Energiebehörde (IEA) erstmals die Ausgaben für die Ölproduktion übertreffen. Nach einem neuen Bericht der IEA werden weltweit mehr als eine Milliarde Euro in neue Photovoltaik-Anlagen ausgegeben - pro Tag. Doch die Öl-Investments steigen auch, obwohl sie sich zur Erreichung der Klimaziele bis zum Jahr 2030 halbieren müssten. Und die weltweite Nachfrage nach Kohle habe 2022 ein Allzeithoch erreicht. Zudem würden die Kohleinvestitionen das angestrebte Niveau um das Sechsfache übersteigen. Mehr über die Hintergründe lesen Sie auf Seite 12.

Tag an der Börse

Dax bleibt angeschlagen

Den Kursrutsch am Vortag müssen die Dax-Anleger am Donnerstag offenbar erst noch verdauen. Zum Xetra-Schluss sank der Leitindex um 0,3 Prozent auf 15.794 Punkte. Technisch ist das Bild trüber geworden, auch wenn sich der Index der 40 deutschen Topwerte von seinem Tageshoch bei 15.726 Punkten wieder berappeln konnte. Der sich hinziehende Streit über die Erhöhung der Staatsschuldengrenze in den Vereinigten Staaten hat die Märkte weiter im Griff, zehrt an den Nerven der Anleger und bremst die Kurse aus. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 11.

Sport

Borussia Dortmund

"Reus kann einen Meilenstein setzen"

Marco Reus ist einer der besten deutschen Fußballer der vergangenen Dekade. Doch haftet der Karriere des fast 34-jährigen Profis ein Makel an: Der Kapitän von Borussia Dortmund, der die WM 2014 und damit den Weltmeister-Titel wegen einer schweren Verletzung verpasst hatte, wurde auch noch nie Deutscher Meister. BVB-Boss Hans-Joachim Watzke würde sich speziell auch über einen Meistertitel für ihn freuen. "Das ist keine Frage, dass er damit einen Meilenstein setzen kann", sagte der Geschäftsführer von Borussia Dortmund dem TV-Sender Sky: "Mit Borussia Dortmund deutscher Meister zu werden, ist eine andere Kategorie." Als Spitzenspieler und mit zwei Punkten Vorsprung auf den FC Bayern gehen die Dortmunder am Samstag in den letzten Spieltag im eigenen Stadion gegen Mainz 05. Nach zehnjähriger Münchner Dominanz ist für die Dortmunder der erste Meistertitel seit 2012 möglich. Lesen Sie dazu unseren Bericht auf Seite 16.

Eishockey-Weltmeisterschaft

Deutsches Team im Halbfinale

Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft hat das Halbfinale der Weltmeisterschaft erreicht. Die Auswahl von Bundestrainer Harold Kreis besiegt am Donnerstag in Riga die Mannschaft der Schweiz mit 3:1 Toren. Die Treffer für das DEB-Team erzielten Maximilian Kastner (7. Minute), John-Jason Peterka (38.) und Nico Sturm (39.). Der

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

zwischenzeitliche Ausgleich gelang dem Schweizer Jonas Siegenthaler (21.). Über weite Strecken bestimmte das DEB-Team mit einer überragenden Leistung das Geschehen. Dabei war die Schweiz als klarer Favorit ins Spiel gegangen. Mit acht NHL-Stars waren die Eidgenossen souverän Erster ihrer Vorrundengruppe geworden. Nun haben die Deutschen am Wochenende die Chance auf die erste WM-Medaille seit 1953. Im Halbfinale treffen sie am Samstag auf die US-Amerikaner, die das tschechische Team 3:0 besiegt. Die beiden weiteren Halbfinalteilnehmer wurden erst nach Redaktionsschluss ermittelt.

TV-Rechte für Basket- und Handball

Dyn schließt Vertrag mit ARD/ZDF

Der neue Sport-TV-Anbieter Dyn (gehört wie WELT zur Axel Springer SE) hat eine umfangreiche Vereinbarung mit ARD und ZDF geschlossen. Die öffentlich-rechtlichen Sender dürfen dank Sub-Lizenzen über ihre gemeinsame Sportrechte-Agentur SportA bewegte Bilder mehrerer Bundesligaspieler zeigen. Das gab Dyn am Donnerstag bekannt. Die Vereinbarung umfasst laut Mitteilung TV- und Internet-Rechte für bis zu zwölf Spiele der Basketball-Bundesliga und des Pokals sowie für bis zu zwölf Spiele der Handball-Bundesliga und des Pokals. Zum Paket gehören zudem Zweitliga-Handball und Tischtennis sowie weitere Rechte.

Kultur und Gesellschaft

Migration und Rassismus

Ausstellung in der Bundeskunsthalle

Die Bundeskunsthalle in Bonn beleuchtet ab heute in einer neuen Ausstellung die Themen Migration und Rassismus in Deutschland. Im Zentrum der Schau mit dem Titel "Wer wir sind. Fragen an ein Einwanderungsland" steht der strukturelle Rassismus in Deutschland, sagte Kuratorin Johanna Adam. Die Schau, die bis zum 8. Oktober zu sehen ist, reflektiert in neun Abschnitten unter anderem die Frage, wer oder was deutsch ist, welchen Zugang Menschen mit Migrationsgeschichte zu Bildung, Kultur und Wohnraum haben. Zudem erinnert die Schau an rassistische Gewalt. Zu sehen sind neben zahlreichen dokumentarischen Fotografien rund 300 Objekte und Dokumente.

Verdächtiger Brief an Habeck

Polizeirevier geräumt

Wegen eines an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) adressierten Umschlags mit einem weißen Pulver ist ein Polizeirevier in Flensburg geräumt worden. Ein Bürger habe den zuvor in der Kreisgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen eingegangenen Briefumschlag am Mittwoch auf der Wache abgegeben, sagte ein Polizeisprecher. Wegen des verdächtigen Inhalts habe die Polizei die Feuerwehr gerufen. Es folgte ein aufwendiger Einsatz, der erst nach knapp drei Stunden beendet wurde. Um was für ein Pulver es sich handelte, war zunächst unklar. Nach einer Untersuchung seien gefährliche chemische und radioaktive Substanzen ausgeschlossen worden, sagte eine Polizeisprecherin. Die Ermittlungen dauerten noch an.

Brandanschlag von Solingen

Mahnung zum 30. Jahrestag

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat dazu aufgerufen, die Erinnerung an den Brandanschlag von Solingen am 29. Mai 1993 wachzuhalten. An dem Tag hatten vier junge Neonazis aus Ausländerhass das Haus der türkeistämmigen Familie Genç in Solingen angezündet. Zwei Frauen und drei Mädchen starben. "Erinnern bedeutet auch, aus der Vergangenheit zu lernen und jeden Tag dafür einzustehen, dass Hass, Hetze und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz in unserer Gesellschaft haben", sagte Wüst. Die Tat rief weltweit Entsetzen hervor.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

Auto von Baum beschädigt

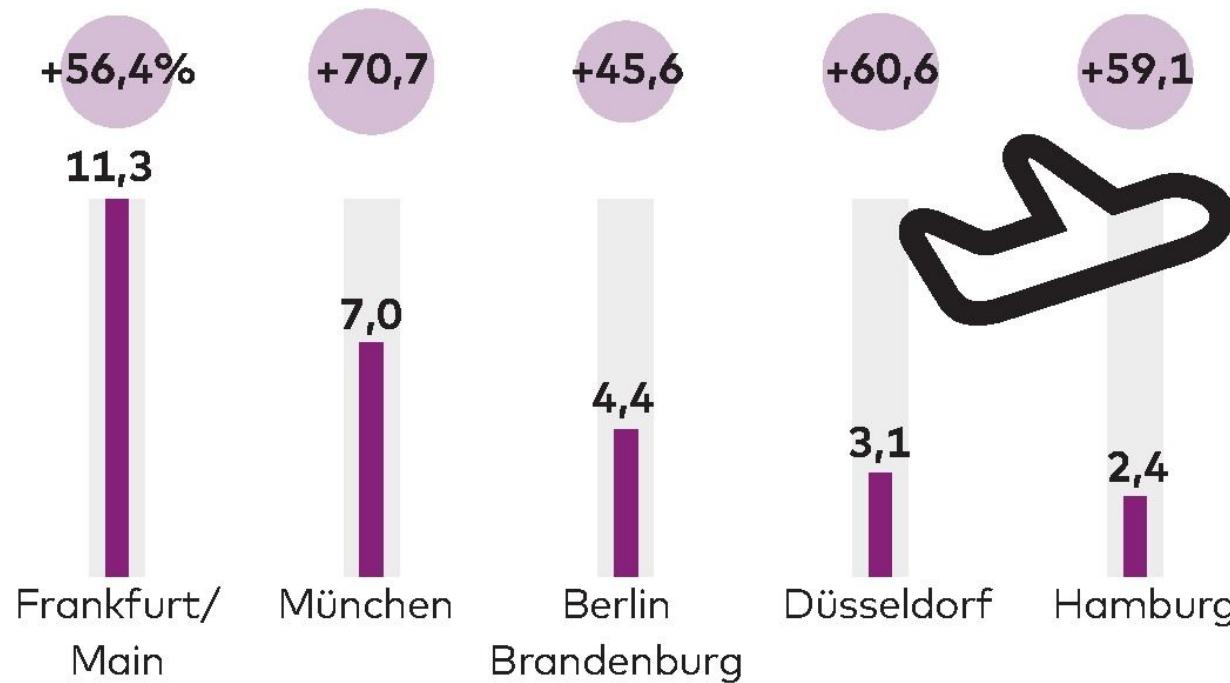
Stadt muss Schaden ersetzen

Die Stadt Frankfurt am Main muss Schadenersatz für ein Auto zahlen, das durch einen herabfallenden Ast einen Totalschaden erlitt, weil eine Untersuchung der Krone des Baums pflichtwidrig unterlassen wurde, urteilte das Frankfurter Oberlandesgericht. Im August 2019 parkte die Klägerin in einem Wohngebiet. Von einer Robinie auf dem Bürgersteig brach in der Nacht der Ast ab und fiel auf das Fahrzeug. Die Stadt hatte den Baum zuletzt im August 2018 kontrolliert. Das Landgericht verurteilte die Stadt zur Zahlung von rund 6500 Euro. Diese Entscheidung bestätigten die Richter am Oberlandesgericht. Da die Stadt trotz sichtbarer gesundheitlicher Schäden des Baums die Krone nicht gesondert untersuchte, muss sie haften.

LUFTFAHRT IN DEUTSCHLAND

Flughäfen im Aufwind

Anzahl der Passagiere auf den größten Verkehrsflughäfen in Deutschland, Jan. - Mrz. 2023 (in Millionen) und Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

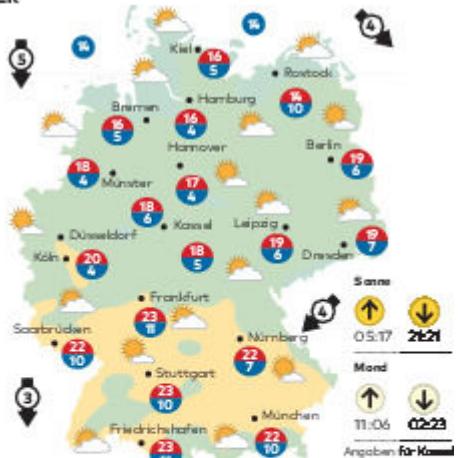


WELT

Quelle: Statista/ADV

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Schengen-Abkommen in Gefahr: Faeser dringt auf EU-Asylsystem ++ Streit über Heizungsgesetz: FDP hat 77 Fragen eingereicht ++ Let....

WETTER



Mehr Sonnenschein als Wolken

Wetter: Zu Tagesbeginn lösen sich einzelne Nebelfelder vor allem im Süden Niedersachsens und an den Alpen zu. Später gibt es überall viel Sonnenschein bei oft nur geringer Bewölkung. Nur in den Alpen halten sich Wölken sowie eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für Schauer oder Gewitter. Die Temperaturen erreichen am Nachmittag Höchstwerte von 15 bis 24 Grad.

Blauwetter: Zurzeit hat das Wetter einen positiven Einfluss auf Herz und Kreislauf. Vor allem Patienten mit Neigung zu hohen Blutdruckwerten können mit einer Entlastung rechnen. Auch sonst gibt es kaum weiter bedeutsame Beschwerden. Die Sonne hebt die Stimmung.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: May 25, 2023

End of Document

Wie Ibrahim A. im Behörden-Wirrwarr vom Radar verschwand; Schwere Versäumnisse führten dazu, dass das Verfahren zum Widerruf des Schutztitels vom Brokstedt-Tatverdächtigen stockte. Wie können solche Lücken im System verhindert werden?

Die Welt

Dienstag 7. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 27

Length: 1164 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Schon lange vor seiner mutmaßlichen Messerattacke im Zug bei Brokstedt lieferte der aus Gaza stammende Ibrahim A. Hinweise auf seine Gewaltbereitschaft. Nicht nur, dass er dreimal verurteilt wurde und erst sechs Tage vor der Tat Ende Januar wegen eines früheren Messerangriffs in einem Hamburger Gefängnis einsaß: Am Sonntagabend machte die Hamburger Justizbehörde bekannt, dass der heute 33-Jährige im August 2022 gegenüber einem Bediensteten geäußert haben soll: "Es gibt nicht nur einen Anis Amri, es gibt mehrere, ich bin auch einer."

Dieser Hinweis darauf, dass der psychisch labile Palästinenser den islamistischen Tunesier Amri, der das Attentat auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz 2016 begangen hatte, zum Vorbild nahm, geht laut der Behörde aus seiner Gefangenpersonalakte hervor. Dennoch kam Ibrahim A. bis zu seiner mutmaßlichen Bluttat mit zwei Toten bei Brokstedt nicht für eine Abschiebung infrage, weil der Schutztitel des anerkannten **Asylbewerbers** noch nicht entzogen worden war. Ein entsprechendes Widerrufsverfahren hatte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) zwar angestoßen. Doch weil die Behörde nicht wusste, dass A. in Hamburg in Untersuchungshaft saß, scheiterten drei Zustellversuche mit einer Einladung zur Anhörung in diesem Verfahren, wie WELT berichtet hatte.

Inzwischen wird mehr darüber bekannt, wie es zu diesem schweren Behördenfehler bei der Mitteilung der Adressdaten kommen konnte: Nachdem Ibrahim A. im Januar 2022 in Hamburg während eines Streits vor einem Wohnheim einem anderen Mann mit einem Messer in Hals und Arm gestochen hatte, kam er in die Haftanstalt Billwerder. Wie die Hamburger Justizbehörde WELT mitteilt, "erfolgte noch im Januar 2022 eine Information der Hamburger Ausländerbehörde durch die Untersuchungshaftanstalt als Aufnahmeanstalt". Das heißt, ab diesem Zeitpunkt wusste neben der Haftanstalt auch die Hamburger Ausländerbehörde, wo Ibrahim A. sich aufhielt. Allerdings wurde die neue "Adresse" aber nicht an die für A. zuständige Ausländerbehörde in Kiel weitergeleitet.

Wie Ibrahim A. im Behörden-Wirrwarr vom Radar verschwand Schwere Versäumnisse führten dazu, dass das Verfahren zum Widerruf des Schutztitels vom Brokstedt-Tatve....

Deswegen konnte das BAMF, als es versuchte, über Kiel den Aufenthaltsort von A. zu erfahren, um ihn im Verfahren zum Entzug seines Schutztitels anzuhören, auch nicht erreichen. Ebenso konnte das BAMF auch nicht den neuen Aufenthaltsort von Ibrahim A. aus dem Ausländerzentralregister ablesen, weil dieser dort nicht eingetragen worden war. Die Hamburger Justizbehörde erläutert WELT: "Eine Verpflichtung der Justizvollzugsanstalten zur Übermittlung von Daten unmittelbar an das Ausländerzentralregister besteht nicht."

Erst am 4. Mai 2022 erfuhr die Kieler Ausländerbehörde von den Hamburger Kollegen den Aufenthaltsort des Palästinensers. Warum dies mehrere Monate dauerte, erklärt die Hamburger Justizbehörde so: Es habe zuvor seitens der Justizvollzugsanstalt Billwerder "mehrere erfolglose Versuche einer telefonischen Kontaktaufnahme" zur Ausländerbehörde Kiel gegeben, so ein Sprecher. Deshalb sei Kiel am 4. Mai "schriftlich kontaktiert" worden. Am 6. Mai habe die Kieler Ausländerbehörde im Hamburg um Informationen gebeten, "seit wann sich der Insasse in Untersuchungshaft befindet, wo sein gewöhnlicher Aufenthalt war und ob er sich schon länger in Hamburg aufgehalten habe. Diese Fragen wurden noch am selben Tag beantwortet und bei der Ausländerbehörde ein Telefontermin mit Herrn A. angeregt. Darauf antwortete die Ausländerbehörde Kiel nicht."

Laut der Ausländerbehörde Kiel stimmt es zwar, dass sie am 4. Mai von der Haftanstalt Billwerder die Nachricht erhielt, dass Ibrahim A. dort in U-Haft sitzt. "Die erwiderte Nachfrage nach dem bisherigen gewöhnlichen Aufenthaltsort und die Dauer der U-Haft" sei seitens Billwerder aber "nicht beantwortet" worden. Kiel verweist auch darauf, dass Hamburg die "gemäß Paragraf 87 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes vorgesehene unverzügliche Unterrichtung der Landeshauptstadt Kiel als zuständige Ausländerbehörde über Erlass eines Haftbefehls und Erhebung der öffentlichen Anklage" versäumt habe.

Klar ist jedenfalls, dass dem BAMF die Adresse bis zur Tat von Brokstedt nicht übersendet wurde. Laut dem innenpolitischen Sprecher der FDP im Bundestag, Stephan Thomae, ist "das Ausländerzentralregister das zentrale System für alle ausländerrechtlichen Daten. Darauf haben alle am Asylverfahren beteiligten Behörden Zugriff. Auch der Aufenthaltsort eines registrierten Asylbewerbers ist hier vermerkt. Das ist aber natürlich nur dann nützlich, wenn die eingetragenen Daten auch vollständig und aktuell sind." Es gebe bereits umfangreiche, rechtliche Pflichten für Behörden, Anschriften auf dem aktuellen Stand zu halten. Diese müssten "sorgfältig und genauestens eingehalten" werden, um Lücken wie im Fall Brokstedt zu verhindern.

Andrea Lindholz (CSU), stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, verweist darauf, dass der Datenaustausch über das Ausländerzentralregister 2019 per Gesetz verbessert worden sei. "Unter anderem haben wir die aktuelle Anschrift in die Grunddaten im Ausländerzentralregister aufgenommen, die allen öffentlichen Stellen zur Übermittlung zur Verfügung stehen. Der Fall in Brokstedt zeigt, dass es offensichtlich weiteren Verbesserungsbedarf gibt, insbesondere mit Blick auf Personen, die das Asylverfahren abgeschlossen haben." Lindholz ist "sehr dafür, eine solche Meldepflicht für die Behörden vor allem bei Straftätern ernsthaft zu prüfen und umzusetzen". Es dürfe nicht sein, dass die Behörden "solche Informationen nicht systematisch untereinander austauschen können". Schon heute wird die aktuelle Anschrift von Asylzuwanderern in das Ausländerzentralregister eingetragen. Allerdings dürfen anerkannte Asylbewerber wie Ibrahim A. nach drei Jahren im Land ihren Aufenthaltsort selbst wählen. Er war aus Nordrhein-Westfalen nach Schleswig-Holstein gezogen, versäumte dort aber Termine bei der Ausländerbehörde und verschwand deshalb vom Radar der zuständigen Behörde in Kiel.

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Gottfried Curio, hält es nicht für "notwendig, das Ausländerzentralregister zu einer Art umfassenden Parallelmelderegister auszubauen. Vielmehr sollten die Behörden von den bestehenden Möglichkeiten Gebrauch machen und ihre bestehenden Meldepflichten auch tatsächlich umfassend und zeitnah erfüllen." Im Falle von Strafverfahren bestehe eine Meldepflicht nach Paragraf 87 des Aufenthaltsgesetzes. "Dass der Informationsfluss im Falle von Ibrahim A. nicht funktioniert hat, erscheint eher als ein Problem der mangelhaften Umsetzung seitens der beteiligten Behörden, denn als eines der Gesetzeslage." Clara Bünger, rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion, warnt davor, den "entsetzlichen Messerangriff" zu nutzen, "um Geflüchtete und Eingewanderte pauschal unter Verdacht zu stellen und noch stärker zu überwachen". Es benötige mehr "Investitionen in soziale Betreuungsangebote" anstatt "aufenthaltsrechtlicher Verschärfungen". Bünger sagt: "Abschiebungen lösen keine sozialen Probleme."

Wie Ibrahim A. im Behörden-Wirrwarr vom Radar verschwand Schwere Versäumnisse führten dazu, dass das Verfahren zum Widerruf des Schutztitels vom Brokstedt-Tatve....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Gedenken an die tödliche Messerattacke: Kerzen und Blumen in einem Wartehäuschen im Bahnhof Brokstedt

Load-Date: February 6, 2023

End of Document

Noch viele Unklarheiten um die neue Bezahlkarte; Asylbewerber sollen in Deutschland künftig weniger Bargeld bekommen. Details dazu fehlen aber bisher

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 217

Length: 886 words

Byline: Karsten Seibel

Body

Vor mehr als einem Monat bekamen einige Beamte im Bundesfinanzministerium von Christian Lindner (FDP) einen Spezialauftrag: Sie sollten prüfen, wie sich verhindern lässt, dass **Geflüchtete** das Geld, das sie hierzulande vom Staat bekommen, in ihre Heimatländer überweisen. Schlagwort: "Financial Blocking".

Ein abschließendes Ergebnis der Prüfung gibt es bis heute nicht. Es wird jetzt auch nicht mehr gebraucht. Die Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) einigten sich beim **Flüchtlingsgipfel** in der Nacht zum Dienstag auf die Entwicklung einer Bezahlkarte. Durch sie sollen Bargeldauszahlungen an **Asylbewerber** weitgehend ersetzt werden und so der Anreiz sinken, überhaupt nach Deutschland zu kommen.

Dass eine "intensive Prüfung des Financial Blocking nicht mehr notwendig" sei, wie es nach dem Flüchtlingsgipfel aus dem Finanzministerium hieß, dürfte allen recht sein, nicht zuletzt Finanzminister Lindner. Denn schon vor Wochen war aus dem Bankenlager zu hören, dass eine gezielte Blockade einzelner Überweisungen in bestimmte Länder nur mit einem gewaltigen technischen Aufwand umsetzbar wäre. Zudem nutze, wer Bargeld habe, für Rücküberweisungen selten die Infrastruktur klassischer Banken, sondern jene von Finanzunternehmen wie Western Union und Moneygram.

Mit der Bezahlkarte wollen die Regierenden nun verhindern, dass Asylbewerber überhaupt in den Besitz von Bargeld kommen - zumindest von größeren Beträgen. "Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind sich einig in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuschränken und damit auch Verwaltungsaufwand bei den Kommunen zu minimieren", heißt es in dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz. Wie die Karte genau funktioniert, ist allerdings noch offen. Zunächst soll sich darum eine Arbeitsgruppe kümmern. Ihr Entwurf soll bis 31. Januar 2024 stehen.

Noch viele Unklarheiten um die neue Bezahlkarte Asylbewerber sollen in Deutschland künftig weniger Bargeld bekommen. Details dazu fehlen aber bisher

Nur die Grundidee ist klar: Geflüchtete, deren Asylantrag noch geprüft wird oder die lediglich einen Duldungsstatus haben, können über das Geld von den Sozialbehörden künftig in erster Linie mittels Karte verfügen. Da es notwendige Ausgaben geben könne, die sich nicht per Karte bezahlen lassen, soll es die Option geben, "über einen klar begrenzten Teil des Leistungssatzes auch bar (Taschengeld) verfügen zu können", so die Formulierung, auf die sich die Politiker einigten. Auf den Punkt sollen vor allem die SPD-geführten Länder gedrängt haben.

Unklar ist bislang, wer der Arbeitsgruppe angehört und welches Bundesland die Federführung bei der Entwicklung der Karte hat. Im Bundesfinanzministerium hat man immerhin eine klare Meinung dazu, wer für die Kosten aufkommt. "Wer bestellt, bezahlt", hieß es von dort. Bestellt hätten die Karte die Länder. Ein zweistelliger Millionenbetrag könnte die Entwicklung kosten.

Die Kommunen, also jene, die das Geld in der Praxis an Asylbewerber auszahlen, drängen darauf, dass sie der Arbeitsgruppe angehören. "Wichtig ist eine einfache Handhabung", sagte der Präsident des Deutschen Landkreistages Reinhard Sager. Auch eine bundesweit einheitliche Lösung sei enorm wichtig, ein Flickenteppich müssen verhindert werden.

Das sieht Helmut Dedy, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städetages, genauso. Geklärt werden muss aus seiner Sicht zudem, welche Beträge auf der Karte verfügbar sind. "Sie könnte die monatlichen Sätze für die Bedürfnisse des täglichen Lebens und für den eigenen Haushalt umfassen", sagte Dedy. Es gebe aber auch immer wieder einzelne Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wie Unfall- oder Krankheitskosten, die nicht über solche Karten abgewickelt werden könnten. "Dafür müssten dann weiter Geldleistungen für den Einzelfall organisiert werden."

Ähnliche Vorbehalte äußerte man beim Deutschen Städte- und Gemeindebund. "Notwendig ist eine einfache, bundeseinheitliche und rechtssichere Lösung bei der geplanten Bezahlkarte", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Es müsse sichergestellt sein, dass alle Güter des täglichen, persönlichen Bedarfs jederzeit und überall erworben werden könnten, es keine Beschränkung bei der Auswahl der Händler gebe. Es müssten zudem bereits jetzt die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Funktionen der Karte geschaffen werden. "Sinnvoll wäre mittel- und langfristig ein digitaler Flüchtlingsausweis, der neben der Identität zusätzliche Merkmale, wie etwa den Status des Asylverfahrens oder Informationen zur beruflichen Qualifikation, beinhalten sollte", sagte er.

In den Staatskanzleien der Länder dürfte man schon zufrieden sein, wenn die Arbeitsgruppe sich bis Ende Januar auf ein Modell für eine schlichte Bezahlkarte einigt. Entwickelt werden soll es von den Sparkassen. Dafür machte sich zumindest Helmut Dedy vom Städetag stark. "Auch die Sparkassen sollten in die Gespräche und Planungen mit eingebunden werden", sagte er. Bei den Sparkassen selbst wollte man sich dazu nicht äußern. Vorbilder für eine Bezahlkarte lassen sich im Ausland längst finden. Und auch im Inland gibt es erste Ansätze. So will die Stadt Hannover Geflüchteten ohne eigenes Konto bis Jahresende eine "Socialcard" aushändigen, auf die der Regelsatz geladen wird.

Wichtig ist eine einfache Handhabung Reinhard Sager, Präsident Deutscher Landkreistag

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": Straßenblockaden in Berlin ++ Außenpolitik ++ Nach Baerbocks Äußerung über Xi: China spricht von "Provokation" ++ Gefangenenaustausch mit Iran: Mehrere US-Bürger frei ++ Ukrainisches Verteidigungsministerium: Sechs Vizeminister entlassen ++ Israel: Beschwerde gegen Seibert ++ Sizilien: Migranten verlassen Aufnahmelager ++ Wissen ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Besser auf Corona vorbereitet ++ Grüne künstliche Intelligenz: Gegen das Klima des Schreckens ++ Wirtschaft und Geld ++ Ukraine kündigt Klage an: Streit um Getreideembargo eskaliert ++ Energiewende: Wenig Wärmepumpen verkauft ++ Mobilfunk: 1&1 verschiebt Start von Handynetz ++ Tierwohl: Putenzüchter fürchten Kahlschlag ++ Tag an der Börse: Unsicherheit vor Fed-Sitzung ++ Sport ++ Suche nach Fußball-Bundestrainer: Gespräche mit Kandidaten beginnen ++ FC Schalke 04: Monatelang ohne Keeper Müller ++ Kultur und Gesellschaft ++ "Jüdische Allgemeine": Mehr Umfang, mehr Debatten ++ Berlinale: Roth: Neue Leitung noch 2023 ++ Publikumspreis von Toronto: "American Fiction" gewinnt ++ ARD Plus: Minister kritisiert Bezahlangebot ++ Siebenjähriger in Bremen: Gewaltsamer Tod bestätigt ++ Australien: Surfen mit Python - Geldstrafe

Die Welt

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 182

Length: 2872 words

Body

Innenpolitik

Migrationspolitik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

Gauck sieht "Kontrollverlust"

"Nicht nur an Stellschrauben drehen": Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat sich für eine "neue Entschlossenheit" in der europäischen ***Migrationspolitik*** ausgesprochen. In der ZDF-Sendung "Berlin direkt" sagte Gauck am Sonntagabend, die Politik müsse entdecken, "dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben, um den Kontrollverlust, der offensichtlich eingetreten ist, zu beheben". Eine "neue Entschlossenheit" müsse den Bevölkerungen in Europa den Eindruck vermitteln, dass die Regierungen handlungswillig und -fähig seien. Dazu bedürfe es "offenkundig auch der Debatte neuer Wege". Gauck sprach sich dafür aus, "offen und einladend" zu bleiben. Zugleich rief er dazu auf, Sorgen vor einem Verlust an Sicherheit und Überschaubarkeit ernst zu nehmen. Über die Rolle des amtierenden Bundespräsidenten in der Debatte lesen Sie in der Kolumne "Platz der Republik" oben auf dieser Seite.

Eritreer in Stuttgart

Neue Veranstaltung geplant

Trotz der heftigen Ausschreitungen am Wochenende soll am Samstag eine weitere Eritrea-Veranstaltung in Stuttgart stattfinden. Es gehe auch um die Frage, ob eine Gewalttat den Ausschlag geben dürfe, sagte Johannes Russom vom Verband der eritreischen Vereine in Stuttgart. Der Schutz der Veranstaltung sei eine Aufgabe des Staates. "Er muss als demokratisches Land daran interessiert sein", sagte Russom. In den vergangenen 40 Jahren habe es derartige Veranstaltungen regelmäßig und ohne Zwischenfälle gegeben. Am Rande eines Treffens des Vereins am Samstag war es zu heftigen Ausschreitungen gekommen. Gegner hatten Teilnehmer und vor allem Polizisten angegriffen. Polizei-Vizepräsident Carsten Höfler sprach von einem "Gewaltexzess". Wie die Politik auf den Vorfall reagiert, lesen Sie auf Seite 5.

"Letzte Generation"

Straßenblockaden in Berlin

Manche Autofahrer nahmen die Blockaden gelassen, andere schimpften laut, einzelne wurden handgreiflich: Die Gruppe "Letzte Generation" machte am Montag ihre Drohungen wahr und blockierte nach langer Pause wieder Kreuzungen im Berliner Berufsverkehr. Zum Teil konnten sie erst nach Stunden von Polizisten abgelöst und weggetragen werden. Die Polizei sprach von 20 Straßen- und Kreuzungsblockaden sowie sieben versuchten Blockaden, die verhindert worden seien. 155 Blockierer seien festgestellt worden, sagte eine Polizeisprecherin. Viele hatten sich an die Straße geklebt. Die meisten von ihnen werden wegen Nötigung und Widerstands gegen die Polizei angezeigt. In Einzelfällen versuchten Autofahrer, auf eigene Faust die Straßen freizuräumen. Bei einer Blockadebesprünge ein Mann Demonstranten mit Reizgas und versuchte, sie zu treten, berichtete die Polizei.

Außenpolitik

Nach Baerbocks Äußerung über Xi

China spricht von "Provokation"

Präsident Xi Jinping - ein "Diktator"? Chinas Regierung hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) für eine solche Bezeichnung scharf kritisiert. Baerbocks Äußerungen seien "extrem absurd und eine schwere Verletzung der politischen Würde Chinas und eine offene politische Provokation", sagte Außenamtssprecherin Mao Ning. Peking sei "zutiefst unzufrieden" und werde auf diplomatischem Wege gegenüber der deutschen Seite vorstellig werden. Baerbock hatte am Donnerstag während ihres Besuchs in den USA in einem Interview mit dem US-Sender Fox News über den Krieg in der Ukraine gesprochen und dabei gesagt: "Wenn (Russlands Präsident Wladimir) Putin diesen Krieg gewinnen würde, was wäre das für ein Zeichen für andere Diktatoren auf der Welt, wie Xi, wie den chinesischen Präsidenten? Deshalb muss die Ukraine diesen Krieg gewinnen."

Gefangenenaustausch mit Iran

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

Mehrere US-Bürger frei

Jahrelang saßen sie in Haft - nun hat der Iran im Rahmen eines Gefangenenaustausches fünf US-Staatsbürger freigelassen. Sie befanden sich an Bord eines Flugzeugs auf dem Weg von Teheran nach Katar, sagte ein hochrangiger Mitarbeiter der US-Regierung. Im Gegenzug begnadigen die Vereinigten Staaten demnach fünf Iraner, die wegen "gewaltfreier Straftaten" verurteilt oder angeklagt wurden. Außerdem bekommt der Iran Zugriff auf rund sechs Milliarden Dollar (rund 5,6 Milliarden Euro) aus seinem eigenen Vermögen - das Geld war in Südkorea aufgrund internationaler Sanktionen eingefroren worden.

Ukrainisches Verteidigungsministerium

Sechs Vizeminister entlassen

Rund zwei Wochen nach der Entlassung des bisherigen Verteidigungsministers Olexij Resnikow sind in der Ukraine auch sechs seiner Stellvertreter ihres Amtes enthoben worden. Unter ihnen ist einer Mitteilung der ukrainischen Regierung zufolge auch die bekannte Vizeministerin Hanna Maljar. Nur der Erste Stellvertreter, Alexander Pawljuk, bleibt demnach weiter im Amt. Der neue Verteidigungsminister Rustem Umjerow sprach auf Facebook von einem "Neustart". Resnikow wurde Anfang September entlassen, nachdem seiner Behörde Korruptionsskandale bei der ArmeeverSORGUNG und in den Wehrersatzämtern angelastet worden waren. Der Jurist hatte die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Einen Kommentar dazu finden Sie auf Seite 7.

Israel

Beschwerde gegen Seibert

Israel hat offiziell Beschwerde in Berlin gegen den deutschen Botschafter in Israel, Steffen Seibert, eingelegt. Grund sei Seiberts Teilnahme als Zuschauer bei einer historischen Beratung des Obersten Gerichts in Jerusalem, sagte ein israelischer Repräsentant der Regierung. Dies werde als Einmischung in innere Angelegenheiten gesehen. Israels Oberstes Gericht hatte sich am Dienstag mit dem umstrittenen Justizumbau der rechts-religiösen Regierung befasst. Bei der Sitzung war Seibert als Zuschauer dabei. In einem Video auf X sagte er auf Hebräisch: "Ich denke, etwas Wichtiges passiert hier für Israels Demokratie. Wir als Freunde Israels schauen mit großem Interesse auf das Oberste Gericht." Das Auswärtige Amt verteidigte Seibert gegen die Kritik: Das Verfolgen relevanter politischer Entwicklungen im Gastland sei eine zentrale Aufgabe von Diplomaten.

Sizilien

Migranten verlassen Aufnahmelager

In einem Migranten-Aufnahmelager auf Sizilien haben sich am Montag Medienberichten zufolge chaotische Szenen abgespielt. In der Hafenstadt Porto Empedocle hätten etwa Hundert Migranten das Lager verlassen, meldete die italienische Nachrichtenagentur Ansa. Sie kletterten demnach über Zäune und durchbrachen Absperrungen. Seit einigen Tagen befinden sich in dem Lager mehr als Tausend Menschen, die zuvor auf der kleinen Insel Lampedusa angekommen waren. Die italienische Regierung unter Giorgia Meloni treibt derweil neue Maßnahmen gegen illegale Einwanderung voran. Bei einem Kabinettstreffen am Montag sollte eine Verlängerung der Maximal-Abschiebehaft von drei auf bis zu 18 Monate verabschiedet werden. Die rechtsgerichtete Regierung will dafür sorgen, dass mehr abgelehnte Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Dafür soll auch geplant sein, mehr Abschiebegefängnisse in abgelegenen Regionen einzurichten. Meloni steht unter Druck, weil sie Härte gegen illegale Migration angekündigt hatte. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 6.

Wissen

Gesundheitsminister Lauterbach

Besser auf Corona vorbereitet

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

Zu Hochzeiten der Corona-Pandemie wurde Karl Lauterbach (SPD) von manchen Panikmache vorgeworfen. Nun sieht der heutige Bundesgesundheitsminister Deutschland gut vorbereitet auf eine mögliche weitere Infektionswelle in der kalten Jahreszeit. Er glaube zwar, dass es im Herbst wieder sehr viele Fälle geben werde, sagte Lauterbach. Man sei aber diesmal besser vorbereitet: Es gebe ein Monitoring und eine breite Immunität in der Bevölkerung. Deshalb brauche man beim jetzigen Stand keine Maßnahmen wie etwa Kontakteinschränkungen. Trotzdem sollte sich jeder selbst schützen, appellierte Lauterbach. Seit Montag wird in Deutschland ein an neue Virusvarianten angepasstes Vakzin angeboten. Zur Gruppe derjenigen, für die eine erneute Impfung empfohlen wird, gehören über 60-Jährige, Menschen mit Risikofaktoren oder Begleiterkrankungen.

Grüne künstliche Intelligenz

Gegen das Klima des Schreckens

Als Jugendliche war Nora Gourmelon fasziniert von Klimasimulationen. Um die Karten und Farben zu verstehen, studierte sie zunächst Informatik; um die Rettung des Planeten wollte sie sich später kümmern. Heute forscht die 27-Jährige an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zu grüner künstlicher Intelligenz. Mit ihrer Software berechnet sie die Abbruchkanten von Gletschern. Dadurch könnte der Anstieg der Meeresspiegel vorhergesagt werden. Eine Begegnung mit einer Frau, die die Schönheit der Natur bewahren will: Seite 8.

Wirtschaft und Geld

Ukraine kündigt Klage an

Streit um Getreideembargo eskaliert

Die Entscheidung der Europäischen Kommission, umstrittene Handelsbeschränkungen für ukrainische Getreideprodukte auslaufen zu lassen, sorgt weiter für Streit. Auf die Ankündigung von Polen, Ungarn und der Slowakei, die Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Landwirte auch ohne Zustimmung Brüssels aufrechtzuerhalten und teilweise auszuweiten, folgte nun die Reaktion aus der Ukraine. Taras Kachka, stellvertretender Wirtschaftsminister, kündigte im Interview mit "Politico" eine Klage gegen die drei Länder an. "Es ist wichtig zu beweisen, dass diese Handlungen rechtlich falsch sind", sagte der Handelsbeauftragte. Das Vorgehen Ungarns und Polens sei "ein Ausdruck des totalen Misstrauens gegenüber der Europäischen Kommission". Mehr dazu lesen Sie auf Seite 9.

Energiewende

Wenig Wärmepumpen verkauft

Das Heizungsgesetz sollte den Durchbruch für Wärmepumpen bringen. Doch nun warten viele Verbraucher erst einmal ab - auch, weil eine neue Förderung geplant ist. Bei vielen spielt jedoch auch die allgemeine Unsicherheit eine entscheidende Rolle. Das hat zur Folge, dass die Absatzzahlen bei den deutschen Herstellern von Wärmepumpen einbrechen. Die fordern deshalb nun eine Absenkung des Strompreises in Deutschland. Mehr zu der Forderung der Branche erfahren Sie auf Seite 10.

Mobilfunk

1&1 verschiebt Start von Handynet

Als vierter Handynetzbetreiber in Deutschland will sich 1&1 etablieren - doch noch lässt das Mobilfunknetz des Unternehmens aus Montabaur auf sich warten. Wie 1&1 mitteilte, verschiebt sich der zuletzt für September angepeilte Start nun auf Dezember. Hintergrund ist demnach, dass noch eine für November erwartete Entscheidung der Bundesnetzagentur aussteht. Dabei geht es um die gleichzeitige Bereitstellung von 5G-Tarifen des neuen 1&1-Roamingpartners Vodafone und von 4G-Diensten im eigenen Netz. 1&1 baut derzeit ein eigenes Mobilfunknetz auf, das ab dem kommenden Sommer auch 5G umfassen soll.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

Tierwohl

Putenzüchter fürchten Kahlschlag

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) plant einen Umbau der Nutztierhaltung. Er will höhere Standards etablieren und hat dabei auch die Putenmast ins Visier genommen. Künftig sollen hierzulande deutlich weniger Tiere pro Stall gehalten werden, was für viele deutsche Landwirte das Aus ihrer Geflügelmast bedeuten könnte. Qualitativ minderwertiges Fleisch käme dann eben aus dem Ausland, argumentieren die Putenzüchter. Mehr über ihre Sorgen erfahren Sie auf Seite 11.

Tag an der Börse

Unsicherheit vor Fed-Sitzung

Vor der anstehenden Zinsentscheidung der US-Notenbank Fed ist der Dax schwach in die neue Woche gestartet. Der deutsche Leitindex verlor am Montag 1,05 Prozent auf 15.727 Punkte. Nach dem Hinweis der Europäischen Zentralbank auf eine Zinspause spekulieren die Anleger, ob die Fed am Mittwoch ähnlich vorgehen werde, sagte Chef-Marktanalyst Jochen Stanzl von CMC Markets. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Suche nach Fußball-Bundestrainer

Gespräche mit Kandidaten beginnen

Der Deutsche Fußball-Bund führt bei der Bundestrainer-Suche Gespräche mit einem oder mehreren Kandidaten. "Wir sind einen deutlichen Schritt weiter" im Vergleich zu der Situation nach dem Spiel gegen Frankreich, sagte DFB-Präsident Bernd Neuendorf während der Vorstellung des neuen Sport-Geschäftsführers Andreas Rettig. "Wir wollten (zunächst) grundsätzliche Fragestellungen beantworten, das ist erfolgt." Eine "Wasserstandsmeldung" wollte der DFB-Präsident aber nicht abgeben, auch nicht, ob nur ein Kandidat im Fokus stehe oder mehrere. Der DFB hatte sich am 10. September nach dem 1:4 gegen Japan von Hansi Flick getrennt. Ein Nachfolger soll bis zur Abreise in die USA am 9. Oktober gefunden werden, dort spielt die DFB-Auswahl am 14. Oktober gegen die USA und drei Tage später gegen Mexiko. Wie Rettig seinen neuen Job angehen will, lesen Sie auf Seite 13.

FC Schalke 04

Monatelang ohne Keeper Müller

Fußball-Zweitligist FC Schalke 04 muss monatelang auf Torhüter Marius Müller verzichten. Der 30 Jahre alte Sommer-Zugang wird wegen eines Sehnenabrisses im Adduktorenbereich an diesem Dienstag operiert. Das teilte der Bundesliga-Absteiger nach einer genauen Untersuchung mit. Müller, der sich gerade erst den Stammpunkt im Schalker Tor erkämpft hatte, verletzte sich am Samstag beim spektakulären 4:3 gegen den 1. FC Magdeburg und wurde in der ersten Halbzeit ausgewechselt.

Kultur und Gesellschaft

"Jüdische Allgemeine"

Mehr Umfang, mehr Debatten

Die Wochenzeitung "Jüdische Allgemeine" hat große Pläne: mehr Debatten, mehr Umfang, schnellere Kommentare im Internet - und das alles mit einem neuen Chefredakteur. Philipp Peyman Engel, 40, hat gerade die Redaktionsleitung übernommen - er ist seit 2012 Redakteur der Zeitung. Im Gespräch mit WELT bezieht er Stellung, was den Umgang mit der AfD angeht, wie er den Fall Hubert Aiawanger einschätzt und warum die Zeitung den "Kostümjuden" Fabian Wolff nicht selbst entlarvte. Das Interview mit Engel lesen Sie auf den Seiten 14/15.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

Berlinale

Roth: Neue Leitung noch 2023

Die künftige Leitung für die Internationalen Filmfestspiele Berlin soll nach dem Willen von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) bis Ende des Jahres gefunden werden. "Wir sind auf gutem Weg mit dem Verfahren, damit wir noch in diesem Jahr eine neue Persönlichkeit präsentieren können, eine gute Berlinale 2024 hinbekommen und uns kraftvoll auf den Weg machen, dass die Berlinale auch in Zukunft ein Festival mit Glanz und internationaler Bedeutung ist", sagte sie. Roth hatte angekündigt, die Berlinale solle künftig nur noch von einer Person geleitet werden als Nachfolge für das bisherige Führungsduo aus Carlo Chatrian (51) und Mariette Rissenbeek (66). Chatrian zog daraufhin Konsequenzen und kündigte an, das Festival nach der Ausgabe 2024 zu verlassen. Rissenbeek hatte bereits zuvor ihr Ausscheiden angekündigt. Einen Kommentar lesen Sie in der Rubrik "Zu guter Letzt" auf Seite 16.

Publikumspreis von Toronto

"American Fiction" gewinnt

Die Satire "American Fiction" von Regisseur Cord Jefferson hat beim Filmfestival von Toronto den Publikumspreis gewonnen. Der Film über einen desillusionierten Autor ist damit ein aussichtsreicher Anwärter für eine Nominierung für den besten Film bei der kommenden Oscar-Verleihung. Über den Preis in Toronto entscheiden traditionell keine Jurymitglieder, sondern die Festivalbesucher per Abstimmung. "American Fiction" ist das Regiedebüt von Jefferson, einem erfahrenen Autor von TV-Serien wie "Watchmen". Seit 2012 hat jeder "People's Choice"-Gewinner des Filmfestivals in Toronto eine Nominierung für den besten Film bei den Oscars erhalten.

ARD Plus

Minister kritisiert Bezahlangebot

Nordrhein-Westfalens Medienminister Nathanael Liminski hat Streaming-Bezahlangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kritisiert. Der CDU-Politiker kündigte an, Bezahlangebote wie ARD Plus bei der nächsten Sitzung der Rundfunkkommission der Länder im Herbst zur Sprache zu bringen. Von den öffentlich-rechtlichen Sendern forderte Liminski, ihrerseits solche Angebote im Rahmen der Erarbeitung von Reformvorschlägen nochmals kritisch zu überdenken. Die Rundfunkkommission der Länder legt die großen Leitplanken der Medienpolitik in Deutschland fest. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird im Wesentlichen durch Rundfunkbeiträge finanziert, dafür sind die Angebote für die Bevölkerung offen zugänglich. Es gibt zudem vereinzelt Streaming-Angebote, für die ein Abo notwendig ist.

Siebenjähriger in Bremen

Gewaltsamer Tod bestätigt

Nach dem Tod eines siebenjährigen Jungen in einer Wohnung in Bremen ist die Leiche obduziert worden. "Die Obduktion bestätigt, dass der Junge Opfer eines Gewaltverbrechens geworden ist", sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Ein natürlicher Tod sei auszuschließen. Der Vater stehe im dringenden Tatverdacht, zunächst den Jungen umgebracht und sich dann selbst Verletzungen zugefügt zu haben. Der Junge war nach Angaben der Staatsanwaltschaft am Wochenende zu Besuch bei seinem Vater. Der 46-Jährige soll seine Schwester angerufen und die Tat am Telefon angekündigt haben. Zum Tatzeitpunkt seien der Mann und sein Sohn allein in der Wohnung gewesen.

Australien

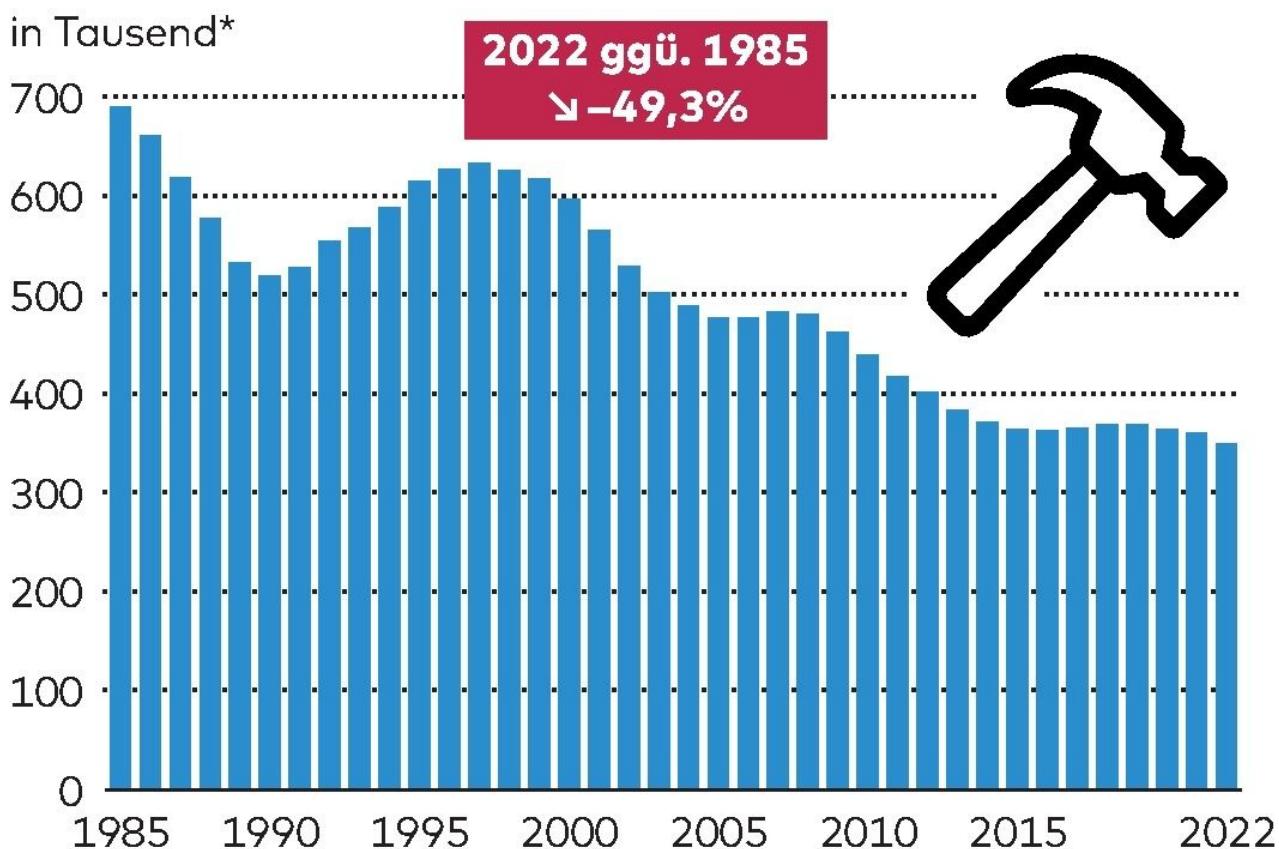
Surfen mit Python - Geldstrafe

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

Eigentlich wären Haie schon genug Grund zur Sorge: In Australien ist ein Surfer südlich von Brisbane mit einer Python um den Hals gewickelt auf seinem Surfbrett gesehen worden. Die Behörden verhängten eine Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 1400 Euro gegen den Mann. Sie störten sich nicht daran, dass er die Rautenpython als Haustier hielt. Er habe jedoch keine Erlaubnis, das Tier von seiner Adresse zu entfernen oder gar zum Surfen mitzunehmen.

AUSBILDUNG

Immer weniger Handwerks-Lehrlinge

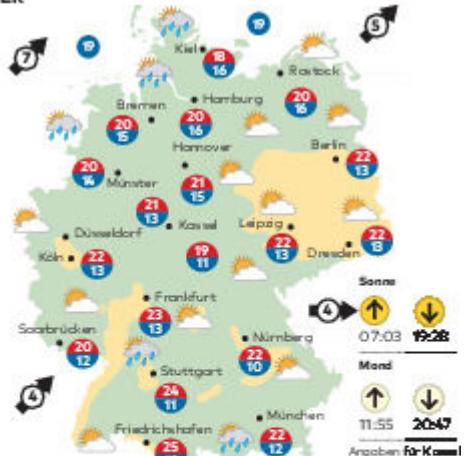


* bis 1989: früheres Bundesgebiet

Quelle: Statista/ZDH

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Migrationspolitik: Gauck sieht "Kontrollverlust" ++ Eritreer in Stuttgart: Neue Veranstaltung geplant ++ "Letzte Generation": St....

WETTER



Wechselhaft, gebietsweise Schauer

Heute: Zunächst ist es wechselnd bewölkt und oft trocken. Nur südlich der Donau sind die Wälder und Schauer zahlreicher, vereinzelt gibt es auch Gewitter. Später lassen die Schauer im Südosten nach, im Nordwesten ziehen dagegen dichte Regengewitter herein. 18 bis 24 Grad werden erreicht. Der Wind weht mäßig bis frisch, im Norden stark und an der Nordsee stürmisch um West.

Blauwetter: Bei der aktuellen Wetterlage treten vielfach verstreut dicke Bewölkungen auf. Personen mit Herzleiden müssen sich auf Kreislauftreibungen einstellen. Außerdem kommt es bei wetterföhligem Personen zu Kopfschmerzen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Potenzial für den Arbeitsmarkt; Die Integration von Geflüchteten hat sich verbessert. Experten erwarten weitere Fortschritte - besonders für Frauen

Die Welt

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 9; Ausg. 145

Length: 1084 words

Byline: Jan Klauth

Body

Von den 2015 nach Deutschland **Geflüchteten** waren 54 Prozent im Jahr 2021 erwerbstätig. Das zeigt eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Ihre Erwerbstätigkeit ist damit gegenüber 2020 um zehn Prozentpunkte gestiegen. Die mittleren Bruttonomatsverdienste von Vollzeiterwerbstägigen belaufen sich bei sechsjähriger Aufenthaltsdauer auf gut 2000 Euro.

Zwei Drittel der Erwerbstägigen arbeiten in Vollzeit und 70 Prozent üben eine qualifizierte Berufstätigkeit aus. 33 Prozent der erwachsenen **Geflüchteten** haben sechs Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland Schulen und Hochschulen besucht oder Ausbildungen und Weiterbildungsmaßnahmen absolviert. Als erwerbstätig wird auch gezählt, wer eine geringfügige Beschäftigung ausübt oder ein bezahltes Praktikum macht.

Geflüchtete, die in Deutschland Asyl beantragen, dürfen nicht arbeiten, während sie verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Für die Arbeitsaufnahme muss eine Genehmigung der Ausländerbehörde eingeholt werden, es sei denn, die Person ist bereits länger als vier Jahre im Land. Zum Jahresende 2022 lebten in Deutschland laut Statistischem Bundesamt knapp 2,2 Millionen Geflüchtete, ukrainische Staatsangehörige nicht mit eingerechnet - ihnen steht der Zugang zum Arbeitsmarkt von Beginn an offen, da sie kein Asyl beantragen müssen. Die Daten des IAB beruhen auf einer mehrstufigen Stichprobenbefragung von Geflüchteten. Die Gesamtstichprobe umfasst 10.111 erwachsene Personen.

Gleichwohl beziehen der Bundesarbeitsagentur zufolge noch viele Geflüchtete Bürgergeld. Im Juni 2023 traf dies auf knapp 600.000 Menschen aus den Herkunfts ländern Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien zu. "Geflüchtete haben zum einen die Wochenarbeitszeit erhöht und zum anderen können sie einen höheren Stundenverdienst erzielen. Allerdings verdienen Geflüchtete nach wie vor deutlich weniger pro Stunde als der Durchschnitt der Beschäftigten", sagt Herbert Brücker, der gemeinsam mit Yuliya Kosyakova den IAB-Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung (Inter) leitet.

Potenzial für den Arbeitsmarkt Die Integration von Geflüchteten hat sich verbessert. Experten erwarten weitere Fortschritte - besonders für Frauen

"Die Erwerbsbiografien der Geflüchteten in Deutschland zeigen, dass sich die ungünstigen Voraussetzungen und vielfältigen Hürden für die Arbeitsmarktintegration bei ihrer Ankunft in Deutschland zunächst in niedrigen Erwerbstägenquoten niederschlagen", schreibt das Autoren-Team rund um Brücker. "Diese Quoten steigen aber mit zunehmender Aufenthaltsdauer stark an", heißt es weiter.

Zwischen den Geschlechtern zeichnet sich ein erhebliches Gefälle ab. Während 67 Prozent der Männer sechs Jahre nach der Ankunft erwerbstätig sind, sind es bei Frauen lediglich 23 Prozent. "Hier spielen die Betreuung von Kindern, aber auch Bildung und Berufserfahrung im Herkunftsland und die Teilnahme an Sprach- und Arbeitsmarktprogrammen in Deutschland eine Rolle", heißt es in der Studie. Etwas vage heißt es im Ausblick: "Allerdings sucht ein erheblicher Teil der erwerbslosen Frauen nach Arbeit, sodass ihre Erwerbstägenquoten in den kommenden Jahren steigen könnten."

"Sechs Jahre nach der Ankunft in Deutschland zeichnen sich in allen Dimensionen der Arbeitsmarktintegration erhebliche Fortschritte ab", sagt Inter-Co-Leiterin Kosyakova. Allerdings gebe es weiterhin dringenden Handlungsbedarf, insbesondere was die Förderung der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen angeht. Die Unterschiede spiegeln sich auch beim Bezug von staatlichen Leistungen wider. Die Bezugsquote der 2015 zugezogenen Geflüchteten belief sich 2021 auf 45 Prozent. Nach sechs Jahren in Deutschland beziehen noch 39 Prozent der Männer Sozialleistungen, während es bei den Frauen 63 Prozent sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass all die erfassten Personen arbeitslos sind. So gingen 2021 rund 28 Prozent der erwerbsfähigen Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, die Leistungen der Grundsicherung bezieht, einer Arbeit nach. Im Bevölkerungsdurchschnitt sind es 21 Prozent.

Handlungsempfehlungen an Politik liefert das IAB gleich mit - und fordert vor allem unterstützende Angebote der öffentlichen Hand. Trotz der "vielen Fortschritte bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten gibt es dennoch weiterhin Handlungsbedarf." Um insbesondere mehr Frauen in Arbeit zu bringen, helfe ein früher Zugang zu umfassender Kinderbetreuung, die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen oder die aktive Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Einen weiteren Grund, warum nicht mehr der Geflüchteten in Arbeit sind, sehen Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): den sogenannten Königsteiner Schlüssel zur Verteilung der Menschen auf die Bundesländer. Mit dem Schlüssel werden die registrierten Menschen gemäß der Einwohnerzahl und des jeweiligen Steueraufkommens auf die Länder verteilt. Das sei jedoch "ungeeignet, um die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu fördern", schreiben die Forscher. Der Grund: Die Aufteilung vernachlässige "die Aufnahmefähigkeit der lokalen Arbeitsmärkte in den Kreisen und kreisfreien Städten" und nehme keine Rücksicht auf Fähigkeiten oder berufliche Vorbildung der Geflüchteten.

Von einer durchdachten Verteilung nach Arbeitsmarktlage könnten hingegen Geflüchtete und Unternehmen gleichermaßen profitieren, schreiben die DIW-Forscher weiter. Gemeinsam mit der Uni Bielefeld hat das Berliner Institut untersucht, ob die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland Geflüchteten heute den Beruf haben, den sie in ihrem Herkunftsland ausgeübt haben. Während das im Jahr 2017 immerhin 14 Prozent der erwerbstägigen Geflüchteten gelang, war der Anteil zwei Jahre später auf elf Prozent gesunken.

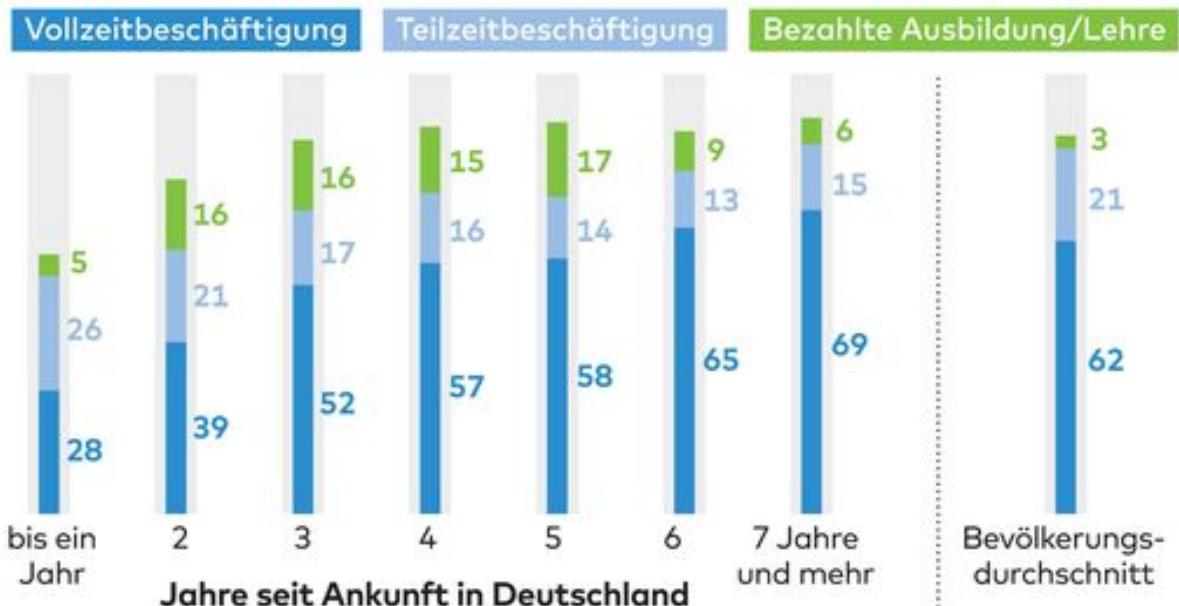
Die neuen Daten des IAB wiederum zeigen: 70 Prozent der erwerbstägigen Geflüchteten üben eine qualifizierte Tätigkeit aus, für die ein Berufs- oder Studienabschluss notwendig ist. Allerdings sind unter denjenigen, die sich seit sechs Jahren in Deutschland aufhalten, immer noch 41 Prozent unterhalb ihres Tätigkeitsniveaus vor dem Zuzug beschäftigt, nur zwölf Prozent oberhalb.

Die Forderung nach einer gezielteren Aufteilung nach den lokalen Arbeitsmarktbedingungen ist keineswegs neu. Schon zu Beginn der Fluchtbewegung aus der Ukraine im Frühjahr 2022 kritisierte das IAB, dass die Verteilung nach dem 1949 ins Leben gerufenen Königsteiner Schlüssel nicht sinnvoll sei. So seien 2015 und 2016 die Geflüchteten überdurchschnittlich stark auf strukturschwache Regionen mit hohen Arbeitslosenquoten verteilt worden.

Potenzial für den Arbeitsmarkt Die Integration von Geflüchteten hat sich verbessert. Experten erwarten weitere Fortschritte - besonders für Frauen

Arbeitsmarkt-Integration von Flüchtlingen

Anteile unter den Erwerbstägigen im erwerbsfähigen Alter in Prozent



Quelle: IAB

WELT

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Pakistanische Flüchtlinge, die eine Ausbildung zum Elektro-Ingenieur machen

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

Wo die "Brandmauer" gegen Rechts und Links eine Illusion ist; Der Stadtrat von Burg schreibt einen Hilferuf an den Kanzler. Für den Beschluss dazu braucht die CDU auch die Linke. Und am Ende stimmt sogar die AfD dafür

Die Welt

Dienstag 15. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 157

Length: 1089 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Seit mehr als drei Wochen warten die Stadträte und der Bürgermeister der Stadt Burg in Sachsen-Anhalt nun auf eine Antwort aus dem Kanzleramt auf ihre "Resolution" - den Ruf nach Hilfe, um die steigende Zahl von **Asylbewerbern** unterbringen und versorgen zu können. Aber Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schweigt oder lässt schweigen. Schließlich ist das nicht der einzige Brief, den er angesichts der zunehmend angespannten Lage in den Kommunen bekommt, die nach Quartieren, Kita- und Schulplätzen oder Sparkursen für **Migranten** suchen.

In Burg ist sich die große Mehrheit der Stadträte einig: Die Stadt nordöstlich von Magdeburg mit ihren rund 23.600 Einwohnern und einem Ausländeranteil von inzwischen fast zehn Prozent - 2017 waren es noch 5,7 Prozent - sei bei der Aufnahme von **Asylsuchenden** am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. "Die Akzeptanz in unserer Kreisstadt ... für die von Ihrer Bundesregierung zu vertretende **Asylpolitik** nach dem Motto 'weiter so' schwindet besorgniserregend", heißt es in dem Brief, den Bürgermeister Philipp Stark (parteilos) und der Vorsitzende des Stadtrates, Markus Kurze (CDU), im Auftrag der Räte schrieben.

Der Brief zeigt, wie schwer es in einem überschaubaren Gemeinwesen wie einer Kreisstadt ist, "Brandmauern" gegen die AfD zu errichten und an Entscheidungen wie dem sogenannten Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU festzuhalten, der jede Zusammenarbeit mit AfD und Linkspartei untersagt. Würde sich die CDU in Ostdeutschland kompromisslos daran halten, wäre sie kommunalpolitisch in vielen Fällen nicht mehr handlungsfähig.

An den Kanzler zu schreiben, war in der Stadtratssitzung am 15. Juni mit Stimmen von CDU und SPD, FDP, Linken und der AfD beschlossen worden. In der Problembeschreibung sind sich die meisten Kommunalpolitiker in der Stadt einig. Bürgermeister Stark schreibt dazu auf WELT-Anfrage: "Die Finanzlage der Stadt Burg ist besorgniserregend. Der Spagat zwischen den kommunalen Finanzen, der Aufrechterhaltung zur Daseinsvorsorge und der Bewältigung der Integration von Flüchtlingen stellt uns als Kommune vor große Herausforderungen."

Wo die "Brandmauer" gegen Rechts und Links eine Illusion ist Der Stadtrat von Burg schreibt einen Hilferuf an den Kanzler. Für den Beschluss dazu braucht die CD....

Burg habe schon die zurückliegenden Zuwanderungsschübe nicht verarbeitet, heißt es bei mehreren Stadträten. "Überall nur noch Döner-Läden und Barbershops, eine Bockwurst kriegen sie bei uns nicht mehr", murren Vertreter mehrerer Parteien. Der Zuzug habe die Stadt verändert. Das gefällt nicht jedem. "Die Änderungen in der Inhaberstruktur der Geschäfte in der Innenstadt stößt teilweise auf Unverständnis. Wiederholt wurde ich bei Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern auf geringer werdendes Sicherheitsempfinden angesprochen", sagt Bürgermeister Stark.

Dem Antrag der AfD, sich gemeinsam an den Kanzler zu wenden, wollten die anderen Parteien im Stadtrat dennoch nicht zustimmen. Zu extrem und alarmistisch sei deren Entwurf gewesen, zu sehr mit "AfD-Sprech" durchsetzt, hieß es in den anderen Fraktionen. Also kamen die Christdemokraten auf die Idee, einen eigenen Entwurf für ein Schreiben an Scholz in das Stadtparlament einzubringen. Die CDU ist mit elf Mitgliedern die stärkste Partei im Stadtrat von Burg, zuzüglich der Liberalen kommt die gemeinsame CDU/FDP-Fraktion auf 13 Stimmen. Mit den sechs Vertretern der AfD hätte sie eine knappe Mehrheit. Drei fraktionslose Abgeordnete gibt es auch noch. Weil Schwarz-Gelb keinen gemeinsamen Antrag mit der AfD einbringen wollte, wurden Gespräche mit der dritten Fraktion, der "Bunten", aufgenommen. Dazu zählen Vertreter von SPD, Linker und Grünen, die zusammen auf 14 Stimmen kommen. Die Christdemokraten verhandelten mit deren Fraktionschef Heiko Jerkowski (SPD). Der hielt das Schreiben für eine gute Idee und organisierte die Mehrheit, gemeinsam wurde ein entsprechender Antrag eingebracht, gegen den am Ende vier der insgesamt 36 Stadträte stimmten. Eine Initiative der CDU, die auf einer AfD-Idee basiert, wurde also gemeinsam mit einer Fraktion, zu der die Linke zählt, eingebracht - Zustimmung dafür gab es von der AfD. Die Frage ist nun, ob das mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU vereinbar ist, ob sich der samt der sogenannten Brandmauer gegen AfD wie gegen die Linke auf Dauer halten lässt.

Es ist ja nicht das erste Mal, dass die CDU in einer Kommune gemeinsam mit der AfD stimmt - und auch andere Parteien tun es: 2022 hatte beispielsweise die SPD im thüringischen Hildburghausen mit der AfD für ein Abwahlverfahren gegen den Bürgermeister der Linken votiert. Im schwäbischen Backnang hatte der Gemeinderat im November vergangenen Jahres mit nur einer Gegenstimme dem Antrag der AfD-Fraktion zugestimmt, die Förderung für ein örtliches Theater deutlich zu erhöhen. Mindestens vier der fünf grünen Stadträte müssen dafür gewesen sein. "Wir sind alle per Du", hatte Grünen-Fraktionschef Willy Härtner der örtlichen Zeitung über das Verhältnis der 26 Mitglieder in dem Gremium untereinander gesagt und ergänzt, man gehe "nach der Sitzung auch zusammen ein Bier trinken".

Auch wenn man sich in Burg untereinander im Stadtrat kennt, ist dort das Verhältnis zur AfD frostiger. Man sage deren Vertretern "Guten Tag und guten Weg", das war's, erzählt Bunte-Fraktionschef Jerkowski. Der SPD-Politiker sagt aber auch: "Wir hatten hier schon Anträge, denen alle Parteien zugestimmt haben, von der Linken bis zur AfD. Das verhindert die Umsetzung nicht. Wenn wir unsere Initiativen und unsere Politik ganz vom Verhalten der AfD abhängig machen würden, hätten wir in den Kommunen Stillstand", so der Sozialdemokrat. "Die Menschen hier erwarten Lösungen für konkrete Probleme, keine Parteipolitik."

Ähnlich argumentiert der Stadtrats-Vorsitzende und Christdemokrat Kurze: "Wir brauchen hier in der Stadt breite Mehrheiten." Wenn die Menschen das Gefühl hätten, dass "ihre Sorgen nicht ernst genommen werden, könnte etwas ins Rutschen kommen, und das wollen wir mit guten Entscheiden vor Ort verhindern." Und das schließt eben bisweilen Abstimmungen mit der AfD und Linken ein. "Der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU ist sinnvoll, AfD und Linke können keine politischen Partner sein. Gemeinsame Anträge gibt es nicht", stellte Kurze klar. Aber auch er sagt: "Wenn wir alles blockieren würden, wo andere womöglich auch zustimmen, würden wir die Kommunalpolitik lähmen." Die viel zitierten Brandmauern nach rechts und links hochzuziehen und zu halten, sei in der Praxis in den Kommunen einfach nicht immer durchzuhalten, heißt es bei den Christdemokraten in Burg.

Wir brauchen hier in der Stadt breite Mehrheiten Markus Kurze (CDU), Vorsitzender des Stadtrats in Burg

Original Gesamtseiten-PDF

Wo die "Brandmauer" gegen Rechts und Links eine Illusion ist Der Stadtrat von Burg schreibt einen Hilferuf an den Kanzler. Für den Beschluss dazu braucht die CD....

End of Document

Beleidigte Lauchbourgeoisie; Das Juste Milieu hierzulande glaubte lange, dass die Dinge in seine Richtung marschieren: bei Migration, Klima- und Gesellschaftspolitik. Jetzt bekommt diese Bourgeoisie heftigen Gegenwind - und reagiert passiv-aggressiv

Die Welt

Donnerstag 6. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 129

Length: 1443 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Die Kränkung sitzt tief. Die Bourgeoisie, die neue, reklamtauglich ansehnliche, war sich sicher, dass die Dinge in ihre Richtung marschieren. Merkels großzügiges Moralversprechen in der **Migrationskrise** wurde an den Bahnhöfen der Bundesrepublik mit bilderbuchartigen Szenen der Willkommenskultur illustriert - und der Rest der Welt war hingerissen von den Deutschen, die endgültig als die Guten beziehungsweise das Gute die Bühne der Weltpolitik betreten hatten.

Nach der **Flüchtlingskrise** kam die Klimakrise aufs Tableau, und nirgendwo wurde von den strahlend niedlichen Bürgerkindern die Selbstaufgabe des Wirtschaftsstandorts so heftig herbeigeschulstreikt wie in Deutschland. Vegan, schlank und eloquent aktualisierte die Bourgeoisie ihre Wurzeln, indem sie die eigenen Lebensentwürfe generalisierte. Und der Zuspruch war groß. In Talkshows und auf anderen großen Medienbühnen applaudierten verschiedene Vertreter der Bourgeoisie einander in unterschiedlichen Rollen und fanden mit den Grünen eine Partei, die eine Machtübernahme dieser selbsterklärt "Anständigen" zum Programm hatte. In einigen Umfragen lagen die einst Alternativen bei knapp 20 Prozent - und so war folgerichtig, dass es eine Kanzlerkandidatur geben musste. Emanzipationsfreunden war auch klar: Es musste eine Frau sein. Kanzlerin Baerbock, das war das Projekt.

Dann allerdings gab es die ersten Kränkungs-Erfahrungen in den Milieus, denen man in Sprache und Ton, im Auftreten und im Affekt stets anmerkte, dass ihre Vertreter in diese Privilegiertheit nicht aufgestiegen waren, sondern hineingeboren wurden. An der gepanschten Autobiografie der Kandidatin schimmerte die dünne Substanz des Anspruchs durch, aber immerhin rettete sich die Partei der ökologisch gesinnten Gutverdiener in die Ampel (und in das Amt des Vizekanzlers).

Nach einem euphorischen Beginn und einer erneuten Begeisterung für die Grünen und den - insbesondere medial - heiß geliebten Vizekanzler folgte zuerst ein Hoch. Seit dem Herbst dann aber eine Kaskade von Unglücklichkeiten,

Beleidigte Lauchbourgeoisie Das Juste Milieu hierzulande glaubte lange, dass die Dinge in seine Richtung marschieren: bei Migration, Klima- und Gesellschaftspol....

die auch bei den sich in der besten aller deutschen Welten eingerichteten Erben und den A-15-Königen für Verdruss sorgte.

Grund 1: Die mangelnde Aufarbeitung einer in Teilen menschenverachtenden Corona-Politik, die von einem regelrechten Lockdown-Fanclub getragen wurde, der auch nicht vor Parteien, Medien und Wissenschaft hältmachte. Grund 2: Die Sturheit bei der Energiewende und der Ausstieg wider besseres Wissen aus der Atomkraft. Grund 3: Die "Clanstrukturen", wie böse Zungen sie nannten, im Ministerium des Vizekanzlers. Grund 4: Das dilettantische wie arrogante Heizungsgesetz, das den Bürgerinnen und Bürgern zum ersten Mal klarmachte, wie egal ihre Lebensentwürfe und wirtschaftlichen Planungen den grünen Eliten sind.

War die Verachtung für Fleischesser und Dieselbesitzer, für Mallorca-Touristen und Doppelhaushälften-Abbezahler latent stets zu spüren, wurde sie endlich offensichtlich. Auf die zunehmend frostige Ablehnung der oft genug naiven Transformationsideen reagierten die Vorprediger in den grün gesinnten Medien aus Hamburg, München, Berlin und Frankfurt eher trotzig, was der Stimmung nicht zuträglich war. Dies gipfelte Anfang 2023 in der Landtagswahl in Berlin und dem eisigen Abschmettern eines vollkommen weltfremden Klimavolksentscheids - ausgerechnet in der Hauptstadt der Lauchbourgeoisie, also der Bourgeoisie, die sich durch eine interessante Mischung aus Dünnhäutigkeit und Blasiertheit auszeichnet. Und die bis dahin noch geglaubt hatte, dass sie trotz ihrer hochmütigen wie herablassenden Art die nicht so privilegierten Bürgerinnen und Bürger in die Unterwerfung lächeln - und gegebenenfalls streiken - könnte.

Die Enttäuschung war groß. Nun folgten als Krönung der ganzen Entzauberung noch zwei ziemlich unappetitliche Wahlerfolge der AfD im Osten der Republik. Diese können, wenig subtil, vor allem auch als gestreckte Mittelfinger in Richtung der real existierenden Wohlstandsblasen verstanden werden. Bemerkenswert war der Umgang der Lauchbourgeoisie mit eben diesen AfD-Erfolgen. In einer Mischung aus Beleidigtsein und Gekränktheit wurden Andersdenkende noch radikaler abgewertet als bisher. War es schon vorher bei den Posterboys der Lauchbourgeoisie wie Jan Böhmermann Usus, alles rechts der ziemlich linken Merkel-CDU etwa als "AFDP" abzuwerten, konnte man nach Sonneberg und Raguhn-Jeßnitz seiner Verachtung ganzer Regionen freien Lauf lassen. Boykottsehnsüchte, offene Ossi-Verachtung, Wählerbeschimpfung waren das eine, die intellektuelle Rückversicherung der eigenen Höherwertigkeit das andere.

Eines der Definitionsmedien dieses Milieus, "Zeit online", veröffentlichte eine exemplarisch gelungene Selbsterhöhung, die im Rechtspopulismus eine Instanz vermutet, die die moralischen und politischen Standards der Lauchbourgeoisie frech unterläuft. Der Text mit dem Titel "Rechtspopulismus ist ein Gefühl" vermutet im Rechtspopulismus und seinen Vertretern etwas Obszönes, weil er weder die bourgeoise Wertorientierung noch deren Askese annimmt, sondern als "personifizierte Entlastung" funktionieren würde. Der rührend belebene und am Ende schreiend naive Text ist ein einziges in unzählige Worte gekleidetes Kopfschütteln darüber, dass es immer mehr Wählerinnen und Wählern in Deutschland vollkommen egal ist, was die Lauchbourgeoisie von ihnen erwartet und will. Besonders heiter ist es, dass als verlorenes Korrektiv der klassische Konservatismus verklärt wird, welcher vom selben Milieu in Gestalt von Reagan, Thatcher, Bush, Kohl und Strauß (samt deren Wählern) noch bis aufs Blut bekämpft wurde.

Der Lauchbourgeois als Typus ist passiv-aggressiv und beleidigt, weil er eigene Verantwortung ablehnt, um die Schuld für so ziemlich alles bei anderen zu suchen. Der Lauch erscheint nicht nur konfliktunfähig, sondern kann nur aus einer absoluten Privilegiertheit heraus denken und agieren. Wenn diese Position erodiert, reagiert er beleidigt. Hinzu kommt, dass deren Partei gerade zeigt, dass sie vor allem mit großer Klappe den Rest der Welt über alles Mögliche belehrt, dabei aber selbst recht wenig hinbekommt.

Die Art und Weise, wie aktuell hochgebildete, qualifizierte, gute verdienende, junge Bürgerliche um Staatsgeld betteln, Stichwort: Elterngeld, das ihnen der Staat mit einer leistungsfeindlichen wie absurd Hochsteuerpolitik zuvor abgeknöpft hat, macht deutlich, wie sehr der Staat aus mündigen Bürgern Lauche macht. Der aktuelle Leviathan ist ein umverteilendes Lauchpüree. Eine weiche, unheroische Sache. Auf Instagram rotiert seit Jahren ein geschichtsphilosophischer Gassenhauer, der ziemlich vulgärdialektisch Zustimmung einsammelt. Er hat einen wahren Kern: "Hard times create strong men. Strong men create good times. Good times create lauch men. And

Beleidigte Lauchbourgeoisie Das Juste Milieu hierzulande glaubte lange, dass die Dinge in seine Richtung marschieren: bei Migration, Klima- und Gesellschaftspol....

lauch men create hard times." Die Wehrhaftigkeit der Demokratie lebt von der inneren Härte und Stärke. Lauche haben wenig mehr anzubieten als passive Aggression und Angst und Sorge und Panik und Bedenken und Pessimismus.

Die bei den Lauchen einzig akzeptierten klassisch-liberalen Bürgerlichen sind entsprechend diejenigen, die mit fliegenden Fahnen zu ihnen überlaufen: Die Ruprecht Polenzes und Gerhart Baums, die Wissenschaftler:innen und Intellektuell:innen, die als Stichwortgeber für eine angebliche Transformation taugen, bei der es sich doch nur um einen anämischen Öko-Thinktank-Hoax handelt. Auch in der Migrationspolitik kennen sie nur gute Migranten, also diejenigen, die sich, egal aus welchem Kulturkreis, in die Kirchentags-Romantik integrieren lassen. Oder die in Frankreich so lange zu Opfern erklärt wurden, bis diese, da hört der Spaß dann auf, mit ihrem AMG vor den Klimaklebern auftauchten. Überhaupt die Klimakleber, das Aggressions-Rolemodel der Lauchbourgeoisie. Argumentativ haben sie wenig anzubieten außer eitler Selbstdarstellung. Ähnlich auch der "Kampf" gegen die AfD. Wenig Argumente, dafür Verbotssehnsucht und Ausgrenzungsliebe. Auch in den Medien, den klassischen und den sozialen. Es geht weniger um Debatte als um die Verhinderung derselben. Wer das ekelhafte Buch von Björn Höcke gelesen hat, weiß jedoch, dass man sie dort stellen muss.

Im Augenblick zieht sich die Lauchbourgeoisie auf sich selbst zurück. Der Traum der Grünen als Volkspartei scheint ausgeträumt. Die nicht privilegierten Bürger haben keine Zeit zum Träumen. Sie kämpfen mit Inflation und eingetrübten Karriere-Aussichten, weil es der Wirtschaft in Deutschland ziemlich mies geht. Der unlauchige Bürger versteht den Kampf um Freiheit und Wohlstand als ein Durcheinander von Rückschlägen und Erfolgen. Beides gehört zum bürgerlichen Leben dazu.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 5, 2023

End of Document

800.000 Flüchtlinge erwartet; Im Sudan werden die Kämpfe heftiger, die Angst vor einer Ostafrika-Krise steigt

Die Welt

Mittwoch 3. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 85

Length: 539 words

Byline: Afp

Rtr

Body

Die schweren Kämpfe im Sudan haben nach UN-Angaben seit Mitte April hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben. Allein innerhalb des Landes seien mehr als 330.000 Menschen geflohen, sagte ein Sprecher der Internationalen Organisation für **Migration** (IOM). Vor Ort in Khartum berichteten Einwohner von "Bombardierungen aus der Luft" in mehreren Teilen der Stadt.

Neben der Fluchtbewegung innerhalb des Landes suchten nach Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks UNHCR seit Beginn der Kämpfe mehr als 100.000 Menschen in Nachbarländern des Sudans Zuflucht. Die weitere Entwicklung der Lage sei nicht vorhersehbar, sagte eine UNHCR-Sprecherin. Die Hilfsorganisation schätzt, dass mehr als 800.000 Menschen aus dem Sudan fliehen könnten, sollte der Krieg andauern.

Unter den Flüchtlingen seien Sudanesen und Ausländer, sagte die Sprecherin des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UN, Olga Sarrado. In Khartum wurden am Vormittag die Kämpfe fortgesetzt, Rauchwolken hingen über der Hauptstadt. "Das Risiko liegt darin, dass wir es nicht nur mit einer Sudan-Krise zu tun haben. Dies entwickelt sich zu einer regionalen Krise", sagte der für Ostafrika zuständige Abteilungsleiter im Welternährungsprogramm der UN, Michael Dunford, Reuters. Falls es nicht gelinge die Kämpfe zu stoppen, drohe eine humanitäre Krise.

Seit mehr als zwei Wochen kämpfen in dem nordafrikanischen Land Armeeeinheiten unter dem Kommando von Militärmachthaber Abdel Fattah al-Burhan gegen die von General Mohamed Hamdan Daglo angeführte RSF-Miliz. Bei den Gefechten wurden nach offiziellen Angaben bereits mehr als 500 Menschen getötet und tausende weitere verletzt. Bis Mittwoch sollte eine Waffenruhe gelten, die aber immer wieder gebrochen wird. "Wir hören vereinzelte Schüsse, das Dröhnen von Kampfflugzeugen und die Flugabwehrschüsse", berichtete am Dienstag ein Einwohner von Khartum. Weitere Zeugen sprachen von "Bombardierungen aus der Luft" in verschiedenen Teilen der

800.000 Flüchtlinge erwartet Im Sudan werden die Kämpfe heftiger, die Angst vor einer Ostafrika-Krise steigt

Hauptstadt. Die Luftwaffe flog Angriffe auf die angrenzende Stadt Bahri. In der ebenfalls angrenzenden Stadt Omdurman kam es zu Gefechten zwischen Armee und RSF-Miliz. Khartum, Bahri und Omdurman gehen ineinander über und bilden eine Metropolregion am Blauen und Weißen Nil.

Zusätzlich zu dem Beschuss leiden die Menschen vor Ort an Wassermangel, es fehlt an Strom und Lebensmitteln. Nach Angaben des UN-Büros Ocha fehlen den Hilfsorganisationen 1,5 Milliarden US-Dollar (rund 1,37 Milliarden Euro), um die durch die Kämpfe verschärzte humanitäre Krise im Land zu bewältigen. Der Konflikt habe das Land in eine "echte Katastrophe" gestürzt.

Die USA, Saudi-Arabien und Vertreter der Afrikanischen Union (AU) versuchen derzeit, die Konfliktparteien zu einer Einhaltung der Waffenruhe zu bewegen. Der UN-Sonderbeauftragte Volker Perthes sagte im arabischen Fernsehsender al-Arabiya, beide Seiten hätten bisher ihre Bereitschaft bekundet, "technische Gespräche zu führen".

Derweil flog Russland nach eigenen Angaben am Dienstag mehr als 200 Menschen mit Militärflugzeugen aus dem Sudan aus. In den vergangenen zehn Tagen waren bereits von westlichen Nationen tausende Ausländer mit Flugzeugen oder Schiffen in Sicherheit gebracht. Die Evakuierungseinsätze nehmen nun ab.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

Faeser gegen mehr Druck bei Rückführungen; EU-Kommissarin legt Vier-Punkte-Plan vor

Die Welt

Freitag 27. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 20

Length: 572 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Es sind dramatische Zahlen: Laut europäischer Statistikbehörde wurde im Jahr 2021 von 340.000 ausreisepflichtigen illegalen **Migranten** nur jeder fünfte (21 Prozent) auch tatsächlich abgeschoben. "Wir haben eine sehr niedrige Rückkehrrate", sagte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson am Rande eines Treffens der EU-Innenminister in Stockholm. In Brüssel heißt es hinter vorgehaltener Hand, die Zahl der Abschiebungen sei in Wirklichkeit noch deutlich niedriger als offiziell bekannt. Dabei liegt das Ziel der EU-Kommission in puncto Rückführungen seit Jahren bei 70 Prozent.

Nun will die EU neue Wege gehen - wieder einmal. Bisher wurden zahlreiche Maßnahmen und Richtlinien verabschiedet, sie änderten aber wenig an der Misere. Schwedens Regierung, die noch bis Juni dieses Jahres den Vorsitz über die 27 EU-Länder führt, plant jetzt, die Abschiebung illegaler Migranten in Transit- oder Herkunftsländer zu "europäisieren". Im Klartext: mehr Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei Rückführungen, mehr europäische Gelder bei der Reintegration von Geflüchteten in ihrer Heimat und mehr Druck auf Herkunftsländer.

Aber was ist genau geplant? Erstens: Nach einem Vorschlag von Innenkommissarin Johansson soll es in jedem EU-Land künftig Berater geben, die illegale Migranten zu einer freiwilligen Rückkehr animieren. Zweitens: Gleichzeitig sollen freiwillige Rückkehrer laut Johansson in ihrem Heimatland professionell und finanziell bei der Wiedereingliederung unterstützt werden. Drittens: Der Ablauf des Abschiebeprozesses soll beschleunigt werden, nicht zuletzt durch mehr Digitalisierung. Viertens: Die EU-Grenzschutzagentur Frontex soll bei der Beratung und Durchführung von "Rückführungsoperationen" stärker tätig werden.

Und fünftens will Schweden mehr Druck auf die Herkunftsländer der illegalen Migranten ausüben. Konkret geht es darum, Bürgern afrikanischer Länder, die sich im Rahmen von Abkommen weigern, ihre abgelehnten schutzsuchenden Staatsbürger zurückzunehmen, noch schwerer als bisher zu machen, ein Visum für die EU zu

Faeser gegen mehr Druck bei Rückführungen EU-Kommissarin legt Vier-Punkte-Plan vor

erhalten. Seit 2020 kann die EU Visa als Druckmittel gegen Herkunftsänder nutzen, bisher gibt es aber nur einen Fall, in dem das auch geschehen ist: im Fall des westafrikanischen Kleinstaates Gambia.

Ausgerechnet die deutsche Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ist aber dagegen, mehr Druck bei Abschiebungen zu machen und die Visavergabe für rücknahmewillige Länder zu erschweren. "Ich bin damit zurückhaltend, ich glaube, dass der Weg über Migrationsabkommen der bessere ist", sagte sie in Stockholm. Sie will mehr auf "Anreize" als auf Druck setzen. Das hat aber in der Vergangenheit wenig bewirkt: Die EU konnte in den vergangenen neun Jahren nur ein rechtlich bindendes Rückführungsabkommen abschließen, mit Belarus. Und zentrale Länder wie Ägypten, Tunesien und Marokko dürften sich durch "Anreize" von ihrer jahrelangen Verweigerungshaltung bei Rückführungsabkommen auch weiterhin nicht abbringen lassen.

Alles deutet darauf hin, dass die neuen geplanten Maßnahmen nicht zu einer Trendwende bei Abschiebungen führen werden. Das liegt aber auch daran, dass sie die Abschiebepraxis der einzelnen EU-Länder außen vor lassen. Während Staaten mit hohen Abschiebequoten wie Dänemark, Bulgarien und Irland viel Geld und Personal in Rückführungen investieren, geben Staaten mit wenig Rückführungen wie Tschechien, Frankreich und Italien nur relativ wenig dafür aus.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) setzt auf Migrationsabkommen

Load-Date: January 26, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr: Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfassungsschutzpräsident: Maaßen verdächtigt Ex-Arbeitgeber ++ WELT-Reportage: Deutschland in der Flüchtlingskrise ++ Außenpolitik ++ Nordkorea: US-Soldat "floh vor Rassismus" ++ Russischer Angriffskrieg: Ukrainische Häfen angegriffen ++ Niger: 17 Soldaten von Terroristen getötet ++ Versuchte Übertritte aus Belarus: Lettland verstärkt Grenzschutz ++ Wissen ++ Genomanalyse: Ötzi sah ganz anders aus ++ ESA-Chef: Start der Ariane-6-Rakete erst 2024 ++ Wirtschaft und Geld ++ "Ampeln auf Tiefrot": Immobilienbranche in Aufruhr ++ Kommunale Wärmeplanung: Kabinett beschließt das Gesetz ++ Trotz schwacher Konjunktur: Fachkräftemangel nimmt zu ++ Intel: Konzern muss Übernahme stoppen ++ E-Mobilität: Umstellung bei Campern stockt ++ Tag an der Börse: Dax nach Kursrutsch wieder stabil ++ Sport ++ Leichtathletik: Deutschlands Sprint-Hoffnung ++ Neymar geht nach Saudi-Arabien: Scharfe Kritik am Wechsel ++ Kultur und Gesellschaft ++ Italienische Opernsängerin: Renata Scotto ist tot ++ Nach Brandkatastrophe auf Hawaii: US-Präsident Biden reist nach Maui ++ Spinnensichtung: Panische Schreie - Polizei rückt an

Die Welt

Donnerstag 17. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 159

Length: 2974 words

Body

Innenpolitik

Linken-Fraktionschef

Dietmar Bartsch gibt Amt auf

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr:
Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

Die Krise bei der Linkspartei verschärft sich: Nach seiner Ko-Vorsitzenden Amira Mohamed Ali gibt auch Dietmar Bartsch seinen Posten als Fraktionschef auf. Er teilte seinen Entschluss den Linken-Abgeordneten in einem Schreiben mit. Seine Entscheidung, den Fraktionsvorsitz nach acht Jahren abzugeben, sei "lange vor der letzten Bundestagswahl gefallen". Kritik an der Parteiführung, mit der Mohamed Ali ihren Rückzug begründet hatte, findet sich bei Bartsch nicht. "Oft habe ich erlebt, wie unserer Partei der Untergang prophezeit wurde", schrieb der Linken-Politiker. "Gemeinsam haben wir das Blatt jedes Mal gewendet." Stolz sei er auf das Bundestagswahlergebnis 2017 von 9,2 Prozent, das er mit Sahra Wagenknecht erreichen konnte, hob Bartsch mit Blick auf das damalige Wahlkampf-Spitzen duo hervor. Bartsch hatte die Fraktion im Herbst 2015 zunächst mit Wagenknecht geführt, danach seit 2019 mit Mohamed Ali. Die Hintergründe lesen Sie auf Seite 5.

Seit vergangenem Jahr

Rechtsextreme Demos verdreifacht

Konzerte und Aufmärsche: Die Zahl der rechtsextremen Demonstrationen hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdreifacht. Das ging aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Fraktion hervor. Im ersten Halbjahr 2022 wurden bundesweit 35 rechte Aufmärsche durchgeführt - in diesem Halbjahr waren es 110. Die Zahl der Rechtsrock-Konzerte dagegen ist von 89 Konzerten auf 71 gesunken. "Die Mobilisierungskraft steigt nun ein Jahr nach der Pandemie wieder enorm an", sagte Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau (Linke). Die meisten Zusammenkünfte seien sogenannte "Nein zum Heim-Demonstrationen" gewesen, so Pau. Dabei protestierten Menschen gegen die Aufnahme von Geflüchteten.

Früherer Verfassungsschutzpräsident

Maaßen verdächtigt Ex-Arbeitgeber

Der frühere Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen verdächtigt seinen ehemaligen Arbeitgeber, eine Akte über ihn zu führen. "Eine Erkenntnisanfrage wird in der Regel nur gestellt, wenn der Verfassungsschutz einen Vorgang angelegt hat. Und in der Tat vermute ich, dass über mich ein Vorgang angelegt worden ist", sagte Maaßen WELT. Damit reagierte der umstrittene CDU-Politiker auf einen Bericht der "Bild", demzufolge das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) vor drei Wochen eine sogenannte Erkenntnisanfrage zu Maaßen an die Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes (BKA) gestellt haben soll. Solche Anfragen dienen dem Informationsaustausch zwischen Behörden. Ausgangspunkt des Vorgangs war der bundesweite Großeinsatz gegen eine Vereinigung von Reichsbürgern um Prinz Reuß Anfang Dezember, die einen Staatsstreich geplant haben soll. "Ich bin direkt nach der Razzia angerufen worden", sagte Maaßen WELT. Dieses Telefonat wurde von den Sicherheitsbehörden mitgeschnitten. Den Ex-BfV-Chef stört nicht die Abhöraktion, sondern die mutmaßliche Erkenntnisanfrage dazu. "Der ganze Fall scheint mir politisch motiviert", sagte er.

WELT-Reportage

Deutschland in der Flüchtlingskrise

Noch nie seit den 1940er-Jahren nahm die Bundesrepublik mehr Flüchtlinge auf als 2022 und 2023. Mehr als eine Million eingewanderte Menschen müssen registriert, versorgt und untergebracht werden - darunter sind viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Doch vor allem die stetig wachsende illegale Migration stellt Deutschland vor noch größere Herausforderungen als in den Krisenjahren 2015 und 2016. Am heutigen Donnerstag zeigt WELT die neue Reportage "Ein Land am Limit? Deutschland in der Flüchtlingskrise". Darin werden gemeinsam mit dem Migrationsforscher Gerald Knaus und den Generalsekretären von CDU und FDP, Carsten Linnemann und Bijan Djir-Sarai, die deutsche Migrationspolitik, die Nützlichkeit eines europäischen Migrationspaktes und mögliche Wege aus der Flüchtlingskrise analysiert. Die Reportage begleitet die Schleierfahndung der Bundespolizei nach Schleusern und illegalen Migranten sowie die Arbeit der Task Force "Straftäter".

"Ein Land am Limit? Deutschland in der Flüchtlingskrise" sehen Sie um 20.05 Uhr im TV, in der Mediathek, auf YouTube und in der WELT Nachrichtensender TV-App.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr:
Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

Außenpolitik

Nordkorea

US-Soldat "floh vor Rassismus"

Nordkoreas Machtapparat hat sich erstmals zum Verbleib eines jungen US-Soldaten geäußert, der vor einem Monat unerlaubt die innerkoreanische Grenze übertreten hatte. Er habe bei Ermittlungen zugegeben, illegal nach Nordkorea eingedrungen zu sein, berichteten die staatlich kontrollierten Medien des abgeschotteten Landes. Er sei aus Verärgerung über "die unmenschliche Behandlung und die rassistische Diskriminierung in der US-Armee" nach Nordkorea übergetreten. Nach Darstellung Pjöngjangs äußerte der Mann den Wunsch, in Nordkorea oder einem Drittland Zuflucht zu suchen, weil er "desillusioniert wegen der ungleichen amerikanischen Gesellschaft" sei. Der Fall des Soldaten gibt Rätsel auf. Nach Angaben der US-Streitkräfte in Südkorea hatte er an einer kommerziellen Tour entlang des südkoreanischen Teils der entmilitarisierten Zone teilgenommen und dann die Grenze zu Nordkorea absichtlich übertreten.

Russischer Angriffskrieg

Ukrainische Häfen angegriffen

Die für den Getreideexport wichtigen Häfen der Ukraine an der Donaumündung sind in der Nacht auf Mittwoch von der russischen Armee mit Kampfdrohnen angegriffen worden. Wie die Verwaltung des Gebiets Odessa mitteilte, wurden in einem Hafen Lagerhäuser und Getreidesilos beschädigt. Der Ort wurde nicht genannt; Videos in sozialen Netzwerken zeigten allerdings, wie der Hafen Reni angegriffen wurde. Die Brände seien von der Feuerwehr gelöscht worden, schrieb Gouverneur Oleh Kniper auf Telegram. Es habe keine Toten oder Verletzten gegeben. Die ukrainische Luftwaffe teilte mit, es seien nachts über den Gebieten Odessa und Mykolajiw 13 Kampfdrohnen iranischer Bauart abgeschossen worden. Russland blockiert seit Mitte Juli wieder ukrainische Getreideexporte über das Schwarze Meer. Auch die Häfen an der Donau, die eine wichtige Ausweichroute sind, wurden mehrmals aus der Luft angegriffen. Mehr zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine lesen Sie auf Seite 6.

Niger

17 Soldaten von Terroristen getötet

Die Armee im Niger hat ein schweres Gefecht mit bewaffneten Gruppen in der Konfliktregion nahe der Grenze zu Mali und Burkina Faso gemeldet. Bei einem "terroristischen Hinterhalt" seien 17 Soldaten getötet und 20 verletzt worden, sechs von ihnen schwer, so das Verteidigungsministerium der neuen Militärjunta. Das Militär habe bei einem Gegenschlag aus der Luft mehr als 100 Terroristen getötet, die sich in zwei Kolonnen von je mehr als 50 Motorrädern auf dem Rückzug befunden hätten. Die Angaben des Militärs lassen sich nicht überprüfen. Die Grenzregion zwischen dem Niger, Mali und Burkina Faso ist eine der gefährlichsten Regionen der Welt. Seit Jahren verüben dort islamistische Milizen, die unter anderem den Terrorgruppen Al-Kaida und dem sogenannten Islamischen Staat nahestehen, schwere Angriffe gegen die Armee und Zivilisten. Der Niger wurde bis zuletzt von den USA und europäischen Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, im Kampf gegen die Terroristen unterstützt. Nach einem Staatsstreich des Militärs Ende Juli ist unklar, wie es mit der Zusammenarbeit weitergeht.

Versuchte Übertritte aus Belarus

Lettland verstärkt Grenzschutz

Lettland verstärkt aufgrund zahlreicher versuchter illegaler Übertritte aus Belarus seinen Grenzschutz. Verteidigungsministerin Inara Murniece ordnete die Entsendung von Soldaten zur Unterstützung der Grenzpolizei an. Diese teilte mit, innerhalb von 24 Stunden hätten 96 Personen unrechtmäßig versucht, aus Belarus nach Lettland zu gelangen. Belarussische Behörden seien zunehmend an der Vorbereitung illegaler Grenzübertritte beteiligt. Es lägen Informationen über einen möglichen Anstieg "hybrider Bedrohungen" vor. Die Grenzpolizei habe deswegen eigene Kräfte aus dem Urlaub zurückbeordert und Verstärkung durch die Armee angefordert.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr:
Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

Wissen

Genomanalyse

Ötzi sah ganz anders aus

Glatze, dunkle Augen und sehr dunkle Haut: Eine Genomanalyse verrät, wie der Gletschermann Ötzi zu Lebzeiten aussah. Die Ahnenlinie des Mannes, der um 3250 vor Christus in den Tiroler Alpen lebte, reicht direkt zurück zu jenen ersten Bauern, die vor etwa 8000 bis 9000 Jahren aus dem Nahen Osten nach Europa kamen. Das berichtet ein Forschungsteam aus Deutschland, Italien und Österreich im Fachblatt "Cell Genomics". Ötzi hatte demnach einen wesentlich dunkleren Teint als heutige Südeuropäer. Die Färbung der Mumienhaut geht nicht auf eine Nachdunklung über die Jahrtausende im Eis zurück. Die Hintergründe lesen Sie auf Seite 8.

ESA-Chef

Start der Ariane-6-Rakete erst 2024

Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) hat wegen technischer Probleme den ersten Start ihrer Ariane-6-Trägerrakete erneut verschoben. Nachdem nach einem verpatzten Bodentest Mitte Juli der Testlauf auf den 29. August verschoben worden sei, werde erst danach der Starttermin festgelegt, sagte ESA-Chef Josef Aschbacher. Auf die Frage, ob damit das Debüt 2023 ausfallen werde, sagte er: "Da kann man mit Fug und Recht sagen: Ja." Im Juni hatte Airbus-Chef Guillaume Faury erklärt, der erste Teststart der Ariane 6 sei für Ende des Jahres geplant. Dies hänge jedoch vom Fortschritt der Bodentests im Sommer ab. Der Erststart der neuen europäischen Trägerrakete Ariane 6 hat sich bereits mehrfach verschoben. Sie ist das Nachfolgemodell der Ariane 5, die Satelliten in den Weltraum bringen soll.

Wirtschaft und Geld

"Ampeln auf Tiefrot"

Immobilienbranche in Aufruhr

Innerhalb weniger Tage sind mit Development Partner, der Project-Gruppe und Euroboden drei sogenannte Entwickler in die Insolvenz gerutscht, die in der Regel die Konzeption und Planung größerer Bauprojekte durchführen. Schon im ersten Halbjahr waren vereinzelt Unternehmen in die Pleite geschlittert. "Vieles spricht dafür, dass die Krise auf breitere marktbedingte Probleme zurückzuführen ist", sagt Christoph Wagener, der an der IU Internationale Hochschule in Freiburg im Breisgau eine Professur für Immobilienwirtschaft innehat, im Gespräch mit WELT. Welche Faktoren er meint und warum "die Ampeln in der Wohnungswirtschaft auf Tiefrot stehen", lesen Sie im Interview auf Seite 10.

Kommunale Wärmeplanung

Kabinett beschließt das Gesetz

Alle Kommunen in Deutschland sollen nach dem Willen der Bundesregierung in den kommenden Jahren Pläne für klimafreundliches Heizen vorlegen. Darin sollen sie angeben, in welchen Straßen eine Fernwärme-Versorgung geplant ist, wo Nahwärme zum Beispiel über Biomasse verfügbar sein wird oder ein Wasserstoffnetz aufgebaut werden soll. Eigentümer sollen so erfahren, ob sie selbst etwa über eine Wärmepumpe für klimafreundliche Heizungen sorgen müssen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beschloss das Bundeskabinett am Mittwoch. Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Gesetzentwurf finden Sie auf Seite 9.

Trotz schwacher Konjunktur

Fachkräftemangel nimmt zu

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr:
Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

Immer mehr deutschen Unternehmen fehlen laut Ifo-Institut Fachkräfte. Unter Engpässen litten im Juli 43,1 Prozent der Firmen, nach 42,2 Prozent im April, wie aus der jüngsten Konjunkturumfrage des Münchener Instituts unter etwa 9000 Unternehmen bundesweit hervorgeht. "Trotz schwächerer Konjunktur sind viele Unternehmen weiterhin händeringend auf der Suche nach geeigneten Mitarbeitenden", sagte Ifo-Experte Stefan Sauer. Besonders stark betroffen ist laut Umfrage der Dienstleistungssektor. In der Rechts- und Steuerberatung sowie der Wirtschaftsprüfung finden 75,3 Prozent nicht die passenden Bewerber. Etwa zwei Drittel der Firmen im Verkehrsbereich sowie der Architektur- und Ingenieurbüros berichten von Fachkräftemangel - ein neuer Höchststand für diese Branchen.

Intel

Konzern muss Übernahme stoppen

China hat den Plan des Chip-Riesen Intel torpediert, sein Fertigungsgeschäft mit dem milliardenschweren Kauf der israelischen Firma Tower Semiconductor zu stärken. Nachdem zum Ablauf der angepeilten Frist zum Abschluss der Übernahme die nötige Genehmigung chinesischer Wettbewerbshüter ausblieb, gab Intel den Deal auf. Tower bekommt nun eine Entschädigung von umgerechnet 323 Millionen Euro. Zwischen den USA und China gibt es derzeit Streit um Technologiekomponenten. Washington will Peking den Zugang zu fortschrittlicher Technik rund um Chips und Künstliche Intelligenz möglichst verwehren, die Volksrepublik kontrahiert ihrerseits mit Exportverboten für wichtige Rohstoffe. Bei großen Übernahmen weltweit ist auch die Zustimmung chinesischer Wettbewerbsbehörden notwendig.

E-Mobilität

Umstellung bei Campern stockt

Die Wohnmobil-Branche hat Probleme beim Übergang zur Elektromobilität. Während die Automobilhersteller ihre Pkw-Flotten und leichten Nutzfahrzeuge in hohem Tempo auf den emissionsfreien Antrieb umstellen, stockt diese Entwicklung bei den Campern. Der dominante Antrieb für Wohnmobile bleibe auf absehbare Zeit der Dieselmotor, heißt es vom Caravaning Industrie Verband (CIVD). Was das mit den Gewichtsbegrenzungen beim Pkw-Führerschein und der lahmen deutschen Bürokratie zu tun hat, lesen Sie auf Seite 10.

Tag an der Börse

Dax nach Kursrutsch wieder stabil

Nach den Einbußen am Dienstag ist der Handel am deutschen Aktienmarkt zur Wochenmitte in ruhigen Bahnen verlaufen. Der Leitindex Dax bewegte sich am Mittwoch unter dem Strich nur wenig und ging mit plus 0,14 Prozent bei 15.789,45 Punkten aus dem Handel. Mehr Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

Sport

Leichtathletik

Deutschlands Sprint-Hoffnung

Nur ein Jahr nach den Titelkämpfen in Eugene (USA) trifft sich die Leichtathletik-Elite in Budapest (Ungarn) schon zu den nächsten Weltmeisterschaften. Die vergangene WM ist angesichts des schlechten deutschen Abschneidens und der Wettkämpfe überwiegend zur deutschen Nachtzeit kaum in Erinnerung geblieben. Außerdem folgte wenige Wochen später die glanzvolle Heim-EM in München. Von Samstag an werden etwa 2000 Athleten aus mehr als 200 Ländern bis zum 27. August um Medaillen und Finalplätze kämpfen - darunter auch Joshua Hartmann. Der 24-Jährige verbesserte kürzlich den fast 20 Jahre alten deutschen Rekord über 200 Meter und schrammte dabei nur knapp an einer magischen Grenze vorbei. Ein Gespräch mit Deutschlands neuer Sprint-Hoffnung lesen Sie auf Seite 13.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr: Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

Neymar geht nach Saudi-Arabien

Scharfe Kritik am Wechsel

Die Kritik an Neymar für seinen Wechsel nach Saudi-Arabien reißt nicht ab. Nach Ansicht des spanischen Ex-Fußballprofis Jonathan Soriano hat der brasilianische Superstar "das Handtuch geworfen". Neymar verfüge über genug Qualität, um eine Mannschaft anzuführen, welche die Champions League gewinnen kann. "Er hätte die Fußballwelt mit Erling Haaland und Kylian Mbappé anführen können. Stattdessen hat er sich dazu entschieden, noch mehr Geld zu verdienen", sagte Soriano beim Streaminganbieter DAZN. Am Dienstagabend war der Wechsel des 31-jährigen Neymar von Paris Saint-Germain zu Al-Hilal offiziell bestätigt worden. Laut Nachrichtenkanal Al-Arabiya soll PSG eine Ablöse von 90 Millionen Euro erhalten, Neymars Jahresverdienst mit 100 Millionen Euro sogar noch höher liegen. Vor allem in seiner Heimat hat der Wechsel für Unverständnis gesorgt. "Zu Al-Hilal zu gehen, wird ein ewiger Fleck in der Karriere von Neymar sein", schrieb etwa das brasilianische Sportportal "Globoesporte".

Kultur und Gesellschaft

Italienische Opernsängerin

Renata Scotto ist tot

Sie galt als "einzig noch lebende Primadonna": Renata Scotto. Immer wieder wurde die 1934 im ligurischen Savona geborene Sopranistin mit Maria Callas verglichen. Jetzt ist Scotto, die als bedeutendste Sängerin neben Renata Tebaldi und Mirella Freni gilt, im Alter von 89 Jahren gestorben. Sie begann ihre Karriere mit 17 Jahren. 1952 debütierte sie am Chiabrera Theater in Savona und wenig später am Teatro Nuovo in Mailand. An der Mailänder Scala wurde sie innerhalb weniger Jahre zum Star und trat seitdem an allen großen Opernhäusern auf. Scotto war dafür bekannt, dass sie vor allem in italienischen und französischen Opern ein ungewöhnlich breites Repertoire beherrschte, das die Werke von 18 Komponisten umfasste. Sie war auch als Opernregisseurin tätig. Einen Nachruf lesen Sie auf Seite 15.

Nach Brandkatastrophe auf Hawaii

US-Präsident Biden reist nach Maui

Nach der Brandkatastrophe auf Hawaii mit mehr als 100 Toten reist US-Präsident Joe Biden am Montag auf die besonders hart getroffene Insel Maui. Der Präsident und seine Ehefrau Jill werden dort Betroffene, Rettungskräfte und Behördenvertreter treffen, wie Bidens Sprecherin Karine Jean-Pierre mitteilte. Sie wollten sich "aus erster Hand" ein Bild von den Verwüstungen machen und über nächste Schritte für einen Wiederaufbau sprechen. Biden selbst hatte am Dienstag gesagt, er und seine Ehefrau wollten so bald wie möglich nach Hawaii reisen. Er wolle aber sichergehen, den Bergungsarbeiten "nicht im Weg zu stehen". Die Brände hatten sich Anfang vergangener Woche teils rasend schnell ausgebreitet. Die bei Touristen beliebte historische Stadt Lahaina an der Westküste von Maui wurde fast vollständig zerstört. Dort stieg die Zahl der Todesopfer inzwischen auf 106.

Spinnensichtung

Panische Schreie - Polizei rückt an

Panische Schreie einer durch Spinnen erschreckten jungen Frau haben im schleswig-holsteinischen Bosau zu einem abendlichen Polizeieinsatz geführt. Spaziergänger hörten die Schreie der Frau und alarmierten die Einsatzkräfte, wie die Polizei in Lübeck meldete. Die Beamten verschafften sich Zugang zum Appartementhaus - und konnten ein Verbrechen umgehend ausschließen. Drinnen stießen sie nach eigenen Angaben auf die über das Erscheinen der Polizei "verwunderten" Bewohner. Demnach hatte eine 20-Jährige bei der Ansicht mehrerer Spinnen die Beherrschung verloren und "panische Schreie" ausgestoßen. "Die persönliche Ausnahmesituation hatte sich vor dem Erscheinen der Beamten jedoch wieder beruhigt", teilte die Polizei mit.

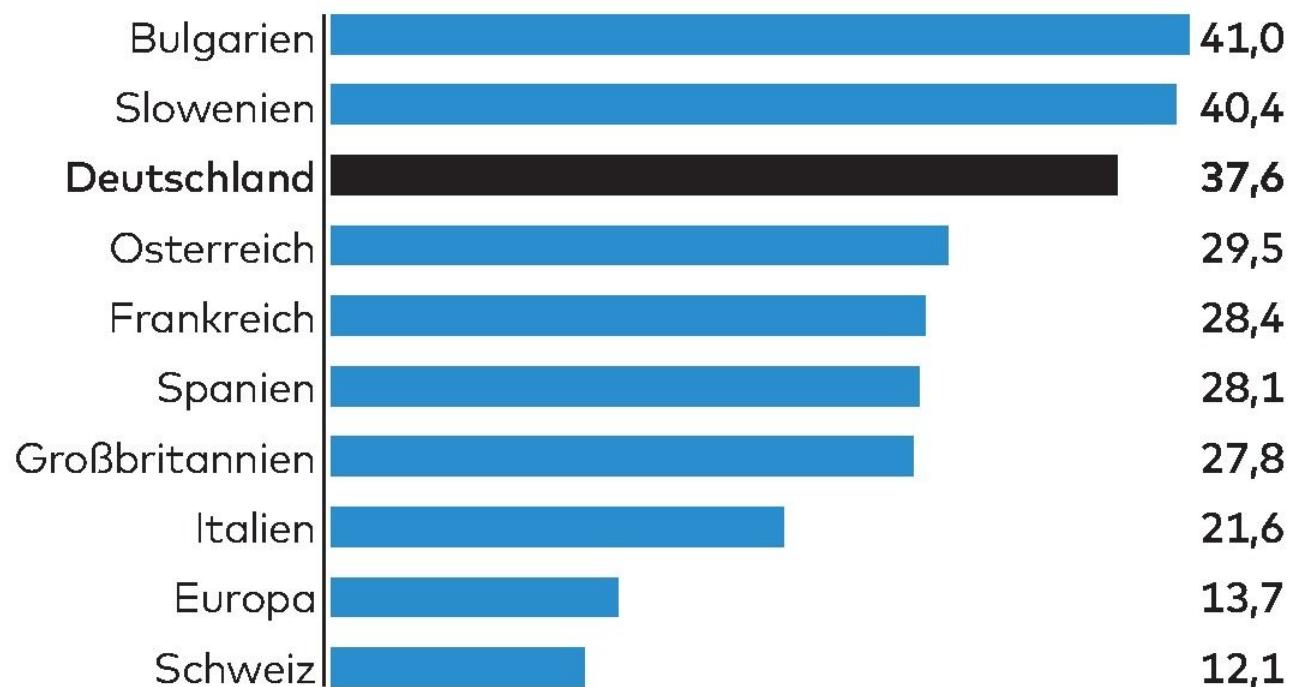
Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr:
Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

LANDFLÄCHE IN DEUTSCHLAND

Gut ein Drittel unter Naturschutz

Anteil der unter Umweltschutz stehenden Landfläche.

Stand: August 2023, in Prozent



Quelle: Statista

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Linken-Fraktionschef: Dietmar Bartsch gibt Amt auf ++ Seit vergangenem Jahr:
Rechtsextreme Demos verdreifacht ++ Früherer Verfas....

WETTER



Lokal kräftige Schauer und Gewitter

Heute: Der Himmel zeigt sich teils wolkig, teils stark bewölkt, und gelegentlich entstehen sich heftige Schauer und Gewitter. Diese können örtlich leidlich ausfallen und mit Sturmlagen, Hagel und Sturmblitzen einhergehen. Die Temperaturen erreichen in den Nachmittagsstunden Werte zwischen 20 und 31 Grad. Der Wind weht schwach, an der Küste zeitweise frisch aus Nord bis Ost.

Betroffenen Personen mit Neigung zu niedrigen Blutdruckwerten ist heute vermehrt unter Schwindelgefühlen und Kopfschmerzen. Die Wetterlage wirkt sich auch negativ auf den nächsten Schlaf und damit auch auf die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit aus.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: August 16, 2023

End of Document

Medikamente, die bei allen wirken; In Arzneimittelstudien kommen Frauen zu kurz

Die Welt

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wissenschaft; S. 8; Ausg. 183

Length: 372 words

Byline: Dpa

Body

In der Schmerzforschung müssen nach Ansicht einer Wissenschaftlerin die Bedürfnisse und biologischen Voraussetzungen von Frauen stärker berücksichtigt werden. "Lange wurden Frauen von Arzneimittelstudien ausgeschlossen, und das obwohl sie häufiger von Schmerzerkrankungen betroffen sind als Männer", sagte die Schmerzforscherin Daniela Rosenberger von der Uniklinik in Münster. Manche Schmerzmittel wirkten bei Frauen anders, was zu Unverträglichkeiten oder Fehldosierungen führen könnte. Der weibliche Körper nehme die Medizin auf andere Weise auf, deren Verteilung und Abbau würde sich vom männlichen Organismus unterscheiden, so die Anästhesiologin anlässlich des bis Donnerstag dauernden Kongresses der Deutschen Schmerzgesellschaft und der Deutschen Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft in Mannheim.

Die unterschiedliche Wirksamkeit sei etwa beim Schmerzmittel Paracetamol nachweisbar. Auch hormonelle Unterschiede können sich auf die Wahrnehmung von Schmerz auswirken: Beim Mann dämpfe Testosteron die Schmerzempfindlichkeit, während Studien zufolge Progesteron und Östrogen bei Frauen den Schmerz eher förderten. Viele Diagnosen orientierten sich zudem eher an Merkmalen, wie sie bei Männern auftreten. Zum Beispiel werde ein Herzinfarkt oft mit starken Schmerzen hinter dem Brustkorb samt Ausstrahlung in den linken Arm assoziiert. Weniger bekannt sei dagegen, dass sich bei Frauen ein Herzinfarkt auch mit Übelkeit und Oberbauchschmerzen ankündigen könne.

Die Expertin appelliert für eine Schmerzforschung, die alle Geschlechter einschließt und individuelle Risikoprofile wie den Gesundheitszustand, Alter, Gewicht und Vorerkrankungen umfasst. Nach Angaben der beiden Fachgesellschaften leiden Millionen Menschen in Deutschland an andauernden oder wiederkehrenden Schmerzen. Zehn Jahre vergingen im Schnitt, bis die richtige Diagnose vorliege. Ob durch Bandscheibenvorfall oder Migräne, nach Operationen oder Tumorerkrankungen, durch seelische Belastungen oder Nervenleiden - die Ursachen für Schmerzen sind vielfältig. Die Folgen können gravierend sein, betonte Rosenberger: Viele Betroffene sind in ihrer Bewegung eingeschränkt, schlafen schlecht, können ihrer Arbeit nicht nachgehen oder isolieren sich.

Medikamente, die bei allen wirken In Arzneimittelstudien kommen Frauen zu kurz

Load-Date: September 19, 2023

End of Document

Viel Geld für warme Worte; Talkshows im Umbruch: Was die ARD ändern muss, um ihren Auftrag zu erfüllen

Die Welt

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Kultur; S. 31; Ausg. 199

Length: 910 words

Byline: Christian Meier

Body

Es ist bereits fünf Jahre her, da hatte der deutsche Kulturrat empfohlen, alle politischen Talkshows für ein Jahr einzustellen. Um "in Ruhe über die Konzepte nachzudenken". Diese Forderung war von der Umsetzung in etwa so realistisch wie die Initiative, die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz mal für eine Weile einzufrieren. Denn natürlich wird weitergeredet, denn Themen gibt es reichlich. In den Talkshows, ob bei Anne Will, Maybrit Illner, Sandra Maischberger, Markus Lanz oder seit Kurzem Louis Klamroth ("Hart aber Fair") sprechen Voll- und Halbexperten zu den jeweiligen Krisenthemen, die sich aneinanderreihen - von Migration über Corona zu Klima, Ukraine und jetzt zum Nahen Osten und zurück zur Migration.

Als Ergänzung zu den Nachrichten des Tages haben Talkshows eine wichtige Funktion - im idealen Fall bilden sie unterschiedliche Positionen und Interpretationen zu den harten Fakten ab. Sie tragen zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Tatsächlich aber geht es häufig um Selbstdarstellung, Konfrontation, Provokation, eingewickelt in weitgehend ergebnislose Wortgefechte. Die zunehmende Unfähigkeit, sich als Gesellschaft miteinander bei abweichenden Meinungen zu verständigen, manifestiert sich auch in der Talkshow, die oft nicht auf Lösung, sondern auf Disput angelegt ist. Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Kulturrats, hatte damals die Talks als mitverantwortlich für eine Spaltung der Gesellschaft gemacht: "Mehr als 100 Talkshows im Ersten und im ZDF haben uns seit 2015 über die Themen Flüchtlinge und Islam informiert und dabei geholfen, die AfD bundestagsfähig zu machen." Die These könnte er noch heute vertreten - teilen muss man sie nicht.

Die ARD sieht solch ein fundamentales Problem aus naheliegenden Gründen nicht. Im neuen Jahr soll sich dennoch einiges ändern. Die wichtigste Neuerung ist, dass die bisherige "Tagesthemen"-Moderatorin Caren Miosga auf den Platz von Anne Will rückt. Bekannt ist, dass Miosga wie ihre Vorgängerin aus einem Studio in Berlin-Adlershof senden wird. Die ARD gab an, die Sendung werde von der Produktionsfirma Mio Media produziert - es ist üblich, dass die ARD Produktionsverträge mit Firmen abschließt, an denen die Moderatoren beteiligt sind. Was seinen Preis hat, doch dazu gleich.

Viel Geld für warme Worte Talkshows im Umbruch: Was die ARD ändern muss, um ihren Auftrag zu erfüllen

Louis Klamroth bleibt Moderator von "Hart aber fair" am Montag, wechselt aber offenbar die Produktionsfirma von "Ansager & Schnipselmann" (an der der ehemalige Moderator Frank Plasberg beteiligt ist) zu Florida Factual, die zur "Joko & Klaas"-Firma Florida Entertainment gehört - und einst u.a. von Klamroth und seinem Cousin gegründet wurde. Der Plasberg-Nachfolger soll nach der Vorstellung von ARD-Programmdirektorin Christine Strobl die jungen Zuschauer ansprechen, die lineares Fernsehen kaum noch anschalten - und darum vor allem die Mediathek der ARD bespielen. Strobl will die drei Formate der ARD stärker komplementär ausrichten - und setzt hier auf Akzente, die über Klamroth kommen sollen. Zuvor hatte die Gremienvorsitzendenkonferenz, eine wichtige ARD-Kontrollinstanz, bereits die Einheitlichkeit der Formate kritisiert.

Darum wäre es seltsam, würde etwa Caren Miosga das Konzept von Anne Will - eine Moderatorin, drei bis vier Gäste - einfach fortführen. "Maischberger" hat sich in den vergangenen Jahren bereits konzeptionell weiterentwickelt - und soll nun neben dem Dienstag und dem Mittwoch auch mal den Montag bespielen, wenn es sich anbietet und "Hart aber Fair" nicht auf Sendung ist.

Neulich sickerten über den Branchendienst "Medieninsider" die Vergütungen durch, die für die Talkshows der ARD gezahlt werden. Die sind offiziell hochgeheim, sollten im Sinne der Transparenz aber (wie etwa bei der BBC) öffentlich gemacht werden, zahlen doch die Bürger über den Beitrag für die Firmen und deren Stars. Die Moderatoren verdienen laut dem Bericht deutlich mehr als der Topverdiener unter den Intendanten, WDR-Chef Tom Buhrow. Demnach soll die ARD in den kommenden zwei Jahren 41,4 Millionen Euro für alle drei Talks zahlen. 13,2 Millionen Euro davon sollen an die Produktionsfirma von Caren Miosga gehen. Die produziert 30 Folgen pro Jahr, wie auch Louis Klamroths Produktionsfirma, die 11,7 Millionen Euro erhalten soll. Sandra Maischbergers Firma Vincent TV produziert deutlich mehr, nämlich 125 Ausgaben in zwei Jahren - für 16,5 Millionen Euro. In dem "Medieninsider"-Bericht genannt wurden auch die Honorare von Maischberger (2,7 Millionen Euro für zwei Jahre) und Klamroth (eine Million Euro für zwei Jahre). Vor allem diese Honorare belegen den Stellenwert, den die Talks im Sender haben. Deren Höhe ist Verpflichtung zur Exzellenz, nicht zur Routine.

Die ARD kann und muss die Konzepte der Sendungen verändern, das ist klar. Wobei die eigentliche Leistung darin liegen wird, die Menschen überhaupt zu den Formaten zu bringen, ob im linearen TV oder der Mediathek. Da wir in Krisenzeiten leben, ist die Aufgabe an sich zu lösen - die Frage ist nur, ob die Formen der Gesprächsführung noch passen. Wie abwechslungsreich kann und muss es sein, wie bekommt man trotzdem Tiefe in die Gespräche, wie viel Publikumsbefragung braucht es, wie viel Einspieler? So facettenreich ein Gespräch sein kann, so viele Möglichkeiten es eröffnet - so limitiert sind die Möglichkeiten am Ende eben doch. Es braucht die Momente der Wahrhaftigkeit, der Erkenntnis, des Staunens - manchmal auch der Empörung. Die lassen sich nicht exakt planen - es braucht aber den richtigen Rahmen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 13, 2023

"Da kann der Wohnungsbau schlicht nicht mithalten"; Die Zuwanderung bringt den Immobilienmarkt an die Grenzen der Belastbarkeit: NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) fordert deshalb ein Umdenken beim Flächenverbrauch

Die Welt

Dienstag 1. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 147

Length: 1145 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Ina Scharrenbach (CDU), 46, ist seit sechs Jahren Ministerin für Heimat, Kommunales und Bau in Nordrhein-Westfalen. Sie kritisiert, die von der Ampel-Koalition angestrebte Flächenschonung passe nicht mehr zur Realität.

WELT:

Frau Scharrenbach, wie sehr sind Konflikte bei der Wohnraumnutzung zu spüren zwischen Alteingesessenen, **Migranten** und Kriegsflüchtlingen?

Ina Scharrenbach:

Allein in der ersten Jahreshälfte 2022 haben wir 153.000 Menschen mehr in Nordrhein-Westfalen dazu bekommen. Da kann der Wohnungsbau schlicht nicht mithalten. Daher merken wir schon, dass sich das Wohnungsangebot deutlich verknapppt hat, was auch steigende Preise zur Folge hat. Irgendwann wird das Wohnungsangebot darüber entscheiden, wie viele Menschen noch zu uns kommen können. Deshalb gehört zur Aufrichtigkeit auch dazu: Wir brauchen eine gezielte Fachkrafteinwanderung, dann muss Politik auch bereit sein, zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen.

Bund und Länder betonen eigentlich eine schonende Flächenpolitik.

Es braucht ein Umdenken in der Flächenpolitik, um der politisch gewollten Entwicklung, die richtig ist, Rechnung zu tragen. Auf Bundesebene ist das aber nicht erkennbar. Wir haben in Nordrhein-Westfalen unsere Landesentwicklungs- und Regionalplanung gerade in der Überarbeitung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die bisherigen Prognosen nicht eintreffen: Die Bevölkerung schrumpft nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern sie

"Da kann der Wohnungsbau schlicht nicht mithalten" Die Zuwanderung bringt den Immobilienmarkt an die Grenzen der Belastbarkeit: NRW-Bauministerin Ina Scharrenba....

wächst. Daraus muss man die Schlussfolgerung ziehen, dass wir zusätzliche Flächen in Anspruch nehmen müssen, weil man sonst politisch für Preisanstieg und Wohnungsknappheit mitverantwortlich ist.

In Köln, Essen und anderen Großstädten gibt es riesige versiegelte industrielle Brachflächen, die Möglichkeiten für Wohnraum bieten. Dann müsste man nicht mehr Fläche verbrauchen. Wird diese Chance noch zu wenig genutzt?

Ja und nein. Ich habe ein großes Interesse daran, dass Brachflächen zu Bauflächen werden. Sie liegen häufig mitten in einer Stadt, und man könnte dort sinnvoll nachverdichten. Allerdings dauert es länger, eine Brachfläche zu nutzen, als eine Freifläche zu entwickeln - und es ist oftmals teurer, etwa wegen der Altlastensanierung. Da fehlt die notwendige Planungsbeschleunigung.

Aber Bund und Land planen doch den Abbau von Bürokratie.

Wir können nur das vereinfachen, was durch den Bund vorgegeben wird, denn Bauplanungsrecht ist Bundesrecht. Wir hätten gern eine Experimentierklausel im Baugesetzbuch, denn die Gesetzgebung ist echt speckig geworden, und Speck macht langsam. Das Baugesetzbuch müsste mal ins Fitnessstudio und schlanker werden, um im Bild zu bleiben. Stattdessen will der Bund bei der kommunalen Wärmeplanung noch weitere Anforderungen ins Baugesetzbuch einfügen, anstatt zu deregulieren. Es werden immer noch ein paar Kilos draufgepackt.

Die NRW-Landesregierung hat Kommunen erweiterte Befugnisse in Landesbauordnung und Wohnraumstärkungsgesetz an die Hand gegeben, um Missstände wie Rattenbefall, Schimmel, Vermüllung beim Wohnen zu bekämpfen. Wie stark werden die Instrumente genutzt?

Sie werden zunehmend genutzt. Sie benötigen vor Ort das Personal und den Mut, diese Instrumente anzuwenden, weil es mitunter Rechtsstreitigkeiten mit dem Eigentümer auslöst, und sie brauchen die Rückendeckung von Rat und Verwaltung. Am Ende ist das, was die Wohnungsaufsicht durchsetzt, aktiver Mieterschutz.

Wie hilft das Land NRW betroffenen Kommunen?

Die beteiligten Kommunen gehören seit 2018 einem Landesarbeitskreis an, weil sich dort Immobilien eines bestimmten Unternehmers befinden, und darum kümmern wir uns vornehmlich. Zusätzlich haben wir eine Task-Force mit Kommunen, die von der Zuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffen sind und Schwierigkeiten mit der Unterbringung von ausgebeuteten Menschen haben. An der letzten Kontrollaktion haben sich zwölf Kommunen mit 101 problematischen Immobilien beteiligt. Die Kommunen haben zur Beseitigung von Missständen bereits insgesamt 680.000 Euro Zwangsgelder angedroht. In laufenden Verfahren wurden zudem Zwangsgelder in Höhe von rund 220.000 Euro festgesetzt. Mit unseren Kontrollaktionen schauen wir hin und handeln gemeinsam mit den Kommunen. Damit stärken wir den Mieterinnen und Mieter den Rücken. Wir lassen uns von Wohnungsunternehmen nicht auf der Nase rumtanzen, die aus schlechten Immobilien das maximale an Geld rausziehen wollen.

Die Migration aus EU-Ländern in Südosteuropa ist ein Spezialthema für Kommunen im Ruhrgebiet. Hat sich der Trend abgeschwächt?

Nach unseren Erkenntnissen ist die Zuwanderung unverändert da. Vom Grundsatz ist das in Ordnung. Wir haben Freizügigkeit in Europa und einen Fachkräftemangel . Wenn jemand mit dem Ziel, eine Arbeit anzunehmen, nach Nordrhein-Westfalen kommt, herzlich gern. Wir haben aber auch Einreisen unter dem Deckmantel der Freizügigkeit, und das muss staatlicherseits unterbunden werden, weil die Freizügigkeit sonst nicht geschützt wird. Es haben auch längst nicht alle Bundesländer diese Herausforderungen. Es geht vor allem um Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Es kann sein, dass das von Berlin aus betrachtet etwas klein wirkt, aber für einzelne Städte ist das eine riesige Herausforderung, auch bei der Akzeptanz in der Bevölkerung.

Haben die kommunalen Behörden ausreichend Möglichkeiten, Leistungsmissbrauch zu erkennen und zu verhindern?

"Da kann der Wohnungsbau schlicht nicht mithalten" Die Zuwanderung bringt den Immobilienmarkt an die Grenzen der Belastbarkeit: NRW-Bauministerin Ina Scharrenba....

Wir brauchen ein Recht, nicht Sonderrechte für einzelne Kommunen. Wenn ein Mensch erst einmal in einer sozialen Leistung drin ist, dann wird es kompliziert. Es wäre sinnvoller, zunächst zu schauen, ob ihm überhaupt die Leistung zusteht oder nicht. Da braucht es einen Perspektivwechsel.

Dann lassen Sie uns mal konkret werden: Jemand kommt aus Osteuropa nach Deutschland und beantragt Leistungen, was muss da anders werden?

Ich würde es für sinnvoll halten, dass man eine differenzierte Betrachtung von Beginn an vornimmt. Momentan muss sich die kommunale Ausländerbehörde sowohl um Asylbewerber als auch um EU-Einwanderer kümmern. Sie sind vor allem mit Asylangelegenheiten befasst, deshalb kommt es an der anderen Stelle zu Verzögerungen. Besser wäre es, eine One-Stop-Agency für EU-Bürger oder die Fachkrafteinwanderung zu ermöglichen, wo alle zuständigen Ämter vertreten sind.

Was ist damit genau gemeint?

Dann muss jemand nur eine Stelle aufsuchen und nicht zu den unterschiedlichen Ämtern gehen. Dann können auch unberechtigte Anmeldungen schneller erkannt und verhindert werden. Wir erproben gerade in einer NRW-Kommune, wie sich die Ämter über die Digitalisierung besser vernetzen können. Das könnte eine Art Fast Lane für EU-Bürger sein. Um es noch einmal klar zu sagen: Diejenigen, die rechtmäßig hier sind, können auf dem Boden unserer Gesetze alles tun und lassen, was sie wollen. Aber diejenigen, die unser Recht missbrauchen, müssen verstehen, dass Deutschland so etwas nicht mitmacht.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 31, 2023

End of Document

Die Pläne in der SPD zum Wahlrecht für Ausländer; Es geht nicht nur um kommunale Abstimmungen

Die Welt

Donnerstag 21. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 184

Length: 929 words

Byline: Marcel Leubecher

Ricarda Breyton

Body

Die Meldung verbreitete sich schnell: Die SPD fordere im Hessen-Wahlkampf das kommunale Wahlrecht für noch nicht eingebürgerte **Flüchtlinge**, berichtete die "Bild"-Zeitung zutreffenderweise. Denn im Wahlprogramm der hessischen Sozialdemokraten unter Spitzenkandidatin und Bundesinnenministerin Nancy Faeser stand: "Wir wollen uns auf Bundesebene und im Bundesrat mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle Menschen, die länger als sechs Monate in hessischen Kommunen leben, ein kommunales Wahlrecht erhalten."

Nach kräftiger Kritik daran aus Opposition und Medien teilte ein Sprecher der Hessen-SPD am Dienstag mit, dabei gehe es nur um ein "politisches Fernziel", über das auf Bundesebene entschieden werden müsse. Später am selben Tag kam dann eine überraschende Wende: Ein hessischer Parteisprecher teilte mit, bei der Forderung nach einem Wahlrecht schon nach sechs Monaten handele es sich um einen "saublöden Fehler", es sei eine Aufenthaltsdauer von sechs Jahren gemeint. Die hessische SPD-Fraktion habe im Mai 2022 ein Positionspapier zur Integration veröffentlicht, dessen Inhalt ins Wahlprogramm der SPD Hessen für die Abstimmung im Oktober eingeflossen sei. In diesem Papier der SPD-Landtagsfraktion steht tatsächlich: "Nach sechs Jahren rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland sollen Ausländerinnen und Ausländer das aktive und passive Wahlrecht in der Kommune erhalten."

Dass in der SPD bei der Abfassung des Wahlprogramms sowie bei dessen einstimmiger Verabschiedung durch alle Delegierten des Parteitags und bis zum "Bild"-Bericht niemandem aufgefallen sein soll, dass Jahre mit Monaten verwechselt wurden, könnte auch folgenden Hintergrund haben: Sozialdemokraten setzten sich schon mehrfach dafür ein, dass noch nicht eingebürgerte Ausländer ein kommunales Wahlrecht erhalten. Die nun als "saublöder Fehler" bezeichnete Forderung, dass Zuwanderer schon nach sechs Monaten Aufenthaltsdauer in einer Kommune wählen dürfen sollen, schwirrt seit Jahren durch die Reihen der SPD.

Die Pläne in der SPD zum Wahlrecht für Ausländer Es geht nicht nur um kommunale Abstimmungen

Bereits 2010 forderte die SPD-Bundestagsfraktion ein "kommunales Wahlrecht für alle" und brachte unter ihrem damaligen Vorsitzenden Frank-Walter Steinmeier einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Das Grundgesetz solle demnach so geändert werden, dass neben EU-Bürgern auch "andere Ausländer mit ständigem Wohnsitz im Bundesgebiet nach Maßgabe des Landesrechts" bei "Wahlen in Kreisen und Gemeinden" künftig "wahlberechtigt und wählbar" sein sollten. Damit würden sie hinsichtlich des Wahlrechts den Zuwanderern aus EU-Staaten gleichgestellt. Zuwanderer aus EU-Ländern dürfen nämlich schon seit 1995 infolge einer Regelungsverpflichtung der Europäischen Gemeinschaft auf kommunaler Ebene in Deutschland wählen, wenn sie seit sechs oder mancherorts noch weniger Monaten in der betreffenden Stadt oder dem Landkreis leben. Und im aktuell gültigen Parteiprogramm der SPD, dem Hamburger Programm aus dem Jahr 2007, steht: "Wir streben die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an." Sie sei nicht das Ende der Integration, aber sie ermögliche die volle politische Teilhabe. "Denen, die noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber schon längere Zeit hier leben, wollen wir das kommunale Wahlrecht geben, auch wenn sie nicht aus EU-Staaten kommen."

2017 ließ die damalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), ein Leitbild für die deutsche Einwanderungsgesellschaft erarbeiten. Darin fordern die Autoren das kommunale Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Staaten. Es gehöre "zum Demokratieprinzip, dass Menschen, die dauerhaft in einem Land leben, sich dort an demokratischen Entscheidungen beteiligen können". Ebenso sollten Ausländer das Stimmrecht in Volksabstimmungen erhalten.

Die Bayern-SPD hat sogar in ihrem aktuellen Wahlprogramm einen Absatz, der wörtlich verstanden die Forderung enthält, noch nicht eingebürgerte Zuwanderer sogar bei Bundestags- und Landtagswahlen abstimmen zu lassen. Sie schreibt: "Eine SPD-geführte bayerische Staatsregierung wird eine Bundesratsinitiative ergreifen, um ein bundesweites Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten zu erreichen." Ebenso strebt die Partei "das Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass ab dem dritten Aufenthaltsjahr für Kommunal- und Landtagswahlen an." Ihr Zeitrahmen "drei Jahre" bewegt sich also zwischen den Angaben des ursprünglichen SPD-Wahlprogramms in Hessen (sechs Monate) und dem am Dienstag überarbeiteten (sechs Jahre). Auf WELT-Anfrage, ob die Landes-SPD tatsächlich eine Teilnahme von Ausländern an Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen befürworte, teilt eine Sprecherin mit: "Unsere Formulierung ist ähnlich zu verstehen wie die Initiative der Bundesregierung beim Staatsbürgerschaftsrecht, die nach besonderen Integrationsleistungen eine Einbürgerungsmöglichkeit nach drei Jahren vorsieht." Das Grundgesetz erlaube "kein Wahlrecht ohne Einbürgerung bei Landtags- und Bundestagswahlen".

Wenn den Plänen der Bundes-SPD nämlich nichts mehr in die Quere kommt, dürfte das Wahlrecht für Ausländer ohnehin immer unbedeutender werden: Denn die Partei hat sich im Ampel-Kabinett mit Grünen und FDP schon auf eine große Reform des Staatsangehörigkeitsrechts geeinigt, mit der die nach Deutschland zuwandernden Menschen nicht sehr lange Ausländer bleiben. Nach sechs Jahren und bei besonders guter Integration sogar nach drei Jahren soll künftig die Einbürgerung möglich sein. Und auch ein Hinderungsgrund für so manchen Einbürgerungswilligen, nämlich das Ablegen der ursprünglichen Staatsbürgerschaft, wird beseitigt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 20, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++
Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++
Terrorwarnung aus Israel: Umstrittene NGOs weiter gefördert ++ Migration:
Aminata Touré verlangt Strategie ++ Außenpolitik ++ Wagner-Chef
Prigoschin droht: Alle ukrainischen Soldaten töten ++ Lampedusa: 800
Bootsmigranten angekommen ++ Verteidigungspolitik: Australien verkündet
Militärreform ++ Staatspräsident Herzog: Israel in "schlimmster interner
Krise" ++ Wissen ++ Britischer Forscher: Finanzielle Anreize für Gärten? ++
Private Mondlandung: Countdown im All ++ Wirtschaft und Geld ++
Warnstreiks in Berlin und Hamburg: Viele Flugausfälle ++ Pfandbriefbanken:
Stabilisierung am Immobilienmarkt ++ Thyssenkrupp: Vorstandschefin Merz
gibt auf ++ EU-Länder: Zankapfel Schuldenberge ++ Arbeitsgericht Berlin:
Axel Springer klagt gegen Reichelt ++ Tag an der Börse: Träger Wochenstart
für den Dax ++ Sport ++ FC Bayern: Bericht: Zweifel an Salihamicic ++
Trainersuche beim FC Chelsea: Vor Einigung mit Pochettino? ++ Nach
Spielabbruch in Zwickau: Tatverdächtiger identifiziert ++ Kultur und
Gesellschaft ++ Gefälschte Hitler-Tagebücher: Künftig im Bundesarchiv ++
Berlins Opernhäuser: Warum die großen Stimmen fehlen ++ Messerattacke
von Duisburg: Verdächtiger in Haft ++ Pariser U-Bahn: Frau bleibt mit Mantel
in Tür stecken

Die Welt

Dienstag 25. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 80

Length: 2816 words

Body

Innenpolitik

Berlin

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:

CDU stimmt für GroKo

In Berlin hat sich nach der SPD auch die CDU für eine schwarz-rote Regierungskoalition entschieden. Bei einem Landesparteitag votierten die Delegierten einstimmig für den mit der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag, wie die CDU bekanntgab. Damit könnte CDU-Landeschef Kai Wegner am Donnerstag im Landesparlament zum Regierenden Bürgermeister gewählt werden - als erster Christdemokrat seit 2001. Bisher regiert in Berlin ein rot-grün-roter Senat. Anders als die SPD hatte die CDU nicht öffentlich über das geplante Bündnis diskutiert. Zwar gibt es in der Hauptstadt-CDU Anhänger einer schwarz-grünen Zusammenarbeit - Wegners Kurs hatte aber von Anfang die breite Unterstützung der Partei. Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Gesundheitsminister Lauterbach

Werbung für digitale Patientenakte

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will mit einer bundesweiten Kampagne die Akzeptanz der digitalen Patientenakte erhöhen. "Ärzte und Kassen werden die Patienten informieren und beraten", kündigte Lauterbach in den Zeitungen der Funke Mediengruppe vom Montag an. "Und wenn die elektronische Patientenakte für alle startet, machen wir eine bundesweite Aufklärungskampagne." Lauterbach versicherte, Datenschutzregeln würden so gestaltet, "dass sie für Patienten und Ärzte im Alltag praktikabel sind". So sollten Ärzte, die Zugriff auf die Daten haben, von den Patienten gezielt ausgewählt werden können. Der Minister: "Wenn ich als Patient nicht will, dass mein Zahnarzt sieht, bei welchem Psychotherapeuten ich wegen einer schweren Psychose behandelt werde, muss ich dem Zahnarzt den Zugriff auf diese Daten verweigern können."

Terrorwarnung aus Israel

Umstrittene NGOs weiter gefördert

Israel wirft sechs palästinensischen Nichtregierungsorganisationen Verbindungen zur Terrorgruppe PFLP vor. Das Auswärtige Amt sowie das Bundesentwicklungsministerium finanzieren die betroffenen Organisationen zwar nicht direkt. Es fließen allerdings Gelder an Programme wie den Zivilen Friedensdienst, die Hilfsorganisation Medico sowie parteinahme Stiftungen, die in mehreren Projekten mit in Israel als terroristisch eingestuften Organisationen zusammenarbeiten. Nun steht fest: An dieser Praxis wird sich trotz der schweren Vorwürfe und vorgelegten Informationen aus Israel nichts ändern. Zu den Hintergründen lesen Sie im Bericht auf Seite 4.

Migration

Aminata Touré verlangt Strategie

Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré fordert eine besser koordinierte Migrationspolitik in Deutschland. "Es fehlt an einer Gesamtstrategie in der Integrationspolitik, die Bund, Länder und Kommunen in finanziellen wie inhaltlichen Fragen gemeinsam entwickeln und die wir dringend brauchen", sagte die Grünen-Politikerin. "Weder der letzte Flüchtlingsgipfel, noch die dadurch implementierten Arbeitsgruppen haben uns da vorangebracht." Von der Integrationsministerkonferenz an diesem Mittwoch in Wiesbaden erwarte sie klare Beschlüsse in Richtung Ministerpräsidentenkonferenz am 10. Mai, sagte Touré. Dann findet der nächste Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern statt.

Außenpolitik

Wagner-Chef Prigoschin droht

Alle ukrainischen Soldaten töten

Der Chef der russischen Söldnertruppe Wagner, Jewgeni Prigoschin, hat damit gedroht, während der Gefechte künftig keine Gefangenen mehr zu machen und alle ukrainischen Soldaten zu töten. "Wir werden einfach alle auf dem Schlachtfeld vernichten", sagte Prigoschin auf dem Telegram-Kanal seines Pressedienstes. Er begründete

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:

dies mit einem angeblich abgefangenen Funkspruch der Ukrainer, in dem diese die Erschießung verletzter Wagner-Söldner besprechen. Prigoschin warf Kiew die Verletzung des Völkerrechts vor. Sobald eine Seite Kriegsgefangene genommen habe, sei sie für deren Versorgung und Sicherheit verantwortlich, sagte der 61-Jährige. Da er sich daran halte, werde er künftig keine Kriegsgefangenen mehr machen. Mehr zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine lesen Sie auf Seite 6.

Lampedusa

800 Bootsmigranten angekommen

Das Migranten-Camp, das für rund 400 Menschen Platz hat, ist bereits überfüllt. Nun haben mehr als 800 Bootsmigranten in nur 24 Stunden die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa erreicht. In 21 Booten kamen die Menschen am Sonntag sowie am Montag dort an, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. In der Nacht sei zudem ein Migrantenboot in internationalen Gewässern gesunken. Ein Fischerboot habe dabei 34 Menschen gerettet sowie eine Leiche geborgen. Die Geretteten wurden den Angaben zufolge anschließend an Bord eines Patrouillenboots der italienischen Küstenwache geholt und nach Lampedusa gebracht. Die Überlebenden berichteten demnach von mehreren Vermissten, die bei der Rettungsaktion nicht aufgelesen wurden.

Verteidigungspolitik

Australien verkündet Militärreform

Mehr Soldaten, Langstreckenwaffen und Cyberwaffen: Angesichts des wachsenden Einflusses Chinas hat Australien die größte Reform seines Militärs seit Jahrzehnten auf den Weg gebracht. Die bisherige militärische Strategie "erfüllt nicht mehr ihren Zweck", sagte der australische Verteidigungsminister Richard Marles bei der Vorstellung eines neuen Militärberichts, der die Abschreckung möglicher Angreifer zum obersten Ziel erklärt: "Heute haben wir zum ersten Mal seit 35 Jahren die Ziele der Verteidigungspolitik neu definiert." Der Aufbau der chinesischen Streitkräfte sei der größte eines Landes seit dem Zweiten Weltkrieg, schreiben die Experten in dem Militärbericht und warnen vor einem "steigenden Risiko militärischer Eskalation und Fehleinschätzungen".

Staatspräsident Herzog

Israel in "schlimmster interner Krise"

Israels Staatspräsident Izchak Herzog hat den Streit um die Justizreform als "schlimmste interne Krise seit der Gründung des Staates" vor 75 Jahren eingestuft. Gleichzeitig äußerte er in Interview mit der israelischen Nachrichtenseite ynet die Hoffnung, das Land könne gestärkt aus dem Drama hervorgehen. Die Feiern zu Israels 75. Jubiläum beginnen an diesem Dienstagabend. Sie werden überschattet vom Streit um die Justizreform, die Gegner als Gefahr für die Demokratie ablehnen.

Wissen

Britischer Forscher

Finanzielle Anreize für Gärten?

Um die Folgen des Klimawandels in Städten besser in den Griff zu bekommen, empfiehlt ein britischer Wissenschaftler gezielte Anreize für Gartenbesitzer. Diese sollten für das Anlegen begrünter, nachhaltiger Gärten beispielsweise mit einer Steuererleichterung oder vergünstigten Wasserpreisen belohnt werden, lautet die von Ross Cameron von der Universität Sheffield vorgestellte Idee. Gärten, die immerhin ein Drittel der urbanen Räume ausmachten, seien "elementar, um Gebäude und städtische Umgebungen im Sommer kühl zu halten, Regen aufzunehmen, Überschwemmungen zu verhindern und einen wichtigen Rückzugsort für Tiere zur Verfügung zu stellen".

Private Mondlandung

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:

Countdown im All

Ein Mondlander einer japanischen Firma soll an diesem Dienstag sein Ziel erreichen. Die Stunde der privaten Raumfahrt zum Mond könnte schlagen. Gegen 18.40 Uhr (MESZ) will das junge japanische Raumfahrtunternehmen ispace ein Landegerät namens "Hakuto-R" auf dem Mond aufsetzen lassen. Bei Erfolg wäre es die weltweit erste private Mondlandung. Bald darauf wollen zwei US-Konkurrenten mit eigenen Landegeräten Kurs auf den Erdtrabanten nehmen. Die ersten aber dürften die Japaner sein, auch wenn sich die Landung von "Hakuto-R" je nach Verlauf der Mission noch bis zum 1. oder 3. Mai verzögern könnte.

Wirtschaft und Geld

Warnstreiks in Berlin und Hamburg

Viele Flugausfälle

Ein Tag ohne Warnstreik scheint derzeit in Deutschland eine Seltenheit zu sein. Zum Wochenstart legten Beschäftigte an den Flughäfen Berlin-Brandenburg (BER) und Hamburg die Arbeit nieder. Am BER konnte kein Flieger mit Passagieren abheben, geplant waren rund 220 Abflüge. In Hamburg fielen mehr als 50 von 160 Abflügen aus. Zu den Warnstreiks aufgerufen hatte die Gewerkschaft Ver.di - die für Mittwoch bereits die nächsten Ausstände ankündigte. Dann sind etwa 40 Verkehrsbetriebe mit gut 5000 Beschäftigten betroffen, die mehrheitlich öffentlichen Nahverkehr oder Schienengüterverkehr anbieten. Geplant sind demnach Aktionen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Am Dienstag verhandeln zudem Bahngewerkschaft EVG und Deutsche Bahn wieder über einen Tarifvertrag. Da kein Abschluss zu erwarten ist, sind weitere baldige Warnstreiks möglich.

Pfandbriefbanken

Stabilisierung am Immobilienmarkt

Am deutschen Immobilienmarkt wächst seit einigen Monaten die Angst: Die Zinsen steigen, die Preise sinken, und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Doch der Verband der Pfandbriefbanken glaubt inzwischen eine Bodenbildung bei den Immobilienpreisen zu erkennen. Er sieht sogar einen neuen Aufschwung am Horizont. Und dieser erstaunliche Optimismus fällt zeitlich zusammen mit neuesten Daten des Darlehensvermittlers Europace. Auch er sieht bei den Immobilienpreisen erste Hinweise auf eine Trendwende. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 9.

Thyssenkrupp

Vorstandschefin Merz gibt auf

Überraschung bei Thyssenkrupp: Konzernchefin Martina Merz hört vorzeitig auf. Sie habe den Personalausschuss des Aufsichtsrats um eine zeitnahe Auflösung ihres Vertrages gebeten, teilte das Unternehmen mit. Der Ausschuss will dem Wunsch entsprechen. Der Personalausschuss hat dem Aufsichtsrat bereits einen Nachfolger vorgeschlagen. Demnach soll der Interimschef des Autozulieferers Norma Group, Miguel Ángel López Borrego, zum 1. Juni neuer Vorstandschef werden. Merz (60) ist seit 2019 Vorstandsvorsitzende von Thyssenkrupp. Die gelernte Maschinenbauingenieurin hatte den Konzern in schwieriger Lage übernommen. In einem der "Rheinischen Post" vorliegenden Brief an die Beschäftigten betonte Merz, dass sie mit ihrem Rückzug den Weg für eine neue Phase freimachen wolle.

EU-Länder

Zankapfel Schuldenberge

Eine heikle Frage könnte die alten Gräben aus der Zeit der Finanzkrise in der Europäischen Union wieder aufräumen: Nach welchen Regeln sollen die Länder ihre Schulden abbauen? Die EU-Kommission und die

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:

Bundesregierung streiten über den richtigen Weg. Eine Rechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft stützt nun die deutsche Position. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 9.

Arbeitsgericht Berlin

Axel Springer klagt gegen Reichelt

Der Medienkonzern Axel Springer (unter anderem WELT, "Bild") verlangt Geld von seinem früheren "Bild"-Chefredakteur Julian Reichelt zurück. Der Fall liegt beim Arbeitsgericht Berlin, wie eine Gerichtssprecherin bestätigte. Sie sagte weiter, es gehe bei der Klage um die Rückzahlung einer Abfindung, die beim Weggang Reichelts vereinbart worden sei. Zudem fordere der Konzern auch die Zahlung einer Vertragsstrafe. Es handele sich bei der Klage um eine Summe im siebenstelligen Bereich. Reichelt musste im Herbst 2021 seinen Posten als Chefredakteur von Deutschlands größter Boulevardzeitung räumen und den Konzern verlassen.

Tag an der Börse

Träger Wochenstart für den Dax

Der Dax präsentierte sich am Montag kraftlos. Zum Xetra-Schluss notierte der deutsche Leitindex bei 15.864 Punkten kaum verändert. Impulse durch den positiven Ifo-Index blieben aus. Im Detail fielen die Resultate aber durchwachsen aus. Im Dax kletterten Siemens Healthineers an die Spitze mit einem Plus von 3,3 Prozent. Und hohe Kursgewinne bei Philips hinterließen ihre Wirkung. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

FC Bayern

Bericht: Zweifel an Salihamiczic

Wegen der Ergebniskrise des FC Bayern München gerät einem Medienbericht zufolge neben Vorstandsboss Oliver Kahn offenbar auch Hasan Salihamiczic stärker unter Druck. Wie das Fachmagazin "Kicker" berichtete, gibt es intern Zweifel daran, ob der ehemalige Profi seinen Aufgaben als Sportvorstand beim FC Bayern gewachsen ist. Es häuften sich die Meinungen, dass dieser Posten beim deutschen Rekordmeister für den 46-Jährigen eine Nummer zu groß sei. Salihamiczic wird vor allem zur Last gelegt, auf dem Transfermarkt nicht glücklich agiert zu haben. Von den Neuzugängen in dieser Saison gilt nur Abwehrspieler Matthijs de Ligt als Volltreffer. Der Verzicht auf einen direkten Ersatz für den zum FC Barcelona abgewanderten Mittelstürmer Robert Lewandowski wird dem Sportvorstand auch als Fehler angekreidet.

Trainersuche beim FC Chelsea

Vor Einigung mit Pochettino?

Beim kriselnden FC Chelsea rückt eine Verpflichtung von Trainer Mauricio Pochettino (51) Berichten zufolge näher. Nach Informationen des gut vernetzten Transfermarkt-Fachmanns Fabrizio Romano sollen die Gespräche mit dem früheren Tottenham-Coach in dieser Woche in die entscheidende Phase gehen. Auch die britische Zeitung "Telegraph" und die spanische "Marca" berichteten von einer bevorstehenden Einigung. Chelsea hatte sich Anfang April von Trainer Graham Potter getrennt. Bis zum Ende der Saison soll der frühere Chelsea-Coach Frank Lampard das Team betreuen. Unter dem Ex-Profi verloren die Blues jedoch ihre ersten vier Pflichtspiele und haben keine realistische Chance mehr auf die Qualifikation für einen europäischen Wettbewerb. Nachdem Ex-Bayern-Coach Julian Nagelsmann und der frühere spanische Nationaltrainer Luis Enrique bei Chelsea aus dem Rennen sind, gilt Pochettino als Topfavorit auf das Traineramt an der Stamford Bridge. Laut "Telegraph" sollen sich auch mehrere Chelsea-Spieler für den Argentinier ausgesprochen haben, der vor den Spurs bereits Espanyol Barcelona und den FC Southampton trainierte und zuletzt bis Sommer 2022 bei Paris Saint-Germain unter Vertrag stand.

Nach Spielabbruch in Zwickau

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:

Tatverdächtiger identifiziert

Die Polizei hat den Tatverdächtigen nach der Bierdusche gegen Schiedsrichter Nicolas Winter, die zum Spielabbruch der Drittliga-Partie zwischen dem FSV Zwickau und Rot-Weiss Essen führte, inzwischen identifiziert. Das teilte die Polizei Sachsen mit. Gegen den Mann, der laut Angaben von FSV-Vorstandssprecher Frank Fischer ein Sponsor des Vereins sein soll, werde nun wegen Körperverletzung ermittelt, hieß es laut Angaben der Polizei. Auch der Verein kündigte seinerseits Konsequenzen gegen den Mann an. Mehr zu dem Vorfall und dem anschließenden Spielabbruch lesen Sie in dem Bericht auf Seite 12.

Kultur und Gesellschaft

Gefälschte Hitler-Tagebücher

Künftig im Bundesarchiv

40 Jahre nach dem Medienskandal um die in der Zeitschrift "Stern" veröffentlichten gefälschten Hitler-Tagebücher wird der Bertelsmann-Verlag diese an das Bundesarchiv übergeben. Die 60 Originalhefte sollen dort aufgrund ihres zeitgeschichtlichen Werts dauerhaft verwahrt und für wissenschaftliche Analysen zur Verfügung gestellt werden. "Wir freuen uns, dass das Bundesarchiv, das vor 40 Jahren bereits die Fälschung der Tagebuchkladden zweifelsfrei nachweisen konnte, nun auch deren Archivierung übernehmen wird", sagte Bertelsmann-Vorstandschef Thomas Rabe. Die Veröffentlichung der vermeintlichen Hitler-Tagebücher gilt als eine der größten Medienaffären der bundesdeutschen Geschichte. Der "Stern" stellte die Details der angeblichen historischen Sensation am 25. April 1983 vor. Nur wenige Tage später entlarvten Experten die Hefte als Fälschungen.

Berlins Opernhäuser

Warum die großen Stimmen fehlen

Berlin leistet sich drei Opernhäuser. Und die meisten Musiktheaterbesucher gehen immer noch der Musik wegen zu Verdi, Wagner und Mozart. Wegen der Sängerinnen und Sänger. Seltsamerweise scheinen die großen Vertreter der Stimmlagen, die Stars der Szene wie Benjamin Bernheim oder Lisette Oropesa einen Bogen um die deutsche Hauptstadt zu machen. Belcanto-Fans können sich daher die Fahrt zur Deutschen Oper und zur Staatsoper eigentlich sparen. Warum das so ist, wie sich das auswirkt und wo man hin muss, um Donizetti oder Bellini in Bestbesetzung zu sehen und zu hören, erfahren Sie auf Seite 15.

Messerattacke von Duisburg

Verdächtiger in Haft

Nach der blutigen Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio ist der 26-jährige Tatverdächtige wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft gekommen. Das entschied ein Haftrichter am Montag. Der Tatvorwurf lautet unter anderem versuchter Mord. Bei dem Angriff in der vergangenen Woche waren vier Menschen mit einer Hieb- und Stichwaffe schwer verletzt worden - ein 21-Jähriger schwebte am Wochenende noch immer in Lebensgefahr. Bislang war der Syrer, der nach Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft 2016 einen Asylantrag in Deutschland gestellt hatte, polizeilich nicht in Erscheinung getreten.

Pariser U-Bahn

Frau bleibt mit Mantel in Tür stecken

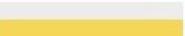
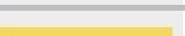
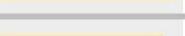
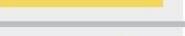
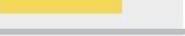
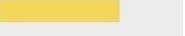
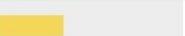
Tödlicher Unfall: Eine Frau ist beim Aussteigen aus der Pariser U-Bahn mit ihrem Mantel in der Tür hängengeblieben und von der abfahrenden Bahn mitgerissen worden. Die Frau starb noch am Unfallort, wie die Staatsanwaltschaft bestätigte. Die Polizei ermittelte den genauen Unfallhergang. Die Frau im Alter von Mitte 40 sei von ihrem Mann und ihrem Sohn begleitet gewesen, berichtete die Zeitung "Le Parisien". Der Fahrer der U-Bahn stehe unter Schock. Ein Alkoholtest sei negativ ausgefallen.

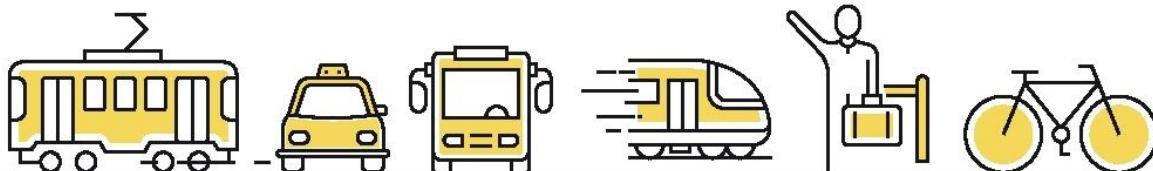
Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:

MOBILITÄT

Warum kein Deutschlandticket?

Anteil der Befragten, die aus folgenden Gründen das 49-Euro-Ticket nicht nutzen möchten

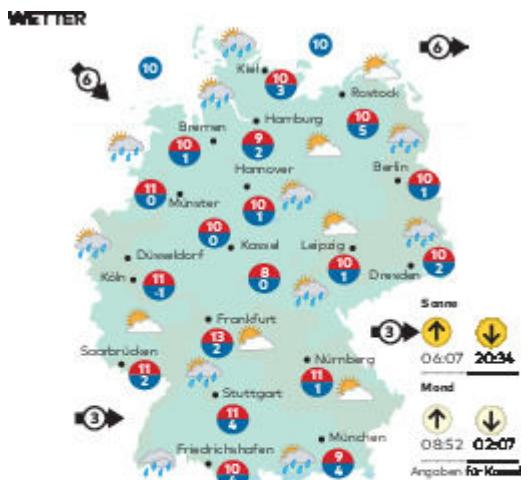
Schlechte Verbindungen/ Verfügbarkeit vor Ort		46,5
Nutze den ÖP NV nicht		43,9
Bevorzuge flexible Verkehrsmittel (z. B. Pkw)		41,6
Zu lange Warte-/Fahrtzeiten		31,2
Überfüllung der Verkehrsmittel		30,6
Sicherheitsbedenken im ÖPNV		20,5
Überhöhter Preis		16,5
Automatische Abo-Verlängerung		8,6



Basis: 107 Befragte (ab 18 Jahren) in
WELT Deutschland; Februar 2023

Quelle: Statista; CosmosDirekt/Civey
Illu: Designer/Getty Images

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Berlin: CDU stimmt für GroKo ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Werbung für digitale Patientenakte ++ Terrorwarnung aus Israel:



Vor allem im Süden viel Regen, kühl

Heute: Anfangs überwiegend dichte Wölken, aber die Sonne zeigt sich später an wechselhaft. Im Norden und über der Mitte gibt es vereinzelte Schauer. Später lassen die Regengüsse auch im Süden nach. In den Alpen bleibt es jedoch regnerisch. Die Schneefallgrenze liegt bei 1000 bis 1200 Metern Höhe. Mit 4 bis 12 Grad bleibt es kühl. Der Wind weht schwach bis mäßig, an Nord- und Ostsee frisch.

Bis Montag: Zurzeit werden Herz und Kreislauf stark belastet. Personen mit hohem Blutzuckerwert sollten sich daher schonen. Rheumakranke leiden unter einer Verschlimmerung ihrer Schmerzen in den Gelenken und Gelenken.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: April 24, 2023

End of Document

Naive Laienprediger

Die Welt

Dienstag 21. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 37

Length: 346 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Die Grünen polarisieren. Das Gerücht hält sich, dass es um Ideologie geht. Das ist falsch. Wie falsch, sieht man an einer Figur wie Boris Palmer und dessen Realo-Truppe. Nichts spaltet eine Gesellschaft mehr als der Eindruck, dass es kein gemeinsames Verständnis von Realität gibt und dass das Benennen von Fehlentwicklungen tabuisiert wird. Das naive Laienpredigertum der Grünen bei der **Migration** wurde lauter, je offensichtlicher der beschrittene Holzweg war. Als sich die lindgrüne Merkel-Union der Liturgie der "Bunten Republik Deutschland" (Christian Wulff) anschloss, riss die Gesellschaft.

Seither wurden diejenigen, die das Scheitern der Integrationsträumereien benannten, als "unanständig", "populistisch" oder - das schlimmste Urteil im Elfenbeinturm - als "rächts" bezeichnet. Der linke "Öko" Boris Palmer machte da nie mit. Der Oberbürgermeister, der die Verkehrswende in seinem Reich Tübingen ebenso entschieden wie pragmatisch durchzieht (und auch sozialen Wohnraum schafft), hat die Schönrednereien von Gewalt, Elend und Verwahrlosung im Zusammenhang mit Migration nie bagatellisiert. Neu ist, dass er für seinen Kurs jetzt breite Unterstützung aus der grünen Partei bekommt, bei der seine Mitgliedschaft noch immer ruht. Die illusionistische Weltanschauung aus den gentrifizierten Vierteln der grünen Bourgeoisie wirkt auf einmal entzaubert.

Was die Realos fordern, könnte die Grünen zerlegen, aber dem Land dienen. Die nach links gerutschten Grünen, ihre vorlaute, bequeme Jugend und ihr NGO-Subventionschor werden sich mit den Realos in ihrer Partei beschäftigen müssen. Das Geschrei, dass alle Rassisten sind, die über Missstände berichten, zieht nicht mehr. Gelingt es den Grünen, in der Migrationsfrage zurück in die Realität zu kehren, wäre das ein Riesenschritt zurück in die bürgerliche Mitte für die gesinnungssatten Grünen. Palmer ist auf ganz archaische Art Rebell und Überzeugungstäter: Er ist mutiger als die eitlen Rebellionsdarsteller, die zuletzt das grüne Image geprägt haben.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 20, 2023

End of Document

Wie Ämter Fachkräfte vor den Kopf stoßen; Die Bundesregierung will eine "Willkommenskultur" für Erwerbsmigranten. Doch die gibt es zum Teil nicht einmal in den zuständigen Behörden

Die Welt

Mittwoch 3. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 85

Length: 1107 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Als die Bundesregierung am vorigen Donnerstag für ihr Fachkräfte-Einwanderungsgesetz warb, ging es auch um das Wohl der Arbeitskräfte selbst. "Um attraktiver zu werden, müssen sich Fachkräfte aus dem Ausland bei uns willkommen fühlen", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Dass es daran bislang mangle, liege auch an Teilen der Opposition. Deren Sprache habe dazu beigetragen, dass sich manche eben nicht willkommen fühlten. Was keine Erwähnung fand: Auch das Verhalten so mancher Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden stößt Erwerbsmigranten vor den Kopf. So sehr, dass mehrere Anwälte für Migrationsrecht nun deutliche Kritik üben. Von "unwürdigen" Verfahren ist die Rede, "fehlendem Feingefühl", und Behörden, die Bewerber um einen Aufenthaltstitel über Monate "ghosten".

Man beobachte leider eine "fehlende Willkommenskultur" in einigen Behörden, sagt Martin Manzel, Experte für Migrationsrecht beim Deutschen Anwaltverein. Seine Kanzlei betreue Mandanten, die "alle Voraussetzungen für eine Einreise" erfüllten, die aber am Ende kein Visum erhielten, weil "irgendein Beamter" die Angaben oder Qualifikationen in Zweifel ziehe oder infrage stelle, ob der Arbeitgeber diesen Mitarbeiter wirklich brauche. "In einigen Fällen wird hier auch die Grenze des rechtlich Zulässigen deutlich überschritten."

Manzel berichtet von einer Berliner Pflegeeinrichtung, die sich auch auf türkische Kunden spezialisiert habe und eine Fachkraft für Büromanagement in der Türkei angeworben habe. Der Berufsabschluss der Fachkraft sei von der zuständigen Stelle in Deutschland als gleichwertig anerkannt worden. Die Bundesagentur für Arbeit habe der Erteilung des Aufenthaltstitels zugestimmt. Die zuständige Botschaft in Ankara habe dann allerdings das Visum verweigert - wegen nicht nachgewiesener Englisch- oder Deutschkenntnisse. Man verstehe nicht, habe man der Fachkraft gesagt, wie sie in Deutschland arbeiten wolle, wenn sie gar kein Deutsch spreche. "Dass die Fachkraft ausschließlich mit türkischsprachigen Kunden korrespondieren würde und Türkisch die Arbeitssprache der Firma ist, spielte für den Sachbearbeiter in der Auslandsvertretung keine Rolle." Englisch hätte die Behörde akzeptiert,

Wie Ämter Fachkräfte vor den Kopf stoßen Die Bundesregierung will eine "Willkommenskultur" für Erwerbsmigranten. Doch die gibt es zum Teil nicht einmal in den z....

obwohl keinerlei Bezug zum Unternehmen bestanden habe - Türkisch hingegen nicht. Die Kanzlei legte Widerspruch ein und erhielt im Ergebnis Recht.

Ähnliches berichten andere Migrationsrechtsexperten. Etwa der Anwalt Wolfgang Breidenbach aus Halle. Er erzählt von Betrieben, die Auszubildende aus dem Ausland bei sich beschäftigen wollen. In der Regel schlössen sie mit der zuständigen Ausländerbehörde eine Vereinbarung, in der die Details zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für die Berufsausbildung geregelt würden. Die Behörde beteilige weitere Behörden und gebe im besten Fall eine Vorabzustimmung, die wiederum an die deutsche Botschaft übermittelt werde. Diese würde dann am Ende das Visum erteilen. "Was immer wieder vorkommt ist, dass die Botschaft noch einmal nachbohrt. Sie bemängelt angeblich fehlende Sprachkenntnisse oder erkennt Sprachzertifikate nicht an", sagt Breidenbach. Wenn die Deutschkenntnisse bereits im Inland geprüft wurden, dürfe das die Auslandsvertretung nicht erneut prüfen. Die Berliner Anwältin Julia Uznanski berichtet von Mandanten, die ewig auf einen Termin in der Auslandsvertretung oder der Ausländerbehörde warteten. E-Mails würden zum Teil monatelang nicht beantwortet, telefonisch seien die Ansprechpartner überhaupt nicht erreichbar. Bewerber würden einfach "gehostet".

Und die Frankfurter Anwältin Bettina Offer beschreibt "große Probleme", die entstünden, wenn Fachkräfte ihr Visum im Inland in einen längerfristigen Aufenthaltstitel umwandeln wollen. Bis die Ausländerbehörde die Verlängerung genehmigt, dürften die Betroffenen legal im Land bleiben. Für die Übergangszeit hätten sie dann Anspruch auf ein Übergangsdokument, die sogenannte Fiktionsbescheinigung. Viele Behörden stellen die Bescheinigung aber nicht aus. In der Folge sind Hochqualifizierte praktisch papierlos in Deutschland und dürfen plötzlich nicht mehr reisen. "Die Fachkräfte arbeiten auf einem hochprofessionellen Niveau. Sie haben kein Verständnis dafür, dass die deutschen Behörden sie monatelang ohne Papiere hier hocken lassen."

Zwar betonen alle, dass das Problem nicht flächendeckend herrsche. Es gebe durchaus viele professionell arbeitende Sachbearbeiter. Allerdings ächzten viele wegen Überlastung. Noch nie sei die Situation in den Behörden "so katastrophal wie heute" gewesen, sagt Offer. In den vergangenen Jahren sei das Aufenthaltsrecht immer wieder ergänzt und angepasst worden und dadurch stetig komplexer geraten. "Was leider nicht ausreichend ertüchtigt wurde, ist die Migrationsverwaltung." Hinzu kommen möglicherweise Wissenslücken bei den Sachbearbeitern, aber zum Teil auch eine restriktive Haltung. Zwar sei es sinnvoll, dass die Beamten die ihnen vorliegenden Angaben einer Schlüssigkeitsprüfung unterzögen, sagt Manzel. Schließlich wolle man Missbrauch verhindern. "Allerdings fehlt häufig das Feingefühl dafür, was nach einer schlüssigen Geschichte klingt." Die Behörden seien über die vergangenen Jahre geprägt durch die Vorgabe gewesen, "vor allem Hochqualifizierten den roten Teppich auszurollen", sagt der Migrationsexperte Holger Kolb. Es überrasche ihn nicht, wenn Behördenmitarbeiter nun insbesondere nicht formal Qualifizierten mitunter skeptisch gegenüberstünden.

Die Folgen sind allerdings wirtschaftlich bedenklich. Arbeitskräfte, die bereits einen Arbeitsvertrag haben und morgen anfangen könnten, warteten monatelang darauf loszulegen, sagt Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). "Die Folge ist ein wirtschaftlicher Verlust für alle Beteiligten." Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften bremse in vielen Unternehmen Wachstum und Innovation. Diese "kafkaesken Verhältnisse" könne sich Deutschland nicht mehr leisten.

Zwar plant das Auswärtige Amt, die Visa-Vergabe zu beschleunigen. Mehr Entscheider sollen eingestellt werden, Verfahren digitalisiert werden. Damit ist aber das Problem im Inland noch nicht behoben, wo die kommunalen Ausländerbehörden für die Fachkräfte zuständig sind, nachdem sie eingereist sind. Rechtsanwältin Offer schlägt nun eine "Zentralbehörde" vor, die sich um die Prüfung und Genehmigung von Aufenthaltstiteln für ausländische Arbeitskräfte kümmert. Diese müsse vom Bund finanziell und personell "sehr gut ausgestattet" werden. Einen ähnlichen Vorschlag hatte auch die oppositionelle Unionsfraktion eingebracht. Die Ampel hat auf die Idee bislang allerdings verhalten reagiert.

Wie Ämter Fachkräfte vor den Kopf stoßen Die Bundesregierung will eine "Willkommenskultur" für Erwerbsmigranten. Doch die gibt es zum Teil nicht einmal in den z....

Graphic

Anwälte für Migrationsrecht beklagen "unwürdige" Verfahren für Fachkräfte aus dem Ausland

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

Mit einem Trick zum Asylantrag; Die Zahl in Deutschland Schutz suchender Kubaner ist sprunghaft angestiegen. Schlepper nutzen dafür mit der Insel verbündete Staaten in Europa

Die Welt

Mittwoch 26. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 143

Length: 933 words

Byline: Tobias Käufer

Body

Rio de Janeiro

Die Entwicklung ist außergewöhnlich. Die Zahl der Menschen aus Kuba, die in Deutschland Asyl beantragen, hat sich im ersten Halbjahr 2023 im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres verachtlicht. Waren es 2022 noch 73, stieg die Zahl auf inzwischen mehr als 607 Asylanträge. Darüber hatte zuerst die "Bild am Sonntag" unter Berufung auf Zahlen aus dem Innenministerium berichtet.

Im Vergleich zur Menge an Asylanträgen etwa aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ist diese Zahl zwar gering, aber die Behörden interessieren sich dafür, was hinter dem sprunghaften Anstieg steckt. Es geht ihnen einerseits darum, herauszufinden, wie Schlepper das Asylsystem austricksen. Und warum Deutschlands Bedeutung für Flüchtlinge aus Kuba offenbar zugenommen hat - obwohl bis zu 95 Prozent der Asylanträge von Kubanern hierzulande abgelehnt werden.

Die Methode erscheint verblüffend einfach. Einige Kubaner buchten laut Erkenntnissen der Behörden ein Ticket für einen Flug in ein europäisches Ziel, für das sie kein Visum benötigen. Dazu gehört die serbische Hauptstadt Belgrad. Die Passagiere reisen aber nicht nach Serbien weiter, sondern nutzen die Zwischenlandung auf dem Flughafen in Frankfurt, um von dort einen Asylantrag in Deutschland zu stellen.

Kubas Präsident Miguel Diaz-Canel reiste erst im Juni nach Serbien. "Im Herzen Europas hat Kuba ein Volk, das es unterstützt", sagte der serbische Präsident Aleksandar Vucic seinem Amtskollegen. Offenbar nutzen Schlepperbanden zunehmend die mit der kubanischen Regierung befreundeten Staaten als Scheinziele für Reisen. Aus Dissidenten-Kreisen gibt es laut Medienberichten zudem Vorwürfe, dass kubanische Funktionsträger an den Geschäften beteiligt sein könnten. So wird die Tourismusbehörde, die kubanischen Staatsbürgern größere Reisen ins Ausland genehmigen muss, von hochrangigen Militärs kontrolliert, unter denen Korruption verbreitet ist.

Mit einem Trick zum Asylantrag Die Zahl in Deutschland Schutz suchender Kabaner ist sprunghaft angestiegen. Schlepper nutzen dafür mit der Insel verbündete Staaten....

Die zunehmende Verzweiflung der kubanischen Bevölkerung und der Wunsch, ihre Heimat zu verlassen, wird zu einem immer lukrativen Geschäftsmodell. Erst in dieser Woche wurde bei einer Aktion der serbischen und griechischen Polizei sowie Europol und Interpol eine Schlepperbande ausgehoben, die für eine "Gebühr" von rund 9000 Euro Kabaner von Serbien nach Spanien und damit in die EU brachte. Das Land ist wegen der gleichen Sprache attraktiv für Kabaner, zahlreiche Exil-Kabaner leben dort. Bei der Polizeiaktion wurden mehr als 35 Menschen verhaftet, die für das Schleppernetzwerk gearbeitet haben sollen. 25 Kabaner wurden mit gefälschten europäischen Pässen verhaftet.

Die Entwicklung überrascht Europa. Bislang war das Hauptziel der kubanischen Flüchtlinge vor allem die USA. Nach Angaben der amerikanischen Zoll- und Grenzschutzbehörde CBP kamen allein im Dezember 2022 mehr als 44.000 Kabaner an den Grenzen an, damit erhöhte sich die Gesamtzahl auf 313.488 Ankünfte - allein in einem Jahr. Das heißt aber nicht, dass die Flüchtlinge in den USA bleiben. Unmittelbar vor Ende ihrer Präsidentschaft hatten Barack Obama und sein Vize Joe Biden im Jahr 2017 das Asylrecht noch einmal verschärft. Seitdem werden Kabaner massiv abgeschoben. Bei der Rückführung der Geflüchteten arbeiten die ideologischen Feinde Washington und Havanna inzwischen reibungslos zusammen.

Trotzdem stieg die Zahl der Bootsflüchtlinge von der karibischen Insel auf das amerikanische Festland seit dem Jahr 2021 dramatisch an. Im Sommer des gleichen Jahres hatte die Regierung in Havanna beginnende Sozialproteste niedergeschlagen und eine Massenflucht ausgelöst. Damals forderten Zehntausende eine demokratische Öffnung des diktatorischen Ein-Parteien-Systems. Es waren auch die katastrophale Versorgungslage und die stagnierende Wirtschaft, welche die bis dato größte regierungskritische Demonstrationen auslösten.

Die Regierung von Präsident Diaz-Canel reagierte mit Massenverhaftungen. Havanna wirft den USA vor, mit dem seit Jahrzehnten geltenden Handelsembargo für die Versorgungskrise verantwortlich zu sein. Damit überzeugt die Regierung ihre Bevölkerung aber schon lange nicht mehr. Sogar Ex-Staatspräsident Raul Castro hatte zugegeben, nicht alle wirtschaftlichen Probleme Kubas seien auf das Embargo zurückzuführen. Laut der Nichtregierungsorganisation Prisoners Defenders befinden sich über 1000 politische Gefangene in den kubanischen Gefängnissen, darunter viele junge Kabaner, die zum ersten Mal in ihrem Leben friedlich demonstriert hatten. Die Regierung stellt Dissidenten gezielt vor die Wahl: Ausreise oder Gefängnis. Die afrokubanischen Künstler Luis Manuel Otero Alcántara und Grammy-Gewinner Maykel Castillo, die sich weigerten, Kuba zu verlassen, sitzen Haftstrafen ab. Beide hatten mit Kunstaktionen die Protestbewegung unterstützt.

In der Geschichte der kubanischen Revolution hat es immer wieder Phasen gegeben, in denen das Regime des "Maximo Lider" Fidel Castro gezielt einen Massenexodus regierungskritischer Kabaner zuließ. Castro warf in den 1980er-Jahren den Flüchtlingen vor, sie seien "arbeitsscheues Gesindel". Ebendiese Menschen trugen nach ihrer Auswanderung in die USA aber wesentlich zum Aufbau jener Metropole bei, die heute als Sehnsuchtsort zahlreicher Kabaner gilt: Miami. Zu den auf Kuba Inhaftierten zählt seit zwei Jahren auch der Deutsch-Kabaner Luis Frometa aus Dresden, der am 11. Juli 2021 die Proteste filmte und nach Angaben der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zu 25 Jahren Haft wegen "Anstachelung zum Aufruhr" verurteilt wurde. Seine Familie in Deutschland versucht, auf das Schicksal des Deutsch-Kabanners aufmerksam zu machen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein Plakat in Havanna zeigt Kubas Präsidenten Miguel Diaz-Canel sowie seine Vorgänger Fidel und Raúl Castro

Load-Date: July 25, 2023

Mit einem Trick zum Asylantrag Die Zahl in Deutschland Schutz suchender Kuaner ist sprunghaft angestiegen. Schlepper nutzen dafür mit der Insel verbündete Sta....

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei 34 Prozent ++ Neue Leitlinien der Bundeswehr: "Rückgrat der Abschreckung" ++ Außenpolitik ++ Israel: Zu täglichen Feuerpausen bereit ++ Gaza-Krieg: Erdogan kritisiert den Westen ++ Spaniens Sozialisten: Einigung mit Separatisten ++ Ukrainischer Außenminister: Keine Verhandlungen mit Moskau ++ Wissen ++ Gesundheit: Deutsche trinken weniger Alkohol ++ Nasa-Sonde "Lucy": Erneut Asteroiden-Überraschung ++ Wirtschaft und Geld ++ Studie entlarvt Defizit: Lahme Digitalisierung ++ Rüstungsindustrie: Rheinmetall verdient prächtig ++ Containerschiffe: Gewinneinbruch bei Hapag-Lloyd ++ Tourismus: Ausländer lieben Bayern ++ Tag an der Börse: Strompreise helfen dem Dax ++ Sport ++ Bayern München: Lobeshymnen auf Harry Kane ++ Fußball-EM: Auslosung im Free-TV ++ Hoffenheim: Baumann bleibt bis 2026 ++ Kultur und Gesellschaft ++ Einigung nach Monaten: Hollywood-Streik zu Ende ++ Für 130 Millionen Euro: "Frau mit Armbanduhr" versteigert ++ "Glücksatlas": Deutschen fehlt es an Zufriedenheit ++ Offenburger Schule: Mischüler erschossen ++ Hamburger Schulen: Verdächtige Kinder wieder frei

Die Welt

Freitag 10. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 219

Length: 2696 words

Body

Innenpolitik

BKA-Lagebild

Rekord bei Gewalt gegen Polizisten

Auf einen Blick Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei....

Besorgnis erregende Entwicklung: Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im vergangenen Jahr mehr Gewalttaten gegen Polizeibeamte registriert. Die Zahl sei im Vergleich zum Vorjahr um 3128 Fälle oder um 7,9 Prozent auf 42.777 gestiegen, erklärte das Bundeskriminalamt. Dies sei ein neuer Höchststand der erfassten Taten im Bundeslagebild "Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamte 2022". Von Gewalttaten betroffen gewesen seien im vergangenen Jahr insgesamt 96.208 Polizisten, ein Anstieg um 8,6 Prozent im Vergleich zu 2021. Auch dies entspreche einem neuen Höchststand.

Migrationsexperte

Was Deutschland tun kann

Auch nach der Spitzenrunde von Bund und Ländern geht die Debatte über die Migrationspolitik in unverminderter Intensität weiter. Wie schnell können die Beschlüsse umgesetzt werden, sollte es Asylzentren außerhalb der Europäischen Union geben? Der Asylrechtler Daniel Thym skizziert im Gespräch mit WELT Wege, trotz eines "engen Korsets" des Verfassungsgerichts die in Deutschland besonders hohen Zahlungen an Asylzuwanderer zu senken. Das Interview mit ihm lesen Sie auf Seite 4, weitere Hintergründe zum Thema Migration erfahren Sie auf Seite 6.

Umfrage

AfD in Thüringen bei 34 Prozent

Knapp zehn Monate vor der Landtagswahl in Thüringen baut die AfD ihren Vorsprung laut einer aktuellen InsA-Umfrage weiter aus. Die vom Landesverfassungsschutz in Thüringen als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei kommt in der Erhebung im Auftrag der Funke Medien Thüringen auf 34 Prozent - zwei Prozentpunkte mehr als bei der letzten Umfrage fünf Wochen zuvor. Damit wäre sie mit großem Vorsprung stärkste Kraft. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das eine neue Parteigründung plant, war in der Umfrage nicht als Wahlmöglichkeit aufgeführt. Die Linke von Ministerpräsident Bodo Ramelow kommt in der Erhebung nur noch auf Platz drei mit 20 Prozent - hinter der CDU, die 22 Prozent erreicht. Die SPD liegt bei neun Prozent. Grüne und die FDP müssen demnach um ihren Wiedereinzug ins Parlament bangen. Ramelow regiert derzeit mit einem Bündnis aus Linken, SPD und Grünen.

Neue Leitlinien der Bundeswehr

"Rückgrat der Abschreckung"

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine hat Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) neue verteidigungspolitische Richtlinien für eine "kriegstüchtige" Bundeswehr erlassen. Deutschland müsse "das Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa sein", erklärte Pistorius. Gemeinsam mit Generalinspekteur Carsten Breuer betonte er, Deutschlands "Partner in Europa, Nordamerika und der Welt" erwarteten, "dass wir uns dieser Verantwortung stellen". Die letzten verteidigungspolitischen Richtlinien wurden 2011 erlassen. In der nun veröffentlichten Neuaufage heißt es, die Bundeswehr müsse "in allen Bereichen kriegstüchtig" werden.

Außenpolitik

Israel

Zu täglichen Feuerpausen bereit

Israel hat nach Angaben der US-Regierung täglichen mehrstündigen Feuerpausen im Gaza-Streifen zugestimmt. Solche Pausen sollten jeweils für vier Stunden im Norden des Palästinenserterritoriums gelten, sagte John Kirby, der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses. "Die Israelis haben uns gesagt, dass es in diesen Gebieten während des Zeitraums der Pause keine militärischen Einsätze geben wird." Die Feuerpausen sollen demnach immer drei Stunden im Voraus angekündigt werden. Die USA drängen ihren

Auf einen Blick Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei....

Verbündeten Israel dazu, im Krieg gegen die Hamas möglichst große Rücksicht auf die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen zu nehmen. US-Präsident Joe Biden sagte, er sehe allerdings derzeit keine Aussichten auf eine längere Waffenruhe im Gazastreifen.

Gaza-Krieg

Erdogan kritisiert den Westen

Seit Beginn des Gaza-Kriegs versucht der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, sich zum Führer der islamischen Welt aufzuschwingen. Während eines Treffens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Taschkent sagte er, westliche Länder und Organisationen beobachteten "Massaker durch Israel" aus der Ferne, seien aber zu schwach, um einen Waffenstillstand zu fordern, geschweige denn "Kindermörder zu kritisieren". Erdogans Kurs dürfte in Washington mit Sorge verfolgt werden: Auf dem Luftwaffenstützpunkt im türkischen Incirlik haben die USA Atomwaffen stationiert. Mehr dazu auf Seite 6.

Spaniens Sozialisten

Einigung mit Separatisten

Im Ringen um die Regierungsbildung in Spanien haben die Sozialisten (PSOE) des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Pedro Sánchez ein umstrittenes Abkommen auch mit der zweiten der beiden Separatisten-Parteien aus Katalonien erzielt. Die Vereinbarung über eine Amnestie für alle von der Justiz verfolgten "Catalanistas" und über andere Punkte wurden in der Nacht auf Donnerstag erzielt. Mit dem Abkommen sichern sich die Sozialisten die Unterstützung von Junts im Unterhaus des Parlaments für der Wiederwahl von Sánchez für eine weitere vierjährige Amtszeit. Vorige Woche hatte schon die Republikanische Linke Kataloniens (ERC) einer solchen Vereinbarung zugestimmt. Sánchez benötigt nun noch die Stimmen der baskischen Partei PNV, mit der noch verhandelt wird. Dies gilt als eher unproblematisch.

Ukrainischer Außenminister

Keine Verhandlungen mit Moskau

Nicht "in diese Falle tappen": Vor dem Hintergrund des Kriegsverlaufs hat der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba alle Forderungen nach Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland eine Absage erteilt. "Diejenigen, die behaupten, dass die Ukraine jetzt mit Russland verhandeln sollte, sind entweder schlecht informiert oder werden in die Irre geführt", schrieb Kuleba im Onlinenetzwerk X. Die Ukraine dürfe nicht "in diese Falle tappen" und werde es auch nicht tun. Mit seiner Äußerung reagierte der ukrainische Außenminister auf Berichte westlicher Medien, denen zufolge manche Verbündete Kiews angesichts des Stillstands an der Front zunehmend die Frage von Friedensgesprächen mit Russland aufwerfen würden.

Wissen

Gesundheit

Deutsche trinken weniger Alkohol

Zumindest im langfristigen Trend trinken die Deutschen weniger Alkohol. Der Pro-Kopf-Konsum ist in den vergangenen 40 Jahren bis heute teils deutlich gesunken, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervorgeht, die der "Rheinischen Post" vorliegt. "Im internationalen Vergleich zählt Deutschland allerdings weiterhin zu den Hochkonsumländern." Trotz des Rückgangs konsumiert noch über die Hälfte der Deutschen regelmäßig Bier (55,2 Prozent) oder Wein und Sekt (50,8 Prozent). Rund ein Drittel (32,8 Prozent) griff im vergangenen Monat zu Spirituosen.

Nasa-Sonde "Lucy"

Auf einen Blick Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei....

Erneut Asteroiden-Überraschung

Die Nasa-Sonde "Lucy" hat von ihrem ersten nahen Vorbeiflug an einem Asteroiden noch eine zweite Überraschung mitgebracht. Schon die ersten Bilder, die "Lucy" zur Erde gesendet habe, zeigten, dass es sich bei "Dinkinesh" anders als zuvor gedacht nicht um einen einzigen Asteroiden, sondern um ein Asteroiden-Paar handelt. Nun hätten weitere Bilder und Analysen ergeben, dass das kleinere Objekt von beiden selbst auch noch aus zwei Teilen bestehe, teilte die US-Raumfahrtbehörde mit. Es handele sich um ein etwa gleichgroßes Asteroiden-Paar, das um den größeren Asteroiden mit einem Umfang von etwa 790 Metern rotiere. Es sei das erste Mal, dass so etwas beobachtet worden sei.

Wirtschaft und Geld

Studie entlarvt Defizit

Lahme Digitalisierung

Die Bundesregierung hatte versprochen, dass bis Ende des Jahres 2022 insgesamt 575 Behördendienstleistungen digital erledigt werden können. Zehn Monate nach Ablauf der Frist sind es gerade einmal 145, wie das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ermittelt hat. Wie das Innenministerium das Scheitern mithilfe eines aktualisierten Gesetzes kaschiert, lesen Sie auf Seite 9.

Rüstungsindustrie

Rheinmetall verdient prächtig

Die Nachfrage nach Munition, Panzern und anderen Produkten von Deutschlands größtem Rüstungskonzern Rheinmetall hat stark zugenommen. In den ersten drei Quartalen sei in der Rüstungssparte der Auftragseingang inklusive neuer Rahmenverträge und anderer Kundenvereinbarungen um rund 130 Prozent auf 14,5 Milliarden Euro gestiegen, erklärte das Unternehmen. Der Konzernumsatz kletterte um 13 Prozent auf rund 4,6 Milliarden Euro, das operative Ergebnis stieg um 17 Prozent auf 387 Millionen Euro. Der Konzern hatte Ende September rund 27.900 Vollzeitstellen, knapp die Hälfte davon im Inland. Das größte Werk ist in Unterlüß in Niedersachsen, wo Panzer und Artilleriemunition hergestellt werden. Rheinmetall spielt bei der Unterstützung der Ukraine eine wichtige Rolle, die Firma hat bereits umfangreich Munition sowie alte Panzer geliefert, die modernisiert wurden.

Containerschiffe

Gewinneinbruch bei Hapag-Lloyd

Gesunkene Preise für See-Transporte haben Umsatz und Gewinn der Hamburger Containerreederei Hapag-Lloyd auch im dritten Quartal einbrechen lassen. Im Zeitraum von Juli bis September sank das Konzernergebnis auf 264 Millionen Euro. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Rekordjahr 2022 ist das ein Rückgang um rund 95 Prozent. Der Umsatz reduzierte sich um mehr als die Hälfte auf rund 4,10 Milliarden Euro. Nach Angaben von Hapag-Lloyd sank die durchschnittliche Frachtrate im dritten Quartal von 3106 auf 1312 Dollar je 20-Fuß-Standardcontainer (TEU). Hapag-Lloyd gilt mit einer Flotte von 264 Containerschiffen und einer Transportkapazität von knapp 2 Millionen TEU als fünftgrößte Reederei der Welt, hinter Cosco, CMA CGM, Maersk und dem Primus MSC.

Tourismus

Ausländer lieben Bayern

Die Gäste- und Übernachtungszahlen im bayerischen Tourismus ziehen weiter an. Von Januar bis September gab es 30,3 Millionen Touristen und 78,6 Millionen Übernachtungen. Das waren 15,6 mehr als Reisende im Vorjahreszeitraum. Die Zahlen haben zudem annähernd das Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019 erreicht. Das Wachstum geht insbesondere auf ausländische Gäste zurück. Ihre Zahl lag mit 6,9 Millionen in den ersten neun Monaten um fast 30 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei....

Tag an der Börse

Strompreise helfen dem Dax

Die Aussicht auf niedrigere Strompreise für die deutsche Wirtschaft und die überwiegend soliden Quartalsbilanzen der Unternehmen sind am Donnerstag an der Börse gut angekommen. Der Dax legte um weitere 0,8 Prozent auf 15.352 Zähler und damit auf das höchste Niveau seit fast vier Wochen zu. So wird ein Ausbruch des deutschen Leitindex nach oben wahrscheinlicher. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Bayern München

Lobeshymnen auf Harry Kane

Der FC Bayern München steht vorzeitig im Achtelfinale der Champions League - durch Harry Kane. Der Toptorjäger machte am Mittwoch mit seinen beiden späten Treffern in der 80. und 86. Minute das 2:1 (0:0) gegen Galatasaray Istanbul und damit den vierten Sieg im vierten Gruppenspiel klar. Auf 19 Saisontreffer kommt der teuerste Einkauf der Bayern-Geschichte mittlerweile nach nur 15 Pflichtspielen. "Er ist ein Phänomen, und wir sind stolz, dass er bei uns in der Mannschaft spielt", sagte Kapitän Manuel Neuer. Warum Trainer Thomas Tuchel sogar die Superlative ausgingen, lesen Sie auf Seite 13.

Fußball-EM

Auslosung im Free-TV

Die Auslosung für die Fußball-Europameisterschaft 2024 können Fans gleich dreifach sehen. Neben den Free-TV-Sendern ZDF und RTL zeigt auch Telekom die Veranstaltung am 2. Dezember in Hamburg über MagentaTV gratis. Die Telekom hatte sich die Rechte für das Turnier gesichert und zeigt alle Spiele der EM live. Über Sub-Lizenzen werden zudem Partien im Ersten und Zweiten sowie RTL gezeigt. Ausgelost werden in Hamburg die sechs Vorrundengruppen mit jeweils vier Mannschaften. Das Turnier beginnt am 14. Juni 2024. Die deutsche Nationalmannschaft ist bei der Auslosung als Gastgeber in Topf 1 gesetzt.

Hoffenheim

Baumann bleibt bis 2026

Torhüter und Kapitän Oliver Baumann hat seinen Vertrag bei der TSG 1899 Hoffenheim vorzeitig bis zum 30. Juni 2026 verlängert. Baumann war 2014 vom SC Freiburg gekommen. Mit bislang 342 Pflichtpartien ist der 33-Jährige auch Rekordspieler der Hoffenheimer. Und mit insgesamt 437 Bundesliga-Einsätzen liegt er unter den noch aktiven Profis auf Platz drei: Nur Manuel Neuer (480 Spiele) und Thomas Müller (451) vom FC Bayern München haben mehr Einsätze vorzuweisen.

Kultur und Gesellschaft

Einigung nach Monaten

Hollywood-Streik zu Ende

Nach einem fast vier Monate langen Arbeitskampf hat die Gewerkschaft der Schauspieler in Hollywood mit Filmstudios eine vorläufige Einigung erzielt. Der auf drei Jahre angelegten Vertragsvereinbarung müssen der Vorstand und die Mitglieder noch zustimmen. Doch erklärte die Gewerkschaftsführung, dass der Streik beendet werde. Es war der längste Arbeitskampf von Film- und Fernsehschauspielern überhaupt gewesen. Es ging um höhere Tantiemen für Film- und Fernsehdarsteller und ein festes Regelwerk für die Nutzung von Bildern von Schauspielern, die durch künstliche Intelligenz erstellt wurden.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei....

Für 130 Millionen Euro

"Frau mit Armbanduhr" versteigert

Pablo Picassos Meisterwerk "Frau mit Armbanduhr" ist vom Auktionshaus Sotheby's in New York für 139,3 Millionen Dollar (rund 130 Millionen Euro) versteigert worden. Ein unbekannter Bieter bekam am Telefon den Zuschlag. Es ist der zweithöchste Betrag, der jemals für ein Werk des spanischen Künstlers erzielt wurde. Das Gemälde ist Teil der Sammlung der im Alter von 102 Jahren verstorbenen New Yorker Kunstmäzenin Emily Fisher Landau. Teile der Sammlung kommen diese Woche bei Sotheby's in einer Sonderauktion unter den Hammer. Das Gemälde aus dem Jahr 1932 zeigt die französische Malerin und Muse Picassos, Marie-Therese Walter.

"Glücksatlas"

Deutschen fehlt es an Zufriedenheit

Die Menschen in Deutschland sind auch nach dem Ende der Corona-Pandemie noch nicht so zufrieden wie im Jahr 2019. Das geht aus dem "Glücksatlas" hervor, den die Universität Freiburg erstellt hat. Auf einer Skala zwischen 0 und 10 bewerteten die Befragten ihre Zufriedenheit im Schnitt mit 6,92 Punkten - das sind 0,22 Punkte weniger als noch 2019 (7,14). Das haben regelmäßige Interviews ergeben, bei denen rund 11.400 Menschen befragt wurden. Im Vergleich zu den Ergebnissen des vorigen Glücksatlas (Befragung zwischen Januar und Oktober 2022) aber ist die Zufriedenheit um 0,06 Punkte gestiegen - wenn auch nur leicht. Frauen sind eigenen Angaben zufolge nach wie vor unzufriedener mit ihrem Leben als gleichaltrige Männer. Im Vergleich der deutschen Regionen sind Schleswig-Holstein und -schlusslicht gegenüber der vorigen Befragung unverändert: Die zufriedensten Menschen sieht der Glücksatlas in Schleswig-Holstein (7,21 Punkte), die unglücklichsten in Mecklenburg-Vorpommern (6,19).

Offenburger Schule

Mischüler erschossen

Nach dem Schusswaffenangriff eines Jugendlichen auf einen Mitschüler in Offenburg ist das Opfer gestorben. Der Minderjährige sei im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen, erklärte die Polizei. Der mutmaßliche Täter, dessen Alter nicht mitgeteilt wurde, war nach dem Angriff im Klassenzimmer festgenommen worden. Ermittler gehen von einem "persönlichen Motiv" aus. Der Angreifer soll um die Mittagszeit ein Klassenzimmer betreten haben, gezielt auf den Mitschüler zugegangen sein und mindestens einmal aus einer Handfeuerwaffe auf ihn geschossen haben.

Hamburger Schulen

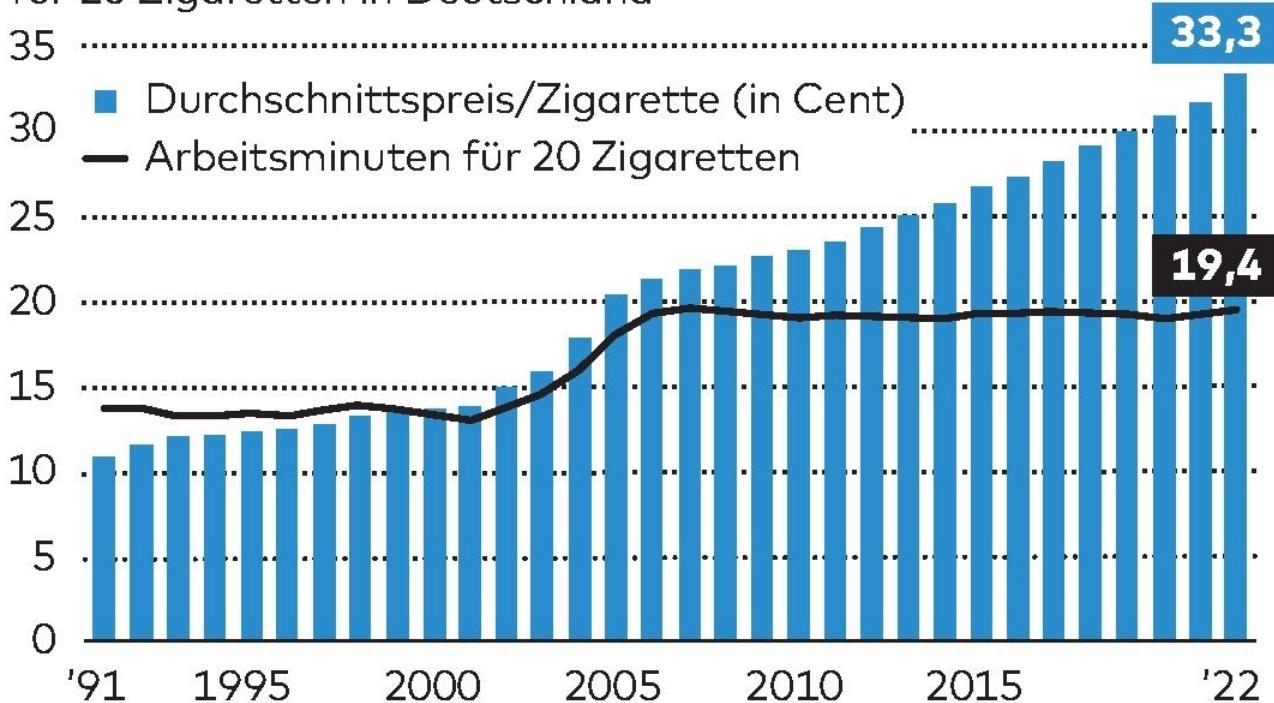
Verdächtige Kinder wieder frei

Die nach der Bedrohung von Lehrkräften an zwei Hamburger Schulen vorläufig festgenommenen Kinder und Jugendlichen befinden sich wieder auf freiem Fuß. Die Verdächtigen im Alter zwischen elf und 14 Jahren, die sich im Besitz von Spielzeugwaffen befanden, seien nach dem Abschluss der polizeilichen Maßnahmen an die Eltern übergeben worden. Am Mittwochvormittag hatten zunächst zwei junge vermeintlich Bewaffnete in einer Klasse einer Schule im Stadtteil Blankenese eine Lehrerin bedroht und waren geflüchtet. Die Polizei löste Großalarm aus. Am Nachmittag gab es dann eine weitere Bedrohungssituation in einer Schule im einige Kilometer entfernten Stadtteil Bahrenfeld. Zivilfahnder nahmen dort vier Kinder und Jugendliche im Alter von elf, zwölf und 14 Jahren fest. Bei der Jugendgruppe fanden sie zwei Spielzeugwaffen, bei einer Wohnungsdurchsuchung wurde eine dritte Waffe entdeckt.

TEURES RAUCHEN

Länger arbeiten für die Zigarette

Durchschnittliche Arbeitsminuten je Arbeitnehmer
für 20 Zigaretten in Deutschland*



* auf Basis der Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde im Inland

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statista-Berechnung

WELT

Auf einen Blick Innenpolitik ++ BKA-Lagebild: Rekord bei Gewalt gegen Polizisten ++ Migrationsexperte: Was Deutschland tun kann ++ Umfrage: AfD in Thüringen bei....



Regengüsse, im Osten freundlicher

Heute: Im Tagessverlauf bilden sich vom Nordwesten und Westen bis zur Mitte und den Süden graue Wölken und viele Regengüsse aus. An der Nordsee entstehen sich örtlich auch Gewitter. Im Osten zeigt sich die Sonne häufiger. Die Regenfälle im Südosten lassen nach. Die Schneefallgrenze sinkt auf 800 bis 1100 Metern Höhe. 4 bis 13 Grad werden nochmals nachmittags maximal erwartet.

Blauwetter: Heute müssen sich Asthmatiker auf Atembeschwerden einstellen. Auch Herz und Kreislauft werden besonders belastet; daher wird Patienten mit hohem Blutzuckerwert am empfohlen, sich zu schonen. Bei Rheumatoide kann verschlimmern sich die Schmerzen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: November 9, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 244

Length: 516 words

Body

Baustelle Bildung

Zu: "Schüler in Deutschland so schlecht wie nie zuvor" vom 6. Dezember

Es sind viele Gründe, die dazu führen, dass die Qualität der Unterrichtsstunden leidet: eine steigende Zahl von **Migranten** ohne Deutschkenntnisse in den Regelklassen, Inklusion, Lehrermangel, Handysucht bei immer mehr Heranwachsenden, viele Kinder aus bildungsarmen Familien, zunehmende bürokratische und organisatorische Tätigkeiten für Lehrer, zu viele nicht immer positive Reformen wie zum Beispiel "Schreiben nach Gehör". Lehrer haben oft nicht genug Zeit, sich auf die Vermittlung der Lerninhalte und die individuellen Bedürfnisse ihrer Schüler zu konzentrieren. Hinzu kommt, dass auch immer mehr Eltern sich auf die Schule verlassen und selbst keinen angemessenen Beitrag zur Bildung ihres Nachwuchses leisten. Offenbar wissen sie nicht, dass es nach Artikel 6 des Grundgesetzes zuvörderst ihr Recht und ihre Pflicht ist, für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder Sorge zu tragen. Kita und Schule unterstützen sie dabei. Was die **Migranten** ohne Deutschkenntnisse betrifft, so sollten sie zunächst Vorbereitungsklassen besuchen, bevor sie in Regelklassen integriert werden. Ihre Eltern müssten ebenfalls an Sprachkursen teilnehmen. Aufklärung über die Folgen zu exzessiven Smartphone-Gebrauchs könnte den Schülern helfen, sich auf das Erfassen des jeweiligen Lernstoffes zu konzentrieren und sich auch in ihrer Freizeit um ihre Bildung zu kümmern. Damit die Lehrer mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben haben, müsste auch der Lehrplan auf überflüssige Inhalte hin überprüft werden. Nicht zuletzt braucht es eine stärkere Wertschätzung des Lehrerberufes und teilweise eine bessere Bezahlung. Dies würde so manchen Schulabgänger motivieren, diesen Beruf zu ergreifen.

Gabriele Gottbrath, Gladbeck

Verhandeln

Zu: "Einbruch bei neuen Zusagen für die Ukraine" vom 8. Dezember

Finanziell ist die Ukraine für die EU-Staaten schon lange ein Fass ohne Boden, Milliarden-Werte an Rüstungsgütern wurden in die Ukraine verschickt, und das gewünschte Ergebnis hat der Westen bei seiner

Leserbriefe

Unterstützung der Ukraine trotzdem nicht erreicht. Dass die Zusagen diesbezüglich jetzt weniger werden, ist somit doch vollkommen logisch, denn durch diese massiven Unterstützungen ist so mancher Haushalt der EU-Staaten ins Wanken gekommen, mal ganz zu schweigen von den Sanktionen gegenüber Russland, die auch hierzulande die Wirtschaft vor enorme Herausforderungen stellen. Es wäre sinnvoll als EU und Deutschland, spätestens jetzt als Vermittler aufzutreten für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, um diesen Krieg zu beenden, als weiter immer mehr Waffen zu liefern!

René Osselmann, Magdeburg

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 14, 2023

End of Document

Regierung erleichtert Doppelnamen; Reform auch für Kinder soll im Mai 2025 in Kraft treten

Die Welt

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 164

Length: 463 words

Byline: Afp

Body

Das deutsche Namensrecht soll deutlich flexibler werden als bisher. Ein am Mittwoch vom Kabinett beschlossener Gesetzentwurf der Regierung sieht mehr Möglichkeiten für Doppelnamen sowie für Namensänderungen vor. Mehr Freiheiten gibt es auch für traditionelle Namensbildungen in Deutschland lebender Minderheiten sowie von Migrantinnen und Migranten. Ehepaare können als Namen wie bisher einen der beiden Geburtsnamen beziehungsweise vorherigen Namen wählen oder ihre bisherigen Namen beibehalten. Anders als bisher ist künftig generell auch ein gemeinsamer Doppelname möglich. Liegen bereits einer oder zwei Doppelnamen vor, darf jedoch nur einer der beiden Bestandteile in die Bildung eines neuen Doppelnamens einfließen. Ebenso kann auch nur einer der Bestandteile eines Doppelnamens der neue Ehenamen werden. Weiterhin ist auch möglich, dass ein Partner oder eine Partnerin den vorherigen Namen dem als Ehenamen gewählten voranstellt oder anfügt.

Gibt es keinen gemeinsamen Ehenamen, erhalten Kinder weiterhin den Namen eines der beiden Elternteile; sie können aber künftig auch einen aus diesen gebildeten Doppelnamen erhalten. Volljährige Kinder können auch später durch Erklärung gegenüber dem Standesamt sich für eine der anderen möglichen Namensvarianten entscheiden. Neu ist auch, dass Kinder aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften einen aus den beiden Familiennamen gebildeten Doppelnamen erhalten können. Ein gemeinsamer Name der Partner ist in diesem Fall aber weiterhin nicht möglich. Für minderjährige Kinder aus geschiedener Ehe werden Namenswechsel erleichtert, wenn das Kind bei dem Elternteil lebt, dessen Name nicht Ehename ist. In diesem Fall können die Kinder dessen oder deren nach der Scheidung wieder angenommenen Namen erhalten oder auch einen Doppelnamen aus diesem Namen und dem vorherigen Ehenamen. Dabei gelten zum Teil Altersfristen und Zustimmungsvorbehalte. Ähnliche Regelungen gelten auch für die Übername neuer Ehenamen eines Elternteils und dessen oder deren Ehegatten, der nicht Elternteil ist. Dabei sind auch Rückbenennungen möglich, wenn diese neue Ehe wieder aufgelöst wird.

Neu ist auch die Option geschlechts-anangepasster Ehenamen, wenn ein Ehegatte einer Minderheit angehört, bei der dies traditionell üblich ist. Das gilt auch für Fälle, in denen dies in der Rechtsordnung eines anderen Staates vorgesehen ist und der Herkunft des Kindes entspricht oder der Name traditionell aus dem dortigen Sprachraum

Regierung erleichtert Doppelnamen Reform auch für Kinder soll im Mai 2025 in Kraft treten

stammt. Dies gilt beispielsweise im Fall der sorbische Volksgruppe für die Anfügung der Endung "-owa" bei Frauen. Die Neuregelungen sollen möglichst zum 1. Mai 2025 in Kraft treten. Das Justizministerium begründet die lange Vorlaufzeit mit der notwendigen Umstellung der weitgehend digitalisierten Standesämter.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 23, 2023

End of Document

Kita-Pflicht wegen schlechter Deutsch-Kenntnisse; Bremen hat im Ländervergleich den höchsten Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund und das schlechteste Bildungsniveau. Das Land geht die Sprachförderung nun mit Nachdruck an

Die Welt

Donnerstag 7. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 174

Length: 1118 words

Byline: Freia Peters

Body

Eigentlich war man im Bremer Bildungssenat gerade so richtig guter Dinge, schließlich hatte man zu Beginn des neuen Schuljahres ein Pflichtjahr für alle Kinder mit Sprachförderbedarf umgesetzt. Dann kam eine erneute Hiobsbotschaft.

In der Langzeitanalyse des Bildungsmonitors bescheinigten die Autoren des Instituts der Deutschen Wirtschaft nun eine dramatische Verschlechterung des Bildungsniveaus in Deutschland. Das Schlusslicht nach Brandenburg und Berlin: Bremen. Besonders stark gesunken sind die Ergebnisse von Kindern aus Haushalten mit **Migrationshintergrund**. Kein Wunder, ätzte die Bremer Opposition. "Wir wissen genau, welche Stadtteile besonders betroffen sind", sagte die bildungspolitische Sprecherin der CDU, Yvonne Averwerter, "und es ist dort noch nicht gelungen, die Schulen und Kitas zu stärken, um die Sprachkompetenzen auszubauen zu können."

Das Land Bremen weist mit rund 37 Prozent den höchsten Anteil an Bevölkerung mit **Migrationshintergrund** aller Bundesländer auf. In der Verteilung tun sich große Unterschiede auf. Der niedrigste Anteil von Einwohnern mit **Migrationsgeschichte** in einem Ortsteil liegt bei 13,5 Prozent und der höchste bei 67,9 Prozent - etwa im Bremer Stadtteil Gröpelingen. In den Kitas müssen sich dort die Erzieherinnen teilweise mit Gesten verständigen, damit die Kinder sie verstehen. Die Studienautoren sind sich einig: Es fehlt an gezielter Förderung der Sprachkompetenz in den Kitas. "Wir brauchen eine Vorschulpflicht für alle, die nicht oder schlecht Deutsch sprechen", forderte der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Thorsten Alsleben.

In Bremen gilt diese Kitapflicht nun seit diesem August. "Alle Kinder, bei denen ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde, werden nun zwingend seitens der Behörde in der Kita angemeldet", sagt der Sprecher des Bildungssenats Aygün Kilincsoy. In diesem Sommer seien durch die verpflichtenden Sprachtests im vergangenen Herbst 355 Kinder in Kitas aufgenommen worden, deren Eltern sie ohne die Verpflichtung Zuhause betreut hätten. "Das sind ja

Kita-Pflicht wegen schlechter Deutsch-Kenntnisse Bremen hat im Ländervergleich den höchsten Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund und das schlechteste

häufig Eltern und Familien, die schwer zu erreichen sind, und bei denen viel Erklärungsarbeit nötig ist", sagt Kilincsoy. Das an den Senat angegliederte Institut für Qualitätsentwicklung hatte bereits vor den Tests im vergangenen Oktober an den Haustüren der Familien geklingelt, die ihre viereinhalbjährigen Kinder bislang nicht in die Kita gegeben hatten. Es werde ein Sprachtest folgen, an dem sie bitte teilnehmen sollten, wurden sie aufgefordert. Aber nicht alle Familien ließen sich überzeugen, andere gaben ihr Kind trotz eines attestierten Förderbedarfs nicht in die Kita. Ab dem Herbst nun soll das Jugendamt mithelfen nachzuhaken, wenn die Familien ihre Kinder trotz Sprachdefizite zu Hause betreuen wollen.

Solange es nicht genügend Kita-Plätze gibt, sollen die Kinder mit Sprachförderbedarf bevorzugt werden. Das Thema hat Priorität: Bei der Hälfte aller Vorschulkinder war im vergangenen Jahr der Bedarf einer Sprachförderung festgestellt worden. Alle Kinder mit Sprachdefiziten haben dieses Jahr einen Platz bekommen, 1330 andere Anmeldungen konnten nicht berücksichtigt werden. "Mit Sprachförderung in der Grundschule zu beginnen ist zu spät", sagte Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) WELT. "Wir müssen vom Bedarf der Kinder aus denken. Und wenn Förderbedarf festgestellt wird, dann muss es auch verbindlich sein, die von uns zur Verfügung gestellten Maßnahmen anzunehmen. Das liegt im Interesse der Kinder."

Dass das Konzept erfolgreich sein kann, zeigt das Nachbarland Hamburg . Zwei Jahre nach dem dramatischen Todesfall der siebenjährigen Jessica im Jahr 2005 - niemandem war aufgefallen, dass sie nicht zur Schule angemeldet worden war - wurden damals die Behörden untereinander vernetzt. Seitdem organisiert der Bildungssenat verpflichtende Sprachtests für alle viereinhalbjährigen Kinder; auch die, die bereits die Kita besuchen. Wenn bei einem Kind ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, gilt die Schulpflicht bereits ein Jahr eher. Die zuständige Grundschule nimmt dann entweder das Kind in die Vorschule auf, oder lässt sich nachweisen, dass es in der Kita angemeldet ist. Passiert das nicht, drohen Strafen. Für Kinder mit unterdurchschnittlichen Kenntnissen, die bereits eine Kita besuchen, wird ein Förderplan erstellt: Ergotherapeuten, Logopäden oder Sprachlernkräfte kommen vormittags in die Kita und trainieren die Kinder einzeln oder in kleinen Gruppen. In der Folge dieser Maßnahmen arbeitete sich Hamburg im Länderranking des Bildungstrends in den vergangenen zehn Jahren von Platz 14 auf Platz sechs vor.

Auch Berlin will nun auf den Zug aufspringen. Ab dem kommenden Jahr sollen immerhin alle Kinder, die nicht zur Kita gehen, zu Sprachstandtests und ab 2025 dann zum Kita-Besuch verpflichtet werden. "In der letzten Instanz werden wir auch die Maßnahme der Bußgelder nicht scheuen", sagte Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (SPD). Ob das reichen wird, um die auch in Berlin desaströsen Sprachkenntnisse der Grundschüler zu verbessern? Der neue Präsident des Deutschen Lehrerverbandes ist skeptisch. "Ich sehe einfach, dass die meisten Vorschulkinder bereits die Kita besuchen", sagt Stefan Düll. "Eine zusätzliche Pflicht wird meines Erachtens nicht genug bewirken." Zu eklatant seien die Sprach- und Lerndefizite, die vielen Kindern einen gelingenden Schulstart unmöglich machen. Eine Qualitätsoffensive in den Kitas müsse her - hervorgerufen vor allem durch mehr Personal. "Wir benötigen in den Kitas (wie auch in den Schulen) eine Versorgung von 130 Prozent, damit das Personal in Fortbildungen gehen kann oder bei Krankheit gut ersetzt wird, ohne dass der alltägliche Betrieb und damit die Förderung der Kinder leidet", fordert Düll.

Seit vielen Jahren leitet er ein Gymnasium im Raum Augsburg. Die Zusammensetzung der Schüler habe sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. "In meiner Heimatstadt Augsburg sehe ich, dass die Grundschulkinder zu deutlich mehr als der Hälfte aus Familien mit Migrationshintergrund stammen", sagt Düll. "Das Personal in Kitas muss darauf vorbereitet werden und wir müssen in Kitas deutlich aufstocken. Nur mit der fröhkindlichen Bildung können wir das Sprachniveau in der Grundschule wieder anheben."

In Bremen stehen momentan viele Kitas leer - es gibt nicht genug Erzieher. Um wieder mehr Gruppen eröffnen zu können, will der Senat nun Kita-Assistenten, also sozialpädagogische Assistenten oder Kindertagespfleger einstellen. Kinder mit Sprachförderbedarf sollen aber ausschließlich durch Fachpersonal betreut werden. Heißt es.

Mit Sprachförderung in der Grundschule zu beginnen ist zu spät Sascha Aulepp (SPD), Bremens Bildungssenatorin

Kita-Pflicht wegen schlechter Deutsch-Kenntnisse Bremen hat im Ländervergleich den höchsten Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund und das schlechteste

Load-Date: September 6, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz: 49-Euro-Ticket verbessert Landleben ++ Migration: Mehr sichere Herkunftsländer? ++ Außenpolitik ++ Türkei: IS-Anführer in Syrien getötet ++ Migranten in Ungarn: Papst ruft zu mehr Offenheit auf ++ Paraguay: Konservative gewinnen Wahl ++ Großbritannien: Rechnung für Ex-Premier Truss ++ Wissen ++ Neurowissenschaft: Gedankenlesen mithilfe von KI ++ Arzneimittelengpässen: Weltärztekongress fordert EU-Reserve ++ Wirtschaft und Geld ++ Verbraucherfinanzen: Das ändert sich im Mai ++ Wolfgang Porsche: Letzte Amtszeit im VW-Aufsichtsrat ++ Stagnation: Inflation belastet die Konjunktur ++ Sport ++ Unheilvolle Gemengelage: Beim FC Bayern schwelt es weiter ++ DFB-Pokal: Freiburger Revanchegegenseite ++ Formel 1: Ernüchterung bei Ferrari ++ Kultur und Gesellschaft ++ Neuer Roman von Stuckrad-Barre: Alle sind so wach ++ Schießerei in Texas: Blutbad nach Bitte um mehr Ruhe ++ Schauspieler Michael J. Fox: "Ich werde keine 80 werden" ++ Drehbuchautoren streiken: Hollywood droht ein Stillstand

Die Welt

Dienstag 2. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 84

Length: 3038 words

Body

Innenpolitik

Tübinger Oberbürgermeister

Boris Palmer kündigt Auszeit an

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer will nach seinen umstrittenen Äußerungen in Frankfurt am Main eine Auszeit nehmen. Das kündigte er am Montag in einer persönlichen Erklärung an, die der Deutschen Presse-

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

Agentur vorlag. Mit umstrittenen Äußerungen hat er zuvor heftige Kritik auf sich gezogen. Anwalt Rezzo Schlauch wandte sich von ihm ab, der Tübinger Grünen-Stadtverband ging auf Distanz und die Gruppe "Vert Realos" - ein Zusammenschluss sogenannter Realpolitiker bei den Grünen - will künftig ohne Palmer weiterarbeiten. Palmer hatte am Freitag mit einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe vor einer **Migrationskonferenz** für Aufsehen gesorgt. Vor einem Gebäude der Goethe-Universität hatte er zu Art und Weise seiner Verwendung des "N-Wortes" Stellung bezogen. Als er mit "Nazis raus"-Rufen konfrontiert wurde, sagte Palmer zu der Menge: "Das ist nichts anderes als der Judenstern. Und zwar, weil ich ein Wort benutzt habe, an dem ihr alles andere festmacht. Wenn man ein falsches Wort sagt, ist man für euch ein Nazi. Denkt mal drüber nach."

Tag der Arbeit

Debatte um Viertagewoche

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai ist die Debatte über die Viertagewoche wieder voll entbrannt. Die Arbeitgeber warnten nach einem Vorstoß von SPD-Chefin Saskia Esken für eine Einführung samt Lohnausgleich vor Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Wirtschaft. "Deutlich weniger Arbeit bei vollem Lohnausgleich - wirtschaftlich ist das eine Milchmädchenrechnung", sagte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands BDA, Steffen Kampeter, der "Bild am Sonntag". "Nur mit mehr Bock auf Arbeit und Innovationen werden wir unseren Sozialstaat und den Klimaschutz auf Dauer finanzieren können." SPD-Chefin Saskia Esken hatte am Samstag gesagt, sie könne sich eine Viertagewoche mit Lohnausgleich "gut vorstellen". Bei einer Kundgebung zum 1. Mai hat es am Montag in Stuttgart unterdessen gewaltsame Ausschreitungen gegeben. Die Polizei setzte nach eigenen Angaben Pfefferspray und Schlagstöcke gegen Angreifer ein, die sie dem linken Spektrum zuordnete. Die Rede war von Pyrotechnik und Handgreiflichkeiten. Zudem beanstandeten die Beamten Vermummungen, Schutzbrillen oder Handschuhe bei Teilnehmern. Am Sonntag hatte es bei einem Frauenmarsch in Berlin-Kreuzberg Ausschreitungen gegeben. Laut Polizei flogen Flaschen und Pyrotechnik. Am Montag sind Tausende durch Berlin gezogen. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe blieb es friedlich.

Bauministerin Geywitz

49-Euro-Ticket verbessert Landleben

Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) sieht das seit Montag geltende Deutschlandticket als wichtigen Beitrag für eine Steigerung der Attraktivität des Lebens auf dem Land. "Man muss den Menschen die Möglichkeit geben, dort zu wohnen, wo sie gerne wohnen möchten", sagte Geywitz den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Mit dem Deutschlandticket könnten sich viele "längere Pendelstrecken" leisten. Gleichzeitig werde der Ausbau der digitalen Infrastruktur dabei helfen, auf dem Land zu leben, fügte Geywitz hinzu. "Wir müssen aber auch soziale Infrastrukturen stärken und so die Attraktivität in den ländlichen Regionen steigern." Die Ministerin zeigte sich "sicher, dass das Ticket ein großer Erfolg wird". Nach einer Hochrechnung des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) haben weit mehr als drei Millionen Menschen schon für Mai den Fahrschein gelöst. Darunter sind dem Verband zufolge 750.000 Menschen, die bisher kein Nahverkehrs-Abo besaßen.

Migration

Mehr sichere Herkunftsländer?

In der Debatte um die Flüchtlingspolitik hat sich nun auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) für eine Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten ausgesprochen. "Das sollte jetzt endlich erfolgen", sagte Woidke gegenüber WELT. "Ich werde das erneut den Koalitionspartnern CDU und B90/Grüne vorschlagen." Zuvor hatten vor allem Unions-Politiker gefordert, mehr Staaten als sichere Herkunftsländer auszuweisen, etwa nordafrikanische Staaten wie Tunesien, Algerien und Marokko sowie Georgien. Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) lehnt dagegen eine Ausweitung der sicheren Herkunftsländer ab. "Von einer solchen pauschalen Einteilung in sichere und unsichere Herkunftsländer halten wir gar nichts. Es ist in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass Schleswig-Holstein sich bei diesem Punkt im Bundesrat der Stimme enthalten würde", sagte sie gegenüber WELT. Das Interview mit ihr lesen Sie auf Seite 4.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

Außenpolitik

Türkei

IS-Anführer in Syrien getötet

Türkische Einsatzkräfte haben nach Angaben von Präsident Recep Tayyip Erdogan in Syrien den Anführer der Terrorgruppe IS getötet. Erdogan sagte dem Fernsehsender TRT, Abu al-Hussein al-Husseini al-Kuraishi sei bei einem Angriff am Samstag ums Leben gekommen. Der türkische Geheimdienst MIT habe ihn schon seit Langem verfolgt. Abu al-Hussein al-Husseini al-Kuraishi wurde zum IS-Anführer ernannt, nachdem sein Vorgänger im Oktober getötet worden war. Ein IS-Sprecher bezeichnete ihn damals als "einen der altgedienten Kämpfer und einen der treuen Söhne des Islamischen Staates". Zu diesem Zeitpunkt hatte der IS die Kontrolle über Gebiete verloren, die er einst im Irak und Syrien hielt. Noch immer verüben jedoch Schläferzellen Anschläge in beiden Ländern. Die Türkei hat zahlreiche Einsätze gegen den IS und kurdische Gruppen entlang der syrischen Grenze durchgeführt und dabei mutmaßliche Kämpfer gefangen genommen oder getötet.

Migranten in Ungarn

Papst ruft zu mehr Offenheit auf

Zum Abschluss seines dreitägigen Besuchs in Ungarn hat Papst Franziskus das Land zu mehr Offenheit gegenüber Migranten aufgerufen. Bei einer Freiluftmesse vor zehntausenden Gläubigen in Budapest beklagte Franziskus am Sonntag "verschlossene Türen" des Egoismus und der Gleichgültigkeit gegenüber Menschen, die "fremd oder anders sind, gegenüber Migranten und Armen". Der 86-Jährige richtete seine mahnenden Worte auch an diejenigen "mit politischer und sozialer Verantwortung". Die Migration war eines der zentralen Themen des Papst-Besuches in dem osteuropäischen EU-Land, dessen Ministerpräsident Viktor Orban seit seinem Amtsantritt 2010 eine strikte Politik der Abschottung vertritt. Während der Reise hatte Franziskus auch Flüchtlinge aus der Ukraine getroffen und Ungarn für deren Aufnahme gedankt.

Paraguay

Konservative gewinnen Wahl

Die Colorados bleiben in Paraguay an der Macht: Der Kandidat der konservativen Colorado-Partei, Santiago Pena, lag nach den Wahlen nach der Auszählung fast aller Stimmen mit 42,7 Prozent deutlich vor seinem Mitte-Links-Rivalen Efrain Alegre. "Nach Jahren der wirtschaftlichen Stagnation und des Haushaltsdefizits haben wir viel zu tun. Die Aufgabe, die uns erwartet, ist nicht die einer einzelnen Person oder einer Partei", sagte der 44 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftler nach der Wahl. Er rief zu Einigkeit und Konsens auf. Dem Staatsoberhaupt kommt in dem südamerikanischen Land eine zentrale Rolle zu, er ist auch Regierungschef. Die seit 75 Jahren mit einer fünfjährigen Unterbrechung regierenden Colorados erzielten auch bei den Kongress- und Gouverneurs-Wahlen gute Ergebnisse. In einigen Provinzen erzielten die Vertreter der Konservativen unerreichte Mehrheiten und lagen weit vor den Oppositionskandidaten.

Großbritannien

Rechnung für Ex-Premier Truss

Die britische Ex-Premierministerin Liz Truss wehrt sich gegen eine hohe Rechnung für fehlende Gegenstände in einem Landsitz der Regierung - darunter Bademäntel und Pantoffeln sowie Bewirtung. Truss komme selbstverständlich für Dinge auf, die während ihrer Nutzung des Chevening House verschwanden, zitierte die Zeitung "Daily Mail" einen Sprecher der konservativen Politikerin. Der Großteil der Rechnung über rund 12.000 Pfund (13.670 Euro) betreffe aber offizielle Regierungsgeschäfte. Die frühere Außenministerin Truss hatte sich im Sommer 2022 im Chevening House in der südostenglischen Grafschaft Kent, dem offiziellen Landsitz des Ressorts, auf ihre Amtszeit vorbereitet.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

Wissen

Neurowissenschaft

Gedankenlesen mithilfe von KI

Mithilfe eines MRT-Hirnscanners und Künstlicher Intelligenz lassen sich die Gedanken von Menschen zumindest grob erfassen. Das berichten Wissenschaftler der University of Texas in der Fachzeitschrift "Nature Neuroscience". Mit dieser Technik, so hoffen die Forscher, könnte in Zukunft die Kommunikation mit Menschen ermöglicht, die ihr Sprachvermögen verloren haben - zum Beispiel nach einem Schlaganfall. Die Wissenschaftler betonen, dass mit ihrer Technologie keinesfalls heimlich Gedanken ausgelesen werden könnten. Die Sache kann nur funktionieren, wenn die Probanden mitspielen. Im Gegensatz zu anderen Hirn-Computer-Schnittstellen kommt die MRT-Methode ohne operativen Eingriff in das Gehirn aus. Mehr dazu auf Seite 8.

Arzneimittelengpässen

Weltärztekongress fordert EU-Reserve

Angesichts der anhaltenden Arzneimittelengpässe hat der Vorsitzende des Weltärztekongresses, Frank Ulrich Montgomery, eine EU-weite Medikamentenreserve gefordert. Dass unter den Engpässen bei der Medikamentenversorgung "vor allem Kinder und Krebskranke zu leiden haben", sei "erbärmlich" und zeige deutlich, "wohin eine übertriebene Kommerzialisierung der Medizin führt", sagte Montgomery den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Dabei ließe sich eine EU-weite Medikamentenreserve als "Verpflichtung für die Pharmaindustrie, überwacht und gemanagt von Staat und Ärzteschaft", sofort schaffen. Auch müsse es Aufgabe der Politik sein, mit den passenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Produktionsstandorte zurück nach Europa zu holen. Zudem sollten Lieferketten mit mehreren Quellen für Medikamente gesetzlich abgesichert werden. Der Sprecher des Bundesverbands der Kinder- und Jugendärzte, Jakob Maske, warnte unterdessen gegenüber WELT vor einer bedrohlichen Lage im nächsten Winter. Das Interview mit ihm lesen Sie auf Seite 8.

Wirtschaft und Geld

Verbraucherfinanzen

Das ändert sich im Mai

Ein weiterer Heizkosten-Zuschuss verspricht Entlastung für all diejenigen, die mit Heizöl, Pellets oder Kohle heizen und im vergangenen Jahr sehr viel mehr als in den Vorjahren für Brennstoffe ausgeben mussten. Bahnfahrer starten mit dem Deutschlandticket in eine neue Preis-Ära, auch wenn der Preis von derzeit 49 Euro bald steigen dürfte. Die Corona-App wird von den Betreibern in einen Schlaf-Modus versetzt. Und die Nutzer von WhatsApp, Amazon und Facebook könnten von neuen EU-Regeln profitieren, die den größten Online-Diensten strengere Vorschriften als bisher machen. Das soll Verbraucher besser schützen, kleine Online-Unternehmen gegenüber den Tech-Giganten stärken und den Wettbewerb anheizen. Mehr Informationen finden Sie auf Seite 9 .

Wolfgang Porsche

Letzte Amtszeit im VW-Aufsichtsrat

Volkswagen-Aufsichtsratsmitglied Wolfgang Porsche hat seinen Rückzug aus dem Gremium angekündigt. Er wolle sich bei der Hauptversammlung am 10. Mai noch einmal für eine fünfjährige Amtszeit wählen lassen, sagte er dem Magazin "Automobilwoche". "Danach müssen Jüngere ran", sagte er. Am Tag der Hauptversammlung wird Porsche 80 Jahre alt. Dennoch wolle er persönlich an dem Aktionärstreffen teilnehmen. Der Enkel des Firmengründers Ferdinand Porsche ist auch Aufsichtsratsvorsitzender des Sportwagenbauers Porsche, der im Herbst vergangenen Jahres an die Börse gegangen ist. Porsche sitzt zudem im Aufsichtsrat bei Audi. Als Wunschnachfolger von Wolfgang Porsche gilt sein 62-jähriger Neffe Ferdinand Oliver Porsche. Die Familie habe darüber aber noch nicht entschieden.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

Stagnation

Inflation belastet die Konjunktur

Die deutsche Wirtschaft hat zuletzt eine Rezession nur knapp vermieden. Aber der Ausblick bleibt gedämpft: Die Konjunktur leidet vor allem unter der hohen Inflation, die nur langsam sinkt: Die Preissteigerung ist zuletzt nur um 0,2 Punkte auf 7,2 Prozent zurückgegangen und der Preisdruck verdirbt Verbrauchern die Konsumlaune. Andere Länder in der Euro-Zone, insbesondere in Südeuropa meistern die Lage weit besser. Deutschland war zuletzt beim Wachstum das Schlusslicht in Europa. Während die deutsche Wirtschaft stagniert, haben andere europäische Volkswirtschaften im ersten Quartal positiv überrascht. Eine Analyse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Unheilvolle Gemengelage

Beim FC Bayern schwelt es weiter

In der Dauerdebatte um die Führungsriege des FC Bayern ließ der Münchener Vereinspräsident und Aufsichtsratschef Herbert Hainer nach dem mühsamen 2:0 gegen Hertha BSC aufhorchen. Während er ein Bekenntnis zur Zukunft Oliver Kahns verhinderte ("Wir analysieren und debattieren über die Gesamtlage"), positionierte sich der kämpferische Vorstandsboss selbst für die kommende Saison schon mal klar. "Selbstverständlich bin ich noch hier", sagte Kahn und lachte, als er gefragt wurde, ob er in der neuen Spielzeit noch im Amt sein werde. Sein Blick gelte "nicht irgendwelchen Diskussionen", betonte er, "sondern mein Fokus gilt nur der deutschen Meisterschaft - und darum geht's." Ähnlich klang Hainer, der bei der Nachfrage zur Zukunft von Kahn lieber nach der Rückeroberung der Tabellenführung auf das noch verbliebene Titelziel verwies. "Wir konzentrieren uns alle auf das Sportliche", sagte er. Das aber dürfte auch nicht unkompliziert ablaufen. Denn die Personalie Thomas Müller, der gegen die Berliner zunächst wieder nur Edelreservist war, kann zum Politikum werden. Mehr auf Seite 13.

DFB-Pokal

Freiburger Revanchegegliste

RB Leipzigs Trainer Marco Rose möchte die Atmosphäre vor dem Pokal-Halbfinale beim SC Freiburg nicht weiter anheizen. "Man muss nicht weniger oder mehr draus machen als es ist. Es ist ein Pokal-Halbfinale, beide Mannschaften wollen unbedingt ins Finale. Ich weiß nicht, warum mehr Brisanz drinstecken sollte aufgrund des letztjährigen Finales", sagte Rose am Tag vor dem Spiel an diesem Dienstag (20.45 Uhr, ZDF und Sky). Im vergangenen Jahr unterlag Freiburg den Leipzigern nach Führung noch im Elfmeterschießen 2:4. Die Freiburger blickten deswegen ein wenig anders auf das Duell. "Die Hütte wird brennen", sagte Kapitän Christian Günter: "Wir werden alles tun, um den Schritt noch zu gehen." Das Duell habe "noch mal eine gewisse Brisanz, weil wir letztes Jahr im Finale gegeneinander gespielt haben", sagte der Abwehrspieler.

Formel 1

Ernüchterung bei Ferrari

Vizeweltmeister Charles Leclerc hat wenig Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder in den Formel-1-Titelkampf eingreifen zu können. "Wir haben alles gemacht, alles versucht, aber die Wahrheit ist: Wir sind nicht schnell genug. Wir haben einfach nicht genug Leistung", sagte der Ferrari-Fahrer nach seinem dritten Platz beim Großen Preis von Aserbaidschan. Der 25-Jährige bescherte der Scuderia im vierten Saisonlauf endlich den ersten Podestplatz der Saison. "Wir sind vielleicht ein bisschen näher gekommen, aber sind immer noch ziemlich weit hintendran bei der Renngeschwindigkeit", sagte der Monegasse. Zwar sicherte sich Leclerc die ersten Startplätze für das Hauptrennen und den Sprint, musste sich aber dann jeweils von den dominanten Red Bull überholen lassen. Der Mexikaner Sergio Perez gewann in Baku beide Läufe und liegt in der WM-Wertung nur noch sechs Punkte hinter Weltmeister Max Verstappen, der im Hauptrennen Zweiter hinter seinem Teamkollegen wurde.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

Kultur und Gesellschaft

Neuer Roman von Stuckrad-Barre

Alle sind so wach

Die Literatur- wie die Medienwelt beschäftigt sich seit einer guten Woche mit dem Buch "Noch wach?" von Benjamin von Stuckrad-Barre. Einen Marketingerfolg haben der Verlag und sein Popliterat damit auf jeden Fall erreicht. Doch wie steht es um den literarischen Wert des vielfach als #MeToo-Roman gelesenen Werks? Und was hat das Buch mit dem Verlag Axel Springer zu tun, für den der Autor lange arbeitete (und in dem auch WELT erscheint)? Mara Delius erklärt es auf Seite 16 .

Schießerei in Texas

Blutbad nach Bitte um mehr Ruhe

Mehr als 250 Polizisten suchen nach einem Verdächtigen, der in einer texanischen Kleinstadt fünf Nachbarn erschossen haben soll. Für Hinweise zu seiner Ergreifung wurden inzwischen 80.000 Dollar (knapp 73.000 Euro) Belohnung ausgelobt. Unter den Opfern ist nach Angaben der FBI-Ermittler ein Kind. Dem Flüchtigen wird vorgeworfen, in Cleveland im US-Bundesstaat Texas vor der Tür seiner Nachbarn aufgetaucht zu sein und auf die Menschen im Haus geschossen zu haben. Zuvor sollen die Nachbarn den Verdächtigen gebeten haben, sein Gewehr nicht in der Nähe ihres Hauses abzufeuern, da der Lärm ihr Baby beim Schlafen störe. Die Bitte habe der angetrunkene Mann abgelehnt - und richtete anschließend das Blutbad an.

Schauspieler Michael J. Fox

"Ich werde keine 80 werden"

Der ehemalige US-Schauspieler Micheal J. Fox ("Zurück in die Zukunft") hat in einem Fernsehinterview über seine Parkinson-Erkrankung gesprochen. "Es wird immer härter, jeden Tag wird es härter", sagte der 61-Jährige dem Sender CBS. Fox lebt seit 1991 mit der Diagnose. Durch mehrere Stürze nach einer Tumor-Operation an der Wirbelsäule habe er sich Arme, Ellbogen, Hand und Knochen im Gesicht gebrochen, erzählte Fox. "Ich werde keine 80 werden", glaubt Fox, denn Stürze seien eine häufige Todesursache bei Parkinson-Patienten. Fox hatte eine Stiftung gegründet, um die bislang unheilbare Nerven-Krankheit und bessere Therapien zu erforschen. Für Mitte Mai hat Apple TV einen Dokumentarfilm mit dem Titel "Still" über das Leben von Michael J. Fox angekündigt.

Drehbuchautoren streiken

Hollywood droht ein Stillstand

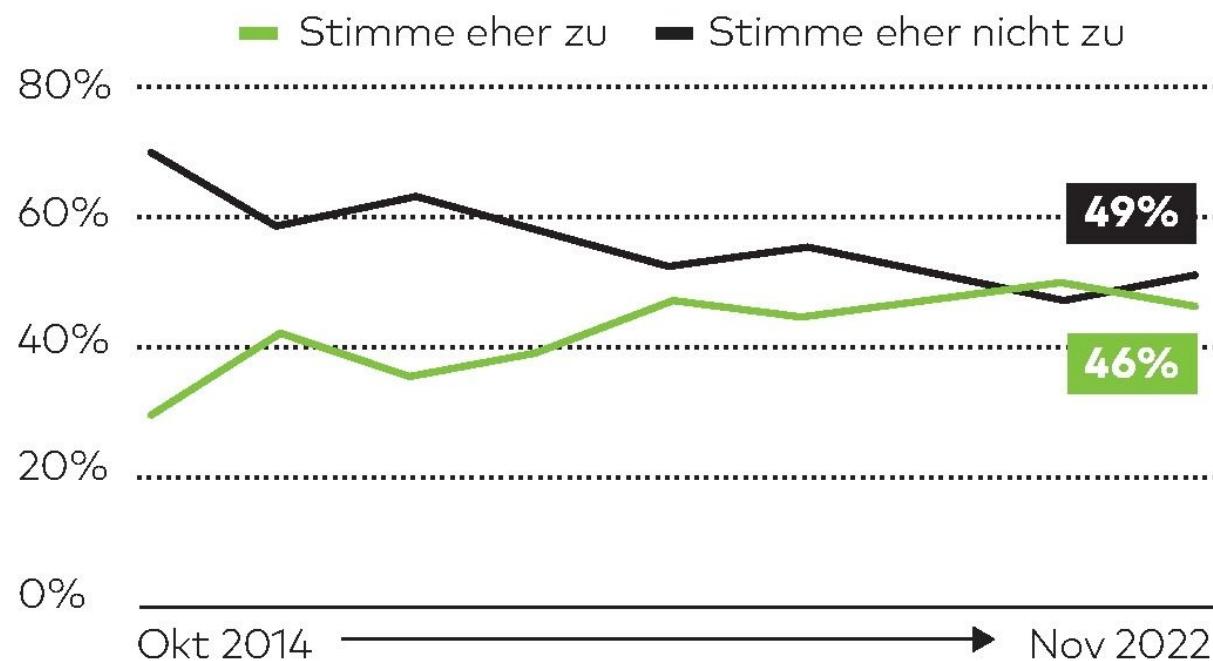
Tausende Drehbuchautoren für Serien und Filme in den USA wollen ihre Arbeit niederlegen, sollten sie mit ihren Forderungen nach mehr Lohn nicht erfolgreich sein. Die Frist für eine Einigung bei den Gesprächen zwischen der mächtigen US-Autorengewerkschaft (WGA) und den großen Studios und Plattformen, darunter Netflix und Disney, ist seit Dienstagmorgen abgelaufen. Sollte es zu einem Streik kommen, würden Late-Night-Shows sofort pausieren, bei für in diesem Jahr geplanten Fernsehserien und Filmen würde es Verspätungen geben. Angesichts des großen Wachstums der Streaming-Angebote fordern die Drehbuchautoren mehr Gehalt und eine größere Gewinnbeteiligung. Der Gewerkschaft zufolge sind trotz Inflation die Gehälter gleich geblieben oder sogar gesunken, weswegen es für die Autoren immer schwieriger werde für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

CANNABIS-LEGALISIERUNG

Deutschland gespalten

Anteil der Befragten, die finden, dass Cannabis für Volljährige legal und reguliert erhältlich sein sollte



welt

Quelle: Statista

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Tübinger Oberbürgermeister: Boris Palmer kündigt Auszeit an ++ Tag der Arbeit: Debatte um Viertagewoche ++ Bauministerin Geywitz....

WETTER



Gebietsweise Schauer

Heute Teils ist wolkig, teils stark bewölkt. Im Westen und im Nordwesten bleibt es bei wenigen Regenschauern überwiegend trocken. Sonst gehen gebietsweise Schauer nieder, und vereinzelt entstehen sich Gewitter. Im Tagesverlauf ziehen sich die Schauer in den Süden zurück. Die Höchsttemperaturen liegen zwischen 9 und 18 Grad. Der Wind weht schwach bis mäßig. Im Norden frisch.

Blauwetter: Die Wetterlage macht besonders Rheumpatienten zu schaffen. Sie müssen sich auf eine Verschlimmerung ihrer Schmerzen in Gelenken, Knochen und Gelenken einstellen. Empfindliche Menschen können unter Kopfschmerzen leiden.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: May 1, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++ Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sahra Wagenknecht": Linken-Chefin spricht von "Egotrip" ++ Geplantes Online-Portal: Kliniken sollen transparenter werden ++ Außenpolitik ++ Verstorbene Iranerin: Sacharow-Preis für Mahsa Amini ++ Bundeswehr im Libanon: Pistorius hält an Einsatz fest ++ Armenien /Aserbaidschan: Frieden ist nicht in Sicht ++ Russland: Reporterin festgehalten ++ Wissen ++ Studie zur Solarenergie: Mittelfristig wichtigste Energiequelle ++ Alfred-Wegener-Institut: Neues Entwicklungszentrum ++ Studie über Klassische Konzerte: Herz und Atem synchronisiert ++ Wirtschaft und Geld ++ US-Anleihemarkt: Anleger ergreifen die Flucht ++ Arzneimittel-Kartell: Brüssel verhängt Millionenstrafe ++ Deutsche Bahn: Defizitäre Tochter verkauft ++ Belastung durch Klimaziele: Deutschland droht Abstieg ++ Elon Musk optimistisch: Rabattschlacht bei Tesla ++ Tag an der Börse: Unsicherheit überwiegt ++ Sport ++ Fußball-Bundesliga: Moukoko fehlt dem BVB ++ Früherer DFB-Direktor: Bierhoff berät US-Football-Klub ++ Tennis: Boris Becker trainiert Rune ++ Kultur und Gesellschaft ++ Initiative in Thüringen: Benefizkonzert für Israel ++ Kulturpass: Verbände fordern "klares Signal" ++ Gewalttat verhindert: Frau plante Anschlag auf Rathaus ++ Schwere Sturmflut: Unwetter an der Ostseeküste

Die Welt

Freitag 20. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 204

Length: 2857 words

Body

Innenpolitik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....

Anschlag auf Synagoge in Berlin

Generalstaatsanwalt ermittelt

Nach dem Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin hat die Generalstaatsanwaltschaft der Hauptstadt die Ermittlungen an sich gezogen. Die Behörde begründete dies unter anderem mit dem eskalierenden Charakter des Angriffs. Die Generalstaatsanwaltschaft verwies auf die derzeitige politische Situation im Nahen Osten sowie auf pro-palästinensische Kundgebungen der vergangenen beiden Wochen, die von Antisemitismus und zunehmender Gewalt gegen die Polizei geprägt gewesen seien. Wie solche Demonstrationen in anderen Ländern ablaufen und wie dort über die Lage diskutiert wird, lesen Sie auf Seite 7.

Migrationspolitik

Faeser: Gefährder abschieben

Gefährder und Straftäter abschieben - das ist nach den Worten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nun eine Priorität in der aktuellen EU-Migrationspolitik. Vor einem Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg sagte sie, dafür brauche es weitere Kooperationsabkommen mit Herkunftsändern und Drittstaaten. Es gehe neben Tunesien "auch um andere Staaten, wo auch Gefährder und Straftäter zurückgeführt werden müssen. Ich halte es für unabdingbar, dass das funktioniert." Am Donnerstag wurde bekannt, dass der islamistisch motivierte Angreifer, der in Brüssel kürzlich zwei schwedische Fußballfans erschoss, in vier verschiedenen europäischen Ländern Asylanträge gestellt hatte. Außer in Belgien vor vier Jahren habe der Tunesier bereits 2011 in Norwegen, 2012 in Schweden und 2014 in Italien Asyl beantragt, erklärte die belgische Regierung. Die Migrationspolitik ist auch ein Schwerpunkt des Koitionsausschusses, zu dem sich die Ampelfraktionen am heutigen Freitag treffen. Über die angespannte Lage in der Koalition lesen Sie auf Seite 6.

"Bündnis Sahra Wagenknecht"

Linken-Chefin spricht von "Egotrip"

Die deutsche Parteienlandschaft könnte in Bewegung kommen: Sahra Wagenknecht treibt die Gründung ihres eigenen Projekts voran. Das Büro der Linken-Politikerin bestätigte, dass nach langem Vorlauf am Montag zunächst ein Verein namens "Bündnis Sahra Wagenknecht" offiziell vorgestellt wird. Dies gilt als konkreter Schritt zur Gründung einer eigenen Wagenknecht-Partei, die eine linke Sozialpolitik mit strikter Asylpolitik und einer Abkehr von allzu scharfem Klimaschutz verbinden könnte. Die Linken-Vorsitzende Janine Wissler äußerte scharfe Kritik. "Angesichts der verheerenden Politik der Ampel" müsse eine linke Bundestagsabgeordnete Opposition gegen die Bundesregierung machen und Alternativen vorlegen, sagte Wissler in der ARD. Das Vorgehen Wagenknechts sei hingegen ein "Egotrip".

Geplantes Online-Portal

Kliniken sollen transparenter werden

Welche Krankenhäuser bieten welche Behandlungen und mit welcher Qualität an - diese Informationen sollen vom kommenden Jahr an online abrufbar sein. So sieht es das Krankenhaus-Transparenzgesetz von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor, über das der Bundestag am späten Donnerstagabend abschließend abstimmen wollte. Wer das Gesetz befürwortet und welche Kritik es daran gibt, erfahren Sie auf Seite 6.

Außenpolitik

Verstorbene Iranerin

Sacharow-Preis für Mahsa Amini

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....

Die Europäische Union ehrt mit dem Sacharow-Menschenrechtspreis in diesem Jahr die nach ihrer Festnahme durch die Sittenpolizei verstorбene Iranerin Mahsa Amini und die iranische Bewegung "Frauen, Leben, Freiheit". Das teilte das Europäische Parlament mit. Die Auszeichnung ist nach dem 1989 verstorбenen sowjetischen Atomphysiker, Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow benannt und wird an Menschen verliehen, die Menschenrechte und grundlegende Freiheiten verteidigen. 2022 wurde das ukrainische Volk mit dem Preis geehrt.

Bundeswehr im Libanon

Pistorius hält an Einsatz fest

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will am Unifil-Einsatz der Bundeswehr im Libanon auf alle Fälle festhalten. Überlegungen zu einem Abzug oder einer Reduzierung seien angesichts der aktuellen Entwicklungen fehl am Platz, sagte Pistorius bei einem Besuch der Korvette "Oldenburg" im Libanon. "Was wäre das für ein Signal an die Region", an Libanon und vor allem auch an Israel. "Jetzt die Diskussion zu führen, hielte ich für den komplett falschen Zeitpunkt", betonte der Minister. Die Bundeswehr beteiligt sich aktuell mit rund 140 Soldaten an dem Blauhelm-Einsatz.

Armenien /Aserbaidschan

Frieden ist nicht in Sicht

Die Kaukasusregion Bergkarabach hat Armenien im September durch eine Militäroffensive Aserbaidschans verloren. Armeniens Regierungschef Nikol Paschinjan wirft dem Nachbarland eine "ethnische Säuberung" vor. 100.000 Menschen seien infolge des Angriffs nach Armenien geflohen. Nun fordert Paschinjan ein Friedensabkommen noch in diesem Jahr. Doch die Lage istbrisant: Das militärisch stärkere Aserbaidschan macht Anstalten, weitere Teile Armeniens zu besetzen. Mehr über die Kriegsgefahr im Kaukasus lesen Sie auf Seite 7.

Russland

Reporterin festgehalten

Die russische Regierung geht immer wieder gegen unabhängige Medien vor. Nun hält sie eine Journalistin des US-finanzierten Senders Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) fest. Alsu Kurmasheva, die sowohl die US-amerikanische als auch die russische Staatsangehörigkeit besitzt, sei aufgrund einer Nichtregistrierung als "ausländische Agentin" angeklagt worden, erkärtet ihr Arbeitgeber. Der in Prag ansässigen Reporterin wird demnach vorgeworfen, dass sie bei einem dringenden Familienbesuch in Russland ihre US-Staatsbürgerschaft nicht den Behörden gemeldet habe. Kurmasheva drohten bis zu fünf Jahre Haft. Zudem werde der Journalistin vorgeworfen, Informationen über die militärischen Aktivitäten Russlands gesammelt zu haben, meldete die russische Nachrichtenagentur Tatar-Inform.

Wissen

Studie zur Solarenergie

Mittelfristig wichtigste Energiequelle

Die Sonne dürfte britischen Wissenschaftlern zufolge noch vor dem Jahr 2050 zur weltweit wichtigsten Energiequelle werden. Das geht aus einer Analyse technologischer und ökonomischer Daten der Universität Exeter und des University College London hervor, die in dieser Woche im Fachmagazin "Nature Communications" veröffentlicht wurde. Demnach hat dieser Energiesektor womöglich einen Wendepunkt erreicht, bei dem ein sich selbst verstärkender "Positiv-Kreislauf" in Gang gesetzt wurde zwischen dem Einsatz von Solartechnologie und dem Lernprozess von Unternehmen, diese günstiger zu machen. Der Weg der Solarenergie zur wichtigsten Energiequelle sei demnach auch ohne die Unterstützung durch eine ehrgeizigere Klimapolitik vorgezeichnet, hieß es.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....

Alfred-Wegener-Institut

Neues Entwicklungszentrum

Nach gut vierjähriger Bauzeit hat das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven ein neues Entwicklungszentrum für eigene Forschungsgeräte eingeweiht. Finanziert wurde das "Technikum" durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Land Bremen mit 18,5 Millionen Euro. In dem Neubau auf dem "Klimacampus" des Instituts sollen laut AWI Geräte für den Einsatz in den Polarregionen und der Tiefsee entwickelt, getestet und für Expeditionen vorbereitet werden. Das Gebäude biete Platz für rund 40 Mitarbeiter aus Technik und Wissenschaft, hieß es. Es verfüge unter anderem über ein Elektronik-Labor, ein Tauchbecken für Instrumententests, Kältekammern, einen 19 Meter hohen Turm zum Testen von Bohrgeräten sowie Werkstätten.

Studie über Klassische Konzerte

Herz und Atem synchronisiert

Forscher haben nachgewiesen, dass sich beim Besuch eines Klassik-Konzertes die Herz- und Atemfrequenz sowie die Bewegungen der Konzertbesucher synchronisieren. "Dass die Musikerfahrung, auch bei klassischer Musik, nicht nur geistig, sondern auch körperlich ist, ahnten wir schon lange, nun konnte das auch im Konzert gezeigt werden", sagte Martin Tröndle, Professor an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Die Hochschule am Bodensee war neben der Universität Bern und dem Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik in Frankfurt/Main am Projekt "ECR - Experimental Concert Research" beteiligt. Die Ergebnisse seien im Wissenschaftsmagazin "Scientific Reports" veröffentlicht worden.

Wirtschaft und Geld

US-Anleihemarkt

Anleger ergreifen die Flucht

In Zeiten zunehmender geopolitischer Risiken flüchtet das Kapital aus Europa normalerweise Richtung Amerika. Investoren schichten ihr Geld dann sehr zügig in sichere US-Staatsanleihen um. Doch in der derzeitigen Lage passiert genau das Gegenteil, denn trotz des Überfalls auf Israel und der Krise im Nahen Osten steigen die Renditen. Zahlreiche Anleger sehen eher in Investitionen in Gold oder in Öl sichere Häfen. Deshalb braut sich derzeit Unheil am Rentenmarkt zusammen. Und die steigenden Zinsen bedeuten horrende Verluste für die bisherigen Halter der Staatsanleihen. Lesen Sie die Analyse auf Seite 9.

Arzneimittel-Kartell

Brüssel verhängt Millionenstrafe

Wegen unerlaubter Preisabsprachen hat die Europäische Kommission Geldbußen in Höhe von insgesamt 13,4 Millionen Euro gegen fünf Pharmaunternehmen verhängt. Der Großteil davon - 10,4 Millionen Euro - entfällt auf den deutschen Pharma-Hersteller Boehringer, wie die Brüsseler Behörde mitteilte. Über insgesamt fast 14 Jahre hatten die beteiligten Unternehmen sensible Geschäftsinformationen ausgetauscht und einen Mindestverkaufspreis festgelegt. Es handelte sich um Butylscopolamin, ein wichtiger Ausgangsstoff zur Herstellung des Arzneimittels Buscopan und wirkstoffgleicher Arzneien, die gegen Bauchkrämpfe eingesetzt werden.

Deutsche Bahn

Defizitäre Tochter verkauft

Die Deutsche Bahn hat einen Käufer für ihr Auslandstochterunternehmen Arriva gefunden, das Busse und Bahnen in zehn europäischen Ländern betreibt. Der Infrastruktur-Investor I Squared Capital mit Sitz in den USA

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....

unterzeichnete einen Kaufvertrag, wie die Bahn mitteilte. Zum Kaufpreis machte sie keine Angaben, einem Medienbericht zufolge beträgt er 1,65 Milliarden Euro. Die Bahn hatte Arriva 2010 inklusive Schulden für rund 2,7 Milliarden Euro übernommen. Das Unternehmen ist laut aktuellem Geschäftsbericht immer noch mit rund einer Milliarde Euro verschuldet - diese Verpflichtung ist die DB nun los. Mit dem Verkauf von Arriva "werden zusätzliches Wachstum im Schienenverkehr in Deutschland und mehr Investitionen im Kerngeschäft ermöglicht", erklärte DB-Finanzchef Levin Holle. Das strategische Ziel der Bahn sei es, "Rekordinvestitionen in den umweltfreundlichen Schienenverkehr im deutschen Kerngeschäft zu tätigen". Mehr auf Seite 11.

Belastung durch Klimaziele

Deutschland droht Abstieg

Deutschland hat sich die ambitioniertesten Klimaziele gesetzt, hat aber besonders ungünstige Rahmenbedingungen, um die angestrebte Transformation zu schaffen. Mit dieser Mischung droht dem Land der stetige Abstieg. Das ist das Ergebnis des diesjährigen Megareports der Bertelsmann-Stiftung zum "Grünen Standortwettbewerb". Besonders kritisch wirkt sich der internationale Kampf um Vorprodukte und Rohstoffe aus. Lesen Sie einen Kommentar dazu auf Seite 8 und die Analyse der Studie auf Seite 10.

Elon Musk optimistisch

Rabattschlacht bei Tesla

Mehrfach hatte Tesla in diesem Jahr die Preise für seine Modelle um bis zu 30 Prozent gesenkt, um die Fahrzeuge in Zeiten hoher Inflation und Zinsen erschwinglich zu halten. Jetzt zahlt der Autobauer einen Preis für die Strategie: Die Bruttomarge fiel auf 16,3 Prozent. Die Aktie sackte nach Börsenschluss zeitweise um mehr als fünf Prozent ab, als die Nachricht bekannt wurde. Dennoch sieht sich der Autobauer gut aufgestellt. Man sei auf dem besten Weg sei, in diesem Jahr einen Rekord zu erzielen. Mehr auf Seite 12.

Tag an der Börse

Unsicherheit überwiegt

Für viele Dax-Anleger scheint das Thema Jahresrallye inzwischen in weite Ferne gerückt. Am Donnerstag rutschte der Dax zeitweise unter die psychologisch wichtige Marke von 15.000 Punkten. Zum Börsenschluss notierte er wieder etwas erholt bei 15.045 Punkten und damit noch 0,3 Prozent im Minus. "Auf einen goldenen Oktober und somit eine Herbstrally warten die Anleger bislang vergebens", konstatierte Christian Henke vom Broker IG. Der ungewisse Zinspfad der US-Notenbank Fed wie auch die Angst vor einer Eskalation des Konflikts im Nahen Osten mit womöglich weitreichenden Folgen für die Energieversorgung trieben Aktieninvestoren zuletzt in die Flucht. Mehr Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

Sport

Fußball-Bundesliga

Moukoko fehlt dem BVB

Borussia Dortmund muss im Bundesliga-Spiel gegen Werder Bremen am Freitag (20.30 Uhr/DAZN) auf Youssoufa Moukoko verzichten. Laut BVB-Trainer Edin Terzic hat sich der 18 Jahre alte Angreifer im EM-Qualifikationsspiel der deutschen U21 gegen Bulgarien (3:2), in dem er alle drei Treffer erzielte, in der Schlussphase eine Zerrung im Oberschenkel zugezogen. "Er konnte in dieser Woche nicht mit uns trainieren. Wir hoffen, dass er nach dem Wochenende wieder ins Mannschaftstraining einsteigen kann", sagte der Dortmunder Fußballlehrer. Anders als Moukoko kehrten die anderen BVB-Nationalspieler ohne Blessuren von ihren Einsätzen zurück. Lesen Sie unseren Ausblick auf das Bundesliga-Spiel auf Seite 13.

Früherer DFB-Direktor

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....

Bierhoff berät US-Football-Klub

Der frühere Fußballprofi Oliver Bierhoff übernimmt rund zehn Monate nach seinem Aus als DFB-Direktor wieder eine Position und wird Berater beim amerikanischen Football-Team New England Patriots. Dies teilte der NFL-Klub am Donnerstag mit. "American Football ist ein großartiger Sport und allerbeste Unterhaltung. Ich bin schon seit Jahren ein riesiger Football-Fan, liebe die Leidenschaft, die Athletik und die Spannung dieses Spiels", sagte Bierhoff. Er sei "stolz, künftig Teil der Patriots-Familie zu sein". Seine offizielle Bezeichnung bei dem Klub lautet "Business Advisor".

Tennis

Boris Becker trainiert Rune

Boris Becker kehrt als Trainer auf die Tennis-Tour zurück. "Ich kann bestätigen, dass ich der Trainer von Holger Rune bin", sagte der dreimalige Wimbledon-Sieger dem Eurosport-Podcast "Das Gelbe vom Ball". Der Kontakt mit dem 20 Jahre alten Starspieler aus Dänemark bestehe schon länger, verriet der 55-Jährige. "Jetzt hat es sehr gut gepasst. Mein Kalender lässt es zu, und Holger hat mich schon immer interessiert, weil er mit so viel Engagement und Temperament auf dem Tennisplatz steht." Der auf Platz sechs der Weltrangliste geführte Rune sei für ihn "ein Rohdiamant, der Schliff braucht".

Kultur und Gesellschaft

Initiative in Thüringen

Benefizkonzert für Israel

Als Reaktion auf den Angriff der Hamas auf Israel ist in Thüringen eine ungewöhnliche musikalische Initiative ins Leben gerufen worden. Am 26. Oktober wird es im Deutschen Nationaltheater Weimar ein Benefizkonzert für Israel geben, bei dem Künstler verschiedenster Herkunft für den Frieden musizieren. Mitwirkende sind unter anderem der israelische Mandolinist Avi Avital, der aus dem Iran stammende Cembalo-Spieler Mahan Esfahani, die Konzertmeister der Staatskapellen Weimar und Dresden sowie das Thüringer Bach Collegium. Durch die Einnahmen des Konzerts, das vor allem durch Initiative der Achava Festspiele Thüringen zustande kam, wird Magen David Adom unterstützt, das jüdische Äquivalent zum Roten Kreuz.

Kulturpass

Verbände fordern "klares Signal"

Führende Kulturverbände machen sich für eine Fortsetzung des Kulturpasses für Jugendliche stark. "Der Kulturpass ist ein wertvolles Instrument zur Stärkung der kulturellen Teilhabe von jungen Menschen, insbesondere wenn ihnen der Zugang zur Kultur bisher nicht ermöglicht wurde", heißt es in einer Stellungnahme von Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Deutschem Bühnenverein, Deutschem Museumsbund, dem Forum Musikwirtschaft und dem Kinoverband HDF Kino. Den mit 200 Euro ausgestatteten Kulturpass können bis zum Jahresende rund 750.000 Berechtigte nutzen, die in diesem Jahr 18 Jahre alt werden. Nach jüngsten Zahlen haben sich bisher 211.570 Jugendliche dafür freischalten lassen.

Gewalttat verhindert

Frau plante Anschlag auf Rathaus

Eine Frau soll in Fellbach bei Stuttgart einen Anschlag auf das Rathaus und die Tötung von Mitarbeitern geplant haben. Beweismittel seien bei einer Wohnungsdurchsuchung bei der 25-Jährigen gefunden worden. Eine politische Motivation schließe man derzeit aus, wie ein Polizeisprecher sagte. Wahrscheinlicher sei, dass die Frau unzufrieden mit Sozialleistungen war. Auslöser der Durchsuchung waren Streitigkeiten der Frau mit der

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
 Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....

Nachbarschaft. Deshalb sollte sie von ihrer Sozialunterkunft in eine andere verlegt werden. Beim Umzug seien verdächtige Unterlagen und Gegenstände gefunden worden. Die Polizei wurde verständigt.

Schwere Sturmflut

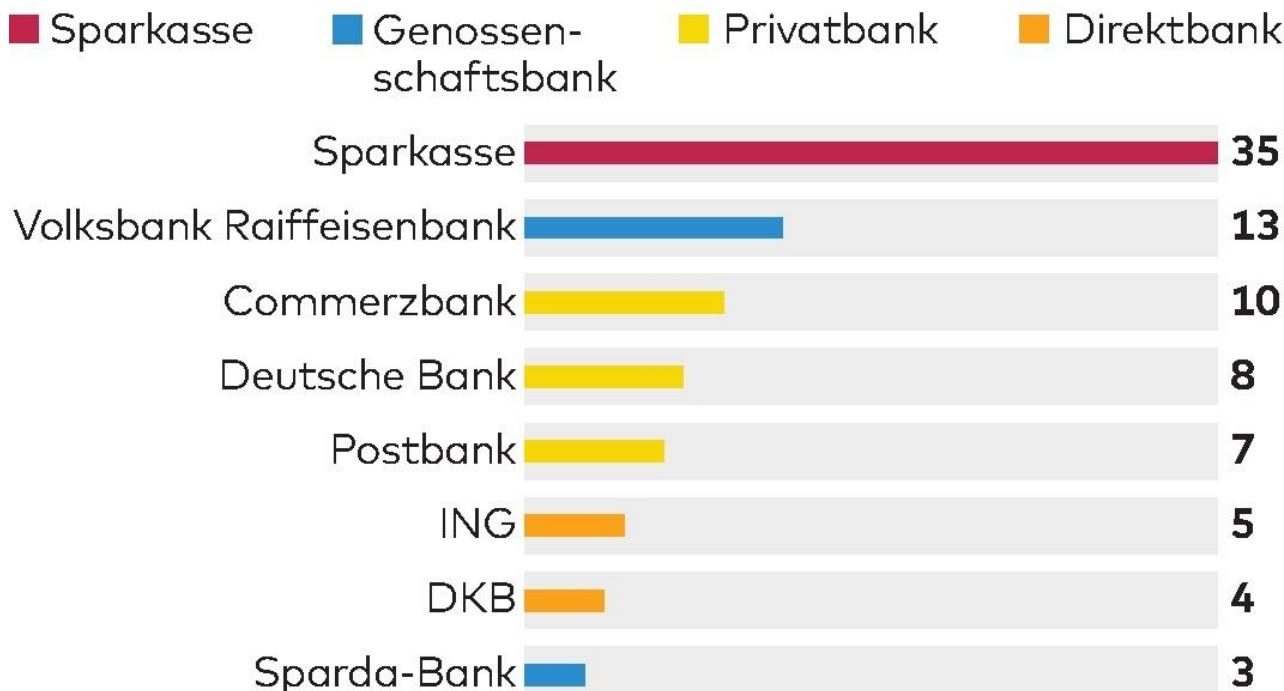
Unwetter an der Ostseeküste

An der schleswig-holsteinischen Ostseeküste wurde in der Nacht auf Freitag der Beginn einer schweren Sturmflut erwartet. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) warnte am Donnerstag vor Wasserständen bis zu zwei Meter über dem mittleren Pegel in der Flensburger Förde. In der Kieler Bucht soll das Wasser bis zu 1,8 Meter über den Normalwert steigen. In der Lübecker Bucht erwartet das BSH jeweils um zehn Zentimeter geringere Höchststände des Wassers. In niedrig gelegenen Bereichen etwa in Lübeck und Flensburg drohen Überflutungen. Auch die Strände können überflutet werden.

GELDINSTITUTE

Wem die Deutschen vertrauen

Anteil der Befragten, die ihr Hauptkonto bei einer der folgenden Banken haben, in Prozent

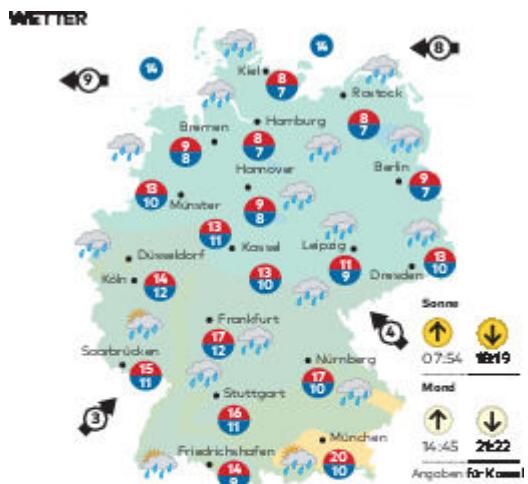


Basis: 5997 Befragte (18 bis 64 Jahre) in Deutschland; Juli 2022 bis Juni 2023

Quelle: Statista Consumer Insights

WELT

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Anschlag auf Synagoge in Berlin: Generalstaatsanwalt ermittelt ++
 Migrationspolitik: Faeser: Gefährder abschieben ++ "Bündnis Sa....



Oft stark bewölkt und regnerisch

Heute: Der Himmel ist häufig wolkig, nur hier und da kommt die Sonne durch. In den meisten Regionen fällt Regen, der zum Teil kräftig ausfallen kann. Lediglich im Südosten ist es freundlicher. 6 bis 21 Grad werden erreicht, am östlichen Alpenrand sind bei Föhn sogar Werte bis 24 Grad möglich. Die Windweht ist mittig, im Norden frisch bis stark und an der Küste stärkerlich um Ost.

Blauwetter: Aufgrund der Witterlage werden Herz und Kreislauf belastet. Menschen mit hohem Blutdruckwerten sollten daher vorsichtig sein. Rheumaliter und Personen mit Arthritis müssen sich zu Füßen Verschlimmerung ihrer Schmerzen einstellen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

Punkte sammeln für die Einreise; Arbeitsmigranten sollen auf Basis eines Punktesystems nach Deutschland kommen können. Experten kritisieren: Das System könnte zu komplex sein

Die Welt

Mittwoch 1. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 43

Length: 1158 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Immer wieder Kanada. Seit Jahren gilt das Land **Migrationspolitikern** quer durch die Parteien als Vorbild für eine gesteuerte Einwanderungspolitik. Es sei frappierend, dass das Land neben Neuseeland und Australien beim Wettbewerb um kluge Köpfe besonders gut abschneide, schrieb etwa FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai im Dezember. Zentral sei das Punktesystem, das die Steuerung der Zuwanderung anhand festgelegter Kriterien erlaubt.

Auch Vertreter von SPD und Grünen warben für das kanadische Modell - selbst aus der Union gab es Befürworter. Nachdem Politiker immer wieder nach Australien oder Kanada gereist waren, um sich das System erklären zu lassen, soll es nun in Deutschland umgesetzt werden. Zumal in Teilen. Vereinbart hatten die Ampel-Parteien das Vorhaben schon im Koalitionsvertrag. Demnach sollen ausländische Arbeitskräfte mit einer sogenannten Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems zur Jobsuche nach Deutschland reisen können. In einem Referentenentwurf haben Innenministerin Nancy Faeser und Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) die Pläne in der vergangenen Woche konkretisiert. Erstmals sind nun Kriterien öffentlich, für die Ausländer Punkte erhalten sollen, um nach Deutschland einreisen zu können. Von einer "guten Absicht" sprechen **Migrationsforscher**. Allerdings blieben die Pläne deutlich hinter dem kanadischen Modell zurück.

So betrifft das geplante Punktesystem nur einen kleinen Kreis der Erwerbsmigranten. Erfasst werden sollen nur solche, die zur Arbeitssuche nach Deutschland kommen wollen. Schon heute kann diese Gruppe unter Umständen für ein paar Monate ins Land reisen. Allerdings sind die Hürden hoch: Die Leute müssen in der Regel Deutsch-Kenntnisse vorweisen und außerdem eine Ausbildung oder ein Studium absolviert haben, das hierzulande als gleichwertig anerkannt wird. Das Punktesystem soll nun Erleichterungen bringen. Anders als bislang muss die Ausbildung oder der Studienabschluss nicht mehr von einer deutschen Behörde als gleichwertig anerkannt werden. Es reicht, wenn der Abschluss im Herkunftsland staatlich anerkannt ist. Die Bewerber müssen außerdem Deutsch- oder Englisch-Kenntnisse vorweisen und belegen, dass sie ihren Lebensunterhalt in Deutschland sichern können,

Punkte sammeln für die Einreise Arbeitsmigranten sollen auf Basis eines Punktesystems nach Deutschland kommen können. Experten kritisieren: Das System könnte zu....

also über genügend finanzielle Mittel verfügen. Außerdem müssen mindestens sechs Punkte aus einem Kriterienkatalog erfüllt werden.

Diese erhält man etwa dafür, wenn die im Ausland erworbene Berufsqualifikation Nachqualifizierungen in Deutschland verlangt (vier Punkte), gute deutsche Sprachkenntnisse vorliegen (drei Punkte), eine mindestens dreijährige einschlägige Berufserfahrung erworben wurde (drei Punkte) oder ein gewisses Alter nicht überschritten wurde (zwei beziehungsweise ein Punkt). Auch wer Bezüge zu Deutschland hat, kann Punkte erhalten. Anders als in Kanada ist aber bislang kein Ranking der Besten vorgesehen, das die Zahl der berechtigten Bewerber deckelt. Theoretisch kann laut dem deutschen Plan künftig jeder kommen, der die sechs Punkte erfüllt.

Durch den engen Fokus auf Jobsucher unterscheide sich das deutsche Konzept deutlich von Kanada, sagt der Migrationsexperte Wido Geis-Thöne vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. "Kanada, Australien und Neuseeland wollten mit einer gesteuerten Einwanderung ihre Bevölkerung aufbauen: Dünn besiedelte Gebiete sollten mit ausgewählten Einwanderern bevölkert werden." Es sei nicht darum gegangen, bestimmte Stellen für Fachkräfte zu besetzen. Auch in Deutschland könne es aufgrund der demografischen Entwicklung sinnvoll sein, Ausländer gezielt auszuwählen, die langfristig in Deutschland bleiben sollen. Hier ließe sich ein Punktesystem wie in Kanada anwenden, sagt Geis-Thöne. Die geplante Chancenkarte gehe allerdings nicht in die kanadische Richtung, weil sie nur zur Arbeitsplatzsuche ausgestellt werde. "Anders als in Kanada geht es also nicht darum, die Menschen auf jeden Fall langfristig zu binden." Für einen reinen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche halte er ein Punktesystem für nicht notwendig. Die Hürden seien überdies weiterhin hoch. "Die meisten Leute, die international migrieren, sind Ende 20, Anfang 30. Viele von ihnen haben hohe Studiengebühren bezahlt, um ihren Abschluss zu machen. Sie werden nicht das Vermögen nachweisen können, das erforderlich ist, um die Chancenkarte zu erhalten." In Zeiten, in denen die meisten Jobs über das Internet ausgeschrieben werden, sei ohnehin fraglich, wie viele Personen zur Jobsuche zuwandern möchten.

Auch Hans Vorländer, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration und Migration, meldet Zweifel an. Die Chancenkarte verfolge zwar eine "gute Absicht", sagt er WELT. Menschen, die bisher Probleme hatten, ihren Abschluss in Deutschland als gleichwertig anerkennen zu lassen, könnten zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einreisen. "Das Punktesystem könnte im Ergebnis aber zu komplex ausfallen. Es gibt mehr als 150 mögliche Punktekombinationen, die zur erforderlichen Mindestpunktzahl führen." Die Prüfung bedeute einen "enormen administrativen Aufwand, der möglicherweise in einem Missverhältnis zu den Effekten, zur tatsächlich der nach Deutschland kommenden Personen steht". Tatsächlich waren über die bisherigen Wege zur Jobsuche nur wenige Arbeitsmigranten pro Jahr nach Deutschland gekommen.

Auch Vertreter der Ampel-Fraktionen melden noch Änderungsbedarf an - auch wenn sie das Konzept grundsätzlich unterstützen. "Die Chancenkarte ist ein Gamechanger für die Arbeitsmigration", sagt die Grünen-Bundestagsabgeordnete Misbah Khan, die für Migrationsthemen zuständig ist. "Mit einem transparenten und attraktiven Punktesystem, zeigen wir endlich einen verständlichen Weg auf, um Talente und Potenziale aus dem Ausland unkompliziert nach Deutschland locken." Insbesondere bei der Attraktivität gebe es jedoch noch weiteren Nachholbedarf. "So sollten familiäre Verbindungen nach Deutschland, der Familienmitzug, ein Abschluss auf einer der 135 Deutschen Auslandschulen oder ein Studienaufenthalt in Deutschland besser beachtet werden." FDP-Migrationsexpertin Ann-Veruschka Jurisch sagt: "An dem Entwurf selbst gibt es noch Änderungsbedarf." Sie verweist auf ein Papier, das zusätzlich zum Referentenentwurf kursiert und das Punkte für weitere Kriterien vorsieht - etwa das Vorhandensein von Englisch-Kenntnissen. Wichtig sei auch die Festlegung von Quoten für die Einwanderung. "In den Ergänzungen zum Referentenentwurf ist die Festlegung von Quoten vorgesehen. Ich finde ein atmendes System der Erwerbsimmigration notwendig, um flexibel auf die sich ändernde Situation am Arbeitsmarkt reagieren zu können."

Im Moment können Länder und Verbände Stellungnahmen zum geplanten Gesetz verschicken. Ab Mitte März könnte das Kabinett den Entwurf verabschieden. Danach muss allerdings noch der Bundestag den Entwurf bearbeiten. Geplant sind auch Erleichterungen für Fachkräfte, die bereit einen Arbeitsvertrag vorweisen können.

Punkte sammeln für die Einreise Arbeitsmigranten sollen auf Basis eines Punktesystems nach Deutschland kommen können. Experten kritisieren: Das System könnte zu....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ist an dem Plan federführend beteiligt

Load-Date: February 28, 2023

End of Document

Viele fühlen wieder dieses Nicht-dazu-gehören

Die Welt

Freitag 13. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 10

Length: 800 words

Byline: Joe Chialo

Body

Eigentlich will ich über Kulturpolitik reden, über das kreative Potenzial des Landes. Ich will über Entwicklungspolitik, über internationale Zusammenarbeit reden und welche Chancen sich aus der Kooperation mit den Ländern Afrikas ergeben. Eigentlich! Eigentlich will und würde ich gerne darüber reden. Doch seit das neue Jahr mit Krawallen begonnen hat, rede ich über **Migration** und Integration. Viele Menschen aus der Kultur- und Kreativszene, viele Künstlerinnen und Künstler aus Berlin sprechen mich derzeit an. Sie sind als Musiker, Sänger, Rapper maximal erfolgreich und haben eben oft einen **Migrationshintergrund**. Nun fühlen sie sich weder gesehen noch verstanden - wieder einmal.

Niemand von ihnen findet gut, wenn Polizisten und vor allem Rettungskräfte angegriffen werden. Niemand hat Verständnis für diesen Exzess in der Berliner Silvesternacht. Und dennoch werden sie nun in einen Topf geworfen und fühlen in der dadurch verursachten Diskussion wieder dieses Nicht-dazu-gehören. Denn sie nehmen sehr wohl wahr, in welche Richtung verbal geschossen wird.

Dass eine Diskussion schnell entgleitet und die üblichen Reflexe bedient, ist schnell passiert. Wir dürfen es uns an dieser Stelle aber nicht zu einfach machen und verbal ausholen, sondern müssen differenzieren und die Vielschichtigkeit des Integrationsproblems in Deutschland in der Tiefe sehen. Wenn nicht, dürfte der Schaden langfristig eher noch größer werden.

Nicht nur Menschen aus der Kultur- und Kreativszene, auch aus der Start-up-Szene, aus Medien und aus jungen Unternehmerkreisen registrieren sehr genau, wie ernst wir es in der Politik mit Integration, mit der Zuwanderung und mit den bürgerlichen Werten wirklich meinen. Gerade in einer Zeit der gesamtgesellschaftlichen Entfremdung von der Politik ist hier große Vorsicht geboten. Der Sound der Dauerempörung ist - wie auch der Sound der Dauerbeschwichtigung - dabei wenig hilfreich. Es braucht einen ehrlichen Umgang.

Wichtig: Es geht nicht darum, ein Problem nicht zu benennen. Wer Polizisten und vor allem Rettungskräfte angreift, muss die ganze Härte zu spüren bekommen. Ja, wir brauchen Taser, Body-Cams und die dazugehörige digitale

Viele fühlen wieder dieses Nicht-dazu-gehören

Infrastruktur. Ja, wir brauchen eine konsequente Justiz und eine schnelle Gerichtsbarkeit. Und wir tun uns absolut keinen Gefallen, wenn wir bei Übergriffen zu nachsichtig und verständnisvoll sind.

Der Weg könnte aus meiner Sicht "tough love" sein. Der Begriff lässt sich am Ehesten mit "liebevoller Strenge" übersetzen und könnte einen neuen Sound im Umgang vorgeben. Tough love heißt: Wer deutlich über das Ziel hinausschießt, muss Härte spüren. Aber, wer mit uns gemeinsam für die Ziele und Werte dieses Landes eintritt, der wiederum soll sich verstanden und angenommen fühlen.

Denn Integration hat eben auch etwas mit Eigenverantwortung zu tun - es muss auch vonseiten der Migranten einen Willen zur Integration geben. Wie es umgekehrt auch immer Respekt und Anerkennung geben muss. Denn genau das strahlt wirklich ab, das strahlt auch weit über die Grenzen Berlins und Deutschlands hinaus - was entscheidend ist.

Ohne Zuwanderung wird es nicht gehen, bis zu 400.000 Zuwandererinnen und Zuwanderer werden wir mittelfristig pro Jahr in einem alternden Deutschland brauchen, um unseren Wohlstand zu halten. Aber welche Fachkräfte, welche klugen Köpfe, welche Brains entscheiden sich für ein Land, in dem eine Diskussion über innere Sicherheit sofort zu einer "Die gehören hier nicht her"-Debatte eskaliert? Doch genau diese Exzellenz aus anderen Ländern haben wir im Sinne der globalisierten Marktwirtschaft so bitter nötig. Wir müssen als modernes Deutschland endlich attraktiver werden, um als Land für Top- Fachkräfte interessant zu sein und nicht nur für potenzielle Transferempfänger.

Das moderne Deutschland funktioniert auch deshalb, weil eben viele Menschen mit Migrationshintergrund gute Arbeit leisten, weil Menschen mit Migrationshintergrund den Betrieb am Laufen halten, als Busfahrerinnen und Busfahrer, als IT-Ingenieurinnen und IT-Ingenieure, als Künstlerinnen und Künstler - ja, als Polizistinnen und Polizisten, als Feuerwehrleute. Das ist heute eine Selbstverständlichkeit, so funktioniert das Heute, und ich sehe darin auch eine große Chance für das Morgen.

Diese Menschen sollten die wahren Vorbilder für die Jungs aus Neukölln sein. Es muss uns daher gelingen, Menschen, die bisher mit dem Begriff "Rechtsstaat" nichts anfangen konnten, entweder zu integrieren oder uns eben konsequent von ihnen zu verabschieden. An uns liegt es dabei, Wege für eine moderne Zuwanderung zu schaffen - und vor allem müssen wir uns endlich der Frage widmen: Für was steht Deutschland? Wer wollen wir jetzt und in Zukunft sein?

Joe Chialo arbeitet als Musikmanager und ist seit 2022 Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 12, 2023

Neue Macht im Osten; Am Sonntag ist Parlamentswahl in Polen. Eigentlich ist das Land derzeit nicht EU-tauglich. Brüssel kann es aber nicht ignorieren. Denn Warschau hat an Stärke gewonnen

Die Welt

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 10; Ausg. 199

Length: 1128 words

Byline: Philipp Fritz

Body

Man stelle sich einmal vor, das Brexit-Referendum 2016 wäre nicht eine Abstimmung über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gewesen. "Brexit" hätte stattdessen bedeutet, die EU aus ihrem Innern heraus nach den Vorstellungen einer kleinen Gruppe zu verändern: zum Beispiel, indem politische Integrationsprozesse zurückgefahren und vor allem keine Anstrengungen mehr unternommen werden, Europa voranzubringen. Es gäbe keine gemeinsame Grenz- oder **Migrationspolitik**, keine gemeinsame Finanz- und schon gar keine Außenpolitik. Die europäische Idee wäre auf einen Binnenmarkt zurechtgeschrumpft. Ein einzelnes Land, einflussreich genug, würde über die Zukunft der Union entscheiden. Drinbleiben ja, aber bitte in einer anderen EU. Eine solche Wahl wäre verrückt. Doch sie findet statt, und zwar am 15. Oktober in Polen, mit 38 Millionen Einwohnern das größte Land im Osten der EU.

Der Urnengang in Polen ist der in diesem Jahrhundert bislang bedeutendste in der EU. Er ist für die Union wichtiger als die Brexit-Abstimmung. Denn hier geht es nicht etwa um ein Land, das aus der Gemeinschaft raus möchte, sondern um eine Regierung, die in dieser Gemeinschaft bleiben, sie jedoch nach ihren Vorstellungen verändern oder zumindest in ihrer Entwicklung ausbremsen will. Die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) könnte ihre dritte Parlamentswahl in Folge gewinnen. Sie würde ihre Macht konsolidieren, die Kontrolle über die Medien ausweiten, die Opposition klein machen, mit halblegalen Methoden wie dem Zuschneiden von Wahlkreisen und illegalen wie dem Einsatz von Spionagesoftware gegen Kritiker.

Vor allem würde sie ihren Justizumbau abschließen. Wegen dem liegt die polnische Regierung seit beinahe acht Jahren mit der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) über Kreuz. Unliebsame Richter wurden in Rente geschickt, ein Disziplinarsystem für Gerichtsangestellte geschaffen, neue Kammern eingerichtet, Loyalisten in Ämter gehoben. Experten sprechen schon lange davon, dass die polnische Justiz nicht mehr unabhängig, sondern ein Instrument der PiS sei. Dieser Putsch gegen die Gerichte indes betrifft nicht nur die Polen, sondern spätestens seit dem 7. Oktober 2021 die gesamteuropäische Rechtsordnung. An jenem Tag nämlich hat

Neue Macht im Osten Am Sonntag ist Parlamentswahl in Polen. Eigentlich ist das Land derzeit nicht EU-tauglich. Brüssel kann es aber nicht ignorieren. Denn Warsc....

das polnische Verfassungsgericht geurteilt, dass weite Teile der europäischen Verträge nicht vereinbar mit polnischem Recht seien, darunter auch Artikel 19, der die Autorität des EuGH festschreibt. Nicht nur ist das ein Freifahrtschein für Warschau, sich nur dann an EU-Recht zu halten, wenn es dem mächtigen Parteichef Jaroslaw Kaczynski gerade passt ; es ist ein juristischer "Polexit" und eine Entwertung von Normen und Regeln in Europa und damit ein Angriff auf eine der Säulen der EU.

Es ist ein Beispiel dafür, wie Polen auf Europa wirkt, ganz zu schweigen von den ständigen antieuropäischen Kampagnen im polnischen Staatsfernsehen, den Tiraden polnischer Politiker gegen alles Westliche, gerne versehen mit dem Attribut "deutsch", die das Vertrauen europäischer Politiker in Polen als potenziellen Partner zerstört haben. Eine Blockadehaltung bei Großthemen wie Migration oder Klima tut das Übrige. Oder eine Visa-Affäre, im Zuge derer bekannt wurde, dass polnische Konsularbeamte tausend-, vermutlich hunderttausendfach illegal Papiere an Menschen außerhalb Europas ausgestellt haben. Von denen halten sich viele jetzt vermutlich in Deutschland oder Schweden auf, während ausgerechnet polnische Offizielle Brüssel und Berlin für Naivität beim Thema Migration geißeln. Bleibt das Verhältnis zwischen Polen und Resteuropa so, dann ist es ein Dahinsiechen und damit eine weitere Verschlechterung.

Sollen die Polen doch selbst entscheiden, ob sie in einem zunehmend autoritären Staat versuchen wollen, ihr Glück zu finden, mag man sagen. Das ist unbenommen, doch sollte allen Europäern bewusst sein, dass die Welt heute nicht mehr die gleiche ist wie die vor vier Jahren, als die Polen das letzte Mal Sejm und Senat bestimmt haben. Sie ist postpandemisch, chaotisch, die Europäer sind von Kriegen, Migrationsströmen und den Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar betroffen. Fakt ist: "Global Europe", Europa als Akteur in der internationalen Politik, der nicht nur Gegenstand von Entscheidungen anderer ist, ist ohne Polen nicht zu haben.

Polen ist spätestens mit Russlands Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zum unverzichtbaren Nato-Land geworden. Wegen seiner Lage, seiner Rolle als Drehkreuz für westliche Waffenlieferungen; aber auch weil Warschau sich als Regionalmacht sieht, durchaus Gestaltungsanspruch hat und entsprechend handelt. Das Land ist eben nicht Ungarn, das sich selbst genug ist, solange Geld aus Brüssel kommt und Viktor Orban sich eine weitere Amtszeit sichern kann. Vielen Deutschen ist immer noch nicht bewusst, dass Polen nicht nur Europas wirtschaftliches Zugpferd ist, mit Wachstumsraten, wie sie kein anderes großes EU-Land hat, sondern auch der Musterschüler im transatlantischen Bündnis. Vier Prozent der Wirtschaftsleistung stecken die Polen jetzt schon in ihr Militär, 2024 sollen es fünf Prozent werden. Deutschlands "Zeitenwende" nimmt sich regelrecht klein gegen Polens Aufrüstung aus.

Der neue Frontstaat der westlichen Allianz wird bald schon über eine einsatzfähige Armee verfügen, die größer ist als die Armeen von Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. All das, aber auch das besondere Verhältnis Warschaus zu Washington - gerade wenn ein Republikaner im Weißen Haus sitzt - werten Polen enorm auf. Hinzu kommt, dass die Polen seit jeher vor einem aggressiven Russland gewarnt haben - und sie haben Recht behalten. Gerade deutsche Politiker hätten bei ihren Warschau-Besuchen besser zuhören sollen. Diese moralische Trumpfkarte allerdings verstehen die Polen nicht auszuspielen.

Beobachter rätseln darüber, dass das Land, das die Ukraine unterstützt und so Moskau-kritisch ist wie kein anderes, die EU von innen heraus schwächt, indem es ihre Einheit im Angesicht etlicher Krisen aufbricht. Der Streit um Getreideexporte zwischen Warschau und Kiew zeigt, dass die aktuelle polnische Regierung Parteiinteressen ein größeres Gewicht beimisst als nationalen Interessen. So jemand wird Europa nicht zum Positiven ändern. Darum geht es: Europa kann ohne Polen kein einflussreicher Akteur sein und dürfte so große Probleme haben, Sicherheit und Wohlstand für seine Bürger zu schaffen. Mit diesem Polen aber, wie es heute ist, ist es unmöglich. Denn die polnische Regierung will nicht. Der Wahlausgang in Polen ist vollkommen offen. Die PiS steht unter Druck wie nie, die Opposition wird es gleichermaßen schwer haben. Europa sollte hinschauen. Es ist im Interesse aller Europäer.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Neue Macht im Osten Am Sonntag ist Parlamentswahl in Polen. Eigentlich ist das Land derzeit nicht EU-tauglich. Brüssel kann es aber nicht ignorieren. Denn Warsc....

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Deutschland zieht global Talente an; Als Ziel für Arbeitsmigration ist Europas größte Volkswirtschaft attraktiver geworden - und rückt laut einer Studie weltweit auf den zweiten Platz vor

Die Welt

Donnerstag 11. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 91

Length: 1064 words

Byline: Daniel Eckert

Body

Zuwanderung ist das große Thema, das nicht nur die Deutschen, sondern viele Europäer besonders beschäftigt. Häufig werden dabei Fluchtmigration und Erwerbsmigration (Zuwanderung von Arbeitskräften) in einen Topf geworfen - wobei sich beides nicht immer klar trennen lässt, zumal hierzulande. Was die Attraktivität als Zielland für qualifizierte Arbeitskräfte anbelangt, macht die Bundesrepublik aber erkennbare Fortschritte.

Das geht aus einer Studie der Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) hervor, in die WELT Einblick hatte. Die BCG-Untersuchung mit dem Titel "A New **Migration** Strategy for Growth and Innovation" beschäftigt sich mit der Frage, wie **Migration** zum volkswirtschaftlichen Erfolg beitragen kann. Was Arbeitsmigration anbelangt, kommt es nicht nur auf eine genügend große Zahl der Zuwanderer an, die Jobs übernehmen, sondern auch auf die Qualifikationen, die sie mitbringen. Außerdem zu bedenken: Durch die Wanderung entstehen stets Verbindungen zwischen dem Heimat- und dem Zielland der **Migranten**, auch wirtschaftliche. Forscher nennen das "Konnektivität". Boston Consulting hat ermittelt, welche Länder, gemessen an diesen Kriterien, aktuell am erfolgreichsten sind.

Zur Einordnung hat BCG einen eigenen, neuen Index konzipiert, der zeigt, wo gute und wo weniger gute Bedingungen vorliegen, damit Erwerbsmigration die Produktivität im Land und damit den Wohlstand antreibt. Viele, die die deutsche Diskussion seit Jahren verfolgen, wird es vielleicht überraschen, aber Deutschland ist in dem globalen Index auf Platz 2 zu finden. Nur in den Vereinigten Staaten herrschen bessere Bedingungen, damit Erwerbsmigration eine ökonomisch vorteilhafte Wirkung entfalten kann. Anfang der 1990er-Jahre hatte es die Bundesrepublik als Zielland nicht einmal in die Top-5 geschafft.

"Länder, die im Index gut abschneiden sind produktiver und innovativer", sagt Janina Kugel, Senior Advisor bei BCG und zusammen mit Johann Harnoss Autorin der Untersuchung. Deutschland sei in den vergangenen Jahrzehnten im Ranking konstant nach oben gerückt. Eine gute Platzierung ist das Resultat verschiedener Faktoren, die ineinander greifen. Unter anderem haben Forscher nachweisen können, dass eine Mischung verschiedener Ethnien am Arbeitsplatz eine stärker produktivitätssteigernde Wirkung entfaltet, als wenn die

Deutschland zieht global Talente an Als Ziel für Arbeitsmigration ist Europas größte Volkswirtschaft attraktiver geworden - und rückt laut einer Studie weltweit....

Zuwanderer alle die gleiche Heimat haben. "Eine Diversität an Herkunftsländern kann einen positiven Effekt auf die Innovationskraft haben", sagt BCG-Partner Johann Harnoss.

Auch ein Mix verschiedener Qualifikationen gilt als vorteilhaft. Die Situation am deutschen Jobmarkt ist der beste Beweis: Es werden keineswegs nur Fachkräfte mit Uni-Abschluss gesucht, sondern auch Mitarbeiter mit handwerklichen Fertigkeiten. "Es geht auch, aber nicht nur um Hochqualifizierte. Migranten mit Berufsausbildung oder einer vergleichbaren Qualifikation können ebenfalls einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern, man denke nur an Pflegekräfte oder Installateure von PV-Anlagen", sagt Janina Kugel. Ein besserer Mix bedeutet laut BCG nicht nur, dass eine Gesellschaft als ganze produktiver und innovativer wird, sondern Immigration auch gesellschaftlich auf mehr Akzeptanz stößt. "Eine Verbesserung im Ranking um zehn Punkte bedeutet statistisch zum Beispiel ein höheres Pro-Kopf-BIP und einen Anstieg der Anzahl der Patente, die das Land anmeldet", heißt es in der Studie von Boston Consulting. Wichtig für den Erfolg sind neben Diversität der Arbeitsmigration auch eine funktionierende Integrationspolitik und möglichst unbürokratische Prozesse. Hier hat Deutschland noch deutlich Verbesserungspotenzial. "Was die Attraktivität für Hochqualifizierte anbelangt, hat sich Deutschland in den vergangenen Jahren signifikant verbessert, auch wenn noch einiges zu wünschen übrig bleibt", sagt Janina Kugel. Manche Staaten würden das Thema von Anfang an ganzheitlicher angehen, etwa Kanada, wo es einfacher ist, nach nur wenigen Jahren eine "Permanent Residency", eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen, "In Deutschland können wir sicher die Gesetzgebung verbessern, wie es die Ampel gerade versucht. Ein großer Schritt wäre aber auch die Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse." Durch die schwerfälligen, bürokratischen Verfahren, die jetzt noch vorherrschen, habe Europas größte Volkswirtschaft einen "Wettbewerbsnachteil beim Kampf um die Talente".

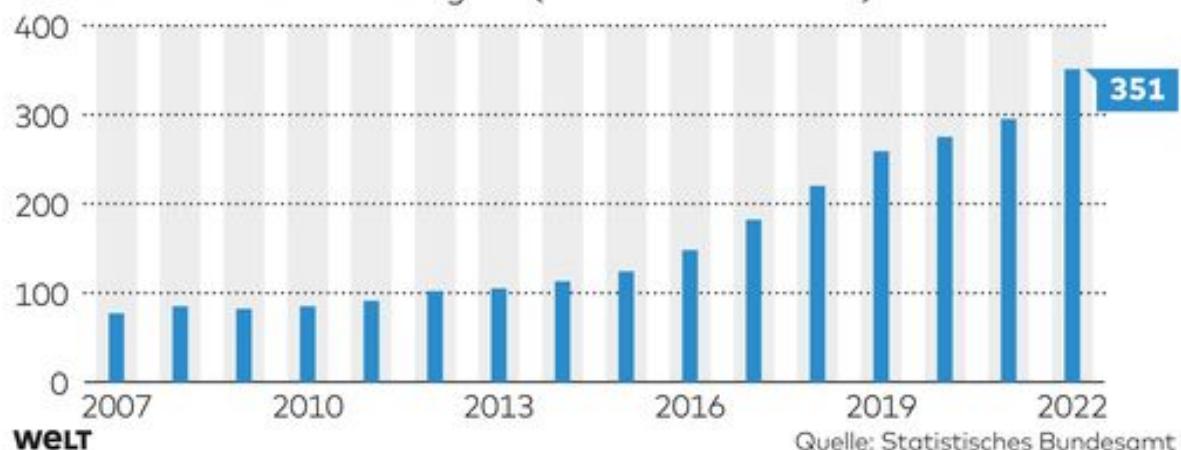
In absoluten Zahlen hat die Bedeutung von Arbeitsmigranten für die deutsche Wirtschaft schon deutlich zugenommen. Im Jahr 2022 waren nicht weniger als 351.000 Personen hierzulande als Erwerbsmigranten gemeldet, mehr als dreimal so viele wie vor einem Jahrzehnt. Die Dynamik der Zuwanderung in den Jobmarkt hat sich dabei deutlich beschleunigt. Abgesehen von der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU) ist die sogenannte Blaue Karte EU ein wichtiger Weg, über den Fachkräfte nach Deutschland kommen. Über diesen Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte können Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-Ländern, hauptsächlich Indien, eine Stelle in der Bundesrepublik aufnehmen. Im Jahr 2021 wurde 24.507 Personen eine solche Arbeitserlaubnis für Bürger aus Drittstaaten erteilt. Trotz der verschiedenen Wanderungsbewegungen, zu der die wieder anschwellende Fluchtmigration kommt, wird der Arbeitskräftemangel in Deutschland immer größer.

"Im Moment schafft es Migration nicht einmal die Lücke durch die demografische Alterung zu füllen", sagt Johann Harnoss. Könnte die Arbeitsmigration besser organisiert werden, könnte sie für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft sogar einen "Vitalitätsimpuls liefern." Abgesehen von der Modernisierung der Gesetzgebung, die die Ampel gerade versucht, und der Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse, könnte auch ganz praktische Änderungen Deutschland attraktiver machen: Janina Kugel bringt unter anderem sogenannte Relocation Agencies ins Spiel, die Arbeitsmigranten schon im Heimatland helfen, etwa beim Ausfüllen der Formulare, ebenso Sprachschulen vor Ort oder spezielle Personaler für das "Ökosystem" Arbeitsmigration. Stellenausschreibungen auf Englisch und Englisch als Arbeitssprache, wie es jetzt schon in Start-ups und großen Konzernen der Fall ist, könne einen Beitrag leisten. Allzu viel Zeit sollte sich die Politik mit den Reformen nicht lassen, denn der weltweite Wettbewerb um die klügsten Köpfe wird intensiver.

Deutschland zieht global Talente an Als Ziel für Arbeitsmigration ist Europas größte Volkswirtschaft attraktiver geworden - und rückt laut einer Studie weltweit....

Erwerbsmigration nach Deutschland zieht an

Ausländische Bevölkerung mit befristetem Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit (Personen in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutschland holt im Kampf um Talente auf

Top Ten im globalen Fachkräfte-Migrations-Index

(Veränderung gegenüber 2000)

1.	USA	↗ +2 Ränge
2.	Deutschland	↗ +2
3.	Australien	↘ -2
4.	Großbritannien	↗ +1
5.	Schweiz	↘ -3
6.	Kanada	
7.	Israel	
8.	Neuseeland	↗ +1
9.	Spanien	↗ +1
10.	Frankreich	↘ -2

WELT

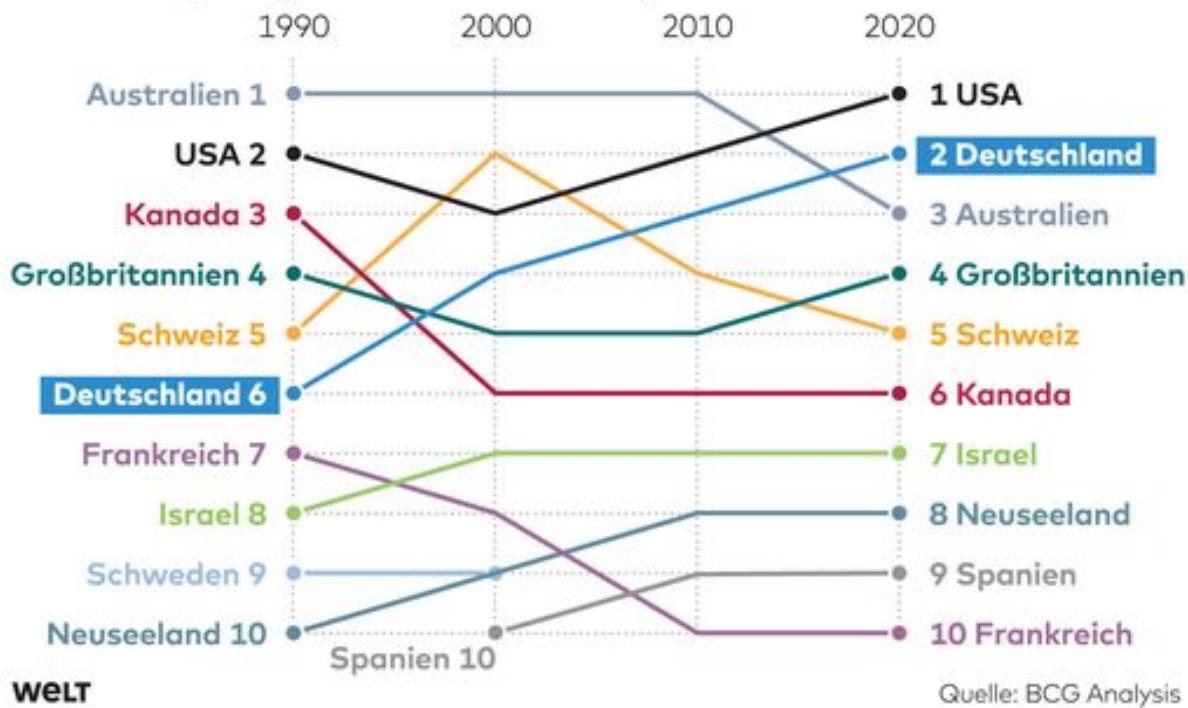


Quelle: BCG Analysis

Deutschland zieht global Talente an Als Ziel für Arbeitsmigration ist Europas größte Volkswirtschaft attraktiver geworden - und rückt laut einer Studie weltweit....

Deutschland schiebt sich auf Rang zwei

Entwicklung des globalen Fachkräfte-Migrations-Index seit 1990



Quelle: BCG Analysis

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 10, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Drohneneinsatzes ++ Befragung zu Krankenhausreform: Kliniken zeigen sich skeptisch ++

Verurteilung wegen Hetze: Lehrerin aus dem Dienst entfernt ++ Außenpolitik ++ St. Petersburger Gipfeltreffen: Putin umwirbt Afrikas Staaten ++ US-Bundesgericht: Neue Asylpolitik rechtswidrig ++ Autokratie in Kambodscha: Machtwechsel in der Familie ++ Wissen ++ Massenstrandung in Australien: Über 50 Grindwale verenden ++ Artenschutz: Hoffnung auf das Klonen ++ Wirtschaft und Geld ++ Energiekonzern: Uniper erwartet hohen Gewinn ++ Kirchenaustritte: Diözesen unter Druck ++ Autoindustrie: VW mit neuem China-Partner ++ Tag an der Börse: Dax gibt vor Fed-Entscheid nach ++ Sport ++ Alemannia Aachen: Schlafender Riese erwacht ++ FC Bayern: Mané spricht mit den Saudis ++ Kultur und Gesellschaft ++ Frankfurt: Oper zwischen Bankentürmen? ++ "Oppenheimer": Sex-Szene empört Indien ++ Ein Todesopfer: Großbrand auf Auto-Frachter ++ Griechische Inseln: Feuer wüten weiter ++ Bei Urteilsverkündung: Angeklagter beißt Richter

Die Welt

Donnerstag 27. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 144

Length: 2401 words

Body

Innenpolitik

Studie zum Renteneintritt

Frauen machen früher Schluss

In einer aktuellen Studie hat das Max-Planck-Institut für demografische Forschung erstmals für Deutschland genau nachgezeichnet, wie sich das Renteneintrittsalter entwickelt hat. Betrachtet wurden die Jahrgänge 1941, 1945, 1950 und 1955. Ergebnis: Im Laufe dieser Kohorten ist das Renteneintrittsalter kontinuierlich gestiegen. Aber es

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Droneneinsatzes ++ Befragung zu Kranken....

gibt große Unterschied innerhalb der Gruppen: In Vollzeit tätige Männer mit hohem Bildungsabschluss aus Westdeutschland arbeiten zum Beispiel deutlich länger als ostdeutsche Frauen mit niedrigem Abschluss. Insgesamt gehen Frauen früher in Rente. Welche Schlussfolgerungen sich daraus für die künftige Rentenpolitik ergeben, erfahren Sie auf Seite 4.

Bundeswehr in Mali

Ende des Droneneinsatzes

Die Bundeswehr hat den Einsatz der Aufklärungsdrohne Heron 1 im westafrikanischen Krisenstaat Mali beendet. Wie der Inspekteur der Luftwaffe, Ingo Gerhartz, am Mittwoch berichtete, sind alle Soldaten, die mit dem unbemannten Aufklärungssystem in Mali stationiert waren, aus dem Einsatz zurückgekehrt. Die Bundeswehr hatte die UN-Mission Minusma seit 2016 mit der Drohne in Mali vom Flughafen Gao aus unterstützt. Gerhartz zufolge wurden bis Dezember vergangenen Jahres 2202 Einsätze mit 21.000 Flugstunden geflogen. Zuletzt erteilte die malische Militärregierung aber keine Genehmigung mehr für den Einsatz der Drohne. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat bereits beschlossen, Minusma zu beenden und alle beteiligten Truppen bis zum 31. Dezember abzuziehen.

Befragung zu Krankenhausreform

Kliniken zeigen sich skeptisch

Die Mehrzahl der deutschen Kliniken erwartet durch die geplante Krankenhausreform offenbar keine Verbesserungen bei der Behandlungsqualität und der Bekämpfung von Personalmangel. Laut einer Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) sehen 60 Prozent der befragten Kliniken eher keine Verbesserungen bei der Behandlung, wie die Zeitungen der Funke Mediengruppe berichten. 29 Prozent erwarten eine Verbesserung in Teilen, neun Prozent "eher" eine Verbesserung. Ebenfalls eine Mehrheit von 73 Prozent der knapp 450 befragten Kliniken sehen in der Reform keine oder eher keine Lösung für die Gewinnung von dringend benötigtem Personal. 15 Prozent gehen von einer Schließung des gesamten Hauses aus.

Verurteilung wegen Hetze

Lehrerin aus dem Dienst entfernt

Das Verwaltungsgericht Trier hat eine Lehrerin aus der Pfalz aus dem Dienst entfernt. Sie habe "unaufhörlich mit drastischer Diktion gegen Politiker, den Staat, seine Organe, gegen die EU, deren Organe und auch gegen Migranten gehetzt", erklärte das Gericht. Die Beamtin habe sich eines schweren Dienstvergehens schuldig gemacht, denn sie müsse ihre Aufgaben unparteiisch erfüllen. Gegen die Entscheidung ist Berufung möglich. Die Frau habe Aktivitäten gegen die Migrations- und Corona-Politik der Bundesregierung "ohne jegliches Maß an Pflichtbewusstsein anlässlich von Demonstrationen, Kundgebungen und breit gefächert in Social Media an den Tag gelegt". Zudem habe sie mit Bezug auf ihre Stellung als Beamtin dazu aufgerufen, dass auch andere Beamte "illegal, rechtswidrige Anweisungen nicht ausführen dürfen".

Außenpolitik

St. Petersburger Gipfeltreffen

Putin umwirbt Afrikas Staaten

Kremlchef Wladimir Putin hat vor dem am Donnerstag beginnenden zweiten russischen Afrika-Gipfel einen Ausbau der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten angekündigt. Es sollten Handel und Investitionen sowie engere Kooperationen bei Problemen wie dem Kampf für Ernährungssicherheit, gegen Armut und Klimawandel angestoßen werden, schrieb Putin in einem Grußschreiben an die Teilnehmer. Putin wird selbst bei dem bis Freitag in St. Petersburg angesetzten Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mehrheit der afrikanischen Staaten erwartet. "Afrika behauptet sich heute immer stärker in seiner Eigenschaft als einer der Pole einer sich

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Droneneinsatzes ++ Befragung zu Kranken....

formierenden multipolaren Welt", schrieb der Präsident, der den Gipfel einmal mehr auch als Forum für seine Kritik am Westen nutzen will. Mehr zum russischen Kalkül insbesondere mit Blick auf das Getreideembargo gegenüber der Ukraine lesen Sie auf Seite 5.

US-Bundesgericht

Neue Asylpolitik rechtswidrig

Die äußerst umstrittene neue Asylpolitik der Regierung von Präsident Joe Biden steht unter juristischem Druck. Die im Mai eingeführte Regelung, derzufolge Migranten Asylanträge bereits in den Heimat- oder Transitländern stellen müssen, sei rechtswidrig, erklärte Richter Jon Tigar am Bundesbezirksgericht in San Francisco. Die Entscheidung könnte die US-Behörden dazu zwingen, erneut die Asylanträge aller Menschen zu prüfen, die das Gebiet der USA erreichen. Der Richter setzte sein Urteil zunächst für 14 Tage aus, um der Regierung Zeit zu geben, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Das Justizministerium kündigte an, einen längeren Aufschub für die Umsetzung des Urteils zu beantragen. Das Ministerium bekräftigte seine Ansicht, dass die von der Biden-Regierung aufgestellten Regeln mit den Einwanderungsgesetzen vereinbar seien.

Autokratie in Kambodscha

Machtwechsel in der Familie

Der seit fast 40 Jahren mit harter Hand regierende kambodschanische Regierungschef Hun Sen hat am Mittwoch seinen Rücktritt bekannt gegeben. Er werde die Macht auf seinen ältesten Sohn Hun Manet übertragen, erklärte der 70-jährige Autokrat im staatlichen Fernsehen. "Ich möchte das Volk um Verständnis dafür bitten, dass ich das Amt des Ministerpräsidenten nicht weiterführen werde", sagte er. Sein Sohn werde eine neue Regierung anführen. Der ehemalige Kommandant der Roten Khmer regiert das Land seit 1985. Am Sonntag hatte in dem Land eine Parlamentswahl stattgefunden, die Hun Sens Kambodschanische Volkspartei (CPP) gewann. Ihr Sieg war wenig überraschend: Hun Sen hatte jegliche ernst zu nehmende Opposition im Vorfeld ausschalten und jede Kritik unterdrücken lassen.

Wissen

Massenstrandung in Australien

Über 50 Grindwale verenden

Mehr als die Hälfte von knapp 100 im Westen Australiens gestrandeten Walen ist gestorben. Die Grindwale waren am Dienstagmorgen (Ortszeit) erstmals in der Nähe des Cheynes Beach östlich von Albany im Süden des Staates Westaustralens bemerkt worden. Im Laufe des Tages näherten sie sich dem Strand und am Nachmittag war ein großer Küstenabschnitt voller Wale. Laut Wildtier-Experten könnte das ungewöhnliche Verhalten auf Stress oder Krankheit innerhalb der Gruppe hindeuten. Grindwale gelten als äußerst gesellige Tiere. Der Umweltminister des Staates, Reece Whitby, sagte: "Was wir erleben ist zutiefst herzzerreißend und erschütternd." Nun ließen Bemühungen, die noch lebenden etwa 45 Tiere zu retten. Ein Manager der Behörde für Artenvielfalt, Peter Hartley, sagte, Ziel sei es, die Tiere zurück ins Wasser zu bekommen und sie dazu zu bringen, in tiefere Gegenden des Meeres zu schwimmen.

Artenschutz

Hoffnung auf das Klonen

Das Schaf "Dolly" war das erste aus einer adulten Zelle geklonte Säugetier. Seitdem hat sich die Technik immer mehr etabliert. Ein früher Meilenstein führte vor 20 Jahren zu einer kuriosen Situation: Der Pyrenäensteinbock starb innerhalb kurzer Zeit gleich zweimal aus. Nachdem ein umstürzender Baum dem letzten lebenden Exemplar ein jähes Ende setze, ließen spanische Forscher drei Jahre später die Unterart wiederauferstehen - durch einen Klon.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Droneneinsatzes ++ Befragung zu Kranken....

Doch das Kitz überlebte nicht, die Unterart starb wieder aus. Wissenschaftler hoffen dennoch, dass das Klonen dabei helfen kann, den Artenschwund zu stoppen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 8.

Wirtschaft und Geld

Energiekonzern

Uniper erwartet hohen Gewinn

Der Ende 2022 verstaatlichte Energiekonzern Uniper macht im ersten Halbjahr 2023 einen unerwarteten Gewinn von 3,7 Milliarden Euro. Der russische Gas-Lieferstopp hatte das Unternehmen an den Rand der Insolvenz getrieben. Profitable Absicherungsgeschäfte bei der Stromerzeugung aus Kohle und Gas haben das Unternehmen im ersten Halbjahr unerwartet stark angeschoben. Wohin fließen die Milliardengewinne des Staatskonzerns jetzt fließen, erfahren Sie auf Seite 9.

Kirchenaustritte

Diözesen unter Druck

Die Zahl der Kirchenaustritte steigt, und damit fehlen künftig Millionen aus der Kirchensteuer. Die Diözesen versuchen mit Einsparungen zu reagieren. Das immense Vermögen soll aber nicht angetastet werden. Den genauen Wert kann niemand beziffern. Gelegentlich gibt es aber Hinweise. Mehr über die Hintergründe lesen Sie auf Seite 11 .

Autoindustrie

VW mit neuem China-Partner

Volkswagen wird sich am chinesischen Hersteller Xpeng beteiligen. Der Konzern übernimmt fünf Prozent der Anteile des Unternehmens. Geplant sei zudem eine Kooperation bei der Entwicklung zweier neuer Elektro-Mittelklassefahrzeuge für den asiatischen Markt bis 2026. Zuletzt hatten die Wolfsburger in China mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Weitere Details zum Deal erfahren Sie auf Seite 9.

Tag an der Börse

Dax gibt vor Fed-Entscheid nach

Die Anleger an den Aktienmärkten haben vor der Zinssitzung der US-Notenbank Fed auf die Bremse getreten. Der deutsche Leitindex Dax gab am Mittwoch bis zum Börsenschluss 0,5 Prozent auf 16.131 Punkte nach. Die internationalen Investoren warteten mit Spannung auf den Zinsentscheid der US-Notenbank Fed um 20 Uhr (MESZ) und die dann anschließende Pressekonferenz mit Fed-Chef Jerome Powell. Danach dürfte es einiges an Bewegung an Märkten geben. Weitere Aktienkurse und Finanzinformationen finden Sie auf Seite 9 .

Sport

Alemannia Aachen

Schlafender Riese erwacht

Alemannia Aachen ist so etwas wie der schlafende Riese der Regionalliga West. Mit Fans und Sponsoren im Rücken peilt der Traditionsverein nach Jahren der Misswirtschaft und sportlicher Abstiege nun den Aufstieg in die Dritte Liga an. Und das soll allerdings erst der Anfang sein. Warum sich die Verantwortlichen vor dem Saisonauftakt gegen den Wuppertaler SV am Freitag (19.30 Uhr) sehr optimistisch geben, lesen Sie auf der Seite 13.

FC Bayern

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Droneneinsatzes ++ Befragung zu Kranken....

Mané spricht mit den Saudis

In die Personalie Sadio Mané beim FC Bayern kommt Bewegung. Die Zukunft des 31 Jahre alte Stürmerstars aus dem Senegal könnte nach einer enttäuschenden Saison in Saudi-Arabien liegen. Vertreter des Klubs Al-Nassr, für den auch Cristiano Ronaldo spielt, und Manés Berater-Agentur wollen sich zusammensetzen, um die Rahmenbedingungen eines möglichen Wechsels abzuklären. Der saudische Klub soll ein Traumgehalt anbieten, als Ablöseforderung steht eine Summe von 30 Millionen Euro im Raum.

Kultur und Gesellschaft

Frankfurt

Oper zwischen Bankentürmen?

In der Debatte um den künftigen Standort der Frankfurter Städtischen Bühnen zeichnet sich eine Lösung ab: Das Schauspiel könnte einen Neubau zwischen den Bankentürmen bekommen, die Oper würde am Willy-Brand-Platz neu gebaut. In der Stadt wird seit rund 15 Jahren darüber diskutiert, ob und wo Theater und Oper neu gebaut werden. Das Doppelgebäude am Willy-Brandt-Platz ist nicht sanierbar. Die Hessische Landesbank (Helaba) und die Frankfurter Sparkasse sind bereit, der Stadt ein Grundstück an der Neuen Mainzer Straße für den Bau eines neuen Schauspielhauses zu überlassen. Die Stadt könnte das Grundstück über die Dauer von 199 Jahren pachten. Der Neubau dürfte aber nicht vor 2031 fertig sein.

"Oppenheimer"

Sex-Szene empört Indien

In Indien hat eine Sex-Szene des Films "Oppenheimer" bei Vertretern der hindunationalistischen Regierungspartei BJP Empörung ausgelöst. Ein hoher Ministeriumsmitarbeiter schrieb in einem offenen Brief: von einem "direkten Angriff auf den Glauben von einer Milliarde toleranten Hindus". Auf Twitter in Indien trendeten Hashtags wie #BoycottOppenheimer und #RespectHinduCulture. Während der Sex-Szene liest der Physiker Robert Oppenheimer (Cillian Murphy) seiner Liebhaberin Jean Tatlock (Florence Pugh) aus der heiligen hinduistischen Schrift Bhagavad Gita vor. Konkret sagt er: "Jetzt bin ich der Tod geworden, der Zerstörer der Welten." Auch der echte Oppenheimer soll dieses Zitat verwendet haben.

Ein Todesopfer

Großbrand auf Auto-Frachter

Beim Brand auf einem mit rund 3000 Autos beladenen Frachtschiff vor der niederländischen Wattenmeer-Insel Ameland ist ein Besatzungsmitglied ums Leben gekommen. Die übrige Besatzung konnte gerettet werden. Der in Panama registrierte Frachter "Fremantle Highway" war auf dem Weg von Bremerhaven Richtung Asien, als rund 27 Kilometer nördlich der niederländischen Insel Ameland das Feuer an Bord ausbrach. Ursache war laut der Küstenwache vermutlich ein in Brand geratenes Elektroauto. Spezialkräfte aus Rotterdam wurden per Hubschrauber zum Löschen des Brands zu dem Frachter geflogen. Doch breitete sich das Feuer so rasch aus, dass sie nicht mehr an Bord konnten. Bei einem Sinken des Schiffes könnten Treibstoff, Öl und die etwa 3000 Autos ins Wasser und auf den Meeresboden gelangen. "Wir tun alles, um das zu verhindern", sagte ein Sprecher der Wasserbehörde. Aber die Rettungskräfte bereiteten sich "auf alle Szenarien" vor. Erst kürzlich hatte der Industrieversicherer der Allianz (AGCS) vor erhöhtem Brandrisiko durch den Transport der Lithium-Ionen-Akkus auf Schiffen gewarnt.

Griechische Inseln

Feuer wüten weiter

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Droneneinsatzes ++ Befragung zu Kranken....

Auf den griechischen Urlauberinseln Rhodos, Korfu und Euböa kämpfen Feuerwehrleute weiter gegen die seit Tagen anhaltenden Großbrände. Der Wetterdienst rechnete erneut mit Temperaturen bis zu 45 Grad im Landesinneren. Auf Rhodos waren am Mittwoch etwa 270 Feuerwehrleute, drei Hubschrauber und zwei Flugzeuge im Einsatz. Dort brennt es mittlerweile den neunten Tag in Folge. Auf Korfu sind gut 60 Feuerwehrleute, zwei Hubschrauber und zwei Flugzeuge im Einsatz. Das Feuer hatte dort begonnen. Auf Euböa waren noch etwa 100 Feuerwehrleute im Einsatz. Dort waren zwei Piloten der griechischen Luftwaffe beim Absturz eines Löschflugzeugs ums Leben gekommen.

Bei Urteilsverkündung

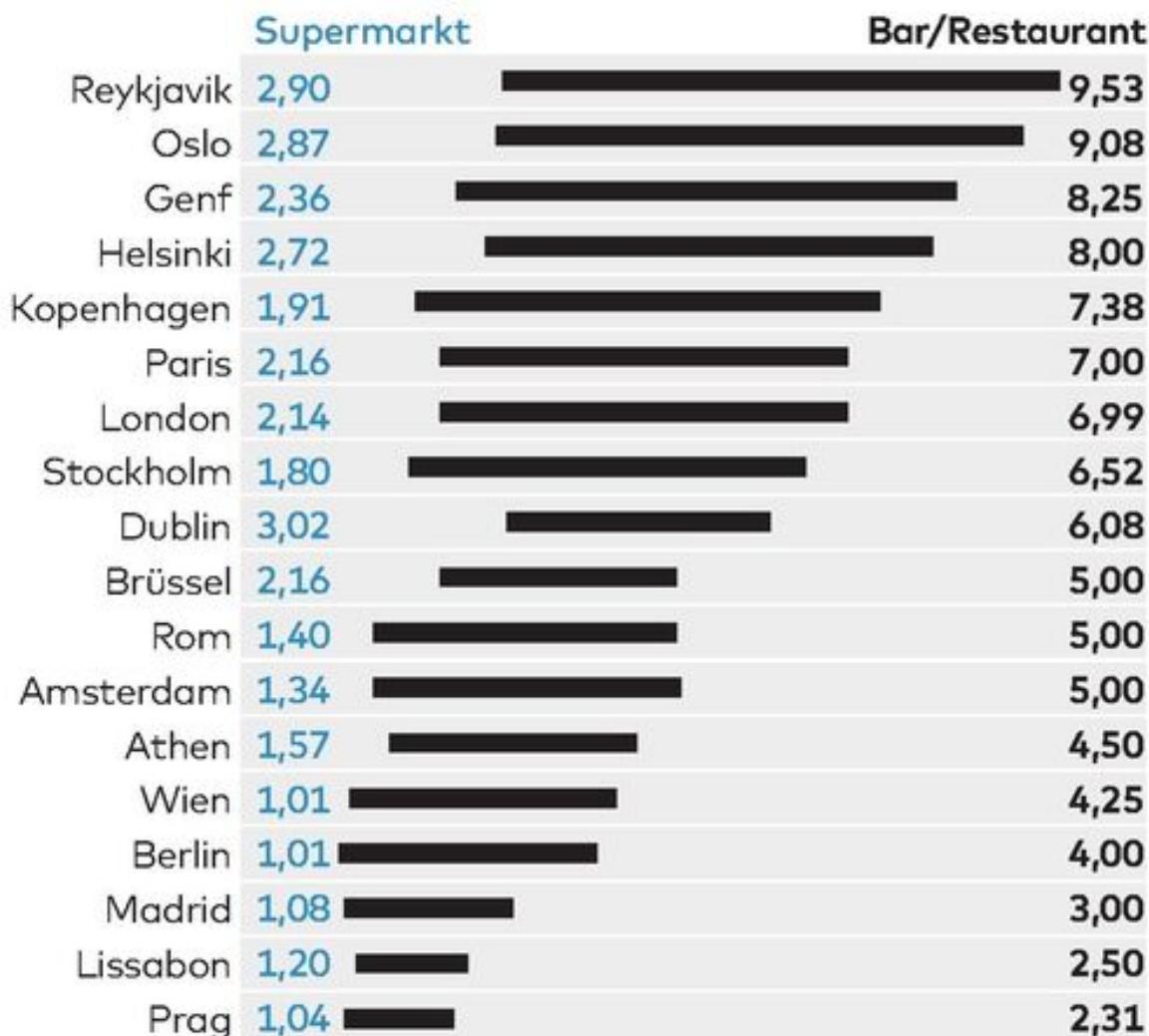
Angeklagter beißt Richter

In Lüdenscheid hat ein Angeklagter einen Richter gebissen, während dieser gerade das Urteil gegen ihn verkündete. Der 29-Jährige habe sich wegen eines Drogenvorwurfs vor dem Amtsgericht der nordrhein-westfälischen Stadt verantworten müssen, teilte die Polizei mit. Während der Urteilsverkündung habe er den Vorsitzenden Richter immer wieder unterbrochen und sei dann über den Tisch des Richters gesprungen, habe ihn vom Stuhl gerissen, geschlagen und in die Hand gebissen. Einen Gerichtsmitarbeiter, der dazwischen ging, habe er ebenfalls geschlagen. Polizisten, die sich zufälligerweise im Gericht aufhielten, überwältigten ihn.

VERBRAUCHER

Bierpreise in Europas Metropolen

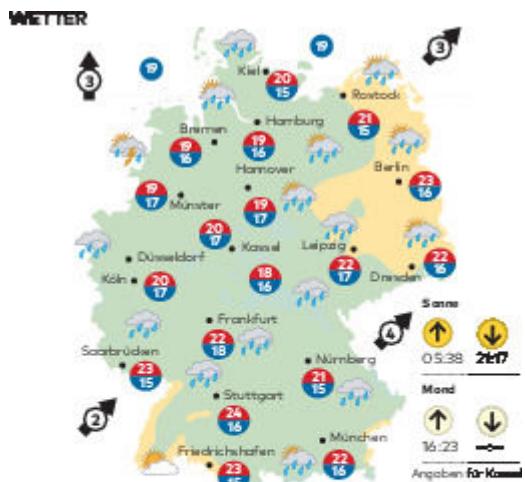
Durchschnittspreis von 0,5 Liter Bier in Supermärkten und Bars/Restaurants in ausgewählten Städten 2023



Quelle: Statista

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Studie zum Renteneintritt: Frauen machen früher Schluss ++ Bundeswehr in Mali: Ende des Droneneinsatzes ++ Befragung zu Kranken....



Meist bewölkt, gebietsweise Regen

Hinweis: Im Toposverlauf ziehen Regenwellen von der Westküste Deutschlands ostwärts. Bei wechselnder bis starker Bewölkung kann es im Süden bis zu zwei zur Donau gebildete Wellen regnen. Im äußersten Südwesten zeigt sich die Sonne lokal längere Zeit. Die Temperatur nimmt zwischen 15 bis 26 Grad. Es weht ein schwacher bis mittlerer, an der Küste und in der Westhälfte frischer Wind aus Süd bis West.

Blauäugige Menschen mit Krebsau sprudeln nun im Wasser mit entsprechenden Beschwerden nach unten. Außerdem fühlt man sich oft müde und matt. Danunter liegen Konzentrations- und Leistungsfähigkeit. Auch besteht bei der Wetterlage eine große Erkältungsgefahr.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: July 26, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünfte: Mehr politisch motivierte Übergriffe ++ Junge-Union-Chef über SPD und Grüne: "Keine Brandmauer nach Links" ++ Außenpolitik ++ Persischer Golf: Iran beginnt Marine-Manöver ++ Migrationsabkommen mit Tunesien: Kritik von EU-Staaten ++ Westjordanland: Sechs Verletzte bei Anschlag ++ Studie zu Saporischschja: AKW-Unfall hätte schwere Folgen ++ Wissen ++ Leistungssport: Darum holen Frauen so stark auf ++ Messel bei Darmstadt: Neues Urpferdchen gefunden ++ Wirtschaft und Finanzen ++ Mobilfunk: 1&1 gibt Telefonica den Laufpass ++ Rohöl aus Russland: EU-Preisdeckel oft wirkungslos ++ Pläne zur Tarifbindung: Arbeitgeber legen Gutachten vor ++ Deutscher Stellenmarkt: Berlin ist Hochburg für KI-Experten ++ Tag an der Börse: Schlechte Stimmung ++ Sport ++ Fußball-WM der Frauen: "Kein Pausenclown nötig" ++ FC Barcelona: Xavi frustriert wegen Transfer ++ Kultur und Gesellschaft ++ Familie und Politik: Forderungen eines Hausmanns ++ Popstar Lizzo: Von drei Tänzerinnen verklagt ++ Boateng-Prozess: Nächste Runde im Herbst ++ Unwetter in Peking: Stärkster Regen seit 140 Jahren

Die Welt

Donnerstag 3. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 149

Length: 2952 words

Body

Innenpolitik

Ausbildung bei der Bundeswehr

Mehr Tempo gegen Personalmangel

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

Mehr Frauen, mehr Menschen mit einer **Migrationsgeschichte** und vor allem: mehr Geschwindigkeit. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will mehr Tempo beim Umgang mit Bewerbern für eine Ausbildung oder einen Dienstposten bei der Bundeswehr. Zudem müssten die Anstrengungen erhöht werden, um Frauen sowie Menschen mit einem **Migrationshintergrund** für die Streitkräfte zu gewinnen, sagte er bei einem Besuch in einem Karrierecenter der Bundeswehr in Stuttgart. Die Zahl der Bewerber bei der Bundeswehr ist unterdessen weiter gesunken. Von Januar bis Ende Mai 2023 bewarben sich deutlich weniger Männer und Frauen für den Soldatenberuf als im Vorjahreszeitraum, wie der "Spiegel" unter Berufung auf einen Bundeswehr-Sprecher berichtete. Laut einer internen Tabelle des Wehrressorts bewarben sich bis Ende Mai dieses Jahres 23.414 Frauen und Männer. Das ist im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum 2022 ein Rückgang von rund sieben Prozent. Auch die Polizei leidet unter Bewerbermangel. Deshalb werden mancherorts die Anforderungen an Anwärter heruntergeschraubt. Zur Lage der Ausbildung lesen Sie auf Seite 4.

Studie

Frauen wählen linker als Männer

Frauen wählen in Deutschland einer Studie zufolge seit einigen Jahren deutlich linker als Männer. Am stärksten zeige sich dieser Trend bei jungen Wählern zwischen 18 und 24 Jahren, ergab die Studie des Soziologen Ansgar Hudde, die in der "Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie" veröffentlicht wurde. So haben bei der Bundestagswahl von 2021 26,2 Prozent der jungen Männer FDP gewählt, aber nur 14,8 Prozent der jungen Frauen. Diese wiederum wählen mit 28,3 Prozent am häufigsten die Grünen, bei den Männern waren dies in der Altersklasse nur 19,7 Prozent. Auch Linke und SPD waren bei den jungen Frauen deutlich beliebter als bei jungen Männern, die wesentlich öfter für die AfD votierten. Die CDU/CSU ist dagegen bei den jungen Erwachsenen die einzige Partei mit einer relativ ausgewogenen Wählerschaft.

Flüchtlingsunterkünfte

Mehr politisch motivierte Übergriffe

Die Zahl der gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichteten politisch motivierten Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffe hat seit Anfang vergangenen Jahres kontinuierlich zugenommen. Wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei mitteilte, lagen bis Mitte Juli für das erste Halbjahr dieses Jahres Erkenntnisse zu insgesamt 80 politisch motivierten Straftaten vor, bei denen die Unterkunft Tatort oder direktes Angriffsziel war. Davon waren 74 Straftaten mutmaßlich rechten Tatverdächtigen zuzuordnen, zwei Delikte entfielen auf den Phänomenbereich "ausländische Ideologie". In einem Fall ordnete die Polizei die Straftat dem Bereich "religiöse Ideologie" zu. Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres hatte die Polizei 52 politisch motivierte Straftaten gezählt, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richteten. Im zweiten Halbjahr 2022 waren es 71 Straftaten.

Junge-Union-Chef über SPD und Grüne

"Keine Brandmauer nach Links"

In der Debatte um eine Abgrenzung von der AfD hat der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Johannes Winkel, Vorwürfe gegen die SPD und Grünen erhoben. "Wenn es eine Brandmauer gegen eine Politik geben soll, die Putin hofiert und Austritte aus EU und Nato forciert, dann gilt das sowohl für die AfD als auch für die Linkspartei", sagte Winkel der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft. "Das Thema "Zusammenarbeit mit politischem Extremismus" ist in der Realität also vor allem ein Problem für SPD und Grüne, die die Brandmauer nach Linksaußen aus blankem Machtstreben eingerissen haben." Die Linke ist zurzeit in Thüringen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern an den Landesregierungen beteiligt. Er setze AfD und Linkspartei nicht gleich, aber beide überschritten die Grenze dessen, was zum demokratischen Grundkonsens gehöre, sagte Winkel. "Deswegen kommt eine Zusammenarbeit mit beiden Parteien nicht infrage."

Außenpolitik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

Persischer Golf

Iran beginnt Marine-Manöver

Seestreitkräfte der iranischen Revolutionsgarden haben ein Marine-Manöver rund um strategisch wichtige Inseln im Persischen Golf begonnen. Am frühen Morgen seien Schiffe, Drohnen und Flugzeuge zu der Übung aufgebrochen, berichtete die iranische Nachrichtenagentur Tasnim am Mittwoch. Einheiten der Basidsch-Milizen wurden im Rahmen der Übung auf die Insel Abu Musa verlegt. Abu Musa und zwei weitere kleine Inseln im Persischen Golf gelten als strategisch wichtig. Öltanker passieren auf der Handelsroute Gewässer zwischen der Insel und dem iranischen Festland. Die drei Inseln stehen unter iranischer Verwaltung, werden aber auch von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) als Gebiet beansprucht.

Migrationsabkommen mit Tunesien

Kritik von EU-Staaten

Aus mehreren EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, kommt einem Medienbericht zufolge Kritik am Zustandekommen des Migrationsabkommens zwischen der EU und Tunesien. Wie die "Zeit" unter Berufung auf vertrauliche Dokumente berichtet, beklagt unter anderem das Auswärtige Amt in Berlin, dass der Rat der Europäischen Union übergangenen worden sei. Demnach sei für Abkommen wie das mit Tunesien unterzeichnete "Memorandum of Understanding" eine Unterrichtungsfrist von fünf Wochen vereinbart worden. Es sei "nicht akzeptabel", wenn ein Memorandum unterzeichnet wird, ohne dass der Rat vorher seine Zustimmung gebe, zitierte die Zeitung aus einem Dokument. Im Rat kommen die jeweils für das Thema zuständigen Minister und Ministerinnen der EU zusammen, um Vorschriften zu diskutieren und Richtungsbeschlüsse zu fällen. Dem Bericht zufolge kommt ähnliche Kritik am Zustandekommen des Abkommens aus zwölf weiteren Mitgliedstaaten sowie vom Juristischen Dienst des Rates und dem Europäischen Auswärtigen Dienst.

Westjordanland

Sechs Verletzte bei Anschlag

Bei einem Anschlag in der Siedlerstadt Maale Adumim im Westjordanland sind nach Angaben von Sanitätern sechs Israelis verletzt worden. Der palästinensische Angreifer wurde an einem Einkaufszentrum von einem Grenzpolizisten, der zu dem Zeitpunkt freihatte, erschossen, teilte die Polizei mit. Nach Angaben des Rettungsdiensts Magen David Adom ist unter den Verletzten ein 41-Jähriger in ernstem Zustand. Der 20 Jahre alte Angreifer soll Medienberichten zufolge in der Siedlung gearbeitet und das Feuer unter anderem in einem Restaurant auf die Israelis eröffnet haben.

Studie zu Saporischschja

AKW-Unfall hätte schwere Folgen

Laut wissenschaftlichen Modellen würde ein schwerer Atomunfall im frontnahen ukrainischen Kernkraftwerk Saporischschja wahrscheinlich Landwirtschaft und Natur in Nachbarländern beeinträchtigen. Der österreichische Atomexperte Nikolaus Müllner stellte am Mittwoch in Wien einen Zwischenbericht zu seinen Forschungen vor. Seine meteorologischen Modellrechnungen ergaben, dass ein Gebiet von 20 bis 30 Kilometern rund um das russisch besetzte AKW mit hoher Wahrscheinlichkeit so mit Cäsium verstrahlt wäre, dass eine Sperrzone eingerichtet werden müsste. Mit geringerer Wahrscheinlichkeit könnte sich diese Zone in gewissen Richtungen bis zu 200 Kilometer erstrecken, sagte er. Die Studie wurde von der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in Auftrag gegeben. Die Hintergründe lesen Sie auf Seite 6.

Wissen

Leistungssport

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

Darum holen Frauen so stark auf

Die Britin Katrina Matthews bewältigte im Juni vergangenen Jahres die Ironman-Strecke in weniger als 7:32 Stunden - und brach damit den Ironman-Rekord des Norwegers Gustav Iden. Das kann man getrost "auf Augenhöhe" nennen. Für Forscher sind solche Spitzenergebnisse keine Überraschung mehr. Die zehn bis zwölf Prozent, die üblicherweise als Leistungsunterschied zwischen den Geschlechtern postuliert werden, gehören vermutlich der Vergangenheit an. Unter anderem liegt es daran, dass der weibliche Körper in puncto Regeneration nach Training und Wettkampf vorn liegt und schneller auf Fettstoffwechsel umschalten kann. Aber es gibt noch andere Faktoren. Mehr auf Seite 8.

Messel bei Darmstadt

Neues Urpferdchen gefunden

Forscher haben in dem Unesco-Weltnaturerbe Grube Messel bei Darmstadt vermutlich ein junges Urpferdchen gefunden. Die in zwei Teile gebrochene Ölschiefer-Platte enthülle ein konserviertes Säugetier aus der Zeit vor 48 Millionen Jahren, sagte der Grabungsleiter Torsten Wappler. Das Tier sei 30 bis 40 cm lang und 20 bis 22 cm hoch. Vermutlich handele es sich um ein junges Urpferdchen, die die Größe eines Terriers gehabt hätten. Genaueres werde die Präparation und weitere Untersuchung ergeben. Messel ist international als Fundstätte von Urpferdchen bekannt, aber ein Fund sei selten, betonte Wappler. Die jüngsten Urpferdchen seien 2016 und 2015 gefunden worden, davor 28 Jahre lang keines. "Ein solcher Fund ist wie die Geburt eines eigenen Kindes", sagte der Forscher. Die Grube Messel gilt mit Zehntausenden von Funden als weltweit beste Fossilienlagerstätte zur Erforschung des Eozän-Zeitalters (56 bis 34 Millionen Jahre vor Christus). In der Grube mit 800 Metern Durchmesser und 130 Metern Tiefe bilden Fossilien fast die gesamte Flora und Fauna an diesem Ort vor 48 Millionen Jahren ab, als ein Maarvulkan explodierte. 1995 wurde die Grube Messel als erstes Bodendenkmal in Deutschland zum Unesco-Weltnaturerbe erklärt.

Wirtschaft und Finanzen

Mobilfunk

1&1 gibt Telefonica den Laufpass

Um die noch großen Lücken im eigenen Mobilfunknetz zu schließen, will 1&1 künftig mit Vodafone zusammenarbeiten. Damit wendet sich das Unternehmen vom langjährigen Partner Telefonica Deutschland ab. Wie die United-Internet-Tochter mitteilte, hat sie mit dem britischen Konzern einen verbindlichen Vorvertrag für eine exklusive National-Roaming-Partnerschaft geschlossen. Diese beginne spätestens am 1. Oktober 2024 und sei auf eine Dauer von mindestens fünf Jahren angelegt. Der Vertrag sehe vor, dass 1&1-Kunden das 5G-Netz von Vodafone nutzen können, wenn die eigenen Funkmasten diesen Standort nicht abdecken. Für eine Übergangszeit werde das Unternehmen zwar weiter auf das Netz der O2-Mutter Telefonica Deutschland zurückgreifen. Dessen Chef Markus Haas hatte sich wiederholt kritisch zu der 1&1-Forderung nach einem National Roaming geäußert. Die Aktien seiner Firma brachen um 16 Prozent ein. Alles über den Konflikt auf Seite 9.

Rohöl aus Russland

EU-Preisdeckel oft wirkungslos

Die EU verhängte im vergangenen Jahr einen Preisdeckel für russische Öl-Exporte. Doch westliche Reedereien umgehen ihn oft, so eine neue Untersuchung der wirtschaftswissenschaftlichen Denkfabrik Bruegel aus Brüssel. Der Plan, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin das Geschäft mit seinen Rohstoffen zu verhageln, droht somit zu scheitern. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 10.

Pläne zur Tarifbindung

Arbeitgeber legen Gutachten vor

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

Deutschlands Arbeitgeber haben die Pläne der Bundesregierung zur Stärkung der Tarifbindung als verfassungswidrig kritisiert. "Tarifzwangregelungen greifen in die vom Grundgesetz geschützte Tarifautonomie ein", sagte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. Er stützte sich auf ein Gutachten des Berliner Rechtswissenschaftlers Felix Hartmann für die Arbeitgebervereinigung BDA. Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP angekündigt: "Zur Stärkung der Tarifbindung wird die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche gebunden, wobei die Vergabe auf einer einfachen, unbürokratischen Erklärung beruht." Laut BDA verstößt die geplante Regelung gegen EU-Recht und gegen die grundgesetzlich geschützte Arbeitsvertrags- und Koalitionsfreiheit.

Deutscher Stellenmarkt

Berlin ist Hochburg für KI-Experten

Experten für künstliche Intelligenz (KI) werden überall händeringend benötigt. Im 1. Halbjahr gab es bundesweit 8598 Suchanzeigen für solche Spezialisten. Das geht aus einer Auswertung der Employer Branding Beratung Index hervor, die WELT exklusiv vorliegt. Das Städte-Ranking des Marktforschungsunternehmens wird mit Abstand von Berlin mit 1101 Stellenanzeigen und München mit 1052 Anzeigen angeführt. Lesen Sie, wie sich die Nachfrage auf die Bundesländer verteilt, auf Seite 11.

Tag an der Börse

Schlechte Stimmung

Die Herabstufung des Kredit-Ratings der USA durch die Ratingagentur Fitch hat auch die Börsen in Europa stark unter Druck gesetzt. Der deutsche Leitindex Dax lag am Mittwochnachmittag kurz unter der 16.000er-Marke, schloss dann aber 1,4 Prozent tiefer bei 16.020 Punkten. Auch durchwachsene Bilanzen trugen zur trüben Stimmung bei. Die Titel von Siemens Healthineers, des Gesundheits-Konglomerats Fresenius, des Dialysekonzerns FMC, des Duft- und Aromenherstellers Symrise und des Online-Autohändlers Auto1 verloren nach Zahlen zwischen zwei und acht Prozent. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Fußball-WM der Frauen

"Kein Pausenclown nötig"

Bundestrainerin Martina Voss-Tecklenburg ist mit der Atmosphäre im deutschen Nationalteam bei der Fußball-Weltmeisterschaft trotz der schwierigen Situation zufrieden. "Deshalb ist es nicht nötig, künstlich den Pausenclown zu spielen. Wir haben überwiegend gute Stimmung", sagte die 55-Jährige vor dem letzten Gruppenspiel gegen Südkorea an diesem Donnerstag (12 Uhr MESZ/ZDF). Die DFB-Auswahl kann trotz der 1:2-Niederlage gegen Kolumbien mit einem Sieg das Achtelfinale erreichen, möglicherweise reicht sogar ein Unentschieden. "Ich kann es nur immer wieder betonen: Wir haben so ein gutes Miteinander bei uns, wir sprechen die Dinge klar an, wir sprechen sie kritisch an, aber wir sprechen sie auch sachlich an", sagte Voss-Tecklenburg. Alles zu dem wichtigen Spiel auf Seite 13.

FC Barcelona

Xavi frustriert wegen Transfer

Der Wechsel des französischen Fußball-Nationalspielers Ousmane Dembélé vom FC Barcelona zu Paris St. Germain steht laut Barcelonas Trainer Xavi kurz bevor. "Ja, ich bin ein bisschen enttäuscht von ihm. Dembélé hat uns gesagt, dass er gehen will", sagte Xavi. Barcelona könne nicht mit dem finanziellen Angebot aus Paris konkurrieren. Der Club habe versucht, den 26-Jährigen umzustimmen. Der ehemalige BVB-Spieler habe seine Entscheidung aber schon vor längerem getroffen. "Das ist das Gesetz des Marktes", sagte Xavi. Dembélé war 2017

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

für 105 Millionen Euro von Borussia Dortmund nach Barcelona gewechselt, kann nun aber durch eine Ausstiegsklausel von 50 Millionen Euro weiterziehen.

Kultur und Gesellschaft

Familie und Politik

Forderungen eines Hausmanns

Das unbeirrbare Ideal der Politik, dass beide Elternteile in Vollzeit verdienen sollen, geht hartnäckig an der Lebensrealität vorbei. Der sagt Philosoph Leander Scholz, der sich zu Hause um die Kinder kümmert - und schildert in dieser Zeitung minutiös seinen Tagesablauf. Die Arbeit daheim, so seine Folgerung, dürfe nicht weiter abgewertet, sie müsse aufgewertet werden. Und er hat auch eine ganz konkrete Forderung an die Politik. Den Beitrag von Scholz lesen Sie auf Seite 16.

Popstar Lizzo

Von drei Tänzerinnen verklagt

Drei ehemalige Tänzerinnen der US-Sängerin Lizzo haben eine Klage gegen die Musikerin wegen des Vorwurfs der Schaffung eines feindseligen Arbeitsumfeldes eingereicht. Der Künstlerin werden verschiedene Verstöße gegen das kalifornische Arbeitsrecht vorgeworfen. Die Vorwürfe umfassten unter anderem "sexuelle, religiöse und rassistische Belästigung, Diskriminierung aufgrund einer Behinderung, Körperverletzung und Freiheitsberaubung", erklärte die Anwaltskanzlei der Klägerinnen. Lizzos Tanzleiterin wird darüber hinaus vorgeworfen, häufig sexuelle Kommentare abgegeben und ihren christlichen Glauben propagiert zu haben, insbesondere gegen vorehelichen Sex. Zudem gab es den Tänzerinnen zufolge zwischen den Etappen von Lizzos Welttournee einen längeren Streit um die Vergütung der Frauen.

Boateng-Prozess

Nächste Runde im Herbst

Der Prozess gegen den früheren Fußball-Nationalspieler Jérôme Boateng wegen Körperverletzung geht im September in die dritte Runde. Das Bayerische Oberste Landesgericht teilte in München mit, dass es am 21. September verhandeln wird. Es ist schon das dritte Gericht, das sich mit den Vorwürfen befasst, dass Boateng seine Ex-Freundin verletzt und beleidigt haben soll. Im November hatte das Landgericht München I Boateng im ersten Berufungsprozess zu einer Strafe von 120 Tagessätzen à 10.000 Euro wegen Körperverletzung verurteilt. Es sah als erwiesen an, dass der 34-Jährige seine frühere Partnerin während eines Urlaubs verletzt und beleidigt hatte. Sowohl Boateng als auch die Staatsanwaltschaft und die als Nebenklägerin auftretende Frau legten Revision ein. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, wäre Boateng vorbestraft. Der Fußballer gehörte zu der deutschen Nationalmannschaft, die 2014 in Brasilien den Weltmeistertitel holte.

Unwetter in Peking

Stärkster Regen seit 140 Jahren

Straßen verwandeln sich in Flüsse mit Schlammassen, geparkte Autos werden mitgerissen: Die chinesische Hauptstadt Peking hat in den vergangenen Tagen die stärksten Regenfälle seit Beginn der Aufzeichnungen vor 140 Jahren erlebt. In einem Bezirk seien zwischen Samstagabend und Mittwochmorgen 744,8 Millimeter Regen gemessen worden, teilte das Wetteramt mit. Der bisherige Rekord von 644 Millimetern sei bei einem Unwetter 1891 gemessen worden. Bei außergewöhnlich starken Regenfällen kamen in Peking und der angrenzenden Provinz Hebei seit Samstag mindestens 20 Menschen ums Leben. Mehr als ein Dutzend Menschen wurden am Mittwoch noch vermisst. Die extremen Regenfälle waren eine Folge des Tropensturms "Doksuri". In den Sommermonaten kommt es in China immer wieder zu starken Regenfällen und Überschwemmungen, die viele Menschenleben fordern. Experten warnen, dass solche Ereignisse häufiger und heftiger werden könnten.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

BREITBANDINTERNET

Datenverbrauch steigt rapide

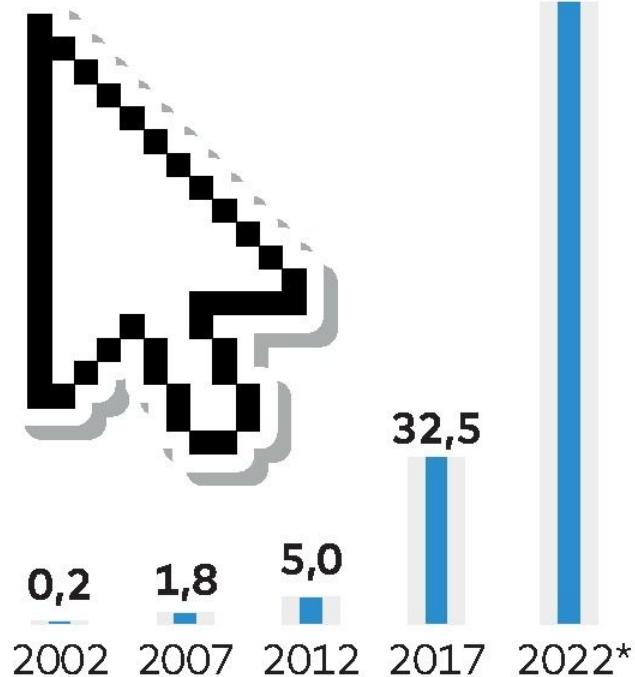
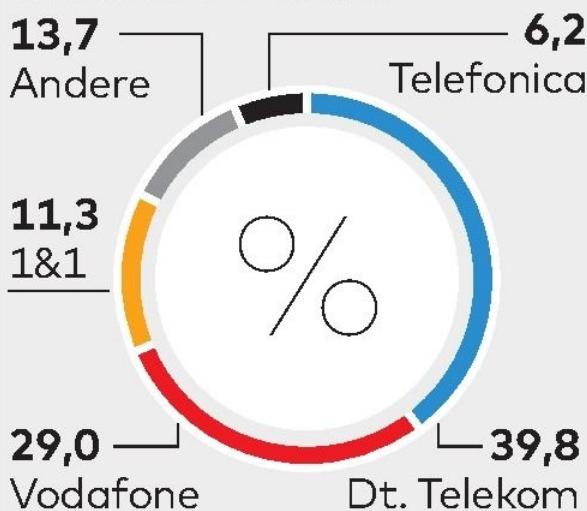
Entwicklung des Datenvolumens im Festnetz-Breitbandverkehr in Deutschland pro Jahr (in Mrd. Gigabyte)

122,0

Marktanteil

Breitbandanschlüsse

Q2 2022 in Prozent



Quelle: Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten; Statista; bgblue/Getty Images; *Schätzung

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Ausbildung bei der Bundeswehr: Mehr Tempo gegen Personalmangel ++ Studie: Frauen wählen linker als Männer ++ Flüchtlingsunterkünf....

WETTER



Lokal Schauer und Gewitter

Heute: Im Norden und im Westen halten sich oft graue Wölken mit leichten oder anhaltenden Regengüssen. Im Norden kommen klar und da auch noch Gewitter hinzu. In Sachsen und im Süden bleibt es trotz vieler Wölken und einzelner Regenschauer meist trocken. Vom Bodensee bis zum Donaurand scheint die Sonne häufiger. 16 bis 25 Grad werden nochmals meist erreicht.

Blauwetter: Zurzeit hat das Wetter großen Einfluss auf den Organismus. Herz und Kreislauf werden belastet. Personen mit Bluthochdruck sollten sich schonen. Bei Rheumatoideen verschlimmern sich die Schmerzen in den Gelenken und Gelenken.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: August 2, 2023

End of Document

"Da müssen wir uns auf Konflikte einstellen"; Viele Asylbewerber kommen jetzt aus der Türkei. Grünen-Politiker Kilic erklärt, was das auch für Deutschland bedeuten könnte

Die Welt

Donnerstag 17. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 159

Length: 943 words

Byline: Carolina Drüten

Body

Der Heidelberger Jurist und Grünen-Politiker Memet Kilic saß von 2009 bis 2013 im Bundestag. Er wurde 1967 im türkischen Malatya geboren.

WELT:

Herr Kilic, die Zahl der neuen **Asylanträge** in Deutschland ist dieses Jahr stark gestiegen. Auf Platz drei der Hauptherkunftsländer liegt die Türkei - nach Syrien und Afghanistan. Wie erklären Sie sich das?

Memet Kilic:

Solche Zahlen kennt man eher von Bürgerkriegsländern. Und man fragt sich, was da los ist. Es gibt verschiedene Faktoren. Einmal die Verfolgung von Oppositionellen in der Türkei. Sie werden als Todfeinde gesehen und zur Zielscheibe gemacht. Diese Menschen fühlen sich rechtlos und verlassen das Land. Zweitens, vielen Menschen wurde in den vergangenen Jahren in der Türkei kein Reisepass ausgestellt, wenn gegen sie ermittelt wurde. Doch mit den verheerenden Erdbeben im Februar änderte sich diese Praxis.

Deutschland lockerte die Visa-Bestimmungen, damit Betroffene vorübergehend bei ihren Familien Zuflucht finden konnten. Um auszureisen, brauchten die Menschen ein Reisedokument.

Erdogan konnte sich so kurz vor der Wahl im Mai nicht leisten, dass viele Menschen auf der Straße landeten. Also wurden großzügig Pässe ausgestellt, und die Leute verließen mit dem Erdbeben-Visum das Land. Ein weiterer Grund ist die enorme Inflationsrate in der Türkei. Die Wirtschaft ist an die Wand gefahren. Aus Verzweiflung stellen einige im Ausland einen Asylantrag.

"Da müssen wir uns auf Konflikte einstellen" Viele Asylbewerber kommen jetzt aus der Türkei. Grünen-Politiker Kilic erklärt, was das auch für Deutschland bedeutet....

Die Anerkennungsrate türkischer Antragsteller in Deutschland liegt bei gerade einmal 15 Prozent. Das lässt darauf schließen, dass viele der Neuankömmlinge als Wirtschaftsflüchtlinge gesehen werden, denen keinen Schutz zusteht.

Wenn man Fälle von Ausbildungsduldungen und solche, in denen die abgelehnten Menschen vor dem Verwaltungsgericht klagen, einbezieht, kommt man auf eine etwas höhere Quote. Aber ja, insgesamt ist sie sehr niedrig. Das ist problematisch in Fällen, in denen eine Verfolgung nicht nachgewiesen werden kann, zum Beispiel wenn der Staatsanwalt in der Türkei die Akte geheim hält. Dann werden sie standardmäßig vom BAMF abgelehnt.

In den Wochen vor den türkischen Wahlen habe ich mit vielen - gerade jungen - Leuten gesprochen, die mir sagten, sie würden im Falle eines Erdogan-Siegs das Land verlassen wollen. Einige von ihnen nannten Deutschland als Ziel.

Stimmt, das ist womöglich ein weiterer Faktor. Viele hatten gehofft, dass Erdogan verlieren würde, wie die Umfragen vorausgesagt hatten. Aber das Umfeld der Wahl war unfair und er gewann doch wieder. Die Menschen haben die Hoffnung verloren, dass sie Erdogan durch Wahlen loswerden können. Kürzlich habe ich mit einem befreundeten Arzt telefoniert. Man kann ihn als Patrioten bezeichnen, er wollte immer der Türkei dienen. Aber jetzt sagte er mir: "Ich will mein Kind nicht in solch einem Land großziehen."

Schon jetzt verlassen viele Mediziner das Land. Dafür brauchen sie eine Art "Führungszeugnis" der Berufsvereinigung TTB. Allein bis Juli wurden mehr solcher Dokumente ausgestellt als im gesamten Vorjahr.

Viele Ärzte kritisieren das Klima im Land, einige wanderten aus. Letztes Jahr sagte Erdogan: "Sollen sie doch gehen, wenn sie wollen." Ärzte sind in den Augen seiner Anhänger vogelfrei. Sie sind Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt. Islamisten mögen keine Intellektuellen. Die Präsidentin der Ärztekammer, Sebnem Korur Fincanci, sitzt aus politischen Gründen im Gefängnis.

Die Türkei verliert hoch qualifizierte Leute, und Erdogan sagt, lasst sie gehen. Das ist doch nicht im Interesse des Landes, oder?

Autoritäre Strukturen brauchen Untertanen, keine freien Staatsbürger, die sich entfalten und dem Land Gutes tun. Erdogan schaut nicht auf die Prosperität der Türkei, sondern auf seinen Machterhalt. Und deshalb ist für ihn wichtig, dass kritische Köpfe das Land verlassen.

Was bedeutet es für die Integration, wenn seit einigen Jahren vor allem Erdogan-kritische Türkinnen und Türken nach Deutschland kommen? Traditionell sind die türkeistämmigen Menschen in Deutschland eher AKP-nah.

Ja, in der Tat. Bei den Wahlen im Mai haben viele ältere konservative ehemalige Gastarbeiter für Erdogan gestimmt. Die Polarisierung ist auch in Deutschland zu spüren zwischen jenen, die von Erdogan verfolgt werden und seinen Fans. Da müssen wir uns auch künftig auf gesellschaftliche Konflikte einstellen.

In Deutschland wird die erhöhte Migration für den derzeitigen Erfolg der AfD mitverantwortlich gemacht. Gleichzeitig hat Deutschland ein demografisches Problem und einen Fachkräftemangel. Wie bewerten Sie unter diesen Gesichtspunkten die erhöhte Zuwanderung aus der Türkei?

Sicher, der Wohnungsmarkt hier ist angespannt. Und natürlich ist die zusätzliche Belastung nicht immer positiv für die heimische Bevölkerung. Aber ich sehe es als Chance für Deutschland. Da kommen viele gut qualifizierte, Erdogan-kritische, weltoffene und europafreundliche Leute. Das sind die besten Voraussetzungen für eine gelungene Integration.

Noch dieses Jahr soll die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes in Kraft treten. Tut Deutschland damit genug, um internationale Talente anzulocken?

Ein großes Problem ist die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Zudem ist der Bürokratieaufwand für alle Beteiligten enorm, nicht nur für die Betroffenen und ihre Arbeitgeber, sondern auch die Ausländerbehörden, die

"Da müssen wir uns auf Konflikte einstellen" Viele Asylbewerber kommen jetzt aus der Türkei. Grünen-Politiker Kilic erklärt, was das auch für Deutschland bedeut....

ausländischen Konsulate und die Anerkennungsstelle in Bonn. Deutschland muss von seinem hohen Ross herunterkommen und die Qualifikationen anderer akzeptieren. Nach der Reform des Einwanderungsgesetzes können Menschen ihre Berufserfahrung anerkennen lassen, wenn die Diplome nicht eins zu eins übertragbar sind. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Memet Kilic

Load-Date: August 16, 2023

End of Document

Die neue Realität für Eltern im Arbeitsmarkt; Wie sich Familien die Rollenverteilung vorstellen

Die Welt

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 12; Ausg. 137

Length: 714 words

Byline: Felix Seifert

Body

Wo Mütter herkommen, entscheidet offenbar auch darüber, wo sie morgens hingehen. Ob zur Arbeit oder nicht. Das geht aus einer Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung hervor, in der die Einstellung von jungen Eltern zum Thema Job analysiert wurde. Besonders zwischen Eltern in Ost- und Westdeutschland gibt es laut Studie bei dieser Frage große Unterschiede. Untersucht wurde, wie oft Mütter einem Vollzeitjob in Abhängigkeit vom Alter des Kindes zustimmen.

Unterschiede im Ergebnis lassen sich in Deutschland dabei nicht zwar auch nach dem Gesichtspunkt feststellen, ob Mütter einen **Migrationshintergrund** haben. Die größten Differenzen gibt es aber zwischen den Bundesländern. Mit einem zweijährigen Kind in Vollzeit arbeiten gehen zu wollen, sagten bei der Umfrage Mütter im Osten der Bundesrepublik zu fast 30 Prozent. In Westdeutschland waren es hingegen gerade einmal etwas über zehn Prozent. Ohnehin sind Mütter in Ostdeutschland Spitzenreiter, wenn es um Vollzeit-Bereitschaft trotz Kind geht.

Veröffentlicht wurden die Ergebnisse in einem Beitrag in der Fachzeitschrift "Comparative Population Studies". Die Studie ist repräsentativ und basiert auf einer Auswertung des Panels FReDA, das Erwachsene zwischen 18 und 50 befragt. Es gehe bei der Untersuchung um "Überlegungen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf", sagt Johannes Hauenstein, Vorstand der Stiftung Ravensburger Verlag, die das Projekt fördert. Wichtig sei auch der Blick auf die Einstellung von Müttern mit Migrationshintergrund. Es seien immerhin 2,2 Millionen von ihnen zwar in Deutschland beheimatet, aber im Ausland geboren und später zugewandert, so Hauenstein. Und in der Tat unterscheiden sich die Ergebnisse auch nach Migrationshintergrund deutlich.

Tendenziell am wenigsten bereit, als Elternteil in Vollzeit arbeiten zu gehen, waren befragte Mütter aus Asien und Afrika. Mütter in Westdeutschland wollen grundsätzlich später wieder voll arbeiten. Ging es um eine Familie mit 18-jährigem Nachwuchs, lag die Zustimmung zum Vollzeitjob hier bei 80 Prozent. Gleichauf mit Müttern aus Ostdeutschland und Osteuropa, aber oberhalb von asiatischen und afrikanischen Müttern, die auch nur zur etwas

Die neue Realität für Eltern im Arbeitsmarkt Wie sich Familien die Rollenverteilung vorstellen

über 60 Prozent so arbeiten wollten. Dennoch ist die klare Tendenz in allen Gruppen: je älter das Kind, desto eher wollten die Frauen in die Vollzeitstellen.

Es gebe zwar allgemein eine positive Entwicklung bei der Beschäftigung (73 Prozent aller Mütter in Westdeutschland gingen einer Beschäftigung nach), viele arbeiteten jedoch in Teilzeit. Dass Frauen mit Kind grundsätzlich einen eher schwereren Stand im Job-Markt hätten, legt eine Recherche des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) nahe. Berufstätige Mütter verdienten demnach im Durchschnitt 3171 Euro pro Jahr weniger als kinderlose Frauen. Nur knapp 40 Prozent derer mit Kind unter vier Jahren waren im vergangenen Jahr überhaupt erwerbstätig. Bei Vätern waren es im Vergleich 89 Prozent. "Beruf und Familie sind für viele Frauen noch immer schwer zu vereinbaren", so IW-Ökonomin Ruth Maria Schüler.

Das zeigt auch die Studie, die das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung nun veröffentlicht hat. Die große Mehrheit fände demnach "wünschenswert", wenn der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit arbeite. Dass beide Eltern in Teilzeit arbeiten, wünschten sich vor allem Frauen. Und das "klassische Modell" der Zuhause bleibenden Frau und dem Mann als Alleinverdiener habe demnach quasi völlig ausgedient. Wer es bevorzuge, gehöre meist der befragten Gruppe asiatischer oder afrikanischer Frauen an.

Der Branchenverband Bitkom sieht in den Ergebnissen einen Verbesserungsbedarf auf Seiten der Arbeitgeber. Vor allem im Bereich "New Work", also der modernen Arbeitsplatzkultur, müsse mehr passieren, um Frauen schneller und einfacher die Möglichkeit zu geben, sich trotz Kindern in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Laut einer Umfrage des Verbands unter 500 Unternehmen aus der Informationstechnologie ermöglichen dort immer mehr Betriebe mobiles Arbeiten, um Frauenkarrieren zu fördern. Mittlerweile liegt die Quote bei 90 Prozent. Auch setzten mit knapp 60 Prozent mehr Unternehmen auf "familienfreundlicheres Arbeiten" mit einem höheren Maß an Flexibilität als noch vor einem Jahr (45 Prozent).

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 230

Length: 229 words

Body

Edles Pathos

Zu: "Die Stärke des Rechts" vom 23. November

Ein verwirrendes Puzzle, dieses **Flüchtlingsregime**, wo nationales mit europäischem Recht um die Vorherrschaft ringt. Wenn an dieser Spur festgehalten wird, sind wir auch in zehn Jahren noch keinen Schritt weiter. Die Lösung kann nur in einer Radikalreform liegen. Dazu müssten auch alle Menschenrechts- und **Flüchtlingskonventionen** zusammengeschnürt und zurechtgestutzt werden. Was nach dem Zweiten Weltkrieg mit edlem Pathos ersonnen wurde, spaltet und überfordert heute die Gesellschaft. Deren Schutz hat jedoch Vorrang vor dem moralischen Imperativ von Pro **Asyl**.

Christoph Schönberger, Aachen

Entleerte SPD

Zu: "Esken und Klingbeil wollen bleiben" vom 14. November

Saskia Esken und Lars Klingbeil wollen also weiter SPD-Vorsitzende bleiben. Das überrascht nicht wirklich. Gleichwohl ist festzustellen, dass beide nachhaltig zum weiteren Niedergang der SPD beigetragen haben. Besserung ist mit Esken und Klingbeil absehbar nicht zu erwarten. Die SPD ist inhaltlich und programmatisch völlig entleert. Es ist auch nicht ersichtlich, dass in der SPD Leute existieren, die diese Partei wieder in die Spur bringen können. Es wird interessant sein zu sehen, wie sich der Niedergang der SPD weiter vollzieht. Ob Esken und Klingbeil eines Tages als Letzte das Licht ausmachen?

Frank Wunderlich, Nöbdenitz

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 26, 2023

Leserbriefe

End of Document

Bankrotterklärung des Rechtsstaates

Die Welt

Mittwoch 29. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 63

Length: 349 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Der Historiker Heinrich August Winkler stellte 2020 in seinem Buch "Wie wir wurden, was wir sind" fest, in der Flüchtlingskrise habe die Bundesrepublik die Stabilität der Gesellschaft für ihre "ewige Vergangenheitsbewältigung" und die "Wiedergutmachung der Kriegsschuld" aufs Spiel gesetzt.

Heute, drei Jahre später, sehen wir nicht nur, dass der Sozialdemokrat recht hatte. Allenthalben ist auch zu spüren, was geschieht, wenn Krisen nur verdrückst angesprochen oder moralisch so aufgeladen werden, dass allein die bloße Gegenrede den Besorgten in die rechte Ecke stößt. Nicht einmal 2015 war die Mehrheit der Bevölkerung bereit, das im Grundgesetz verankerte Asylrecht infrage zu stellen. Nun ist das anders. Zum ersten Mal seit 1949 halten nur noch 39 Prozent der Deutschen das Asylrecht für richtig. Wahrzunehmen ist die leise Erosion eines gesellschaftlichen Grundkonsenses, der zu einem maßgeblichen Teil zur bundesdeutschen Stabilität beigetragen hat.

Die Bevölkerung erkennt nüchtern, was kein Politiker auszusprechen wagt: Der Umgang mit der Flüchtlingskrise ist - zumindest aus rechtlicher Sicht - eine Bankrotterklärung des Rechtsstaates. Aus dem unverzichtbaren Asylrecht für politisch Verfolgte ist ein Asylbewerberrecht für jedermann geworden, das mithilfe juristischer Winkelzüge so weit gedehnt werden kann, bis der Eingereiste bleiben darf.

So lange die Bevölkerung nicht den Eindruck gewinnt, dass die Bundesregierung wenigstens ernsthaft versucht, diesen Missstand zu beseitigen, so lange wird die Zustimmung zum Asylrecht schrumpfen und die AfD stark bleiben. Es ist deshalb richtig, dass die Union nun einen Antrag im Bundestag einreicht, in dem sie Vorschläge unterbreitet, wie "Abschiebehürden beseitigt" werden können. Nicht einmal annähernd sind die Maßnahmen ergriffen worden, die der Instrumentenkasten hergibt, um die Herkunftsländer zur Rücknahme der Menschen zu bewegen, die widerrechtlich nach Deutschland kommen. Ob sich damit das Problem gänzlich lösen lässt, ist freilich eine andere Frage.

jacques.schuster@welt.de (jacques.schuster@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 28, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++ Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem Jahr ++ Bundestagspräsidentin: Wehrhaft gegen Demokratiefeinde ++ Flüchtlingskinder und Schulen: GEW fordert schnellere Integration ++ Außenpolitik ++ Louvre und Schloss Versailles geräumt: Sorge vor Terror in Frankreich ++ Treffen mit Hamas in Katar: Iran warnt Israel ++ Nachschub für die Truppen: Briten: Russen bauen Bahnstrecke ++ Australiens indigene Bevölkerung: Entsetzen nach Referendum ++ Wissen ++ Immunologin aus Kamerun: Auszeichnung für Malaria-Forschung ++ US-Behörde: 2023 bricht Temperaturrekord ++ Wirtschaft und Geld ++ "Leben ist teurer geworden": Klingbeil will Mindestlohn anheben ++ Haussanierung: EU-Gebäuderichtlinie vor dem Aus ++ Cum-Ex-Prozess: Hamburger Bankier wird sich äußern ++ Kinderkliniken: Freie Betten werden knapp ++ Sport ++ Fußball: Nagelsmann strukturiert um ++ Vorstoß aus dem IOC: Weitere Amtszeit für Bach? ++ Boxen: Gualtieri verliert WM-Titel ++ Kultur und Gesellschaft ++ Literaturnobelpreisträgerin: Louise Glück gestorben ++ "Lanz & Precht" über Judentum: Umstrittene Passage entfernt ++ Deutscher Kinderbuchpreis: Erster Preis für "Karlchen hilft allen" ++ Ablenkung durch Handy: 20-Jähriger von Zug überfahren ++ Afghanistan: Erneut schwere Erdbeben

Die Welt

Montag 16. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 200

Length: 2999 words

Body

Innenpolitik

Daniel Günther zur Migrationskrise

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

Handlungsfähigkeit beweisen

"Da sind wertvolle Monate verloren gegangen": Nach dem **Migrationsgipfel** im Kanzleramt fordert Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) gemeinsame Anstrengungen von Ampel-Regierung und CDU/CSU, um das Vertrauen der Bürger in den Staat wieder zu stärken. "Alle Anstrengungen müssen sich in den kommenden Monaten darauf richten, dass die demokratischen Parteien gemeinsam die Handlungsfähigkeit des Staates und der staatlichen Institutionen beweisen", sagte Günther im Gespräch mit WELT. Die jüngsten Wahlergebnisse der AfD ließen sich nicht allein auf das Thema **Migration** zurückführen. "Sie spiegeln vielmehr das mangelnde Vertrauen der Menschen in staatliches Handeln." Das Interview lesen Sie auf Seite 4.

Umstrittener Rat Berliner Imame

Senat fördert auch in diesem Jahr

Die Berliner Senatskulturverwaltung hat in diesem Jahr erneut ein Projekt mit Beteiligung des Rats Berliner Imame finanziert - sogar mit einer höheren Fördersumme als im vorangegangenen Jahr. Nach WELT-Recherchen flossen im Februar 80.152 Euro an das Projekt "MuslimischeDiaLogen" des Vereins Neuköllner Begegnungsstätte. Laut Senatskulturverwaltung beinhaltet das Projekt "die ehrenamtliche Zusammenarbeit" des Rats Berliner Imame. WELT AM SONNTAG hatte im Oktober vergangenen Jahres aufgedeckt, dass 2022 knapp 51.000 Euro Steuergeld an ein Projekt geflossen waren, das vom Rat Berliner Imame umgesetzt wurde. "Wir werden in Zukunft genauer schauen und prüfen müssen", teilte ein Sprecher der Senatsverwaltung für Kultur damals mit. WELT-Recherchen zeigen, dass dem Rat weiterhin zahlreiche Mitglieder angehören, die in Moscheen predigen, die von Verfassungsschutzbehörden als islamistisch bewertet wurden. Wie die Senatskulturverwaltung die Förderung begründet, lesen Sie auf Seite 5.

Bundestagspräsidentin

Wehrhaft gegen Demokratiefeinde

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) will das Parlament widerstandsfähiger gegen die Feinde der Demokratie machen. Dafür sollten etwa der Zugang strenger geregelt und Sanktionen gegen Diffamierungen in Debatten verschärft werden, schrieb sie in "Zeit Online". "Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um extremistische Aktionen, Infiltrationen durch ausländische Staaten oder das Durchstechen sicherheitsrelevanter Informationen schon im Vorfeld zu verhindern." Dabei würden auch die Arbeitsverhältnisse der im Bundestag Beschäftigten und der Mitarbeiter externer Dienstleister betrachtet, erklärte Bas. Sorge bereitet ihr auch die Debattenkultur im Parlament, die sich ihrer Ansicht nach seit 2017 "dramatisch verschlechtert" hat. Damals war die AfD in den Bundestag eingezogen.

Flüchtlingskinder und Schulen

GEW fordert schnellere Integration

Zehntausende Flüchtlingskinder gehen in Deutschland zur Schule - wie viele genau, ist nach Angaben der Bundesländer unklar. Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen fordert die Bildungsgewerkschaft GEW einen schnelleren Zugang für zugewanderte Kinder und Jugendliche zum Unterricht. Für die Integration sei Bildung sehr wichtig, weil es darum gehe, schnell soziale Kontakte zu knüpfen und die Sprache zu lernen, sagte die GEW-Bundeschefin Maike Finnern. "Das ist schon etwas, woran es hapert." Viele Tausend Geflüchtete im Schulalter warteten in Deutschland noch auf einen Schulplatz, gerade in den Erstaufnahmen. Allerdings ist die Lage in Deutschlands Schulen schon jetzt teilweise dramatisch. Welches Ausmaß der Unterrichtsausfall angenommen hat, lesen Sie auf Seite 4.

Außenpolitik

Louvre und Schloss Versailles geräumt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

Sorge vor Terror in Frankreich

Nach dem islamistisch motivierten Messerangriff in einer Schule in Frankreich haben Anschlagsdrohungen am Wochenende die französische Polizei in Atem gehalten: Zwei der berühmtesten Sehenswürdigkeiten des Landes - das Louvre-Museum in Paris und das Schloss von Versailles - wurden nach Drohungen geräumt. In Frankreich herrscht seit Freitag die höchste Terror-Warnstufe, Innenminister Gérald Darmanin sprach von einer "dschihadistischen Atmosphäre" im Land. Die Zahl der patrouillierenden Anti-Terror-Soldaten wurde auf bis zu 7000 erhöht. Ein Interview mit dem Politikwissenschaftler und Ex-Harvardprofessor Dominique Moïsi finden Sie auf Seite 6.

Treffen mit Hamas in Katar

Iran warnt Israel

Das Golfemirat Katar gehört seit etwa 15 Jahren zu den wichtigsten Unterstützern der Hamas, die mit beispiellosen Terrorangriffen gegen Israel vor gut einer Woche einen Krieg losgetreten hat. Hamas-Chef Hanija lebt in Katar. Nun haben bei einem Treffen in der katarischen Hauptstadt Doha Irans Außenminister Hussein Amirabdollahian und Hanija über Möglichkeiten gesprochen, die "Achse des Widerstands" gegen Israel zu stärken, berichtete die iranische Staatsagentur Irna. Gemeint ist damit eine Allianz militanter Gruppen gegen den jüdischen Staat. Ein Hamas-Vertreter im Gaza-Streifen rief nach dem Treffen zur Vernichtung Israels auf. Irans Außenminister warnte Jerusalem vor einem Einmarsch in den Gaza-Streifen und drohte mit einer Ausweitung des Konflikts. Mehr zum Terror der Hamas gegen Israel und die Folgen lesen Sie auf den Seiten 5-7.

Nachschnitt für die Truppen

Briten: Russen bauen Bahnstrecke

Zur Versorgung seiner Truppen im Angriffskrieg gegen die Ukraine setzt Russland nach britischer Einschätzung in hohem Maß auf die Schiene. "Russland unterhält und verbessert mit ziemlicher Sicherheit weiterhin seine Eisenbahnverbindungen in der Ukraine und baut eine neue Eisenbahnlinie nach Mariupol, was die Transportzeiten für Lieferungen an die Saporischschja-Front verkürzen wird", erklärte das britische Verteidigungsministerium. Russland nutze dafür zivile Auftragnehmer und Ausrüstung. Dies werde den Ukrainern wahrscheinlich die Zielerfassung erschweren und zudem russische Kapazitäten an anderer Stelle erhalten. Unterdessen gab sich Kreml-Herrschter Wladimir Putin zuversichtlich über die Lage an der Front. "Unsere Truppen verbessern ihre Position fast im gesamten Gebiet. Ein ziemlich großes Gebiet", sagte er. Aktuell meldet die Ukraine besonders heftige russische Angriffe im östlichen Donezker Gebiet.

Australiens indigene Bevölkerung

Entsetzen nach Referendum

Das "Nein" der australischen Wähler zu mehr politischem Mitspracherecht für die Ureinwohner hat bei großen Teilen der indigenen Bevölkerung für Enttäuschung und Bestürzung gesorgt. Beim historischen "Voice"-Referendum sprach sich am Samstag eine klare Mehrheit von rund 60 Prozent der Teilnehmer gegen das Vorhaben aus, den Aborigines eine in der Verfassung verankerte Mitsprache im Parlament einzuräumen. Die Ministerin für indigene Australier, Linda Burney, sprach unter Tränen von einem "traurigen Tag für Australien". Es werde vermutlich Jahre dauern, bis die Auswirkungen dieser Absage in voller Gänze klar würden, schrieb die indigene Kommentatorin Lorena Allam im australischen "Guardian". "Aber es ist bereits jetzt völlig klar, dass das Ergebnis für die Bevölkerung der First Nations zutiefst verletzend ist."

Wissen

Immunologin aus Kamerun

Auszeichnung für Malaria-Forschung

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

Die kamerunische Immunologin Rose Gana Fomban Leke ist für Erfolge im Kampf gegen Krankheiten wie Malaria und Polio mit dem Virchow-Preis für Globale Gesundheit geehrt worden. Leke erhielt die mit 500.000 Euro dotierte Auszeichnung im Roten Rathaus in Berlin. Geehrt wurde sie auch für ihren Einsatz für Geschlechtergleichstellung, wie die Virchow Foundation mitteilte. Was die Forscherin im Gespräch mit WELT über ihren Werdegang und ihre Forschung sagt, lesen Sie auf Seite 8.

US-Behörde

2023 bricht Temperaturrekord

Das laufende Jahr wird laut der US-Klimabehörde NOAA global gesehen mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 99 Prozent das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Für den Zeitraum Januar bis September habe 2023 bereits den Rekord aufgestellt, teilte die NOAA mit. Demnach verzeichneten Juni, Juli, August und September jeweils den heißesten Monatswert. Das bislang wärmste Jahr war 2016. Ganz besonders stach im laufenden Jahr der September hervor. "Es war nicht nur der wärmste September seit Beginn der Aufzeichnungen, sondern auch der mit Abstand untypischste Monat in den 174 Jahren, in denen die NOAA das Klima beobachtet", sagte NOAA-Chefforscherin Sarah Kapnick. So habe die globale Durchschnittstemperatur für September 1,44 Grad Celsius über dem Durchschnitt des 20. Jahrhunderts gelegen. Das sei die größte Abweichung gewesen, die jemals für einen Monat registriert worden sei.

Wirtschaft und Geld

"Leben ist teurer geworden"

Klingbeil will Mindestlohn anheben

SPD-Chef Lars Klingbeil dringt auf eine weitere Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. "Das Leben ist teurer geworden. Da muss mehr kommen als 12,41 Euro", sagte Klingbeil den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Zur konkreten Forderung der Jungsozialisten (Jusos) und einiger SPD-Landesverbände nach 15 Euro Mindestlohn äußerte sich Klingbeil nicht. Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll in den kommenden zwei Jahren um 82 Cent auf 12,82 Euro erhöht werden. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hatte angekündigt, einen entsprechenden Vorschlag der Mindestlohnkommission umzusetzen. Sie hatte vorgeschlagen, den Mindestlohn zum 1. Januar 2024 von derzeit 12,00 auf 12,41 Euro und ein Jahr später auf 12,82 Euro anzuheben - was insgesamt ein Plus von 6,8 Prozent bedeutet. Die Arbeitnehmervertreter in der Kommission hatten die Anhebung als zu niedrig bezeichnet, wurden aber überstimmt.

Haussanierung

EU-Gebäuderichtlinie vor dem Aus

Seit Jahren arbeitet die EU-Kommission an einer neuen Richtlinie mit strengerem Klimaschutzvorgaben für den Gebäudesektor, angetrieben vom Europaparlament. Deutschen Hausbesitzern drohen Kosten in dreistelliger Milliardenhöhe. Doch der Plan steht vor dem Scheitern. Das liegt auch daran, dass die Bundesregierung aus dem Debakel um das Heizungsgesetz gelernt hat. Lesen Sie mehr auf Seite 9.

Cum-Ex-Prozess

Hamburger Bankier wird sich äußern

Im Cum-Ex-Prozess gegen den Hamburger Bankier Christian Olearius vor dem Bonner Landgericht will der Angeklagte am heutigen Montag eine persönliche Erklärung abgeben. Diese werde umfangreich sein, sagte sein Sprecher im Vorfeld des Verhandlungstages. In dem Prozess, der Ende September losgegangen war, hatten sich bereits die vier Verteidiger des 81-Jährigen zu Wort gemeldet und die Vorwürfe der besonders schweren Steuerhinterziehung in 14 Fällen zurückgewiesen. Nach Berechnung der Staatsanwaltschaft entstand bei den Taten, die sich im Kern auf den Zeitraum 2006 bis 2011 beziehen, ein Steuerschaden von 280 Millionen Euro. Es

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

ist das erste Mal, dass sich ein Vertreter der obersten Chefetage eines Bankhauses in dem größten Steuerskandal der Bundesrepublik vor Gericht verantworten muss. Olearius ist persönlich haftender Gesellschafter der Privatbank M.M. Warburg, früher war er ihr Chef.

Kinderkliniken

Freie Betten werden knapp

Die Lage in deutschen Kinderkliniken spitzt sich zu. In mehreren Regionen werden die freien Betten knapp. Sönke Siebert, Leiter des Medizinmanagements des Katholischen Kinderkrankenhauses Wilhelmstift in Hamburg, warnt: "Wegen der knappen Krankenhausbetten müssen wir schon jetzt oft entscheiden, welche Kinder wir aufnehmen können." Lieferprobleme bei Medikamenten und Personalmangel könnten die Lage zusätzlich verschärfen. Die Sorge vor ähnlich großen Versorgungsengpässen wie im vergangenen Winter wächst. Lesen Sie dazu den Report auf Seite 10.

Sport

Fußball

Nagelsmann strukturiert um

Julian Nagelsmann hat nach seinem erfolgreichen Länderspiel-Debüt als Bundestrainer viel Lob an seine Spieler verteilt. Der 36-Jährige sprach nach dem 3:1 gegen die USA am Samstag in Hartford von einem verdienten Sieg und bewertete die Leistung der Nationalmannschaft als "fußballerisch sehr gut". Er hob Kapitän und Torschütze Ilkay Gündogan hervor. Am kommenden Mittwoch bestreitet die DFB-Auswahl noch ein weiteres Testspiel in Philadelphia gegen Mexiko. Der Bundestrainer kündigte personelle Veränderungen an, da er möglichst viele Spieler aus dem noch 25-köpfigen Kader im Spiel sehen wolle. Mehr über den bemerkenswerten Nagelsmann-Einstand lesen Sie auf Seite 13.

Vorstoß aus dem IOC

Weitere Amtszeit für Bach?

Thomas Bach könnte doch länger als bis zum eigentlich festgelegten Ablauf seiner Amtszeit im Jahr 2025 Präsident des Internationalen Olympischen Komitees bleiben. Mehrere IOC-Mitglieder forderten bei der Generalversammlung in Mumbai am Sonntag eine Änderung der Olympischen Charta, um Bach eine weitere Amtsperiode zu ermöglichen. Bach ist seit 2013 Chef des olympischen Dachverbands. Nach einer zunächst achtjährigen Amtszeit wurde er gemäß IOC-Statuten für vier weitere Jahre gewählt. 2025 müsste der Fecht-Olympiasieger von 1976 eigentlich den Posten räumen.

Boxen

Gualtieri verliert WM-Titel

Der deutsche Profiboxer Vincenzo Gualtieri hat den Weltmeistertitel des Verbands IBF im Mittelgewicht verloren. Bei der Chance auf den zweiten WM-Erfolg in einem Vereinigungskampf unterlag der Wuppertaler am Sonntagmorgen (MESZ) in den USA dem aus Kasachstan stammenden WBO-Titelträger Schanibek Alimchanuli. In der Nähe von Houston in Texas verlor der 30-Jährige gegen den favorisierten Kontrahenten durch technischen K.o. in der sechsten Runde.

Kultur und Gesellschaft

Literaturnobelpreisträgerin

Louise Glück gestorben

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

Trauer um die Nobelpreisträgerin Louise Glück: Die amerikanische Lyrikerin starb im Alter von 80 Jahren in Cambridge im US-Bundesstaat Massachusetts. 2020 war Glück mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet worden - für viele damals überraschend. Experten hatten ihren Namen vorab nicht auf dem Zettel. Die Schwedische Akademie begründete die Auswahl mit der "unverkennbaren poetischen Stimme", mit der Glück "mit strenger Schönheit die individuelle Existenz universell" mache. "Erst habe ich Panik bekommen, dann dachte ich, dass ich halluziniere", sagte Glück in einer ihrer ersten Reaktionen auf den Preis. Berühmt wurde die Amerikanerin mit einer streng-modernen Lyrik voll Schmerz und Leben. Einen Nachruf lesen Sie auf Seite 16.

"Lanz & Precht" über Judentum

Umstrittene Passage entfernt

Nach einer umstrittenen Aussage des Autoren Richard David Precht zum orthodoxen Judentum im ZDF-Podcast "Lanz und Precht" hat die Redaktion die entsprechende Passage entfernt. "An einer Stelle wurden komplexe Zusammenhänge verkürzt dargestellt, was missverständlich interpretiert werden konnte. Deshalb haben wir diesen Satz entfernt", hieß es am Sonntag im Begleittext zur aktuellen Folge des wöchentlichen Podcasts mit Markus Lanz. Precht selbst sagte in einem nachträglich eingefügten Statement vor der Folge, dass eine Formulierung gefallen sei, die Anstoß erregt und zu Kritik geführt habe. "Das möchten wir natürlich nicht und das bedauern wir auch sehr, dass das so ist. Zumal es nicht ansatzweise irgendwie so gemeint gewesen ist, wie es aufgefasst wurde." Der 58-Jährige kündigte an, in der nächsten Folge darüber reden zu wollen. In der am Freitag veröffentlichten Episode hatte Precht gesagt, ihre Religion verbiete es orthodoxen Juden zu arbeiten - "ein paar Sachen, wie Diamanthandel und ein paar Finanzgeschäfte ausgenommen".

Deutscher Kinderbuchpreis

Erster Preis für "Karlchen hilft allen"

Der diesjährige Deutsche Kinderbuchpreis geht an das Autorenduo Lisa-Marie Dickreiter und Andreas Götz für ihr Buch "Karlchen hilft allen, ob sie wollen oder nicht". Bei der Preisverleihung in der Nürnberger Tafelhalle erhielt die Autorin Sabine Bohlmann mit "Frau Honig und die Geheimnisse im Kirschbaum" den zweiten Preis, wie die Veranstalter mitteilten. Auf dem dritten Platz landete Jochen Tills mit "Die höchstmögliche Zoo-Schule". Den Sonderpreis für die beste Illustration bekam Stella Dries für das Buch "Was macht die Nacht?". Der Deutsche Kinderbuchpreis wird seit 2021 verliehen. Sein Ziel ist es, Kinder im "Leselern-Alter" von sechs bis acht Jahren für das Lesen zu begeistern. Er ist mit einem Preisgeld von insgesamt 100.000 Euro dotiert. Die Vorauswahl für den Preis treffen erwachsene Fachleute, die Siegtitel wählt anschließend eine 32-köpfige Kinderjury.

Ablenkung durch Handy

20-Jähriger von Zug überfahren

In Schwaighofen im Allgäu ist ein von seinem Handy abgelenkter 20 Jahre alter Mann von einem Zug überfahren worden. Er habe dabei so schwere Verletzungen erlitten, dass er kurze Zeit später im Krankenhaus starb, teilte die Polizei in Kempten am Sonntag mit. Demnach versuchte der Fußgänger am frühen Samstagabend die Gleise zu überqueren, obwohl die Schranken des Bahnübergangs bereits geschlossen waren. Nachdem er zunächst erfolglos versucht habe, ein gesperrtes Drehkreuz zu passieren, sei der Mann auf die Straße gewechselt und habe dann die geschlossene Halbschanke umgangen. Der Lokführer habe zwar noch gehupt und eine Notbremsung eingeleitet, die Kollision konnte er aber nicht mehr verhindern. Der Polizei zufolge war der Getötete durch sein Handy abgelenkt. Der Lokführer sowie drei Zeugen und Ersthelfer erlitten einen Schock. Die Zugstrecke musste für zwei Stunden gesperrt werden.

Afghanistan

Erneut schwere Erdbeben

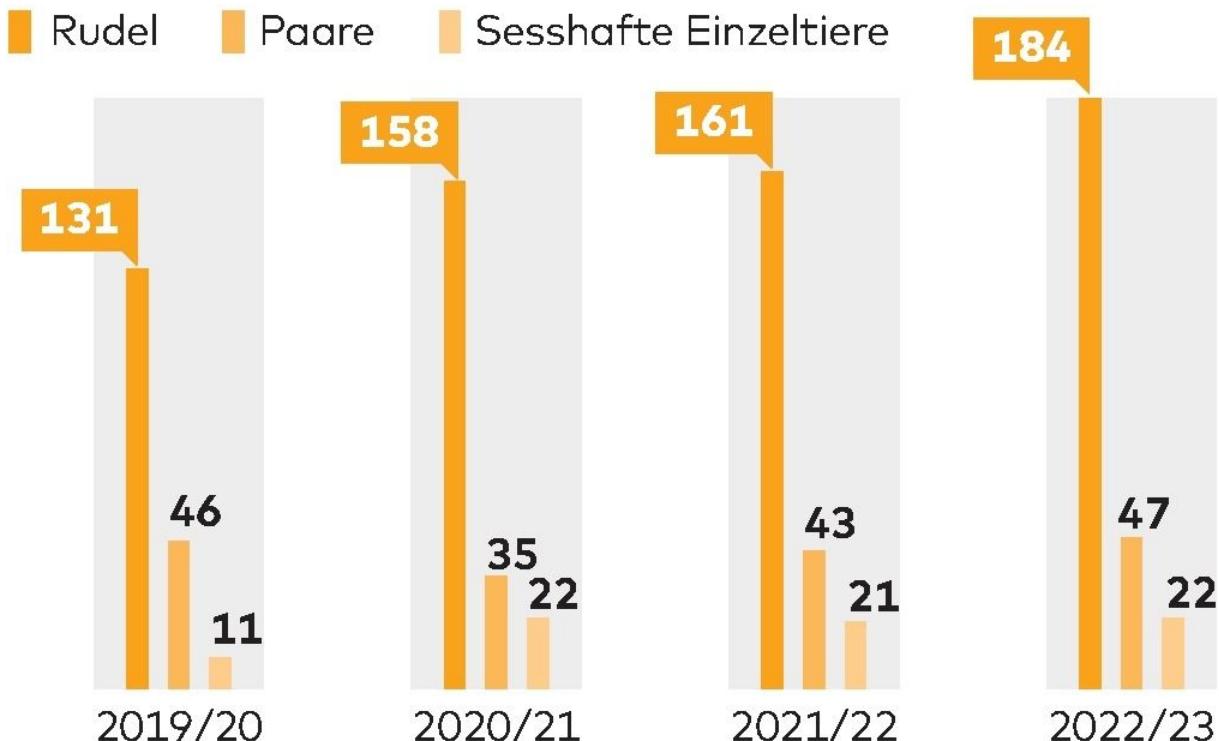
Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

Der Westen Afghanistans ist zum wiederholten Mal binnen weniger Tage von einem schweren Erdbeben erschüttert worden. Laut der US-Erdbebenwarte USGS hatte das Beben am Sonntagmorgen eine Stärke von 6,3 und ereignete sich rund 30 Kilometer nordwestlich der Stadt Herat in einer Tiefe von sechs Kilometern. Nur wenige Minuten später folgte dort ein zweites Beben der Stärke 5,5. Informationen zu Schäden und Verletzten lagen zunächst nicht vor. Herat liegt in der gleichnamigen Grenzprovinz nahe dem Iran und ist nach Kabul die zweitgrößte Stadt Afghanistans. In der Region waren am vergangenen Wochenende bei mehreren Erdbeben laut Medienberichten, die sich auf offizielle Statistiken beriefen, fast 2500 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 2000 Menschen wurden demnach verletzt. Das UN-Nothilfебюro OCHA hatte die Zahl der Todesopfer mit mehr als 1000 angegeben. Mehr als 90 Prozent davon waren laut Unicef Frauen und Kinder.

DEUTSCHLAND

Der Wolf breitet sich aus

Wolfspopulation in Deutschland nach Monitoringjahr*



* 1. Mai bis 30. April des Folgejahres; Quelle: Statista, DBBW

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Daniel Günther zur Migrationskrise: Handlungsfähigkeit beweisen ++
Umstrittener Rat Berliner Imame: Senat fördert auch in diesem....

WETTER**Einzelne Schauer, sonst oft freundlich**

Heute: In der Mitte und im Süden setzt sich wieder ruhiges Herbstwetter durch. Nach der Auflösung von Frühnebel schaut zeitweise die Sonne, und es bleibt weitgehend trocken. Im Norden sind die Wölke zunehmend, und besonders an der Küste entwickeln sich noch einzelne Schauer. Die Höchsttemperaturen bewegen sich zwischen 6 und 15 Grad.

Blauwetter: Der Organismus wird durch die Wetterlage überwiegend positiv beeinflusst. Besonders Personen mit Herz-Kreislauferkrankungen können sich heute über eine Entlastung freuen. Man fühlt sich ausgelaugt und ist ausgelaugt.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 16, 2023

End of Document

Thüringer Grüne drängen ihren Justizminister aus dem Amt; In Erfurt beginnt das politische Jahr mit einem Paukenschlag: Nachdem die Umweltministerin ihren Rückzug angekündigt hatte, muss ein Parteifreund gehen

Die Welt

Dienstag 10. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 7

Length: 828 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

Im Freistaat Thüringen wird man in der Landespolitik immer wieder überrascht; vieles geschieht dort zum ersten Mal. Bodo Ramelow wurde im Jahre 2014 zum ersten linken Ministerpräsidenten der Republik gewählt. Fünf Jahre später wurde er kurzzeitig aus der Staatskanzlei vertrieben, weil CDU, FDP und AfD den Liberalen Thomas Kemmerich gewählt hatten; auch das war ein Novum. Und am Montag nun wurde in der Landeshauptstadt Erfurt der grüne Minister für **Migration**, Justiz und Verbraucherschutz, Dirk Adams, von Regierungschef Ramelow aus dem Amt entlassen.

Dass Minister ihren Hut nehmen müssen, kommt öfter vor, die Umstände, die zum Rauswurf von Adams führten, sind allerdings einmalig. Der 54-jährige Ingenieur hatte zuvor weder in die Portokasse gegriffen noch ein missglücktes Silvestervideo gedreht. Adam führte sein Ressort seit 2019 skandal- und unfallfrei. Sein Problem: Er ist ein Mann - und stand als solcher der "kraftvollen personellen Neuaufstellung" im Weg, auf die man sich nach "intensiven Gesprächen" im Landesvorstand der Grünen verständigt hatte. Das Revirement im Kabinett hatte sich bereits im Dezember angedeutet, als Umweltministerin Anja Siegesmund ihren Rückzug aus der Politik angekündigt hatte. Sie verlässt das rot-rot-grüne Minderheitskabinett von Ramelow zum Ende des Monats. Als Nachfolgerin wurde die Landtagsabgeordnete Madeleine Henfling gehandelt, die aber ablehnte. Zu den Besonderheiten der grünen Landespolitik gehört eine strenge Trennung von Amt und Mandat, Henfling hätte ihren Sitz im Landtag aufgeben müssen. Die Arbeit im Kabinett hätte zudem ein nahes Endzeitdatum gehabt. Die nächste Landtagswahl findet voraussichtlich im Herbst 2024 statt, vielleicht auch früher, in Erfurt muss man immer mit politischen Überraschungen rechnen.

Das Amt von Siegesmund will nun der bisherige Landesvorsitzende der Grünen, Bernhard Stengele, übernehmen, ein aus Bayern stammender Regisseur, der vor zehn Jahren nach Thüringen zog. Seit drei Jahren führt er als Co-Chef den mit 1000 Mitgliedern eher kleinen Landesverband. Da bei den Grünen aber ein strenges Quotenregime

Thüringer Grüne drängen ihren Justizminister aus dem Amt In Erfurt beginnt das politische Jahr mit einem Paukenschlag: Nachdem die Umweltministerin ihren Rückzu....

herrscht, war Dirk Adams nun ein Mann zu viel. Er musste weichen, gegen seinen Willen, wie er am Montag auf Twitter deutlich machte. "Die Landessprecher*innen" hätten ihn am Sonntag zum Rücktritt aufgefordert, dieser Aufforderung könne er "aus Verantwortung gegenüber meinem Ministerium" nicht nachkommen, teilte er mit. Der Spitze der Landespartei stehe es aber frei, vom Ministerpräsidenten "meine Entlassung zu fordern". Mit anderen Worten: Ihr müsst mich schon rausschmeißen, freiwillig gehe ich nicht.

In einer Erklärung bezeichnete der Landesvorstand der Grünen den Schritt als "für uns alle schmerzlich". Das Schreiben wurde mit allerlei Krokodilstränen garniert. "Egal ob als Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender oder zuletzt als Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz - Dirk Adams hat Thüringen, aber auch unseren grünen Landesverband politisch über Jahre maßgeblich mitgestaltet", heißt es da. Besonders würdigen möchte man "seinen steten Einsatz für ein weltoffenes Thüringen. Wir danken dem Minister für die geleistete Arbeit und wünschen Dirk Adams für die Zukunft alles Gute", so Landesvorsitzende Ann-Sophie Bohm.

Ebenso überraschend wie der Rauswurf ist die Nachfolge geregelt. An Adams' Stelle soll nun die Thüringer Grüne Doreen Denstädt das Ministerium für die Restlaufzeit übernehmen. Im Freistaat bekannt wurde die 44-jährige Mutter zweier Kinder vor allem deshalb, weil sie die einzige afrodeutsche Polizistin in Thüringen ist. Die Polizeihauptkommissarin und Diplom-Verwaltungswirtin arbeitet derzeit noch in der Polizeivertrauensstelle im Thüringer Innenministerium. Mit Doreen Denstädt an der Spitze des Ministeriums "unterstreichen wir, welchen Stellenwert die Themen Integration und Migration für uns Bündnisgrüne haben", erklärte der Landesvorstand nach Bekanntgabe der Personalien. Denstädt wird damit zur ersten afrodeutschen Landesministerin in Ostdeutschland. Sie freue sich auf die Aufgabe, habe davor aber auch den "allergrößten Respekt", sagte sie am Montag in Erfurt. Beim Thema Migration lägen die "brennendsten Probleme auf dem Tisch".

Dabei ist Denstädt keine Einwanderin. Sie stammt gebürtig aus Saalfeld und ist in Erfurt aufgewachsen. Wie "kraftvoll" der Wechsel im Kabinett für die Grünen tatsächlich wird, muss sich erst noch zeigen. Bei den Wahlergebnissen in Ostdeutschland bilden die Thüringer Grünen derzeit das Schlusslicht. 2019 übersprangen sie die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp. Die Grünen in Sachsen schnitten damals mit 8,6 Prozent besser ab, die Brandenburger erreichten sogar 10,8 Prozent. Die relative Schwäche der Thüringer Grünen hat mehrere Gründe. Zum einen zieht der Linke Ramelow viele Stimmen auch aus dem grünen Milieu auf sich. Zum anderen ist es den Thüringer Grünen bisher nicht gelungen, über nennenswerte Erfolge in der Städtekette Erfurt-Weimar-Jena hinauszukommen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Bernhard Stengele, Landessprecher der Thüringer Grünen, will Minister werden

Load-Date: January 9, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umfrage in Hessen: CDU baut Vorsprung aus ++ Außenpolitik ++ Über dem Schwarzen Meer: US-Drohne kollidiert mit Russen-Jet ++ Schwedens Nato-Beitritt: Regierung rechnet mit Wartezeit ++ Australien: U-Boot-Deal erzürnt China ++ Umstrittenes britisches Asylgesetz: Erste Hürde genommen ++ Aserbaidschan: Präsident: Liefern verlässlich Energie ++ Wissen ++ Soziale Medien und Computerspiele: Zahl der süchtigen Kinder steigt ++ Kinderkrankheiten: Es droht eine Infektionswelle ++ Wirtschaft und Geld ++ EU-Parlament: Sanierungspflicht für alte Gebäude ++ Facebook-Mutter Meta: 10.000 Mitarbeiter sollen gehen ++ Elektro-Strategie: VW setzt voll auf E-Mobilität ++ Filialschließungen: Wo das Galeria-Aus sehr schmerzt ++ Tag an der Börse: Beim Dax keimt Hoffnung auf ++ Sport ++ Der Erfinder des Flops: Trauer um Dick Fosbury ++ Champions-League-Spiel in Neapel: Angst vor gewalttätigen Fans ++ SC Freiburg: Trainer Streich verlängert Vertrag ++ Rekordweltmeisterin: Röiseland beendet Biathlon-Karriere ++ Kultur und Gesellschaft ++ Wegen Einigung mit Lineker: Konservative ärgern sich über BBC ++ RBB-Rundfunkrat: Oliver Bürgel neuer Vorsitzender ++ Erfundene Vergewaltigungsvorwürfe: Lange Haft für Britin ++ Kalifornien: Immer wieder Starkregen

Die Welt

Mittwoch 15. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 53

Length: 2892 words

Body

Innenpolitik

Wehrbeauftragte

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

Bundeswehr fehlt es "an allem"

Vernichtendes Fazit: Die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), hat in ihrem Jahresbericht die nach wie vor mangelhafte Ausstattung und Ausrüstung der Soldaten kritisiert. Der Bundeswehr fehle es "an allem". Dies umfasse sowohl die "persönliche Ausrüstung, kleineres Gerät, Nachtsichtgeräte, Funkgeräte, aber auch das große Gerät". Zudem seien Investitionen in Infrastruktur und Kasernen notwendig. Es gebe zudem auch bei der Bundeswehr gestiegene Energiekosten. Mit Blick auf den Streit um den Haushalt 2024 und die von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) geforderten zehn Milliarden Euro mehr sagte Högl, dies sei eine "realistische Forderung".

Palmer und Scherf zur **Flüchtlingspolitik**

Brandbrief an Kanzler Scholz

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer sowie der Landrat des Landkreises Miltenberg in Bayern, Jens Marco Scherf (Grüne), haben wegen der Flüchtlingspolitik einen mahnenden Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) geschrieben. "Entweder gelingt es, die Migration zu strukturieren und zu steuern und somit die Zugangszahlen an Geflüchteten in den Kommunen wieder deutlich zu reduzieren, oder es drohen Leistungsstreichungen", warnten sie in dem Schreiben, das der "Süddeutschen Zeitung" vorliegt. In dem sechsseitigen Papier fordern die Kommunalpolitiker demnach, dass nicht schutzbedürftige Flüchtlinge gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden. Flüchtlinge ohne Bleiberecht sollten nur Sachleistungen beziehen und in den Aufnahmeeinrichtungen des Bundes und der Länder verbleiben. Die Unterbringung von Geflüchteten habe bereits eine kritische Größe erreicht, "die zu spürbaren Verdrängungseffekten besonders in unteren Einkommensgruppen führt".

Umfrage in Hessen

CDU baut Vorsprung aus

Sieben Monate vor der Landtagswahl in Hessen liegt nach einer Umfrage die CDU in der Wählergunst vorn. Wäre am Sonntag Landtagswahl, dann würden die Christdemokraten auf 32 Prozent der Stimmen kommen. Das wäre laut "Hessentrend" (Infratest Dimap) des Hessischen Rundfunks ein Zuwachs von fünf Prozentpunkten im Vergleich zur Umfrage im Oktober. Die Grünen würden unverändert 22 Prozent Zustimmung bekommen, die SPD käme auf 20 Prozent der Stimmen und würde zwei Prozentpunkte verlieren. Derzeit wird das Bundesland von einer Koalition aus CDU - unter Ministerpräsident Boris Rhein - und Grünen regiert.

Außenpolitik

Über dem Schwarzen Meer

US-Drohne kollidiert mit Russen-Jet

Gefährlicher Zwischenfall über dem Schwarzen Meer: Eine unbemannte US-Militärdrohne ist im internationalem Luftraum mit einem russischen Kampfjet zusammengestoßen. Man habe die Drohne daraufhin zum Absturz bringen müssen, teilte das US-Militär mit und beklagte, ein "unsicheres und unprofessionelles" Handeln der russischen Seite habe den Zwischenfall verursacht. Unterdessen hat der Gouverneur des US-Staates Florida und potenzielle Präsidentschaftsbewerber Ron DeSantis den Beistand der USA für Kiew in Zweifel gezogen. Gegenüber dem Nachrichtensender Fox News erklärte der Republikaner, es sei kein "zentrales nationales Interesse" der USA, "weiter in einen territorialen Streit zwischen der Ukraine und Russland hineingezogen zu werden". Mehr dazu lesen Sie auf Seite 5.

Schwedens Nato-Beitritt

Regierung rechnet mit Wartezeit

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

Die Wahrscheinlichkeit, dass Schweden der Nato erst nach Finnland beitreten kann, hat sich durch den anhaltenden Widerstand der Türkei nach Einschätzung des schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson erhöht. In den vergangenen Wochen sei klar geworden, dass die Türkei bereit sei, den finnischen Antrag zu ratifizieren, aber weiter Vorbehalte gegen das schwedische Beitrittsgesuch hege, sagte Kristersson. Die Türkei fordert von Schweden unter anderem ein härteres Vorgehen gegen Aktivisten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Kristersson wird heute in Berlin Kanzler Olaf Scholz (SPD) treffen. In welcher Frage beide Regierungen weit auseinander liegen, lesen Sie auf Seite 6.

Australien

U-Boot-Deal erzürnt China

Die USA, Großbritannien und Australien wollen ihre Pläne für eine atombetriebene U-Bootflotte in Down Under forcieren - und damit angesichts westlicher Sorgen vor dem wachsenden Einfluss Chinas in der Indopazifikregion ein Zeichen setzen. Die U-Boote, mit denen Australien ausgestattet werde, würden zwar nuklear betrieben, aber nicht nuklear bewaffnet, betonte US-Präsident Joe Biden nach einem Treffen mit den Premierministern von Großbritannien und Australien, Rishi Sunak und Anthony Albanese. Die vor 18 Monaten angekündigte Partnerschaft namens Aukus ermöglicht Australien den Zugriff auf U-Boote, die leistungsfähiger und besser getarnt sind als konventionell angetriebene Modelle. Sie sollen ein Gegengewicht zur chinesischen Aufrüstung in der Region bilden. Peking kritisiert das Projekt und erklärt, es befeuere das Wettrüsten. Mehr über die Allianz der China-Gegner lesen Sie auf Seite 6.

Umstrittenes britisches Asylgesetz

Erste Hürde genommen

Das als Bruch internationalen Rechts kritisierte britische Asylgesetz hat die erste Hürde im Parlament genommen. In erster Lesung stimmte eine deutliche Mehrheit im Unterhaus für den Entwurf von Innenministerin Suella Braverman. Allerdings forderten Mitglieder ihrer Konservativen Partei auch Änderungen. Ex-Premierministerin Theresa May kritisierte, Opfer von Menschenschmuggel würden durch das Gesetz zum "Kollateralschaden". Der Entwurf sieht vor, alle Menschen, die unerwünscht ins Vereinigte Königreich einreisen, ohne Berücksichtigung ihrer Hintergründe für bis zu einen Monat zu internieren. Anschließend sollen sie in ihre Heimat oder nach Ruanda oder in einen anderen Staat abgeschoben werden. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden.

Aserbaidschan

Präsident: Liefert verlässlich Energie

Deutschland braucht nach dem Wegfall der russischen Gaslieferungen Ersatz - und Aserbaidschan hat ihn. Das Land bietet sich als Lieferant von Gas und Erneuerbare Energien an. "Aserbaidschan ist für Europa ein verlässlicher Partner", sagte Präsident Ilham Alijew in Berlin nach einem Treffen mit Kanzler Olaf Scholz (SPD). Man wolle die Gasmenge, die man nach Europa liefere, von zwölf Milliarden Kubikmeter in diesem Jahr auf 20 Milliarden bis zum Jahr 2027 ausbauen. Aserbaidschan habe aber auch ein Windenergiepotenzial von 157 Gigawatt im Kaspischen Meer und werde in den nächsten Jahren auch grüne Energie exportieren, sagte er.

Wissen

Soziale Medien und Computerspiele

Zahl der süchtigen Kinder steigt

Rund 680.000 Jugendliche sind in Deutschland süchtig nach Social Media und Computerspielen, zeigt eine neue Untersuchung. Das sind doppelt so viele wie vor der Pandemie. Die repräsentative Studie wurde von der Krankenkasse DAK und dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf durchgeführt. Befragt wurde eine Gruppe von Zehn- bis 21-Jährigen aus rund 1200 Familien zu ihrem Umgang mit digitalen Medien. Eine ähnliche

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

Untersuchung im Auftrag der DAK hatte im September ergeben, dass die Pandemie bei Jugendlichen zu Bewegungsarmut geführt hat.

Kinderkrankheiten

Es droht eine Infektionswelle

Während der Corona-Pandemie ist die übliche Scharlachwelle in den Kitas nahezu ausgeblieben - das führt der Barmer zufolge zu einem intensiven Nachholeffekt auf die nun älteren Schulkinder. Es drohen "außergewöhnlich schwere Verläufe", schrieb die Krankenkasse in ihrem sogenannten Arztreport. Auch bei anderen Krankheiten drohte eine Infektionswelle. Der Analyse zufolge hatten sich im Jahr 2019 in Deutschland rund 235.000 Kinder mit Scharlach infiziert, 2021 waren es nur noch knapp 25.200. Das entspricht einem Rückgang von gut 90 Prozent. Auch Ringelröteln gingen in dem Zeitraum um 81 und Windpocken um 64 Prozent zurück, wobei es gegen Windpocken eine Schutzimpfung gibt.

Wirtschaft und Geld

EU-Parlament

Sanierungspflicht für alte Gebäude

Das EU-Parlament hat für strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden gestimmt. Konkret sollen Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse "E" und bis 2033 die Energieeffizienzklasse "D" erreichen. Ähnlich wie bei Haushaltsgeräten soll die Energieeffizienz auf einer Skala von "A" bis "G" angegeben werden. Zudem sprachen sich die Abgeordneten mit 343 Stimmen dafür, 216 dagegen und 78 Enthaltungen dafür aus, dass ab 2028 nur noch Häuser gebaut werden sollen, durch die quasi keine zusätzlichen Treibhausgase ausgestoßen werden. Damit haben die Abgeordneten den Weg für Verhandlungen mit den EU-Staaten über das Vorhaben freigemacht. Das Vorhaben war zuletzt wegen möglicher hoher Kosten für Hausbesitzer kontrovers diskutiert worden.

Facebook-Mutter Meta

10.000 Mitarbeiter sollen gehen

Der Facebook- und Instagram-Mutterkonzern Meta will weitere 10.000 Jobs streichen. Die Entlassungen sollen das mittlere Management betreffen, wie Konzernchef Mark Zuckerberg mitteilte. Außerdem sollen 5000 offene Stellen bei Meta nicht besetzt werden. Erst im November hatte der Internetriese die Entlassung von 11.000 Mitarbeitern angekündigt. In den vergangenen Monaten haben zahlreiche US-Technologiekonzerne Stellenstreichungen beschlossen. Der Google-Mutterkonzern Alphabet hat angekündigt, weltweit rund 12.000 Arbeitsplätze abzubauen. Der Softwareriesen Microsoft will 10.000 Beschäftigte entlassen, der Onlineriese Amazon will mehr als 18.000 Jobs streichen. Technologiekonzerne sind durch die schlechte wirtschaftliche Lage zunehmend unter Druck geraten, Kosten einzusparen, unter anderem wegen wegfallender Werbeeinnahmen.

Elektro-Strategie

VW setzt voll auf E-Mobilität

Der Volkswagen-Konzern treibt seine Investitionen in die Elektromobilität weiter in die Höhe. Insgesamt werde der Konzern in den kommenden fünf Jahren 122 Milliarden Euro in Elektrifizierung und Digitalisierung investieren, gab VW bei der Vorstellung der Bilanz für das vergangene Jahr bekannt. Außerdem soll laut Vorstandschef Oliver Blume bis 2025 jedes fünfte verkauftes Auto des Zehn-Marken-Konzerns weltweit ein reines Elektroauto sein; schon in diesem Jahr soll der Anteil auf zehn Prozent steigen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 10.

Filialschließungen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

Wo das Galeria-Aus sehr schmerzt

Von der Schließungswelle beim Kaufhauskonzern Galeria Kaufhof Karstadt sind bundesweit insgesamt 52 Filialen betroffen, 77 bleiben offen. WELT hat die Entscheidungen bei der Frage, ob ein Haus schließen muss oder am Markt bleiben darf, in den wichtigsten Städten analysiert. Dass hinter den Entscheidungen nicht immer ein konsistentes Handeln erkennbar ist, lesen Sie auf Seite 9.

Tag an der Börse

Beim Dax keimt Hoffnung auf

Nach den heftigen Turbulenzen um US-Banken in den vergangenen Tagen hat sich die Lage an den Finanzmärkten am Dienstag beruhigt. Während sich Bank-Aktien wie die der Deutschen Bank und der Commerzbank nach kräftigen Kursverlusten stabilisierten, setzte bei Staatsanleihen eine Erholung ein. Der deutsche Leitindex Dax, der am Montag abgestürzt war, legte bis zum Handelsschluss beflügelt von einer Abschwächung der US-Inflation um 1,83 Prozent auf 15.232 Punkte zu. Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Der Erfinder des Flops

Trauer um Dick Fosbury

Mit seiner Technik hat er den Hochsprung revolutioniert. Dick Fosbury gewann 1968 mit dem sogenannten Flop olympisches Gold. Nun ist der Leichtathlet gestorben. Der Leichtathlet, der mit vollem Namen Richard Douglas Fosbury hieß, wurde 76 Jahre alt. Fosbury hatte seine Disziplin revolutioniert. Der Hochspringer entwickelte eine Technik, bei der die Latte rückwärts überquert wird. Damit gewann der US-Amerikaner im Estadio Olímpico von Mexiko-Stadt am 20. Oktober 1968 mit 2,24 Metern Olympia-Gold. Der Fosbury-Flop wurde danach zum Standard beim Hochsprung, aber der Namensgeber beendete nur ein Jahr nach seinem größten Erfolg seine sportliche Laufbahn. Einen Nachruf lesen Sie auf Seite 13.

Champions-League-Spiel in Neapel

Angst vor gewalttätigen Fans

In Neapel wächst vor dem Achtelfinal-Rückspiel in der Champions League gegen Eintracht Frankfurt die Sorge vor gewalttätigen Fußball-Fans aus Deutschland. Medienberichten zufolge werden die Sicherheitsvorkehrungen in der süditalienischen Stadt vor der Partie heute verstärkt. Am Flughafen Capodichino werden Passiere auf Flügen aus Deutschland besonders überwacht, wie die "Gazzetta dello Sport" meldete. Um die Zulassung von Gästefans ins Diego-Armando-Maradona-Stadion war ein heftiger Streit entbrannt. Zunächst verbot das Innenministerium in Rom allen Anhängern aus Deutschland den Zugang zur Arena. Nachdem ein Eilantrag der Eintracht vor Gericht erfolgreich und der Bann für ungültig erklärt worden war, sprach die Präfektur der Stadt am Vesuv ein Verbot für Anhänger aus Frankfurt aus. Wegen der unsicheren Situation teilte die Eintracht dann mit, auf ihr Auswärtskontingent an Tickets zu verzichten. Alles zum Spiel lesen Sie auf Seite 13.

SC Freiburg

Trainer Streich verlängert Vertrag

Christian Streich ist auch in der kommenden Saison Trainer des SC Freiburg. Der 57-Jährige hat seinen Vertrag beim Fußball-Bundesligisten und Europa-League-Teilnehmer einmal mehr verlängert. Damit wird der gebürtige Südbadener im Sommer in seine 13. Saison mit dem derzeit sehr erfolgreichen Sport-Club gehen. Zur neuen Laufzeit machte der Verein wie üblich keine Angaben, Streich verlängerte seinen Kontrakt in der Regel jedoch um jeweils ein Jahr.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

Rekordweltmeisterin

Röiseland beendet Biathlon-Karriere

Die norwegische Biathlon-Rekordweltmeisterin Marte Olsbu Röiseland beendet laut übereinstimmenden Medienberichten nach dem Saisonende an diesem Sonntag ihre sportliche Karriere. Das berichten sowohl der norwegische Fernsehsender NRK als auch die Tageszeitung "Verdens Gang" unter Berufung auf Quellen im Umfeld der 32-Jährigen. Röiseland selbst äußerte sich bislang noch nicht. Die dreimalige Peking-Olympiasiegerin ist die erfolgreichste Skijägerin der jüngeren Vergangenheit und löste bei den Titelkämpfen in Thüringen zuletzt Magdalena Neuner als Frau mit den meisten Goldmedaillen ab. Neuner hatte insgesamt zwölfmal Gold gewonnen. Insgesamt bringt es Röiseland auf sieben Olympia- und 17 WM-Medaillen. Verheiratet ist die Ausnahmekönnerin mit Sverre Olsbu Röiseland, der das deutsche Frauenteam als Co-Trainer betreut.

Kultur und Gesellschaft

Wegen Einigung mit Lineker

Konservative ärgern sich über BBC

Konservative Abgeordnete und Kommentatoren haben die Einigung zwischen der BBC und ihrem Star-Moderator Gary Lineker scharf kritisiert. Der Tory-Parlamentarier Craig Mackinlay sprach von einer "Kapitulation" des öffentlich-rechtlichen Senders. Lineker könne nun seinen "hochpolitischen Anti-Regierungskurs vorantreiben und viele ungestraft beleidigen. Mir ist kein anderer Arbeitgeber bekannt, der dies zulassen würde", sagte Mackinlay der Zeitung "Telegraph". Der Vize-Generalsekretär der Partei, Lee Anderson, nannte die BBC-Führung "rückgratlos". Konservative Medien berichteten über eine Welle der Empörung unter BBC-Beschäftigten. Lineker hatte in einem Tweet kritisiert, die Rhetorik der konservativen Regierung in ihrer umstrittenen Migrationspolitik sei der Sprache "im Deutschland der 1930er-Jahre nicht unähnlich". Die BBC warf dem Ex-Fußballstar daraufhin einen Bruch ihrer strikten Neutralitätsregeln vor und suspendierte ihn. Als aus Solidarität mehrere andere Kommentatoren und Moderatoren die Arbeit verweigerten, gab die BBC nach. Lineker kehrt am Samstag auf den Bildschirm zurück.

RBB-Rundfunkrat

Oliver Bürgel neuer Vorsitzender

Der RBB-Rundfunkrat hat den Soziologen Oliver Bürgel zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der 53-Jährige war von der Liga der Spaltenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in das Gremium entsandt worden. Als Stellvertreterin bestimmt Elisabeth Herzog-von der Heide, die für die kommunalen Spaltenverbände Brandenburg dabei ist. Der Rundfunkrat wählt Vorsitz und Vize für zwei Jahre. Das Gremium spielt für den öffentlich-rechtlichen ARD-Sender eine wichtige Rolle. Der RBB stürzte im Sommer 2022 in eine schwere Krise. Hintergrund sind Vorwürfe der Vetternwirtschaft und der Verschwendungen gegen die fristlos entlassene Intendantin Patricia Schlesinger und den zurückgetretenen Chefaufseher im Verwaltungsrat, Wolf-Dieter Wolf. Beide wiesen Vorwürfe zurück, die Generalstaatsanwaltschaft ermittelte.

Erfundene Vergewaltigungsvorwürfe

Lange Haft für Britin

Wegen erfundener Vergewaltigungs- und Missbrauchsvorwürfe gegen mehrere Männer muss eine junge Frau in England ins Gefängnis. Ein Gericht in der Stadt Preston verurteilte die 22-Jährige zu achtseinhalb Jahren Haft. Sie hatte sich im Mai 2020 bei Facebook als Opfer vor allem südasiatischer Männer ausgegeben. Daraufhin kam es in ihrer nordwestenglischen Heimatstadt Barrow zu rassistischen Protesten. Die Frau hatte aber gelogen und sich die Verletzungen selbst zugefügt.

Kalifornien

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

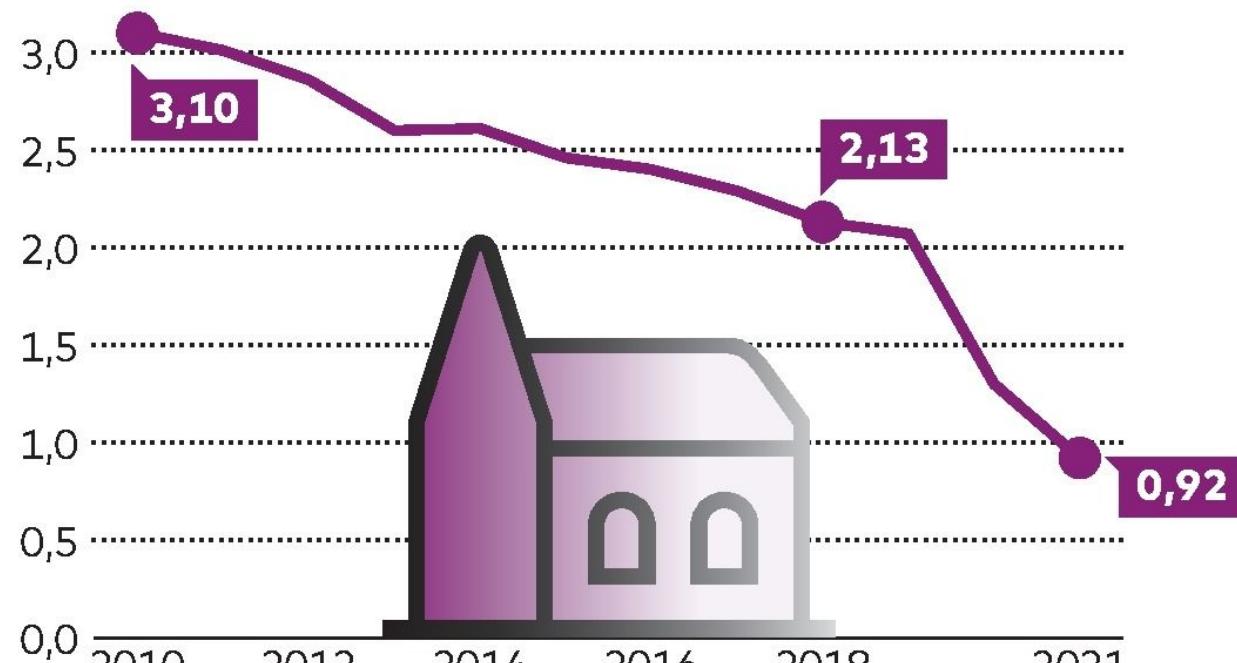
Immer wieder Starkregen

Bereits am Wochenende mussten Tausende Menschen vor Überschwemmungen flüchten - nun wird der US-Bundesstaat Kalifornien erneut von heftigen Unwettern getroffen. Für diesen Dienstag würden "sehr starke" Regenfälle im Süden Kaliforniens erwartet, besonders in der Region um die Städte Santa Barbara und Los Angeles, warnte der US-Wetterdienst. Es sei mit Hochwasser zu rechnen, da die Böden durch die Niederschläge bereits gesättigt seien. Auch Schlammlawinen und Erdrutsche seien wahrscheinlich. Seit Januar wird der sonst oft von Trockenheit geplagte Staat von ungewöhnlich starken Niederschlägen heimgesucht.

GOTTESDIENST

Die Kirchen werden leerer

Durchschnittliche Anzahl der Besucher katholischer Gottesdienste in Deutschland (in Millionen)



WELT

Quelle: Statista/Deutsche Bischofskonferenz

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Wehrbeauftragte: Bundeswehr fehlt es "an allem" ++ Palmer und Scherf zur Flüchtlingspolitik: Brandbrief an Kanzler Scholz ++ Umf....

WETTER



Teils wolkig, teils Schauer, kühler

Heute: Mal schint die Sonne, mal ziehen dichte Wölken vorüber. Dabei gehen geblitztes Regen- oder Schneeschauer nieder. Auf manchen Straßen kann es plötzlich sein. Später wird es häufig freundlicher und trockener. Auch am Erzgebirge fallen immer weniger Schauer. Obis 10 Grad werden erreicht. Der Wind weht mäßig und an der Küste frisch mit Stören aus West bis Nordwest.
Blauwetter: Zunächst müssen sich Asthmatiker und Personen mit chronischer Bronchitis auf Atemprobleme einstellen. Herzpatienten sollten ungewohnte körperliche Anstrengungen vermeiden. Wetter-fühlige leiden vor allem anfangs unter Kopfschmerzen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: March 14, 2023

End of Document

Was vom Versprechen übrig bleibt; Angela Merkel hatte angekündigt, den Migrationsdruck aus Afrika zu senken. Hilfsprojekte und Aktivitäten vor Ort gab es viele. Doch eine Bilanz offenbart in vielen Ländern eher Rückschritte

Die Welt

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 186

Length: 1206 words

Byline: Christian Putsch

Body

Kapstadt

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich für Afrika engagiert wie keiner ihrer Vorgänger: Mehr als 25 Mal reiste sie auf den Kontinent, viermal war sie Gastgeberin eines Gipfels für afrikanische Staats- und Regierungschefs in Berlin. Im Niger half Merkel der Europäischen Union tatkräftig, ein Abkommen mit dem Transitland abzuschließen. Merkels Ziel, vor allem nach der Flüchtlingskrise von 2015, war es, die Fluchtursachen zu bekämpfen und den Migrationsdruck nach Europa zu senken.

In einer Rede vor dem Bundestag sagte sie im November jenes Jahres: "Je mehr in Herkunftsländern dafür Sorge getragen werden kann, dass Menschen sich nicht auf den gefährlichen Weg aus ihrer Heimat machen, umso besser wird es gelingen, Fluchtursachen zu bekämpfen, sodass Flüchtlinge gar nicht mehr den Weg antreten." Zwei Jahre später nutzte Merkel die deutsche G-20-Präsidentschaft, um die Afrikapolitik neu aufzustellen: Deutschland erfand den Compact with Africa (CwA), den Pakt mit Afrika. Zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sollten die Industriestaaten Investitionen in reformwillige Partnerländer auf dem Kontinent anschließen. Zwölf Nationen wurden es schließlich: Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo und Tunesien. Sechs turbulente Jahre sind seitdem vergangen. In Burkina Faso und Guinea gab Putsche, in Äthiopien einen Bürgerkrieg. Dazu kam die Pandemie, und spätestens seit dem Ukraine-Krieg blickt der Westen vor allem geopolitisch auf Afrika. Was aber ist aus dem ehrgeizigen Pakt für Afrika geworden?

Ein erster Anlauf, das herauszufinden, ist ernüchternd. Die auf der CwA-Homepage angegebene Kontaktperson für den IWF teilt mit, nicht mehr für Afrika zuständig zu sein. Der Ansprechpartner bei der Weltbank lässt die Anfrage unbeantwortet. Von den zwölf Mailadressen für die afrikanischen Länder funktionieren vier nicht; nur aus Benin kommt eine kurze Antwort - mit dem Verweis auf andere Ansprechpartner, die auf Anfrage nicht reagieren. Robert Kappel ist emeritierter Wirtschaftsprofessor am Institut für Afrikastudien der Universität Leipzig. Er verfolgt die

Was vom Versprechen übrig bleibt Angela Merkel hatte angekündigt, den Migrationsdruck aus Afrika zu senken. Hilfsprojekte und Aktivitäten vor Ort gab es viele.

Entwicklung der Initiative mit wachsender Skepsis. "Der ganze Compact ist in einer Lähmungsphase", sagt er. Die Investitionen in die Partnerländer seien marginal, bremsend würden sich auch die Krisen in einigen der Länder auswirken. "Wir haben es wieder mit dem Krisennarrativ auf dem Kontinent zu tun, von dem wir weg wollten." In der G 20 gebe es zu viele widersprüchliche Interessen, man sei "kaum in der Lage, gemeinsam anzupacken". Aber viele der Partnerländer seien aus wirtschaftlicher Sicht ohnehin wenig interessant für deutsche Investoren. In Ländern wie Ruanda und Togo "geht es um einige Millionen und nicht um die nötige Größenordnung." Im Fokus seien hingegen wirtschaftlich relevante Länder wie Nigeria, Südafrika oder Tansania.

Das deutsche Finanzministerium, bei dem das Projekt in Deutschland federführend angegliedert ist, sieht die Bilanz positiver. "Im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten verzeichneten die CwA-Staaten im Jahr 2022 ein höheres Wirtschaftswachstum", teilt eine Sprecherin mit. Auch die wirtschaftliche Resilienz habe zugenommen, es gebe "deutliche Fortschritte in den Bereichen Steuerwesen, Investitionsförderung und grünen Investitionen". Das Ministerium erklärt, dass der Bund das Entschädigungsrisiko für Auslandsgewährleistungen in Höhe von rund 9,58 Milliarden Euro für die Pakt-Länder übernommen habe - ein erstaunlicher Betrag, lagen die gesamtafrikanischen Investitionen aus Deutschland im Jahr 2021 nur bei 1,6 Milliarden Euro. Auf Nachfrage hieß es, es handle sich um eine kumulierte Summe langfristig abgesicherter Investitionen, die größtenteils Ägypten beträfen. Auch der jüngste Bericht der G 20 zum Pakt mit Afrika vom Juni liest sich überraschend optimistisch. So hätten sich die Partnerländer im Vergleich zu den anderen Ländern des Kontinents überproportional von der Pandemie erholt. Ihr Wachstum sei im Jahr 2022 mit 5,4 Prozent doppelt so hoch gewesen. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen seien zudem um 18,6 Prozent (im Vergleich zu 2,8 Prozent im Vorjahr) gestiegen - dreimal so hoch wie in Ländern, die dem CwA nicht beigetreten sind. Das sei allerdings größtenteils auf die Erholung des Tourismus in den nordafrikanischen Partnerländern zurückzuführen.

Auch zu dem seit zweieinhalb Monaten geltenden Abkommen der Afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area) zieht der Bericht ein positives Zwischenfazit - es komme "gut voran". Dabei beträgt der afrikanische Binnenhandel unverändert dürftige 14 Prozent, mit Ausnahme von Ostafrika gibt es zu wenig Fortschritte bei der Umsetzung. Zudem ist der Afrikanischen Freihandelszone der Vorsitzende ihres Ministerrats abhandengekommen: Das Amt hatte der Handelsminister Gabuns inne, der im Zuge des dortigen Putschs Ende August aller Ämter enthoben wurde. Experte Kappel kann den positiven Grundton des CwA-Berichts nicht teilen. Der Fokus liege zu sehr auf Handel und zu wenig auf Industrialisierung über Kooperationen mit lokalen Partnerfirmen - in diesem Bereich seien die Chinesen weit effektiver als das deutsche System über die Außenhandelskammern. Daran hätten auch die im Rahmen der G-20-Initiative zugesicherten ausgeweiteten staatlichen Hermes-Bürgschaften wenig verändert. "Das wird in Anspruch genommen, geht aber längst nicht weit genug", sagt Kappel. "Ich höre immer wieder von Unternehmen, dass die Unterstützung durch den deutschen Staat zu vernachlässigen ist." Dem widerspricht Christoph Kannengießer vom Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft zumindest vorsichtig. So hätten sich die Investitionen in Ghana "nicht schlecht" entwickelt, auch für Marokko, Ägypten und die Elfenbeinküste zieht er eher ein positives Fazit. Zudem sei Deutschland im Jahr 2021 in die Top Ten der Investorenländer in Afrika aufgestiegen. "Es ist nicht pauschal alles mies", sagt Kannengießer. "Aber es ist natürlich schwer zu beantworten, was konkret auf die CwA-Initiative zurückzuführen ist." Auch er sieht Schwachstellen des Projekts.

Es sei schwierig, über Bürgschaften abgesicherte Kredite von Geschäftsbanken für unter zehn Millionen Euro zu bekommen, was kleinere Investitionen des Mittelstands limitiere. So manche hohe Anforderung des Lieferkettengesetzes sieht Kannengießer ebenfalls kritisch. Er hofft, dass andere Länder zum Pakt mit Afrika hinzustoßen, wie Kenia, Sambia und Angola. Es gebe eine "relative Vorsicht und Zurückhaltung, echte Reformen bei den Instrumenten anzugehen", sagt Kannengießer. Er habe nicht das Gefühl, dass die Forderung von Investitionen in Afrika die nötige Priorität bei der Ampel-Koalition habe - zumindest außerhalb "grüner" Projekte. Solarkraftwerke oder Produktionsstandorte für grünen Wasserstoff seien begrüßenswert. Aber ähnliche Unterstützung müsse es für Investitionen etwa in die Nahrungsmittelproduktion geben. "Es müssen Industrien entstehen, die Jobs schaffen." Dabei sei man bislang nicht mutig genug gewesen. Mit der politisch und wirtschaftlich turbulenten Entwicklung auf dem Kontinent scheint zumindest die deutsche Regierung nur mühsam Schritt zu halten.

Was vom Versprechen übrig bleibt Angela Merkel hatte angekündigt, den Migrationsdruck aus Afrika zu senken. Hilfsprojekte und Aktivitäten vor Ort gab es viele.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Afrikareise im Jahr 2016

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Wie Schweden zum erklärten Ziel der Islamisten wurde; Regierung prüft Verbot von Koranverbrennungen

Die Welt

Dienstag 7. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 216

Length: 1291 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Zwei Schweden wurden Mitte Oktober in Brüssel von einem mutmaßlichen Islamisten ermordet. Kurz vor der Tat hatte dieser in einem Social-Media-Post erklärt, sie als "Rache im Namen der Muslime" ins Visier nehmen zu wollen. Der Schütze wurde später von der Polizei erschossen. Er stammte aus Tunesien und hatte zuletzt als abgelehnter Asylbewerber in Belgien gelebt.

In Schweden löste das Attentat Entsetzen aus, Ministerpräsident Ulf Kristersson warnte, dass das Land der größten Bedrohung in seiner modernen Geschichte ausgesetzt sei. "Alles deutet darauf hin, dass es sich um einen Terroranschlag handelt, der auf Schweden und seine Bürger abzielt, nur weil sie Schweden sind", so Kristersson. Derzeit zieht kein anderes europäisches Land die Wut der muslimischen Welt und auch islamistischer Gruppen stärker auf sich als das Zehn-Millionen-Einwohner-Land im Norden des Kontinents. Bei genauerem Hinsehen stecken dahinter politisches Kalkül und gezielte Kampagnen, die Schweden zum willkommenen Feindbild in einem geopolitischen - und ideologischen - Kampf gegen den Westen machen.

So befeuerte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Stimmung gegen Schweden mit einer klaren politischen Absicht. Bis zur Ankündigung vor einigen Tagen, den schwedischen Nato-Antrag nun endlich dem türkischen Parlament vorzulegen, hatte Erdogan über ein Jahr lang die Mitgliedschaft des Landes blockiert, das er wiederholt einen sicheren Hafen für Terroristen nannte. Erdogan nötigte Schweden viele Zugeständnisse ab, darunter ein schärferes Anti-Terror-Gesetz. Der türkische Präsident hat dabei vor allem Mitglieder der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK im Sinn, von denen er viele in Schweden vermutet. Auch das iranische Regime nutzte die Wut auf Schweden wiederholt als Katalysator, um von den Protesten gegen die theokratische Herrschaft abzulenken, die das Land zuletzt immer wieder erschütterten. Der geistliche Führer Ayatollah Ali Chamenei erklärte die schwedische Regierung zum Unterstützer "von Verbrechern gegen die islamische Welt".

In den Monaten vor dem Attentat in Brüssel waren in Schweden mehrmals öffentlich Korane verbrannt worden. Rasmus Paludan, rechtsextremer Aktivist und Gründer der islamfeindlichen Partei Stram Kurs, hatte die Heilige Schrift des Islam Anfang des Jahres vor der türkischen Botschaft in Stockholm angezündet. Es folgten wütende

Wie Schweden zum erklärten Ziel der Islamisten wurde Regierung prüft Verbot von Koranverbrennungen

Proteste in muslimischen Ländern. Wenige Monate später verbrannte ein in Schweden lebende Iraker den Koran vor einer Moschee in Stockholm, darauf folgten weitere Aktionen. Und wieder Proteste, dieses Mal in Verbindung mit der Forderung, Koranverbrennungen zu verbieten. Sogar al-Qaida und der IS schalteten sich mit gezielten Terroraufrufen gegen Schweden ein und forderten ihre Anhänger auf, Diplomaten und Botschaften anzugreifen. Tatsächlich attackierte bald darauf ein Mann das schwedische Konsulat im türkischen Izmir und verletzte eine Frau lebensgefährlich. In Bagdad stürmte ein wütender Mob die schwedische Botschaft, die irakische Regierung sekundierte, indem sie den Botschafter des Landes auswies.

Der große Hass auf Schweden wird offenbar durch gezielte Desinformationskampagnen weiter befeuert. Dazu gehört etwa die Behauptung, dass Schwedens Regierung Koranverbrennungen erlaubt. "Das ist offenkundig falsch. Es ist die demokratische schwedische Verfassung, die Protestaktionen erlaubt, und darunter fällt auch Religionskritik", sagt Magnus Ranstorp, Terrorforscher an der schwedischen Verteidigungshochschule im Gespräch mit WELT. Die Meinungsfreiheit wird in Schweden traditionell hochgehalten. Ein generelles Verbot von Koranverbrennungen - wie auch aller anderen heiligen Schriften - ist deshalb bisher nicht festgeschrieben.

"Schweden wird als Speerspitze im Kampf gegen den Islam dargestellt, weil es derzeit verletzbar ist, ein leichtes Opfer", sagt Ranstorp. Die Ursache beschreibt er im Verschmelzen der Koran-Debatte mit einer älteren, gezielten Kampagne, die Schweden auch bei Muslimen im eigenen Land diskreditieren sollte. Ende 2021 tauchten Videos auf, in denen Mitarbeiter der schwedischen Sozialdienste weinende Kinder von ihren Eltern trennten und heftige Anschuldigungen erhoben: Schweden "entführe" die Kinder muslimischer Familien und bringe sie bei Pädophilen unter. Es kam zu Protesten in mehreren schwedischen Städten, arabische Social-Media-User, auch einflussreiche Medien wie "Al-Jazeera", "Al-Arabija" oder der regierungsnahe türkische Pressedienst TRT griffen die Behauptungen auf, schickten teilweise gar Reporter zu den Protesten. Die schwedische Regierung bemühte sich klarzustellen, dass es sich um Fake News handelte.

Doch die Falschmeldungen hatten sich bereits weitverbreitet - und auch in Teilen der eigenen muslimischen Bevölkerung das Misstrauen gegen die Behörden geschürt. Laut Ranstorp ist die Kampagne aktuell wieder im Aufwind, "erweitert um die Behauptung, dass Schweden den Islam selbst zerstören will, indem er muslimische Kinder zwangsweise assimiliert". In der ersten Jahreshälfte dokumentierte die schwedische Agentur für psychologische Verteidigung rund eine Million publizierter Artikel allein zu den Koranverbrennungen, viele davon unter irreführenden Schlagzeilen. Ziel sei es, "Schweden und schwedischen Interessen zu schaden", so der schwedische Minister für Zivilschutz Carl-Oskar Bohlin im Juli auf einer Pressekonferenz. Es hieß, dass auch "staatliche und teilstaatliche Akteure" aus Russland eine zentrale Rolle bei der Verbreitung entsprechender Inhalte spielen.

Es sind derzeit gleich mehrere Fronten, an denen schwedische Sicherheitsbehörden in höchster Alarmbereitschaft sind. Nach den Koranverbrennungen im August hob der Nachrichtendienst Säpo die Terrorbedrohung auf die zweithöchste Stufe an. Schweden sei nun nicht nur ein "legitimes", sondern ein "vorrangiges" Ziel für islamistische Terroristen. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist ohnehin beschädigt, wird das Land doch seit Jahren von Bandenkriminalität heimgesucht. Nach einer Serie von zwölf Morden allein im September soll die überforderte Polizei nun sogar vom Militär unterstützt werden - was man sonst nur aus manchen lateinamerikanischen Ländern kennt.

Auch die heftig geführte Debatte um Schwedens Einwanderungspolitik, die bis zur Migrationskrise 2015 eine der liberalsten weltweit gewesen war, spielt dabei eine Rolle. Wie in Frankreich oder den Nachbarländern Deutschland und Dänemark kamen damals auch Islamisten ins Land, oder solche, die sich radikalierten und später Anschläge verübten. Darunter war auch ein Usbeke, der 2017 mit einem Lastwagen durch eine Fußgängerzone im Herzen Stockholms raste und vier Menschen tötete. In derselben Einkaufsstraße wäre es bereits 2010 beinahe zu einem Blutbad gekommen. Ein Selbstmordattentäter hatte in einer Nachricht erklärt, er wolle Rache nehmen für die schwedische Truppenpräsenz in Afghanistan und für die Mohammed-Karikaturen des schwedischen Künstlers Lars Vilks. Bei den letzten Vorbereitungen detonierte jedoch eine der selbst gebauten Bomben und tötete den Iraker.

Angesichts großer Sicherheitsbedenken und einer Islam-Debatte, die die Bevölkerung spaltet, zu der nach Schätzungen 800.000 Menschen mit religiösem oder kulturellem muslimischem Hintergrund gehören, ist

Wie Schweden zum erklärten Ziel der Islamisten wurde Regierung prüft Verbot von Koranverbrennungen

Schwedens konservative Regierung um Schadenbegrenzung bemüht. Sie prüft derzeit, wie man künftig Koranverbrennungen verhindern kann. Laut einem Bericht des schwedischen Senders TV4 soll die Migrationsbehörde zudem die Abschiebung des Irakers angeordnet haben, der in den vergangenen Monaten für mehrere der Aktionen verantwortlich war.

Schweden wird als Speerspitze im Kampf gegen den Islam dargestellt, weil es derzeit verletzbar ist, ein leichtes Opfer Magnus Ranstorp, Terrorforscher

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

18 Parteien und kein Chef

Die Welt

Dienstag 11. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 132

Length: 388 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

Der am längsten amtierende Premier in der Geschichte der Niederlande hat genug. Nach dem Bruch seiner Koalition aus vier Parteien wegen der Migrationspolitik hat Mark Rutte angekündigt, dass er bei den Neuwahlen nicht mehr antritt und die Politik verlässt. Damit geht in Den Haag eine Ära zu Ende.

Und ein bisschen auch auf europäischer Ebene. Denn der rechtsliberale Rutte hatte in den vergangenen Jahren an Statur gewonnen, etwa als Sprecher der "Sparsamen Vier" (Niederlande, Österreich, Dänemark, Schweden), die in Brüssel eine solide Finanzpolitik einfordern. Er war, zusammen mit Viktor Orbán, der dienstälteste Regierungschef der EU. 13 Jahre hielt sich Rutte in wechselnden Koalitionen an der Macht - das sind schon fast Merkelsche Dimensionen. Obwohl er sich gut verstand mit der Bundeskanzlerin, handelte er in einem zentralen Punkt ganz anders. Als Merkel 2015 erklärte, Deutschland könne seine Grenzen nicht schützen, hatte Rutte schon längst eine restriktivere Migrationspolitik betrieben.

Er wird seinem politisch zunehmend zersplitterten Land als Stabilitätsanker fehlen. Dort können Parteien schon mit einem Prozent der Stimmen ins Parlament kommen. Legt man aktuelle Umfragen zugrunde, wird es künftig wohl ganze 18 Fraktionen in der Tweede Kamer geben. Übertragen auf deutsche Verhältnisse hieße das: Neben Union, SPD, Grünen, FDP, Linkspartei und AfD gäbe es im Bundestag auch noch Linksliberale, Volt, drei Rechts-Parteien, zwei Christen-Parteien, eine Senioren-, eine Tierschutz-, eine Türken- und eine woke Partei. Nicht zu vergessen den Shooting-Star: die rechtspopulistische Bauer-Bürger-Bewegung, die bei den jüngsten Regionalwahlen triumphierte und in aktuellen Umfragen landesweit stärkste Kraft ist, aber weder ein klares Profil noch Regierungserfahrung hat. Wie viele Parteien wird man dann in Den Haag für eine Koalition brauchen? Und wie soll diese verlässlich arbeiten?

Soviel scheint klar: Die nächste Wahl in den Niederlanden wird die spannendste seit der Ermordung von Pim Fortyn, und es werden die schwierigsten Koalitionsverhandlungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Vielleicht setzt sich dann die Erkenntnis durch, dass es doch eine Fünf-Prozent-Hürde braucht, um in den Niederlanden wieder stabile Verhältnisse zu bekommen.

18 Parteien und kein Chef

rainer.haubrich@welt.de (rainer.haubrich@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 10, 2023

End of Document

"SPD gibt dem rechten Druck nach"; Die Juso-Vizevorsitzende Sarah Mohamed hält die geplante Abschiebeoffensive der Bundesregierung für populistisch und "rassistisch"

Die Welt

Donnerstag 2. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 213

Length: 1500 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Die Juso-Vizevorsitzende Sarah Mohamed (SPD), 31, kandidiert für den Vorsitz der sozialdemokratischen Jugendorganisation, der im November neu gewählt wird.

WELT:

Frau Mohamed, die Jusos haben die Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), konsequenter Abschiebungen durchzuführen, scharf kritisiert. Die Parteispitze trägt den Kurs des Kanzlers dagegen mit. Versteht die SPD die Jungen in der Partei nicht mehr?

Sarah Mohamed:

Ich traue der Parteispitze schon zu, dass sie unsere Kritik versteht. Aber die SPD gibt dem rechten Druck nach, den sie in Teilen der Gesellschaft spürt. Es gibt ja gerade eine sehr aufgeheizte, populistische Stimmung gegenüber **Geflüchteten** in Deutschland.

Aus Ihrer Sicht agiert die SPD also populistisch?

Scholz folgt zumindest einer sehr populistischen Argumentation. Das ist keine sozialdemokratische Position, in der Frage von Geflüchteten so viel Härte zu zeigen. Schnellere Abschiebungen helfen den Kommunen auch gar nicht.

Warum nicht?

Es gibt nur sehr wenige unter den Geflüchteten, die wirklich ausreisepflichtig und ohne Duldung sind. Da geht es gerade einmal um etwa 0,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland. An der Überlastung der Kommunen würde das nichts ändern.

"SPD gibt dem rechten Druck nach" Die Juso-Vizevorsitzende Sarah Mohamed hält die geplante Abschiebeoffensive der Bundesregierung für populistisch und "rassistisch"...

Die Kommunen warnen seit Monaten, sie könnten nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen. Die Kapazitäten seien erschöpft, die Infrastruktur reiche nicht aus. Das sagen übrigens auch Sozialdemokraten. Wie wollen Sie diese Probleme lösen?

Die Kommunen müssen mehr finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern bekommen. Das Problem ist ja viel größer und hat nicht nur mit Geflüchteten zu tun. Ich bin im Ruhrgebiet aufgewachsen. Dort sind Kommunen einfach komplett am Ende und stehen kurz vor der Pleite. Da ist es nicht mehr möglich, irgendeine Daseinsvorsorge zu regeln. Man muss außerdem darüber sprechen, wie man die Geflüchteten verteilt. Und das Beschäftigungsverbot für Geflüchtete muss aufgehoben werden. Es muss darum gehen, sie schneller zu integrieren.

Seit den Angriffen der Hamas gegen Israel häufen sich auch hierzulande antisemitische Übergriffe und Anfeindungen von muslimischer Seite. Können Sie nachvollziehen, dass der Ruf nach Abschiebungen vor diesem Hintergrund lauter wird?

Nein, das kann ich nicht nachvollziehen. Ich möchte überhaupt nicht kleinreden, dass es in muslimisch geprägten Communitys ein Problem mit Antisemitismus gibt. Aber gerade in diesem Land sollten wir genauso wenig den Antisemitismus in der Gesamtbevölkerung negieren. Antisemitische Ressentiments gibt es nicht nur bei Rechten, sie wirken bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Bei Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, mit oder ohne Migrationshintergrund, müssen wir deshalb über Bildung und nicht über Abschiebung sprechen. Man kann den Antisemitismus nicht einfach als Problem der Muslime oder der Geflüchteten abtun und die Verantwortung abschieben.

Teilen Sie denn die Kritik, dass dieser sogenannte importierte Antisemitismus auf muslimischer Seite in Deutschland zu lange tabuisiert wurde? Man kann dieses Thema ja kaum ansprechen, ohne sich den Vorwurf des Rassismus einzuhandeln.

Ich finde den Begriff des importierten Antisemitismus irreführend. Antisemitismus hat in Deutschland eine lange Tradition und muss daher gar nicht "von außen" kommen. Viele Migranten, denen man das zuschreibt, sind hier in Deutschland geboren und aufgewachsen, das haben die nicht einfach von außen mitgebracht, das ist auch Teil der deutschen Gesellschaft.

Wenn man sich dieser Tage die Szenen in Berlin-Neukölln anschaut, bietet sich ein anderes Bild: eine muslimische Community, die den Angriff der Hamas gegen Israel feiert, propalästinensische Aufmärsche, bei denen offen antisemitische und israelfeindliche Parolen skandiert werden. Ist die Integration muslimischer Migranten in Deutschland gescheitert?

Nein. Wir müssen bei den jungen Menschen ansetzen, die da auf die Straße gehen, und dafür sorgen, dass sie, anstatt Propaganda und Aufhetzung zu betreiben, einen antisemitismuskritischen Zugang zum Konflikt finden. Wir müssen mehr über aktuelle Formen des Antisemitismus sprechen. Wenn ich an meine eigene Schulzeit denke, hat der Antisemitismus im Unterricht jenseits des Nationalsozialismus überhaupt keine Rolle gespielt. Das muss sich ändern. Jedem muss klar sein, dass Antisemitismus nicht nur eine Sache in der Vergangenheit ist, sondern auch heute noch existiert.

Vor Kurzem haben die Jusos sich von der Fatah-Jugend getrennt, die zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gehört. Kommt dieser Schritt nicht etwas spät? Es ist schon lange bekannt, dass die Organisation antiisraelisch ausgerichtet ist und eine Distanzierung zur Hamas vermissen lässt.

Es gab immer Regeln, auf die wir im Rahmen der Verständigung im Willy-Brandt-Center (1996 auf Initiative der Jusos gegründetes Begegnungszentrum in Jerusalem, d. Red.) bestanden haben. Dazu gehört die konsequente Verurteilung von Terror und Gewalt durch die Hamas. Das Existenzrecht Israels darf nicht infrage gestellt werden. Die Fatah hat diese roten Linien überschritten, deshalb ist eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Ursprünglich hatte die Idee, miteinander in den Dialog zu treten, aber einen hohen Wert.

"SPD gibt dem rechten Druck nach" Die Juso-Vizevorsitzende Sarah Mohamed hält die geplante Abschiebeoffensive der Bundesregierung für populistisch und "rassisti....

Auch die internationale Bewegung Fridays for Future verbreitet seit Tagen offen antisemitische Propaganda. Sie haben immer wieder für die Anliegen von Klimaaktivisten geworben. Werden Sie sich jetzt davon distanzieren?

Ich distanziere mich von den antisemitischen Äußerungen auf den Kanälen der internationalen Bewegung Fridays for Future. Der deutsche Ableger hat sich mit Luisa Neubauer ja bereits sehr deutlich distanziert. Das ist aber kein zentral organisierter Verein mit gewählten Stellvertretern, sondern eine sehr breite Bewegung, in der sich unterschiedliche Leute versammeln. Trotzdem muss sich auch die Linke, und dazu gehört die Klimabewegung, ihrem Antisemitismus-Problem stellen. Da geht ein Riss durch die Linke. Ich erwarte, dass die Klimabewegung aufarbeitet, inwieweit in ihren eigenen Strukturen Antisemitismus verbreitet ist.

Dann kommen wir mal zur Aufarbeitung Ihrer Partei. Die SPD hat seit Monaten mit sinkenden Umfragewerten und zuletzt auch mit Wahlniederlagen wie in Bayern und Hessen zu kämpfen. Was sagen die Jungen in der Partei dazu? Woran liegt das?

Die SPD wirkt inhaltlich entkernt, mutlos, fast lethargisch. Der Erfolg bei der Bundestagswahl 2021 wird oft der Geschlossenheit der SPD zugerechnet. Das darf aber nicht bedeuten, dass wir überhaupt keine Debatten mehr innerhalb der SPD führen. Die SPD verkommt zum Pressesprecher des Kanzleramts. Kaum jemand weiß mehr, wofür die Partei steht. Scholz hat keine sichtbare sozialdemokratische Agenda.

Auch Sie sind mit Kritik nicht gerade zurückhaltend. Auf der Plattform X kritisieren Sie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit den Worten: "Die Abschiebe-Obsession nimmt überhand: Langsam brauchen wir eine Obergrenze für rassistische Gesetze." Wollen Sie Ihrer Partei im Ernst unterstellen, sie erlasse "rassistische Gesetze"?

Rassismus ist in vielen Teilen unserer Gesellschaft ein strukturelles Problem. Das heißt nicht, dass die Personen per se Rassisten wären, aber es können alle Menschen rassistisch handeln. Und das kann sich auch in Gesetzen widerspiegeln. Jetzt sprechen wir über ein Gesetzespaket, das die Abschiebehaft verlängern soll und willkürliche Durchsuchungen bei Geflüchteten ermöglicht. Das halte ich für rassistisch. Diese Menschen sind erstmal Schutzsuchende. Das sind keine Verbrecher.

Nun kritisieren Sie aber nicht die Opposition, sondern sprechen von Rassismus in der eigenen Partei. Wie kann das die SPD stärken?

Wir müssen uns als Gesellschaft mit unseren eigenen Rassismen auseinandersetzen. Das will ich auch von der SPD. Faeser und Scholz schlagen einen gefährlichen Kurs ein. Es ist wichtig, dagegen etwas zu sagen. Es gibt viele, die die SPD nicht mehr wiedererkennen, sie müssen sehen, dass es auch noch andere Stimmen in der Partei gibt.

Sie beschreiben sich selbst als "queere Schwarze Frau, die mit Hartz IV im Ruhrgebiet aufgewachsen ist". Nun kandidieren Sie für den Bundesvorsitz der Jusos, über den im November auf dem Bundeskongress abgestimmt wird. Inwieweit beeinflusst Ihre eigene Biografie Ihre Politik?

Ich bin in Armut aufgewachsen, das hat mich stark geprägt. Ich habe fünf kleine Schwestern, meine Mutter ist alleinerziehend, wir haben von Hartz IV gelebt. Da fehlt es einem an allen Ecken und Enden. Man merkt schnell, dass man nicht so aufwächst wie andere Kinder. Da geht es nicht bloß um so etwas wie Urlaub machen, sondern es bedeutet zum Beispiel, dass nicht jeden Winter für alle eine Winterjacke und Winterschuhe da sind, es reicht nicht für ein Eis im Sommer oder dafür, ins Freibad zu gehen. Das hat mich sehr früh dafür sensibilisiert, dass sich viel um Geld dreht - im negativen Sinne. Aber auch das Thema Rassismus war als Kind schwer zu verstehen. Ich habe die Welt als ungerecht empfunden, und daraus ist das Bedürfnis entstanden, politisch etwas zu verändern.

Original Gesamtseiten-PDF

"SPD gibt dem rechten Druck nach" Die Juso-Vizevorsitzende Sarah Mohamed hält die geplante
Abschiebeoffensive der Bundesregierung für populistisch und "rassisti....

End of Document

Ampel-Koalition will umstrittenes Flüchtlingsprogramm fortsetzen; Die Bundesrepublik fliegt monatlich rund 4000 Flüchtlinge außerhalb des Asylsystems ein, ausgewählt von NGOs. Die Ampel schweigt über Details

Die Welt

Freitag 26. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 101

Length: 1223 words

Byline: Marcel Leubecher

Nikolaus Doll

Body

Zusätzlich zu den **Flüchtlingen** aus der Ukraine und anderen Ländern sowie **Asylbewerbern**, die eigenständig nach Deutschland reisen, fliegt die Bundesrepublik pro Monat rund 4000 **Flüchtlinge** ein. Die Zahl dieser Menschen lag zwischen Januar und Dezember vergangenen Jahres im Durchschnitt bei monatlich zwischen knapp 3100 und rund 4700.

Diese Angaben stammen aus einer WELT vorliegenden Regierungsantwort auf eine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag und beziehen sich nur auf die jeweils monatlich erteilten Aufenthaltserlaubnisse (Paragrafen 22 und 23, Abs. 1 und 2 im Aufenthaltsgesetz) für abseits des **Asylsystems** aufgenommene **Flüchtlinge**.

Insgesamt wurden in der Bundesrepublik seit Januar 2022 bis Ende März 2023 der Regierungsantwort zufolge auf dieser Grundlage 52.575 Personen abseits des Asylsystems nach Deutschland geholt. Die größte Gruppe darunter sind mit Abstand Afghanen aufgrund der Taliban-Machtübernahme, gefolgt von Syrern, die infolge der EU-Türkei-Erklärung von 2016 aus dem Bosporus-Staat aufgenommen werden.

Laut einem WELT vorliegenden Auszug des Ausländerzentralregisters deutete sich eine starke Drosselung der freiwilligen Flüchtlingsaufnahme seit diesem Februar an. Doch wie das Bundesinnenministerium auf Anfrage mitteilte, sind die Daten wegen Nachmeldungen "noch nicht belastbar", der Schluss, es gebe "signifikant weniger" solcher Einreisen, sei daraus nicht zu ziehen. Die Bundesregierung strebe an, die Aufnahmeprojekte auch im Jahr 2023 "wie geplant umzusetzen", so ein Sprecher.

Daran gibt es Kritik, vor allem an den Afghanistan-Programmen. Bei dem ersten wurden primär sogenannte Ortskräfte, also lokale Angestellte deutscher Regierungsstellen und deren Familien, nach Deutschland geholt, um

Ampel-Koalition will umstrittenes Flüchtlingsprogramm fortsetzen Die Bundesrepublik fliegt monatlich rund 4000 Flüchtlinge außerhalb des Asylsystems ein, ausgew....

sie vor Verfolgung aufgrund der Zusammenarbeit zu schützen. Dann wurde das Programm auf weitere besonders bedrohte Afghanen ausgedehnt.

Die Unionsparteien kritisieren die Aufnahmepraxis. Zum ersten Mal würden in Deutschland Menschen, die man als bedroht ansehe, aus ihren Heimatstaaten hierher geholt. Dem folgend müsste mit Verfolgten aus anderen Staaten ebenso verfahren werden - und das zu einem Zeitpunkt, da die Bundesrepublik die steigenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen kaum mehr bewältigen kann.

Zudem hat im Fall von Afghanistan die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der zentrale Akteur der Entwicklungshilfe, bereits mindestens 250 neue afghanische Mitarbeiter seit der Machtübernahme der Taliban vor Ort angeworben, während tausende ehemalige Mitarbeiter samt ihren Familien nach Deutschland geflogen werden. Die neuen Ortskräfte, die naturgemäß ebenfalls mit deutschen Stellen kooperieren, schätzt die Ampel nicht als bedroht ein: Laut der Regierungsantwort auf die Unions-Anfrage zeigten zwar "in vereinzelten Fällen neu eingestellte Ortskräfte Arbeitgebern vor Ort Gefährdungen an", aber "Gefährdungen aufgrund der Tätigkeit konnten in keinem Fall festgestellt werden".

Nach dem ursprünglichen Aufnahmeprogramm, das vor allem für Ortskräfte vorgesehen war, initiierte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) im vergangenen Herbst ein weiteres Projekt: das Bundesaufnahmeprogramm für besonders bedrohte Afghanen. Damit sollten bis September 2025 monatlich etwa 1000 Menschen nach Deutschland ausgeflogen werden. Der Start verzögerte sich aber mehrfach wegen Zweifeln an der Gründlichkeit bei der Auswahl der Kandidaten. Anfang April setzte Baerbock das von ihr initiierte Programm nach mehreren Recherchen des Magazins "Cicero" über Unregelmäßigkeiten vorerst aus. Das Magazin hatte unter Bezugnahme auf ein vertrauliches Schreiben des deutschen Botschafters in Pakistan berichtet, dass Baerbocks Programm offenbar von Islamisten genutzt werde, um nach Deutschland zu gelangen. Die Regierung will aber an dem laut Auswärtigem Amt "präzedenzlosen Bundesaufnahmeprogramm" dennoch grundsätzlich festhalten.

Dabei ist das auch in Deutschland hochumstritten. Grund ist, dass die Vorauswahl für jene Afghanen, die als gefährdet gelten und ausgeflogen werden, nicht von staatlichen Stellen getroffen wird, sondern von privaten Institutionen. Mehrere Dutzend Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) haben den Status einer sogenannten meldeberechtigten Stelle und damit ein Vorschlagsrecht, wer aus Afghanistan ins Land geholt werden soll. Organisiert wird das Zusammenstellen der Namenslisten von einer Koordinierungsstelle, die die Vorschläge auch prüft. Diese Koordinierungsstelle ist allerdings selbst auch vorschlagsberechtigt, kann also Menschen zur Aufnahme vorschlagen. Die letzte Entscheidung, wer aus Afghanistan ins Land darf, liegt aber dann bei den Behörden.

Dennoch gibt es scharfe Kritik an dem Verfahren, vor allem seitens der Unionsparteien. Die Bundesregierung will nämlich keine genauen Angaben über den Prozess der Vorauswahl machen. Antworten auf schriftliche Anfragen der Unionsfraktion im Bundestag bleiben im Vagen, und eine Beschwerde von CDU und CSU beim Ältestenrat wegen angeblicher Verletzung der Auskunftspflicht der Koalitionsfraktionen brachte kein greifbares Ergebnis.

Klar ist derzeit nur so viel: Es gibt rund 100 NGOs, die Vorschläge für die Aufnahme von Afghanen machen dürfen. Die laufen bei einem Netzwerk für afghanische Ortskräfte zusammen, das für seine Arbeit 3,3 Millionen Euro an Steuermitteln bekommt. Weitere Auskünfte will die Bundesregierung aus Sicherheitsgründen nicht erteilen. Es stellt sich nun aber die Frage, nach welchen Kriterien die Menschen aus Afghanistan ausgewählt werden und inwieweit kontrolliert wird, ob damit womöglich auch Extremisten ins Land kommen. Offen ist auch, wer die Vorschläge der Koordinierungsstelle prüft - denn letztlich kontrolliert die sich selbst.

Zwar entscheiden am Ende staatlichen Stellen darüber, wer aus diesem Programm tatsächlich nach Deutschland kommen darf. Dabei gibt es Überprüfungen von Personen. Allerdings liegen der Koordinierungsstelle stand April etwa 30.000 ungeprüfte Fälle der NGOs mit Menschen vor, die sie hierherholen wollen. Durch die Vorauswahl der Koordinierungsstelle haben die Behörden keinen Überblick darüber, wer von diesen Menschen vorrangig einen Anspruch hätte, nach Deutschland ausreisen zu dürfen - sie müssen sich auf die richtige Auswahl der Koordinierungsstelle verlassen.

Ampel-Koalition will umstrittenes Flüchtlingsprogramm fortsetzen Die Bundesrepublik fliegt monatlich rund 4000 Flüchtlinge außerhalb des Asylsystems ein, ausgew....

"Bislang hat die Bundesregierung immer behauptet, dass die nichtstaatlichen Organisationen, die eine meldeberechtigte Stelle sind, nur eine unverbindliche Vorauswahl treffen. Die Antwort entlarvt diese Behauptung als falsch", erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Detlef Seif mit Blick auf die Reaktion des Innensenministeriums auf die Anfrage der Unionsfraktion. "Die Bundesregierung führt nämlich aus, dass die meldeberechtigten Stellen dafür Gewähr bieten müssen, dass die Informationen zur vorgeschlagenen Person plausibel sind. Das belegt, dass die Bundesregierung bei der Endauswahl der Personen thematisch nicht mehr in die Tiefe geht, sondern sich auf die Angaben der NGOs verlässt", sagte Seif WELT. Damit übertrage die Regierung unzulässig staatliche Aufgaben an Dritte, die zudem ein persönliches Interesse hätten. "Sieht man, dass die Bundesregierung dann noch dubiosen Vereinen wie Mission Lifeline, deren Geschäftsführer durch rassistische Äußerung gegen Weiße in Erscheinung getreten ist, die Vorauswahl überlässt, dann wird das Ganze zum Skandal."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

August 2021, nach Machtübernahme der Taliban: Andrang auf dem Flughafen von Kabul vor deutscher Militärmaschine

Load-Date: May 25, 2023

End of Document

Nach der Einbürgerung an die Front; Russischer Pass war bei Gastarbeitern bislang beliebt. Doch nun wird er zum Risiko

Die Welt

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 181

Length: 875 words

Byline: Pavel Lokshin

Body

Für die Ukraine und den Westen ist Russland ein brutaler Aggressor. Aber für viele Armenier, Usbeken, Tadschiken oder Kirgisen ist es immer noch das Land der Möglichkeiten. Junge Menschen aus dem Kaukasus oder Zentralasien, die zu Hause keine Arbeit finden, zieht es trotz der Invasion in der Ukraine nach Russland. Doch auch dort ist ihre Lage oft prekär - und hat sich nun noch verschlechtert. Denn Moskau hat diese Menschen als potenzielle Soldaten entdeckt.

Lange galt Russland als eines der größten Einwanderungsländer der Welt. Im Jahr 2020 verzeichneten die UN dort mehr als elf Millionen Ausländer, die meisten Arbeitsmigranten. Die Grenze zu Zentralasien, Russlands wichtigster Quelle an Arbeitskräften, ist trotz jahrelanger Proteste von Nationalisten weiter offen. Die Pandemie und die Rubelschwäche infolge des Krieges haben die Attraktivität des Landes geschmälert, doch inzwischen nimmt die **Migration** wieder zu. Im vergangenen Jahr gab es vier Millionen "Gastarbeiter", in diesem Jahr sollen es fünf Millionen werden. Viele dürften davon träumen, im Land zu bleiben. Ihnen käme ein relativ liberales Einbürgerungsrecht entgegen. Danach darf man die erste Staatsbürgerschaft behalten, es gibt zahlreiche Erleichterungen für Russisch-Muttersprachler sowie für Menschen, die noch in der Sowjetunion die Schule besuchten. Die Zahl der Einbürgerungen steigt seit Jahren rasant

Zwar sind die Zahlen verzerrt, weil der Kreml seit 2019 - und noch intensiver seit 2022 - hunderttausenden Ukrainern in den besetzten Gebieten die russische Staatsbürgerschaft aufzwingt. Aber die Statistiken sind selbst nach Abzug der ukrainischen Staatsbürger noch beeindruckend. 2021 ließen sich knapp 360.000 Menschen aus anderen Ländern einbürgern, die meisten aus Tadschikistan, Kasachstan, Armenien und Usbekistan. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen im gleichen Jahr nur 131.000 Menschen die Staatsbürgerschaft an. Nun dürften allerdings viele Neurussen diesen Schritt bereuen. Wer männlich und im wehrfähigen Alter ist, kann mobilisiert werden - und muss innerhalb zwei Wochen nach der Einbürgerung bei den Militärbehörden vorstellig werden.

Der russische Staat erinnert die Menschen mit brachialen Methoden an ihre neuen Pflichten: Die Razzia, ein Klassiker zur Durchsetzung der russischen Migrationspolitik, kommt wieder zum Einsatz. Wer früher als Ausländer

Nach der Einbürgerung an die Front Russischer Pass war bei Gastarbeitern bislang beliebt. Doch nun wird er zum Risiko

mit abgelaufener Arbeitserlaubnis vor Polizisten weglauen musste, wird auch als Neubürger nicht verschont. Aus mehreren Regionen berichten örtliche Polizeibehörden von Massenaktionen an klassischen Arbeitsplätzen der Neubürger.

In Sankt Petersburg hat eine zweitägige Razzia in einer Markthalle im Süden der Stadt 100 Eingebürgerten einen zwangswise Besuch im Kreiswehrersatzamt beschert. In Tscheljabinsk wurden 50 Neubürgern Vorladungen zugestellt, in Nischni Nowgorod 25. Ähnliches berichten lokale Medien aus den Regionen Belgorod und Swerdlowsk sowie aus der Teilrepublik Tschuwaschien. Schon vor Monaten gab es Berichte über die ersten Doppelbürger, die nun nach einer Gesetzesänderung mobilisiert werden konnten und mit einer Ausreisesperre belegt wurden.

Ein Vertreter der Menschenrechtsorganisation "Aufruf zum Gewissen", die Kriegsdienstverweigerer juristisch berät, berichtet gegenüber der Kreml-kritischen Plattform Mediazona, man sei "massiv" mit solchen Anfragen konfrontiert. Für Bürger aus mehreren zentralasiatischen Ländern, die auch einen russischen Pass haben, ist das ein Problem. Bereits im vergangenen Jahr haben Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan ihren Bürgern explizit verboten, an Kriegshandlungen in der Ukraine teilzunehmen. Wer in Russland mobilisiert wird, steckt also in einer Zwickmühle. Weigert er sich, in den Krieg zu ziehen, droht in Russland Gefängnis. Inzwischen wird auch der Entzug der russischen Staatsbürgerschaft als Strafe diskutiert. Tut er es doch, kann er nie wieder in die alte Heimat reisen, denn dort drohen für den Kriegseinsatz bis zu zehn Jahre Haft.

In manchen Regionen gehen die Behörden sogar einen Schritt weiter. Von Migranten mit Niederlassungserlaubnis werden keine Anträge auf Einbürgerung mehr akzeptiert - es sei denn, sie unterzeichnen einen Vertrag mit der Armee und gehen als sogenannte Kontraktnik in die Ukraine. Ermöglicht wird ein solches Vorgehen durch eine Verordnung aus dem vergangenen Frühjahr, die Ausländern den Dienst in der russischen Armee erlaubt. Kurze Zeit später gestattete Russland die Blitz-Einbürgerung ohne Vorbedingungen wie einen langjährigen Aufenthalt mit Niederlassungserlaubnis als Gegenleistung für ein Jahr Kriegsdienst.

Aus dem Anreiz wurde aber offenbar ein Instrument der Repression, wie die Menschenrechtlerin Tatjana Kotljär aus dem Gebiet Kaluga südlich von Moskau gegenüber dem russischen Onlinemedium 7x7 berichtete. Ohne Nachweis über den Vertragsabschluss werden keine Unterlagen zur Einbürgerung angenommen. Die Menschenrechtlerin Valentina Tschupik sagte, dass hunderte einbürgerungswillige Ausländer aus ganz Russland sich an sie gewandt hätten. "Man behandelt uns hier wie Vieh", zitiert die Menschenrechtlerin Kotljär einen Tadschiken, der sich in Kaluga einbürgern lassen wollte. "Ich will nicht Staatsbürger so eines Landes werden, ich fahre nach Hause."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 17, 2023

End of Document

Kaum Angebote zur Integration für Arbeitsmigranten; Die Ampel will Tausende Helfer und Fachkräfte nach Deutschland holen. Bei der Eingliederung drohen Hürden

Die Welt

Freitag 28. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 83

Length: 1074 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Am Donnerstag gab Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ein Versprechen im Bundestag: Wenn die Bundesregierung nun massiv Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerbe, werde sie ein Versäumnis aus der Vergangenheit nicht wiederholen. "In den 60er-Jahren gab es in Deutschland schon einmal Vollbeschäftigung, und man hat Arbeitskräfte geholt", sagte Heil. Damals aber habe man Integration "weder angeboten noch verlangt". Diesen "Fehler" werde man nicht noch einmal begehen.

Tatsächlich ist es eine Mammutaufgabe, die sich die Regierung stellt. Mit dem geplanten Fachkräfte-Einwanderungsgesetz will sie mehr als 75.000 ausländische Arbeitskräfte pro Jahr zusätzlich nach Deutschland holen. Dabei soll es nicht nur um Hochqualifizierte und Fachkräfte gehen. Auch "helfende Hände" würden gebraucht, sagte Heil. Man wolle, dass sie "Teil der Gesellschaft" werden. Nur fehlen dafür bislang die Strukturen. Glaubt man Einwanderungsexperten und Migrantенorganisationen, so mangelt es an Plätzen in Sprach- und Integrationskursen. Viele ausländische Hilfskräfte blieben schon heute unter sich. Zum Teil ist das notgedrungen, weil ungünstige Schichtpläne ein Ankommen in der Gesellschaft erschweren.

"Eine unserer neuen Studien zeigt, dass Deutschland Fachkräfte durch Rückwanderung verliert", sagte der Arbeitsmarktexperte Bernhard Boockmann vom Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung vor kurzem gegenüber WELT. "Wenn man das Fachkräfteproblem lösen möchte, muss man auch diejenigen im Blick haben, die in Deutschland entmutigt das Handtuch werfen." Zur Entmutigung tragen laut Boockmanns Studie, für die rund 2000 ausländische Arbeitskräfte nach ihrer Abwanderung aus Deutschland befragt wurden, mehrere Faktoren bei: unpassende Arbeitsverhältnisse, aufenthaltsrechtliche Gründe, aber eben auch "eine fehlende soziale Integration".

Die Probleme beginnen bei den Unterkünften: Hochqualifizierte Arbeitskräfte haben es demnach leichter, eine Wohnung auf dem regulären Markt zu finden - vor allem, wenn sie dabei von ihren Arbeitgebern unterstützt werden. Arbeitskräfte auf Helferniveau erzählen hingegen, dass Vermieter sie wegen ihrer Nationalität ablehnten. Mitunter

Kaum Angebote zur Integration für Arbeitsmigranten Die Ampel will Tausende Helfer und Fachkräfte nach Deutschland holen. Bei der Eingliederung drohen Hürden

werden sie in großen Gemeinschaftsunterkünften des Arbeitgebers untergebracht. Das Ankommen in der Gesellschaft wird dadurch erschwert.

Staatliche Sprachkurse sind für Erwerbsmigranten zudem oft unerreichbar. Zwar sind sie grundsätzlich teilnahmeberechtigt. Allerdings sind die Kurse wegen der aktuellen Asylbewerberzahlen schon heute überlaufen. "Wir haben lange Wartelisten bei Integrationskursen", sagte die Bremer Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) am Donnerstag zum Abschluss einer Integrationsministerkonferenz der Länder. Sollte der Ausbau nicht gelingen, müssen Kursangebote offenbar gekürzt werden. Schon jetzt sind viele Angebote für Arbeitnehmer ungünstig konzipiert. Sie finden oft in Vollzeit statt oder mitten am Tag. Für die Integrationschancen ist das mangelnde Angebot fatal: "Alle Interviewten betonten, dass nicht vorhandene Sprachkenntnisse eine entscheidende Barriere für die alltägliche Kommunikation und zum Verständnis der deutschen Kultur sind", heißt es in der Studie von Boockmann. Besonders betroffen sind mitreisende Ehepartner, die sich um Kinder kümmern müssen. Betreuungsangebote während der Sprachkurse gibt es kaum.

Zwar möchte die Ampel-Koalition gegensteuern: Zum einen durch einen Ausbau der "Vorintegrationsmaßnahmen". In ausgewählten Drittstaaten sollen ab 2026 unter anderem Beratung, Sprachförderung und Alltagswissen über das Leben in Deutschland vermittelt werden. Außerdem sollen sich die Arbeitgeber stärker an Integrationsmaßnahmen beteiligen. Allerdings gibt es bei beidem ebenfalls Barrieren. So teilt das Goethe-Institut, das schon heute in Drittstaaten Angebote der Vorintegration bereitstellt, gegenüber WELT mit, dass es einen deutlichen Ausbau unterstützte. Die Erfahrung zeige, dass eine gute sprachliche und interkulturelle Vorbereitung das Ankommen erleichterten. Allerdings: "Der weltweite Mangel an qualifizierten Deutschlehrkräften stellt in einigen Ländern mit hohem Fachkräftepotenzial eine Hürde dar."

Auch Unternehmensverbände zeigen sich bereit, die Integration der ausländischen Mitarbeiter zu befördern. "Betriebe sind im Werben um internationale Fachkräfte erfolgreicher, wenn sie eine Willkommenskultur im betrieblichen Alltag leben", sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Achim Dercks. Viele Unternehmen engagierten sich hier bereits - zum Beispiel, indem Beschäftigte als Mentoren neuen Kollegen bei der Integration helfen. Auch unterstützten Betriebe beim Spracherwerb. Allerdings dürfte das auf bestimmte Unternehmen mehr als auf andere zutreffen. So zeigen auch hier Studien, dass gerade im Helferbereich in Betrieben oft andere Sprachen gesprochen werden als Deutsch. Arbeitskräfte werden hier zum Teil über ethnische Netzwerke rekrutiert. So stellen etwa Arbeitgeber mit Wurzeln aus dem Westbalkan gerne Bekannte und Verwandte ein - wie eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus dem Jahr 2020 zeigte, die liberale Arbeitsmigrationsregeln für die Westbalkanstaaten evaluierte. In Boockmanns Studie berichten entsprechende Arbeitnehmer, dass sie im Betrieb "natürlich Bosnisch" sprächen.

"Um ein echtes Ankommen zu ermöglichen, muss sich der deutsche Bürokratie- und Antragsdschungel lichten", sagte nun Anja Piel, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). "Der DGB fordert eine zentrale Anlaufstelle, die bei allen Belangen unterstützt, die für eine gute Integration nötig sind: Zugang zu Schule und Kita, bezahlbarem Wohnen und zu Spracherwerb sind besonders wichtig." Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI), Dachverband der kommunalen Migrations- und Ausländerbeiräte, fordert, das Bildungssystem zu reformieren, um Einwandererkinder besser aufzunehmen. "Fachkräfte aus allen Teilen der Welt überlegen sich gut, in welchem Land sie arbeiten möchten, und berücksichtigen dabei weitaus mehr Aspekte als die Bezahlung", heißt es in einer Stellungnahme gegenüber WELT. "Die Zukunft der Familie und der Kinder bildet dabei ein zentrales Kriterium, wozu Bildungschancen und Einbürgerungsperspektiven gehören." Das Sprechen einer nicht-deutschen Muttersprache dürfe kein Nachteil sein.

Wir haben lange Wartelisten bei Integrationskursen Anja Stahmann (Grüne), Bremer Sozialsenatorin

Original Gesamtseiten-PDF

Kaum Angebote zur Integration für Arbeitsmigranten Die Ampel will Tausende Helfer und Fachkräfte nach Deutschland holen. Bei der Eingliederung drohen Hürden

End of Document

Briten planen strengere Zuwanderungsregeln; Ab Frühjahr sollen die Auflagen verschärft werden. Pflegekräfte dürfen keine Angehörigen mitbringen

Die Welt

Mittwoch 6. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 237

Length: 564 words

Byline: Claudia Wanner

Body

London

Großbritannien verschärft die Regeln für die Zuwanderung ins Land deutlich. Das jährliche Mindesteinkommen, ab dem ein Visum für Zuwanderungswillige ausgestellt wird, steigt um 48 Prozent, von 26.200 Pfund (30.577 Euro) auf 38.700 Pfund (45.180 Euro). Für Berufe in der medizinischen Versorgung und Pflege gilt diese Grenze nicht, **Migranten** in dieser Kategorie ist es aber künftig untersagt, Angehörige mit ins Land zu bringen.

Erst vor wenigen Tagen hatte das Office for National Statistics (ONS) einen neuen Rekord bei der Zuwanderung gemeldet. 745.000 waren es unter dem Strich im vergangenen Jahr. Innenminister James Cleverly, seit etwas mehr als zwei Wochen im Amt, versprach nun, dass "in den kommenden Jahren rund 300.000 Personen weniger ins Vereinigte Königreich kommen werden als im vergangenen Jahr". Bisher galt die Visa-Vergabe im internationalen Vergleich als ausgesprochen liberal. Sie orientieren sich praktisch ausschließlich an der Bezahlung. Einschränkungen wie eine allgemeine Obergrenze der Zuwanderungszahlen oder ein verpflichtender Check, ob Betriebe statt ausländischer Fachkräfte einheimische Bewerber einstellen könnten, gibt es nicht.

Dabei deutet die Entwicklung der Einkommen zugezogener Arbeitnehmer darauf hin, dass sie die Wirtschaft antreiben. Analysen von Jonathan Portes, Professor für Volkswirtschaftslehre am King's College in London, zeigen, dass Zuwanderer, die seit 2019 gekommen sind, bereits im zweiten Jahr ihres Aufenthalts über dem Durchschnittseinkommen verdienen.

Zuwanderung hatte als Thema in der britischen Bevölkerung seit dem Brexit-Referendum kontinuierlich und deutlich an Bedeutung verloren. Seit einigen Monaten zeichnet sich aber eine Trendwende ab. Inzwischen sehen 41 Prozent der Briten Immigration als eines der größten Probleme des Landes, belegt eine Umfrage von YouGov aus der vergangenen Woche. Vor drei Jahren nannten gerade einmal 14 Prozent das Thema. Nur die wirtschaftliche Entwicklung und das staatliche Gesundheitssystem NHS gelten als noch dringlicher.

Briten planen strengere Zuwanderungsregeln Ab Frühjahr sollen die Auflagen verschärft werden. Pflegekräfte dürfen keine Angehörigen mitbringen

Doch Beobachter sind besorgt, dass die neuen Regeln gerade für den NHS die Lage deutlich verschärfen könnten. Zur Jahresmitte hatten rund 265.000 der 1,5 Millionen Beschäftigten keinen britischen Pass, 45.000 mehr als im Vorjahr. Mit den neuen Regeln dürfen Bewerber nun weder Lebenspartner noch Kinder mit ins Land bringen. In der Branche herrscht deshalb erhebliche Sorge. "Mit einem Personalmangel von über 120.000 im Gesundheitsservice und mehr als 150.000 in der Pflege sind Maßnahmen, die Menschen abschrecken, diese Jobs anzunehmen, zutiefst beunruhigend", sagte Miriam Deakin, zuständig für Strategiefragen bei der Dachorganisation NHS Providers. Im britischen Gesundheitssystem würden internationale Neueinstellungen neben der Ausbildung im Inland eine zentrale Rolle spielen. Als "grausam" bezeichnete Christina McAnea, Generalsekretärin der Gewerkschaft Unison, der wichtigsten Arbeitnehmervertretung für den Pflegebereich, die Pläne. Sie rechnet damit, dass "Migranten nun auf einladendere Staaten ausweichen" würden, statt ohne ihre Familien in Großbritannien zu leben. Der Innenminister selbst zeigt sich hingegen weniger besorgt. Cleverly räumte zwar ein, dass seine Pläne Menschen mit Familie abhalten könnte, nach Großbritannien zu kommen. Mit einer "wesentlichen" Reduzierung der Visa-Nachfrage rechne er aber nicht.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

"Die Ukraine-Flüchtlinge sind eine große Chance"; Seit Januar ist Clare Lombardelli OECD-Chefvolkswirtin. Die Britin mahnt Bürokratieabbau und mehr Kapazitäten für die Erneuerbaren an. Auf dem Arbeitsmarkt sollte die Regierung entschiedener handeln

Die Welt

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 109

Length: 1082 words

Byline: Tobias Kaiser

Body

Clare Lombardelli ist so etwas wie die Chefberaterin der reichen Welt. Seit Mai ist sie Chefvolkswirtin der OECD. Die Organisation, eine Denkfabrik überwiegend wohlhabender Industrieländer, konzentriert sich darauf, die Politik in den 38 Mitgliedsländern zu vergleichen und den Regierungen Reformempfehlungen zu geben. Am 7. Juni veröffentlichte die Organisation ihre aktuelle Konjunkturprognose, eine ihrer wichtigsten Publikationen. WELT hat mit Lombardelli über Reformbedarf in Deutschland, über die Integration von **Flüchtlingen** aus der Ukraine und über das Risiko einer neuen Energiekrise gesprochen. Es ist das erste Interview der Chefvolkswirtin mit einem deutschen Medium.

WELT:

Deutschland ist Ende vergangenen Jahres in eine technische Rezession gerutscht. Sie und ihre Kollegen prognostizieren für die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr eine Stagnation und für das kommende Jahr ein Wachstum von nur noch 1,3 Prozent. Ist Deutschlands goldenes Jahrzehnt vorbei?

Clare Lombardelli:

Nein, das würde ich nicht sagen. Deutschlands Wirtschaft stagniert zwar gerade. Ich bin aber optimistisch. Die Exporte nehmen zu und werden weiter wachsen, die Engpässe in den Lieferketten sind größtenteils behoben und die deutsche Industrie sitzt auf einem Berg unerledigter Aufträge. Ich erwarte deshalb, dass die deutsche Wirtschaft bald wieder kräftig wachsen wird. Die Aussichten für starkes Wachstum sind deshalb gut in Deutschland. Aber die Regierung muss dabei mithelfen.

Wie?

"Die Ukraine -Flüchtlinge sind eine große Chance" Seit Januar ist Clare Lombardelli OECD -Chefvolkswirtin.
Die Britin mahnt Bürokratieabbau und mehr Kapazitäten....

Die Energiewende ist Deutschlands größte Herausforderung. Die Bundesregierung muss den Wechsel hin zu Erneuerbaren noch schneller vorantreiben. Die Bürokratie blockiert die Energiewende. Die Planung und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur müssen gestrafft werden. Die Kapazitäten für Planverfahren müssen massiv ausgeweitet werden, vor allem bei den Gemeinden. Nur so kann die Energiewende auch funktionieren.

Wo sehen Sie noch Verbesserungsbedarf?

Deutschland lässt viele Chancen der Digitalisierung ungenutzt. Die Politik, aber auch Unternehmen müssen die Vorteile neuer Technologien stärker als bisher nutzen. Andernfalls lässt die Volkswirtschaft viele Möglichkeiten für mehr Produktivität und Wachstum verstreichen. Deutschland droht technologisch hinter andere Länder zurückzufallen. Auch auf dem Arbeitsmarkt muss die Regierung entschiedener handeln.

Sie versucht ja bereits, Fachkräfte ins Land zu holen.

Das ist gut und schön. Aber die Politik muss auch die Potenziale im Inland heben. Es muss für Frauen attraktiver werden zu arbeiten. Wir kritisieren seit Langem das Ehegattensplitting, dass es für Partner häufig wenig attraktiv macht, zu arbeiten. Deutschland muss auch Anreize und Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer, die gerne länger arbeiten, verbessern. Das kann dabei helfen, das zunehmende Probleme einer alternden Gesellschaft abzufedern. Und Deutschland sollte die Gelegenheit nutzen, die der große Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine bietet.

Statistiken zeigen allerdings, dass in Deutschland nur eine Minderheit der Ukraine-Flüchtlinge einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgeht. Viel weniger als in Nachbarländern. Was macht Deutschland falsch? Was machen andere besser?

Deutschland hat sehr viele Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Die große Zahl von Ukraine-Flüchtlingen macht die Integration schwieriger. Aber die Flüchtlinge sind eine große Chance für Deutschland. Wenn die Politik dafür sorgt, dass diese zusätzlichen Arbeitskräfte auch Arbeitsplätze finden, dann könnten dadurch sogar Engpässe am Arbeitsmarkt teilweise verschwinden. Wenn mehr Flüchtlinge arbeiten, würde das die Inflation senken. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Qualifikationen von Flüchtlingen aber auch anderen Migranten schneller und leichter anerkannt werden.

Sie haben ausgerechnet, dass die Gehälter in Deutschland durch die hohe Inflation im vergangenen Jahr real um 5,3 Prozent gesunken sind. Wie lange wird es dauern, bis Arbeitnehmer diese Verluste wieder aufholen? Schließlich dürfte die Inflation hoch bleiben und es ist fraglich, ob die Lohnerhöhungen damit Schritt halten.

Arbeitnehmer werden die Inflationsverluste nur teilweise aufholen. Wir erwarten, dass die Inflation langfristig sinkt und dass Löhne langsam steigen werden. Natürlich werden die Preise auf dem derzeitigen Niveau bleiben, selbst wenn die Inflation sinkt. Aber wir haben möglicherweise den Punkt des maximalen Schmerzes bereits erreicht. Wenn die Preise stabil bleiben und die Löhne steigen, wird die Situation für Arbeitnehmer erträglicher.

In ihrer Konjunkturprognose verweisen Sie darauf, dass die Wirtschaft auch davon profitiert, dass die Preise für Gas und Strom gesunken sind. Zuletzt sind sie allerdings wieder in die Höhe geschossen. Werden wir zum Winter hin eine neue Energiekrise bekommen?

Wir erwarten, dass Strom und Gas günstig bleiben. Das ist aus unserer Sicht die wahrscheinlichste Entwicklung. Aber es gibt natürlich Risiken. Wenn der Krieg in der Ukraine weitergeht, könnten die Gaspreise wieder steigen. Viel wird auch davon abhängen, wie kalt es in diesem Winter wird. In den vergangenen Monaten hat Europa die Energiekrise auch so gut bewältigt, weil der Winter ungewöhnlich warm war. Wenn der nächste Winter besonders kalt wird, hat Europa ein Problem. Und auch die globale Nachfrage spielt eine Rolle. Vor dem vergangenen Winter beispielsweise galten in China noch harte Lockdown-Regeln und das hat für weniger Nachfrage auf dem Weltmarkt gesorgt. Jetzt hat China die Covid-Restriktionen fallen lassen und die chinesische Nachfrage wird mitentscheiden über den Weltmarktpreis. Wir erwarten zwar niedrige Preise, aber die Energiekrise kann im Herbst wiederkommen.

" Die Ukraine -Flüchtlinge sind eine große Chance" Seit Januar ist Clare Lombardelli OECD -Chefvolkswirtin.
Die Britin mahnt Bürokratieabbau und mehr Kapazitäte....

Sie schreiben in ihrem Konjunkturbericht, dass Deutschland seinen Gasverbrauch um 20 Prozent reduzieren muss, um Gasknappheit und hohe Preise im Winter zu vermeiden. Ist eine Reduktion um ein Fünftel nach all den Reduktionen in diesem Jahr realistisch?

Deutschland hat nach dem Ausbruch des Krieges viele beeindruckt. Die deutsche Politik und Wirtschaft haben im Rekordtempo Alternativen zu russischem Gas gefunden. Dass Deutschland so schnell seine Energieversorgung umstellt, hätte niemand erwartet. Die Volkswirtschaft hat weniger verbraucht und neue Quellen erschlossen. Und diese Entwicklung muss weitergehen. Deutschland muss schneller auf erneuerbare Energien umsteigen und seine Energieeffizienz verbessern, um den Gasverbrauch zu reduzieren. Das ist eine Herausforderung, aber es ist möglich.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eine Pflegefachkraft aus der Ukraine betreut in Frankfurt alte Menschen in einem Wohnstift

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Wen wir schützen müssen - und wen abweisen

Die Welt

Freitag 8. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 175

Length: 351 words

Byline: Deniz Yücel

Body

Mehr als 200.000 Menschen haben seit Jahresbeginn in Deutschland Asyl beantragt. Wer und was sich hinter dieser Zahl verbirgt, ist nicht nur, aber auch Folge der deutschen (oder westlichen) Außenpolitik.

Das zeigt das Beispiel Türkei, das Land, aus dem anteilmäßig der größte Zuwachs zu verzeichnen war: 28.700 Erstanträge, mehr als doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für die Bundesregierung keine überraschende Entwicklung. Man war von vornherein darauf gefasst, dass ein erneuter Wahlsieg des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan zu einem Anstieg der Asylbewerberzahlen führen könnte. Als es tatsächlich so kam, überwog, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, in der Bundesregierung Erleichterung. Denn hätte die Opposition nach einem Sieg versucht, die im Land lebenden Syrer und Afghanen wie versprochen abzuschieben, Deutschland wäre mit ganz anderen Zahlen konfrontiert gewesen. Die paar zehntausend Flüchtlinge aus der Türkei sind der Preis dafür, dass man es im Zweifel doch lieber mit dem Autokraten Erdogan hält.

Noch mehr direkte Folge der westlichen Politik - nämlich der Kapitulation vor den Taliban - ist der anhaltende Anstieg der Asylbewerber aus Afghanistan. 35.800 Menschen, 81 Prozent mehr als im Vorjahr. Allerdings sagen solche Statistiken nichts darüber, wer aus welchen Gründen kommt - und wer sich wie zurechtfindet. Das zeigt auf tragische Weise der Fall Zohra Gul. Die 31-Jährige war 2020 mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen, hatte Deutsch gelernt und sich zu integrieren versucht. Im Gegensatz zu ihrem Ehemann Gul A., der sich nicht damit abfinden konnte, dass sie sich von ihm getrennt hatte - und sie im April vorigen Jahres in Berlin mit 13 Messerstichen abschlachtete.

Eine humanitäre Asylpolitik muss Menschen wie Zohra Gul ein Leben in Sicherheit und Freiheit ermöglichen - und Leute abweisen, die die Wertvorstellungen der Taliban mit sich schleppen. Ein solches Leitbild in geordnete rechtsstaatliche Verfahren zu übertragen, ist keine leichte Aufgabe. Aber eine gebotene.

deniz.yuecel@welt.de (deniz.yuecel@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Wen wir schützen müssen - und wen abweisen

Load-Date: September 7, 2023

End of Document

"Schwarz-Grün ist für die CDU kein Zukunftsmodell"; Junge-Union-Chef Johannes Winkel bezeichnet eine klare Abgrenzung zur AfD als Existenzfrage für die CDU. Er kritisiert die Migrationspolitik der Ampel

Die Welt

Dienstag 4. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 67

Length: 1282 words

Byline: Nikolaus Doll

Rixa Fürsen

Body

Johannes Winkel, 31, ist seit November 2022 Vorsitzender der Jungen Union, der Jugendorganisation von CDU und CSU. Der CDU-Mann sieht das Potenzial, zur "einzigen Partei zu werden, die wirklich für Klimaschutz steht".

WELT:

Herr Winkel, im Durchschnitt ist ein CDU-Mitglied fast doppelt so alt wie Sie, nämlich 61 Jahre. Keine der größeren Parteien in Deutschland ist älter, und die Vergreisung nimmt zu. Ist die CDU eine Seniorenpartei?

Johannes Winkel:

Der Altersschnitt muss jedem in der CDU Sorgen bereiten. Wenn die CDU Volkspartei bleiben will, muss sie jünger werden.

Das haben Ihre Vorgänger schon gesagt und sich an einer Verjüngung versucht - ohne Erfolg. Wie haben Sie nun vor?

Die Verjüngung der Union ist gemeinsame Aufgabe von Junger Union und CDU. Unsere Aufgabe ist es, die junge Generation für Politik zu begeistern. Ich darf aber daran erinnern, dass die Junge Union die größte politische Jugendorganisation in Deutschland ist. Die CDU muss sich natürlich die Frage stellen, warum viele Mitglieder der Jungen Union nicht auch Mitglieder der CDU sind.

Wie sieht eine Politik aus, die jüngere Menschen für die CDU begeistert?

"Schwarz-Grün ist für die CDU kein Zukunftsmodell" Junge-Union-Chef Johannes Winkel bezeichnet eine klare Abgrenzung zur AfD als Existenzfrage für die CDU. Er k....

Das ist eine Politik, die vor allem nach Optimismus klingt. Die weder mit einer tickenden Uhr die Klima-Apokalypse, noch den Untergang des Abendlandes herbeiredet, den Menschen keine Angst, sondern Mut macht. Die eben optimistisch in die Zukunft blickt. Und daraus neuen Tatendrang für unser Land entwickelt. In der Kommunikation brauchen wir vor allem klare Botschaften - gerade bei den Zukunftsthemen Klimawandel, demografischer Wandel und Verteidigung unserer Demokratie.

Sagen Sie mal eine.

Die CDU kann die einzige Partei werden, die in der Sache für wirklichen Klimaschutz steht. Denn in Deutschland sehen wir vor allem viel Klima-Marketing. Politiker, die das Thema für sich entdecken, weil es sie medial als modern erscheinen lässt und unrealistische, teilweise auch einfach alberne Konzepte vorstellen. Die Aufgabe der CDU muss es sein, ihr Schlagwort "Technologieoffenheit" auch konkret zu untermauern, sonst verkommt dieser ja richtige Ansatz zur hohen Phrase. Technologien gibt es genug, und der Rest Europas setzt ja auch darauf: vor allem natürlich auf die klimaneutrale und grundlastfähige Kernkraft.

Das hat man in der CDU lange anders gesehen. Es war Ihre Partei, die den Atomausstieg beschlossen hat.

Das war ein wirtschafts-, aber vor allem auch ein klimapolitischer Fehler. Dass in der aktuellen Bundesregierung Robert Habeck per Richtlinienkompetenz dazu gezwungen werden musste, für Klima und Wirtschaft, statt für die Anti-AKW Tradition der Grünen zu arbeiten, ist natürlich ein schlechter Scherz. Aber hier liegt auch eine Chance für die Union: Die Grünen setzen ihren Gründungsmythos vor den Klimaschutz und setzen auf Kohle- statt auf Kernkraftwerke. Das müssen wir als Union den Menschen klarmachen.

Die CDU hat angekündigt, sie wolle nun Klimaschutzpartei sein. Ist das jetzt Anbiederung an die Grünen oder der Versuch einer Kopie?

Weder noch. Wir sollten uns bei diesem Thema schlachtweg gar nicht an den Grünen orientieren. Die CDU muss völlig unabhängig davon Antworten geben.

Wie könnten die aussehen?

Neben dem Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke brauchen wir eine echte Forschungs- und Hightech-Offensive. Das gilt natürlich für die Entwicklung von Speichertechnologien oder der CCS-Technologie (Speicherung von CO₂; d. Red.). Aber eben auch für die Entwicklung von Kernkraftwerken der nächsten Generation oder für die perspektivische Nutzung der Kernfusion.

Sie attackieren die Grünen heftig, CDU-Parteichef Friedrich Merz aber hat auf den jüngsten Regionalkonferenzen auffallend freundlich Richtung Grüne gesprochen. Sind schwarz-grüne Bündnisse die Zukunft, auch im Bund?

Nein.

Aber in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg funktioniert das ganz gut.

Schwarz-grüne Koalitionen in den Ländern werden von starken CDU-Ministerpräsidenten geführt oder in Baden-Württemberg von einem Ministerpräsidenten, bei dem sich alle fragen, warum er nicht in der CDU ist. Aber wenn ich mir die Herausforderungen auf Bundesebene anschau, dann geht es in den nächsten Jahren um so grundlegende Weichenstellungen in der Wirtschafts-, Migrations- oder Energiepolitik, dass ich mir beim besten Willen keine Zusammenarbeit vorstellen kann. Eine Koalition mit den Grünen ist für die CDU kein Zukunftsmodell.

Wer bleibt der Union perspektivisch als Koalitionspartner im Bund?

Nach wie vor bin ich ein Anhänger eines Bündnisses mit der FDP. Darüber hinaus würde ich eine Koalition mit der SPD einer mit den Grünen vorziehen. Den Grünen fehlt schon wegen mangelnder eigener biografischer Erfahrung jedes Verständnis für die Belange der Wirtschaft, vor allem der Industrie - also dem Rückgrat unseres Landes.

"Schwarz-Grün ist für die CDU kein Zukunftsmodell" Junge-Union-Chef Johannes Winkel bezeichnet eine klare Abgrenzung zur AfD als Existenzfrage für die CDU. Er k....

Sie fordern klare Botschaften und eine Abgrenzung zu den Grünen. Muss die CDU wieder konservativer werden?

Um erfolgreich zu sein, muss die CDU die eigenen Überzeugungen vertreten und ihre Politik nicht mehr an der tagesaktuellen Umfrage orientieren. Ich glaube, dass die 20er-Jahre entscheidend sein werden für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Dafür brauchen wir Politiker, die schwierige Entscheidungen treffen, die den Mut haben, diesem Land auch etwas zuzumuten. Die aktuelle Regierung ist dazu offenbar nicht in der Lage. Aber auch in den vergangenen zehn Jahren haben wir in Deutschland ziemlich viel verschlafen.

Unter einer unionsgeführten Regierung ...

Einer Regierung von Union und Sozialdemokraten, ja. Ich bezweifle aber, dass die Menschen sich besonders für parteipolitische Schuldzuweisungen interessieren. Entscheidend ist, dass jetzt angepackt wird.

Hält in der CDU die Brandmauer nach Rechtsaußen so gut, wie von Friedrich Merz versprochen?

Die CDU steht geschlossen hinter der Position, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD gibt.

In Sachsen oder Thüringen sehen das manche CDU-Politiker anders.

Für die CDU geht es hier um eine Existenzfrage. Wer sich zur AfD hin öffnet, verrät den christlichen Markenkern unserer Partei. Das zeigt die AfD selbst immer wieder eindrucksvoll, momentan vor allem in der Debatte um den russischen Angriffskrieg. Ich habe in Butscha mit jungen Ukrainern gesprochen und gesehen, was russische Kriegsverbrechen dort angerichtet haben. Jedem, der das sieht, muss klar sein, dass man in diesem Krieg keine neutrale Position einnehmen kann.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat gefordert, man solle die Nord-Stream-Pipeline reparieren und überlegen, wie man nach dem Krieg mit Russland in Kontakt treten soll. Was halten Sie davon?

Wir sollten uns alle darauf konzentrieren, der Ukraine schnell und effektiv Hilfe zukommen zu lassen.

Das neue Grundsatzprogramm der CDU soll definieren, wofür die Partei steht. Auf welchen drei Bereichen müsste da Ihrer Meinung nach der Schwerpunkt liegen?

Auf dem Klimawandel, dem demografischen Wandel und der Verteidigung der Demokratie - nach innen und außen. Dabei muss es Aufgabe der Jungen Union sein, den demografischen Wandel in die Debatte zu bringen, auf dem im Gegensatz zum Klimawandel kein großer medialer Fokus liegt. Hierfür brauchen wir eine neue, moderne Familienpolitik, aber auch einen grundlegenden Wechsel in der - aktuell leider schizophrenen - Migrationspolitik.

Wieso schizophren?

Weil wir nach der derzeitigen Praxis motivierte und qualifizierte junge Menschen mit Bürokratie und Voraussetzungen überziehen, diese Menschen lange warten lassen. Und wir auf der anderen Seite beim Thema Asyl den Grenzübertritt der Europäischen Union de facto mit Sozialleistungen in Deutschland gleichgesetzt haben. Dass das kein tragfähiges Modell sein kann, ist mittlerweile auch SPD-Bürgermeistern klar.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 3, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++ Grundsteuersenkung in Thüringen: Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++ Neuköllner Bezirksbürgermeister: "Erschreckende Gewalt" in Berlin ++ WELT TALK: Ist Deutschland am Limit? ++ Außenpolitik ++ Angriffskrieg in der Ukraine: Russischer Kommandeur am Leben? ++ Schwedens Nato-Beitritt: Ungarn verzögert Ratifizierung ++ Deutsches Geld für Flüchtlingshilfe: Meloni beschwert sich bei Scholz ++ Majestätsbeleidigung in Thailand: Prominenter Aktivist verurteilt ++ Wissen ++ Gehirnerschütterung: Folgen oft fataler als gedacht ++ Nasa zur Antarktis: Negativrekord bei Eis-Ausdehnung ++ Wirtschaft und Geld ++ Allianz Global Wealth Report: Bescheidenes Finanzvermögen ++ Banken: Ältere fühlen sich diskriminiert ++ Industrieverband: BDI-Präsident kritisiert Regierung ++ 1Komma5Grad: Beliebtestes Start-up ausgezeichnet ++ Airbus-Verkehrsflugzeugsparte: Deutscher wird Chef ++ Ex-Wirecard-Vorstand: Marsalek in Spionage verwickelt? ++ Tag an der Börse: Verluste wegen Zinssorgen ++ Sport ++ Turnen: Toba und die Mission Olympia ++ Bayer Leverkusen: Weltmeister Palacios verlängert ++ Kultur und Gesellschaft ++ Taylor Swift: Bewerbung fürs Symposium ++ Loriot-Ausstellung: "Ach was" zeigt unbekannte Werke ++ Hollywood: Synchronsprecher drohen mit Streik ++ Spanien: Ex-Rocker Hanebuth freigesprochen ++ Nach Tod eines Sechsjährigen: Polizei verhaftet 14-Jährigen

Die Welt

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 188

Length: 2852 words

Body

Innenpolitik

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

Klimakleber in Berlin

Polizei muss Gebühr zurückzahlen

Die Berliner Polizei darf von Klimademonstranten, die sich bei Blockaden an der Straße festgeklebt haben, vorerst keine Gebühren mehr für deren Ablösung verlangen. Das hat das Berliner Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren entschiede. Im konkreten Fall ging es um einen Klimaaktivisten, der sich im Juni 2022 auf einer Straßenkreuzung festgeklebt hatte und von der Polizei entfernt worden war. Die Behörde verlangte dafür später 241 Euro. Dafür gibt es laut Gericht aber keine gesetzliche Grundlage. Die Polizei muss dem Klimademonstranten nun die bereits gezahlte Gebühr zurückerstatten. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Entscheidung rechtskräftig wird. Gegen den Beschluss ist eine Beschwerde möglich.

Grundsteuersenkung in Thüringen

Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja

Die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen will gegen eine mit AfD-Stimmen beschlossene Senkung der Grunderwerbssteuer vor dem Verfassungsgerichtshof klagen. Darauf einigte sich das Kabinett. Finanzministerin Heike Taubert (SPD) sei mit der Auswahl eines Prozessvertreters beauftragt worden. Die Abstimmung zur Grunderwerbssteuer im Thüringer Landtag am 14. September hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt. Es war die erste Steuersenkung, die mit Hilfe von Stimmen der AfD beschlossen wurde.

Neuköllner Bezirksbürgermeister

"Erschreckende Gewalt" in Berlin

Berlin-Neuköllns Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) zeigt sich alarmiert über die Gewalt in der Stadt. Laut Polizei wurde zuletzt am Sonntagabend in Neukölln ein nichtmuslimischer Deutscher krankenhausreif geschlagen, weil er eine islamische Gebetsmütze trug. "Allein in den vergangenen Wochen wurden in Berlin ein Hebräisch sprechender Tourist, ein lesbisches Paar, ein schwuler Mann und nun ein offenbar ein Mann, der eine islamische Gebetsmütze als modisches Accessoire trug, brutal zusammengeschlagen. Das ist eine erschreckende Gewaltserie, die zeigt, dass freiheitliche Werte im Alltag regelmäßig angegriffen werden", sagte Hikel WELT. "Jedem Neuköllner muss klar sein, dass in einem freiheitlichen Land die individuelle Freiheit und Lebensführung der Einzelnen nicht angegriffen werden dürfen." Über die Hintergründe lesen Sie auf Seite 4.

WELT TALK

Ist Deutschland am Limit?

Ist Deutschland angesichts des Flüchtlingszustroms am Limit? Brauchen wir ein neues Asylrecht? Entscheidet die Migrationsfrage die Wahlen in Bayern und Hessen? WELT TV-Chefredakteur Jan Philipp Burgard diskutiert heute im WELT TALK mit den Parteivorsitzenden Lars Klingbeil (SPD), Friedrich Merz (CDU) und Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Janina Mütze, Gründerin des Meinungsforschungsinstituts Civey, zum Thema "Deutschland in der Flüchtlingskrise". Den WELT TALK können Sie heute ab 15.45 Uhr im Livestream auf Welt.de verfolgen, zudem können Sie ihn in der Mediathek sehen, auf YouTube und in der WELT Nachrichtensender TV-App. Eine Wiederholung läuft um 20.05 Uhr.

Außenpolitik

Angriffskrieg in der Ukraine

Russischer Kommandeur am Leben?

Der Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte, Viktor Sokolow, ist nach Darstellung des Verteidigungsministeriums in Moskau und entgegen ukrainischen Angaben am Leben. Das Ministerium

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

veröffentlichte am Dienstag Videoaufnahmen und Fotos, die Admiral Sokolow bei einer Videokonferenz mit Verteidigungsminister Sergej Schoigu und anderen ranghohen Offizieren zeigen sollen. Das Video wurde im Staatsfernsehen gezeigt. Einen Tag zuvor hatten Spezialeinheiten der Ukraine erklärt, Sokolow sei in der vergangenen Woche bei einem Angriff auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim getötet worden. Präsidialamtssprecher Dmitri Peskow, hatte kurz vor der Veröffentlichung des Videos eine Stellungnahme dazu abgelehnt und auf das Verteidigungsministerium verwiesen. Mehr zum Ukraine-Krieg lesen Sie auf Seite 5.

Schwedens Nato-Beitritt

Ungarn verzögert Ratifizierung

Im Ringen um einen Nato-Beitritt Schwedens hat Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban einer schnellen Ratifizierung durch sein Land eine Absage erteilt. "Ich frage mich, ob es etwas Dringendes gibt, das uns dazu zwingen würde, Schwedens Kandidatur zu ratifizieren", erklärte Orban. "Einen solchen Umstand kann ich nicht erkennen." Die Sicherheit Schwedens sei in "keinster Weise" gefährdet, so Orban. Weiter forderte der Regierungschef Stockholm auf, seine Politik der "Verunglimpfung" und die Äußerungen zu Ungarns Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit einzustellen. Ungarn habe das Recht, "zuerst Respekt von Schweden einzufordern", bevor es sich "auf eine positive Entscheidung" bezüglich seiner Nato-Mitgliedschaft vorbereite.

Deutsches Geld für Flüchtlingshilfe

Meloni beschwert sich bei Scholz

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat sich in einem Brief bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wegen deutscher Gelder für Organisationen beschwert, die Flüchtlingshilfe in ihrem Land leisten. In einem Schreiben erklärte die ultrarechte Regierungschefin, dass Hilfe an Land besser in Deutschland als in Italien geleistet werden sollte. "Ich habe mit Erstaunen erfahren, dass Ihre Regierung, ohne sich mit der italienischen Regierung abzustimmen, beschlossen hat, erhebliche Mittel für Nichtregierungsorganisationen bereitzustellen, die an der Aufnahme von irregulären Migranten auf italienischem Gebiet und in der Rettung im Mittelmeer arbeiten", schrieb Meloni. EU-Länder, die Italien helfen wollten, sollten sich besser auf "strukturelle Lösungen" wie die Zusammenarbeit mit Transitländern konzentrieren, um die Einreisen zu stoppen. Was hinter Roms Wut auf die deutsche Seenotrettung steckt, lesen Sie auf Seite 6.

Majestätsbeleidigung in Thailand

Prominenter Aktivist verurteilt

Der thailändische Menschenrechtsanwalt und prominente Aktivist Arnon Nampa ist wegen Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Das zuständige Gericht habe den 39-Jährigen für schuldig befunden, bei einer Rede 2020 in Bangkok gegen den drakonischen Artikel 112 verstoßen zu haben, teilte die Menschenrechtsorganisation Thai Lawyers for Human Rights (TLHR) mit. Das kontroverse Lèse-Majesté-Gesetz sieht lange Haftstrafen von bis zu 15 Jahren für jeden vor, der Kritik am König, der Königin oder anderen Mitgliedern des Hofes übt. Thailand bestraft Majestätsbeleidigung so hart wie kaum ein anderes Land. Lange galt das Gesetz als unantastbar - bis 2020. Da kam es zu Protesten der Demokratiebewegung, bei denen Hunderttausende eine Reform der Verfassung und der Monarchie forderten. Nampa gilt als einer der Anführer der Bewegung.

Wissen

Gehirnerschütterung

Folgen oft fataler als gedacht

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

Ob Sturz oder Stoß: Jedes Jahr erleiden hierzulande Hunderttausende eine Gehirnerschütterung. Das ist keine Lappalie, denn selbst leichte Fälle können langwierige Folgen haben - und bei einigen gar in einer monatelangen Arbeitsunfähigkeit münden. Oft bleiben die entstandenen Schäden aber lange unentdeckt, denn aktuelle Studien zeigen: Die Hirnstrukturen und Nervenzellen selbst werden nicht verletzt. Vielmehr verändert sich die Verdrahtung des Gehirns. Vor allem der Thalamus, eine wichtige Schaltstelle, wird plötzlich aktiver. Was das für die Betroffenen und die Behandlung bedeutet, lesen Sie auf Seite 8.

Nasa zur Antarktis

Negativrekord bei Eis-Ausdehnung

Die maximale Ausdehnung des Meereises in der Antarktis dürfte in diesem Jahr einen negativen Rekordwert seit Beginn der Aufzeichnungen erreicht haben. Die Meeresausdehnung schwankt im Jahresverlauf und erreicht in der Regel ihr Minimum im Februar und ihren Höchstwert im September. So wurde in diesem Jahr Satellitenaufnahmen zufolge die flächenmäßig größte Eisbedeckung mit 16,96 Millionen Quadratkilometern vermutlich am 10. September erreicht. Das ist der niedrigste Wert seit 45 Jahren, wie die US-Raumfahrtbehörde Nasa mitteilte. Zum Vergleich: Der Durchschnittswert für die Jahre 1981 bis 2010 liegt bei 18,71 Millionen Quadratkilometern.

Wirtschaft und Geld

Allianz Global Wealth Report

Bescheidenes Finanzvermögen

Das Finanzvermögen der Deutschen fällt im internationalen Vergleich eher dürfig aus. Das bestätigten Zahlen der Allianz. Laut "Global Wealth Report" der Versicherung kam jeder Bundesbürger statistisch zuletzt auf ein Netto-Geldvermögen von 63.540 Euro. Es umfasst Ansprüche aus Versicherungen, Aktien, Anleihen, Fonds sowie Bankguthaben. Die Bürger der meisten Industrieländer sind im Vergleich reicher, teilweise erheblich. So liegt das Pro-Kopf-Geldvermögen in Belgien bei 97.790 Euro, der durchschnittliche Niederländer hat 103.110 Euro, der durchschnittliche Schweizer sogar 238.780 Euro angespart, jeweils nach Abzug der Schulden. Worauf die deutlichen Unterschiede zu Deutschland zurückzuführen sind, lesen Sie auf Seite 9.

Banken

Ältere fühlen sich diskriminiert

Bei der Kreditvergabe durch Banken sehen sich ältere Menschen zunehmend diskriminiert. Das ergibt sich aus einer Untersuchung des Instituts für Finanzdienstleistungen, wie das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" berichtet. 55 Prozent der Kunden bestätigten dabei die Existenz von Altersgrenzen bei der Vergabe von Konsumkrediten. 71 Prozent bestätigen dies bei Immobilienkrediten. Bei der Vergabe von Konsum- und Immobilienkrediten liegt die Altersgrenze demnach im Schnitt bei 67 Jahren. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Ferda Ataman, schlug vor, das Gleichbehandlungsgesetz zu ändern, um pauschale Kredit-Ablehnungen wegen des Alters zu verhindern. Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Industrieverband

BDI-Präsident kritisiert Regierung

Siegfried Russwurm, der Präsident des Industrieverbands BDI, hat scharfe Kritik an der Standortpolitik der Bundesregierung geübt. So sei das versprochene "Deutschlandtempo", das bürokratische Prozesse vereinfachen und beschleunigen sollte, noch immer nur in Einzelfällen auszumachen, sagte er auf dem Klimakongress des Verbands. Außerdem fokussiere sich die Regierung zu wenig auf den Standort Deutschland. "Wir wollen nicht untergehen, weil uns die Konkurrenzfähigkeit abhanden kommt", sagte Russwurm. Mehr zum Klimakongress lesen Sie auf Seite 10.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

1Komma5Grad

Beliebtestes Start-up ausgezeichnet

Das beliebteste Start-up kommt laut einem LinkedIn-Ranking aus dem Bereich Nachhaltigkeit. Das Karriere-Netzwerk vergab den Titel an das 2021 gegründete Unternehmen 1Komma5Grad, das Gebäude CO2-neutral gestalten möchte. Das Start-up verkauft, installiert und wartet Solarmodule, Wärmepumpen und Batteriespeicher. Für das Ranking wertet LinkedIn Daten aus den Kategorien Beschäftigungswachstum, Interesse an Jobangeboten, Mitgliederengagement sowie Gewinnung von Top-Talenten aus. Auf den ersten zehn Plätzen finden sich sieben Unternehmen aus der IT-Branche, Berlin dominiert die Top 10 mit sechs Start-ups. Mehr zum Ranking lesen Sie auf Seite 10.

Airbus-Verkehrsflugzeugsparte

Deutscher wird Chef

Beim weltgrößten Flugzeughersteller Airbus wird der deutsche Manager Christian Scherer Chef des Verkehrsflugzeugbaus. Dem Unternehmen zufolge soll die Ernennung sicherstellen, dass sich der Geschäftsbereich in schwierigen Zeiten auf das operative Geschäft konzentriert. Scherer (61) leitete zuletzt den Vertrieb des Flugzeugbauers. Bisher füllte der französische Konzernchef Guillaume Faury das Amt in einer Doppelrolle aus. Mit der neuen Aufteilung soll er sich laut Mitteilung auf die strategische Agenda konzentrieren können.

Ex-Wirecard-Vorstand

Marsalek in Spionage verwickelt?

Der frühere Wirecard-Manager und Justizflüchtige Jan Marsalek wird von britischen Ermittlern verdächtigt, Teil eines Spionagenetzwerks für Russland gewesen zu sein. Das geht aus einer Mitteilung der britischen Staatsanwaltschaft hervor. Demnach soll Marsalek eine zentrale Rolle als Vermittler zwischen Moskau und einer Gruppe von Bulgaren gespielt haben, die sich als mutmaßliche russische Spione in London vor Gericht verantworten müssen. Marsalek war früher Vertriebsvorstand des Finanzdienstleisters Wirecard, ist seit Längerem abgetaucht und wird in Russland vermutet. Er gilt als Hauptverdächtiger im Wirecard-Skandal. 2020 war der einstige Dax-Konzern zusammengebrochen, weil 1,9 Milliarden Euro angeblicher Erlöse nicht auffindbar waren. Marsalek hatte sich daraufhin ins Ausland abgesetzt.

Tag an der Börse

Verluste wegen Zinssorgen

Am deutschen Aktienmarkt setzt sich die Talfahrt fort. Der Dax lag zum Xetra-Börsenschluss mit 1,0 Prozent im Minus bei 15.256 Punkten und bewegte sich damit auf dem Niveau vom März. Etwas schwächer erwartete US-Börsen brachten für den Handel auch hierzulande noch etwas Abwärtsdruck. Anhaltende Inflations- und Zinserhöhungssorgen halten die Anleger davon ab, ihr Engagement in risikoreicheren Vermögenswerten zu erhöhen, schrieb Pierre Veyret, Marktanalyst beim Broker Activtrades. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Turnen

Toba und die Mission Olympia

Er ist der Routinier des Teams, die verlässliche Größe: Turner Andreas Toba führt die deutsche Mannschaft bei den Weltmeisterschaften in Belgien an. Bei den Titelkämpfen vom 30. September bis 8. Oktober ist sein oberstes

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

Ziel, mit dem Team die Qualifikation für die Olympischen Spiele 2024 in Paris zu schaffen. Alles fürs Team - das war schon immer die Devise des heute 32-Jährigen. Verletzungen, Pausen und Schmerzen haben ihn nie aufgehalten. Auch jetzt nicht. Mehr dazu auf Seite 13.

Bayer Leverkusen

Weltmeister Palacios verlängert

Fußball-Bundesligist Bayer 04 Leverkusen hat den Vertrag mit Weltmeister Exequiel Palacios vorzeitig um drei weitere Jahre verlängert. Der argentinische Mittelfeldspieler, der 2020 von River Plate gekommen war, bindet sich nun bis Sommer 2028 an die Rheinländer. Der ursprüngliche Kontrakt des Leistungsträgers war noch bis 2025 gültig. "Der Club hat alles erfüllt, was ich mir von meiner Unterschrift seinerzeit versprochen hatte. Ich fühle mich in Leverkusen sehr, sehr wohl, hier habe ich mich als Spieler immer weiterentwickeln können", sagte der 24 Jahre alte Palacios, der großen Anteil am starken Saisonstart Leverkusens hat.

Kultur und Gesellschaft

Taylor Swift

Bewerbung fürs Symposium

Als das WELT-Kultur-Ressort erfuhr, dass im Februar 2024 im australischen Melbourne das erste internationale akademische Symposium zu Taylor Swift stattfinden wird, waren die Redakteure verzaubert. In der dreitägigen Konferenz wird es um den Einfluss des Megastars auf so umfassende Themen wie die globale geistige Gesundheit, Stadtplanung oder Geschlechterrollen gehen. Obwohl die meisten unserer Redakteure keine wahren "Swifties" (so nennt man die zahlreichen Hardcore-Fans der Sängerin) sind, konnten sie als Geisteswissenschaftler der Versuchung nicht widerstehen, sich vorzustellen, was die verschiedenen akademischen Disziplinen zur Swift-Forschung beizutragen hätten. Unsere fiktiven Abstracts lesen Sie auf den Seiten 14 und 15.

Loriot-Ausstellung

"Ach was" zeigt unbekannte Werke

Zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Arbeiten von Loriot werden in der Ausstellung "Ach was" des Caricatura-Museums in Frankfurt/Main präsentiert - dazu gehören seine Zeichnungen während des Zweiten Weltkriegs und frühe Werbegrafiken. "Loriot war ein Phänomen, ein großzügiger Mensch, Gentleman, Mops- und Opernliebhaber", sagte Museumsleiter Achim Frenz über den 2011 gestorbenen Humoristen, der immer wieder das Scheitern zwischenmenschlicher Kommunikation und perfektionistischen Strebens parodierte. Konzipiert wurde die Ausstellung mit über 700 Exponaten anlässlich des 100. Geburtstages von Loriot.

Hollywood

Synchronsprecher drohen mit Streik

Nach der vorläufigen Tarifeinigung mit den Drehbuchautoren droht Hollywood ein neuer Streik. Synchronsprecher und sogenannte Motion-Capture-Darsteller für Videospiele stimmten mit einer Mehrheit von über 98 Prozent für einen Ausstand, sollten die Tarifverhandlungen scheitern, erklärte die zuständige Gewerkschaft SAG-AFTRA. Sie repräsentiert auch die Film- und Fernseh-Schauspieler in den USA, die seit Juli ihre Arbeit niedergelegt haben.

Spanien

Ex-Rocker Hanebuth freigesprochen

Die Sicherheit und Ruhe, die Frank Hanebuth im Januar und im Februar vor Gericht in Madrid ausgestrahlt hatte, hatte wohl gute Gründe - wie es sich jetzt herausstellte. Im Strafprozess gegen Dutzende mutmaßliche ehemalige Angehörige der Motorradbande Hells Angels ist der frühere deutsche Rocker-Boss in Spanien freigesprochen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
 Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

worden. Neben dem 59-Jährigen aus der Region Hannover seien weitere zwölf Angeklagte freigesprochen worden, teilte der Staatsgerichtshof in Madrid mit. 32 weitere Personen seien zu Haftstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt worden.

Nach Tod eines Sechsjährigen

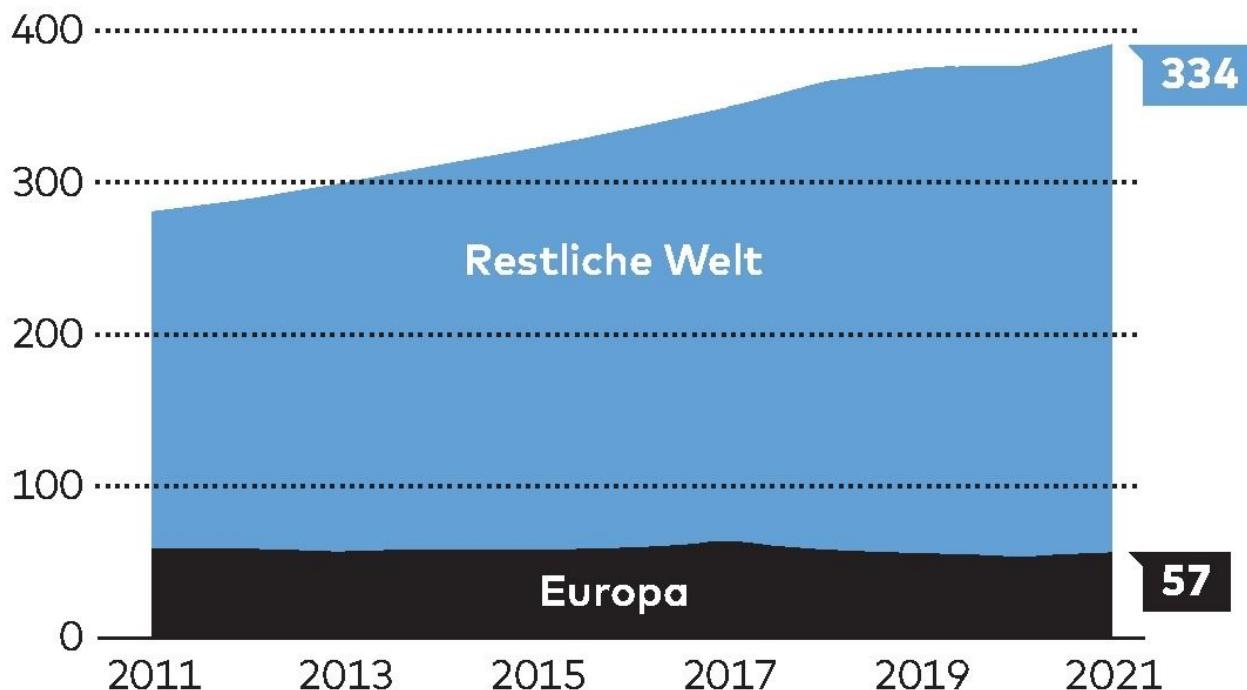
Polizei verhaftet 14-Jährigen

Im Fall des in Pragsdorf in Mecklenburg-Vorpommern erstochen Jungen ist ein Jugendlicher dringend tatverdächtig. Der 14-Jährige kam in U-Haft. An dem in Tatortnähe gefundenen Messer, bei dem es sich um die Tatwaffe hande, wurden laut Polizei neben Blutanhäufungen und Faserspuren des Opfers, auch DNA-Spuren festgestellt, die "mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit" dem Jugendlichen zuzuordnen seien. Der Sechsjährige war am 14. September mit Stichverletzungen in einem Gebüsch entdeckt worden.

WELTWEITE PRODUKTION

Immer mehr Kunststoffe

Weltweite Kunststoffproduktion in Mio. Tonnen



Quelle: Statista

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Klimakleber in Berlin: Polizei muss Gebühr zurückzahlen ++
 Grundsteuersenkung in Thüringen : Klage gegen Beschluss mit AfD-Ja ++....

WETTER



Nach lokalem Nebel heiter und warm

Heute Gähnzwischen können sich Nebel- oder Hochnebelfelder in den Morgenstunden nur zägerlich auflösen. Sonst wechselt sich die Sonne mit einigen Schönwetterwolken ab. Lediglich im Nordwesten sind dichten Wölken möglich. Die meisten Sonnenstunden werden im Süden erwartet. Die Temperaturen steigen auf überdurchschnittlich warme Höchstwerte von 19 bis 27 Grad.

Blauwetter: Zurzeit sind wenige Beschwerden zu dem Wetter zu rückzuführen. Der Organismus wird anstrengt. Davon profitieren vor allem Patienten mit Herz-Kreislauft-Erkrankungen. Man fühlt sich heute ausgelaugt und ist ausgelaugt.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: September 26, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in Thüringen bei 34 Prozent ++ Bremen: Bovenschulte wieder Regierungschef ++ Außenpolitik ++ Militäreinsatz in Dschenin: Israel zieht Soldaten ab ++ Mittelmeer-Fluchtrouten: So viele Tote wie seit 2017 nicht ++ "Nowaja Gaveta"-Journalistin: Milaschina nach Moskau verlegt ++ Wissen ++ Gesundheit: Was bei Hitze sinnvoll ist ++ Krankenkasse in Hessen: Mehr Kinder mit Adipositas ++ Wirtschaft und Geld ++ Gentechnik in der Landwirtschaft: EU schlägt Lockerungen vor ++ Flüssiggas: Europa kauft weiter Russlands LNG ++ Grunderwerbsteuer: Streichung im Gespräch ++ Erzeugerpreise in der Eurozone: Erster Rückgang seit 2020 ++ Deutsche Bahn: Zeitplan für Tarifschlichtung ++ Tag an der Börse: Dax unter Druck ++ Sport ++ Deutsche Volleyball-Männer: Aus Nationenliga ausgeschieden ++ Formel-1-Team von Mercedes: Nur Hamilton kann helfen ++ Fußball-Bundesliga: Leverkusen holt Hoffmann ++ Kultur und Gesellschaft ++ Museum Albertina in Wien: Der neue Chef kommt aus Berlin ++ Sturm im Nordwesten: Baum erschlägt Fußgängerin ++ US-Meteorologen: Montag heißester Tag aller Zeiten ++ New Yorker Hot-Dog-Wettessen: Sieger isst 62 Würstchen

Die Welt

Donnerstag 6. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 129

Length: 2937 words

Body

Innenpolitik

Trotz Protesten

Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

Nach einer monatelangen Hängepartie hat das Bauministerium in Mecklenburg-Vorpommern den Weg für eine umstrittene **Flüchtlingsunterkunft** im 500-Einwohner-Ort Upahl freigemacht. Damit könnte eine Containerunterkunft in dem kleinen Ort entstehen, nachdem die Gemeinde eine entsprechende Entscheidung des Kreises mit allen Mitteln angefochten hatte. "In der konkreten Abwägung war die Pflichtaufgabe des Landkreises, verfolgte Menschen - oft aus Kriegsgebieten - dringend gut unterzubringen, letztlich deutlich überwiegender", sagte der zuständige Bauminister Christian Pegel (SPD) in Schwerin. Die Gemeinde hatte den bereits begonnen Bau der Containerunterkunft auf Flächen des Kreises Nordwestmecklenburg nach wochenlangen, teils tumultartigen Protesten vieler Bürger durch eine Änderung des Bebauungsplans blockiert. Der zuständige Landkreis Nordwestmecklenburg darf nun aber eine Baugenehmigung für die temporäre Containerunterkunft mit maximal 250 Plätzen ausstellen und die Blockade der Gemeinde damit umgehen. Ob das auch so geschieht, ist allerdings noch nicht sicher. Dem Landkreis mangelt es an Erstaufnahmestätten. Aktuell werden bereits Turnhallen genutzt.

Hilfsorganisation

Tafeln beklagen Überlastung

Die Hilfsorganisation "Die Tafel" sieht sich in Deutschland mit einer wachsenden Überlastung konfrontiert. Eine steigende Zahl bedürftiger Menschen und ein gleichzeitiger Rückgang der Spenden führten bundesweit zu einem Ausnahmezustand bei der Verteilung von Lebensmitteln, sagte der Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg, Frank Hildebrandt, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Die Anzahl der Kunden hat sich an manchen Standorten fast verdoppelt. Die Lebensmittel spenden sind gleichzeitig jedoch teilweise um 50 Prozent zurückgegangen." Die Tafel und auch der Sozialverband Deutschland sehen den Staat in der Verantwortung: "Die Berichte von den Tafeln sind erschreckend: In Zeiten von Rekordinflation und Preisexplosion können sich viele nicht einmal mehr das Essen leisten", sagte die Vorstandsvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland, Michaela Engelmeier, dem RND. Dabei gehe es nicht allein um Menschen, die Bürgergeld empfangen, sondern auch um Millionen Geringverdienende und Rentner. Die Arbeit der Tafeln verdiene Respekt und Anerkennung, sagte Engelmeier. "Aber der Staat hat die Verantwortung, das Existenzminimum abzusichern - und nicht die Tafeln."

Umfrage des MDR

AfD in Thüringen bei 34 Prozent

Die AfD in Thüringen kommt einer Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) zufolge aktuell auf 34 Prozent. Das sind neun Prozentpunkte mehr als bei der letzten Befragung vor rund einem Jahr. Laut dem Thüringentrend, den Infratest Dimap im Auftrag des MDR erhoben hat, kommen die Parteien der aktuellen Koalition - Linke, SPD und Grüne - zusammen auf fast die gleiche Prozentzahl wie die AfD allein. Die CDU liegt mit 21 Prozent (minus 1 Prozentpunkt) auf dem zweiten Platz - knapp vor der Linken, für die 20 Prozent der Befragten (minus 2) stimmen würden. Auch die anderen Landtagsparteien verlieren im Vergleich zur letzten Umfrage. Die SPD kommt auf zehn Prozent (minus 1). Die Grünen würden mit fünf Prozent (minus 2) knapp den Einzug in den Landtag schaffen. Die FDP wäre mit vier Prozent (minus 1) nicht mehr im Landesparlament vertreten.

Bremen

Bovenschulte wieder Regierungschef

Rund siebeneinhalb Wochen nach der Bürgerschaftswahl in Bremen ist der SPD-Politiker Andreas Bovenschulte von der Bürgerschaft der Hansestadt als Regierungschef wiedergewählt worden. Für den 57-Jährigen stimmten 49 von 86 anwesenden Abgeordneten. Er erhielt damit eine Stimme mehr, als die ihn tragende Dreierkoalition aus SPD, Grünen und Linkspartei Sitze hat. 37 Parlamentarier stimmten bei der Abstimmung gegen Bovenschulte als Präsidenten des Senats. Rot-Grün-Rot regiert unter Bovenschulte in Bremen bereits seit 2019. Nach der Bürgerschaftswahl einigen sich die drei Parteien auf eine Fortsetzung ihres Bündnisses, Parteitage segneten die Koalitionsvereinbarung am Wochenende ab. Im neu gewählten Landesparlament verfügen SPD, Grüne und Linke gemeinsam über 48 der 87 Sitze. Die zur Regierungsbildung benötigte Mehrheit lag bei 44.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

Außenpolitik

Militäreinsatz in Dschenin

Israel zieht Soldaten ab

Israels Militär hat seinen größten Einsatz im Westjordanland seit 20 Jahren offiziell beendet. Alle Soldaten seien aus der Stadt Dschenin abgezogen, das Militär kehre nun zurück zu seinen "Routineaktivitäten" im Westjordanland, erklärte die Armee. Viele Einwohner Dschenins kehrten zurück in ihre Häuser. Die Palästinensische Autonomiebehörde begann unterdessen damit, in dem Ort Trümmer zu beseitigen sowie beschädigte Strom- und Wassерleitungen zu reparieren. Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa meldete, viele Autos und mehrere Straßen seien im Zuge des Militäreinsatzes zerstört worden. Tausende versammelten sich in der Stadt für die Beisetzung von neun bei dem Einsatz Getöteten. Insgesamt starben mindestens zwölf Palästinenser sowie ein israelischer Soldat. Mehr als 100 Palästinenser wurden zudem verletzt.

Mittelmeer-Fluchtrouten

So viele Tote wie seit 2017 nicht

Auf den Fluchtrouten über das Mittelmeer sind im ersten Halbjahr dieses Jahres so viele Migranten gestorben wie seit 2017 nicht mehr. Insgesamt kamen in den ersten sechs Monaten des Jahres mindestens 1874 Menschen um oder werden vermisst, wie aus den Daten des "Missing Migrants Project" der UN-Organisation für Migration (IOM) hervorgeht. Im vergangenen Jahr waren es im gleichen Zeitraum 1108. Im Jahr 2017 kamen nach den Daten des "Missing Migrants Project" mindestens 2278 Migranten auf den drei Mittelmeerrouten ums Leben, 2016 waren es 2946. Insgesamt fanden nach diesen Angaben seit 2014 mindestens 27.633 Menschen auf den Mittelmeerrouten den Tod.

"Nowaja Gasa"-Journalistin

Milaschina nach Moskau verlegt

Nach dem Angriff auf die russische "Nowaja Gasa"-Journalistin Elena Milaschina in Tschetschenien ist ihr Zustand weiterhin besorgniserregend. "Ihr Zustand ist, offen gesagt, schwierig", sagte "Nowaja Gasa"-Chefredakteur Dmitri Muratow der Nachrichtenagentur AFP. Milaschina wurde demnach in ein Moskauer Krankenhaus verlegt. Der Kreml erklärte, eine vollständige Untersuchung der Tat werde Zeit brauchen. Muratow führte aus, die Angreifer hätten Milaschina mit Knüppeln verprügelt, ihr die Finger gebrochen und Zugang zu ihrem Smartphone verlangt. Die Attacke vom Dienstag hatten mehrere Männer verübt. Vor ihrer Verlegung nach Moskau wurde die Investigativjournalistin zunächst in einem Krankenhaus in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny und dann im benachbarten Nordossetien behandelt.

Wissen

Gesundheit

Was bei Hitze sinnvoll ist

Im Jahr 2022 starben in Deutschland mehr Menschen an einem Hitzetod, als im Straßenverkehr. Und auch in diesem Jahr war es bereits drückend heiß. Die Bundesregierung hat daher erst kürzlich einen nationalen Hitzeplan vorgestellt, um steigenden Todeszahlen und gesundheitlichen Folgen entgegenzuwirken. Was sinnvoll ist, wie man etwa Schwitzen trainieren kann und warum Klimaanlagen keine nachhaltige Lösung sind erklärt Hanns-Christian Gunga, Leiter des Instituts für Physiologie am Zentrum für Weltraummedizin und Extreme Umwelten an der Charité in Berlin. Das Interview mit ihm lesen Sie auf Seite 8.

Krankenkasse in Hessen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

Mehr Kinder mit Adipositas

Bewegungsmangel und eine schlechte Ernährung: Die Zahl der Kinder mit krankhaftem Übergewicht in Hessen ist nach einer Auswertung der Krankenkasse Barmer in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Wurde im Jahr 2012 noch bei rund 22.400 Mädchen und Jungen im Alter bis 14 Jahre die Diagnose Adipositas gestellt, waren es im Jahr 2021 bereits 27.200 Betroffene. Das entspricht laut der Krankenkasse einem Zuwachs von mehr als 21 Prozent. Die Corona-Pandemie habe die negative Entwicklung noch verstärkt. Als adipös gelten Menschen mit einem Body Mass Index (BMI) von mehr als 30, Übergewicht beginnt bei einem BMI von über 25. Der BMI wird aus Körpergröße und -gewicht berechnet. "Während der Corona-Pandemie hat sich die ohnehin steigende Zahl der Adipositas-Diagnosen unter Kindern leider weiter vergrößert", sagte Barmer-Landeschef Martin Till. Als Gründe dafür nannte er unter anderem die Phasen mit digitalem Unterricht sowie Kontakt- und Sporeinschränkungen.

Wirtschaft und Geld

Gentechnik in der Landwirtschaft

EU schlägt Lockerungen vor

Die Europäische Kommission hat einen Gesetzentwurf zur Gentechnik in der Landwirtschaft vorgestellt. Die Behörde empfiehlt darin weitreichende Lockerungen für bestimmte mit Gentechnik gezüchtete Pflanzenarten. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Lebensmittel auf Basis gentechnisch veränderter Pflanzen in Zukunft nicht mehr gekennzeichnet werden müssen, wenn die Veränderungen auch natürlich oder durch konventionelle Züchtungen entstehen könnten. Konkret geht es um sogenannte Neue Genomische Verfahren (NGT), mit denen präzise Eingriffe an der DNA einer Pflanze möglich sind. Die Kommission erhofft sich durch NGT-Verfahren neue Pflanzensorten, die sich zum Beispiel besser an klimatische Veränderungen anpassen können. Die wichtigsten Fragen zu den EU-Plänen und die Antworten darauf finden Sie auf Seite 10.

Flüssiggas

Europa kauft weiter Russlands LNG

Russland richtet sich darauf ein, Europa noch lange mit LNG-Flüssiggas zu beliefern. Nördlich der Hafenstadt Murmansk investiert der Gaskonzern Novatek gerade rund eine halbe Milliarde Dollar in einen Umschlagplatz, der die Lieferungen nach Europa beschleunigen und verbilligen soll. Aktuelle Daten illustrieren, warum der Konzern weiter auf das Geschäft mit EU-Ländern setzt: Trotz des Ukraine-Kriegs könnte in diesem Jahr sogar noch mehr LNG nach Europa fließen als im vergangenen Jahr. Vor allem ein Faktor steht den Sanktionen auf Flüssiggas im Wege. Welcher das ist, erfahren Sie auf Seite 9.

Grunderwerbsteuer

Streichung im Gespräch

Die Finanzministerien von Bund und Ländern prüfen eine Reform der Grunderwerbsteuer, die es den Ländern erlauben würde, den privaten Immobilienerwerb zur Selbstnutzung besserzustellen - bis hin zur Steuerbefreiung. Hohe Baukosten und Zinsen machten es Familien inzwischen "fast unmöglich, Eigentum zu erwerben", twitterte Finanzminister Christian Lindner (FDP). "Wir sollten den Ländern deshalb die gesetzliche Möglichkeit eröffnen, bei selbst genutzten Immobilien auf die Grunderwerbsteuer zu verzichten." Ein Diskussionsentwurf aus dem Finanzministerium über die Pläne sieht großen Spielraum der Länder beim privaten Kauf eines Hauses oder einer Eigentumswohnung vor. Einzige Bedingung wäre, dass sie zu eigenen Wohnzwecken genutzt würden. Demnach könnten die Länder unter anderem einen ermäßigten Steuersatz bis hin zu einem Steuerverzicht anbieten.

Erzeugerpreise in der Eurozone

Erster Rückgang seit 2020

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

In der Eurozone sind die Preise auf Unternehmensebene erstmals seit Längerem wieder gesunken. Im Mai gaben die Produzentenpreise verglichen mit dem Vorjahresmonat um 1,5 Prozent nach, wie das Statistikamt Eurostat am Mittwoch in Luxemburg mitteilte. Es ist der erste Rückgang seit Ende 2020. Im vergangenen Sommer waren die Preise, die Hersteller für ihre Produkte erhalten, um mehr als 40 Prozent gestiegen. Ausschlaggebend waren die Folgen des Kriegs von Russland gegen die Ukraine. Besonders deutlich gingen im Mai die Erzeugerpreise für Energie zurück. Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken sie um 13,3 Prozent. Die Erzeugerpreise beeinflussen die Verbraucherpreise, an deren Entwicklung die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik ausrichtet.

Deutsche Bahn

Zeitplan für Tarifschlichtung

Im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn haben sich beide Seiten auf einen Zeitplan für das vereinbarte Schlichtungsverfahren geeinigt. Dieses soll am 17. Juli beginnen und ist bis zum 31. Juli angesetzt, wie der bundeseigene Konzern und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) mitteilten. Als Schlichter vermitteln sollen die Arbeitsrechtlerin und ehemalige Landespolitikerin Heide Pfarr (SPD) und der frühere Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). "Vor und während der Schlichtung gilt die Friedenspflicht", hieß es. Weitere Warnstreiks sind in dieser Phase also nicht möglich. Nach der Schlichtung werden die EVG-Mitglieder bei der Bahn per Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung der Schlichtungsempfehlung entscheiden.

Tag an der Börse

Dax unter Druck

Dem deutschen Aktienmarkt ist am Mittwoch der Schwung ausgegangen. Der Dax stand zum Börsenschluss bei 15.937 Zählern mit 0,63 Prozent im Minus. Fehlende Impulse durch die feiertagsbedingt geschlossene Wall Street hatten dem Leitindex bereits seit Wochenbeginn zugesetzt. Zur Wochenmitte blieben die Anleger auch vorsichtig, weil das jüngste Sitzungsprotokoll der US-Notenbank Fed zur Veröffentlichung anstand. Darin erwarteten die Marktteilnehmer Hinweise auf die künftige Zinspolitik. Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

Sport

Deutsche Volleyball-Männer

Aus Nationenliga ausgeschieden

Die deutschen Volleyball-Männer haben in der Nationenliga keine Chance mehr auf den Einzug in die Finalrunde. Das Team von Bundestrainer Michal Winiarski kann nach dem 3:1 der Niederlande gegen Kanada am Mittwoch nicht mehr auf einen der ersten acht Plätze springen. Zwar könnte das deutsche Team theoretisch bei den Siegen noch mit den Niederländern gleichziehen, bei den dann entscheidenden Punkten aber nicht mehr. Die DVV-Auswahl hat bislang nur eines ihrer acht Vorrundenspiele gewonnen.

Formel-1-Team von Mercedes

Nur Hamilton kann helfen

Seit dem Saisonfinale 2021 befindet sich Mercedes mit seinem Formel-1-Team im Krisenmodus. Das Vorgängermodell und auch der aktuelle Rennwagen entsprechen nicht dem Selbstverständnis des erfolgsverwöhnten Rennstalls. Das frustriert nicht nur Lewis Hamilton, den wichtigsten Angestellten des Teams, sondern führt wie zuletzt auch zu kuriosen Funksprüchen wie dem von Teamchef Toto Wolff: "Lewis, wir wissen, dass das Auto schlecht ist. Fahr' es einfach." Dabei kann die Dominanz des Red-Bull-Stalls nur gebrochen werden, wenn Hamilton mitspielt. Seine Expertise ist entscheidend, um den Mercedes wieder in die Erfolgsspur bringen zu können. Mehr zum Thema auf Seite 13.

Fußball-Bundesliga

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

Leverkusen holt Hoffmann

Nationalspieler Jonas Hofmann wechselt von Borussia Mönchengladbach zu Bayer Leverkusen. Der 30-Jährige hat bei seinem neuen Klub einen Vertrag bis 2027 unterschrieben, wie Bayer 04 berichtete. Einem Bericht des "Kicker" zufolge nutzten die Leverkusener eine Ausstiegsklausel im Gladbacher Kontrakt des Offensivspielers. Sie soll im Bereich von zehn Millionen Euro liegen. Für die Borussia ist Hofmanns Abgang ein herber Verlust, er hatte erst im August vergangenen Jahres seinen Vertrag in Gladbach bis 2025 verlängert, inklusive einer Option für ein weiteres Jahr. Der routinierte und torgefährliche Kreativspieler sollte im neu formierten Team nach dem Abgang mehrerer Leistungsträger eine zentrale Rolle einnehmen.

Kultur und Gesellschaft

Museum Albertina in Wien

Der neue Chef kommt aus Berlin

Der deutsche Kunsthistoriker Ralph Gleis wird ab 1. Januar 2025 der neue Generaldirektor der Albertina in Wien. Diese Entscheidung gab Österreichs Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer (Grüne) bekannt. Der 49-Jährige leitet aktuell die Alte Nationalgalerie in Berlin. Er folgt auf Klaus Albrecht Schröder, der sich nach einem Vierteljahrhundert an der Spitze des Hauses nicht wieder beworben hatte. Gleis habe mit seinen Ideen, neues Publikum anzusprechen, überzeugt, sagte Mayer. Der neue Direktor gilt als Spezialist für die Klassische Moderne und die Kunst des 19. Jahrhunderts. Die Albertina ist mit ihrer höchst umfangreichen grafischen Sammlung eines der bedeutendsten Museen Europas.

Sturm im Nordwesten

Baum erschlägt Fußgängerin

Mit stürmischem Wind und orkanartigen Böen hat das Sturmtief "Poly" am Mittwoch Deutschland erreicht - betroffen waren vor allem die Küsten und Niedersachsen. Im Emsland wurde eine Fußgängerin tödlich verletzt, als ein entwurzelter Baum umstürzte und sie unter sich begrub, wie die Polizei mitteilte. Die Frau, die mit ihrem Hund unterwegs war, erlag noch an der Unfallstelle ihren Verletzungen. Der Sturm brachte an den Küsten Windgeschwindigkeiten von 130 Kilometern pro Stunde mit sich, wie der Deutsche Wetterdienst mitteilte: "Das ist für einen Sommersturm schon wirklich extrem."

US-Meteorologen

Montag heißester Tag aller Zeiten

Der vergangene Montag war US-Meteorologen zufolge der bislang heißeste Tag auf der Welt seit Beginn der Aufzeichnungen. Am 3. Juli sei eine durchschnittliche Temperatur von 17,01 Grad Celsius gemessen worden, erklärte die US-Ozeanografie- und Wetterbehörde NOAA. Damit sei der bisherige Rekord von 16,92 Grad vom 24. Juli 2022 übertroffen worden. Er könnte bald schon wieder gebrochen werden, wenn der Hochsommer auf der Nordhalbkugel beginnt. Die weltweite Temperatur schwankt im Jahresverlauf zwischen zwölf und 17 Grad und lag in den Jahren von 1979 bis 2000 Anfang Juli durchschnittlich bei 16,2 Grad.

New Yorker Hot-Dog-Wettessen

Sieger isst 62 Würstchen

Das New Yorker Hot-Dog-Wettessen zum US-Unabhängigkeitstag ist zum 16. Mal in 17 Jahren gleich ausgegangen: Serienchampion Joey Chestnut hat erneut gewonnen und innerhalb von zehn Minuten 62 Kochwürstchen und wassergetränktes Brötchen verschlungen. Tausende Zuschauer bejubelten die Leistung des 39-Jährigen, der sich gegen Teilnehmer durchsetzte, die bereits Wettessen für Sushi, Donuts und gekochte Eier für

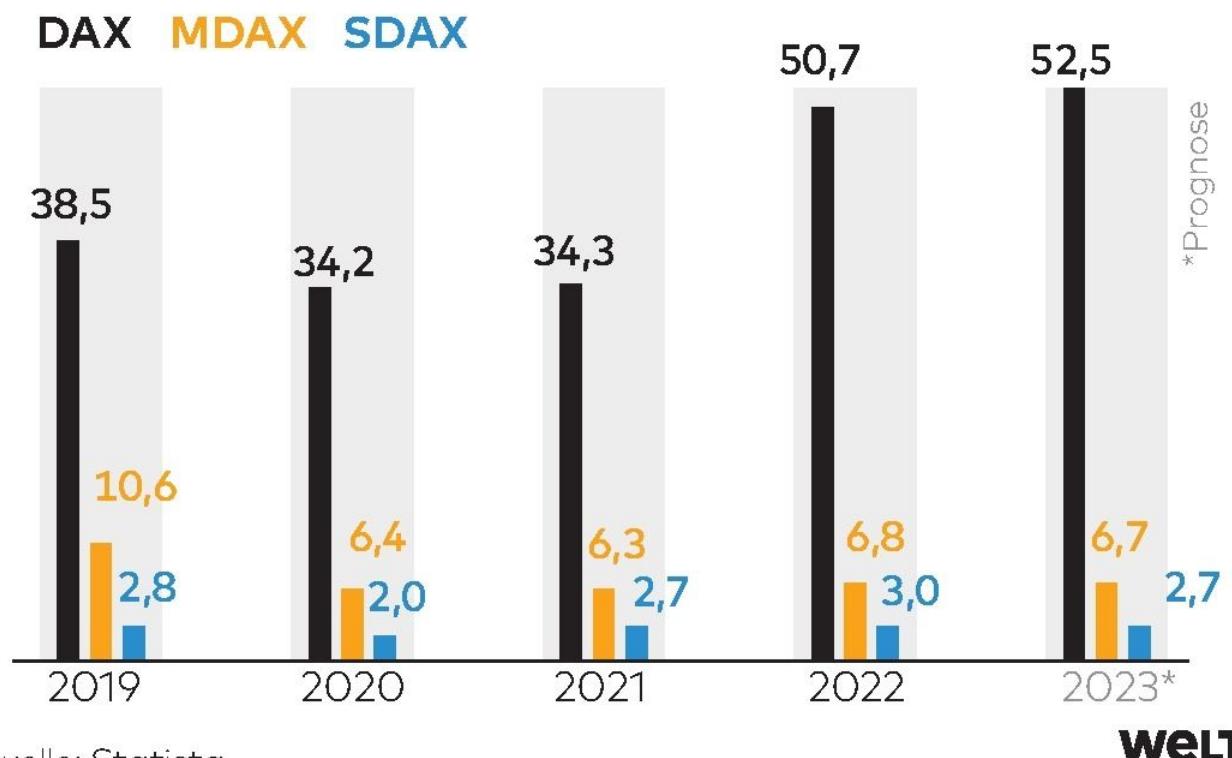
Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln
beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

sich entscheiden konnten. Gesponsert wird der Wettbewerb von einem Wurstproduzenten und dem Hersteller eines Medikaments gegen Sodbrennen.

DEUTSCHE BÖRSE

Prognose: DAX-Dividenden steigen

Dividendenauszahlungen der DAX-Unternehmen (in Mrd. Euro)



Quelle: Statista

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Trotz Protesten: Flüchtlingsheim in Upahl vor Bau ++ Hilfsorganisation: Tafeln beklagen Überlastung ++ Umfrage des MDR: AfD in T....

WETTER



Im Norden Schauer, sonst freundlich

Hinweis: Im Norden und am Alpenrand gehen hier und da Schauer, in den Alpen Gewitter nieder. Sonst kommt es zu nur spärlichen Wolken auch mal für längere Zeit die Sonne zum Vorschein, und es bleibt überwiegend trocken. Die Temperatur nimmt mal eben Höchstwerte zwischen 19 und 28 Grad. Es weht ein schwacher bis mittlerer Wind aus westlichen bis nördlichen Richtungen.

Bleibtetzen: Die Wetterlage entlastet den Organismus. Der Körper dankt es mit einer großen Leistungsfähigkeit. PendlerInnen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen können sich auf einen ruhigen Tag einstellen. Auch die Laune ist bei den meisten Menschen heute gut.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: July 5, 2023

End of Document

Friede den Hütten, Krieg dem Elfenbeinturm; Zu viele Intellektuelle hierzulande fühlen sich wohl in der Nähe der Macht. Ob Klima, Corona oder Migration: Frei von Selbstzweifeln sagen sie verlässlich, was die rot-grünen Bürger:innen hören wollen

Die Welt

Freitag 15. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 180

Length: 1162 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Natürlich hält sich der Intellektuelle für etwas Besseres. Die Kulturgeschichte des Intellektuellen ist eine Geschichte der Selbsterhöhung wie auch der Machtnähe, die jedoch gerne verdrängt wird, wenn es darum geht, als Intellektueller die eigene Sprech- und Wahrnehmungsposition zu idealisieren. Hegel hat sein fantastisches Denkimperium in sich selbst, dem absoluten Geist, gipfeln lassen. Nietzsche wusste, dass man oben hinauf in die eisigen Gipfel musste, um richtig und von den Menschen abgehoben zu denken - und Niklas Luhmann schließlich sah den Beobachter im Krähennest. Auch all die Versuche im 20. Jahrhundert, sich als Intellektueller mit dem Volk gemein zu machen, scheiterten, bis die Popkultur kam. Mit Andy Warhol und John Ford änderten sich die Dinge. Theodor W. Adorno staunte eher angewidert.

Deutschland kommt im Augenblick ohne herausragende Intellektuelle aus. Es ist eher eine amorphe Masse geworden, die mit ihren angeschlossenen Funk- und Redaktionshäusern, ihren öden Lehrstühlen - bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen - pflegeleicht als Elfenbeinturm zusammengefasst werden kann. Was ist der Elfenbeinturm? "Substantiv, maskulin selbst gewählte Isolation des Künstlers, Wissenschaftlers o. Ä., der in seiner eigenen Welt lebt, ohne sich um Gesellschaft und Tagesprobleme zu kümmern", antwortet das Internet.

Die letzten Intellektuellen, die den Elfenbeinturm verlassen haben, gab es vor allem 1968. Der Banker-Sohn vom Genfer See, Jean-Luc Godard, der zwar nicht seine Millionen, aber seinen Bohème-Alltag aufgab, um maoistische Flugblätter zu drehen. Mehr als elf Jahre lang. Karl Held von der Marxistischen Gruppe (MG), der sinnlos intellektualisierte Flugblätter vor Fabrikhallen verteilt hat. Thomas Schmid, der bei Opel in die Werkshallen gegangen ist. Das gab es, und alles ist - logischerweise - gescheitert, aber man sah es den Intellektuellen danach an. Jean-Luc Godard zum Beispiel spielte sich als verrückter Onkel in "Prénom Carmen" selbst: als Insasse einer Irrenanstalt, einen Gettoblaster am Ohr, wie er von seiner scharfen Nichte als Dekoration für einen vulgären Überfall missbraucht wird. Die maximal selbstironische Geste.

Friede den Hütten, Krieg dem Elfenbeinturm Zu viele Intellektuelle hierzulande fühlen sich wohl in der Nähe der Macht. Ob Klima, Corona oder Migration: Frei von....

Der deutsche Elfenbeinturm kommt aktuell ohne Ironie aus. Peter Handke arbeitete 1971 noch damit. In seinem Essay "Ich bin Bewohner des Elfenbeinturms" denunzierte er sich selbst, weil er angewidert war vom Brei seiner Zeit. "Seit einiger Zeit", schrieb er, "hat die Literatur, die zur Zeit geschrieben wird, mit mir nichts mehr zu tun. Das liegt wohl daran, dass sie mir nur Bekanntes vermittelt, bekannte Gedanken, bekannte Gefühle, bekannte Methoden ..." Der Text klingt rasend aktuell, aber im deutschen Elfenbeinturm ist es gemütlich. Der Staat fördert und stellt an. Jemand wie Kulturstaatsministerin Claudia Roth subventioniert - weltanschaulich klar sortiert - diese Art von sogenannter Kultur. Die Intellektuellen fühlen sich wohl in der Nähe der Macht. Nicht voller Pathos und Eigensinn wie ein André Malraux bei Charles de Gaulle, sondern eher wie ein Unternehmensberater mit Suhrkamp-Diplom. Man berät die Regierung bei Klima, Corona und Außenpolitik, ab und an auch bei Migration, man sagt, was die rot-grünen Bürger:innen hören wollen und fühlt sich in Macht- und Moralnähe sehr wohl. Sie hätten natürlich auch gerne das Gefühl, dass sie Rebellen sind und gar nicht so abgehoben. Aber das ist Selbstbetrug. Und der hat Konjunktur.

Die Mitglieder des deutschen Elfenbeinturms definieren ihre stoische Selbstwahrnehmung als unfehlbare Instanz. Selbstzweifel werden bestenfalls kokett angedeutet. Das hat auch mit der inneren Not zu tun, weil die einstige Deutungshoheit verdampft. Nämlich genau entlang jener deutschen Krisen der letzten acht Jahre. Von Merkels naiver Flüchtlingspolitik über die Klima-Sause bis hin zu Corona und zur Außenpolitik. Franz Josef Strauß beschimpfte sie noch - absolut unsäglich und ziemlich dumm - als "Ratten und Schmeißfliegen", heute sind sie nicht einmal als Feindbilder relevant. Sie bevölkern Talkshows und Bestsellerlisten mit einer Denksimulation, von der wenig bis nichts bleiben wird. Es sind Angestellte der Diskursmaschinen und der Macht. Auf die Nähe zur Macht ist man besonders stolz. Michel Foucault war Widerstand bis zum Schluss. Und auch: Neal Cassidy (der Beatnik), Pier Paolo Pasolini, Antonin Artaud, Malcolm McLaren, Sid Vicious, Jean Genet, Céline. Dazu Warhol, immer wieder Warhol.

Der Elfenbeinturm ärgert sich über die gerne auch vulgäre Kritik an seiner Abgehobenheit, auch wenn diese eher beiläufig und voller Ironie auf Twitter an die Professor:innen, Feuilletonen oder NGO-Prinzessinnen vorgetragen wird. Die FAZ vermutet diese Woche sogar eine Anstiftung zum Bürgerkrieg. Da steht auch wenig verklausuliert, dass Leute, die den Elfenbeinturm kritisieren, entweder ein bisschen dumm oder ideologisch vernagelt sind. Ex negativo wird eine ziemlich bequeme Selbstbeschreibung daraus: Die klugen Freigeister sind es, die hier dazu mahnen, dass man sie weiterhin ernst nimmt.

Das wird erst dann wieder passieren, wenn die Wahrnehmungsdefizite, die opportunistischen Zeitgeistseilschaften, das Gekungel mit Politik und Regierung aufhört. Brandenburg ist das nächste Bundesland, das ins Unappetitliche kippt. Das ist deshalb interessant, weil dort im gentrifizierten Speckgürtel Berlins die NGO-Prinzessinnen, das gehobene Feuilleton, die politischen Speerspitzen der rot-grünen Polit- und Kulturelite ihr Zuhause haben. Das riecht dann viel eher nach "Bürgerkrieg", als wenn WELT und NZZ ab und an ein paar kritische Anmerkung zu den autoritären Umerziehungsfantasien der Eckensteher haben.

Die Deutschen sind ein ängstliches Volk. Golo Mann nannte sie "nervöse Unruhestifter" - und der aktuelle Elfenbeinturm ist ein Zitterkollektiv von Opportunisten. Am Mittwoch hat Constantin Schreiber in der ZEIT verkündet, dass er sich nie mehr zum Islam äußern werde, weder in Talkshows, noch Büchern, noch in Interviews. Er verstummt aus Sorge um die eigene körperliche Unversehrtheit. Bedroht von Linken, die immer wieder direkt oder indirekt angestachelt werden aus dem Elfenbeinturm. Und wenn man sich seit Gillamoos fragt, welche der Berliner Debatten und Kultatkämpfe im Bierzelt ankommen, dann ist es sehr wahrscheinlich das: Wieder einer, der verstummt. Und wenn es nicht so traurig wäre, dann wäre es zum Totlachen, dass nun dieselben Figuren, die praktisch jedes lebensweltliche Thema moralisierten und politisierten, plötzlich ein Ende der Kultatkämpfe wollen. Wobei die Grünen federführend waren: Ihr Ton nach Joschka Fischer war ein einziger Kultukampf gegen jene, die nicht wie Kirchentagsbesucher leben, wenn sie nicht gerade privat nach Bali fliegen.

Deutschland braucht Menschen im Elfenbeinturm. Aber die eigene Privilegiertheit müsste Verpflichtung sein, den eigenen abgehobenen Standpunkt ständig infrage zu stellen. (Mich würde es freuen, Freunde!)

Friede den Hütten, Krieg dem Elfenbeinturm Zu viele Intellektuelle hierzulande fühlen sich wohl in der Nähe der Macht. Ob Klima, Corona oder Migration: Frei von....

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 14, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbewerbern: Lindner gegen höhere Leistungen ++ Verkehrswende: Führerschein gegen 49-Euro-Ticket ++ Außenpolitik ++ Prorussische Propaganda: Bots spielen wichtige Rolle ++ Lampedusa: Lage spitzt sich zu ++ Armenien/Aserbaidschan: Truppenaufmarsch bereitet Sorgen ++ Taiwan: 68 chinesische Kampfjets gemeldet ++ Wissen ++ Studie zu Belastungsgrenzen der Erde: Sechs von neun überschritten ++ Chemikalie BPA: Europäer oft gefährdet ++ Wirtschaft und Geld ++ Windkraft: Deutsche Hersteller in der Krise ++ Handwerk: Rekordumsatz trotz Personalmangel ++ LNG-Terminal auf Rügen: Gericht lehnt Baustopp ab ++ Tag an der Börse: Dax dreht ins Plus ++ Sport ++ Spitzenspiel Bayer 04 gegen FC Bayern: Xabi Alonso mit "gutem Gefühl" ++ Klimawandel und Fußball-Bundesliga: Kovac für spätere Anstoßzeiten ++ Kultur und Gesellschaft ++ Rythmus der Band Kraftwerk: Urheberstreit landet beim EuGH ++ Bundesweiter Warntag: Systeme haben funktioniert ++ Erdbeben in Marokko: DRK muss Hilfsflug absagen ++ Kreuzfahrtschiff steckt fest: Befreiungsversuch missglückt ++ Tötung einer 17-Jährigen: Polizei fasst Tatverdächtigen

Die Welt

Freitag 15. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 180

Length: 2971 words

Body

Innenpolitik

Grundschulen

Deutschland investiert zu wenig

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

"Wenn der Kanzler einen Plan für Deutschland entwickelt, dann wird über Bürokratieabbau geredet, aber nicht über Bildung": Die Ausgaben für Grundschulen in Deutschland sind nach einem Bericht des Kinderhilfswerks Unicef im internationalen Vergleich sehr niedrig. Mit 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 investierte Deutschland 1,2 Prozentpunkte weniger in die Grundschulbildung als Spitzenreiter Schweden und kaum mehr als Schlusslicht Rumänien. Der Soziologe Hans Bertram, der für Unicef die Lage der Kinder in Deutschland untersucht hat, kritisiert im Gespräch mit WELT: "Die öffentliche Kommunikation in Deutschland ist schon sehr durch Katastrophen geprägt - nicht nur während Pandemie und Krieg. Da kann man sich selbst gar nicht ausnehmen. Kinder und Jugendliche kommen in der öffentlichen Debatte gar nicht mehr vor." Das Interview lesen Sie auf Seite 4.

Mit den Stimmen der AfD

Landtag beschließt Steuersenkung

Der Thüringer Landtag hat mit den Stimmen von Union und AfD eine Senkung der Grunderwerbssteuer beschlossen. Im Parlament stimmten am Donnerstag neben den Fraktionen von CDU und AfD auch die FDP-Abgeordneten dafür, während die Regierungsfraktionen von Linken, SPD und Grünen dagegen stimmten. Rot-Rot-Grün, das keine eigene Mehrheit in dem Parlament besitzt, kritisierte, die CDU gebe der AfD zum ersten Mal im Thüringer Landtag die Macht, konkret Einfluss auf den Landshaushalt nehmen zu können. In einem Brief an alle sechs Landtagsfraktionen hatte zuvor Landtagspräsidentin Birgit Pommer für ein Vertagen der Steuerentscheidung geworben. Sie führte ebenso wie Ministerpräsident Bodo Ramelow (beide Linkspartei) verfassungsrechtliche Bedenken zu einzelnen Passagen an.

Kinder von Asylbewerbern

Lindner gegen höhere Leistungen

Das Bundeskabinett wird das Streithema Kindergrundsicherung einfach nicht los, ein Kabinettsbeschluss dazu wurde am Mittwoch kurzfristig verschoben. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) machte nun noch einmal klar, dass er dauerhaft höhere Leistungen für Kinder von Asylsuchenden ablehnt. "SPD und Grüne wollen bei Asylbewerbern dauerhaft 20 Euro mehr pro Kind und Monat zahlen - das unterstütze ich nicht", sagte der FDP-Chef der "Rheinischen Post". Die geltenden Regelsätze seien angemessen, "und wir sollten gerade beim Asylbewerberleistungsgesetz keine falschen Signale senden". Ein Passus im Gesetzentwurf, der eine leichte dauerhafte Leistungsverbesserung für Kinder von Asylbewerbern ab 2025 vorsah, sei zwar inzwischen herausgenommen worden, berichtete das Blatt unter Berufung auf das Grünen-geführte Familienministerium. Dennoch bestehe noch Klärungsbedarf zwischen den Ministerien. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 4.

Verkehrswende

Führerschein gegen 49-Euro-Ticket

Mehrere deutsche Städte und Kommunen bieten Bürgern an, ihren Führerschein gegen ein Deutschlandticket einzutauschen. Mithilfe des Abo-Angebots soll die Zahl der Autofahrer auf den Straßen reduziert werden. Die Tausch-Angebote variieren je nach Ort - während etwa der Ennepe-Ruhr-Kreis oder Lübeck für den Führerscheinverzicht ein Jahresabo anbieten, bekommt man das Ticket in Dortmund zwei Monate lang kostenlos. Die Abgabe des Führerscheins ist allerdings dauerhaft. Juristisch sei die Rückgabe als Verzicht zu werten, das Dokument sei dann nicht etwa mit Ablauf des Gratis-Abos wieder gültig, sagte der auf Verkehrsrecht spezialisierte Berliner Anwalt Sascha von Eicken WELT. Wer doch wieder Auto fahren wolle, müsse erneut den Führerschein machen, inklusive Fahrstunden und Prüfungen. Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Außenpolitik

Prorussische Propaganda

Bots spielen wichtige Rolle

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

Sogenannte Bots haben einer Studie zufolge bei der Verbreitung prorussischer Propaganda nach der Invasion der Ukraine eine wesentliche Rolle gespielt. Forscher analysierten dafür zwischen Februar und Juli 2022 rund 350.000 Twitter-Nachrichten mit prorussischen Inhalten, wie die Universität Gießen am Donnerstag mitteilte. Die Analysen hätten ergaben, dass prorussische Nachrichten 251.000 Retweets erhielten und damit etwa 14,4 Millionen Nutzer erreichten, was ihre virale Verbreitung unterstreiche. Bots - eine Kurzform für Roboter - sind Computerprogramme, die im Netz wie echte Nutzer handeln und Klicks generieren können. Bereits in früheren Konflikten habe Russland mit seiner "Internet Research Agency" gezielte Social-Media-Kampagnen genutzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, hieß es weiter. Groß angelegte Studien hätten bisher gefehlt. Diese Lücke sei nun geschlossen worden. Die Forscher identifizierten laut Universität rund 20 Prozent der verbreiter prorussischer Nachrichten als Bots. Die Ergebnisse legten nahe, dass das Eindämmen von Bots eine wirksame Strategie zur Eindämmung solcher Kampagnen sein könnte, sagte die Erstautorin der Studie, Dominique Geißler.

Lampedusa

Lage spitzt sich zu

"Es ist keine spontane Episode": Italiens Vize-Regierungschef Matteo Salvini hat die Ankunft von Tausenden Migranten auf der kleinen Mittelmeerinsel Lampedusa als "Akt des Krieges" bezeichnet. Das sei "offensichtlich organisiert, finanziert und vorbereitet", sagte der Politiker der rechtspopulistischen Lega-Partei. Lampedusas Bürgermeister Filippo Mannino klagte, die Insel sei überwältigt von den Migranten. Allein in den vergangenen zwei Tagen seien etwa 7000 Menschen aus Nordafrika in mickrigen Booten angekommen. Die Menschen von Lampedusa hätten die Migranten immer mit offenen Armen empfangen. "Jetzt aber haben wir einen Wendepunkt erreicht, und die Insel befindet sich in einer Krise." Eine Reportage über die zugesetzte Lage lesen Sie auf Seite 6.

Armenien/Aserbaidschan

Truppenaufmarsch bereitet Sorgen

Kommt es erneut zu einem Krieg im Kaukasus? Die Ex-Sowjetrepublik Armenien ist besorgt wegen des großen Aufmarsches aserbaidschanischer Truppen an ihren Grenzen. Die Lage sei äußerst gespannt, sagte der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan in Eriwan. Auf der anderen Seite in Aserbaidschan nannte das Außenministerium in Baku wiederum die Konzentration armenischer Truppen an der Grenze die größte Bedrohung für die Stabilität der Region. Das christlich-orthodoxe Armenien und das muslimische Aserbaidschan sind seit Langem verfeindet, wobei nach einem Krieg Anfang der 1990er-Jahre zunächst Armenien die Oberhand hatte. In einem zweiten Krieg 2020 siegte das mit Geld aus dem Öl- und Gasgeschäft hochgerüstete Aserbaidschan und eroberte eigenes Territorium zurück. Größter Zankapfel zwischen Eriwan und Baku ist die Enklave Berg-Karabach, die zu Aserbaidschan gehört, aber von Armeniern bewohnt wird.

Taiwan

68 chinesische Kampfjets gemeldet

Muskelspiele: China hat nach taiwanischen Angaben Dutzende Kampfflugzeuge und Marineschiffe vor der Küste Taiwans aufgeboten. Insgesamt seien zwischen Mittwoch- und Donnerstagmorgen 68 Flugzeuge und zehn Schiffe gezählt worden, erklärte das taiwanische Verteidigungsministerium. Einige dieser Kriegsschiffe und -flugzeuge seien unterwegs in den Westpazifik zu einem "gemeinsamen See- und Luftraining" mit dem chinesischen Flugzeugträger "Shandong", hatte Taipeh schon zuvor erklärt. Zum Ärger Pekings entsandten die USA und ihre westlichen Verbündeten in jüngster Zeit Schiffe in die Straße von Taiwan sowie in das Südchinesische Meer, ein umstrittenes und für die Anrainerstaaten wichtiges Seengebiet. Nach US-Ansicht handelt es sich in beiden Fällen um internationale Gewässer.

Wissen

Studie zu Belastungsgrenzen der Erde

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

Sechs von neun überschritten

Die Ausbeutung des Planeten Erde durch den Menschen erzeugt einer Studie zufolge immer größere Risiken. Demnach sind sechs von neun sogenannten planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten, zum Teil deutlich. Dazu zählen unter anderem die Erderwärmung, die Zerstörung von Lebensräumen und die Belastung der Umwelt mit neuartigen Stoffen wie etwa Pestiziden, Mikroplastik und Atommüll. "Wir können uns die Erde als einen menschlichen Körper vorstellen und die planetaren Grenzen als eine Form des Blutdrucks", sagte Erstautorin Katherine Richardson von der Universität Kopenhagen. "Ein Blutdruck von über 120/80 bedeutet zwar nicht, dass ein sofortiger Herzinfarkt droht, aber er erhöht das Risiko." Erstmals definiert wurden die planetaren Grenzen, die einen sicheren Handlungsräum für die Menschheit abstecken sollen, im Jahr 2009. Dabei handelt es sich um neun Teilbereiche wie die Nutzung von Süßwasser, die Funktion der Biosphäre, das Klima oder die Aerosolbelastung. Nun analysierte das Forschungsteam um Rockström und Richardson den Zustand aller neun Systeme. Die Forscher sehen aber auch Hoffnung auf Besserung: So habe in den 90er-Jahren der Abbau der Ozonschicht die planetare Grenze überschritten. Aber dank globaler Initiativen sei dies aktuell nicht mehr der Fall.

Chemikalie BPA

Europäer oft gefährdet

Die meisten Europäer sind der Chemikalie BPA in Mengen ausgesetzt, die gesundheitsschädlich sind. Das teilte die Europäische Umweltagentur mit. Eine EU-Studie habe gezeigt, dass in drei der elf untersuchten Ländern wahrscheinlich alle Teilnehmer Mengen an BPA oberhalb des Grenzwertes ausgesetzt waren. Das seien Frankreich, Portugal und Luxemburg. BPA ist eine synthetische Chemikalie, die in unzähligen Lebensmittelverpackungen verwendet wird - beispielsweise in Plastikflaschen und Konservendosen.

Wirtschaft und Geld

Windkraft

Deutsche Hersteller in der Krise

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat die Messe Husum Wind eröffnet und dabei die Windenergie als eine der wichtigsten Energiequellen der Zukunft bezeichnet. Die Weichen für den beschleunigten Ausbau seien gestellt, "unsere Ziele können wir aber nur erreichen, wenn wir vor allem bei den Genehmigungen und der Flächenbereitstellung aufs Tempo drücken", so der Grünen-Politiker. Doch die deutschen Windkraftbauer stecken in der Krise. Alle schreiben rote Zahlen. Und China scheint diese Schwächephase auszunutzen. Über die Krise der deutschen Hersteller erfahren Sie mehr auf Seite 9.

Handwerk

Rekordumsatz trotz Personalmangel

Die Handwerks-Branche erwirtschaftete 2022 einen Rekordumsatz von 739 Milliarden Euro. Das geht aus dem Handwerkskompass des Abdichtungs-Unternehmens Isotec und dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hervor, der WELT exklusiv vorliegt. Im Gegensatz zum Umsatz ist die Beschäftigtenzahl rückläufig. Rund 5,6 Millionen Menschen sind derzeit im Handwerk beschäftigt, das sind rund zwölf Prozent aller Erwerbstätigen. "Auch wenn das Handwerk gemessen an den Betriebszahlen wächst, hat sich das Wachstum der Branche insgesamt verlangsamt", heißt es in der Studie. Warum darin allerdings auch eine Chance liegt und wie die Verdienstchancen sind, lesen Sie auf Seite 12.

LNG-Terminal auf Rügen

Gericht lehnt Baustopp ab

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

Gegner des Rügener Flüssigerdgas-Terminals haben ihr Ziel eines Baustopps vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verfehlt. Das Gericht lehnte einen entsprechenden Antrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) auf vorläufigen Rechtsschutz ab. In Leipzig liegen noch weitere Klagen mit entsprechenden Anträgen vor. Die insgesamt rund 50 Kilometer lange Leitung soll das Terminal in Mukran im Norden der Insel Rügen mit dem Gasleitungsknotenpunkt in Lubmin verbinden. Das Gericht teilte nun mit, nach summarischer Prüfung ihrer Erfolgsaussichten erweise sich die Klage derzeit als voraussichtlich unbegründet. Der Planfeststellungsbeschluss gehe zu Recht mit Blick auf die kommenden Heizperioden von einem Fortbestand der Gasversorgungskrise aus.

Tag an der Börse

Dax dreht ins Plus

Am deutschen Aktienmarkt haben die Kurse nach der weiteren Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank einen Aufwärtstrend eingelegt. Investoren werteten den Zinsentscheid als Entschlossenheit im Ringen mit der hohen Inflation. Der deutsche Leitindex Dax rückte zum Börsenschluss um ein Prozent auf 15.805 Punkte vor, nachdem er zuvor im Handelsverlauf bis auf 15.588 Punkte gesunken war. Der MDax der mittelgroßen Unternehmenswerte ließ die Verlustzone nach dem Entscheid der Zentralbank ebenfalls hinter sich. Auf Unternehmensseite profitierten die Windkraftanlagenbauer von angekündigten Unterstützungsplänen der Europäischen Union für die angeschlagene Branche. Weitere Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

Sport

Spitzenspiel Bayer 04 gegen FC Bayern

Xabi Alonso mit "gutem Gefühl"

Trainer Xabi Alonso geht mit Tabellenführer Bayer Leverkusen mit großem Optimismus in das Bundesliga-Topspiel am heutigen Freitag (20.30 Uhr/DAZN) beim punktgleichen Serienmeister FC Bayern München. "Ich habe ein gutes Gefühl", sagte der Spanier, der selbst von 2014 bis 2017 für die Bayern gespielt hat: "Solche großen Spiele sind die besten. Das wird ein schönes Spiel in einem schönen Stadion gegen eine top, top Mannschaft. Aber wenn wir unser bestes Niveau erreichen, haben wir eine gute Chance." Die Tabellenführung nach drei Spieltagen bedeutet "noch gar nichts". Für ihn sei es schon "etwas Besonderes, wieder in die Allianz Arena zu kommen", sagte Alonso vor seiner ersten Rückkehr als Trainer. Sein bisher einziges Spiel als Coach gegen die Bayern gewann er im März in Leverkusen. Alles über das Spitzenspiel erfahren Sie auf Seite 13.

Klimawandel und Fußball-Bundesliga

Kovac für spätere Anstoßzeiten

Angesichts der zuletzt hohen Temperaturen hat sich Wolfsburgs Trainer Niko Kovac für spätere Anstoßzeiten in den Sommermonaten ausgesprochen. "Wir sind ja alle im Klimawandel", sagte der VfL-Coach am Donnerstag. "Ich würde mir schon wünschen, dass man im August und im September etwas später spielt. Weil es einfach sehr warm ist und die Qualität darunter leidet", sagte Kovac. Von den Spielern würden trotz hoher Ozonwerte und großer Hitze Topleistungen erwartet. "Dabei ist es sehr viel schwieriger, um 15.30 Uhr zu spielen als um 18 Uhr oder 20 Uhr. In anderen Ligen, vor allem im Süden, wird vermehrt am Abend gespielt. Weil es für die Spieler einfacher ist", sagte der 51-Jährige. "Und für die Zuschauer auch." Ab Oktober sei 15.30 Uhr als Anstoßzeit perfekt.

Kultur und Gesellschaft

Rhythmus der Band Kraftwerk

Urheberstreit landet beim EuGH

Im mehr als 20 Jahre dauernden Urheberrechtsstreit zwischen dem Musik-Produzenten Moses Pelham und Mitgliedern der Elektropop-Gruppe Kraftwerk hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe das Verfahren

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

ausgesetzt und entschieden, dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) Fragen zur Klärung des urheberrechtlichen Begriffs des "Pastiche", also der Nachahmung des Stils eines anderen Künstlers, vorzulegen. Es geht um eine nur zweisekündige Rhythmussequenz des Kraftwerk-Stücks "Metall auf Metall". Die Produzenten Moses Pelham und Martin Haas hatten die Sequenz herauskopiert und dem 1997 veröffentlichten Sabrina-Setlur-Stück "Nur mir" unterlegt. Kraftwerk-Gründer Ralf Hütter sah sein Urheberrecht verletzt. Es folgte eine Serie von Prozessen.

Bundesweiter Warntag

Systeme haben funktioniert

Mit einem Probealarm sind am Donnerstag in Deutschland die Warnsysteme für den Katastrophenfall getestet worden. Gegen 11 Uhr lösten die Behörden testweise Alarm aus - rund 45 Minuten später wurde Entwarnung gegeben. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wertete den Probelauf als Erfolg. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte, die Warnsysteme hätten "den großen Stresstest bestanden". Das BBK löste um 10.59 Uhr einen Probealarm aus. Testweise wurden amtliche Gefahrendurchsagen unter anderem über Warnapps wie Nina, über das sogenannte Cell-Broadcasting-System per Warn-SMS, auf digitalen Stadtinformationstafeln sowie über Medien verbreitet. Parallel heulten in zahlreichen Kommunen auch die Sirenen. Das BBK erklärte im Anschluss, die Warnsysteme hätten "zuverlässig funktioniert".

Erdbeben in Marokko

DRK muss Hilfsflug absagen

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat seinen für Donnerstag geplanten Flug mit Hilfsgütern in das von einem schweren Erdbeben getroffene Marokko nach eigenen Angaben kurzfristig absagen müssen. "Aus Gründen, auf die wir und auch unsere Partner der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung keinen Einfluss haben, wurden kurzfristig neue Regularien und Vorschriften bekannt gegeben, die den Start des Flugzeugs am heutigen Tag unmöglich machen", erklärte das DRK. Nähere Angaben zu den Gründen machte das DRK zunächst nicht. Der Flug sollte am Donnerstag von Leipzig starten. Bislang lehnen Marokkos Behörden einige internationale Hilfsangebote ab.

Kreuzfahrtschiff steckt fest

Befreiungsversuch missglückt

Der Versuch, die vor Grönland gestrandete "Ocean Explorer" von der Stelle zu bewegen, ist missglückt. Das berichtete das Arktisk Kommando, eine Einheit des dänischen Militärs. Demnach hat ein grönlandisches Forschungsschiff vergeblich versucht, die "Ocean Explorer" während der Flut zu befreien. Das vergleichsweise kleine Schiff mit 206 Menschen an Bord war am Montag im Alpefjord auf Grund gelaufen, knapp 1400 Kilometer nordöstlich der grönlandischen Hauptstadt Nuuk. Wie weiter mitgeteilt wurde, geht es den Passagieren gut. Nach Angaben des Kommandos ist eines seiner Militärschiffe auf dem Weg zur "Ocean Explorer". Es werde dort voraussichtlich in der Nacht zum Samstag ankommen.

Tötung einer 17-Jährigen

Polizei fasst Tatverdächtigen

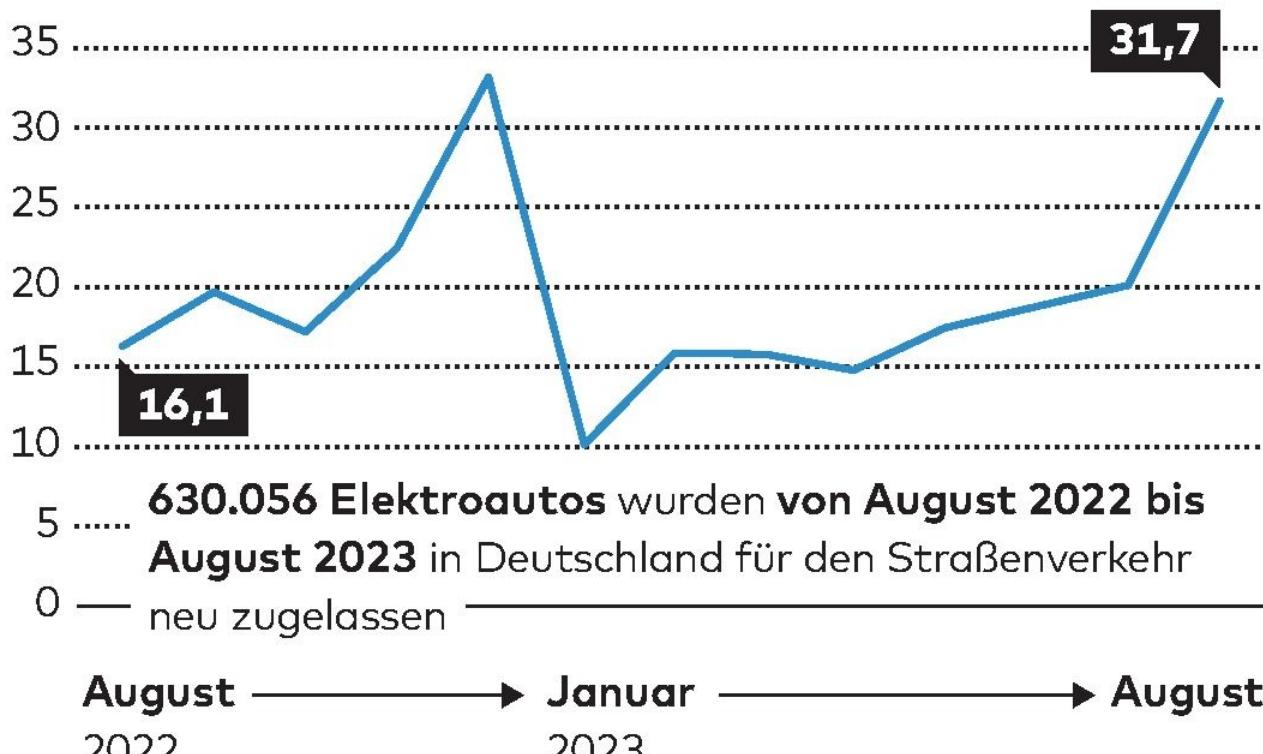
Nach dem gewaltsamen Tod einer 17-Jährigen und einem Angriff auf eine 30-Jährige in Niedersachsen ist der gesuchte Tatverdächtige gefasst worden. Er sei am Mittwochabend festgenommen worden und habe dabei keinen Widerstand geleistet, erklärte die Polizei in Diepholz. Das Auto des 42-Jährigen war demnach gegen 19 Uhr an der A7 entdeckt worden. Rund eine Stunde später sei es zur Festnahme gekommen. Das Todesopfer war am Sonntagabend mit ihren Inlineskatern unterwegs gewesen. Ein Radfahrer fand die leblose Schülerin in Barenburg in einem Graben an einem Feld. Eine Obduktion bestätigte, dass die Jugendliche erstochen worden war.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

PKW-NEUZULASSUNGEN

Anteil der E-Autos wächst

Angaben in Prozent



Quelle: Statista; Kraftfahrt-Bundesamt

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Grundschulen: Deutschland investiert zu wenig ++ Mit den Stimmen der AfD: Landtag beschließt Steuersenkung ++ Kinder von Asylbew....

WETTER



Meist viel Sonnenschein

Heute: Einzelne Frühnebelfelder lösen sich auf, dann scheint neben ein paar Schwindetiefen fast überall die Sonne. Nur vereinzelt wird die Sonne von dichten Wolkenschichten verdeckt. Einigkeit an den Alpen kann es aus manchen Gewitterwolken hier und da noch ein paar Schauer geben. Gewitter entstehen sich selten. Am Nachmittag erreichen die Temperaturen 18 bis 27 Grad.

Blauwetter: Der Organismus wird durch die Wetterlage überwiegend positiv beeinflusst. Besonders Personen mit Herz-Kreislauferkrankungen können sich heute über eine Entlastung freuen. Man fühlt sich ausgelaugt und ist ausgeglichen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: September 14, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Zwickau: Frauenmord vor Gericht ++ Betrugsvorwürfe: Ex-Verkehrsminister gesteht ++ Außenpolitik ++ Migration: Debatte über Herkunftsländer ++ G-20-Gipfel: Chinas Präsident kommt nicht ++ Belarus und Polen: Angebliche Grenzverletzung ++ Wieder Koranverbrennung in Schweden: Ausschreitungen in Malmö ++ Wissen ++ Long Covid: Bluttest kann Prognose ermöglichen ++ Biodiversität: Invasive Arten sind großes Problem ++ Raumfahrt: Auch Japan will zum Mond ++ Wirtschaft und Geld ++ CDU-Vorstoß: Diskussion um Spitzensteuersatz ++ IAA in München: Kampf der Klimagruppen ++ Gebäudeenergiegesetz: Taktik zur Verzögerung ++ Tag an der Börse: Dax kaum verändert ++ Sport ++ Bayer Leverkusen: Tapsoba bleibt bis 2028 ++ Basketball-WM: Spieler wird Niere entfernt ++ Kultur und Gesellschaft ++ Politische Rituale: Bierzelt spaltet Deutschland ++ Amerika-Gedenkbibliothek in Berlin: Ergänzungsbau eröffnet ++ Rettungsmission in Antarktis: Eisbrecher nimmt Kranken auf ++ Zwei Patienten getötet?: Anklage gegen Charité-Arzt ++ Burning-Man-Festival: Zehntausende sitzen in Nevada fest ++ Umfrage: Ein Drittel hat auf Urlaub verzichtet

Die Welt

Dienstag 5. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 172

Length: 2833 words

Body

Innenpolitik

Aiwangers Flugblatt-Affäre

Knobloch lehnt Entschuldigung ab

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....

Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, hat nach eigenen Worten eine Entschuldigung Hubert Aiwangers abgelehnt. Im Deutschlandfunk sagte sie, der Freie-Wähler-Vorsitzende habe sich bei ihr gemeldet. "Ich habe ihm meine Meinung zu ihm, zu seiner Person ganz klar erklärt. Ich habe die Entschuldigung nicht angenommen." Knobloch sagte aber auch, dass sie die Entscheidung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU), Aiwanger im Amt zu belassen, akzeptiere. Söder habe politisch entschieden, "und zwar mit Abscheu". Insofern stehe sie hinter dem Ministerpräsidenten. Aiwanger hätte eine Entlassung im Wahlkampf ausgenutzt und hätte damit wohl auch Erfolg gehabt, sagte sie. "Und das wäre die noch größere Katastrophe gewesen." Mit Blick auf die Gegenwart und die Zukunft habe Söder richtig entschieden. "Aiwanger ist Aiwanger und wir werden ihn nicht erziehen und wir werden ihn auch nicht verändern."

Dietmar Bartsch

Linke soll Streit beenden

"Wir müssen zurück zur Politik": Der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch hat seine Partei zur Einigkeit aufgerufen. "Wir sollten aufhören mit Streiten, sondern uns auf die politischen Konkurrenten fokussieren", sagte Bartsch im ZDF. "Die Linke ist doch nicht tot." Es braucht auch in Zukunft eine linke Oppositionsarbeit. Bartsch hatte - wie auch die Ko-Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali - angekündigt, dass er nicht erneut für die Fraktionsspitze kandidieren will. Die Linke ist seitdem auf der Suche nach aussichtsreichen Kandidaten, die eigentlich für diesen Montag geplante Neuwahl wurde verschoben. "Ich werde dafür kämpfen, dass die Fraktion Fraktion bleibt", sagte Bartsch angesichts der Überlegungen der Abgeordneten Sahra Wagenknecht für eine Parteineugründung und dem deswegen möglichen Verlust des Fraktionsstatus für die Linken.

Prozessbeginn in Zwickau

Frauenmord vor Gericht

In der sächsischen Stadt Zwickau steht seit Montag Badar M. vor Gericht - wegen des Mordes an seiner getrennt lebenden Ehefrau vor den Augen der gemeinsamen Kinder. Der 36-jährige Afghane gesteht die Bluttat, zeigt aber kein Unrechtsbewusstsein. Im Gegenteil: Er schiebt dem Opfer die Schuld zu. Mehr über den erschütternden Prozess lesen Sie auf Seite 4.

Betrugsvorwürfe

Ex-Verkehrsminister gesteht

Der frühere Bundesverkehrsminister Günther Krause (CDU) muss sich seit Montag wegen Vorwürfen des Betrugs und des Bankrotts vor Gericht verantworten. Der 69-Jährige habe ein Geständnis abgelegt, sagte ein Sprecher des Landgerichts Rostock. Die Staatsanwaltschaft wirft Krause vor, in einem Insolvenzverfahren Vermögen verheimlicht und Geld aus Buchveröffentlichungen, Honoraren und Fernsehauftritten nicht angegeben zu haben. Er habe durch seine Taten insgesamt 370.000 Euro erlangt. Außerdem soll er bei der Vereinbarung eines Darlehens falsche Angaben über seine Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft gemacht haben. Krause war von 1991 bis 1993 Bundesverkehrsminister. Laut Gerichtssprecher stimmten Staatsanwaltschaft und Verteidigung einer Verständigung zu. Demnach werde nach einem Geständnis eine Bewährungsstrafe zwischen einem Jahr und neun Monaten und zwei Jahren in den Blick genommen.

Außenpolitik

Migration

Debatte über Herkunftsländer

Angesichts der hohen Zuzugszahlen von Migranten hat die FDP den Koalitionspartner Grüne aufgefordert, den Widerstand gegen Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer aufzugeben. In der Frage der Steuerung und Begrenzung von Migration bestehe "dringender Handlungsbedarf", sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....

"Da können wir nicht einfach sagen, wir nehmen Rücksicht auf die Grünen." Djir-Sarai forderte, noch in dieser Legislaturperiode Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsländer einzustufen. Die Einstufung bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass in solchen Staaten keine staatliche Verfolgung zu befürchten ist. Für die deutschen Behörden ist es damit einfacher, Asylanträge abzuweisen. Unterdessen setzen EU-Staaten vermehrt auf bilaterale Abkommen zur Rückführung von illegalen Einwanderern. Wie erfolgversprechend das ist, erfahren Sie auf Seite 5.

G-20-Gipfel

Chinas Präsident kommt nicht

Enttäuschung für die Gastgeber: Der chinesische Präsident Xi Jinping reist nicht zum G-20-Gipfeltreffen am kommenden Wochenende in Indien. An seiner Stelle werde Ministerpräsident Li Qiang an den Beratungen in Neu Delhi teilnehmen, teilte das Außenministerium in Peking mit. China und Indien sind seit Langem Rivalen und streiten unter anderem über den Grenzverlauf zwischen ihren Ländern. Auf die Frage während einer Pressekonferenz, warum Xi nicht am Gipfeltreffen teilnehmen wird, lehnte eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums eine Antwort ab. "Die G20 ist ein wichtiges Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit", sagte sie lediglich. US-Präsident Joe Biden bedauerte Xis Absage. "Ich bin enttäuscht ... aber ich werde ihn sehen", sagte Biden, ohne weitere Details zu nennen. In den vergangenen Wochen war spekuliert worden, dass Biden am Rande des Gipfels in Neu-Delhi mit Xi zusammentreffen und dabei über eine Verbesserung der durch Handelsstreitigkeiten und geopolitische Spannungen belasteten Beziehungen sprechen könnte.

Belarus und Polen

Angebliche Grenzverletzung

Sie sind angespannt, die Beziehungen zwischen Polen und dem autoritär regierten Belarus. Anfang August meldete Polen eine Luftraum-Verletzung durch einen belarussischen Hubschrauber. Am Freitag nun soll ein polnischer Militärhelikopter den Luftraum des Nachbarlandes verletzt haben. Das Verteidigungsministerium in Minsk ließ allerdings verlauten, es betrachte dies nicht als Provokation. Der belarussische Verteidigungsminister Wiktor Chrenin warf den polnischen Piloten "schlechte Ausbildung" vor. Bis Mittwoch nehmen in Belarus mehr als 2000 Soldaten aus Russland, Belarus, Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan an einer Militärübung der von Moskau geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit teil. Unterdessen hofft die belarussische Opposition, dass ihr Land eines Tages Mitglied der Europäischen Union wird. Ein Interview dazu lesen Sie auf Seite 6.

Wieder Koranverbrennung in Schweden

Ausschreitungen in Malmö

Schweden kommt nicht zur Ruhe: Nach einer weiteren Koranverbrennung ist es in der Stadt Malmö zu gewaltsauslösenden Ausschreitungen gekommen. Die Polizei erklärte, Beamte seien in einem Einwandererviertel mit Steinen beworfen worden. Dutzende Autos seien in Brand gesetzt worden, unter anderem in einer Tiefgarage. Der Anti-Islam-Aktivist Salwan Momika hatte am Sonntag eine Ausgabe des Korans verbrannt. Eine aufgebrachte Menge versuchte ihn aufzuhalten. Die Polizei nahm mindestens drei Personen fest. Am frühen Montag zündeten hauptsächlich junge Menschen Reifen und Müll an, Elektroroller, Fahrräder und Absperrungen wurden umgeworfen. In dem Stadtteil war es bereits in der Vergangenheit zu ähnlichen Zusammenstößen gekommen. In den vergangenen Monaten hatte Momika, ein Flüchtling aus dem Irak, bei einer Reihe von Anti-Islam-Protesten vor allem in Stockholm den Koran geschändet, was in vielen muslimischen Ländern für Empörung sorgte.

Wissen

Long Covid

Bluttest kann Prognose ermöglichen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....

Zehn bis elf Prozent der an Covid Erkrankten leiden langfristig an abnormaler Erschöpfung, der Fatigue, sowie an Gedächtnis- und Wahrnehmungseinbußen. Wen es trifft und wen nicht, war bislang eine ungeklärte Frage. Doch jetzt haben Wissenschaftler der University of Oxford Biomarker entdeckt, die eine Prognose für ein schweres Long-Covid-Leiden ermöglichen. Künftig könnte also mit einem Bluttest abgeschätzt werden, wer ein erhöhtes Risiko trägt. Die Korrelation wurde bislang allerdings nur bei älteren Patienten verifiziert. Ob sich auf diese Weise auch bei jüngeren Menschen Prognosen über Long-Covid-Verläufe machen lassen, ist noch offen. Mehr zum Thema auf Seite 8.

Biodiversität

Invasive Arten sind großes Problem

Sogenannte invasive Arten sind einem internationalen Bericht zufolge ein stark unterschätztes Problem und verursachen Kosten von mehreren Hundert Milliarden Euro im Jahr. Solche Tiere und Pflanzen, die sich in Gebieten außerhalb ihrer Heimat ausbreiten und dort eine Gefahr für die heimische Flora und Fauna darstellen, gelten als eine der Hauptursachen für den weltweiten Artenrückgang. Der Bericht wurde am Montag von dem in Bonn angesiedelten Weltbiodiversitätsrat veröffentlicht. Gebietsfremde Arten wurden zum Teil absichtlich in einer neuen Region angesiedelt, oder sie wurden versehentlich eingeschleppt. Insgesamt sind Schätzungen zufolge 37.000 gebietsfremde Arten durch das Einwirken des Menschen aus ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet in andere Regionen gebracht worden. Etwa 3500 richten Schäden an - sie sind die invasiven Arten. Die wirtschaftlichen Kosten betrugen dem Bericht zufolge im Jahr 2019 umgerechnet 392 Milliarden Euro.

Raumfahrt

Auch Japan will zum Mond

Auch Japan will eine Sonde zum Mond schicken. Eine japanische Trägerrakete vom Typ H2A soll am Donnerstag von Japans Weltraumbahnhof Tanegashima abheben, wie der Konzern Mitsubishi Heavy Industries bekannt gab. Der Raketenstart war zuvor mehrmals wegen schlechter Wetterbedingungen verschoben worden. Die Rakete hat das von Japans Raumfahrtagentur Jaxa entwickelte Mondlandegerät SLIM an Bord, mit dem Technologien für punktgenaue Landungen auf der Mondoberfläche getestet werden sollen. Im Falle eines Erfolges wäre Japan nach der ehemaligen Sowjetunion, den USA, China und Indien das fünfte Land, dem eine sanfte Landung auf dem Erdtrabanten gelingt.

Wirtschaft und Geld

CDU-Vorstoß

Diskussion um Spaltensteuersatz

Die CDU dringt auf eine Steuerreform, um den Mittelstand zu entlasten. CDU-Chef Friedrich Merz hatte ins Gespräch gebracht, dass der Spaltensteuersatz erst ab einem höheren Einkommen greifen und dafür erhöht werden könnte. Auch SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert sprach sich für eine solche Reform aus. Doch Finanzminister Christian Lindner weist den CDU-Vorstoß zurück. Er rechnete vor, dass der Spaltensteuersatz von derzeit 42 Prozent auf 57 Prozent erhöht werden müsste, wenn er erst ab einem Einkommen von 80.000 Euro gelten würde. Derzeit greift er ab einem Einkommen von 63.000 Euro. Mehr über die Hintergründe lesen Sie auf Seite 9.

IAA in München

Kampf der Klimagruppen

Am heutigen Dienstag öffnen sich die Tore der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) für das breite Publikum. Vor allem die kostenlos zugänglichen Ausstellungsflächen in der Münchner Innenstadt dürften Hunderttausende Besucher anziehen. Daneben wirkt die Messe allerdings auch wie ein Magnet für Klimaaktivisten. Schon am

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....

Montag blockierten etwa Vertreter der sogenannten "Letzten Generation" die Autobahn A8 in Richtung München, Greenpeace versenkte in einem Gewässer am Haupteingang des Messegeländes Autodächer. Auch weitere Gruppen zeigten sich mit Protestaktionen aktiv. Mehr zum Überbietungswettbewerb der Klimagruppen lesen Sie auf Seite 10.

Gebäudeenergiegesetz

Taktik zur Verzögerung

Ein von der CDU/CSU-organisiertes Gespräch mit Verbänden der Immobilienwirtschaft sowie Vertretern des Verbraucherschutzes und der Heizungsbranche hat zahlreiche offene Fragen bezüglich des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ergeben. Die Union kritisiert, dass die Ampel-Koalition das Gesetz trotzdem am kommenden Freitag verabschieden will. Mit mehreren Anträgen zur Geschäftsordnung will die Opposition erzwingen, dass der GEG-Entwurf zumindest noch einmal von den Ausschüssen beraten werden muss. Um welche Fragen es geht, lesen Sie auf Seite 9 .

Tag an der Börse

Dax kaum verändert

Die Hilfen für den strauchelnden Immobiliensektor in China haben die Stimmung an Europas Börsen am Montag zunächst aufgehellt. Die Feiertagspause an der Wall Street sorgte jedoch für dünne Handelsumsätze und löschte die anfänglichen Kursgewinne später am Tag wieder aus. Zum Börsenschluss notierte der Deutsche Aktienindex (Dax) 0,1 Prozent tiefer bei 15.825 Punkten. Aktienkurse finden Sie in einer Übersicht auf Seite 9 .

Sport

Bayer Leverkusen

Tapsoba bleibt bis 2028

Bayer Leverkusen hat den Vertrag mit dem international begehrten Innenverteidiger Edmond Tapsoba langfristig bis 2028 verlängert. Der bisherige Kontrakt des Nationalspielers aus Burkina Faso lief bis 2026. Der 24-Jährige war im Januar 2020 für rund 20 Millionen Euro vom portugiesischen Erstligisten Vitoria Guimares verpflichtet worden und ist Stammspieler und Leistungsträger. Insgesamt hat er bisher 141 Pflichtspiele für den Bundesliga-Tabellenführer absolviert und dabei sechs Treffer erzielt. Welchen Grund zur Freude es neben Tapsobas Bekenntnis zum Verein aktuell noch gibt, lesen Sie auf Seite 13.

Basketball-WM

Spieler wird Niere entfernt

Dem serbischen Basketball-Nationalspieler Borisa Simanic ist während der Weltmeisterschaft in Manila eine Niere entfernt worden. Dies sei nötig gewesen, nachdem es bei einer Operation Komplikationen gegeben hatte, wie der serbische Verband KSS mitteilte. Ursache für den medizinischen Eingriff war eine Situation während des ersten WM-Spiels der Serben in der philippinischen Hauptstadt gegen den Südsudan. Der 25 Jahre alte Simanic hatte in der Begegnung von einem Gegenspieler einen Schlag in die Nierengegend bekommen und konnte beim 115:83-Sieg anschließend nicht mehr eingesetzt werden.

Kultur und Gesellschaft

Politische Rituale

Bierzelt spaltet Deutschland

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....

Während in Bayern "Bierzeltredner" als höchstes Lob gilt, ekelt man sich anderswo vor der Vermengung von Alkohol und Politik. Dabei fühlten sich früher auch Berliner Sozis im Bierdunst zu Hause. Der Wandel hat mit einem Ereignis zu tun, das auf Italienisch "Putsch della birreria" heißt. Eine kleine Kulturgeschichte lesen Sie auf Seite 16.

Amerika-Gedenkbibliothek in Berlin

Ergänzungsbau eröffnet

Berlins Kultursenator Joe Chialo (CDU) hat einen kleinen Ergänzungsbau an der Amerika-Gedenkbibliothek am Berliner Blücherplatz eröffnet. Das 800 Quadratmeter große Gebäude soll Raum "für Begegnung und Demokratie, für Fröhliches und Nachdenkliches, für Lernen, Lesen, Arbeiten, Debattieren und für Veranstaltungen" bieten, wie es auf der Webseite der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) heißt. Chialo betonte auch mit Blick auf die Pläne für einen neuen ZLB-Standort auf der Friedrichstraße, dass das Konzept Bibliothek aus seiner Sicht neu gedacht werden muss.

Rettungsmission in Antarktis

Eisbrecher nimmt Kranken auf

Erfolg bei einer aufwendigen Rettungsmission an einem der entlegensten Orte der Welt: Ein australischer Eisbrecher hat in der Forschungsstation Casey in der Antarktis nach langer Fahrt eine erkrankte Person an Bord geholt. Die "RSV Nuyina" sei nun auf dem Weg zurück ins Tausende Kilometer entfernte Hobart auf der australischen Insel Tasmanien, teilte die Regierungsbehörde Australian Antarctic Division mit. Am Sonntag habe das Schiff das Meereis durchbrochen und einen Ort 144 Kilometer von Casey entfernt erreicht. Zwei Hubschrauber an Bord starteten und holten den Expeditionsteilnehmer ab. Die Person leide unter einer sich entwickelnden Krankheit und benötige fachärztliche Behandlung in Australien.

Zwei Patienten getötet?

Anklage gegen Charité-Arzt

Rund vier Monate nach seiner Verhaftung wegen zweifachen Mordverdachts ist gegen einen Herzmediziner der Berliner Charité Anklage erhoben worden. Mitangeklagt sei eine Krankenschwester wegen des Verdachts der Beihilfe zum Totschlag bei einer der Taten, teilte die Berliner Staatsanwaltschaft am Montag mit. Konkret wird dem 56 Jahre alten Facharzt für Kardiologie zweifacher Heimtückemord aus niedrigen Beweggründen vorgeworfen. Der Mediziner soll 2021 und 2022 je einen Patienten und eine Patientin (beide 73) mit überdosierten Medikamenten getötet haben.

Burning-Man-Festival

Zehntausende sitzen in Nevada fest

Nach sintflutartigen Regenfällen sitzen in der Wüste von Nevada weiter Zehntausende Besucher des legendären Burning-Man-Festivals im Schlamm fest. Die Behörden in dem US-Bundesstaat forderten die Menschen auf, vorerst auf dem riesigen Veranstaltungsgelände in Black Rock City zu bleiben. Eigentlich sollte das Festival im Laufe des Montags enden. Allerdings wurde befürchtet, dass die Besucher noch bis Dienstag oder Mittwoch blockiert sein könnten. Am Sonntagmorgen hatte die Polizei erklärt, dass "etwas mehr als 70.000 Menschen" in Black Rock City festsäßen. Sie hatte den Zugang zu dem Gelände, das mehr als zehn Kilometer von den nächsten Wohnhäusern entfernt liegt, wegen heftiger Regenfälle gesperrt. Ein Mensch starb während der Regenfälle.

Umfrage

Ein Drittel hat auf Urlaub verzichtet

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....

Mehr als jeder dritte Deutsche (37 Prozent) hat laut einer Umfrage in diesem Jahr aus finanziellen Gründen auf den Sommerurlaub verzichtet. Fast jeder Vierte (23 Prozent) machte beim Reiseziel oder der Dauer des Urlaubs Abstriche, wie eine Erhebung des Markt- und Sozialforschungsinstituts IFAK im Auftrag des Radiosenders RPR1 ergab. Demnach haben vor allem die über 50-Jährigen auf Urlaub verzichtet.

VIDEO-ASSISTENT

Viele Fußball-Fans zufrieden

Anteil der Befragten, die folgenden Aussagen zustimmen, in %:

Der Video-Assistent hat den Fußball fairer gemacht
 sollte beibehalten werden



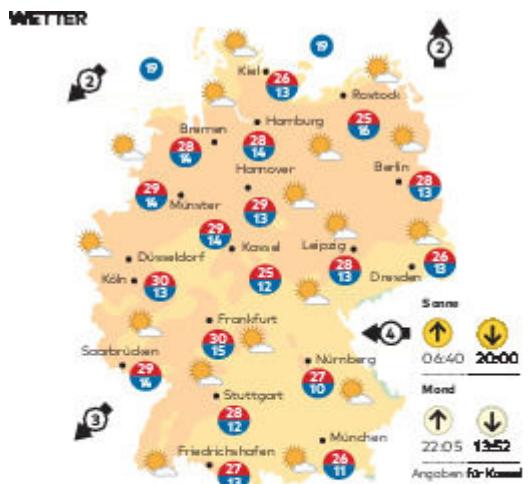
Basis: 1800 bis 2100 Fußballinteressierte (16 bis 80 Jahre)

je Land; Juli bis Aug. 2023

Quelle: Statista European Football Benchmark 2023

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Aiwangers Flugblatt-Affäre: Knobloch lehnt Entschuldigung ab ++ Dietmar Bartsch: Linke soll Streit beenden ++ Prozessbeginn in Z....



Sonniges Spätsommerwetter

Wetter: Unter Hochdruckeinfluss setzt sich das überwiegend sonnige und warme Spätsommerwetter fort. Nach der Auflösung verbleibender Frühnebelfelder scheint oft den ganzen Tag über die Sonne, und nur wenige Wolken zeigen sich am Himmel. Es bleibt trocken. Die Temperaturen liegen zwischen 22 und 32 Grad. Der Wind weht meist schwach, teilweise mäßig aus östlichen bis südlichen Richtungen.

Blauwetter: Anfangs fühlen sich die meisten Menschen heute frisch und ausgelaugt. Im Tagesverlauf nimmt die Wärmebelastung für den Körper jedoch teilweise zu. Erhöhungsschwellen und Konzentrationsstörungen stellen sich ein.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: September 4, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über neuen Veteranentag ++ Bildung: Die Schulen und der Nahost-Krieg ++ Außenpolitik ++ Nord-Stream-Anschlag: Ukraine-Kommandeur verwickelt? ++ Östliches Mittelmeer: US-Militärflugzeug abgestürzt ++ New Yorker Bürgermeister: FBI beschlagnahmt Handys ++ Kroatien: Verteidigungsminister entlassen ++ Wissen ++ Energiewende á la Jean Pütz: Methanol als Energieträger ++ Gewässer: Mini-Tiere erzeugen Nanoplastik ++ Wirtschaft und Geld ++ Öffentlicher Dienst der Länder: Warnstreiks werden ausgeweitet ++ Mahnung für Deutschland: Tschechiens strukturelle Schwäche ++ Für mögliche Streiks: Bahn-Notfall-Fahrplan vorbereitet ++ Chef der Jobplattform Indeed: Mit KI gegen Vorurteile am Markt ++ Weltmeere: Frachtschiffe werden immer älter ++ Sport ++ Bayer Leverkusen: 4:0 gegen Union Berlin ++ U17-Fußball-WM: Gelungener Start für Deutschland ++ Zweite Liga: Rostock gewinnt in Magdeburg ++ Kultur und Gesellschaft ++ Schillerrede in Marbach: "Die Deutschen waren ein Mythos" ++ Nach 34 Stunden SEK-Einsatz: Mann tot auf Dachboden gefunden ++ Befürchteter Vulkanausbruch auf Island: Behörden rechnen mit Zerstörungen ++ Italien: Zirkuslöwe streunt durch die Stadt

Die Welt

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 220

Length: 2744 words

Body

Innenpolitik

EKD-Synode in Ulm

Kritik an Ton der Asyl-Debatte

Auf einen Blick Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über....

"Wer von **Migration** redet, redet von Menschen": Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, hat die demokratischen Parteien zu einem gemäßigteren Ton in der Debatte über die **Flüchtlingspolitik** aufgefordert. Neuerdings werde über die Menschen, um die es geht, in einer Weise geredet, "die mich zutiefst erschüttert", sagte Kurschus vor der EKD-Synode in Ulm. Das geschehe nicht nur vom rechten Rand, "sondern aus der Mitte unserer Parteienlandschaft heraus", beklagte die Theologin. Es finde sich zudem auch unter Kirchenmitgliedern. "In perfider sprachlicher Verdrehung wird aus den Ertrinkenden die Flut gemacht und aus den Schiffbrüchigen die Welle, die angeblich uns überschwemme", sagte sie. Es werde von "Zahlen" gesprochen, die "runter müssen", als ginge es "um eine mittelschwere Matheaufgabe". Eine Analyse zur EKD-Synode lesen Sie auf Seite 4.

Umfrage

Mehrheit befürchtet Terror

Große Sorgen: Eine Mehrheit der Deutschen befürchtet, dass es im Zuge des Gaza-Krieges zu größeren Terroranschlägen auch in Deutschland kommen könnte. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur sagten 59 Prozent, dass sie Anschläge mit vielen Toten für sehr oder eher wahrscheinlich halten. Nur 27 Prozent sind dagegen der Meinung, dass Terrorattacken hierzulande sehr oder eher unwahrscheinlich sind. Von den möglichen Folgen des Gaza-Kriegs für Deutschland sind die möglichen Terroranschläge für 25 Prozent diejenige, über die sie sich meisten Sorgen machen. 26 Prozent sagen, sie fürchteten vor allem, dass mehr Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Deutschland kommen. Der wachsende Antisemitismus in Deutschland wird dagegen nur von 17 Prozent als Hauptsorge genannt. Dahinter folgt die Verschlechterung der Beziehungen zu Staaten mit muslimischer Bevölkerung (zehn Prozent), die Furcht vor steigenden Energie-Preisen (acht Prozent) und eine wachsende Muslim-Feindlichkeit (sechs Prozent).

Ampel-Fraktion und Union

Einig über neuen Veteranentag

Im Bundestag zeichnet sich eine breite Mehrheit für die Einführung eines Gedenktags für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr ab. "Deutschland bekommt einen Veteranentag", sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Johannes Arlt dem "Tagesspiegel". Die Union schlägt dafür den 12. November, den Gründungstag der Bundeswehr, vor. "Wir sind uns in den Ampelfaktionen darüber einig und werden kommende Woche mit der Unionsfraktion, die wir bei diesem Thema gerne mit im Boot hätten, noch die letzten Details klären", sagte Arlt. Dies bestätigte der verteidigungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Alexander Müller. "Der Veteranentag wird kommen", sagte er.

Bildung

Die Schulen und der Nahost-Krieg

Viele Lehrer sind überfordert damit, den Nahost-Krieg zu behandeln. Manchen schlägt Hass von Schülern mit gefestigtem antisemitischen Weltbild entgegen. Was können sie tun? Es formieren sich besondere Allianzen. Und auch die Rede von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gegen Judenhass könnte eine Rolle spielen. Wie diese wirken soll, lesen Sie auf Seite 4.

Außenpolitik

Nord-Stream-Anschlag

Ukraine-Kommandeur verwickelt?

Er soll den Angriff "koordiniert" haben: Ein ukrainischer Spezialkräfte-Kommandeur soll eine maßgebliche Rolle bei den Sprengstoff-Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines im September 2022 gespielt haben. Nach gemeinsamen Recherchen des "Spiegel" und der "Washington Post" soll Roman Tscherwinsky, 48, ein

Auf einen Blick Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über....

langjähriger Agent der ukrainischen Geheimdienste, eine der zentralen Figuren hinter den Attacken auf die Röhren sein. Tscherwynsky's Name wird in diesem Zusammenhang sowohl in ukrainischen als auch in internationalen Sicherheitskreisen genannt. Der Name eines mutmaßlichen Drahtziehers aus dem ukrainischen Sicherheitsapparat ist der bislang deutlichste Beleg, dass die Gasleitungen in der Ostsee von ukrainischen Tätern gesprengt wurden. Unterdessen kommt die Ukraine mit ihrer Gegenoffensive im Kampf gegen Russland nicht recht voran. Lesen Sie den Bericht auf Seite 6.

Östliches Mittelmeer

US-Militärflugzeug abgestürzt

Ein US-Militärflugzeug ist nach Angaben der US-Streitkräfte bei einem Übungsflug über dem östlichen Mittelmeer abgestürzt. Die Ursache werde derzeit untersucht, hieß es in einer Mitteilung der US-Streitkräfte in Europa. Man könne jedoch mit Sicherheit sagen, dass das Flugzeug in einem Trainingseinsatz gewesen sei und es keine Hinweise auf feindliche Aktivitäten gebe. Der Vorfall ereignete sich bereits am Freitagabend. Aus Rücksicht auf die betroffenen Familien werde man aktuell keine weiteren Angaben zu involviertem Militärpersonal machen, hieß es weiter. Zuletzt hatten die USA wegen des Gaza-Kriegs zur Abschreckung mehrere Kriegsschiffe ins östliche Mittelmeer verlegt, darunter die Flugzeugträger "USS Dwight D. Eisenhower" und "USS Gerald R. Ford". Auch Luftwaffengeschwader wurden bereits in die Region geschickt.

New Yorker Bürgermeister

FBI beschlagnahmt Handys

Ermittlungen zur Wahlkampfkampagne: Agenten der US-Bundespolizei FBI haben Mobiltelefone sowie andere elektronische Geräte des New Yorker Bürgermeisters Eric Adams beschlagnahmt. Dies erfolgte im Rahmen einer Untersuchung wegen Korruptionsverdachts bei Adams, wie die "New York Times" berichtete. Demnach soll Adams bei der Kampagne mit der türkischen Regierung zusammengearbeitet haben. Der Zeitung zufolge wurde Adams nach einer Veranstaltung von den Agenten angesprochen, die zu ihm ins Auto stiegen. Sie nahmen elektronische Geräte des Bürgermeisters mit, darunter zwei Handys und ein iPad, wie die Zeitung unter Berufung auf mit dem Fall vertraute Quellen berichtete. Die Geräte wurden Adams später zurückgegeben.

Kroatien

Verteidigungsminister entlassen

In Kroatien hat Ministerpräsident Andrej Plenkovic den Verteidigungsminister Mario Banovic nach einem tödlichen Verkehrsunfall aus dem Amt entlassen. Dies teilte der Regierungschef des Nato-Landes auf einer Pressekonferenz in Zagreb mit. Banovic war mit seinem Wagen am frühen Samstagmorgen auf einer Landstraße im Osten Kroatiens mit einem Lieferwagen frontal zusammengestoßen. Bei dem Unfall starb der 40-jährige Fahrer des Lieferwagens. Banovic liege auf der Intensivstation eines Klinikums, sei aber außer Lebensgefahr, gaben Krankenhausärzte gegenüber Medien bekannt. Laut Staatsanwaltschaft hat nach derzeitigem Ermittlungsstand Banovic den Unfall verursacht.

Wissen

Energiewende á la Jean Pütz

Methanol als Energieträger

Mit dem Thema Energie hat sich der gelernte Ingenieur und Wissenschaftsjournalist Jean Pütz (87) jahrzehntelang auseinandergesetzt. Er ist davon überzeugt, dass Wohlstand und Klimaschutz kein Widerspruch sind und schreibt in seinem neuen Buch: "Klimarettung ja! - Deindustrialisierung nein!" Pütz hält die Fokussierung auf Wasserstoff als künftigen nachhaltigen Energieträger für einen Irrweg, insbesondere, weil diese Form der Energienutzung vergleichsweise hohe technische Anforderungen hat, die von weniger entwickelten Ländern nicht so leicht erfüllt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über....

werden könnten. Er sieht vielmehr Methanol als den Schlüssel zu einer nachhaltigen globalen Energiewirtschaft. Produziert unter Einsatz von Solarstrom und aus der Luft entzogenem Kohlendioxid könne die Nutzung von Methanol klimaneutral sein. Die Argumente von Jean Pütz lesen Sie im WELT-Interview auf Seite 8.

Gewässer

Mini-Tiere erzeugen Nanoplastik

Plastikmüll in Gewässern zerbröselt über die Jahre in immer kleinere und für Organismen potenziell gefährlichere Stücke. Anteil an diesem Prozess könnten in bisher kaum erahntem Umfang winzige Tiere haben, berichtet ein Forschungsteam im Fachjournal "Nature Nanotechnology". Schon ein einziges Räderchen kann demnach mehr als 350.000 Plastik-Nanopartikel täglich erzeugen. Um die Dimension zu verdeutlichen: In einem in der Studie berücksichtigten See leben rund 23.000 Räderchen in einem Liter Wasser.

Wirtschaft und Geld

Öffentlicher Dienst der Länder

Warnstreiks werden ausgeweitet

Schulen, Kitas, Bürgerämter - vom heutigen Montag an müssen sich die Bürger auf weitere Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst der Länder einstellen. "Wir weiten die Warnstreiks aus", sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft Ver.di, Frank Werneke, der "Süddeutschen Zeitung". Vom heutigen Montag an sollen etwa in Hamburg unter anderem Beschäftigte aus Bezirksamtern, Schulen und Feuerwehr in den Ausstand treten. Weiter sagte Werneke: "Insbesondere in den beiden Wochen vor dem nächsten Verhandlungstermin am 7. und 8. Dezember werden die Kitas bestreikt, die unter den Tarifvertrag der Länder fallen, das betrifft vor allem Berlin." Auch weitere Beschäftigte in der sozialen Arbeit und an Unikliniken würden zum Warnstreik aufgerufen, ebenso nicht verbeamtete Lehrer.

Mahnung für Deutschland

Tschechiens strukturelle Schwäche

Die Tschechische Republik droht zum neuen "kranken Mann" Europas zu werden. Als einziges EU-Land hat es den wirtschaftlichen Einbruch in der Corona-Pandemie noch nicht wieder aufgeholt. Das Land leidet unter einem veralteten Wirtschaftsmodell, das langfristig zur Belastung zu werden droht. Ökonomen warnen gar vor einer Wachstumsfalle. Wenn Deutschland nicht aufpasste, drohten dem Land ähnliche Entwicklungen. Mehr dazu auf Seite 9.

Für mögliche Streiks

Bahn-Notfall-Fahrplan vorbereitet

Die Deutsche Bahn rüstet sich für mögliche Streiks der Lokführergewerkschaft GDL in den kommenden Wochen. Nach Angaben einer Bahn-Sprecherin vom Sonntag wurde bereits ein Notfahrplan erstellt. Sie bestätigte damit einen Bericht der "Bild am Sonntag". Nach diesem Fahrplan würden im Fernverkehr "weniger als 20 Prozent des Regelangebots" eingesetzt. Möglichst lange Züge sollen dann aber möglichst viele Reisende ans Ziel bringen. So soll zum Beispiel ein 376 Meter langer ICE mit 918 Sitzplätzen auf besonders stark nachgefragten Verbindungen fahren - etwa von Hamburg über Köln, Frankfurt und Stuttgart nach München, wie die Sprecherin sagte. Die Tarifverhandlungen zwischen Bahn und GDL hatten am Donnerstag begonnen und sollen kommende Woche fortgesetzt werden.

Chef der Jobplattform Indeed

Mit KI gegen Vorurteile am Markt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über....

Flüchtlinge und Migranten landen überdurchschnittlich häufig im Sozialsystem statt auf dem Arbeitsmarkt. Der Chef der Jobplattform Indeed, Chris Hyams, sieht einen Grund dafür in Vorurteilen - und will mit künstlicher Intelligenz (KI) im Personalwesen gegensteuern. Warum das schwierig werden dürfte, erfahren Sie auf Seite 10.

Weltmeere

Frachtschiffe werden immer älter

Auf den Weltmeeren sind zunehmend alte Schiffe unterwegs. Das Durchschnittsalter von Containerschiffen ist zuletzt auf ein Allzeithoch angestiegen. Nun sorgen sich Versicherungen zunehmend um den Zustand der Frachtschiffe. Dabei müsste der Trend gerade entgegengesetzt sein - soll die grüne Transformation doch auch in der Schifffahrtsbranche an Fahrt gewinnen. Lesen Sie den Bericht auf Seite 10.

Sport

Bayer Leverkusen

4:0 gegen Union Berlin

Bayer Leverkusen wird mehr und mehr zu einem echten Titelaspiranten und zum größten Kontrahenten des Rekordmeisters FC Bayern. Beim 4:0 (1:0) über den 1. FC Union Berlin setzte die weiter ungeschlagene Mannschaft von Fußball-Lehrer Xabi Alonso ihren Höhenflug fort und stellte mit sieben Siegen in Serie den Vereinsrekord ein. Der Bundesliga-Tabellenführer bot eine souveräne Vorstellung und kam nach Treffern von Alejandro Grimaldo (23.), Odilon Kossounou (56.), Jonathan Tah (73.) und Nathan Tella (83.) zum zehnten Erfolg in der elften Partie. Dagegen hält der dramatische Abwärtstrend der Berliner auch nach dem 1:1-Achtungserfolg in der Champions League bei der SSC Neapel weiter an. In Leverkusen mussten die Eisernen die bereits neunte Bundesliga-Niederlage in Serie hinnehmen und stürzten auf den letzten Tabellenplatz ab.

U17-Fußball-WM

Gelungener Start für Deutschland

Die deutsche U17-Nationalmannschaft ist mit einem souveränen Erfolg gegen den wohl härtesten Gruppengegner Mexiko in die WM in Indonesien gestartet. Beim Duell Europameister gegen CONCACAF-Champion setzte sich das Team von Trainer Christian Wück in Bandung mit 3:1 (2:0) durch. Im ersten Spiel der Gruppe F hatte sich Venezuela beim 3:0 (1:0) gegen Neuseeland keine Blöße gegeben. Kapitän Noah Darvich, Max Moerstedt und Eric da Silva Moreira trafen für die Junioren des Deutschen Fußball-Bundes, die in der Tabelle auf Platz zwei rangieren. Für den zweimaligen Weltmeister verkürzte Tahiel Jimenez (75.). Nächster deutscher Gegner ist der Gruppenletzte Neuseeland.

Zweite Liga

Rostock gewinnt in Magdeburg

Der FC Hansa Rostock hat mit einem Sieg im Ost-Duell den Anschluss an das Mittelfeld der 2. Fußball-Bundesliga geschafft und die Krise von Gastgeber 1. FC Magdeburg verschärft. Die Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern gewannen am Sonntag mit 2:1 (0:1) und ließen sich dabei auch von einem frühen Rückstand nicht beirren. Bereits in der vierten Minute war Herbert Bockhorn die Führung für die Magdeburger geeglückt. Wenige Sekunden nach der Pause glich Dennis Dressel aus. Beim Siegtreffer der Rostocker prallte der Ball nach einer Ecke an den langen Pfosten, von dort Connor Krempicki an den Körper und vom FCM-Profi ins Tor. Dem SV Wehen Wiesbaden gelang daheim der vierte Sieg in Folge: Der Aufsteiger bezwang den 1. FC Kaiserslautern 2:1 (1:1). Fortuna Düsseldorf hingegen kassierte gegen Greuther Fürth eine 0:1-Niederlage. Beide Klubs liegen mit je 21 Punkten in Schlagweite zu den Aufstiegsplätzen.

Kultur und Gesellschaft

Auf einen Blick Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über....

Schillerrede in Marbach

"Die Deutschen waren ein Mythos"

Als 15-Jähriger entdeckte der Schriftsteller Abdulrazak Gurnah die Werke von Friedrich Schiller. In einer von der DDR gestifteten Bibliothek in Sansibar. Von seiner Familie hörte der junge Gurnah aber auch die Geschichten über Deutsch-Ostafrika, über die Gräueltaten der deutschen Kolonialmacht. Es war Schiller, der dem heutigen Nobelpreisträger verstehen half, wie gemeinsame soziale Identitäten wirken. Dies hat Gurnah in seiner Schillerrede in Marbach am Sonntag beschrieben. Die Rede und eine Einordnung finden Sie auf den Seiten 14/15.

Nach 34 Stunden SEK-Einsatz

Mann tot auf Dachboden gefunden

Nach dem Großeinsatz wegen eines bewaffneten Mannes in der Gemeinde Milower Land steht für Bürgermeister Felix Menzel die Aufarbeitung im Vordergrund: "Es regt ja auf, macht betroffen, es gibt und gab viele Fragen." Für die Grundschulen und die Menschen im betroffenen Ortsteil Vieritz werde es eine Nachbereitung geben. Ein Mann hatte sich von Freitagnachmittag an über 34 Stunden in einem Haus in Vieritz verschanzt. Mehrfach schoss er in dieser Zeit auch aus dem Haus heraus auf die Einsatzkräfte. Am Abend gelang es der Polizei, bis ins Gebäude vorzurücken. Nach weiteren Stunden fand sie gegen 0.30 Uhr den Verdächtigen leblos im Dachgeschoss des Hauses. Ein Notarzt stellte den Tod fest. Vorangegangen war die mögliche Gefährdung eines Kindes, das sich bis Freitagnacht mit seiner Mutter und einem weiteren Mann ebenfalls in dem Haus befunden hatte und dann in Sicherheit gebracht werden konnte.

Befürchteter Vulkanausbruch auf Island

Behörden rechnen mit Zerstörungen

Seit Tagen bebt auf Island die Erde. Zwischen Mitternacht und sechs Uhr morgens am Sonntag registrierten die Behörden etwa 880 Erdbeben, wie der Sender RUV berichtete. Allerdings seien alle Erschütterungen unter der Stärke von 3,0 geblieben. Dennoch kann es weiterhin auf der Reykjanes-Halbinsel südwestlich der Hauptstadt Reykjavík zu einem Vulkanausbruch kommen. Die Behörden haben den Ort Grindavík mit etwa 3700 Einwohnern evakuiert und auch die nahe Blaue Lagune geschlossen, die bekannteste Touristenattraktion der Insel im Nordatlantik. In der Region wurde der Notstand ausgerufen. "Wir sind wirklich besorgt um alle Häuser und die Infrastruktur in der Gegend", sagte der Leiter des Katastrophenschutzes, Þórir Reynisson.

Italien

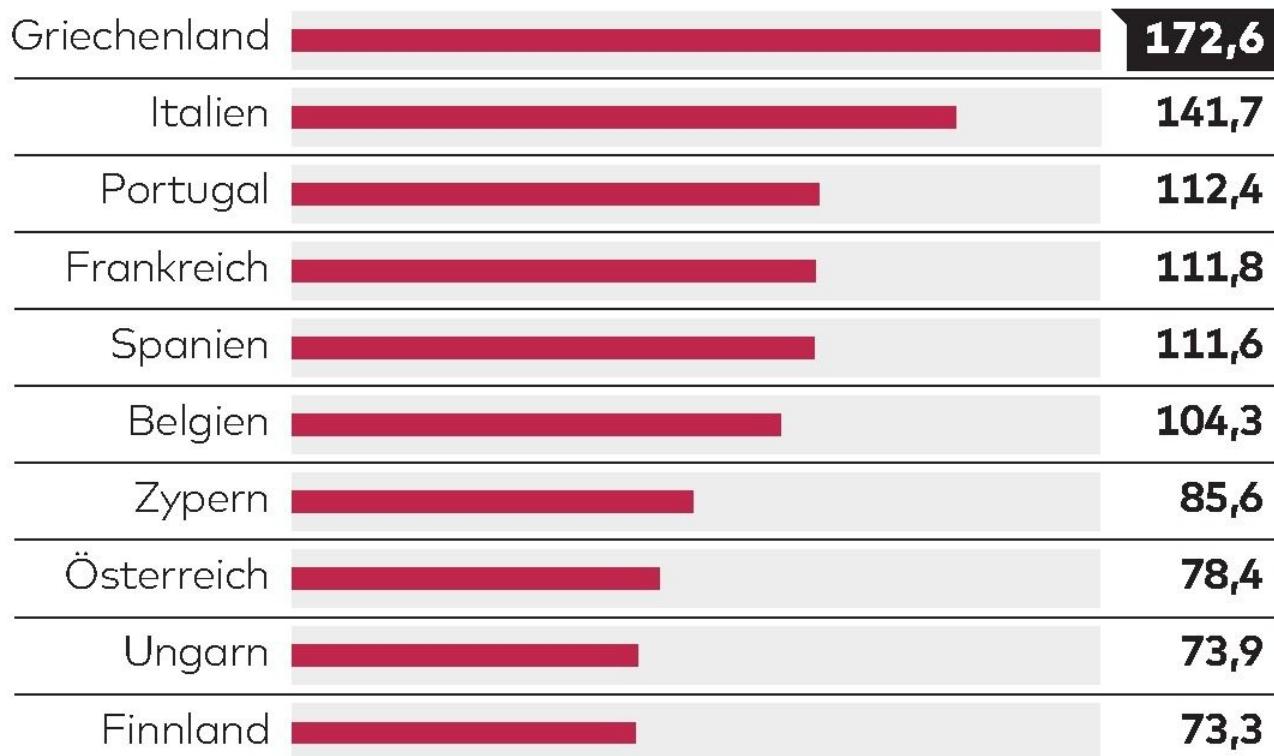
Zirkuslöwe streunt durch die Stadt

Ein großes Raubtier mitten in Zentrum: Im italienischen Küstenort Ladispoli hat ein Löwe, der aus einem Zirkus ausbrechen konnte, am Wochenende für Aufregung gesorgt. "Kimba" streunte am Samstag stundenlang durch die 40.000-Einwohner-Stadt nördlich von Rom. Hunderte Anwohner flüchteten in ihre Häuser. Erst am Abend gelang es, den Löwen per Pfeil mit einer Spritze zu betäuben und zurück in den Käfig zu bringen. Dem Zirkus "Ronny Roller" droht nun eine Anzeige wegen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht. Direktor Ronny Vassallo behauptete jedoch, Opfer von "Sabotage" geworden zu sein.

STAATSVERSCHULDUNG IN DER EU

Südeuropa tief in den roten Zahlen

Bruttostaatsverschuldung in EU-Ländern (in Prozent des BIP)

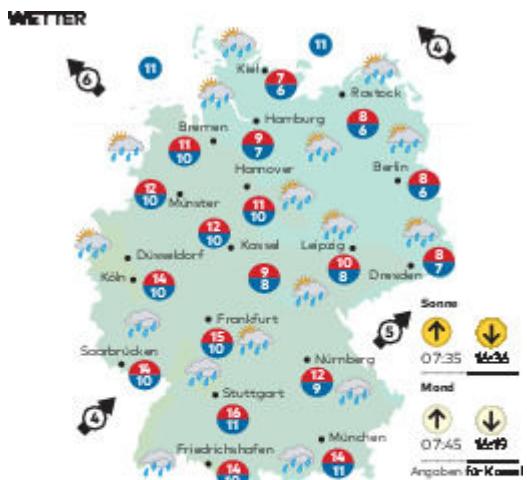


Quelle: Statista/Eurostat

Stand: 2022

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ EKD-Synode in Ulm: Kritik an Ton der Asyl-Debatte ++ Umfrage: Mehrheit befürchtet Terror ++ Ampel-Fraktion und Union: Einig über....



Stark bewölkt und verbreitet Regen

Heute: Graue Wölken mit zum Teil leichten Regenfällen breiten sich noch bis zur Elbe, obendrein bis zur Oder aus. Nachmittags lockern die Wölken im Westen und in der Mitte etwas auf, es gibt aber noch Schauer, vorherrschend Gewitter. Die Temperaturen steigen auf 6 bis 16 Grad. Es weht ein aufziehender Wind aus Süd bis West. Dabei treten verstärkt starke blistromische Böen auf.

Blasenwir Erkrankungen sind zunächst häufig anzutreffen, und Wetterfüllige leiden unter Kopfschmerzen. Auch Herz-Kreislauferkrankten müssen sich auf Beschwerden einstellen. Asthmatiker müssen ebenfalls mit vermehrten Beschwerden rechnen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: November 12, 2023

End of Document

Ahmad Mansour wird Integrationsexperte der Berliner FDP; Der Psychologe gehört zum Wahlkampfteam der Hauptstadt-Liberalen unter Sebastian Czaja.
Er fordert eine Neuausrichtung der Bildungspolitik

Die Welt

Freitag 6. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 5

Length: 861 words

Byline: Diana Pieper

Body

Der Psychologe und Autor Ahmad Mansour unterstützt die Berliner FDP vor der Abgeordnetenhauswahl am 12. Februar. Auch darüber hinaus wird er das Führungsteam der Liberalen künftig bei Bildungs- und Integrationsthemen verstärken. "Ich lebe seit 18 Jahren in Berlin und sehe die gravierenden Missstände in Justiz und Verwaltung", sagte Mansour WELT.

Vor allem aber beim Thema Bildung fehlt es nach Ansicht des Integrationsexperten an überzeugenden Konzepten. "Dabei liegt hier der Schlüssel, um Teilhabe und Aufstiegschancen in unserer Gesellschaft zu fördern. Wie wichtig das ist, dafür haben die Ausschreitungen in der Silvesternacht einmal mehr den Beleg geliefert." Bei nächtlichen Krawallen zum Jahreswechsel wurden Polizei und Feuerwehr in der Hauptstadt mit Böllern, Schreckschusspistolen und Raketen angegriffen. Laut Polizeiangaben wurden 145 Tatverdächtige vorübergehend festgenommen. Auch in anderen Städten kam es zu Angriffen, die Ereignisse haben eine Debatte über fehlende Perspektiven sowie Staatsverachtung von Jugendlichen und Menschen mit **Migrationsbiografie** ausgelöst.

"Die Ereignisse haben gezeigt, dass die Hemmschwelle für Gewalt gesunken ist. In Teilen unserer Gesellschaft fehlt jeglicher Respekt vor Einsatzkräften", sagte der Spitzenkandidat der Liberalen für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja. Die Ursachen dafür sieht er in einer ineffizient arbeitenden Justiz sowie in einer fehlgeschlagenen Integrationspolitik. In Berlin fehlten Anreize für Jugendliche und Positivbeispiele. "Anstatt die Debatte aber zu verengen, wie es nun Politiker der rot-rot-grünen Koalition tun, müssen wir sie gesellschaftlich weiten", fordert Czaja. "Nur so können wir die Ursachen der Gewalt bekämpfen. Ahmad Mansour wird uns dabei mit seiner klaren Art und Expertise unterstützen."

Nach Angaben der Polizei wurden bei den Tatverdächtigen in der Hauptstadt mindestens 18 verschiedene Staatsangehörigkeiten festgestellt. Neben 45 Deutschen waren unter anderem 27 Afghanen dabei, 21 Syrer und neun Menschen aus dem Irak. Die Berliner Integrations- und Migrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial warnte vor einer Kriminalisierung von Migranten. Mansour plädiert dagegen für eine besonnene, zugleich aber offene Debatte

Ahmad Mansour wird Integrationsexperte der Berliner FDP Der Psychologe gehört zum Wahlkampfteam der Hauptstadt-Liberalen unter Sebastian Czaja. Er fordert eine

über die Herausforderungen im Bereich der Integration - auch über die Silvesternacht hinaus: "Es geht nicht darum, alle Migranten als kriminell abzustempeln. Bei den Tätern handelt es sich um eine kleine Gruppe, die die Gesellschaft terrorisiert und die Polizei und den Rechtsstaat verachtet", so Mansour. "Die Koalition diskutiert mehr über Rassismus innerhalb der Polizei als über Angriffe auf Beamte." Manch einer leite daraus die Legitimation ab, Polizisten anzugreifen. Mansour spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, Justiz und Polizei in der Hauptstadt personell besser auszustatten, um Ermittlungen zu beschleunigen.

Auch Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hat nach den Silvester-Krawallen eine schnelle Bestrafung der Täter gefordert. Zugleich betonte Giffey, Polizei und Feuerwehr seien "in voller Mannstärke" im Einsatz gewesen. Die Gewaltausbrüche seien kein "Berlin-Phänomen". Ähnliches sei auch in anderen Städten passiert. Daran äußert der FDP-Politiker Czaja Kritik: "Wenn Franziska Giffey angesichts der Ausschreitungen in Berlin an den Bund verweist, verschließt sie die Augen vor den eigentlichen Problemen dieser Stadt." In Berlin gebe es ein eklatantes Vollzugsdefizit bei der Justiz und ein massives Problem bei der Durchsetzung von Recht. "Das Ergebnis ist, dass Verbrecher den Respekt vor den Behörden verlieren." Im Fall einer Regierungsbeteiligung will die FDP Gerichte und Staatsanwaltschaft besser ausstatten.

Giffey kündigte nach den Krawallen außerdem einen Gipfel gegen Jugendgewalt an. Es brauche einen "Mix aus ausgestreckter Hand und Stopp-Signal". Der Integrationsexperte Mansour hält das für Symbolpolitik: "Es reicht nicht, nach solchen Großereignissen punktuell über die Probleme zu diskutieren. Echte Aufstiegschancen schaffen wir nicht über die Einrichtung eines Jugendsymposiums, sondern mit echter Integrationsarbeit, die bei Sprachförderung im Kindergarten anfängt." Auch eine emotionale Bindung zu Deutschland sei wichtig. So plädieren Mansour und Czaja etwa für ein verpflichtendes Kita-Jahr in Berlin. "Außerdem müssen wir Schulen zu Orten der Demokratie umbauen, mit modernen und lebensnahen Lehrplänen. In den benachteiligten Bezirken sollten die qualifiziertesten Lehrern der Stadt arbeiten", so Mansour. Ob er im Falle einer Regierungsbeteiligung in die Partei eintreten wird, ließ er offen. "Ich sehe bei der FDP das Programm, um Berlin aus dieser miserablen Situation herauszubringen. Deshalb werde ich sie im Wahlkampf unterstützen. Um etwas in dieser Stadt und diesem Land zu gestalten und zum Positiven zu verändern." Bei der vergangenen Wahl im September erreichte die FDP 7,1 Prozent, aktuell liegt die Partei in Umfragen bei fünf bis sechs Prozent und muss um den Einzug ins Abgeordnetenhaus bangen. Czaja strebt eine Regierung mit SPD und CDU an, die in den Umfragen mit den Grünen zuletzt knapp gleichauf lagen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Psychologe Ahmad Mansour (l.) mit dem Berliner FDP-Spitzenkandidaten Mario Czaja

Load-Date: January 5, 2023

Manchmal wäre Schweigen besser; Die Debatte über den Krieg in Israel in den sozialen Medien eskaliert. Im Freund-Feind-Schema kann man weder über muslimischen noch über rechten Antisemitismus reden, ohne Beifall von der falschen Seite zu bekommen. Wie viel die deutsche Vergangenheit damit zu tun hat, geht dabei unter

Die Welt

Dienstag 7. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 216

Length: 999 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Die Welt verfinstert sich. Die bestialischen Angriffe der Hamas gegen Israel zerstören die Hoffnung auf Besserung, Frieden, Freiheit - auf einen Sieg der Aufklärung gegen die Finsternis. Der Terror des politischen Islam verdrängt die Schrecken des Ukraine-Kriegs, die aber doch bleiben und neben weiteren globalen Krisen bestehen. Wohin man auch schaut, droht der nächste Flächenbrand: Wirtschaftskrise, Migrationskrise, Klimawandel, die mögliche Rückkehr von Donald Trump. Es ist kein Ende in Sicht.

Seit dem 7. Oktober aber, der in der Berichterstattung oftmals euphemistisch als Tag der "Eskalation" im Nahen Osten bezeichnet wurde, eskaliert noch etwas anderes: die Art und Weise, wie die mediale Öffentlichkeit in Deutschland darüber debattiert. Mit den politischen Koordinaten verschieben sich die Grenzen des Sagbaren. In den sozialen Medien, die zwar nur einen Teil der Öffentlichkeit abbilden, dennoch die Debatte stark beeinflussen, schließt das alle Formen der digitalen Kommunikation ein: wie wir reden, was wir teilen, was wir sehen. Gegenwärtig spiegelt sich darin ungewöhnlich deutlich eine Dialektik von Enthemmung und Tabuisierung, die genau das verhindert, was eine vernunftorientierte Verständigung erst möglich macht: Sachlichkeit.

Mittlerweile kann man über Antisemitismus nicht mehr reden, ohne Gefahr zu laufen, von der falschen Seite Beifall zu bekommen. Wer an den deutschen Antisemitismus erinnert und vor Diskriminierung von Muslimen warnt, erhält Zustimmung von links - und landet unversehens in einem Topf mit jenen, die bestreiten, dass es importierten Antisemitismus gibt, und jeden, der das ausspricht und auf Judenhass in muslimischen Communities hinweist, unter Rassismusverdacht stellen. Wer umgekehrt in den abscheulichen, antisemitischen Aufmärschen propalästinensischer Gruppierungen in Berlin-Neukölln die Integration gescheitert sieht, erntet Beifall von rechts - und hat in diesem Freund-Feind-Schema kaum noch eine Chance, den Unterschied zwischen ungezügeltem Ausländerhass und geordneter Migrationspolitik zu erklären.

Manchmal wäre Schweigen besser Die Debatte über den Krieg in Israel in den sozialen Medien eskaliert. Im Freund-Feind-Schema kann man weder über muslimischen no....

Gleichzeitig steht hinter der Debatte noch etwas anderes: die deutsche Vergangenheit. Zumeist nicht ausgesprochen, beeinflusst das historische Bewusstsein von Abwehr und Schuld im Angesicht des Holocaust noch immer die Dynamik der Diskussion in Deutschland. Dabei bleibt die kritische Selbstreflexion des eigenen Standorts gegenwärtig oft auf der Strecke und wird durch eine starke Emotionalisierung ersetzt.

Es ist völlig richtig, muslimischen Antisemitismus als solchen zu benennen. Der Feuereifer, mit dem das jetzt mitunter betrieben wird, lässt jedoch - wieder einmal - allzu schnell vergessen, welche Geschichte dieses Land mit dem Thema selbst hat. Um Antisemitismus von rechts gehe es jetzt aber nicht, ist derzeit oft zu hören. Ach nein? Die demoskopischen Daten sagen etwas anderes. Unter AfD-Wählern sind israelkritische und teilweise auch antisemitische Positionen besonders stark verbreitet - und die Partei hält sich in Umfragen weiterhin stabil bei etwa 20 Prozent. Das ist nur ein Indiz für die anhaltende Tradition rechten Denkens in diesem Land.

In den diskursiven Empörungsreflexen der sozialen Medien aber hält man lieber an altbekannten Feindbildern fest: Für die einen sind die Muslime schuld und die Linken sowieso, für die anderen sind alle "rechts", die migrantische Parallelgesellschaften kritisch sehen. Beide Reaktionen haben uneingestanden mit einem Thema zu tun, das über die Generationen hinweg wirksam bleibt: die deutsche Schuld.

Wieder wird das Gefühl der eigenen oder kollektiven Schuld abgeladen. Die erstaunliche Selbstgewissheit, mit der hier absolute Urteile über komplexe Sachverhalte gefällt werden, korrespondiert in den sozialen Medien mit einer neu erweckten Kultur des öffentlichen Beschämens. Ein falsches Wort oder auch überhaupt kein Wort, und die Selbstgewissen, die keinen Zweifel, keine eigene Fehlbarkeit mehr kennen, brausen wütend auf.

Spätfolgen einer gescheiterten deutschen Vergangenheitsbewältigung: Die Deutschen haben zu den Verbrechen der Nationalsozialisten so lange geschwiegen, dass sie nun in einem unbewussten Akt der Überkompenstation all jene an den Pranger stellen, die zum Krieg in Israel nichts sagen wollen - obwohl das ihr gutes Recht ist, sofern sie nicht Politiker sind. So aber ersetzt die gruppendifferentielle Empörung Differenzierung, mitunter auch Kenntnis.

Es gilt zu verhindern, den islamistischen Terror zu verharmlosen und seine Ursachen mit dem Hinweis auf vermeintliche "Kontexte" zu erklären oder gar zu entschuldigen. Wenn es um brutale Morde und Verbrechen dieses Ausmaßes geht, gibt es nichts zu differenzieren, weil die Sachlage eindeutig ist. Etwas anderes aber ist die Integration von Muslimen im eigenen Land. So klar antiisraelische Aufmärsche propalästinensischer Gruppierungen zu verurteilen sind, die die Verbrechen der Hamas feiern, so dramatisch wäre es, alle Menschen arabischer Herkunft unter Antisemitismus-Verdacht zu stellen.

Die Lautstärke der sozialen Medien, ihre ungefilterte Wut und Polarisierung wirken infam im Angesicht des Leids der Menschen in Israel und im Gazastreifen. Es kursieren die schlimmsten Videos von Hass, Aggression, Gewalt. Ja, wir müssen hinsehen und informiert sein. Und doch hat die inflationäre Neigung, all diese Bilder fortwährend in den digitalen Netzwerken zu teilen, auch etwas mit Voyeurismus zu tun.

Es gibt eine Ambivalenz des Bilderteilens, eine Ambivalenz der schäumenden Worte, so nachvollziehbar die Emotionen in dieser schrecklichen Zeit sind. Manchmal wäre Schweigen besser. Das Leid der Opfer ist so erdrückend, dass es einem die Sprache verschlägt. Es wäre kein Ausdruck fehlender Solidarität, sondern ein Zeichen der Anteilnahme, in der Dauerüberflutung der digitalen Kommunikation einfach einmal Ruhe zu geben. Die Stille zu ertragen. Das ist die Welt, in der wir leben. Die Hoffnung auf Besserung ist in weite Ferne gerückt.

hannah.bethke@welt.de (hannah.bethke@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

Union will Online-Prüfung vor Einbürgerungen; Profile von Bewerbern in sozialen Medien werden nicht auf Judenhass und Demokratiefeindlichkeit überprüft

Die Welt

Freitag 3. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 214

Length: 663 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die antisraelischen Umtriebe auf den Straßen deutscher Großstädte werfen ein Schlaglicht darauf, dass auch viele Deutsche aus **migrantischen** Communitys Judenhass offen ausleben. Was heißt das künftig für Einbürgerungsverfahren?

Durch die unter Rot-Grün im Jahr 2000 eingeführte Vergabe von Pässen an Kinder von zwei Ausländern hat der Staat bei einem Teil der **migrantischen** Bevölkerung keinen Einfluss mehr auf die Passvergabe: Die Kinder erhalten ganz ohne Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit ab Geburt, wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren legal im Land lebt. Wo der Staat aber Einfluss hat, nämlich bei den Einbürgerungen, nutzt er ihn und knüpft die Vergabe des Passes an verschiedene Bedingungen. Beispielsweise müssen die Bewerber auch ein Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes und der freiheitlich demokratischen Grundordnung abgeben. Und jetzt wird auch ein schriftliches Bekenntnis zu Israels Existenzrecht erwogen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Detlef Seif fragte die Bundesregierung an, ob die Ausländerbehörden auch verpflichtet sind, zu recherchieren, ob ein Einbürgerungsbewerber sich antisemitisch oder demokratiefeindlich auf seinen Social-Media-Profilen oder Internetforen geäußert hat. Der Innenpolitiker fragte konkret, ob vor einer Entscheidung über die Einbürgerung "alle öffentlich zugänglichen Informationen" und "insbesondere die sozialen Netzwerke" darauf geprüft würden, ob "Anhaltspunkte für eine demokratiefeindliche, rassistische oder antisemitische Grundhaltung dieser Person bestehen".

Das Bundesinnenministerium antwortete, dass der Regierung keine solche verpflichtende Prüfung aller Einbürgerungsbewerber auf problematische Äußerungen im Internet bekannt sei. Die "das Staatsangehörigkeitsgesetz vollziehenden Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsbehörden in den Ländern prüfen dabei in eigener Verantwortung, ob die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorliegen oder nicht. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor", antwortete das Ministerium. Jedoch könne "zur Ermittlung von Ausschlussgründen nach Paragraph 11 StAG

Union will Online-Prüfung vor Einbürgerungen Profile von Bewerbern in sozialen Medien werden nicht auf Judenhass und Demokratiefeindlichkeit überprüft

(Staatsangehörigkeitsgesetz, d. Red.), wozu unter anderem das frühere oder gegenwärtige Verfolgen oder Unterstützen von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gehört", eine Abfrage nach Paragraph 37, Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsrechts vorgenommen werden. Dort ist geregelt, dass der Verfassungsschutz Erkenntnisse über einen Bewerber "unverzüglich" an die anfragende Stelle, also die Ausländerbehörde, weiterleiten muss.

CDU-Innenpolitiker Seif hält dies für unzureichend: "Die Bundesregierung muss dringend sicherstellen, dass vor einer Einbürgerung durch die Ausländerbehörde eine verpflichtende Recherche stattfindet, ob sich der künftige Staatsbürger auf Social-Media-Profilen sowie Internetforen antisemitisch, demokratiefeindlich oder rassistisch äußert." Es reiche nicht aus, dass die Behörden heute selbst entscheiden können, ob sie vor einer Einbürgerung intensive Prüfungen der Bewerber durchführen. Man müsse die Antwort der Bundesregierung so verstehen, dass es derzeit offenbar keine verpflichtenden Vorgaben gibt, die im Internet möglicherweise geäußerten Einstellungen der Antragsteller zu prüfen. Laut Seif geben "die aktuellen Einbürgerungsgesetze den Ausländerbehörden vor der Passvergabe viele Möglichkeiten, tätig zu werden, aber auch viele Möglichkeiten, nicht tätig zu werden". Der Staat müsse "eine Systematik umsetzen, dass vor einer Einbürgerung verpflichtend alle öffentlich verfügbaren Informationen herangezogen werden". Die schon heute obligatorischen Abfragen eines Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung seien zwar wichtig, so Seif, aber: "Einem Beamten können problematische Einbürgerungsbewerber viel erzählen. Ein genaueres Bild über problematische Gesinnungen erhält man oft über Meinungsäußerungen in den sozialen Netzwerken."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 3, 2023

End of Document

Wie Steinmeier durch eine Scheinwelt wandelt; Der Bundespräsident will Volksnähe schaffen und reist dafür quer durch die Republik. In der Lausitz zeigt sich, dass er sich mit seinen Bürgergesprächen nur um einen Teil der gesellschaftlichen Realität kümmert

Die Welt

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 92

Length: 1226 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Der Tisch ist gedeckt, als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einem Strauß Blumen das kleine Vereinshaus in Senftenberg gegenüber der Kirche betritt. Eine der anwesenden Frauen hat Geburtstag und kann es gar nicht glauben, dass die Blumen des Bundespräsidenten für sie bestimmt sind. Die Frauen, die sich in der **Flüchtlingshilfe** "Unsere Welt - eine Welt e.V." engagieren, sind begeistert. So ein netter Präsident!

Es ist mal wieder "Ortszeit" für Steinmeier - da verlegt er für wenige Tage seinen Amtssitz in unterschiedliche Regionen Deutschlands, um, wie es in der Selbstbeschreibung des Bundespräsidialamts heißt, "den direkten Austausch mit Menschen überall im Land" zu suchen. Er wolle auf diesen Reisen erfahren, "was den Menschen Mut und Hoffnung macht und was sie skeptisch gegenüber unserer Demokratie und ihren Institutionen werden lässt". Das klingt nach einer typischen Sonntagsrede im Steinmeier-Stil - und doch zeigt sich hier noch etwas anderes in seinem Amtsverständnis. Der Bundespräsident will sich volksnah zeigen, hört den Menschen aufmerksam zu, nimmt Anteil, fragt, wie es ihnen geht: Wohlfühlprogramm in der Steinmeier-Republik. Diesmal also führt ihn seine Reise nach Senftenberg, in der Lausitz in Brandenburg gelegen, dem zweitgrößten Braunkohlerevier Deutschlands. Es ist die siebte Ortszeit des Bundespräsidenten, zum fünften Mal reist er in den Osten der Republik. Sein Besuch fällt in eine Zeit, da die öffentliche Debatte über "Ossis" und "Wessis" wieder neu entflammt ist, mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall.

Von einer Gleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland, etwa was die Löhne oder die Repräsentanz in Führungspositionen betrifft, kann noch immer nicht die Rede sein. Doch es geht nicht bloß um mangelnde Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, sondern oftmals auch um fehlende Anerkennung. Gleichzeitig steigt die Skepsis gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten besonders in strukturschwachen Regionen. Doch Steinmeier wiegelt ab. Er warne vor Generalisierungen, erklärt er auf Nachfrage. Es gebe nicht nur Unterschiede zwischen Ost und West, sondern auch solche zwischen Nord und Süd.

Wie Steinmeier durch eine Scheinwelt wandelt Der Bundespräsident will Volksnähe schaffen und reist dafür quer durch die Republik. In der Lausitz zeigt sich, das....

Nicht alle sind begeistert von seinem Besuch in Senftenberg. Bei seiner Ankunft wird er von etwa 30 Demonstranten empfangen, wie lokale Medien berichteten: Trillerpfeifen, AfD-Plakate, Beschimpfungen Steinmeiers als "Kriegstreiber". Auch tags darauf steht vor der Stadtverordnetenversammlung eine Handvoll Leute mit einem Transparent: "Steinmeier: Präsident der Regierung - nicht des Volkes!" Doch den Bundespräsidenten beunruhigt das nicht weiter - die Anzahl jener, die ihn freundlich empfangen hätten, übersteige die geringe Zahl an Gegendemonstranten bei Weitem.

Steinmeier lässt sich zwischen den Ortsterminen viel Zeit, schlendert über den Marktplatz, klappert die kleinen Läden ab, lässt sich sogar eine Bettenreinigung zeigen. "Hier lässt es sich gemütlich sitzen, was?", sagt er zu zwei Frauen, die draußen in einem Café Platz genommen haben. Die Frauen nicken. In Sichtweite winken einige Bürger dem Bundespräsidenten zu. Steinmeier ruft freundlich zurück: "Hallo!" Immer wieder bitten Passanten ihn um ein Selfie, er macht bereitwillig mit. Der Bundespräsident wirkt hier wie eine Mischung aus Dorfbürgermeister und Pastor. Und da muss man sagen: Diese Rolle beherrscht er sehr gut. Ob sie seinem Amt angemessen ist, sei dahingestellt. Entscheidend ist die Frage, ob seine bürgernahen Vermittlungsversuche wirklich, wie von ihm idealisiert, zur Festigung der Demokratie beitragen. Seine Ortszeit sei der Versuch, das demokratische Gespräch wieder einzubauen, erklärt Steinmeier - eine Fähigkeit, die vielen besonders in der Pandemie abhandengekommen sei. Seine Beobachtung ist ja nicht falsch. Doch die Schärfe und Aggressivität, die manche Debatte mittlerweile annimmt, bekommt er hier kaum zu spüren. Die Stadt will sich von ihrer besten Seite zeigen - wann beeindruckt sie schon mal der Bundespräsident? Da will man auf Erfolge verweisen, nicht auf Probleme.

An seiner "Kaffeetafel kontrovers", deren Charakter ein wenig an Gesprächskreise der evangelischen Kirche erinnert, sitzen rund ein Dutzend ausgewählte Bürger. Man habe bei der Einladung auf ein möglichst breites soziales Spektrum geachtet, erklärt ein Sprecher der Stadt. Tatsächlich sind unter den Teilnehmern viele Berufe vertreten - Handwerker, Lehrer, Friseurin, Verwaltungsfachangestellte. Doch die richtig Unzufriedenen, die die Bereitschaft zum Diskutieren längst aufgegeben haben, sind hier nicht. Wer nur seine eigene Weltanschauung bestätigt sehen will, setzt sich wohl kaum an den Kaffeetisch mit dem Bundespräsidenten, von dem man sich ohnehin nicht vertreten fühlt. Steinmeiers Hoffnung, aus seiner Ortszeit könne perspektivisch eine bessere Debattenkultur hervorgehen, mutet angesichts des aggressiven Tonfalls in den sozialen Medien und auch hinsichtlich einer großen Unzufriedenheit vieler Bürger mit dem Staat fast schon naiv an.

Immerhin: Die Bürger, die zur Kaffeetafel gekommen sind, haben ein großes Mitteilungsbedürfnis. Da geht es um den Mangel an Fachkräften und die Lage an den Schulen, um zu viel Bürokratie und hohe Energiekosten. Jeder will von seiner Geschichte und seinen Sorgen erzählen. Über Jahre habe man in Ostdeutschland beobachtet, wie ein ganzes System zugrunde geht, sagt ein Bürger. Das sei eine Erfahrung, die jemand aus westlichen Bundesländern nie gemacht habe. Da mache man sich ganz andere Gedanken über die Zukunft.

Von Flüchtlingen und Migranten ist am Kaffeetisch erstaunlich wenig die Rede. Hin und wieder hört man, die bekämen alles vom Staat bezahlt. Was die Menschen aber viel stärker hier beschäftigt, ist der Ukraine-Krieg. Man müsse den Krieg sofort beenden, finden hier viele. Und das habe ja auch alles eine Vorgeschichte. "Wer profitiert denn vom Krieg? Die USA natürlich!", sagt einer aufgebracht. Es sei falsch, Russland zu isolieren. Hier hat Steinmeier alle Mühe zu vermitteln. "Russland wird nicht isoliert, Russland hat sich isoliert", stellt er klar. Russland trage die alleinige Verantwortung für den Krieg gegen die Ukraine. Europa müsse sich in Zukunft wesentlich stärker und besser schützen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Die Gesichter an der Kaffeetafel sind angespannt. Es macht sich einige Unruhe breit. Doch dann muss der Bundespräsident weiter, und aller Dissens scheint fast vergessen.

Erst später in der Stadtverordnetenversammlung lebt wieder auf, was die Stimmung der Region eben auch prägt: Es sei heute wieder wie in der DDR, tönt es auf Seiten der AfD, die bei der jüngsten Kommunalwahl mit 18,2 Prozent hinter der SPD zweitstärkste Kraft wurde. Von staatlicher Propaganda ist die Rede, fehlgeleiteter Migrationspolitik, unzulässiger Einmischung des Staates. Fast schon in Merkel-Manier sitzt Steinmeier diese Tiraden aus, bevor er dann selbst eine Rede zum 17. Juni 1953 hält. Und so zeigt sich hier besonders deutlich, dass seine Ortszeit nur einen Teil der gesellschaftlichen Realität abbildet. Soweit einem sein Drang zur Volksnähe gefällt, kommt der Bundespräsident dabei überwiegend gut weg. Ob die Bürger nach seinem Besuch aber wieder

Wie Steinmeier durch eine Scheinwelt wandelt Der Bundespräsident will Volksnähe schaffen und reist dafür quer durch die Republik. In der Lausitz zeigt sich, das....

gelassener miteinander reden und diskutieren können, ist eher zweifelhaft - umso mehr, als seine gut gemeinten Kaffeetafeln wohl kaum etwas an den wirklichen Problemen der Region lösen werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Frank-Walter Steinmeier besucht Senftenberg: auf dem Marktplatz ein Likör, bei seiner "Kaffeetafel controvers" ein Gespräch mit Einwohnern - und dann noch ein Bummel durch ein Bekleidungsgeschäft

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Eher Hilferuf als Befreiungsschlag; Olaf Scholz inszeniert sich mit dem "Deutschland-Pakt" als Antreiber - doch die Lage des Kanzlers ist komplizierter

Die Welt

Freitag 8. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 175

Length: 1274 words

Byline: Ulrich Exner

Kristian Frigelj

Thorsten Jungholt

Claus Christian Malzahn

Body

Zwei Tage weilten die 16 deutschen Ministerpräsidenten in der belgischen Hauptstadt, zum Abschluss verabschiedeten sie eine "Brüsseler Erklärung". Das klingt nach internationaler Politik, ist aber eher national bedeutsam. Denn der maßgebliche deutsche Akteur in der Europäischen Union ist die Bundesregierung, die Landes-Regierungschefs können in Brüssel nur Wünsche und Interessen vortragen.

Das allerdings habe "sehr eindringlich" getan, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, bei Gesprächen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) und ihren Kommissaren. In seltener Einmütigkeit sprachen sich die Ministerpräsidenten für "einen wettbewerbsfähigen Brückenstrompreis vor allem für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen" aus, der in einem Übergangszeitraum nötig sei, "bis bezahlbare erneuerbare Energien in hinreichendem Umfang zur Verfügung" stünden. Sie forderten "kürzere und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren", Entbürokratisierung und Beschleunigung von Verfahren. Und sie stellten klar, dass das im Juni beschlossene EU-**Migrationspaket** "nur einen ersten wichtigen Schritt" darstellen könne, wenn es auch "konsequent umgesetzt wird".

Das klingt alles sehr entschlossen, aber die Kommission wird sich erst damit befassen, wenn entsprechende Vorschläge von der Bundesregierung kommen. Und deshalb sitzt der eigentliche Adressat der Brüsseler Erklärung in Berlin, im Kanzleramt. Und eigentlich müsste sie dort auf offene Ohren stoßen. Denn Olaf Scholz (SPD) hatte den

Eher Hilferuf als Befreiungsschlag Olaf Scholz inszeniert sich mit dem "Deutschland-Pakt" als Antreiber - doch die Lage des Kanzlers ist komplizierter

Ministerpräsidenten und der Opposition am Mittwoch im Bundestag einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen. Dazu sollen die Unterstützung für Unternehmen, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und der Digitalisierung zählen. Der Kanzler forderte eine "nationale Kraftanstrengung" und mehr Tempo: "Nur gemeinsam werden wir den Mehltau aus Bürokratismus, Risikoscheu und Verzagtheit abschütteln." Viele Menschen warteten "geradezu sehnstüchtig" auf solch einen Schulterschluss. "Tempo statt Stillstand, Handeln statt Aussitzen, Kooperation statt Streiterei", so Scholz.

Die Ministerpräsidenten staunten in Brüssel nicht schlecht, als sie die Rede hörten. Denn sie wussten von nichts. Üblicherweise werden Vorstöße dieser Dimension im Vorfeld abgestimmt, das erhöht die Erfolgssäussichten. Doch weder die Länderchefs noch die Opposition im Bundestag hatten ein Signal erhalten. Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) bekam erst im Nachhinein ein Gesprächsangebot von Scholz. Selbst die Koalitionsfraktionen wurden erst unmittelbar vor der Rede oberflächlich informiert.

Und deshalb wird nun gerätselt, was Scholz gemeint haben könnte. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) witterte einen "PR-Gag" des Kanzlers und erklärte, er fühle sich "offen gesprochen veräppelt". Die Länder stünden nämlich zum Beispiel "sofort bereit, den längst verabredeten Pakt für Planungsbeschleunigung jetzt umzusetzen". Sie hatten bereits im vergangenen November einen entsprechenden Beschlussentwurf für die Ministerpräsidentenkonferenz erarbeitet und Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (SPD) vorgelegt. In einer gemeinsamen Konferenz der Chefs der Staatskanzleien der Länder mit Schmidt wurde dazu die Entscheidung getroffen, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, die die Details dieses "Paktes für Beschleunigung" ausarbeiten sollte. Doch dazu kam es nie.

Stattdessen monierte die Ministerpräsidentenkonferenz vom 16. März 2023 dieses Nicht-Ergebnis und drängte den Bund per Beschluss öffentlich, "den gemeinsamen Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zeitnah abzuschließen". Eine Einladung des Bundes zu der im November vereinbarten Arbeitsgruppe zur Planungsbeschleunigung stehe weiter aus. Weil als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz und dessen Stellvertreter Wüst unterstrichen diese Haltung in einem Brief an den Kanzler, der WELT vorliegt. Darin baten sie Scholz erneut, die Arbeitsgruppe "zeitnah einzuladen".

Angeblich soll das Bundeskanzleramt inoffiziell mitgeteilt haben, dass der Fokus zuletzt krisenbedingt auf anderen Themen gelegen habe. In den Ländern gibt es aber auch die Vermutung, dass der Kanzler beim geplanten Pakt keine Mehrheit bei den Koalitionsfraktionen hat - und deshalb zögert. Dies lasse sich, so ist zu hören, auch aus dem Disclaimer im Begleitkommuniqué herauslesen, wonach die Vorschläge für den "Deutschland-Pakt" vom Bundeskanzler kämen - und eben nicht von der Bundesregierung. Der Vorstoß von Scholz im Bundestag wird als Versuch gewertet, sich als Antreiber zu profilieren, den Druck zu erhöhen und sich Unterstützung aus der Opposition und den Ländern zu sichern.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) steht dem "Deutschland-Pakt" des Kanzlers entsprechend skeptisch gegenüber. Die "Vorschläge liegen schon länger auf dem Tisch und hätten schon längst angegangen werden können", sagte Haseloff WELT. "Zudem fehlt das wichtige Thema der Migration. Gerade dort entstehen für Kommunen und Länder hohe Belastungen", sagte der Christdemokrat weiter. Auch müsse das Thema Steuerausfälle für Länder und Kommunen bewertet werden. "Aber natürlich können wir zeitnah über alle Herausforderungen reden, vorausgesetzt die Bundesregierung ist sich einmal untereinander einig", sagte Haseloff WELT.

Das ist sie aber nicht, wie vor allem beim Industriestrompreis deutlich wird. Die Geschlossenheit, nach der Scholz ruft, ist bei den Ministerpräsidenten da, in der Ampel aber nicht. Die Grünen- und die SPD-Fraktion sind dafür, der Kanzler und die FDP dagegen. Und Sachsen's Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) wies auf ein weiteres strittiges Thema hin. Zwar wolle er das Angebot des Kanzlers für einen Pakt ernsthaft prüfen. Für einen Pakt brauche es aber mindestens zwei. Bisher habe die Ampel ihre Agenda aus Berlin "ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort durchdrücken" wollen. So bei der illegalen Migration. Darauf hob auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt im Bundestag ab. Nötig seien etwa Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien, die von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) aber bislang abgelehnt werden. Das Angebot des Kanzlers zeige, "dass die

Eher Hilferuf als Befreiungsschlag Olaf Scholz inszeniert sich mit dem "Deutschland-Pakt" als Antreiber - doch die Lage des Kanzlers ist komplizierter

Gemeinsamkeiten in Ihrer Koalition ganz offensichtlich beendet sind, und Sie uns ein Angebot machen, weil Sie in Ihrer Koalition für zentrale Fragen keine Mehrheit mehr sehen".

Vor allem bei der illegalen Migration kommt die Koalition tatsächlich nur in Trippelschritten weiter, weil die Grünen robuste Maßnahmen und Beschlüsse scheuen. Dabei spielt das Thema derzeit vor allem in Grenzländern wie Sachsen und Brandenburg eine Hauptrolle. In einem Jahr werden dort neue Landtage gewählt. Weil der Bund zu wenig tut, hilft man sich dort inzwischen selbst. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) mobilisierte in der vergangenen Woche die sächsische Polizei im Kampf gegen Schleuser. Auch Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) ordnete entsprechende Maßnahmen an: So werden dort von der Landespolizei inzwischen teilstationäre und mobile Kontrollen in Grenznähe durchgeführt.

Wenn die Brüsseler Erklärung und der sogenannte Deutschland-Pakt "zum Anstoß für ein Stück Staatsreform werden" sollen, wie es sich der Niedersachse Weil wünscht, ist mithin noch einiges zu klären - allerdings unter Zeitdruck, wie der SPD-Politiker betonte, weil der Wirtschaft "echter Substanzverlust" drohe. Oder, wie es Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) ausdrückte: "Jetzt darf es nicht nur bei großen Worten bleiben, ich erwarte, dass der Kanzler seinen Ankündigungen Taten folgen lässt."

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Kanzler Olaf Scholz (r., SPD) sucht Verbündete im Ringen mit Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (l., FDP)

Load-Date: September 7, 2023

End of Document

Messerangriff auf Kleinkinder in Frankreich; Syrischer Flüchtling begeht Bluttat auf Spielplatz. Deutscher Junge unter Verletzten

Die Welt

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 110

Length: 498 words

Byline: Martina Meister

Body

Paris

Einstimmig hat die politische Riege in Frankreich die Messerattacke verurteilt, bei der ein Syrer am Donnerstagmorgen vier Kleinkinder und zwei Erwachsene auf einem Spielplatz in der ostfranzösischen Stadt Annecy teils lebensgefährlich verletzt hat. Auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von einer "unmenschlichen und verachtenswerten Tat".

Vor allem das Alter der Opfer sorgt für Entsetzen. Bei dem jüngsten Kind soll es sich laut CNews um einen 22 Monate alten deutschen Jungen handeln. Das älteste Kind ist nach Auskunft der Oberstaatsanwältin von Annecy drei, die beiden anderen sind zwei Jahre alt, auch englische und niederländische Kinder sind unter den Opfern. Alle vier Kleinkinder schweben in Lebensgefahr, so die Staatsanwältin, die ein "sichtbares terroristisches Motiv" bislang nicht bestätigte.

Der 32 Jahre alte Angreifer, der Syrer Abdalmasih H., wurde noch am Tatort festgenommen. Nach Angaben der Staatsanwältin hat er seit zehn Jahren den Status eines anerkannten Flüchtlings in Schweden. Trotzdem habe er im November auch in Frankreich einen Antrag auf Asyl gestellt, in dem er sich als "syrischer Christ" definiert - was sein Vorname Abdalmasih zu bestätigen scheint, der sich als "Diener Christus" übersetzen lässt.

"Sich an Kindern zu vergreifen, heißt, das Abscheuliche zu verüben", schrieb Erziehungsminister Pap Ndiaye. Verurteilungen auf Twitter wie Schweigeminuten im Parlament gehören in Frankreich inzwischen zum traurigen Ritual. Obwohl der Täter vorgibt, Christ zu sein, wurde die Tat von kleinen Teilen der Öffentlichkeit als islamistischer Terrorismus verurteilt. Rechtsextremisten hatten am Abend zu einer Demonstration aufgerufen. Sie benutzen den Begriff "Francocide", Franzosenmord, den der Rechtspopulist und glücklose Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour geprägt hat. "Ich hasse alle Linken", schrieb der rechtsextreme Essayist Julien Rochedy auf Twitter. Ziel der "Gutmenschen" sei es, "unsere Abwehrkräfte zu schwächen und uns alle Krankheiten aufnehmen zu lassen, die uns töten können". Wie der ehemalige Vorsitzende der Jugendvereinigung

Messerangriff auf Kleinkinder in Frankreich Syrischer Flüchtling begeht Bluttat auf Spielplatz. Deutscher Junge unter Verletzten

des "Front National" instrumentalisiert auch die identitären Bewegung die Tat. Oppositionspolitikerin Marine Le Pen blieb dagegen sachlich und sprach von einem "mit einem Messer bewaffneten Individuum".

Erst im Oktober hatte der Mord der 12-jährigen Lola für eine nationale Schockwelle gesorgt, weil die Hauptverdächtige algerische Staatsbürgerin ist, für die zum Zeitpunkt des Mordes ein Abschiebebescheid vorlag. Aus Regierungskreisen heißt es, man bedauere, dass die Verschärfung des Asyl- und Einwanderungsgesetzes seit Herbst letzten Jahres vertagt wurde, weil man damit Kritikern die Luft aus den Segeln hätte nehmen können. Die Regierung hatte einen entsprechenden Gesetzesvorschlag seit September immer wieder verschoben. Doch ein schärferes Gesetz hätte in diesem Fall nichts geändert. Der Syrer ist als anerkannter Flüchtling regulär in Frankreich eingereist.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Wissenschaft muss frei sein; Seit Jahren gibt es Hinweise auf ein Klima der Angst an deutschen Universitäten. Wer bei Themen wie Migration oder Gender Widerspruch auslöst, wird gemobbt

Die Welt

Donnerstag 5. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 193

Length: 1330 words

Byline: Axel Bojanowski

Body

Nachdem Aktivisten den "Tagesschau"-Moderator Constantin Schreiber bei seiner Lesung an der Universität Jena Ende August mit einer Torte beworfen hatten, kündigte Schreiber an, sich öffentlich nicht mehr mit dem Thema Islam zu beschäftigen. Ein Sieg der Aktivisten, auch weil Jenas Uni-Leitung Unterstützung vermissten ließ. Der Althistoriker Egon Flaig erhielt eine Woche vor seinem geplanten Vortrag an der Uni Erlangen im Juli die Ausladung der Hochschule zugestellt, weil Aktivisten gegen seinen Auftritt protestiert hatten. Und auch Proteste an der Universität Würzburg gegen einen für den 6. Juli angekündigten Vortrag des Psychoanalytikers Bernd Ahrbeck hatten Erfolg. Allen drei Fällen gemeinsam ist, dass die Opfer Thesen vortragen wollten, die nicht rechtswidrig waren, ja noch nicht einmal Außenseitermeinungen darstellten. Die Sichtweisen widerstreben schlicht ein paar Studenten, die Druck ausübten, was genügte, um deutsche Hochschulen einknicken zu lassen.

Seit Jahren häufen sich Berichte von "Cancel Culture" an Universitäten, also von Annulierungskultur. Der Deutsche Hochschulverband DHV, eine Interessenvertretung von mehr als 30.000 Wissenschaftlern, hatte bereits 2020 vor "Einschränkungen der Meinungsfreiheit an Universitäten" gewarnt. Die Toleranz gegenüber anderen Meinungen werde kleiner. Aufsehenerregende Fälle hatten das Problem der Cancel Culture zuvor medial bekannt gemacht. Selbst wenn Vorwürfe gegen sie haltlos sind, müssen angegriffene Wissenschaftler um ihr Ansehen kämpfen. "Wer sich verteidigen muss, hat eigentlich schon verloren", sagt ein bekannter Historiker. Anfeindungen bleiben in Erinnerung, selbst wenn sie abstrus waren. Stigmatisierungen als "umstrittene Migrationsforscherin", "rechter Professor" oder "Klimaleugner" lassen sich kaum abschütteln. Nonkonformisten stehen unter Druck: An deutschen Hochschulen verbreite sich eine "Entwicklung, niemandem eine Ansicht zuzumuten, die als unangemessen empfunden werden könnte", hieß es bereits in der "Resolution zur Verteidigung der freien Debattenkultur an Universitäten", die der DHV 2019 verabschiedet hatte. Der Konformitätsdruck sei gestiegen - wer sich nicht beuge, werde ausgegrenzt.

Wissenschaft muss frei sein Seit Jahren gibt es Hinweise auf ein Klima der Angst an deutschen Universitäten.
Wer bei Themen wie Migration oder Gender Widerspruc....

In der Diskussion über das Problem gibt es zwei Lager: Die einen sprechen von "Einzelfällen" und davon, dass sich legitimer Widerspruch Bahn breche, der früher unterdrückt worden wäre. Die anderen sehen die "Einzelfälle" als Menetekel für eine Kultur des ängstlichen Rückzugs. Die "Einzelfälle" übten einen "Chilling effect" aus, sie wirkten abschreckend auf andere, klagen Wissenschaftler: Studien würden nicht geschrieben, Projekte nicht beantragt, Stellen nicht besetzt, Vorträge nicht gehalten, Gespräche nicht geführt. Warum etwas nicht geschehen ist, lässt sich allerdings selten beweisen - das erschwert es den Betroffenen, Gehör zu finden. Forscher berichten von "feindlichem Klima", "politischen Druck", von "Einschüchterung".

Hat sich das Klima an deutschen Hochschulen seit der DHV-Resolution von 2019 verbessert? Die "AG Hochschulforschung" an der Universität Konstanz hat soeben eine Befragung von rund 2000 Studenten aus dem Mai 2023 vorgelegt, in der es auch um die Einstellung zur "Cancel Culture" geht. Ein repräsentatives Ergebnis könne mit der Stichprobe zwar nicht sichergestellt werden, schreiben die Autoren. Ihre Berechnungen lieferten aber "eine Annäherung an die in der Bevölkerung vorhandene Verteilung". Der "Wiarda-Blog" hatte zuerst über die Studie berichtet .

Das Ergebnis lässt sich auf zweierlei Weise deuten. Einerseits spricht sich zwar in den meisten abgefragten Fällen eine Mehrheit der Studenten dagegen aus, Mittel zu ergreifen, um Vorträge zu verhindern. Andererseits sind die absoluten Zahlen der Befürworter von Störaktionen, die aus den Daten folgen, durchaus erschreckend. Auf die Frage, ob man Werbung entfernen dürfe, um gegen einen Redner an der Hochschule zu protestieren, welcher der Ansicht ist, dass "Migration nach Deutschland zu vielen Problemen im Sozialsystem führt und es daher nötig erscheint, sie zu begrenzen", antworteten 38 Prozent mit "eher nicht akzeptabel" oder mit "nicht akzeptabel", 27 Prozent mit "teils teils", 35 Prozent mit "absolut akzeptabel" oder "eher akzeptabel". Hochgerechnet auf die knapp drei Millionen Studenten in Deutschland wären demnach also rund 1,1 Millionen von ihnen bereit, Werbung wegzunehmen, weitere rund 800.000 wären dazu zumindest eventuell willens.

Ähnliche Zahlen ergab die gleiche Frage für einen Redner an der Hochschule mit der Ansicht, "dass das biologische Geschlecht nur die Ausprägungen männlich und weiblich kennt", und gegen einen Redner an der Hochschule, der meint, dass "Einkommensunterschiede in der Gesellschaft wichtig sind, um Menschen zu Anstrengung und harter Arbeit zu motivieren". Ein schlechtes Zeichen für die Wissenschaftsfreiheit, denn alle drei Thesen sind vollkommen legitim. Weitaus weniger Akzeptanz zeigten die Studenten für rabiatare Methoden der Sabotage, allerdings ergeben sich auch dabei immer noch erstaunlich hohe absolute Zahlen: Blockieren oder Niederschreien eines Vortragenden zu jenem Thema "Migration als Problem" fanden elf beziehungsweise zwölf Prozent akzeptabel - hochgerechnet auf die Gesamtstudentenzahl in Deutschland mithin rund 300.000 Studenten. Mit "teils teils", also mit vielleicht, antworteten jeweils zusätzliche 18 und 19 Prozent.

Wiederum ähnliche Quoten ergaben sich für das Blockieren und das Niederschreien bei den beiden anderen Themen: "Biologisches Geschlecht nur binär" und "Einkommensunterschiede sind wichtig für die Gesellschaft". Rund ein Viertel der Studenten wäre zum Blockieren oder Niederschreien der Thesen also zumindest unter Umständen bereit. Immerhin: Die Anwendung physischer Gewalt lehnen 75 bis 80 Prozent der Befragten bei den drei Thesen ab. Aber vier bis fünf Prozent hielten sie für akzeptabel. Zusammen mit jenen, die sich mit "teils teils" nicht eindeutig positionierten, ergibt sich hochgerechnet, dass knapp 300.000 Studenten an deutschen Hochschulen physische Gewalt tolerieren könnten, um akademische Vorträge über legitime Thesen an ihrer Uni zu verhindern.

Die neue Umfrage scheint die Stimmung an deutschen Hochschulen zu erklären: Es gibt offenbar eine substanzelle Minderheit mit Bereitschaft zur Sabotage unliebsamer Vorträge. Wegen kaum vorhandener Gegenwehr der Hochschulleitungen kann sie ihre Vorhaben oftmals durchziehen. Eigentlich garantiert in Deutschland Artikel 5 des Grundgesetzes Forschungsfreiheit: "Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei." Zur "Stärkung der Forschungsfreiheit" hatte die Europäische Union 2020 unter der Leitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die "Bonner Erklärung" auf den Weg gebracht. "Forschende haben das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, ohne dabei durch das Umfeld, in dem sie tätig sind, benachteiligt zu werden", hieß es darin. "Wir verurteilen alle Versuche, Forschungsfreiheit einzuschränken", erklärte das deutsche Forschungsministerium bei der Verabschiedung des Aufrufs. Was nicht zur Sprache kam: Die Freiheit an Hochschulen wird längst infrage

Wissenschaft muss frei sein Seit Jahren gibt es Hinweise auf ein Klima der Angst an deutschen Universitäten.
Wer bei Themen wie Migration oder Gender Widerspruc....

gestellt, auch in Deutschland. Allerdings nicht von außen, sondern von innen, aus den Universitäten selbst heraus. Es hapert nicht selten schon an der wichtigsten Voraussetzung für Wissenschaft: der Möglichkeit zur freien Debatte.

Universitäten sollten unbequemen Meinungen ein Forum bieten, forderte der Deutsche Hochschulverband DHV bereits vor vier Jahren. Dass sich Ausladungen von Personen häuften, die vermeintlich unerträgliche Meinungen vertraten, sei nicht akzeptabel, konstatierte die Resolution des DHV von 2019. "Wer die Welt der Universitäten betritt, muss akzeptieren, mit Vorstellungen konfrontiert zu werden, die den eigenen zuwiderlaufen." Differenzen müssten "im argumentativen Streit ausgetragen werden, nicht mit Boykott, Bashing, Mobbing oder gar Gewalt". Zahlreiche Studenten sehen das offenbar anders.

axel.bojanowski@welt.de (axel.bojanowski@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 5, 2023

End of Document

Nach acht Jahren: Berlin schiebt IS-Terrorist ab; Im Irak soll Abbas R. an einer Hinrichtung beteiligt gewesen sein. In Deutschland wurde er zunächst als Flüchtling anerkannt. Nun musste er zurück in sein Herkunftsland

Die Welt

Donnerstag 15. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 114

Length: 981 words

Byline: Alexander Dinger

Ulrich Kraetzer

Body

Das Verfahren schien kein Ende zu nehmen - doch zuletzt ging es doch schnell: Rund acht Jahre nach seiner Einreise nach Deutschland hat das Land Berlin einen als gewaltbereit eingeschätzten mutmaßlichen IS-Terroristen in den Irak abgeschoben. "Die Rückführung in das Herkunftsland wurde am 8. Juni vollzogen", bestätigte ein Sprecher der Berliner Senatsverwaltung für Inneres. WELT AM SONNTAG hatte vor rund eineinhalb Wochen zuerst über den Fall berichtet. Danach ging es dann ganz schnell.

Der Iraker Abbas R. war im Juli 2015 mit seiner Familie nach Deutschland eingereist. Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) erkannte ihn als **Flüchtling** an. Doch schon wenig später meldeten sich Exil-Iraker, die angaben, Abbas R. und seinen Vater wiedererkannt zu haben. Vater und Sohn seien in der irakischen Stadt Mossul an einer Hinrichtung durch den IS beteiligt gewesen. Abbas R. war damals gerade mal 15 Jahre alt. Die Exekution ist auf einem Propagandavideo dokumentiert.

Der Generalbundesanwalt ermittelte aufgrund des Videos wegen Beihilfe zu einem Kriegsverbrechen, Beihilfe zum Mord und der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation. Im Juni 2021 verurteilte das Berliner Kammergericht Abbas R. zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und zehn Monaten. Abbas R. legte Revision ein. Das Urteil ist bis heute nicht rechtskräftig.

Den Ermittlungen des Generalbundesanwaltes folgte ein jahrelanger Rechtsstreit um die Abschiebung des Irakers. Das BAMF widerrief die Anerkennung als Flüchtling. Die Berliner Ausländerbehörde verfügte die Ausweisung. Doch Abbas R. klagte gegen die Entscheidungen. Das BAMF stellte zudem ein "Abschiebungsverbot" fest, weil Abbas R. bei einer Rückkehr in den Irak Folter oder gar die Todesstrafe drohe. Der Iraker erhielt daraufhin eine sogenannte "Duldung" und blieb in Deutschland. Das Auswärtige Amt rang dem irakischen Staat bei den Bemühungen, den

Nach acht Jahren: Berlin schiebt IS-Terrorist ab Im Irak soll Abbas R. an einer Hinrichtung beteiligt gewesen sein. In Deutschland wurde er zunächst als Flüchtl....

Iraker abzuschieben, schließlich die Zusicherung ab, Abbas R. nach einer Rückkehr weder zu foltern noch ihn zum Tode zu verurteilen. Er werde "eine humane und väterliche Behandlung" erfahren, schrieben die Iraker. Das BAMF nahm das Abschiebungsverbot daraufhin wieder zurück. Doch das Berliner Landgericht entschied nach einer Klage von Abbas R., dass diese Zusicherung angesichts der Zustände im Irak nicht ausreichend sei. Das Abschiebungsverbot wurde somit wieder gültig.

In den Sicherheitsbehörden sorgte der Verbleib von Abbas R. in Deutschland für Unmut. Denn der Polizei fiel der Islamist immer wieder mit Gewalttaten auf. In einer Gefährdungsbewertung listete eine Berliner Sicherheitsbehörde knapp 30 Strafanzeigen auf und attestierte Abbas R. ein "gefährliches Konglomerat aus krimineller Energie, Ideologisierung, Opportunismus, Machtstreben". In der Zusammenfassung des Behördenpapiers heißt es, Abbas R. könne im Fall einer Entlassung "schwere und schwerste Straftaten" und sogar einen "terroristischen Anschlag" begehen.

Möglich wurde die Abschiebung in den Irak schließlich durch einen Vorstoß der Berliner Innenverwaltung. Die Behörde berief sich auf einen Passus im deutschen Aufenthaltsgesetz. Bei einer "besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr" kann ein Ausländer demnach auch ohne die sonst üblichen Prozeduren zurückgeführt werden. Die auf der gesetzlichen Regelung basierende Abschiebungsanordnung erging am 15. März dieses Jahres. Abbas R. klagte zwar auch gegen diese Entscheidung. Doch das Bundesverwaltungsgericht erklärte die Abschiebungsanordnung im Eilverfahren für rechtmäßig. Selbst wenn Abbas R. - entgegen der Zusicherung der Iraker - in seinem Herkunftsland wegen der Beteiligung an der Hinrichtung erneut verurteilt würde, wäre die zu erwartende Strafe kein Grund für ein Abschiebungsverbot, heißt es in dem Beschluss.

Fünf Jahre, nachdem das BAMF Abbas R. den Flüchtlingsstatus aberkannt hatte, war der Weg für die Abschiebung somit frei. Am Donnerstag vergangener Woche wurde die Rückführung schließlich vollzogen. Abbas R. wurde aus dem Abschiebegewahrsam im Berliner Ortsteil Lichtenrade zum Flughafen BER gebracht und von dort aus in die irakische Hauptstadt Bagdad geflogen. Es ist das Ende eines jahrelangen Rechtsstreits. Über den Vollzug der Abschiebung berichtete zunächst die "Bild"-Zeitung.

Mark Höfler, der Rechtsbeistand von Abbas R., kritisierte, es handele sich um ein "politisches Verfahren". Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hätten die Berliner Behörden den Eindruck erweckt, die Rückführung werde wegen angeblich fehlender Papiere vermutlich erst im August vollzogen. Tatsächlich habe Berlin zu diesem Zeitpunkt aber offenbar sogar schon ein Charter-Flugzeug organisiert. Sein Mandant sei "in einer Nacht-und-Nebel-Aktion" ins Flugzeug gebracht worden und habe keine Möglichkeit gehabt, sich auf die Abschiebung vorzubereiten. Während des Fluges seien ihm die Augen verbunden worden und er sei in Bagdad sofort festgenommen worden.

Ob der Irak seine Zusagen einhalte, Abbas R. weder zu foltern noch ihn unter unmenschlichen Haftbedingungen gefangen zu halten oder ihn gar zum Tode zu verurteilen, sei angesichts der desolaten Lage in dem Land äußerst zweifelhaft. Das Bundesverwaltungsgericht habe den deutschen Behörden aufgetragen, die vom Irak gegebenen Zusicherungen zu überwachen. Sein Mandant dürfe demzufolge jederzeit anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen. Er dürfe zudem nicht erneut wegen desselben Vorwurfs verurteilt werden. Ob die irakischen Behörden und Gerichte diese Zusagen einhielten, sei unklar, sagte Höfler. Offen sei auch, wie deutsche Behörden dies in einem fremden Staat überhaupt gewährleisten könnten. "Wir haben bis zum heutigen Tage keine Informationen erhalten, was der irakische Staat nun mit meinem Mandanten macht", sagt Höfler. "Ich weiß zurzeit weder, wo er sich aufhält, noch, was nun mit ihm passieren wird."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Nach acht Jahren: Berlin schiebt IS-Terrorist ab Im Irak soll Abbas R. an einer Hinrichtung beteiligt gewesen sein. In Deutschland wurde er zunächst als Flüchtl....

In einem Propagandavideo des IS ist Abbas R. (im roten Pullover) bei einer Hinrichtung zu sehen.

Load-Date: June 14, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++ SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grünen-Chefin: Lang kritisiert Migrationsdebatte ++ Bundesregierung: Herausfordernder Erdogan-Besuch ++ Außenpolitik ++ Gaza-Streifen: Scholz lehnt Waffenstillstand ab ++ Klimaaktivistin in Amsterdam: Thunberg sorgt für Empörung ++ Ukraine: Baerbock verspricht mehr Hilfe ++ Polen: Neues Parlament tagt erstmals ++ Wissen ++ Pumpen statt Spritzen: Neue Diabetes-Therapie für Junge ++ Wasserknappheit in Südasien: 347 Millionen Kinder betroffen ++ Wirtschaft und Geld ++ Ladeinfrastruktur: Ingolstadt am besten versorgt ++ Weihnachtsgeschäft: Einzelhandel pessimistisch ++ Garantien für Siemens Energy: Berichte über Einigung ++ Dubai Airshow: Boeings Milliardendeal mit Emirates ++ Kobalt-Zulieferer: BMW prüft Vorwürfe ++ Tag an der Börse: Anleger warten auf US-Daten ++ Sport ++ Fußball-Bundesliga: Krisentrainer dürfen im Amt bleiben ++ Nach Böllerwurf in Augsburg: U-Haft für Tatverdächtige ++ Kultur und Gesellschaft ++ "Ein ganzes Leben" verfilmt: Die Berge lieben und hassen ++ Naumburger Dom: Umstrittener Altar kehrt zurück ++ Nach 20 Jahren Ehe: Özdemir und Ehefrau trennen sich ++ Glücksspiel in Deutschland: 4,6 Millionen sind spielsüchtig

Die Welt

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 221

Length: 2835 words

Body

Innenpolitik

Bundesagentur zur Kindergrundsicherung

Umsetzung erst ab Mitte 2025

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++
SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) braucht mehr Zeit, um die Kindergrundsicherung umzusetzen. BA-Vorständin Vanessa Ahuja sagte bei der Sachverständigen-Anhörung im Bundestag, zum geplanten Einführungstermin am 1. Januar 2025 sei "die Umsetzung nicht realisierbar". Ahuja betonte zugleich, die BA wolle, dass die Umsetzung gut gelinge: "Wir können die Aufgabe stemmen, brauchen aber Zeit." Bei der Bundesagentur sind die Familienkassen angesiedelt, die das Kindergeld und den Kinderzuschlag auszahlen. Mehr zur Kindergrundsicherung lesen Sie auf Seite 4 , einen Kommentar auf Seite 7.

SPD-Vorsitz

Esken und Klingbeil wollen bleiben

Die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil wollen an der Spitze der Partei bleiben. Wie aus Parteikreisen verlautete, kündigten beide im SPD-Präsidium in Berlin an, dass sie auf dem Bundesparteitag im Dezember wieder für die Doppelspitze kandidieren wollen. Im Anschluss sollte auch im Parteivorstand darüber beraten werden. Die 62-jährige Esken ist seit 2019 SPD-Vorsitzende, der 45-jährige Klingbeil seit 2021 Parteichef. Esken war ursprünglich zusammen mit Norbert Walter-Borjans in einer Mitgliederbefragung an die Spitze gewählt worden. Sie setzen sich dabei gegen den heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und seine Doppel-Partnerin Klara Geywitz durch. Der SPD-Bundesparteitag findet vom 8. bis 10. Dezember statt.

Grünen-Chefin

Lang kritisiert Migrationsdebatte

Der grüne Kurs in der Migrationspolitik bestehe darin, Scheinlösungen zu benennen und bei pragmatischen Lösungen mitzugehen: Grünen-Chefin Ricarda Lang hat einen "Überbietungswettbewerb" bei der Aufstellung von Forderungen in der Migrationsdebatte kritisiert. "Ich würde sagen, wir fokussieren uns jetzt mal in der Debatte auf das, was am meisten bringt, vor allem für die Kommunen, die vor Ort umsetzen müssen - und nicht auf das, was am härtesten klingt", sagte sie im Deutschlandfunk. "Ich finde, dass wir manchmal eine Verschiebung innerhalb dieser Debatte erlebt haben, dass plötzlich das, was am allerhärtesten klingt, als am realistischsten ausgemacht wird, obwohl es eigentlich mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat", kritisierte sie. "Ein Beispiel dafür ist die Obergrenzendebatte, die wir jetzt geführt haben über Wochen hinweg. Ich könnte hier zahlreiche andere nennen." Mehr zum Thema Migration und Asyl lesen Sie auf Seite 4.

Bundesregierung

Herausfordernder Erdogan-Besuch

"Wir haben immer wieder auch schwierige Partner, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen": Die Bundesregierung hält am Besuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan trotz dessen anti-israelischer Haltung fest. Es bleibe bei der bisherigen Planung, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit. Die deutsche Position gegenüber Israel sei felsenfest. Kanzler Olaf Scholz (SPD) werde diese auch im Gespräch mit dem türkischen Präsidenten "sehr deutlich machen". Erdogan kommt an diesem Freitag nach Berlin. Nach dem Terrorangriff auf Israel mit rund 1200 Toten nannte Erdogan die islamistische Hamas "eine Befreiungsorganisation". Einen Kommentar lesen Sie in der Rubrik "Platz der Republik" links auf dieser Seite.

Außenpolitik

Gaza-Streifen

Scholz lehnt Waffenstillstand ab

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich gegen einen sofortigen Waffenstillstand im Gaza-Streifen ausgesprochen. Zwar könnten humanitäre Pausen einen Sinn ergeben, um etwa Verwundete aus dem Gaza-Streifen herauszuholen, sagte er bei einer Veranstaltung der "Heilbronner Stimme". "Aber ich gebe gerne zu, dass ich die Forderung, die einige aufstellen, nach einem sofortigen Waffenstillstand oder einer langen Pause - was ja

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++
SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....

quasi das Gleiche ist - nicht richtig finde." Das bedeute letztendlich, dass Israel zulassen solle, dass sich die Hamas erhole und wieder neue Raketen anschaffe. "Damit die dann wieder schießen können. Das wird man nicht akzeptieren können." Mehr zum Nahost-Krieg lesen Sie auf Seite 5.

Klimaaktivistin in Amsterdam

Thunberg sorgt für Empörung

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat mit einem propalästinensischen Auftritt erneut Empörung ausgelöst. Der Präsident der Deutsch-israelischen Gesellschaft (DIG), Volker Beck, bezeichnete ihre Äußerungen bei einer Klima-Großdemo in Amsterdam als das "Ende von Greta Thunberg als Klimaaktivistin". "Ab jetzt hauptberuflich Israelhasserin", fügte er in seiner Kritik im Onlinedienst X hinzu. Dies bedeute das "Ende" der von Thunberg begründeten globalen Klimaschutzbewegung Friday For Future (FFF) "als Label für Ökologie", urteilte Beck. Die israelische Botschaft in Berlin kommentierte auf X, es sei "traurig, wie Greta Thunberg mal wieder die Klima-Bühne für eigene Zwecke missbraucht". Auf Englisch fügte die Botschaft den Aufruf "Keine Bühne für Antisemiten" hinzu. Thunberg war am Sonntag bei einer Klima-Demonstration in Amsterdam mit Zehntausenden Teilnehmern aufgetreten. Dabei trug sie ein Palästinensertuch und sagte unter anderem: "Als eine Bewegung für Klimagerechtigkeit müssen wir die Stimmen derjenigen hören, die unterdrückt werden und die für Freiheit und volle Gerechtigkeit kämpfen."

Ukraine

Baerbock verspricht mehr Hilfe

"Unsere Unterstützung wird gerade auch für das nächste Jahr massiv weiter ausgebaut werden": Außenministerin Annalena Baerbock hat eine deutliche Ausweitung der Hilfe für die Ukraine angekündigt. "So stark die aktuelle Krisendiplomatie mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten ist, so wichtig ist es auch, uns den geopolitischen Herausforderungen hier vor Ort zu stellen", sagte die Grünen-Politikerin bei einem Außenministertreffen in Brüssel. Details zu den Planungen für 2024 nannte Baerbock nicht. Mit Blick auf die nächsten Monate verwies sie auf den sogenannten Winterschutzschild, der unter anderem die Lieferung von einem weiteren Flugabwehrsystem und von Strom-Generatoren vorsieht. Damit soll verhindert werden, dass russische Angriffe dazu führen, dass Ukrainer frieren müssen.

Polen

Neues Parlament tagt erstmals

Das neu gewählte polnische Parlament ist am Montag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Staatspräsident Andrzej Duda rief in einer Rede an die Abgeordneten das Land auf, die politische Spaltung zu überwinden. Für Gelächter unter Oppositionellen sorgte Dudas Aussage, die verfassungsmäßige Ordnung müsse gewahrt werden. "Ich werde keiner Umgehung oder Beugung des Gesetzes zustimmen", sagte Duda. Die bisherige nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), der Duda nahesteht, war in den vergangenen Jahren immer wieder beschuldigt worden, die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben. Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Wissen

Pumpen statt Spritzen

Neue Diabetes-Therapie für Junge

Mit neuen Systemen müssten Kinder und Jugendliche sich nie wieder Insulin spritzen - intelligente Pumpen erledigen das ganz automatisch. Das ist für Betroffene nicht nur eine Erleichterung im Alltag, sondern auch sicherer. So müssen Eltern nicht mehr nachts aufstehen, um die Werte der Kinder im Schlaf zu messen. "Das ist ein riesiger Fortschritt", sagt Christina Reinauer, Kinderdiabetologin an der Uniklinik Düsseldorf. Doch es gibt zwei

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++
SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....

Probleme: technische Herausforderungen und die Weigerung mancher Kassen, die Kosten zu übernehmen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 8.

Wasserknappheit in Südasien

347 Millionen Kinder betroffen

In Südasien leiden weltweit am meisten Kinder an Wasserknappheit. Insgesamt sind es 347 Millionen, wie eine Analyse des UN-Kinderhilfswerks Unicef zeigt. In der bevölkerungsreichsten Region der Welt lebten mehr als ein Viertel aller Kinder. Gleichzeitig gebe es dort aber nur vier Prozent des Wassers in der Welt, hieß es weiter. "Sicheres Wasser ist ein Grundmenschenschenrecht, aber Millionen von Kindern in Südasien haben nicht genügend zu trinken in einer Region, die von Überschwemmungen, Trockenheit und anderen extremen Wetterereignissen, die zunehmend vom Klimawandel ausgelöst werden, geplagt ist", sage der für die Region zuständige Unicef-Chef Sanjay Wijesekera.

Wirtschaft und Geld

Ladeinfrastruktur

Ingolstadt am besten versorgt

In keiner deutschen Stadt gibt es mehr öffentliche E-Ladepunkte pro zugelassenem Auto als in Ingolstadt. Das geht aus den Daten der Bundesnetzagentur und des Kraftfahrt-Bundesamtes hervor, die der Verband der Automobilindustrie (VDA) jetzt für sein Ladenetz-Ranking verglichen hat. Demnach gab es zum Stichtag 1. Juli in Ingolstadt 1527 öffentliche Ladepunkte und 100.400 zugelassene Autos - also 66 Autos je Ladepunkt. Bundesweit Platz zwei belegte die Stadt Regensburg mit 125 Autos je Ladepunkt, gefolgt von Emden in Niedersachsen. In den drei Städten stehen Autofabriken von Audi, BMW und VW. Der ganze Report findet sich auf Seite 9.

Weihnachtsgeschäft

Einzelhandel pessimistisch

Das traditionell so wichtige Weihnachtsgeschäft könnte im deutschen Einzelhandel dieses Jahr für lange Gesichter sorgen. In Zeiten von Konjunkturflaute und Inflation rechnet der Branchenverband HDE für die Monate November und Dezember nur mit einem nominalen Plus von 1,5 Prozent in der Kasse. Klammere man gestiegene Preise aus, sei dies real ein Minus von 5,5 Prozent, erklärte der HDE. Mehr dazu lesen Sie im Bericht auf Seite 12.

Garantien für Siemens Energy

Berichte über Einigung

Im Tauziehen um milliardenschwere Garantien für den Energietechnik-Konzern Siemens Energy liegt Verhandlungskreisen zufolge eine konkrete Lösung auf dem Tisch. Zwölf der geforderten 15 Milliarden Euro Garantien für künftige Großprojekte sollen demnach von den Banken kommen, für maximal 7,5 Milliarden Euro davon würde notfalls der Bund einstehen, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Insider. Zuvor hatte das "Handelsblatt" über Details berichtet. Die ehemalige Muttergesellschaft Siemens AG, die noch 25,1 Prozent an Siemens Energy hält, gebe selbst keine Garantien, betonten die Insider. Die Siemens AG kaufe Siemens Energy aber 18 Prozent an der gemeinsamen indischen Tochter für mehr als zwei Milliarden Euro ab und stärke damit die Bilanz des Münchener Energietechnik-Konzerns. Der Bund hatte im Zuge der Verhandlungen auf Beteiligung der Siemens AG gepocht.

Dubai Airshow

Boeings Milliardendeal mit Emirates

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++
SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....

Zum Auftakt der Dubai Airshow hat Boeing einen großen Deal mit der Fluggesellschaft Emirates verkündet. Die Vereinbarung sieht den Kauf von 90 Maschinen vom Typ Boeing 777 vor. Die Jets haben einen Listenpreis von 400 Millionen Euro pro Stück. Dazu kommt der Kauf von fünf weiteren Boeing 787. Konkurrent Airbus bestätigt eine Grundsatzvereinbarung über ein Geschäft mit Turkish Airlines. Lufthansa Technik ist auch vor Ort und stellt die Innenräume eines riesigen Business-Jets auf der Grundlage einer 777 vor. Mehr dazu auf Seite 12.

Kobalt-Zulieferer

BMW prüft Vorwürfe

Der Autohersteller BMW prüft Vorwürfe gegen einen marokkanischen Kobalt-Lieferanten, der nach Medienberichten gegen Umwelt- und Sozialstandards verstoßen haben soll. Ein Sprecher sagte, BMW habe Untersuchungen gestartet und den Rohstoffkonzern Managem zu einer Stellungnahme aufgefordert. "Mögliche Verstöße nehmen wir ernst und gehen diesen nach." Bei einem Fehlverhalten des Lieferanten würde BMW sofort Abhilfe einfordern. Nach Recherchen von NDR, WDR und "Süddeutscher Zeitung" steht der Verdacht im Raum, dass der marokkanische Bergbaukonzern beim Abbau von Kobalt für Elektroauto-Batterien große Mengen giftiges Arsen in die Umwelt gelangen lasse. Managem habe alle Vorwürfe zurückgewiesen.

Tag an der Börse

Anleger warten auf US-Daten

Am deutschen Aktienmarkt haben am Montag die Indizes zum Start in eine an Konjunkturdaten reiche Woche moderat zugelegt. Der Leitindex Dax stand zum Xetraschluss 0,7 Prozent höher bei 15.345 Punkten. Der MDax legte 0,5 Prozent auf 25.410 Punkte zu. Marktteilnehmer fokussieren sich in dieser Woche auf die US-Verbraucherpreise, die an diesem Dienstag veröffentlicht werden. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Fußball-Bundesliga

Krisentrainer dürfen im Amt bleiben

Urs Fischer vom 1. FC Union und Steffen Baumgart haben trotz anhaltender Krisen ihrer Klubs das Vertrauen ihrer Vorgesetzten erhalten. Beide Bundesligisten gaben bekannt, dass sie an den Trainern festhalten. Die beiden ehemaligen Erfolgstrainer zehren dabei vom Kredit, den sie sich in den vergangenen Jahren erspielt haben und von ihrer großen Beliebtheit in den jeweiligen Fankreisen. Mit jeweils sechs Punkten stehen Köln und Union auf Platz 17 und 18 der Tabelle und zählen damit zu den großen Verlierern der bisherigen Saison. Wer auch schwer enttäuschte und welche Klubs die drei großen Gewinner sind, lesen Sie auf Seite 13.

Nach Böllerwurf in Augsburg

U-Haft für Tatverdächtige

Nach der Explosion eines Knallkörpers während der Bundesliga-Partie des FC Augsburg gegen die TSG Hoffenheim befinden sich zwei 28-jährige Männer in Untersuchungshaft. Laut Polizei erließ ein Ermittlungsrichter Haftbefehl. Die Zahl der verletzten Personen ist nach derzeitigem Kenntnisstand der Polizei auf 13 Personen gestiegen. Darunter sind auch mehrere Kinder und Jugendliche. Der Feuerwerkskörper war am Samstag beim 1:1 zwischen dem FCA und Hoffenheim aus dem "Bereich des Gästeblocks" geworfen worden und nahe der Eckfahne explodiert. Noch während des Spiels wurden zwei Männer festgenommen.

Kultur und Gesellschaft

"Ein ganzes Leben" verfilmt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++
SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....

Die Berge lieben und hassen

Robert Seethaler erzählte in seinem Roman "Ein ganzes Leben" auf 160 Seiten die Geschichte des jungen Andreas Egger, Sohn eines Bergbauern. Die Geschichte vom Mann, der den Bergen trotzt und den Preis zahlt, der für den Transformationsprozess in die Moderne zu zahlen ist, wurde ein internationaler Bestseller. Hans Steinbichler hat ihn jetzt verfilmt. Das musste so kommen. Und ist auch ziemlich gelungen, die Berge sehen sehr schick aus. Den Menschen verlangen sie alles ab. Nur etwas bringt einen nahezu um den Verstand. Was das ist, lesen Sie auf Seite 15.

Naumburger Dom

Umstrittener Altar kehrt zurück

Der Cranach-Tiegel-Altar kehrt am 2. Dezember in den Naumburger Dom zurück. Wie die Vereinigten Domstifter am Montag mitteilten, soll die Rückkehr am Vorabend des ersten Advents mit einer musikalischen Vesper begangen werden. Der ursprünglich zwischen 1517 und 1519 von Lucas Cranach dem Älteren (1472-1553) geschaffene Altar war im Zuge der Reformation teilweise zerstört worden. Der Leipziger Maler Michael Triegel ergänzte ihn um einen Mittelteil. Die Wiederaufstellung war stets umstritten. Kritik daran kam unter anderem vom Internationalen Rat für Denkmalpflege, der bemängelte, dass der Altar die Stifterfiguren im Westchor um Uta von Naumburg verdecke. Sogar über eine mögliche Aberkennung des Unesco-Welterbetitels wurde diskutiert. Nun soll der Altar bis Juli 2025 im Westchor des Naumburger Domes ausgestellt werden. Dem habe das Welterbezentrum der Unesco zugestimmt, hieß es.

Nach 20 Jahren Ehe

Özdemir und Ehefrau trennen sich

Sie haben 2003 geheiratet, sind Eltern von zwei Kindern. Nun aber gehen der Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und seine Frau Pia Castro getrennte Wege. "Wir haben uns vor einiger Zeit in Freundschaft darauf verständigt, getrennt zu leben", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Der 57-jährige Grünen-Politiker und die 51 Jahre alte Journalistin hatten 2003 geheiratet. Sie haben zusammen eine Tochter und einen Sohn. "Als Eltern kümmern wir uns weiterhin gemeinsam um unsere zwei Kinder", heißt es in der Erklärung weiter. Özdemir und Castro hatten 2003 in den USA geheiratet, der im schwäbischen Bad Urach geborene Politiker arbeitete damals in Washington. Seine aus Argentinien stammende Frau war 1994 mit einem Studienstipendium nach Deutschland gekommen, in Berlin wurde sie unter anderem für ihre Moderationen bei Radio Multikulti und der Deutschen Welle bekannt. Spekuliert wird seit einiger Zeit, ob es Özdemir demnächst wieder mehr in seine Heimat Baden-Württemberg ziehen könnte. Er gilt dort als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Glücksspiel in Deutschland

4,6 Millionen sind spielsüchtig

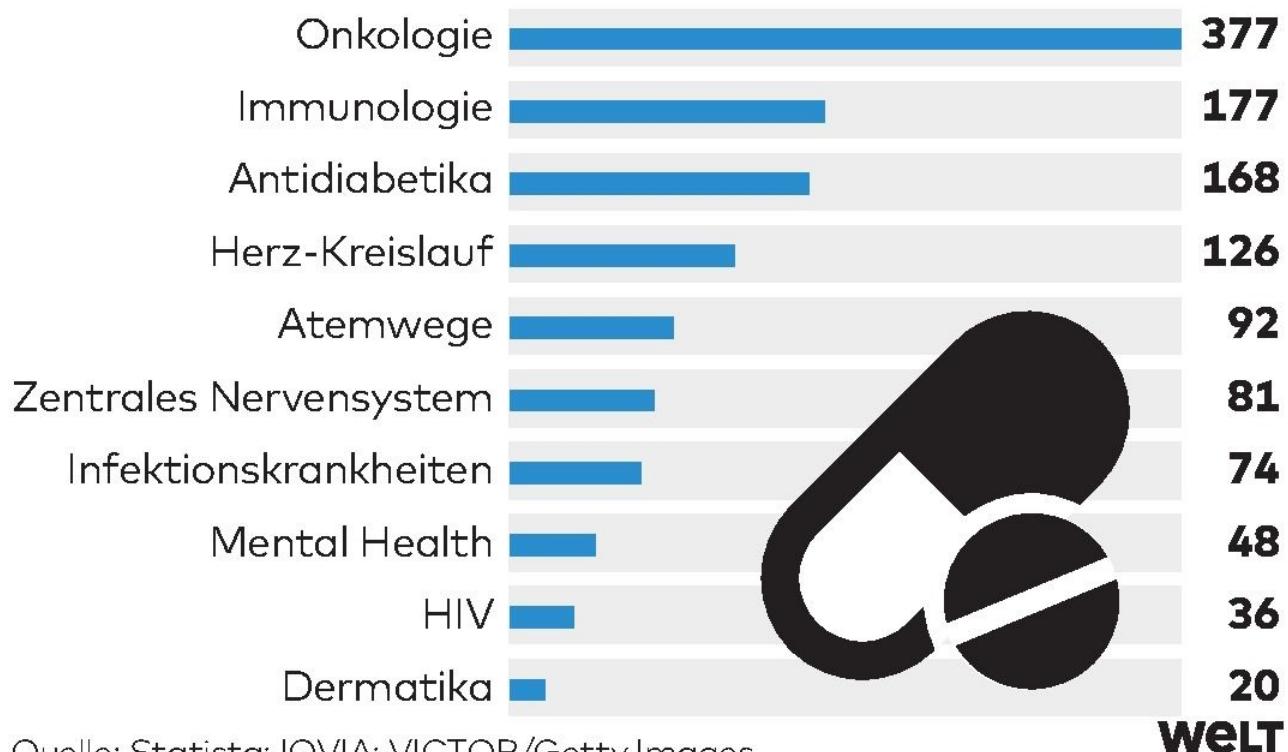
Hohe Suchtgefahr: 4,6 Millionen Erwachsene in Deutschland sind Experten zufolge spielsüchtig oder zeigen erste Symptome dafür. Das geht aus dem vom Bundesdrogenbeauftragten Burkhard Blenert (SPD) am Montag vorgestellten "Glücksspielatlas 2023" hervor. Demnach leiden rund 1,3 Millionen an einer sogenannten Glücksspielstörung, weitere 3,3 Millionen Menschen zeigen ein riskantes Glücksspielverhalten mit ersten Anzeichen für eine Sucht. Die sogenannten Bruttospielerträge der Glücksspielbranche - also die Einnahmen nach Abzug der ausgeschütteten Gewinne - lagen im vergangenen Jahr bei 13,4 Milliarden Euro. Am meisten klingelt die Kasse bei den Anbietern immer noch im Bereich Glücksspielautomaten (4,8 Milliarden), dahinter folgt Lotto (4,1). Ein starker Zuwachs zeichne sich bei Sportwetten seit deren Legalisierung 2020 ab (1,4 Milliarden). Der Staat nahm 5,2 Milliarden Euro an Steuern durch legales Glücksspiel ein.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++
SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....

ARZNEIMITTEL

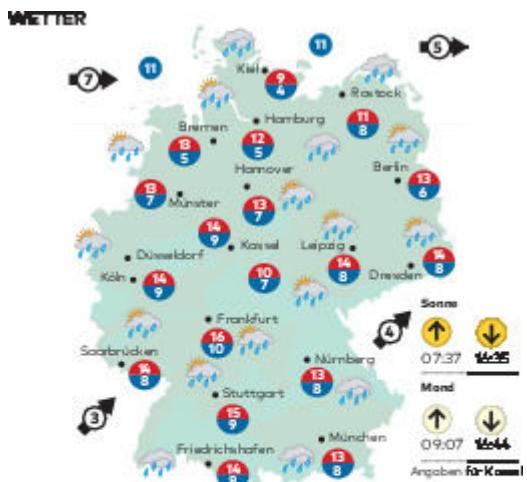
Umsatzstärkste Therapiefelder

Geschätzter weltweiter Arzneimittelumsatz nach Therapiegebiet im Jahr 2026 (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Statista; IQVIA; VICTOR/Getty Images

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Bundesagentur zur Kindergrundsicherung: Umsetzung erst ab Mitte 2025 ++ SPD-Vorsitz: Esken und Klingbeil wollen bleiben ++ Grüne....



Teils regnerisch, teils nur örtliche Schauer

Heute: Im Süden ist es regnerisch, vor allem an den Alpen muss weiterhin mit Donnmregen gerechnet werden. Auch in der Mitte und im Norden des Landes gehen bei wechselnder bis starker Bewölkung gelegentliche Regengüsse, öfters mit Blitz und Donner nieder. Die Höchstwerte bewegen sich zwischen 7 und 16 Grad. Es weht ein mäßiger, zum Teil auch frischer und an der Küste starker Wind.

Blauwetter Anfangs fühlt man sich heute wohl, im Tagesverlauf nimmt die Belastung für den Organismus jedoch zu. Dann stellen sich bei wettermümpfindlichen Menschen Kopfschmerzen und Kreislaufbeschwerden ein.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: November 13, 2023

End of Document

Ende einer Ära und Neubeginn; In einer Woche wird in den Niederlanden gewählt. Der langjährige Premier Mark Rutte tritt nicht mehr an. Laut Umfragen geht der Trend Richtung Mitte-Rechts. Aber die Regierungsbildung wird schwieriger denn je angesichts einer Rekordzahl von zuletzt 21 Fraktionen

Die Welt

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 220

Length: 1056 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

Am 22. November endet in den Niederlanden eine Ära. Bei der Neuwahl des Parlaments in Den Haag tritt Ministerpräsident Mark Rutte nicht mehr an. Der Rechtsliberale ist der am längsten amtierende Premier in der Geschichte der Niederlande - und zusammen mit Viktor Orbán der dienstälteste Regierungschef der EU. 13 Jahre hielt sich Rutte in wechselnden Koalitionen an der Macht - das sind fast Merkelsche Dimensionen. Obwohl er sich gut verstand mit der Bundeskanzlerin, handelte er in einem Punkt ganz anders. Als Merkel im Herbst 2015 erklärte, Deutschland könne seine Grenzen nicht schützen, warnte Rutte bereits vor den Folgen der irregulären **Migration**. Seine Bilanz kann sich sehen lassen, er scheidet als populärer Ministerpräsident aus dem Amt.

Die Neuwahl ist nötig, weil sich Ruttes von vier Parteien getragenes Kabinett im Juli nicht auf eine Einschränkung des Familiennachzugs einigen konnte. Deshalb trat er zurück. Beobachter sind sich nicht einig, ob er wirklich genug hatte von der Politik oder ob er nur eine Auszeit nehmen wollte, um sich dann für die Nachfolge von Jens Stoltenberg als Nato-Generalsekretär zu bewerben. Rutte wäre der vierte Niederländer auf diesem Posten.

Die Wahl am 22. November wird spannend: Es gibt neue Spitzenkandidaten und neue Parteien mit Aussicht auf Regierungsbeteiligung - und am Ende wird es einen neuen Ministerpräsidenten geben. Oder eine Ministerpräsidentin. Denn gute Aussichten auf den Job hat eine Frau aus den Reihen von Ruttes Rechtsliberalen: die fähige Justizministerin Dilan Yesilgöz. Sie wäre nicht nur die erste Regierungschefin des Landes, sondern auch der erste niederländische Premier mit Migrationshintergrund. Yesilgöz wurde in Ankara geboren. Als sie drei Jahre alt war, floh ihre Familie wegen des Militärputsches in der Türkei in die Niederlande. Das hat sie politisch geprägt. Sie wurde zu einer Verfechterin der wehrhaften Demokratie, die Freiheit und Bürgerrechte gegen autoritäre oder terroristische Kräfte schützen muss - und auch gegen die Auswüchse der Wokeness. In einer viel beachteten Rede vor einem Jahr sagte sie: "Seit fast 80 Jahren haben Generationen von Niederländern keinen Krieg, keine

Ende einer Ära und Neubeginn In einer Woche wird in den Niederlanden gewählt. Der langjährige Premier Mark Rutte tritt nicht mehr an. Laut Umfragen geht der Tre....

Unterdrückung und keine Verfolgung mehr erlebt. Da kann der Gedanke an eine gefährdete Demokratie zu einem Fremdwort werden. Ein Volk kann zu bequem werden, um für sein eigenes Wohl zu sorgen."

Yesilgöz' schärfster Konkurrent ist der populäre ehemalige Christdemokrat Pieter Omtzigt . Der Newcomer der Stunde hat erst im Sommer eine eigene Partei mit dem Namen "Neuer Gesellschaftsvertrag" gegründet, die er christlich-sozial positioniert. Aus seiner Sicht hilft gegen viele Probleme, die durch eine zu marktliberale Politik verursacht wurden, eine gute Portion "rheinischer Kapitalismus", wie Omtzigt in einem Interview mit Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagte. Er lässt offen, ob er bei einem Wahlsieg das Amt des Ministerpräsidenten anstrebt - denkbar sei auch die Berufung einer unabhängigen Persönlichkeit im Namen seiner Partei. Der dritte Kandidat, der noch in Schlagdistanz zu Yesilgöz oder Omtzigt kommen könnte, ist der Sozialdemokrat, ehemalige EU-Vize und Klima-Kommissar Frans Timmermans , der allerdings nur deshalb einiges Gewicht in die Waagschale werfen kann, weil erstmals in den Niederlanden zwei Parteien vereint in die Parlamentswahl gehen: Die sozialdemokratische Partei der Arbeit und Grün-Links bilden eine gemeinsame Liste.

Ein Trend zeichnet sich bereits ab: Die Zusammensetzung des Parlaments in Den Haag wird sich wohl nach rechts verschieben. Denn von den laut Umfragen vier stärksten Parteien kann man drei dem Mitte-Rechts-Spektrum zuordnen: die Rechtsliberalen von Yesilgöz, die neue Bewegung von Omtzigt und die Partei von Geert Wilders, inzwischen der Doyen der niederländischen Politik und immer noch gut für rund zwölf Prozent. Die zuletzt so erfolgreiche neue Bauer-Bürger-Bewegung schrumpfte deutlich, auch weil sie offenbar viele Wähler an Omtzigt verloren. Alle diese Parteien werben um die Stimmen jener zahlreicher werdenden Bürger, die sich beim großen Thema Migration eine entschlossener Hand des Staates wünschen.

Wie immer die Wahl ausgeht, mit einem Grundproblem werden alle Protagonisten zu kämpfen haben: Das niederländische politische System kennt de facto keine Prozent-Hürde und ist deshalb extrem zersplittet - was den politischen Alltag lähmmt und die Regierungsbildung erschwert. Schon mit 18 Prozent kann man im Parlament in Den Haag stärkste Kraft werden. Und 0,8 Prozent reichen, um einen Sitz zu bekommen. Derzeit gibt es in der Tweede Kamer die Rekordzahl von 21 Fraktionen. Übertragen auf deutsche Verhältnisse hieße das: Neben Union, SPD, Grünen, FDP, Linkspartei und AfD gäbe es im Bundestag auch noch die Freien Wähler, eine christlich-soziale Partei, Linksliberale, Volt, drei Rechts-Parteien, zwei Christen-Parteien, eine Senioren-, eine Tierschutz-, eine Türken- und eine woke Partei sowie drei Fraktionen, die nur aus einem Abgeordneten bestehen.

Die Wahl am 22. November wird dieses bunte Kaleidoskop politischer Gruppen und Grüppchen bestätigen. Dann benötigt man in Den Haag vielleicht wieder vier oder gar fünf Parteien, um ein Regierungsbündnis zu schließen. Es werden schwierige Koalitionsverhandlungen. Und all jene, die für die Einführung einer Prozent-Hürde plädieren, werden sich bestätigt fühlen. Für manche wäre schon ein Minimum von drei Prozent ein Fortschritt, andere plädieren für sechs bis sieben Prozent. Die Meinung der Niederländer dazu scheint klar: Nach einer Umfrage der Nachrichtensendung "Een Vandaag" vom Sommer diesen Jahres sagten 80 Prozent der Befragten, es gebe zu viele Fraktionen im Parlament, und 70 Prozent plädierten für die Einführung einer Hürde. Es gibt sogar eine entsprechende Petition ehemaliger Politiker, Ökonomen und Staatsrechtler, die davon ausgehen, dass eine Hürde etwa von zwei Prozent ohne eine Änderung des niederländischen Grundgesetzes möglich sei. Wenn sich nichts ändere, schrieb einer der Initiatoren, der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Joop van den Berg, könne es in den Niederlanden bald politische Zustände geben "wie in Deutschland zu Zeiten der Weimarer Republik".

In Umfragen ganz vorn liegt eine Partei, die erst im Sommer gegründet wurde

rainer.haubrich@welt.de (rainer.haubrich@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 12, 2023

Leserbriefe

Die Welt

Donnerstag 28. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 251

Length: 276 words

Body

Sportlich

Zu: "Training für ein Leben in Deutschland" vom 17. Dezember

Ein Grund für den Abbruch von Integrationskursen ist offenbar das hohe Anforderungsniveau. In den Kursen lernen akademisch gebildete zusammen mit grund-alphabetisierten **Migranten** Partizipien, unregelmäßige Verben, Konjunktiv etc. Gering Gebildete können sehr leicht den Anschluss und damit die Motivation verlieren, zumal das Tempo bei der Behandlung aller prüfungsrelevanten Themen wirklich sportlich ist. Wenn sogar Sprachwissenschaftler bestätigen, dass schon das Erreichen des niedrigeren A2-Niveaus ein beachtlicher Lernerfolg ist, warum muss dann zum Beispiel jeder ausländische LKW-Fahrer, der seinen Führerschein umschreiben lassen möchte, um hier legal arbeiten zu können, das wesentlich anspruchsvollere B1-Niveau vorlegen?

Maria-Anna Schulze Brüning, Hamm

Krösus Berlin

Zu: "Kritik an neuen Schuldenregeln" vom 22. Dezember

Ist Deutschland damit gedient, die hiesige Schuldenbremse heroisch zu verteidigen, wenn gleichzeitig in Brüssel das Schuldenregime deutlich gelockert wird? Die nächste Eurokrise kommt bestimmt, und dann richten sich gierige Blicke nach Berlin, dem "Krösus". Solide Finanzen wecken Begehrlichkeiten.

Christoph Schönberger, Aachen

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Leserbriefe

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 27, 2023

End of Document

Carola Rackete will 2024 für die Linke antreten; Kandidatur der Aktivistin zur Europawahl geplant

Die Welt

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 137

Length: 456 words

Body

Die Aktivistin Carola Rackete soll im kommenden Jahr für die Linkspartei bei der Europawahl antreten. Das erklärten die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan am Montag auf einer Pressekonferenz in Berlin. Rackete soll auf Listenplatz zwei nach dem Co-Vorsitzenden Schirdewan als Spitzenkandidatin antreten. Schirdewan ist derzeit Fraktionschef der Linken im Europaparlament. Auf den Plätzen drei und vier folgen die Europaabgeordnete Özlem Demiray und der Mediziner Gerhard Trabert, der bereits für die Linke bei der Wahl zum Bundespräsidenten antrat. Parteichefin Wissler sprach von einem "Spitzenteam für Europa". Mit Rackete und Trabert setzt die Linke auf zwei Parteilose auf aussichtsreichen Listenplätzen. Das Kalkül der Parteiführung ist, die in Umfragen im Niedergang befindliche Partei mit der Annäherung an Aktivisten wieder sichtbarer und relevanter zu machen. "Wir öffnen die Linke für breite gesellschaftliche Bündnisse", sagte Co-Chef Schirdewan. Zugleich grenzen sich Schirdewan und Wissler mit den Plänen für die Europawahl auch von der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht ab. Sie hatte die Gründung einer eigenen Partei angekündigt und wiederholt **migrationskritische** Töne angeschlagen.

Rackete war bekannt geworden, als sie im Juni 2019 als Kapitänin des Seenotrettungsschiffes "Sea Watch" 53 Migranten vor der Küste Libyens aus dem Mittelmeer aufnahm. Nach wochenlangem Warten lief sie trotz eines Verbots durch italienische Behörden den Hafen der Insel Lampedusa an. Es folgte ein Strafverfahren, das 2021 aber eingestellt wurde. Während Racketes Vorgehen in der Linken auf Sympathie stieß, kritisiert Wagenknecht ihre Partei oft dafür, dass diese einen Kurs der "offenen Grenzen für alle" verfolge. Zudem mischt Rackete auch bei der radikalen Umweltschutzgruppe "Extinction Rebellion" mit und rief zu zivilem Ungehorsam auf. "Die meisten im Raum hätten wahrscheinlich nicht damit gerechnet, mich hier zu sehen - ich auch nicht", sagte Rackete am Montag in Berlin. Ihr sei bewusst geworden, dass Aktivisten wie ihr in den vergangenen Jahren die Unterstützung einer parlamentarischen Linken gefehlt habe. Deshalb habe sie entschieden, für das Europaparlament zu kandidieren und "Privilegien zu nutzen, die andere gar nicht haben". Innerhalb der Linken wird Rackete, die aus Schleswig-Holstein stammt, für den Landesverband Sachsen antreten. "Regionen am Rande der neoliberalen Märkte vom Osten Deutschlands bis in den Globalen Süden kommen als Erstes unter die Räder", sagte Rackete mit Blick auf die Folgen des Klimawandels. Daher wolle sie in Sachsen antreten. Bevor das Team um Rackete zur Europawahl antreten kann, muss allerdings ein Parteitag sie als Kandidaten aufstellen.

Carola Rackete will 2024 für die Linke antreten Kandidatur der Aktivistin zur Europawahl geplant

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Messerattacke von Brokstedt: Behörden am Limit; Suche nach den Gründen für Versäumnisse im Fall Ibrahim A. zeigt Überforderung der Verwaltung

Die Welt

Donnerstag 16. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 34

Length: 1281 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Es dauert nicht lange an diesem Mittwochvormittag, bis der Chef der Kieler Zuwanderungsbehörde, Christian Zierau, die Karten auf den Tisch legt. Man habe, so Zierau vor dem Justizausschuss der Hamburger Bürgerschaft, jene E-Mail, in der die Hamburger Behörden die Kieler Kollegen über die Inhaftierung des späteren mutmaßlichen Messerstechers von Brokstedt informiert hätten, nun doch wieder gefunden. Und zwar ziemlich genau da, wo sie hingehörte. Im Mail-Fach der für den Fall des Ibrahim A. zuständigen Sachbearbeiterin. Diese wiederum habe den darin enthaltenen Hinweis auf A.s Aufenthaltsort seinerzeit wohl "schlicht überlesen". Und das, findet Zierau, sei auch kein Wunder, angesichts der Belastungen, denen die Mitarbeiter der Kieler Ausländerbehörde, eigentlich aller Ausländerbehörden bundesweit, seit einigen Jahren ausgesetzt seien.

"Wir sind hier am Limit", bekennt Zierau für sich und seine Mitarbeiter - und liefert damit zumindest eine Antwort auf die Frage, die sich seit dem 25. Januar sehr viele Menschen stellen, nicht nur in Norddeutschland: Wie konnte das passieren? Wie konnte es dazu kommen, dass ein mehrfach straffällig, mehrfach gewalttätig gewordener, psychisch offenkundig hochlabiler **Migrant**, der eigentlich abgeschoben werden sollte, ohne Wohnsitz, ohne Geld, ohne jegliche soziale Bindung übergangslos aus der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt werden kann? Sechs Tage später soll Ibrahim A. im Regionalexpress zwischen Kiel und Hamburg zwei Menschen erstochen und vier weitere zum Teil schwer verletzt haben.

Seitdem haben sich die Verantwortlichen in Hamburg, wo A. bis zum 19. Januar einsaß, in Kiel, bei dessen Behörden A. zuletzt gemeldet war, und in Nürnberg, wo das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein Verfahren auf Aberkennung der subsidiären Schutzbedürftigkeit gegen den 33-Jährigen führte, mehrfach gegenseitig Versäumnisse vorgeworfen. Unter anderem hat auch die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser (SPD), sowohl den Kieler Behörden als auch der Hamburger Justiz Verfahrensfehler attestiert. Faeser verband diese Vorwürfe mit der These, dass Ibrahim A. womöglich bereits abgeschoben sein können, wenn Kiel und Hamburg korrekt gearbeitet und kommuniziert hätten. Ein mit Blick auf die in Deutschland üblichen langwierigen Abschiebungsverfahren bemerkenswerter Gedankengang der Innenministerin.

Messerattacke von Brokstedt: Behörden am Limit Suche nach den Gründen für Versäumnisse im Fall Ibrahim
A. zeigt Überforderung der Verwaltung

Es geht also auch um Faesers Vorwürfe, wenn die Justizausschüsse des Kieler Landtags und der Hamburgischen Bürgerschaft in diesen Tagen herauszufinden versuchen, wie es zu der Messerattacke von Brokstedt kommen konnte. In Hamburg ist deshalb an diesem Mittwoch auch Frank Schimmelpfennig zugeschaltet, der zuständige Abteilungsleiter im Nürnberger BAMF. Schimmelpfennig vermeidet es vor den Abgeordneten, seiner Ministerin in die Parade zu fahren. Er beschreibt stattdessen "den normalen Gang" eines Verfahrens mit dem der subsidiäre Schutz, den der Palästinenser Ibrahim A. seit seiner Ankunft in Deutschland im Jahr 2014 genoss, hätte aufgehoben werden können. Anhörung, Entscheidung, Rechtsmittel, Ausweisungsverfahren, wieder Anhörung, wieder Rechtsmittel. So wird klar, dass die Tat von Brokstedt absehbar auch dann nicht hätte verhindert werden können, wenn die Kieler Ausländerbehörde das BAMF von der Inhaftierung A.s in Hamburg Billwerder unterrichtet und so den Fortgang des Abschiebungsverfahrens ermöglicht hätte.

Klar wird an diesem Tag in Hamburg zudem, dass außer der Kieler Zuwanderungsbehörde auch die Hamburger Justiz überfordert ist - und entsprechend Fehler gemacht hat im Umgang mit dem Fall A. So räumt Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) mittlerweile ein, dass auch ihre Behörde es versäumt habe, die Inhaftierung des 33-Jährigen auf dem vorgeschriebenen Weg, den pflichtmäßigen "Mitteilungen in Strafsachen" (Mistra), an die zuständigen Ausländerbehörden in Kiel und Nürnberg weitergegeben zu haben. Per E-Mail dagegen, also informell, seien dennoch alle informiert gewesen über A.s Aufenthalt. Auch das BAMF, das wie die anderen Behörden auch nicht nachfasste, nicht nachfragte, nicht weitermachte, sondern den Fall A. auf sich beruhen ließ.

Unterm Strich sind nicht nur die Ausländerbehörden derzeit "am Limit". Auch alle anderen an derartigen Fällen beteiligten Behörden kommen den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr hinterher. Das gilt für den komplexen bürokratischen Aufwand, für die Kommunikation, für das Nachhalten der eigenen Aufgaben. Das gilt aber auch für die psychosoziale Kompetenz, derer es bedurfte, um Taten wie die Messerattacke von Brokstedt zumindest ein wenig unwahrscheinlicher zu machen.

Ibrahim A., das hat der Staatsrat der Hamburger Justizbehörde, Holger Schatz, bereits in der vergangenen Woche zu Protokoll des Kieler Landtags gegeben, sei ein "furchtbar anstrengender" Untersuchungshäftling gewesen. Und dennoch hat sich in eben dieser Hamburger Justizbehörde vor der Tat von Brokstedt offenbar niemand Gedanken gemacht über die möglichen Folgen der Freilassung eines Mannes, der sich in seiner Haftzeit mit Anis Amri, dem Attentäter vom Breitscheid-Platz, verglichen hatte. Schon gar nicht hat sich irgendjemand gekümmert um einen 33-jährigen Obdachlosen mit Migrationshintergrund und beträchtlicher Strafakte, der nach seiner Haftentlassung in Hamburg ja, was eigentlich?

Es mag bis heute niemand Auskunft darüber erteilen, was genau passiert ist mit Ibrahim A. zwischen dem Moment, in dem er das Gefängnis Billwerder verließ und dem Moment, in dem er kurz nach der Tat in Brokstedt verhaftet wurde. In sechs Wochen vielleicht werde man sich äußern können, am Ende der Ermittlungen, so ein Sprecher der zuständigen Staatsanwaltschaft Itzehoe auf Anfrage von WELT. Dennoch sickern inzwischen Einzelheiten durch.

So berichtete der NDR Anfang dieser Woche, dass Ibrahim A. sich das Messer, mit dem er später zugestochen haben soll, offenbar am Tattag in einem Kieler Supermarkt besorgt hat. Und zwar nachdem er bei der Stadt Kiel, zunächst im neuen, dann im alten Rathausgebäude, zweimal vergeblich versucht hatte, ein neues Aufenthaltpapier, die sogenannte "Fiktionsbescheinigung", zu erhalten. Hat ihn das so auf die Palme gebracht, dass er wenig später im Regionalexpress RE 70 Amok lief? Ibrahim A. hat diesen Zug nicht, wie zunächst berichtet, in Kiel, sondern erst in Neumünster bestiegen. Zuvor war er ohne Ticket in einem ICE in Richtung Hamburg unterwegs gewesen, den er aber nach einer Kontrolle in Neumünster wieder verlassen musste. Auch auf der morgendlichen Hinfahrt, von Hamburg nach Kiel, soll A. bereits ohne Ticket erwischt worden sein. A. sitzt derzeit in Neumünster ein und schweigt.

Nach Angaben von Augenzeugen soll er in dem Regionalexpress ein Blutbad angerichtet haben. Erstes Opfer soll nach WELT-Informationen eine 54-jährige Frau gewesen sein, die in einem der Waggonen saß und schwer verletzt wurde. Danach soll er zwei vor einer Zugtür wartende junge Leute attackiert haben. Sie wollten den Regionalexpress offenbar in Brokstedt verlassen. Stattdessen erlagen sie dort ihren Stichwunden.

Messerattacke von Brokstedt: Behörden am Limit Suche nach den Gründen für Versäumnisse im Fall Ibrahim
A. zeigt Überforderung der Verwaltung

In Hamburg, das kündigten Justizsenatorin Gallina und Innensenator Andy Grote (SPD) vor der Sitzung des Justizausschusses an, will der Senat jetzt Konsequenzen aus dem Fall A. ziehen. Künftig soll es auch in der Untersuchungshaft "Übergangscoaches" geben, die Gefangene bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützen. Zugleich sollen alle Gefangenen einem verstärkten "Risikoscreening" unterzogen werden. Die behördeninterne Kommunikation, auch zwischen den Bundesländern, soll verbessert werden, sämtliche Mitteilungspflichten, insbesondere nach dem Ausländerrecht, überprüft und - wichtig - auch umgesetzt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Gibt Fehler ihrer Behörde zu: Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne)

Load-Date: February 15, 2023

End of Document

Deutschlands glücklichste Menschen; Eltern, Akademiker, Migranten: Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat erstmals untersucht, welche Faktoren zufrieden machen - und welche nicht

Die Welt

Freitag 6. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 194

Length: 974 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Wie gut es einer Gesellschaft geht, hängt nicht nur von ihrem Wohlstandsniveau ab. Für den subjektiven Wohlstand der Bevölkerung ist auch die allgemeine Lebenszufriedenheit eine entscheidende Größe. So hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) es jetzt beschrieben - und als Seismografen für die seelische Befindlichkeit der Bürger erstmals den "Monitor Wohlbefinden" aufgelegt.

Er zeichnet ein detailliertes Bild, wie sich Alte und Junge, Singles und Familienmenschen, Akademiker und **Migranten** fühlen. Interessiert haben sich die Forscher dabei vor allem für die Ränder des Spektrums: Welchen Gruppen geht es besonders gut? Wer ist eher unzufrieden? Und wie ist die Lebenszufriedenheit insgesamt verteilt? "Für die Gestaltung von Politik sind vor allem die Ränder der Verteilung und Unterschiede zwischen demografischen Gruppen wichtig", sagte BiB-Direktorin Katharina Spieß.

Die Auswertungen basieren auf den Daten des familiendemografischen Panels aus dem Jahr 2021, das - neben vielen anderen Themen - auch die allgemeine Lebenszufriedenheit von Personen im Alter von 18 bis 49 Jahren erfasst. Ergänzt wurde die Auswertung mit Daten aus dem Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), in dem Daten für die Altersgruppe 50 plus erhoben werden. Der Monitor Wohlbefinden soll künftig einmal im Jahr neu aufgelegt werden.

Doch was zeigt nun die erste Auflage? Für die 18- bis 49-Jährigen ergibt sich auf einer Skala von 0 ("sehr unzufrieden") bis 10 ("sehr zufrieden") ein solider Wert von 6,9. Nahezu die Hälfte der Frauen und Männer ist mit ihrem Leben insgesamt zufrieden, jeder Fünfte sogar sehr zufrieden. Je ein Drittel gibt an, wenig zufrieden zu sein. Statistisch signifikante Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern gibt es demnach nur in den frühen 20er- und 30er-Lebensjahren, in denen Frauen etwas zufriedener sind als Männer.

Die Generation Ü50 erreicht mit durchschnittlich 7,9 Punkten sogar noch höhere Zufriedenheitswerte, wie der Share-Survey ergibt. Allerdings sind die Zufriedenheitswerte bei den Älteren deutlich schwankungsanfälliger als bei

Deutschlands glücklichste Menschen Eltern, Akademiker, Migranten: Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat erstmals untersucht, welche Faktoren zufriede....

den Jüngeren. "Das hat viel mit individuellen Lebensereignissen wie Renteneintritt oder Tod eines Partners zu tun", sagte Spieß. Im Mittel sind die Menschen aber vor allem in den ersten Jahren des Ruhestands ziemlich glücklich - erst im höheren Alter nimmt die Zufriedenheit dann wieder ab. Grund sind vor allem gesundheitliche Einschränkungen.

Interessiert waren die BiB-Forscher aber weniger an den Durchschnittswerten, sondern vielmehr an den Ergebnissen für einzelne Gruppen. Dabei haben sie zunächst betrachtet, welchen Einfluss Partnerschaft und Kinder auf die Lebenszufriedenheit haben. Dabei zeigt sich, dass Singles im Mittel unzufriedener sind als Menschen, die mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben - wobei offen bleibt, ob die Partnerschaft an sich sie zufriedener macht oder ob zufriedene Menschen eher geneigt sind, den passenden Partner zu finden und zu halten.

Auch Kinder steigern den Befunden zufolge die Lebensqualität. Eltern sind im Mittel zufriedener als Menschen ohne Kinder, zudem ist der Anteil der sehr Zufriedenen bei den Eltern mit 18,9 Prozent höher als bei Personen ohne Kinder im Haushalt (13,1 Prozent). Eine wichtige Ausnahme machen die Forscher dabei allerdings aus: Bei Alleinerziehenden wirkt der Glücksfaktor Kind nur eingeschränkt - in diesen Haushalten ist der Anteil der Unzufriedenen mit 57 Prozent besonders hoch, insgesamt erreichen Alleinerziehende einen weit unterdurchschnittlichen Zufriedenheitswert von 5,9. "Unter allen Gruppen ist der Anteil der Unzufriedenen bei den Alleinerziehenden am Höchsten", sagte Spieß. Damit werde einmal mehr deutlich, wie wichtig es sei, diese Gruppe stärker in den Fokus der Politik rücken. "Das ist besonders wichtig, weil die allgemeine Lebenszufriedenheit von Müttern nachweislich kindliche Entwicklungsmaße beeinflusst."

Weitere Befunde: Wer in Paarhaushalten mit Kindern lebt, ist am häufigsten sehr zufrieden, bei Singles ohne Kind ist der Anteil der sehr Zufriedenen mit elf Prozent am niedrigsten. "Dies deutet darauf hin, dass Menschen zufriedener sind, wenn ihre Lebensform der traditionellen Norm von Partnerschaft und Kind nahekommt", hält das BiB fest. Das gilt aber nur, solange die Kinder klein sind. Bei erwachsenen Kindern führt das Zusammenleben mit den Eltern zu einem geringeren Wohlbefinden. Als günstigste Konstellation erweist sich hier eine Entfernung von bis zu 29 Minuten vom Elternhaus. "Die Ergebnisse zeigen, dass die Vorstellung von innerer Nähe durch äußere Distanz durchaus berechtigt ist", stellen die Autoren fest.

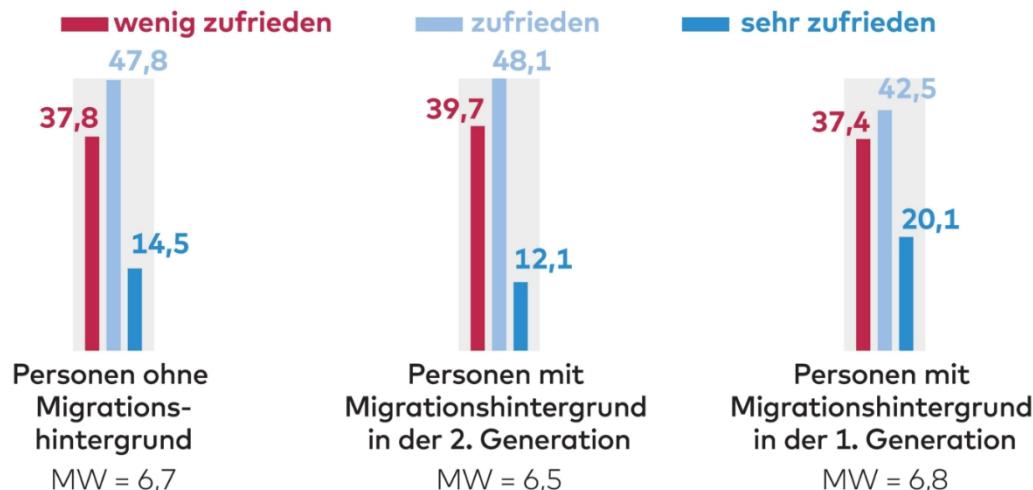
Einen wichtigen Effekt auf das Wohlbefinden hat demnach auch Bildung: Akademikerinnen und Akademiker sind mit einem Mittelwert von 7,2 Punkten zufriedener als Menschen ohne einen akademischen Abschluss (6,8). Von Hochschulabsolventen sind nur 26 Prozent unzufrieden, bei den Menschen ohne akademischen Abschluss hingegen 36 Prozent und bei Menschen ohne Berufsabschluss sogar 52 Prozent. "Das zeigt, wie wichtig Bildung für den subjektiven Wohlstand der Bevölkerung ist", sagte Spieß.

Eine interessante Beobachtung machen die Forscher auch bei Menschen mit Migrationshintergrund: Demnach ist das Lebensgefühl von Einwanderern der ersten Generation deutlich besser als das ihrer Kinder. 20,1 Prozent der neu Hinzugezogenen bezeichnen sich als sehr zufrieden - bei der Folgegeneration können das nur 12,1 Prozent von sich behaupten. "Ein Grund hierfür könnte sein, dass sich die in Deutschland aufgewachsene zweite Generation in Bezug auf ihre Lebenssituation häufiger mit einheimischen Personen vergleicht", heißt es in dem Bericht. "Dahingehend bewerten Personen der ersten Zuwanderungsgeneration ihre Lebenssituation eher in Relation zu jener in ihrem Herkunftsland."

Deutschlands glücklichste Menschen Eltern, Akademiker, Migranten: Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat erstmals untersucht, welche Faktoren zufriede....

Lebenszufriedenheit von Personen mit und ohne Migrationshintergrund

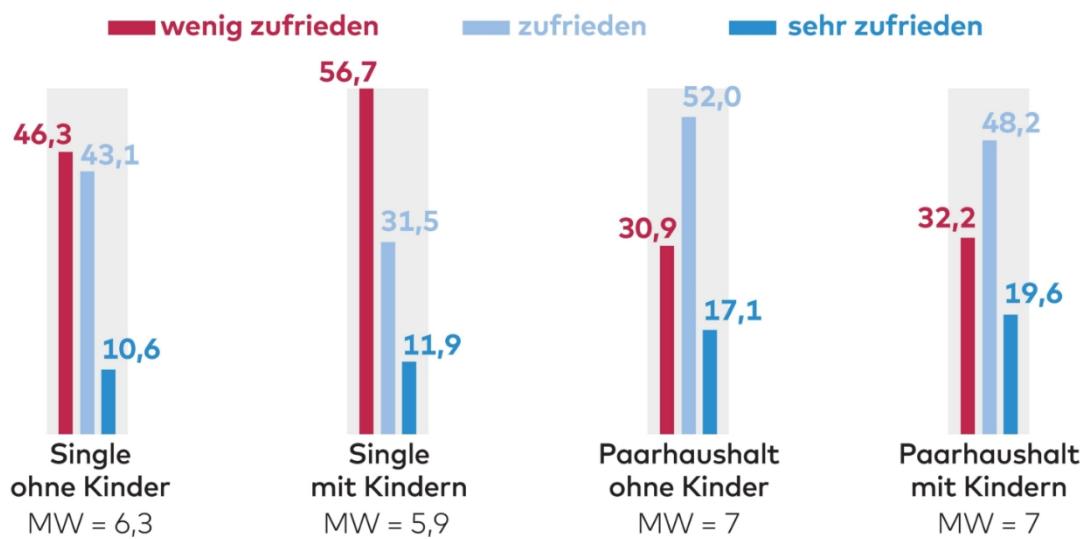
Angaben in Prozent



36.094 Befragte (18 bis 49 Jahre); MW = Mittelwerte der Lebenszufriedenheit in Skalenpunkten; Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, FReDA 2021, gewichtet **WELT**

Lebenszufriedenheit nach Haushaltssammensetzung

Angaben in Prozent

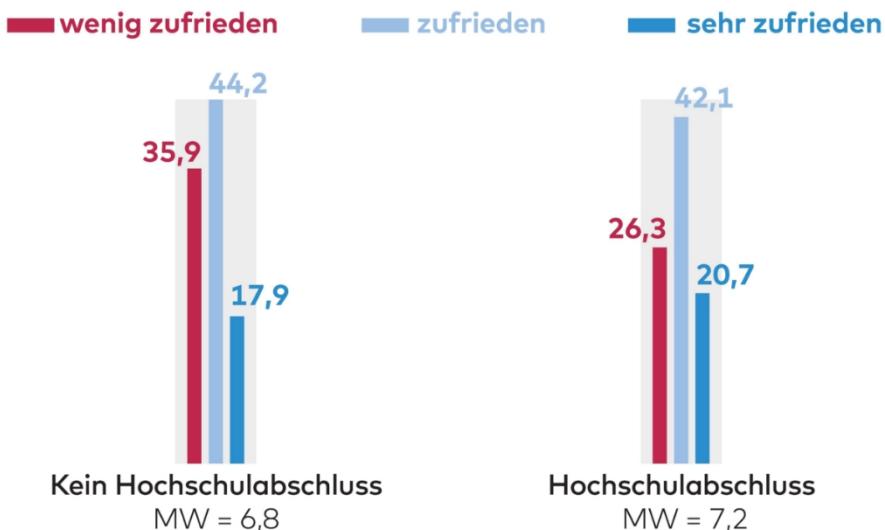


36.525 Befragte (18 bis 49 Jahre); MW = Mittelwerte der Lebenszufriedenheit in Skalenpunkten; Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, FReDA 2021, gewichtet **WELT**

Deutschlands glücklichste Menschen Eltern, Akademiker, Migranten: Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat erstmals untersucht, welche Faktoren zufriede....

Lebenszufriedenheit nach Hochschulabschluss

Angaben in Prozent



WELT

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

"Die Ukraine muss ein neutrales Land bleiben"; Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy sieht die Ukraine weder in der EU noch in der Nato. Bei Migration erwartet er eine enorme Zunahme

Die Welt

Montag 28. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 166

Length: 2273 words

Byline: Charles Jaigu

Guillaume Roquette

Body

Paris

Nicolas Sarkozy war zwischen 2002 und 2007 Innenminister und Wirtschaftsminister, von 2007 bis 2012 französischer Präsident. In den vergangenen Jahren machte er vor allem durch seinen Konflikt mit der Justiz Schlagzeilen.

Im Jahr 2020 war er in einem Prozess um illegale Wahlkampffinanzierung zu drei Jahren Haft verurteilt worden - ein Jahr mit einer Fußfessel und zwei Jahre auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Sarkozy gilt weiterhin als einflussreich bei den französischen Konservativen.

WELT:

Im Jahr 2008 gelang es Ihnen, Wladimir Putin zumindest teilweise zur Vernunft zu bringen. Heute will er nichts mehr hören.

Nicolas Sarkozy:

Die Russen sind Slawen und anders als wir. Eine Diskussion ist immer schwierig und hat im Verlauf unserer gemeinsamen Geschichte schon zu sehr vielen Missverständnissen geführt. Doch trotz alledem brauchen wir sie, und sie brauchen uns. Ich hatte tief greifende Meinungsverschiedenheiten mit Wladimir Putin; 2008 habe ich die Verantwortung übernommen, als ich das Amt des Vorsitzenden des Europäischen Rates innehatte. Ich überzeugte ihn damals, seine Panzer wieder zurückzuziehen, die bereits 25 Kilometer vor Tiflis standen. Er war dabei, in Georgien einzumarschieren. Gleichzeitig jedoch haben wir ihm gemeinsam mit Angela Merkel klargemacht, dass

"Die Ukraine muss ein neutrales Land bleiben" Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy sieht die Ukraine weder in der EU noch in der Nato. Bei Migration erwarte....

wir uns seiner roten Linien sehr wohl bewusst waren. Aus diesem Grund hatten wir auch den Beitritt der Ukraine und Georgiens zur Nato abgelehnt, trotz des starken Drucks aus den Vereinigten Staaten. Wir wollten vermeiden, dass Putin in eine antiwestliche Paranoia abdriftet, die schon seit Langem eine Versuchung für die russische Staatsführung darstellt. Den Umzingelungs-Komplex des Kreml gibt es schon seit Langem. Putin hat unrecht gehandelt. Was er getan hat, ist schlimm und wird in einer Niederlage enden. Doch sobald das einmal gesagt ist, muss man nach vorn schauen und nach einem Ausweg suchen. Russland ist Europas Nachbar und wird das auch bleiben.

Präsident Emmanuel Macron hat es anfangs versucht und wurde an der Nase herumgeführt.

Macrons Intuition war durchaus richtig. Leider konnte er den Weg nicht bis zu Ende gehen, vor allem aufgrund des Drucks durch die osteuropäischen Staaten. Man hat mir gesagt, Wladimir Putin sei nicht mehr derselbe wie der, den ich gekannt habe. Davon bin ich allerdings nicht überzeugt. Ich habe ein Dutzend Gespräche mit ihm geführt. Er ist nicht irrational. Also sollte man das Risiko eingehen, um aus dieser Sackgasse wieder herauszukommen, denn in dieser Hinsicht sind die europäischen Interessen nicht dieselben wie die der Amerikaner. Wir können nicht an dieser eigenartigen Idee festhalten, Krieg zu führen, ohne ihn zu führen! Wir werden dazu gezwungen sein, unsere Strategie klar darzulegen, vor allem, wenn dieser Krieg lange andauert. Diplomatie, Gespräche und Gedankenaustausch sind und bleiben die einzigen Mittel, um zu einer akzeptablen Lösung zu kommen. Ohne Kompromisse wird gar nichts möglich sein und wir laufen Gefahr, dass die Dinge irgendwann eskalieren. Und dieses Pulverfass könnte furchtbare Konsequenzen haben.

Die Alliierten betonen, dass sie die Ukraine "bis zum Ende" unterstützen werden. Tun sie Recht daran?

Das sind starke und eindeutige Worte. Doch was bedeutet dieses "bis zum Ende"? Geht es darum, den Donbass zurückzuerobern? Oder auch die Krim? Oder vielleicht bis nach Moskau vorzudringen? Die Annexion der Krim-Halbinsel im Jahr 2014 war ein eindeutiger Verstoß gegen das internationale Recht. Da es sich aber um ein Gebiet handelt, dass bis 1954 russisch war und in dem sich die Mehrheit der Bevölkerung schon immer russisch gefühlt hat, so halte ich jegliche Umkehr für illusorisch. Auch wenn ich ein unanfechtbares Referendum, das also unter der strikten Kontrolle der internationalen Gemeinschaft organisiert wird, für notwendig halte, um den aktuellen Status anzuerkennen. Und der Rest? Also die Gebiete im Osten und Süden der Ukraine? Alles hängt von der Entwicklung der Situation vor Ort ab. Die Ukrainer werden versuchen, das zurückzuerobern, was man ihnen ungerechterweise genommen hat - und das ist vollkommen normal. Wenn ihnen das aber nicht ganz gelingt, wird man die Wahl haben, zwischen dem Einfrieren des Konflikts - was unweigerlich eines Tages zu einem neuen heißen Krieg führen wird - oder einem Ausweg von oben, und zwar auch hier durch Referenden, die strengstens von der internationalen Gemeinschaft kontrolliert werden, um auf diese Weise territoriale Fragen definitiv und transparent zu klären.

Sie sagen, dass die Ukraine weder in die Europäische Union noch in die Nato aufgenommen werden sollte, sondern "neutral" bleiben müsse. Aber tut Putin nicht im Grunde alles, um die Ukraine in die Arme Europas zu treiben?

Zunächst einmal müssen wir uns darüber einigen, was die eigentliche Aufgabe der Ukraine ist. Ein Beitritt in die Europäische Union ? Ich glaube nicht. Die Ukraine ist eine Art "Bindestrich" zwischen dem Westen und dem Osten. Und das muss sie auch bleiben. Hier werden trügerische Versprechen gegeben, die man nicht halten wird. Ähnlich wie diejenigen, die man der Türkei jahrzehntelang gab. Nicht nur, weil die Ukraine nicht bereit sein wird und auch die für einen Beitritt erforderlichen Kriterien nicht erfüllt. Sondern, weil sie ein neutrales Land bleiben muss. Ich sehe nicht ein, inwiefern diese Neutralität eine Beleidigung sein sollte. Sie könnte übrigens garantiert werden, und zwar durch ein internationales Abkommen, das besonders starke Sicherheitsvorkehrungen beinhaltet, um das Land gegen jegliches Risiko einer erneuten Aggression zu schützen.

Das schockiert diejenigen in Europa, die die Ukraine europäisch sehen und die dafür einen hohen Preis zahlt.

Ich kann das verstehen, aber man muss auch kohärent und vor allem realistisch sein. Die Aufgabe der Ukraine ist es, als Brücke zwischen Europa und Russland zu fungieren. Nun von der Ukraine zu verlangen, zwischen diesen

"Die Ukraine muss ein neutrales Land bleiben" Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy sieht die Ukraine weder in der EU noch in der Nato. Bei Migration erwarte....

beiden Einheiten zu wählen, das erscheint mir als ein Widerspruch zur Geschichte und der Geografie dieser so komplexen Region. Es wäre naiv zu glauben, dass der Sturz Wladimir Putins daran wirklich etwas ändern würde.

Warum ist es so schwer, das zu sagen? Zahlreiche Politiker sind derselben Meinung, wollen es jedoch nicht zugeben. Allen voran wohl auch Emmanuel Macron.

Die politische Debatte reagiert nur noch impulsiv und reflexartig auf Bilder, die schockieren und jegliche tiefere Reflexion zunichten machen. Genauso war es auch bei der Verurteilung der Atomenergie nach Fukushima. Heute weiß man, dass Fukushima kein Atomunfall war, sondern dass ein Tsunami von unglaublicher Gewalt das Atomkraftwerk unter sich begrub und die 22.000 Toten und Vermissten einer Naturkatastrophe zum Opfer fielen. Nur eine einzige Person ist aufgrund einer radioaktiven Verseuchung gestorben. Als ich das vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung erklärt habe, der die Ursachen für den Verlust der Souveränität und der Unabhängigkeit Frankreichs im Energiebereich klären sollte, konnte das auch niemand bestreiten. Aufgrund dieses Vorfalls stellt Deutschland die Atomenergie ein und auch Frankreich war nahe daran, sie aufzugeben. Genau das ist das Risiko, das wir eingehen, wenn es keine Gespräche gibt. Man muss zunächst die Emotionen herunterfahren. Und anschließend auch die begangenen Fehler eingestehen. Es ist nie die Schuld von irgendjemand. Stattdessen werden medienwirksame Posen und eine allgemeine Verantwortungslosigkeit zur Regel. Und das bedeutet für die Demokratie keinen Fortschritt.

Was muss getan werden, damit Europa endlich die Einwanderung in den Griff bekommt?

Das ist ein Kampf, der sehr lange dauern wird. Sie erschrecken schon jetzt angesichts der Migrationswellen von gestern und heute, doch das ist gar nichts im Vergleich zu denen, die noch kommen werden. Ich würde sogar sagen, dass das bisher noch gar nichts war. Bis ins Jahr 2050 wird der afrikanische Kontinent von 1,3 bis auf 2,5 Milliarden Einwohner anwachsen, von denen die Hälfte nicht einmal 20 Jahre alt sein wird. Diese immense Bevölkerung ist der Nachbar eines europäischen Kontinents, dessen Einwohnerzahl rückläufig ist. Leider hat die Migrationskrise noch nicht einmal wirklich begonnen!

Was schlagen Sie vor?

Zwischen den aufgeheizten Emotionen angesichts des menschlichen Dramas der Migranten und der Flut von Gesetzen, die sie schützen sollen, ist es unmöglich geworden, den Migrationsfluss einzuzgrenzen und zu regulieren. Die Kontrolle an unseren Grenzen ist unverzichtbar, wird aber nicht ausreichen. Wir müssen einsehen, dass das Problem schon im Voraus angepackt werden muss. Der wirtschaftliche Misserfolg Afrikas wird zu Europas Drama. Daher ist es auch an Europa, den Aufbau und die Finanzierung der in Afrika benötigten gigantischen Infrastruktur in die Hand zu nehmen, damit all die jungen Menschen, die zur Migration gezwungen sind, Arbeit bekommen und endlich der Misere entgehen. Es ist keine Frage von Großzügigkeit - es ist eine Frage des Überlebens für Europa. Wir müssen die Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent finanzieren und planen, denn er darf einfach nicht von Wachstum und wirtschaftlichem Fortschritt ausgeschlossen werden.

Man weiß, wie korrupt zahlreiche afrikanische Länder sind, die die Hilfsmittel der ganzen Welt praktisch aufsaugen, zur Bereicherung einiger weniger.

Ich behaupte nicht, dass es leicht ist, ganz im Gegenteil. Es ist eine immense Herausforderung. Es setzt natürlich eine Änderung der Wettbewerbsregeln auf europäischer Ebene voraus. Es geht nicht darum, Infrastrukturen zu finanzieren, von denen russische, türkische oder chinesische Firmen profitieren. Aber wir haben keine Wahl. Wir müssen handeln oder wir werden leiden, das ist das Dilemma.

Währenddessen steigt der Migrationsdruck. Wie kann man ihn besser kontrollieren?

Es gibt verschiedene Interventionsebenen an den Grenzen Europas, die wir einsetzen können. Bei der Aufhebung der juristischen Barrieren wird es einen Kampf geben. Aber ich denke, Priorität sollte die Einrichtung von Hotspots und die Bearbeitung der Einreiseanträge in den afrikanischen Ländern der Subsahara haben. Die Hotspots sind definitiv ein Muss. Es muss alles dafür getan werden, dass Ausreisewillige in ihren eigenen Ländern gehalten

"Die Ukraine muss ein neutrales Land bleiben" Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy sieht die Ukraine weder in der EU noch in der Nato. Bei Migration erwarte....

werden. Wenn sie bereits das Mittelmeer überquert haben, ist es zu spät zum Handeln. Auch eine Einreise nach Europa, ohne dass irgendein Antrag schon im Voraus eingereicht und in diesen neuen Zentren bearbeitet wurde, muss zu einer definitiven Aufnahmeverweigerung führen.

Die zunehmenden Unruhen und die Autoritätskrise bringen Marine Le Pen einem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen näher. Halten Sie diesen für möglich?

Die Möglichkeit besteht immer. Sicher ist es zwar nicht, aber ich höre immer häufiger sagen "jetzt ist sie an der Reihe". Das hat man auch vor den Wahlen 1980 in Bezug auf François Mitterrand gesagt und auch über Jacques Chirac, 1995. Sie hat bereits einen ersten Schritt getan, als sie 2012 dafür sorgte, dass ich von François Hollande geschlagen wurde. Auf diese Weise hat sie eine starke Rechte ausgeschaltet, die die einzige wirkliche Barriere darstellt. Neue Persönlichkeiten haben sich nicht durchsetzen können. Ich bedaure das. Genau aus diesem Grund habe ich Emmanuel Macron unterstützt, der die einzige glaubwürdige Alternative war.

Was sagen Sie denjenigen in Ihrem eigenen Lager, die ganz gern ein Bündnis mit dem Rassemblement National eingehen würden?

Das wäre ein Fehler. Man braucht sich nur anzusehen, was in Spanien passiert ist. Die Ambiguität der spanischen Rechten zu diesem Thema hat sie zu Fall gebracht. Ich halte natürlich gar nichts von Anathemata oder Moralpredigten. Das Thema ist hier nicht, dass Marine Le Pen angeblich der "extremen Rechten" angehört. Das wäre eine zu simple Karikatur. Das eigentliche Problem liegt darin, dass uns zu viel von ihr trennt. Ihre Vorstellung von Europa, ihre Einstellung zur Kultur, ihre Ansichten zur französischen Geschichte, ihr Wirtschaftsprogramm, das dem der Linken aus den 1970er-Jahren entspricht. Die Anhebung des Mindestlohns, die Rückkehr zum Rentenalter von 60 Jahren, all das sind derart demagogische Versprechen. Außerdem verfügt sie weder über das Umfeld noch die Erfahrung, um einen derartigen Posten übernehmen zu können.

Ihre fünfjährige Amtszeit ist den Franzosen nicht sonderlich im Gedächtnis geblieben, und wenn sie denn etwas von Ihnen hören, dann nur noch durch die Gerichtsberichterstattung. Wie gehen Sie mit dieser Situation um?

Ich glaube nicht, dass sich mein Platz im Leben der Franzosen nur auf die Prozesse beschränkt, die man gegen mich angestrebt hat. Meine persönlichen Begegnungen mit den Franzosen während meiner vielen Reisen zeigen mir, dass sie die Dinge zu unterscheiden wissen. Zunächst einmal, weil ich mich allem gestellt und nie versucht habe, mich auf irgendeine Weise zu entziehen. Ich habe immer wieder Hausdurchsuchungen erlebt und bin hunderte von Stunden verhört worden. Zudem hätten die Franzosen sicherlich einige Mühe, das zusammenzufassen, was man mir vorwirft. Das versteht niemand. Habe ich Geld veruntreut? Habe ich Steuern hinterzogen? Hat es auch nur die geringste persönliche Bereicherung gegeben? Nein, nein und nein! Niemand wurde mehr kontrolliert, untersucht und überprüft als ich. Wenn dabei auch nur irgend etwas tatsächlich kriminelles gefunden und bewiesen worden wäre, dann wäre es längst bekannt. Ich bleibe gelassen, denn die Wahrheit wird am Ende siegen. Es ist nur eine Frage des Durchhaltevermögens. Und Sie können mir glauben: Daran fehlt es mir nicht!

In Kooperation mit "Le Figaro". Übersetzt aus dem Französischen von Bettina Schneider.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 27, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++
Antisemitischer Arzt: Ermittlungsverfahren eingestellt ++
Industriestrompreis: Länder machen Druck in Brüssel ++ Außenpolitik ++
Armenien: Manöver mit den USA ++ Italiens Ex-Innenminister: Legale Migration ermöglichen ++ Asean-Gipfel: China warnt vor Kaltem Krieg ++
London: Kampfobjekt Umweltzone ++ Auswandererziele: Schweiz am beliebtesten ++ Wissen ++ Katastrophenszenarien: Forscher kritisiert Klimaforschung ++ Medikamente: Nebenwirkungen durch Hitze ++ Wirtschaft und Geld ++ Noch in diesem Jahr: Schott Pharma plant Börsengang ++ Ifo-Studie: Gebeutelte deutsche Mittelschicht ++ Konjunktur: Trübe Aussichten ++ China: Kein iPhone für Beamte ++ Spanien: Saudis steigen bei Telefónica ein ++ Facebook: "News"-Bereich wird eingestellt ++ Tag an der Börse: Dax tritt auf der Stelle ++ Sport ++ Kuss-Skandal: Spielerin erstattet Anzeige ++
Bayern-Kader: Effenberg: "In der Tat zu dünn" ++ Kultur und Gesellschaft ++ Philosophische Auszeichnung: Tractatus-Preis für Isolde Charim ++ Neue Ausstellung: Judentum in der DDR ++ Désirée Nick: Nacktaufnahmen sind politisch ++ Nach Corona: Lebenserwartung noch niedrig ++ Nordhalbkugel: Sommer mit Rekordhitze

Die Welt

Donnerstag 7. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 174

Length: 2790 words

Body

Innenpolitik

Erste Umfrage nach Flugblattaffäre

Freie Wähler legen zu

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

Die erste Umfrage zur Landtagswahl in Bayern seit der Flugblattaffäre um Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger spricht eine deutliche Sprache: Die Partei des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten kommt darin auf einen Rekordwert. In der Erhebung des Instituts Insa für "Bild" verbuchen die Freien Wähler ein Plus von vier Prozentpunkten und kommen auf 15 Prozent. Die CSU von Ministerpräsident Markus Söder liegt der Umfrage zufolge bei 37 Prozent und büßt damit einen Punkt gegenüber der Insa-Umfrage von Ende Juli ein. Auch die Grünen verschlechtern sich demnach um einen Punkt auf 14 Prozent. Die Partei liegt damit gleichauf mit der AfD. Die SPD büßt zwei Punkte ein und kommt auf neun Prozent. Die FDP liegt bei vier Prozent und würde den Einzug in den Landtag verpassen.

Faesers Krankmeldung

Scharfe Kritik von der Union

Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser für ihr Fehlen bei einer Sitzung des Bundestags-Innenausschusses kritisiert. "Danke, dass Sie hier sind heute Morgen, Frau Faeser", sagte Merz in der Generaldebatte des Bundestags süffisant in Richtung der SPD-Politikerin. "Nachdem Sie sich gestern krankgemeldet haben und in Wiesbaden dpa-Interviews gegeben haben." Die Ministerin hatte am Dienstag ihre Teilnahme an einer Ausschusssitzung abgesagt - was in der Union auf Kritik stieß, weil Faeser am Vormittag der Deutschen Presse-Agentur ein Interview gab. Ihr Ministerium verwies am Mittwoch auf "einen wichtigen Arzttermin infolge ihrer überstandenen Corona-Infektion, der in ihrem Heimatort war. Weil sie aus diesem Grund gestern früh nicht in Berlin sein konnte, war sie im Deutschen Bundestag entschuldigt". CDU-Innenpolitiker Christoph de Vries nannte Faesers Verhalten "sehr dubios". Im TV-Sender WELT sagte er: "Sie ist die Bundesinnenministerin der Bundesrepublik Deutschland und muss ihren Verpflichtungen nachkommen." Ihre Absage im Innenausschuss sei eine "grobe Missachtung des Parlaments". Mehr zu den Vorwürfen gegen Faeser lesen Sie auf Seite 4.

Antisemitischer Arzt

Ermittlungsverfahren eingestellt

Der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Allgemeinarzt Klaus Eikemeier aus Hannover verbreitet auf seiner Homepage weiterhin antisemitische Hetzschriften. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat ein weiteres Ermittlungsverfahren aber nun eingestellt. In der WELT vorliegenden Begründung heißt es: "Eine Überprüfung der angezeigten Texte und Bilder hat ergeben, dass diese zwar einen verfestigten Hass auf Juden zum Ausdruck bringen, sich jedoch vordergründig nur gegen den Staat Israel und dessen Regierung sowie die Glaubensinhalte der jüdischen Religion richten." Mehr über den Fall erfahren Sie auf Seite 4.

Industriestrompreis

Länder machen Druck in Brüssel

Befürworter eines subventionierten Industriestrompreises für energieintensive Firmen haben nicht nur Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die FDP gegen sich. Auch die EU-Kommission, die diese Subvention genehmigen müsste, ist skeptisch. Deshalb reisten die Ministerpräsidenten der Bundesländer sowie Vertreter von SPD und Grünen am Mittwoch nach Brüssel, um Druck zu machen. Die gestiegenen Energiekosten seien ein "akutes Hemmnis für die Erholung der Konjunktur", heißt es im Entwurf der "Brüsseler Erklärung" der Länder. Wegen des hohen Strompreises müssten sonst viele Unternehmen in Deutschland "über kurz oder lang ihre Tore schließen", warnte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil im ZDF.

Außenpolitik

Armenien

Manöver mit den USA

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

Armenien, Russlands langjähriger Verbündeter im Südkaukasus, hat vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen um die Region Berg-Karabach eine gemeinsame Militärübung mit den USA angekündigt. Das vom 11. bis 20. September dauernde Manöver "Eagle Partner 2023" beinhaltet Operationen zur Stabilisierung von Konflikten bei der Erfüllung von friedensstiftenden Einsätzen, erklärte das armenische Verteidigungsministerium. Moskau reagierte gereizt. "Solche Neuigkeiten rufen Beunruhigung hervor, speziell in der jetzigen Lage", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskov. Die beiden ehemals sowjetischen Länder Armenien und Aserbaidschan kämpfen seit Jahrzehnten um die Region Berg-Karabach. Trotz eines von russischen Truppen überwachten Waffenstillstands kommt es immer wieder zu Gefechten. Aserbaidschaner blockieren den Latschin-Korridor, Armeniens einzigen Zugang zu Berg-Karabach. Beobachter beschreiben die Lage in Berg-Karabach als katastrophal, es fehlt an Lebensmitteln und Medikamenten. Die armenische Führung hat mehrfach Unzufriedenheit mit Russland als Vermittler und Schutzmacht geäußert.

Italiens Ex-Innenminister

Legale Migration ermöglichen

"Migration ist kein Notfall, der bekämpft werden muss, sondern eine strukturelle Tatsache": Der frühere italienische Innenminister Marco Minniti hat die EU-Staaten dazu aufgerufen, mit den afrikanischen Ländern über legale Migration zu verhandeln. Da es keine Mauern gebe, die die Migration aufhalten könnten, müsse die Europäische Union Abkommen mit den afrikanischen Ländern schließen und legale Wege schaffen, sagte er im Gespräch mit WELT. "Nur so funktioniert moderne Migrationspolitik." Angesichts der höchsten Ankunftszyhlen über das Mittelmeer seit der Flüchtlingskrise 2016 rät Minniti der EU, einen Sondergipfel mit den afrikanischen Ländern einzuberufen, um die Beziehungen neu zu verhandeln. Wofür die EU nach Ansicht von Minniti Geld zur Verfügung stellen sollte, lesen Sie im Interview auf Seite 6.

Asean-Gipfel

China warnt vor Kaltem Krieg

Angesichts zunehmender Spannungen in der Asien-Pazifik-Region hat China die internationale Gemeinschaft vor einer Eskalation gewarnt. "Gegenwärtig ist es sehr wichtig, sich gegen Parteinahme, Blockkonfrontation und einen neuen Kalten Krieg zu stemmen", sagte der chinesische Ministerpräsident Li Qiang auf einem Treffen der südostasiatischen Staatengruppe Asean. Auf dem Gipfel in der indonesischen Hauptstadt Jakarta stand insbesondere die Besorgnis über Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer im Fokus. Kurz vor dem Gipfel hatte Peking eine Karte mit einer "Zehn-Strich-Linie" veröffentlicht, die unter anderem eine Ausweitung des von China beanspruchten Gebiets im Südchinesischen Meer zeigt. Mehrere Asean-Mitglieder wiesen die chinesischen Ansprüche zurück.

London

Kampfobjekt Umweltzone

Um die Luftverschmutzung in London einzudämmen, weitet Bürgermeister Sadiq Khan die Umweltzone auf die Außenbezirke der Stadt aus. Künftig müssen Autofahrer eine tägliche Strafe zahlen, wenn sie ein Auto nutzen, das als luftverschmutzend eingestuft wird. Ein Schritt, der vor allem die Klientel der Labourpartei trifft. Denn sie belastet jene, die sich eine Wohnung im Zentrum der britischen Hauptstadt nicht leisten können und deshalb mit dem Auto von außerhalb zur Arbeit fahren. Doch es regt sich Widerstand. WELT hat den Anführer der Proteste getroffen, einen ehemaligen britischen Soldaten. Wie er die Lage sieht, erfahren Sie auf Seite 5.

Auswandererziele

Schweiz am beliebtesten

Auswanderer aus Deutschland zieht es in Europa am häufigsten in die Schweiz. Laut Statistischem Bundesamt hatten Anfang 2022 knapp 311.300 deutsche Staatsbürger ihren Wohnsitz im Nachbarland. Ihre Zahl nimmt seit

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

Jahren zu. Auf Platz zwei der beliebtesten Auswandererziele der Deutschen in Europa folgt das Nachbarland Österreich. Dort lebten Anfang 2022 gut 216.700 Deutsche. Die drittgrößte Gruppe deutscher Staatsbürger lebte Anfang 2022 in Spanien. Gut 142.600 Deutsche hatten dort ihren Wohnsitz. Die Schweiz ist auch das Land in Europa, dessen Staatsbürgerschaft Deutsche am häufigsten erwarben: 2021 erreichte die Zahl der Deutschen, die die Schweizer Staatsangehörigkeit annahmen, mit 7940 einen neuen Höchststand.

Wissen

Katastrophenszenarien

Forscher kritisiert Klima-Forschung

Bevorzugen führende Wissenschaftsmagazine bestimmte Studien zum Klimawandel? So lautet jedenfalls der Vorwurf von Patrick Brown. Er ist Co-Direktor des Climateams am "Breakthrough Institute", forscht selbst zur globalen Erderwärmung. Untersuchungen, die die negativen Auswirkungen des Klimawandels betonten, würden eher publiziert, behauptet Brown. Die Öffentlichkeit werde falsch informiert, dies erschwere praktische Lösungen. Was ist dran an den Vorwürfen? Lesen Sie mehr dazu auf Seite 8.

Medikamente

Nebenwirkungen durch Hitze

Bestimmte Medikamente können bei Hitze gefährliche Nebenwirkungen verursachen. Das geht aus einem Bericht des Robert-Koch-Instituts (RKI) hervor. Besonders betroffen seien Mittel zur Entwässerung und blutdrucksenkende Arzneien. Demnach kann etwa eine hitzebedingte Gefäßerweiterung den blutdrucksenkenden Effekt vieler Herz-Kreis-Laufen-Mittel deutlich verstärken. Mögliche Folgen sind Ohnmacht oder Organdurchblutungsstörungen bis hin zum Herzinfarkt. Besonders gefährdet seien Personen mit systolisch bedingter Herzinsuffizienz (Herzschwäche), sowie Patienten mit Bluthochdruck, hieß es. Auch Wirkstoffe gegen Herzrhythmusstörungen, Antidiabetika, Opiate, die über die Haut aufgenommen werden, Schmerzmittel und sogenannte anticholinerge Arzneimittel - darunter laut RKI viele Psychopharmaka - können bei Hitze etwa zu Kognitionseinschränkungen oder Problemen mit dem Blutdruck führen.

Wirtschaft und Geld

Noch in diesem Jahr

Schott Pharma plant Börsengang

Der Mainzer Spezialglashersteller Schott will seine Pharmasparte noch in diesem Jahr an die Börse bringen. Schott Pharma stellt unter anderem Spritzen aus Glas und Spezialglaskunststoff, Ampullen und Fläschchen für den Medizinbereich her. Im Geschäftsjahr 2022 erzielte das Unternehmen einen Umsatz von 821 Millionen Euro. Mehr zum geplanten Börsengang lesen Sie auf Seite 12.

Ifo-Studie

Gebeutelte deutsche Mittelschicht

Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei der Steuer- und Abgabenbelastung im Spitzenfeld. Das zeigt eine Studie des Ifo-Instituts. Zudem sind die Einkommen der Mittelschicht in Skandinavien, Luxemburg und Österreich höher als hierzulande. Am niedrigsten ist die Steuerlast in Spanien, Griechenland, Estland, Portugal, Zypern, Bulgarien und Rumänien. Über die Hintergründe lesen Sie auf Seite 11.

Konjunktur

Trübe Aussichten

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

Der Absturz der deutschen Wirtschaft geht weiter. Um 11,7 Prozent sind die Auftragseingänge der deutschen Industrie im Juli zurückgegangen, meldete das Statistische Bundesamt. Ökonomen hatten nur mit einem Minus von 4,3 Prozent gerechnet. Gleichzeitig schrumpfte das in den vergangenen Jahren so erfolgreiche Baugeschäft. Welche Wachstumserwartungen die Wirtschaftsforschungsinstitute daraus für Deutschland ableiten, lesen Sie auf Seite 10.

China

Kein iPhone für Beamte

Wegen der anhaltenden Spannungen mit dem Westen verbietet China Staatsbediensteten die Nutzung ausländischer Smartphones. Beschäftigte einiger Behörden dürfen Apple iPhones und Geräte einiger anderer Hersteller nicht mehr an den Arbeitsplatz bringen, berichtet das "Wall Street Journal". Zuvor hatten westliche Staaten, allen voran die USA, Exporte bestimmter Hightech-Güter nach China eingeschränkt, um den technologischen und militärischen Fortschritt des Landes zu bremsen. Gleichzeitig verboten westliche Staaten die Produkte einiger chinesischer Firmen wegen möglicher Spionage durch die Regierung in Peking. Bekanntestes Beispiel hierfür ist TikTok.

Spanien

Saudis steigen bei Telefónica ein

Der Telekomkonzern Saudi Telecom engagiert sich für eine Milliardensumme beim spanischen Anbieter Telefónica. Für 2,1 Milliarden Euro kauften die Araber eine Beteiligung von 9,9 Prozent. Damit würde Saudi Telecom auf einen Schlag zum mit Abstand größten Aktionär des Konzerns. Allerdings gilt Telefónica in Spanien als Teil der kritischen Infrastruktur. Die Regierung könnte eine Beteiligung in dieser Größenordnung noch verhindern. In Deutschland ist Telefónica unter der Marke O2 vertreten.

Facebook

"News"-Bereich wird eingestellt

Der Social-Media-Gigant Meta beendet im Dezember in Deutschland, Frankreich und Großbritannien seinen "News"-Bereich im Onlinedienst Facebook. Die Nutzer sollen aber weiterhin Nachrichten lesen und teilen können. Den Nachrichten-Bereich werde Meta jedoch nicht mehr anbieten und keine Vereinbarungen mehr mit Verlagen eingehen, um Inhalte in den drei Ländern bereitzustellen. Facebook News war 2021 in Deutschland gestartet. In einem Blog-Eintrag erklärte Meta, seine Gesamtstrategie für Facebook bestehe darin, sich von Nachrichteninhalten zu entfernen.

Tag an der Börse

Dax tritt auf der Stelle

Europas Anleger haben weiterhin an den trüben Wirtschaftsaussichten zu knabbern - und waren sehr vorsichtig. So zeigte sich der deutsche Leitindex am Mittwoch kaum verändert. Zum Börsenschluss notierte der Dax 0,2 Prozent schwächer bei 15.741 Punkten. Der Auftragseinbruch der deutschen Industrie sorgte außerdem für schlechte Laune. Weitere Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Kuss-Skandal

Spielerin erstattet Anzeige

Im spanischen Kuss-Skandal um den inzwischen suspendierten Chef des Fußballverbands, Luis Rubiales, hat Spielerin Jennifer Hermoso Anzeige erstattet. Sie habe bei der Staatsanwaltschaft ausgesagt und anschließend

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

Rubiales angezeigt, bestätigte ein Sprecher der Justiz. Nach der Anzeige kann die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie bei einem Untersuchungsgericht die Einleitung von Ermittlungen gegen Rubiales beantragt. Nach Schätzungen von Experten könnte der 46 Jahre alte frühere Profi zu einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren verurteilt werden, wenn er schuldig gesprochen werden sollte. Weitere Aspekte zu dem Fall lesen Sie auf Seite 13.

Bayern-Kader

Effenberg: "In der Tat zu dünn"

Der frühere Fußball-Nationalspieler Stefan Effenberg (55) hält den Kader des FC Bayern München für unterbesetzt. "Du hast drei Wettbewerbe, du hast hochintensive Wochen bis zur Winterpause mit elf englischen Wochen, dazu noch die Abstellungen in den Länderspielpausen, die bei den Bayern traditionell besonders zahlreich sind. Das ist eine extrem hohe Belastung, nicht nur durch die Spiele, sondern auch bereits durch die Reisen", schrieb Effenberg in seiner Kolumne bei "T-Online". Der Münchener Kader sei "in der Tat zu dünn".

Kultur und Gesellschaft

Philosophische Auszeichnung

Tractatus-Preis für Isolde Charim

Der Tractatus-Preis für philosophische Essayistik 2023 geht an Isolde Charim. Prämiert wird ihr Buch "Die Qualen des Narzissmus", mit dem sie "eine so überraschende wie tiefgreifende Theorie zur vorherrschenden Ideologie in unserer Gesellschaft" vorlege - so heißt es in der Begründung der Jury. Der Tractatus-Preis ist mit 25.000 Euro dotiert. Die österreichische Philosophin Isolde Charim wurde 1959 in Wien geboren, nach einem Studium der Philosophie arbeitete sie als freie Publizistin.

Neue Ausstellung

Judentum in der DDR

Das Jüdische Museum Berlin zeigt von Freitag an eine Ausstellung über jüdisches Leben in der DDR. Die bis zum 14. Januar 2024 geplante Schau "Ein anderes Land. Jüdisch in der DDR" verknüpft Dokumentation mit bildender Kunst, Film und Literatur, teilte das Museum mit. Jüdisches Leben in Ost-Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Erfurt, Schwerin, Halle und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) werde in der Ausstellung als Alltags- und Sozialgeschichte in den Blick genommen. Dabei gehe es um Fragen nach jüdischer Identität zwischen Zuschreibung und Selbstbild.

Désirée Nick

Nacktaufnahmen sind politisch

Die Unterhaltungskünstlerin Désirée Nick hält ihr Nacktshooting für die Illustrierte "Playboy" mit 66 Jahren für ein politisches Statement, "weil es wichtig ist, die reife Frau ab 50 neu zu betrachten und sie in ihrer Weiblichkeit selbstbewusst zu inszenieren". Nach Ansicht der Kabarettistin, Tänzerin und Schauspielerin werden Frauen über 50 in Deutschland "schwer diskriminiert". Wenn jemand über eine ältere Frau sage, "die alte Schachtel ist nicht mehr taufrisch", habe das keinerlei Konsequenzen. "Über Menschen ab 50 wird ungestraft alles ausgekübelt, was woanders nicht mehr gesagt werden darf", sagte Nick.

Nach Corona

Lebenserwartung noch niedrig

Die Lebenserwartung in Deutschland ist auch im vergangenen Jahr deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau geblieben. 2022 sank sie zum dritten Mal in Folge, insgesamt verringerte sie sich seit Ausbruch der Pandemie 2019

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

um mehr als ein halbes Jahr, teilte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung mit. Bei Männern fiel die Lebenserwartung von 78,7 Jahren auf 78,1 Jahre, bei Frauen von 83,5 Jahren auf 82,8 Jahre.

Nordhalbkugel

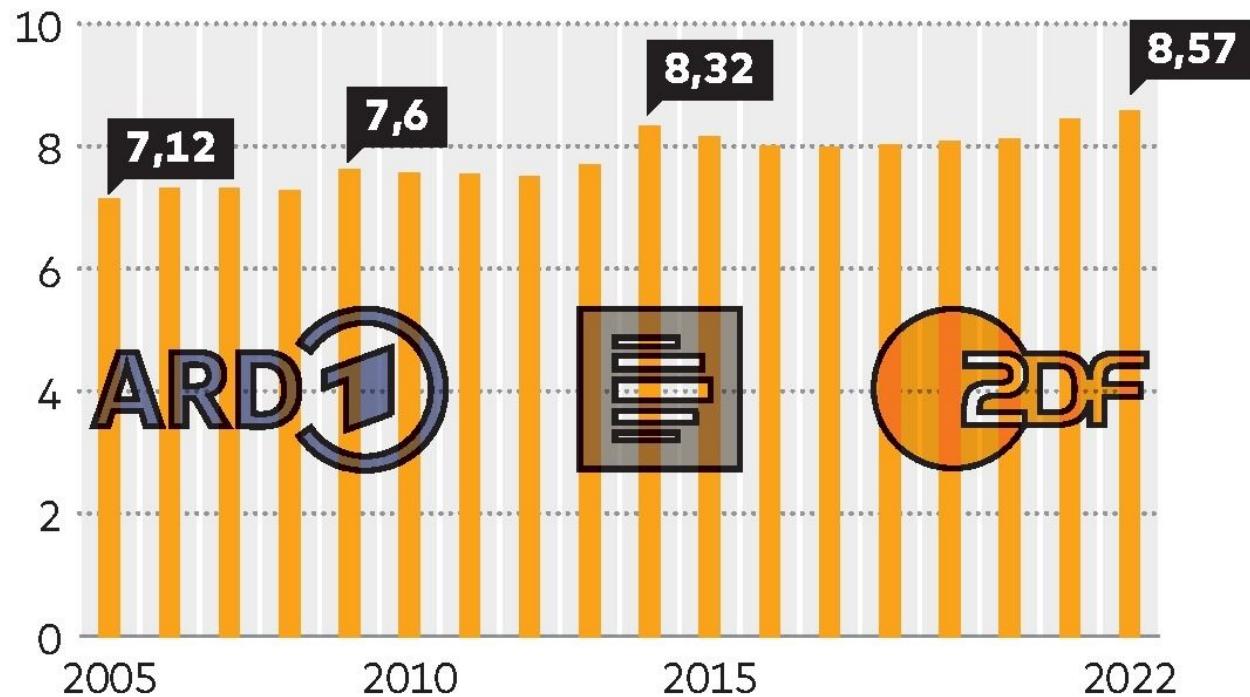
Sommer mit Rekordhitze

Dieser Sommer war laut der UN-Weltmeteorologiebehörde (WMO) der heißeste, der je in der nördlichen Hemisphäre gemessen wurde. Die Temperatur im August habe 1,5 Grad Celsius über den Durchschnittswerten des vorindustriellen Zeitalters gelegen. Der Monat sei so heiß gewesen wie kein anderer, seit Wissenschaftler Temperaturen messen.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Einnahmen steigen ständig

Gesamtertrag des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio (in Mrd. Euro)*



* bis 2012 Gebühreneinzugszentrale (GEL)

Quellen: Statista/ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice, GEZ

WELT

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Erste Umfrage nach Flugblattaffäre: Freie Wähler legen zu ++ Faesers Krankmeldung: Scharfe Kritik von der Union ++ Antisemitisch....

WETTER



Viele Sonnenstunden und trocken

Heute: Das freundliche Spätsommerwetter dauert an. Der Tag beginnt & endet mit Dunst- oder Nebelfeldern, die aber schnell wieder verschwinden. Danach scheint die Sonne neben wenigen Schönwetterwolken, und es bleibt trocken. Die Höchstwerte steigen auf 25 bis 33 Grad. Nur in den Hochlagen der Mittelgebirge und auf einigen Inseln in der Nord- und Ostsee ist es leicht kühl.

Blauwetter: Die Wetterlage sorgt bei den meisten Menschen für gute Laune. Allerdings belastet sie das Herz und den Kreislauf. So kommt es bei empfindlichen Personen vermehrt zu Schweiß- oder Schwitzenfällen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: September 6, 2023

End of Document

Das belgische Integrationswunder; Mechelen hatte eine hohe Kriminalitätsrate, heute lieben es junge Familien. Funktionieren die Rezepte auch bei uns?

Die Welt

Dienstag 11. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 132

Length: 1407 words

Byline: Florian Sädler

Body

Mechelen

Wie auf Bestellung fegt der Mann von der Stadtreinigung die Treppe sauber, die vom Bahnsteig runter in die Ankunftshalle führt. Draußen scheint die Sonne und Kinder rennen umher. Willkommen in Mechelen, einer schnuckeligen Stadt in Flandern - rund 86.000 Einwohner, junge Familien, Eiscafés in Klinkerhäuschen.

Besser gesagt: Willkommen in Mechelen 2.0. Denn von diesem belgischen Städtchen gibt es - wenn man den Rest ihrer reichen, bis zur Zeit Karls des Großen zurückreichenden Geschichte außen vor lässt - zwei Versionen. Da ist das Mechelen von heute, das bruchlos die Demografie Neuköllns - rund 140 Nationen, 50 Prozent **Migrationshintergrund** - mit der Optik eines norddeutschen Ferienortes verschmilzt. Und da ist das Mechelen der Jahrtausendwende, als die Stadt ziemlich vor die Hunde gegangen war. Welche Negativ-Statistik man auch zur Hand nahm, man konnte mit guten Erfolgsaussichten darauf wetten, dass Mechelen weit oben stand: Dreck, Gewalt, Unzufriedenheit. Es gab eine Zeit, da wurde jeder fünfte Wagen aufgebrochen.

Die Mittelschicht zog weg und wurde ersetzt von noch mehr Armut. Das Ehrenamt kam zum Erliegen, die Stadt verlor bei der Verwaltung der Migration die Kontrolle, die rechtspopulistische "Vlaams Belang" war mit über 30 Prozent stärkste Partei. Mechelen war kein guter Ort zum Leben. Weil dort passiert ist, wovor auch in Deutschland ständig gewarnt wird von Linken (gewaltiger Rechtsruck) wie von Rechten (aus dem Ruder gelaufene Kriminalität). Nur war der Tiefpunkt nicht der Endpunkt - denn die Gegenwart in Mechelen ist gar nicht so schlecht. Während in Deutschland in immer neuen Wellen über Migration und Integration diskutiert wird, lohnt sich also ein Ausflug in den nun wieder schmucken Ort im Brüsseler Speckgürtel, um zu schauen, wie die Stadt das geschafft hat. Und was sich daraus lernen lässt.

Dazu kann man durch saubere, kleine Parks in der Innenstadt spazieren, am Ufer der Dijle entlang, und mit sehr zufrieden hier lebenden Zugezogenen sprechen. Man kommt aber vor allem nicht an dem Mann vorbei, der die

Das belgische Integrationswunder Mechelen hatte eine hohe Kriminalitätsrate, heute lieben es junge Familien. Funktionieren die Rezepte auch bei uns?

Chaostage Mechelens nüchtern einen "kritischen Moment" der Stadtgeschichte nennt, während er sich auf das Sofa seines sehr weitläufigen Ministerbüros im Herzen Brüssels fläßt. Bart Somers, heute 59 Jahre alt und flämischer Integrationsminister, wurde bekannt, weil er den Karren aus dem Dreck zog, nachdem er zum 1. Januar 2001 Mechelens erster liberaler Bürgermeister wurde. Mit einem Rezept, das sich gar nicht so kompliziert anhört. Im Grunde setzten Somers und sein Team eine fein austarierte Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche um. "Ich habe mich darauf konzentriert, Ergebnisse zu bekommen", sagt er. Somers pflasterte die Stadt mit Überwachungskameras, hob die Personaldecke bei der Polizei um ein Drittel an und behielt es sich vor, besonders unbelehrbaren Delinquenten die Wohnung zu kündigen. Intensivtäter landeten sofort vor dem Richter. Für die Umsetzung musste er "kreativ werden", sagt Somers, etwa durch Deals mit der Staatsanwaltschaft.

Die Harte-Kante-Behandlung musste man sich jedoch erst durch besonders hartnäckige Bockigkeit verdienen. Somers beschreibt sich als Anhänger der Broken-Windows-Theorie, laut der schon ein kleines bisschen Chaos weiteres Chaos anzieht, bis die Gegend irgendwann darin versinkt. In den USA führte diese Herangehensweise zeitweise zu drakonischen Strafen selbst für Bagatellen. Somers dagegen wollte nicht gleich mit Kanonen auf Spatzen schießen - und vor allem nicht Diskriminierungserfahrungen Vorschub leisten. Statt möglichst schnell weggesperrt zu werden, wurden etwa jugendliche Delinquenten zunächst samt ihrer Eltern auf dem Kommissariat schriftlich dazu verpflichtet, sich ein sinnvolles Hobby zu suchen. Die Eltern mussten zusagen, besser auf ihr Kind zu achten. Bei Nichtbeachtung drohte Bußgeld, das laut Somers aber selten eingetrieben werden musste. Wohl auch, weil nicht nur gedroht, sondern im selben Atemzug Unterstützung angeboten wurde. Die Idee dahinter: Zunächst muss man für Sicherheit sorgen, danach geht alles andere leichter. Etwa, für mehr Durchmischung zu sorgen: Um Schulen von dem Ruf zu befreien, "Ghettoschulen" zu sein, überzeugte man mehrere Hundert Mittelschicht-Eltern, ihre Kinder zum Lernen an eben diese berüchtigten Orte zu schicken. Im Gegenzug bekamen die Schulen mehr Geld. Somers machte Sprachkurse für Zugezogene zur Pflicht, sorgte aber auch dafür, dass es genug Plätze dafür gab. Die Kosten holte er unter anderem durch Einsparungen - auch Kündigungen - bei städtischem Personal wieder herein. Er sah es als Investition in die Zukunft der Stadt.

Zudem bemühte man sich, die Mechelener einzubinden und zu vernetzen. Statt jeder Ethnie und Religion einen eigenen Jugendclub zu bauen, eröffnete Somers einen für alle, mit klaren Regeln, etwa gleichberechtigtem Zugang für Jungen und Mädchen. Spielplätze in Problemvierteln wurden nicht als vandalismussichere Betonmonster gebaut, sondern offen und hübsch - mit der Botschaft: "Zerstört den Spielplatz nicht - es ist euer Spielplatz." Einzelne Jugendliche wurden als Ansprechpartner für ihre Wohnblocks benannt - Verantwortungsgefühl schulden, indem Verantwortung gegeben wird. Insbesondere Problemviertel wurden besser an die Innenstadt angebunden. Es ließen sich noch viele weitere Maßnahmen aufzählen. Sie alle einte ein Ziel: "Alle müssen sich gesehen, ernst genommen und respektiert fühlen - als Bürger."

Das hätte schiefgehen können, wären nicht rechtzeitig zur nächsten Wahl Ergebnisse sichtbar geworden. Sie wurden es; zumindest weit genug, dass die Mechelener Somers noch dreimal wiedergewählt haben. Die Rechtspopulisten fielen von über 30 Prozent ins Einstellige. Auch das in Belgien virulente Islamismus-Problem umschiffte die Stadt - laut dem Bürgermeister, weil man den Menschen ein Selbstbild als Bürger verschaffte, die bei Problemen vielleicht wütend werden, aber keinen Bahnhof in die Luft sprengen. Als in einem Jugendclub einmal Islamisten Nachwuchs rekrutieren wollten, warfen die jungen Muslime sie raus. Somers' ideologischer Pragmatismus und die Weigerung, sich in einem Links-Rechts-Schema zu verorten, kamen nicht überall gut an. Der Zuckerbrot-und-Peitsche-Ansatz brachte es mit sich, dass er für den Peitschen-Teil zunächst als "rechter Windmacher" dargestellt worden sei, schreibt Somers in seinem Buch. Anderen ist der Zuckerbrot-Part zu tolerant.

Aus politischen Insider-Kreisen heißt es, Somers werde in der Stadt wegen seiner Erfolge und der daraus folgenden medialen Aufmerksamkeit auf ein Podest gehoben - daher werde manchmal gezögert, seinen Kurs infrage zu stellen. Außerdem heißt "besser" nicht "perfekt". Kriminalität ist natürlich nicht verschwunden aus Mechelen. Im Frühjahr etwa gab es binnen weniger Wochen mehrere mutmaßliche Brandanschläge, ein Mensch kam ums Leben - unklar ist, ob sie, wie ähnliche Vorfälle in anderen belgischen Städten, mit dem Drogenmilieu zusammenhängen. Der Ansatz, Menschen über gemeinsame Erzählungen zusammenzuführen, fällt offenbar gelegentlich und punktuell in das zusammen, was Skeptiker Somers grundsätzlich vorwerfen zu sein: eine

Das belgische Integrationswunder Mechelen hatte eine hohe Kriminalitätsrate, heute lieben es junge Familien.
Funktionieren die Rezepte auch bei uns?

träumerische Illusion. Somers gibt das unumwunden zu: "Manchmal ist es nur ein Narrativ, manchmal wird es Realität. Manchmal bleibt es ein Versuch, manchmal wird es ein Erfolg."

Kann denn das, was in einer kleinen belgischen Stadt gelingt, nun auch in Deutschland funktionieren, vielleicht sogar in Millionen Menschen schweren Ballungsräumen? Somers sagt: Ja. Zwar könnte man das Rezept "nicht eins zu eins kopieren", auch mache es in großen Städten die Anonymität seinem lokal gedachten Ansatz schwerer. Aber gelingen könnte er überall, wenn man die Vogelperspektive verlasse und sich auf das Zusammenleben in den einzelnen Nachbarschaften fokussiere: "Man lebt nicht in Berlin - man lebt in Neukölln", sagt Somers. Und bekommt Rückendeckung von Maurice Crul. Der Soziologieprofessor der Amsterdamer Vrije Universiteit forscht unter anderem zur Frage, wie Gesellschaften sich durch Migration verändern. Auch er betont, gutes Zusammenleben könnte man nicht von oben herab für ganze Städte planen, es müsse aus der unmittelbaren Nachbarschaft heraus entstehen. Nachbarn hätten ähnliche Interessen, etwa Sauberkeit und Sicherheit. Das Bewusstsein dafür müsse gestärkt werden. Etwa durch "gemeinsame Aktivitäten, um unterschiedliche Menschen zueinanderzubringen" - und aus vielen kleinen Schritten einen großen zu machen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Früher dreckig und unsicher, heute pittoresk und einladend: Blick auf Mechelen

Load-Date: July 10, 2023

End of Document

Eine hoch identitäre Bewegung

Die Welt

Dienstag 3. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 2

Length: 445 words

Byline: Wolfgang Büscher

Body

Deutsche Debatten sind oft kurios. Gern gehen sie konsequent am Kern der Sache vorbei. In der Silvesternacht griff - was viele Videos nahelegen - Berlins **Migrantenjugend** mit allem, was zur Hand war, mit Feuerwerkskörpern, Feuerlöschern oder Schreckschusswaffen, Berlins Rettungskräfte und Polizei an. Und wir? Wir reden darüber, wie schlimm das Böllern sei. Wir moralisieren das Thema. Wir reden über das klima- und gesundheitsschädliche Böllern. Über ein Böller verbot. Kann man machen, aber nur, wenn man beide Augen fest vor der Realität verschließt.

Der Unterschied zwischen Böllern und bewaffnetem Angriff ist einfach zu erklären: Wo fröhliche Menschen mit ihren Kindern und Freunden das neue Jahr mit Feuerwerk begrüßen, da steigen ihre Raketen senkrecht nach oben, gen Himmel. Wo aber hasserfüllte Menschen in Kompaniestärke Feuerwehren und Polizisten angreifen, da gebrauchen sie ihre Raketen als Waffen und feuern sie horizontal auf Menschen. Um sie zu treffen. Um sie möglichst schwer zu verletzen. Um diese Taten per Video zu dokumentieren und sich in ihren Milieus damit zu brüsten. Das eine hat mit dem anderen nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das eine ist Silvester. Das andere ist Bürgerkrieg. Wobei - ist Bürger das richtige Wort? Sieht sich hier irgendwer als Bürger? Irgendeiner der jungen Männer der Berliner Silvesternacht? Identifizieren sich nennenswerte Teile der migrantischen Jugend von Neukölln oder Moabit oder Wedding als deutsche oder wenigstens als Berliner Bürger?

Berlin, das ist die Stadt, in der Kita-Kinder ihre offenkundig deutschen Kindergärtnerinnen neugierig fragen: Wo bist du her? Aus dem Libanon, der Türkei, dem Kosovo? Sie kennen es nicht anders. Jeder von ihnen kommt irgendwoher. Geht er auch irgendwohin? Wird er oder sie, wenn sie groß sind, ein deutscher Staatsbürger werden? Oder, wie so viele um sie herum, in dieser über Generationen sich erstreckenden Zwischenwelt leben, in der das Geld und die Autos, die Straßennamen und die Behörden deutsch sind - aber alles, was Identität stiftet, das Essen, die Sitten und die Religion, die Vornamen der Kinder und die Kleidung ihrer Mütter, all das ist Herkunft pur. Libanon, Türkei, Kosovo.

Migration ist eine hoch identitäre Bewegung. Und Deutschland ist offenbar kein Land, das darauf eine Antwort findet. Außer die Latte des Geforderten immer tiefer zu hängen und Sonntagsreden über Integration zu halten.

Eine hoch identitäre Bewegung

Vielleicht weil Deutschland selbst nicht so genau weiß, wer und was es ist. Die jungen Männer spüren das. Wenn sie unsere Feuerwehren und Polizisten angreifen, feiern sie ihre Identität.

wolfgang.buescher@welt.de (wolfgang.buescher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 2, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++
Geplante Wagenknecht-Partei: Forsa-Chef sieht geringes Potenzial ++ Grünen-Vorsitz: Ricarda Lang kandidiert erneut ++ Außenpolitik ++
Türkischer Präsident: Erdogan: Hamas Freiheitskämpfer ++ Russlands Verteidigungsminister: Schoigu auf Frontbesuch ++ Slowakei: Prorussischer Premier vereidigt ++ Wissen ++ Lebensmittelvergiftungen: Das Risiko wird unterschätzt ++ Inka-Mumie "Juanita": Mädchengesicht rekonstruiert ++ Wirtschaft und Geld ++ Flüssiggas-Terminal auf Rügen: Pipeline komplett genehmigt ++ Integration in Arbeitsmarkt: Neuer Sonderbeauftragter ++
Ratingagentur: S&P senkt Ausblick für Israel ++ Cola, Fanta, Schnaps: Neuer Boom bei Alkopops ++ Tierische versus pflanzliche Produkte: Preise nähern sich an ++ Facebook-Konzern: US-Staaten verklagen Meta ++ Tag an der Börse: Unentschlossen ++ Sport ++ Ski-Alpin-Saisonstart: Wasmeier kritisiert Weltverband ++ Fußball-EM in Deutschland: Frühes Buchen angeraten ++ Kultur und Gesellschaft ++ Israelischer Comedystar Shapira: Lachen in Zeiten des Krieges ++ Studenten-Oscar: Deutsche Talente erfolgreich ++ Nach Frachter-Kollision: Suche nach Vermissten eingestellt ++ Bundeskriminalamt: Deutlich mehr Drogentote

Die Welt

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 208

Length: 2961 words

Body

Innenpolitik

Offenbar zu Anschlag bereit

Haftbefehl gegen Gefährder

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration:
Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

Gegen den in Duisburg festgenommenen Islamisten Tarik S. ist Haftbefehl erlassen worden. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf mit. Der 29-Jährige soll sich gegenüber einem Chatpartner in Syrien zur Begehung eines islamistisch motivierten Anschlags auf eine pro-israelische Demonstration bereiterklärt haben. Spezialkräfte hatten den Mann am Dienstag in seiner Wohnung in Gewahrsam genommen. Nach Angaben der Polizei Essen hatte es zuvor "Hinweise auf ein mögliches Anschlagsszenario" gegeben. Wie WELT erfuhr, war Tarik S. aus Herford 2017 vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) zu fünf Jahren Jugendhaft verurteilt worden. Der jetzige Hinweis auf den Gefährder soll von einem ausländischen Nachrichtendienst gekommen sein. Die Behörden hätten befürchtet, dass der Verdächtige einen Lkw einsetzen könnte, zu dem er laut "Spiegel"-Informationen leichten Zugang haben soll.

Illegale Migration

Linnemann fordert Kontrollzentren

"Dieses Land ist überfordert": CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hält die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen gegen illegale Migration für unzureichend. In der ARD forderte er Kontrollzentren an den deutschen Grenzen: "Wer ein Bleiberecht hat, der kann gerne kommen. Aber alle anderen müssen von dort wieder zurückgeführt werden." Linnemann warf Kanzler Olaf Scholz (SPD) vor, entgegen seiner Ankündigung bislang auf die Vorschläge aus der Unionsfraktion nicht eingegangen zu sein. "Wir brauchen einen großen Migrationspakt", sagte er. Dazu habe die CDU/CSU-Fraktion 26 Vorschläge gemacht, darunter die Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer um Algerien, Marokko, Tunesien und Indien sowie ein verstärktes Umstellen der Asylbewerberleistungen hin zu einem Karten-Bezahlungssystem. Mehr zur Debatte über die Maßnahmen gegen illegale Migration lesen Sie auf Seite 4.

Geplante Wagenknecht-Partei

Forsa-Chef sieht geringes Potenzial

Welche Erfolgsaussichten hat die geplante Partei von Sahra Wagenknecht? Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, sieht sie derzeit "deutlich" unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Umfragen, die ihr bereits nach ihrem Auftritt am Montag einen zweistelligen Wert bescheinigten, halte er für "absolut abenteuerlich", sagte Güllner dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Der Forsa-Chef schätzt das Potenzial der Partei, Wähler von AfD und CDU zu gewinnen, als nicht allzu groß ein. "Nach unseren Erkenntnissen könnte Wagenknecht eine geringen Teil der bisherigen Linken-Wähler anziehen und auch nur wenige Stimmen von der AfD holen." Es müsse berücksichtigt werden, dass die AfD zu einem großen Teil das rechtsradikale Potenzial binde, das es in Deutschland immer gegeben habe. Der Meinungsforscher verwies darauf, dass die von Wagenknecht 2018 ins Leben gerufene Sammelbewegung "Aufstehen" bald "kläglich gescheitert" sei. Lesen Sie auch den Leitartikel auf Seite 7.

Grünen-Vorsitz

Ricarda Lang kandidiert erneut

Ricarda Lang hat ihre erneute Kandidatur als Co-Vorsitzende der Grünen angekündigt. "Ja, ich möchte auf unserem Parteitag erneut für das Amt der Vorsitzenden der Grünen kandidieren", sagte die 29-Jährige "Zeit Online". "Ich sehe es als historische Aufgabe meiner Partei, Klimaschutz, Wohlstand und Gerechtigkeit zusammenzuführen. Das heißt für mich auch, dass wir uns in schweren Zeiten nicht wegdrücken dürfen." Lang führt seit Februar 2022 gemeinsam mit Omid Nouripour die Grünen. Der Parteitag findet Ende November in Karlsruhe statt.

Außenpolitik

Türkischer Präsident

Erdogan: Hamas Freiheitskämpfer

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die im Gaza-Streifen herrschende islamistische Hamas als Freiheitskämpfer bezeichnet. "Hamas ist keine Terrororganisation, sondern eine Befreiungs- und Mudschaheddin-Gruppe, die für den Schutz ihres Landes und ihrer Bürger kämpft", sagte Erdogan vor Anhängern seiner islamisch-konservativen Partei AKP in Ankara, während diese "Nieder mit Israel" und "Gott ist groß" riefen. Mit Mudschaheddin sind in der Regel Kämpfer islamistischer Gruppen gemeint. Man habe keine Problem mit dem Staat Israel, verurteile aber die "Gräueltaten" Israels im Gaza-Streifen, sagte Erdogan weiter. Die Türkei verzeihe keine Aktionen, die auf Zivilisten abzielten "einschließlich israelischer Zivilisten". Erdogan rief zu einem Waffenstillstand auf. Pläne für einen Besuch in Israel sagte der türkische Präsident ab. Die im Gaza-Streifen herrschende Hamas hatte am 7. Oktober ein Massaker unter Zivilisten in Israel angerichtet und mehr als 200 Menschen verschleppt.

Russlands Verteidigungsminister

Schoigu auf Frontbesuch

In ihrem Krieg gegen die Ukraine, der in Russland nicht Krieg heißen darf, wagen sich Vertreter der russischen Führung nur sehr selten an die Front - im Gegensatz zum ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Nun hat Moskaus Verteidigungsminister Sergej Schoigu nach Angaben des Militärs seinen Soldaten in der Ukraine einen Frontbesuch abgestattet. Schoigu habe an einer Stabsbesprechung in der "Zone der militärischen Spezialoperation" teilgenommen, schrieb das Ministerium auf Telegram. Die Mitteilung ist mit einem Video unterlegt, dass Schoigu in einem Hubschrauber und später in einem Stabsbunker zeigt. Ob die Anlage tatsächlich auf von Russland besetztem ukrainischem Staatsgebiet liegt, lässt sich nicht erkennen. Wie ernst Moskau seine eigenen Behauptungen nimmt, denen zufolge die Nato Russland zerstören will, erfahren Sie auf Seite 6.

Slowakei

Prorussischer Premier vereidigt

In der Slowakei ist eine neue Regierung unter dem pro-russischen Ministerpräsidenten Robert Fico vereidigt worden. "Heute übernehmen Sie nicht nur die Macht, sondern natürlich auch die Verantwortung für die Republik und deren Bürger", sagte Staatspräsidentin Zuzana Caputova bei der Vereidigung. Ficos linksgerichtete Partei Smer hat mit ihren Koalitionspartnern, der sozialdemokratischen Hlas und der ultranationalistischen Slowakischen Nationalpartei, eine Mehrheit im Parlament. Die Slowakei war bislang ein großer Unterstützer der von Russland angegriffenen Ukraine. Fico dürfte die Militärhilfe einstellen. Zudem will er verhindern, dass die Ukraine Nato-Mitglied wird. Fico ist bereits zum vierten Mal Ministerpräsident. Er äußerte sich in der Vergangenheit immer wieder abfällig über Journalisten und machte Wahlkampf gegen Einwanderer und gegen die Rechte von LGBTQ - Menschen.

Wissen

Lebensmittelvergiftungen

Das Risiko wird unterschätzt

Weltweit 420.000 Menschen pro Jahr sterben nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durch lebensmittelbedingte Infektionen und Vergiftungen - ein Drittel davon Kinder unter fünf Jahren. In Deutschland werden laut Bundesinstitut für Risikobewertung jährlich 200.000 Erkrankungsfälle gemeldet, die wahrscheinlich auf kontaminierte Lebensmittel zurückgehen. Und das Robert-Koch-Institut (RKI) berichtet, dass die Anzahl der lebensmittelbedingten Infektionen hierzulande insgesamt wahrscheinlich deutlich über einer Million pro Jahr liege. Das Risiko, durch Lebensmittel zu erkranken, wird gemeinhin unterschätzt. Es lohnt sich, auf bestimmte Vorsorgemaßnahmen zu achten, insbesondere auf die richtige Hygiene in der Küche. Wie man sich am besten schützt und was im Falle eines Falles zu tun ist, lesen Sie auf Seite 8.

Inka-Mumie "Juanita"

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

Mädchen gesicht rekonstruiert

Rund 570 Jahre, nachdem sie im Schnee der Anden bei einem Ritual geopfert wurde, ist eine junge Frau aus Peru wieder in einem Museum zu sehen. Die mit moderner 3-D-Technologie erstellte Silikonbüste von Perus berühmtester Inka-Mumie soll zumindest eine Annäherung daran sein, wie die Teenagerin einmal ausgesehen haben könnte. Die Büste der jungen Frau mit ausgeprägten Wangenknochen und dunklen Augen wurde im Museo Santuarios Andinos der katholischen Universität von Santa María in Arequipa enthüllt. Ein Team aus polnischen und peruanischen Wissenschaftlern erstellte die Büste auf Grundlage ihrer Schädelform gemeinsam mit dem schwedischen Archäologen Oscar Nilsson, der sich auf die Rekonstruktion von Gesichtern von Menschen aus der Geschichte spezialisiert hat. Die Mumie ist bekannt als "Juanita" oder "Die Jungfrau aus dem Eis". Sie war Untersuchungen zufolge zwischen den Jahren 1440 und 1450 geopfert worden, als sie 13 bis 15 Jahre alt war. Bei ihrem Tod war sie 1,40 Meter groß und wog 35 Kilogramm. Sie starb vermutlich durch einen heftigen Schlag auf den Hinterkopf, wie CT-Untersuchungen ergaben.

Wirtschaft und Geld

Flüssiggas-Terminal auf Rügen

Pipeline komplett genehmigt

Mecklenburg-Vorpommern hat den letzten Abschnitt und damit die komplette Anbindungsleitung für das auf der Insel Rügen geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG) genehmigt. Den ersten Seeabschnitt, der 26 Kilometer auf dem vorpommerschen Festland durch den Greifswalder Bodden bis vor die Küste Südost-Rügens umfasst, hatte das Bergamt Stralsund bereits im August abgesegnet. Verbände waren mit Eilanträgen und einem angestrebten Baustopp vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert. Der Bund hält das Terminal in Mukran für notwendig und will es im Winter betriebsbereit haben. Für das eigentliche Terminal und den Betrieb der Spezialschiffe dort ist eine andere Genehmigungsbehörde zuständig. Dieses Verfahren läuft noch. Mehr über den Flüssiggasmarkt erfahren Sie auf Seite 9.

Integration in Arbeitsmarkt

Neuer Sonderbeauftragter

Die Bundesregierung hat einen Sonderbeauftragten für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten ernannt. Daniel Terzenbach, im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Regionen zuständig, soll die Aufgabe in Zukunft übernehmen, sagte eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums. Minister Hubertus Heil hatte vor einer Woche angekündigt, dass Geflüchtete mit einer Bleibeperspektive schneller eine Arbeit aufnehmen sollen. Es gehe dabei um ein Potenzial von rund 400.000 Menschen, "die derzeit im Bürgergeld sind und bereits Sprachkenntnisse erworben haben". Die größte Gruppe unter ihnen sind Ukrainer.

Ratingagentur

S&P senkt Ausblick für Israel

Die Ratingagentur S&P hat ihre Kreditbewertung für Israel abgesenkt. Angesichts des Krieges in der Region ist der Ausblick nun "negativ", während er zuvor noch als "stabil" eingeschätzt wurde. Insgesamt rechne man aber nicht mit einem Krieg, der länger als sechs Monate dauert. Wie Israel der Prognose trotzt und welche Indikatoren der Wirtschaft im Land Hoffnung machen, lesen Sie auf Seite 10.

Cola, Fanta, Schnaps

Neuer Boom bei Alkopops

Die Verkaufszahlen für alkoholische Mischgetränke, sogenannte Alkopops, steigen wieder an. Diesen Trend zeigen aktuelle Zahlen des Branchenanalysten Circana, nach denen sich der Umsatz mit den Mischgetränken seit 2014

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

mehr als verfünfacht hat. Auch deshalb steigen aktuell große Getränkehersteller wie Coca-Cola in den Markt ein. Der US-Konzern ging jetzt eine Kooperation mit dem französischen Spirituosenhersteller Pernod Ricard ein, wie WELT erfuhr. Welches Potenzial jetzt im Markt steckt und welchen Steuertrick sich die Getränkehersteller zunutze machen, erfahren Sie auf Seite 11.

Tierische versus pflanzliche Produkte

Preise nähern sich an

Die Preise für tierische Produkte und pflanzliche Alternativen nähern sich einer Untersuchung zufolge an. Alternativprodukte wie pflanzliche Milch oder vegetarische Schnitzel kosten derzeit im Schnitt noch 25 Prozent mehr als tierische Produkte, wie die Organisation Proveg meldete. Im vergangenen Jahr hatte der durchschnittliche Preisunterschied demnach noch bei 53 Prozent gelegen. Proveg hat nach eigenen Angaben zwischen dem 21. und 27. August die Preise für zwölf Produktkategorien in 40 Geschäften der größten sechs Lebensmittelhändler verglichen. Das Preisniveau dürfte sich inzwischen weiter angeglichen haben, denn kürzlich kündigte der Discounter Lidl an, die Preise für pflanzliche Produkte seiner Eigenmarken an die vergleichbarer tierischer Produkte anzupassen. Aldi und andere wollen folgen.

Facebook-Konzern

US-Staaten verklagen Meta

Mehr als 40 US-Bundesstaaten haben Meta, den Mutterkonzern von Facebook und Instagram, wegen Gefährdung der seelischen und körperliche Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verklagt. "Meta nutzt mächtige und beispiellose Technologien, um Kinder und Jugendliche anzuziehen (...) und in die Falle zu locken, um Gewinne zu erzielen", heißt es in der in Kalifornien eingereichten Klageschrift. Die Klage geht auf Ermittlungen zurück, die eine Ex-Facebook-Angestellte ausgelöst hatten. Im Herbst 2021 hatte Frances Haugen etwa 20.000 Seiten interne Dokumente zugänglich gemacht, aus denen hervorgeht, dass die Konzernführung Gesundheitsrisiken von Kindern bewusst in Kauf genommen hatte. Sie erklärte, dass Facebook nichts unternehme, um schädliche Inhalte zu entfernen. Das Unternehmen, das sich kurz darauf in Meta umbenannte, wies die Vorwürfe zurück und zeigte sich nun "enttäuscht" über die Klage.

Tag an der Börse

Unentschlossen

Die Aktienanleger sind zwischen starken und schwachen Bilanzen großer Technologiekonzerne hin- und hergerissen. Der Dax pendelte am Mittwoch mehrmals um den Vortagesschlusskurs. Zum Börsenschluss in Frankfurt notierte er schließlich leicht im Plus bei 14.892 Punkten (0.1 Prozent). Während der Windows-Konzern Microsoft auch dank eines starken Geschäfts in der Cloud die Expertenerwartungen für das abgelaufene Quartal übertraf, blieb die Google-Mutter Alphabet in diesem Bereich unter den Vorhersagen. Weitere Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

Sport

Ski-Alpin-Saisonstart

Wasmeier kritisiert Weltverband

Markus Wasmeier, Ski-Doppel-Olympiasieger von 1994, hat den Zeitpunkt des Saisonstarts in die Weltcup-Saison deutlich kritisiert. "Man weiß seit 20, 30 Jahren, dass sich der Winter leicht nach hinten verschiebt. Oktober und November werden für Rennen eine ganz zähe Geschichte. Doch der Weltverband Fis reagiert darauf überhaupt nicht! Das prangere ich am meisten an", sagte der 60-Jährige vor dem Weltcup-Auftakt am Wochenende in Sölden, wo auf Pisten aus Schneedepots gefahren wird. Wasmeier sagte weiter: "Wenn man Wintersport weiter ausüben

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

will, sollten die Verbände aufhören, sich die Natur so hinzubiegen, wie sie es wollen." Das Interview lesen Sie auf Seite 13.

Fußball-EM in Deutschland

Frühes Buchen angeraten

Die Verbraucherzentralen raten den Fußball-Fans zur frühen Buchung ihrer Unterkunft zum Besuch der Spiele der EM 2024 in Deutschland. "Fans sollten auch Unterkünfte in Betracht ziehen, die vielleicht nicht direkt im Veranstaltungsort liegen", sagte Rechtsreferent Rico Dulinski von der Brandenburger Verbraucherzentrale. Alle zehn Stadien seien "sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen". Die Eintrittskarten sind als Tickets für den öffentlichen Nahverkehr gültig. Bei den Hotelkosten ist bereits knapp acht Monate vor dem Turnier eine deutliche Preissteigerung zu beobachten, besonders in den Städten der Spitzenspiele wie die Auftaktpartie am 14. Juni mit Deutschland in München und dem Finale am 14. Juli in Berlin.

Kultur und Gesellschaft

Israelischer Comedystar Shapira

Lachen in Zeiten des Krieges

Nur wenige Tage nach dem Massaker der Hamas in Israel hat der deutsch-israelische Comedystar Shahak Shapira ein neues Programm aufgeführt, in dem auch er Witze über Israel und Palästina macht. Seine Gäste: Deutsche, Israelis, Palästinenser, Araber. Warum er so schnell nach dem grauenhaften Anschlag wieder lachen konnte und dennoch wenig Hoffnung hat, erklärt er im Interview auf Seite 16.

Studenten-Oscar

Deutsche Talente erfolgreich

Die deutsche Regisseurin Tamara Denic und ihr Team sowie der Berliner Filmkomponist Sascha Blank sind bei den Studenten-Oscars ausgezeichnet worden. Die Trophäen wurden im Rahmen der 50. Student Academy Awards in Beverly Hills vergeben. Die in Berlin lebende Regisseurin Denic (31) holte mit dem Kurzfilm "Istina" (Wahrheit) in der Sparte "Narrative/Erzählung" den Oscar in Bronze. "Istina" dreht sich um eine Fotojournalistin, die in Belgrad von Rechtsextremisten bedroht wird und nach Deutschland flieht. Blank (36) hat die Musik für den siegreichen Dokumentarfilm "Wings of Dust" von Giorgio Ghiotto (New York University) komponiert. In dessen Mittelpunkt steht ein peruanischer Umweltaktivist.

Nach Frachter-Kollision

Suche nach Vermissten eingestellt

Nach der Kollision zweier Frachter in der Nordsee vor Helgoland mit mindestens einem Toten ist die Suche nach vier vermissten Seeleuten eingestellt worden. Das betroffene Seegebiet sei in der Nacht zum Mittwoch erneut mit Schiffen und Hubschraubern abgesucht worden, erklärte das Havariekommando. Dies habe jedoch keine Ergebnisse erzielt. Am Dienstagmorgen waren das 190 Meter lange Massengutschiff "Polesie" und das 91 Meter langen Küstenmotorschiff "Verity" aus zunächst ungeklärter Ursache in der Deutschen Bucht zusammengestoßen. Die "Verity" sank. Ein Seemann wurde tot geborgen, weitere zwei wurden gerettet. Vier galten als vermisst. Die Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung in Hamburg hat mit Ermittlungen zur Unfallursache begonnen.

Bundeskriminalamt

Deutlich mehr Drogentote

Die Zahl der Drogentoten in Deutschland ist erneut gestiegen. Sie erhöhte sich im vergangenen Jahr auf 1990, teilte das Bundeskriminalamt (BKA) am Mittwoch mit. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 90 Fälle mehr. Zu den

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

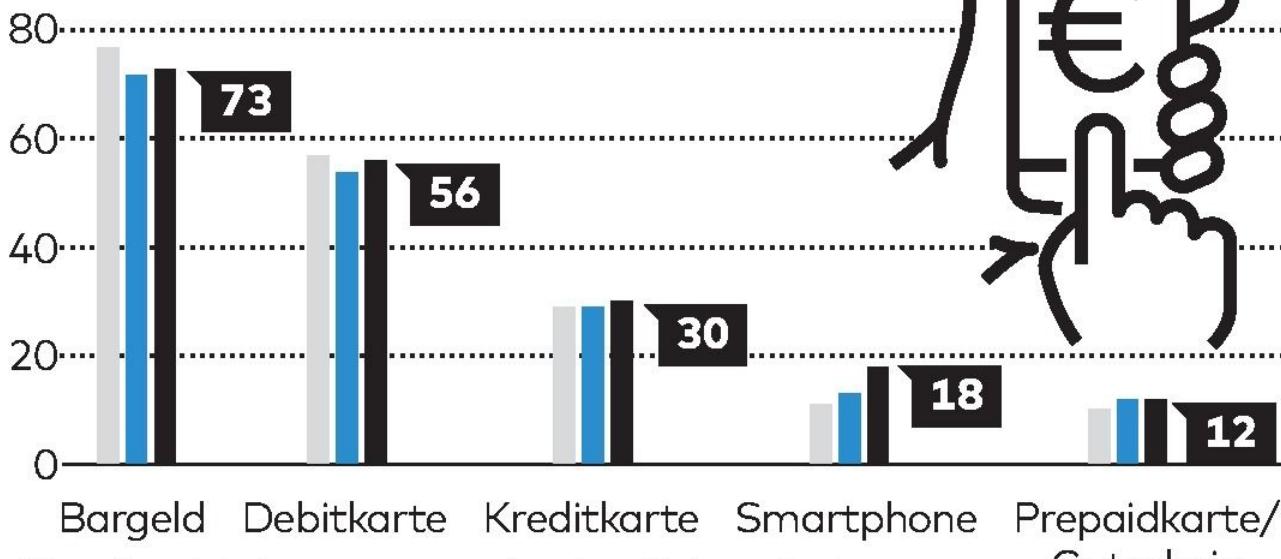
häufigsten Todesursachen zählten der Konsum von Opiaten, Opiat-Substitutionsmitteln und Heroin. Nach Angaben des BKA steigt die Zahl der Drogentoten bereits seit 2017. Alarmiert zeigte sich der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Burkhard Blienert (SPD). Rund zehn Millionen Menschen in Deutschland seien süchtig: "Damit sind wir alle beim Thema Sucht gefordert." Seit 2018 wächst laut BKA auch die Menge des vor allem über die großen Seehäfen eingeschmuggelten Kokains.

UNTERWEGS ZAHLEN

Mobile Payment nimmt zu

Anteil der Befragten, die in den letzten 12 Monaten unterwegs wie folgt bezahlt haben*

Angaben in Prozent ■ 2021 ■ 2022 ■ 2023



*Einzelhandel, Restaurants und andere Points of sale

Basis: 3096-5997 Befragte (18-64 Jahre) in Deutschland;

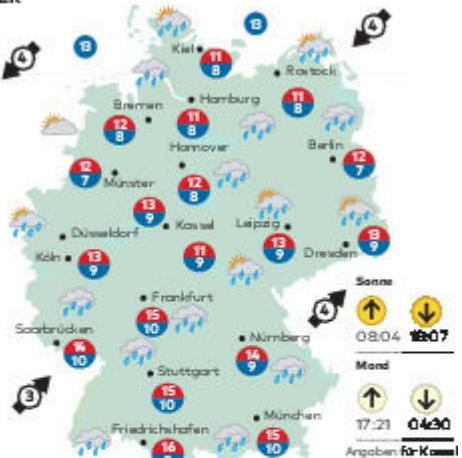
Mehrfachantworten möglich

Quelle: Statista Consumer Insights; appleuzr/Getty Images

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Offenbar zu Anschlag bereit: Haftbefehl gegen Gefährder ++ Illegale Migration: Linnemann fordert Kontrollzentren ++ Geplante Wag....

WETTER



Grau und regnerisch

Heute Morgen ist der Himmel wolkig verhangen, und nur im Norden und Nordosten zeigt sich in Blitzen Regenpausen hier und da die Sonne. Im Süden dauern die Regentfälle an, und im Südwesten fallen sie mitunter heftig aus. 9 bis 17 Grad werden erreicht. Der Wind weht schwach bis mittig, an der Küste und entlang in Thüringen und im Südwesten zeitweise frisch aus Nordost bis Südwest.

Blaurotten Menschen mit Kreislauftproblemen müssen mit entsprechenden Beschwerden rechnen. Außerdem fühlt man sich oft müde und matt. Darunter leidet die Leistungsfähigkeit. Ebenso besteht eine große Anstrengungsgefahr bei Erkältungserkrankungen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 26, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 186

Length: 217 words

Body

Bildungsmisere

Zu: "Wir haben die Grundschule vergessen" vom 15. September

Professor Bertram hat völlig zutreffend festgestellt, dass Kinder und Jugendliche und deren Probleme und Interessen in der öffentlichen Debatte unseres Landes überhaupt nicht mehr vorkommen. Unsere politisch Verantwortlichen haben die Grundschule vergessen. Hier werden aber die Grundlagen für die Bildung unserer Kinder gelegt. Wenn das schief geht, ist eine nachträgliche Reparatur kaum mehr möglich. Was soll aber dabei herauskommen, wenn in einer Klasse ein erheblicher Teil der Schüler und Schülerinnen der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig ist. Das kann doch nicht funktionieren - weder für die Migrantenkinder, noch für die deutschen.

Frank Wunderlich, Nöbdenitz

Deutsche Erfolge

Zu: "Die Dialektik des Kulturkampfes" vom 19. September

Meine Verehrung für den Gastbeitrag von Josef Joffe! Doch wie im deutschen Fußball, der in seiner Kompliziertheit das Toreschießen verlernt hat und nun wieder den Erfolg im Einfachen sucht, so suche ich, im Verständnis der Krise unserer Demokratie, nach Einfachheit und damit mehr Klarheit. Wir brauchen einen starken Rechtsstaat, die Politik muss wieder auf Begrenzungen setzen und die Freiheit der Wirtschaft muss Vorrang haben.

Fred Klemm, Ladenburg

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2023

Leserbriefe

End of Document

**"Abschiebung ausländischer Straftäter gelingt überwiegend nicht";
Ausländerrechtsexperte Harald Dörig sagt, wie er die Vorschläge der
Innenministerin für leichtere Ausweisungen von Clan-Mitgliedern bewertet**

Die Welt

Donnerstag 10. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 154

Length: 922 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Harald Dörig war bis 2018 als Richter am Bundesverwaltungsgericht im Senat für Ausländer- und Asylrecht tätig. Seitdem führt er seine Tätigkeit als Honorarprofessor an der Universität Jena und als Vorstandsmitglied der Internationalen Vereinigung der Migrationsrichter fort. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen im nationalen und europäischen Ausländer- und Asylrecht.

WELT:

Herr Dörig, in dieser Woche schrieb die "Süddeutsche Zeitung": "Innenministerium will Angehörige von Clans kollektiv abschieben." Wie schätzen Sie das Vorhaben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein?

Harald Dörig:

Ich war zunächst erschrocken über die Presseberichte, wonach es künftig ausreichen solle, Familienmitglied eines Clans zu sein, um abgeschoben werden zu können. Als ich mir dann das Papier des Bundesinnenministeriums angesehen habe, das der Meldung der "Süddeutschen Zeitung" zugrunde lag, las sich das ganz anders. Dort findet sich nicht einmal das Wort Clan. Dem Wortlaut des Ministeriums nach muss man einer Vereinigung im Sinne des Paragraphen 129 Strafgesetzbuch angehören, um für diese geplante neue Ausweisungsmöglichkeit infrage zu kommen. Und das ist eine sehr hohe Hürde. Das hat nichts mit einem einfachen Angehörigen einer italienischen oder arabischen Mafiafamilie zu tun.

Worin besteht die Hürde?

Man muss Mitglied einer Vereinigung sein, die auf Dauer angelegt schwere Straftaten begeht. Es reicht nicht aus, nur Familienmitglied sein, man muss Beiträge zur Aufrechterhaltung der mafiösen Strukturen leisten. Das kann in solchen kriminellen Organisationen auch jemand sein, der selbst keine Diebstähle oder Einbrüche begeht, sondern

"Abschiebung ausländischer Straftäter gelingt überwiegend nicht" Ausländerrechtsexperte Harald Dörig sagt, wie er die Vorschläge der Innenministerin für leichte....

das Geld anlegt oder mit einer Gaststätte oder einem Kiosk das Geld wäscht. Das einfache Familienmitglied, das nicht selbst in die kriminellen Machenschaften verwickelt ist, wird von dem Reformentwurf des Bundesinnenministeriums nicht erfasst.

Sie halten die Gesetzesvorschläge also für zielführend?

Das Ministerium plant eine Gleichstellung dieser kriminellen Vereinigungen - ob man die nun Mafia oder Clan nennen möchte - mit terroristischen Vereinigungen. Die Mitgliedschaft begründet dann ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, falls die Vorschläge zum Gesetz würden. Das Ausweisungsrecht ist so aufgebaut, dass eine Güterabwägung stattzufinden hat zwischen den staatlichen Interessen an der Ausweisung einer gefährlichen Person und deren privaten Bleibeinteressen. Und nun kann man durch eine gesetzliche Regelung im Aufenthaltsgesetz staatliche Interessen höher einstufen oder niedriger. Wenn diese Mitgliedschaft bald als besonderes Ausweisungsinteresse eingestuft würde, wäre es leichter, Mitglieder krimineller Vereinigungen auszuweisen, insofern hielte ich das für einen Fortschritt.

Werden denn Ausgewiesene auch tatsächlich abgeschoben?

Leider gelingt die Abschiebung von ausländischen Straftätern überwiegend nicht. Auch wenn es zu einer Ausweisung kommt, also der Aufenthaltsstitel entzogen wird, folgt dann oft nicht die Abschiebung, also die tatsächliche Verbringung ins Herkunftsland. Fortschritte bei der Fähigkeit, tatsächlich abzuschieben, sind aus meiner Sicht auch weit wichtiger als Verschärfungen der Ausweisungsmöglichkeiten. Hierzu findet sich in dem Papier des Bundesinnenministeriums etwa der Vorschlag, den Ausreisegewahrsam von höchstens zehn auf bis zu 28 Tage auszudehnen. Das wäre eine sinnvolle Änderung. Aus meiner Sicht sind auch Regelungen zu begrüßen, die Aufgriffswahrscheinlichkeit von Abzuschiebenden am Rückführungstermin zu erhöhen, zum Beispiel durch erleichterte Möglichkeiten zum Betreten ihrer Unterkünfte.

In welchen Fällen kann schon heute eine Ausweisung erfolgen, obwohl der Betreffende nicht verurteilt wurde?

Das Ausweisungsrecht ist Gefahrenabwehrrecht, deshalb ist es unabhängig von einer strafrechtlichen Verurteilung. Es soll gerade ermöglichen, einer Gefahr schon im Vorfeld zu begegnen, also bevor eine schwere Straftat begangen worden ist. Wenn man also einschätzen kann, dass von einem Ausländer die Gefahr ausgeht, dass er systematisch Überfälle begeht oder er terroristisch aktiv wird, dann muss der Staat nicht abwarten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist. Sondern er kann unabhängig von einer strafrechtlichen Verurteilung auch schon eine Ausweisung aussprechen. Das ist von der Rechtsprechung anerkannt - vom Bundesverwaltungsgericht, vom Bundesverfassungsgericht und auch von den europäischen Gerichten. Aber man muss natürlich streng prüfen, wie hoch die Verdachtsmomente für die Gefahr sind, und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten.

Es kann also auch heute schon eine Ausweisung erfolgen, obwohl ein Ausländer noch nicht verurteilt ist, falls Tatsachen darauf hindeuten, dass er an der Begehung schwerer Straftaten beteiligt sein wird?

Ja, aber in der Praxis findet das nur in einer Handvoll Fällen pro Jahr statt, weil die für Ausweisungen zuständigen Ausländerbehörden zumeist erst dann tätig werden, wenn sie von einer strafrechtlichen Verurteilung erfahren. Und falls sie tätig werden, also eine Ausweisung anstreben, ist diese nur rechtmäßig, wenn besonders hohe Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland bestehen - also vor allem im Bereich des Terrorismus. Aber auch bei einem Serienvergewaltiger muss man nicht abwarten, bis das ganze Strafverfahren durchgeführt ist. Sondern wenn der Verdacht so durch Tatsachen und Beweise erhärtet ist, dass man sich sehr sicher sein kann, ist eine Ausweisung wegen hoher Rückfallgefahr auch ohne strafrechtliche Verurteilung möglich.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Abschiebung ausländischer Straftäter gelingt überwiegend nicht" Ausländerrechtsexperte Harald Dörig sagt, wie er die Vorschläge der Innenministerin für leichte....

Harald Dörig

Load-Date: August 9, 2023

End of Document

Studie: Gesellschaft sensibler gegenüber Diskriminierung; Regierungsbeauftragte sieht Handlungsbedarf

Die Welt

Mittwoch 26. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 81

Length: 813 words

Byline: Kevin Culina

Body

Jeder dritte Mensch mit ***Migrationshintergrund*** hat in den vergangenen zwölf Monaten Diskriminierung erlebt. Zu diesem Ergebnis kommt die Untersuchung "Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft" der Bertelsmann-Stiftung, die am Dienstag vorgestellt wurde.

"Fast jeder Mensch kann früher oder später Diskriminierungserfahrungen machen", sagte die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, bei der Vorstellung der Studie. Diese soll einen Blick auf Formen der Diskriminierung in Deutschland werfen. Atamans Stelle habe rund 63.000 solcher Fälle dokumentiert - und diese sind vielfältig: Eine Frau mit türkischem Nachnamen habe nur Absagen bei der Wohnungssuche erhalten - bis sie sich mit ihrem Geburtsnamen bewarb. Oder: Eine Frau im Rollstuhl sei im Regen an der Bushaltestelle stehen gelassen worden. Das Verkehrsunternehmen argumentierte: Der Bus sei eben voll gewesen, die Frau müsse auf den nächsten warten.

Die Gesellschaft sei sensibler für Diskriminierung geworden, so ein Ergebnis der Studie. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, sich für Gleichbehandlung zu interessieren. Ganze 70 Prozent möchten demnach, dass mehr gegen rassistische Diskriminierung getan wird, in einer Vergleichsstudie von 2008 waren es noch 43 Prozent. Junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren seien hier besonders aufmerksam - auch, weil immer mehr von ihnen einen Migrationshintergrund hätten, so Co-Autor Ulrich Kober. Personen mit Migrationshintergrund werden demnach als am stärksten diskriminiert wahrgenommen, über die Hälfte der Befragten sieht sie gar als "sehr stark" oder "stark" diskriminiert. Dies treffe auch auf jene zu, "die als fremd oder nicht weiß wahrgenommen werden" sowie auf Menschen mit Behinderung, mit niedrigem Einkommen oder auf Muslime. Ein Drittel hält Jüdinnen und Juden für "sehr stark" oder "stark" diskriminiert.

Auch die Antidiskriminierungspolitik genießt ein gesteigertes Interesse: Zwei Drittel finden, dass es der Gesellschaft hierdurch langfristig besser gehe. Handlungsbedarf sieht eine große Mehrheit der Befragten vor allem für Menschen mit Behinderung, Ältere sowie Menschen mit geringem Einkommen. Die Befragten sehen vor allem die Politik in der Pflicht, dahinter folgen Ämter und Behörden sowie Polizei und Gerichte. Dennoch sehen die Befragten

Studie: Gesellschaft sensibler gegenüber Diskriminierung Regierungsbeauftragte sieht Handlungsbedarf

derzeit andere Aufgaben als am dringlichsten an: Steigende Preise für Lebensmittel, Energie und Miete abzufedern sowie die Verbesserung sozialer Sicherungssysteme.

Ataman sieht ihre Arbeit durch die Studie bestätigt. "Diskriminierung spaltet die Gesellschaft, nicht das Engagement dagegen." Seit Juli 2022 ist Ataman im Amt, ihrer Wahl ging insbesondere durch kritische Stimmen der FDP ein Streit in der Koalition voraus. Ataman wurde etwa vorgeworfen, sich zu wenig mit dem Problem des Islamismus zu befassen. Für die Koalition macht Ataman nun Handlungsbedarf aus. "Menschen sind bei uns nicht gut genug vor Diskriminierung geschützt." Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) biete zwar seit 2006 eine Grundlage, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Doch es sei noch zu kompliziert, Klagen für Betroffene seien mit unkalkulierbaren Kosten verbunden. Nur ein Viertel kennt Atamans Stelle allerdings überhaupt, die Zahlen haben sich zu 2008 kaum verändert. Für den Herbst kündigte die Regierungsbeauftragte eine Kampagne an, die auch den Bekanntheitsgrad der Antidiskriminierungsstelle erhöhen soll. "Ich will, dass alle Menschen in Deutschland ihre Rechte und Pflichten kennen." Ataman regte zudem eine Überarbeitung des AGG an - denn Deutschland habe "eines der schwächsten Antidiskriminierungsgesetze in Europa". Eine Neufassung des Gesetzes habe sich die Ampel-Koalition zwar vorgenommen, Justizminister Marco Buschmann (FDP) habe sich hier bisher aber nicht zu einem konkreten Fahrplan geäußert.

Nicht alle Teile der Gesellschaft halten Antidiskriminierung indes für wichtig. Die Studie schlüsselt auch nach sogenannten Sinus-Milieus auf. Mit diesen definiert das beteiligte Sinus Institut verschiedene Gruppen in der Gesellschaft, vor allem nach sozioökonomischem Status und politischer Grundeinstellung. Zwar teilt eine breite Mehrheit das Anliegen der Antidiskriminierung, doch nennt die Hälfte des sogenannten "prekären Milieus", also Personen mit niedrigem Einkommen, diese "überflüssig".

Die Antidiskriminierungspolitik empfinden 65 Prozent als "zu kompliziert". Fast drei Viertel des "nostalgisch-bürgerlichen" sowie des "prekären" Milieus halten die "Diskriminierung von Minderheiten" für "von den Medien ungebührlich aufgebauscht". Demgegenüber sei das Interesse an Gleichstellung bei sozioökonomisch besser gestellten und auf modernisierende Politik ausgerichteten Milieus höher, so Co-Studien-Autorin Ulrike Wieland. Für die Umfrage wurden zwischen dem 19. September und dem 9. November 2022 insgesamt 2022 Interviews geführt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 25, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++ Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz Schlappe bei Landtagswahl: Faeser will im Amt bleiben ++ Urteil: Ex-AWO-Funktionär muss zahlen ++ Außenpolitik ++ Neue US-Raketen für die Ukraine: Russland kritisiert "groben Fehler" ++ Belgien und Schweden nach Anschlag: Für strengere Migrationspolitik ++ China: Xi und Putin betonen Kooperation ++ Greta Thunberg: Nach Protest in London angeklagt ++ Wissen ++ Nahrungsmittel: Worauf Allergiker achten sollten ++ Corona-Impfung: Nur zögerliche Nachfrage ++ Wirtschaft und Geld ++ Wasserstoff-Strategie: Megaleitung durch Europa ++ Axel Springer Award: Ehrung für Microsoft-Chef ++ Wohnungsmisere: Baugenehmigungen brechen ein ++ Standort Deutschland: Mittelstand investiert mehr ++ Kurznachrichtendienst: X testet Abo-Modell ++ Tag an der Börse: Unsicherheit hält an ++ Sport ++ Fußball-Nationalmannschaft: Nagelsmann äußerst zuversichtlich ++ Deutsches Handball-Team: Comeback von Heinevetter ++ Kultur und Gesellschaft ++ Buchmesse: Umstrittene Eröffnungsrede ++ Nach Corona-Pandemie: Welle an Autodiebstählen ++ Todesschuss am Filmset: Neues Verfahren gegen Alec Baldwin ++ Niederländische Polizei: 7,7 Tonnen Kokain in Lastwagen

Die Welt

Donnerstag 19. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 203

Length: 2877 words

Body

Innenpolitik

Jüdische Gemeinde zu Berlin

"Juden fühlen sich nicht mehr sicher"

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++
Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz

Nach dem versuchten Anschlag auf eine Synagoge hofft die Jüdische Gemeinde auf Solidarität der Berliner. "85 Jahre nach der Reichspogromnacht sollen in Deutschlands Hauptstadt Synagogen wieder brennen", warnte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe. "Die antijüdische Gewalt auf den Straßen Berlins hat damit eine neue Dimension erreicht." Die Sicherheitsmaßnahmen an Institutionen seien zu Recht erhöht worden und hätten wohl Schlimmeres verhindert. "Aber Juden und Jüdinnen in unserer Stadt fühlen sich trotz allem nicht mehr sicher." Der Anstieg islamistischer Gewalt sei erschreckend. "Hier liegt es nun auch an der Zivilgesellschaft, sich mit der jüdischen Gemeinschaft zu solidarisieren." Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, es sei ganz klar, dass man "niemals hinnehmen werde, wenn gegen jüdische Einrichtungen Anschläge verübt werden". Was genau sich in der Nacht zu Mittwoch in Berlin abgespielt hat und wie gefährdet jüdische Einrichtungen sind, erfahren Sie auf Seite 5.

Elterngeldkürzung

FDP macht Alternativvorschlag

Elterngeld soll es nach den von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) geplanten Kürzungen künftig nur noch für Paare geben, die zusammen ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von maximal 150.000 Euro haben. Die FDP-Bundestagsfraktion hat dazu jetzt einen Alternativvorschlag vorgelegt. In dem Papier wird die Streichung des Elterngeldes für Familien mit hohen Einkommen abgelehnt. Zugleich soll der Anspruch für Paare grundsätzlich nur noch zwölf Monate lang gelten statt bis 14. Eltern, die im ersten Monat nach der Geburt parallel Elterngeld beziehen wollen, will die FDP-Fraktion mit einem zusätzlichen 13. Elterngeldmonat und einem Bonus von 500 Euro unterstützen. Fraktionsvize Gyde Jensen sagte, die von Paus geplanten Kürzungen seien "nicht der Weisheit letzter Schluss".

Trotz Schlappe bei Landtagswahl

Faeser will im Amt bleiben

"Ich habe eine hohe Verantwortung in der Bundesregierung und die werde ich wahrnehmen": Trotz des Wahldebakels als SPD-Spitzenkandidatin bei der Landtagswahl in Hessen sieht Bundesinnenministerin Nancy Faeser keinen Anlass zum Rücktritt. Sie habe noch nie viel davon gehalten, nach schlechten Ergebnissen einfach hinzuwerfen, sagte Faeser dem "Stern". Sie kündigte an, sich in den kommenden Wochen besonders um die Festschreibung der neuen Asylregeln in Europa kümmern zu wollen. In welchem Ausmaß Asylverfahren die deutschen Verwaltungsgerichte beschäftigen, lesen Sie auf Seite 6.

Urteil

Ex-AWO-Funktionär muss zahlen

Der frühere Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt (AWO), Jürgen Richter, muss seinem ehemaligen Arbeitgeber 1,8 Millionen Euro Schadenersatz zahlen. Das hessische Landesarbeitsgericht habe Richter zur Haftung für die von ihm verursachten Schäden verurteilt, teilte die AWO mit. Eine Revision sei nicht zugelassen. In dem Rechtsstreit geht es den Angaben zufolge um satzungswidrig veranlasste Spenden und zu Unrecht gezahlte Honorare. Zudem sei der AWO Schaden entstanden, als ihr die Gemeinnützigkeit zeitweise entzogen wurde. Die neue Leitung der AWO schätzte Ende 2021, Richter habe in seiner Amtszeit als Geschäftsführer rund zehn Millionen Euro veruntreut. Um den sogenannten AWO-Skandal ließen und laufen mehrere Prozesse vor verschiedenen Gerichten, sowohl gegen Richter und dessen Ehefrau Hannelore als auch gegen weitere Personen, darunter den ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD).

Außenpolitik

Neue US-Raketen für die Ukraine

Russland kritisiert "groben Fehler"

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++
 Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz

Lange hatte die Ukraine Washington um bessere Waffen gebeten - jetzt sind Panzer und neue Raketen eingetroffen. Und Kiew hat die US-Raketen vom Typ ATACMS am Mittwoch erstmals bei Angriffen auf zwei von den russischen Besatzern betriebene Flughäfen im Osten der Ukraine eingesetzt. Aus Moskau kam prompt scharfer Protest: Die Lieferung der ATACMS sei ein "grober Fehler" der Vereinigten Staaten. Dieser zunächst von der Öffentlichkeit geheim gehaltene Schritt werde schwere Folgen haben, schrieb der russische Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, im Messenger-Dienst Telegram. Dem Sender Voice of America zufolge hat die Ukraine inzwischen auch die zugesagten 31 schweren Abrams-Kampfpanzer aus US-Beständen erhalten. Präsident Wolodymyr Selenskyj dankte US-Präsident Joe Biden für die Unterstützung und bestätigte, dass die getroffenen Vereinbarungen "sehr genau" umgesetzt würden. Welche Rolle die neuen Raketen für den Kriegsverlauf spielen könnten, lesen Sie auf Seite 6 , einen Kommentar finden Sie auf Seite 7.

Belgien und Schweden nach Anschlag

Für strengere Migrationspolitik

Nach dem tödlichen Anschlag auf zwei schwedische Fußballfans in Brüssel haben Belgiens Regierungschef Alexander De Croo und sein schwedischer Kollege Ulf Kristersson eine strengere europäische Migrationspolitik gefordert. "Wir müssen unsere europäischen Grenzen schützen", sagte Kristersson bei einem gemeinsamen Gedenken beider Regierungschefs in Brüssel. Der Täter hielt sich nach Behördenangaben illegal in Belgien auf, nachdem sein Asylantrag abgelehnt worden war. Schnellere Abschiebungen seien "etwas, das wir angehen müssen", betonte De Croo. Er sprach sich für eine "koordinierte europäische Rückführungspolitik" aus. Zustimmung kam von EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. "Wir müssen mehr tun, um Menschen zurück in ihre Herkunftsländer schicken zu können. Das ist eines der Vorhaben, das ich morgen beim Treffen des Rates in Luxemburg ansprechen werde", kündigte Johansson an. Am heutigen Donnerstag kommen die EU-Innenminister zusammen. Ein 45-jähriger Tunesier hatte am Montagabend vor einem EM-Qualifikationsspiel zwischen Belgien und Schweden zwei schwedische Fans erschossen und zwei weitere Menschen verletzt. Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) reklamierte den Anschlag für sich.

China

Xi und Putin betonen Kooperation

Im Westen ist Russlands Staatschef Wladimir Putin seit dem Überfall auf die Ukraine geächtet, in China wird er hofiert: Bei einem Treffen in Peking haben sich Putin und der chinesische Präsident Xi Jinping für eine enge Zusammenarbeit ausgesprochen. Diese sei unter den "gegenwärtig schwierigen Umständen besonders notwendig", sagte Putin. "Was die bilateralen Beziehungen betrifft, so kommen wir also sehr selbstbewusst voran." China ist ein wichtiger Kunde für russisches Öl und Gas und angesichts der vom Westen verhängten Sanktionen eine Art wirtschaftliche Lebensversicherung für Russland. Peking versucht, sich als neutraler Vermittler im Krieg zu präsentieren, was in der internationalen Gemeinschaft aber weitgehend abgelehnt wird. Welche Rolle China im Nahen Osten spielt, erfahren Sie auf Seite 7.

Greta Thunberg

Nach Protest in London angeklagt

Die Klima-Aktivistin Greta Thunberg ist in London wegen Verstößen gegen das Gesetz für öffentliche Ordnung angeklagt worden. Die 20-Jährige habe sich nicht an eine Gesetzesklausel gehalten, nach der es der Polizei erlaubt ist, öffentliche Versammlungen einzuschränken, erklärte die Londoner Polizei. Thunberg und 25 weitere Angeklagte wurden bis zu einem Gerichtstermin gegen Kaution freigelassen. Thunberg hatte mit anderen gegen eine Konferenz des Energy Intelligence Forums protestiert, zu der unter anderem die Chefs der Ölgiganten Shell, Aramco und Equinor erwartet wurden. Die Aktivisten blockierten den Zugang zum Tagungshotel. Thunberg wurde festgenommen und auf eine Polizeiwache gebracht. Sie war vor Kurzem in Schweden zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie bei einer Demonstration Anweisungen der Polizei missachtet hatte.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++ Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz

Wissen

Nahrungsmittel

Worauf Allergiker achten sollten

Die Zahl der Patienten mit Nahrungsmittelallergien steigt in Deutschland kontinuierlich. Der Experte Professor Torsten Zuberbier vom Berliner Universitätsklinikum Charité empfiehlt daher, bei einer veganen Ernährung keine prozessierten Fleischersatzprodukte zu verzehren, sondern möglichst auf naturbelassene Erzeugnisse aus Obst und Gemüse zu setzen. Die pflanzlichen Eiweiße in stark verarbeiteten Lebensmitteln können nämlich in ihrer Molekülstruktur verändert sein, wodurch es eine stärkere allergene Wirkung geben kann. Mehr dazu im Interview auf Seite 8.

Corona-Impfung

Nur zögerliche Nachfrage

Seit gut einem Monat ist der neu angepasste Corona-Impfstoff erhältlich. Die Zahl der Impfwilligen hält sich bislang aber in Grenzen. Grundsätzlich besteht der Eindruck, dass Patienten Interesse an einer Auffrischungsimpfung hätten, teilte der Hausärzteverband mit. Die Nachfrage sei aber nicht mit den vergangenen Jahren vergleichbar und regional sehr unterschiedlich. Viele Patienten seien auch "schlichtweg verunsichert", sagte die Bundesvorsitzende Nicola Buhlinger-Göpfarth. Der Beratungsaufwand sei nach wie vor sehr groß. "Es ist immer wieder schwer zu vermitteln, dass die Pandemie zwar vorbei ist, das Impfen aber weitergeht." Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt Risikogruppen nach wie vor eine Auffrischungsimpfung. Dazu zählen Menschen ab 60, Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen, Pflege- und Gesundheitspersonal sowie Angehörige von Risikopatienten. Einem Bericht des Robert-Koch-Instituts (RKI) aus dem Jahr 2021 zufolge haben etwa 36,5 Millionen Menschen ab 15 Jahren in Deutschland ein erhöhtes Risiko für einen schweren Covid-19-Verlauf. Gut 21,6 Millionen Menschen tragen den Angaben zufolge ein stark erhöhtes Risiko.

Wirtschaft und Geld

Wasserstoff-Strategie

Megaleitung durch Europa

Energieversorger wollten bislang nur zögerlich in die teuren Elektrolyse-Anlagen zur Wasserstoff-Produktion investieren, weil die notwendige Infrastruktur fehlt. Doch nun kommt Bewegung ins Geschäft: Die europäischen Pipeline-Betreiber gehen mit dem Bau von Wasserstoff-Leitungen in Vorleistung - und planen eine gewaltige Leitung von der Iberischen Halbinsel bis zur deutschen Grenze. Per Unterschrift wurde diese Absicht in der spanischen Botschaft am Berliner Tiergarten von fünf führenden europäischen Pipeline-Betreibern besiegelt. Alles über den möglichen Schub für Deutschlands Wasserstoffwende erfahren Sie auf Seite 9 .

Axel Springer Award

Ehrung für Microsoft-Chef

Microsoft-Chef Satya Nadella ist am Dienstagabend in Berlin mit dem Axel Springer Award geehrt worden. "Nadella ist der derzeit visionärste CEO einer großen Tech-Plattform", sagte Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE, zur Preisvergabe. Digitalminister Volker Wissing (FDP) lobte bei der Verleihung den Wandel Microsofts und den innovativen Geist Nadellas. Überrascht wurde der Cricket-Fan Nadella von einem Stargast aus seiner Heimat Indien: dem früheren indischen Profisportler Zaheer Khan. Einen ausführlichen Bericht lesen Sie auf Seite 10 .

Wohnungsmisere

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++ Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz

Baugenehmigungen brechen ein

Der Wohnungsmangel in Deutschland droht sich zu verschärfen. Der Rückgang der Baugenehmigungen setzt sich laut Statistischem Bundesamt ungebremst fort. Im August wurde demnach der Bau von 19.300 Wohnungen bewilligt - fast ein Drittel (31,6 Prozent) weniger als im Vorjahreszeitraum. In den ersten acht Monaten 2023 sank die Zahl der Genehmigungen im Vergleich zum Jahr zuvor um 28,3 Prozent.

Standort Deutschland

Mittelstand investiert mehr

Trotz Ukraine-Krieg, Inflation und steigender Zinsen haben die Mittelständler ihre Investitionen am vielfach kritisierten Standort Deutschland hochgefahren. Ihre Neuinvestitionen nahmen im vergangenen Jahr um 15 Prozent auf 211 Milliarden Euro zu, wie die staatliche Förderbank KfW zu ihrem "Mittelstandspanel 2023" mitteilte. Dahinter steckten Corona-Nachhol- sowie Vorzieheffekte aufgrund der sich eintrübenden Finanzierungsbedingungen und steigenden Preisen für Investitionsgüter. Auch Anpassungsmaßnahmen, um den Anstieg der Energiekosten abzufedern, hätten einen Schub verliehen. Im laufenden Jahr sorge der konjunkturelle Gegenwind jedoch für erhöhte Anspannung.

Kurznachrichtendienst

X testet Abo-Modell

Im Kampf gegen computergenerierte Beiträge von gefälschten Nutzerkonten könnte der Kurznachrichtendienst X künftig auch für grundlegende Funktionen wie das Verfassen von Beiträgen Geld verlangen. Geplant sei eine Gebühr von einem Dollar jährlich, teilte der früher als Twitter bekannte Konzern mit. Dieses Modell werde zunächst in Neuseeland und den Philippinen getestet. Für Bestandskunden ändere sich vorerst nichts. Neue Nutzer könnten in der kostenlosen Variante allerdings nur noch Nachrichten lesen, Videos anschauen und anderen Anwendern folgen. Für weitere Funktionen müssten sie ein Abonnement abschließen.

Tag an der Börse

Unsicherheit hält an

Die Nervosität an den Börsen nimmt zu. Anleger fürchten eine weitere Eskalation in Nahost. Der Leitindex Dax notierte am Mittwoch zum Börsenschluss bei 15.095 Punkten 1,03 Prozent im Minus. "Der Frieden im Nahen Osten ist in weiter Ferne", fasste Christian Henke, Marktstrategie bei IG, die Einschätzung der meisten Investoren zusammen. Unsicherheit herrschte auch wegen bevorstehender Quartalsberichte. Aus China kamen indes ermutigende Signale: Die Wirtschaft dort ist nach staatlichen Angaben im dritten Quartal dank der anziehenden Binnennachfrage stärker gewachsen als erwartet. Mehr Börsendaten auf Seite 9.

Sport

Fußball-Nationalmannschaft

Nagelsmann äußerst zuversichtlich

Dem neuen Bundestrainer Julian Nagelsmann hat eine Woche Arbeit mit der deutschen Nationalmannschaft genügt, um zum Abschluss der Amerika-Reise ein fast schon euphorisches Fazit zu ziehen. Seinen Spielern attestierte er dabei eine steile Lernkurve. "Ich habe noch keine Mannschaft trainiert, die innerhalb von einer Woche so viele Dinge umsetzt. Ich war schwer begeistert. Deswegen mache ich mir absolut keine Sorgen", sagte der Bundestrainer nach dem 2:2 gegen Mexiko in Philadelphia. Zuvor hatte die Mannschaft 3:1 gegen die Vereinigten Staaten gewonnen. Ganz so rosig wie Nagelsmanns Laune waren die Darbietungen jedoch nicht. Dazu finden Sie einen Kommentar auf Seite 7 und den Bericht auf Seite 13.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++ Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz

Deutsches Handball-Team

Comeback von Heinevetter

Torhüter Silvio Heinevetter kehrt nach zwei Jahren in die Handball-Nationalmannschaft zurück. Drei Tage vor seinem 39. Geburtstag wurde der Schlussmann des Bundesligisten TVB Stuttgart von Bundestrainer Alfred Gislason für das 19-köpfige Aufgebot nominiert und geht voraussichtlich als Nummer 1 in die beiden Länderspiele gegen Ägypten am 3. und 5. November. Zugleich musste Gislason einen personellen Rückschlag für die Heim-Europameisterschaft im kommenden Januar verkraften: Kreisläufer und Abwehrspezialist Hendrik Pekeler vom THW Kiel sagte seine Teilnahme an dem Turnier ab. "Ich bin noch nicht wieder in der notwendigen Form, um Alfred und dem Team wirklich helfen zu können", sagte der 32-Jährige.

Kultur und Gesellschaft

Buchmesse

Umstrittene Eröffnungsrede

Die Rede des slowenischen Philosophen Slavoj Žižek hat bei der Eröffnung der Frankfurter Buchmesse für Aufregung gesorgt. Žižek verurteilte die terroristischen Angriffe der Hamas auf die israelische Bevölkerung, betonte aber, man müsse auch den Palästinensern zuhören und deren Hintergrund beachten, wenn man den Konflikt verstehen wolle. Während der Rede am Dienstagabend verließen einige Gäste den Saal. Der hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker widersprach Žižek. Becker warf dem Philosophen vor, die Verbrechen der Hamas zu relativieren, und verließ mehrfach den Saal, kehrte aber in Begleitung von Frankfurter Lokalpolitikern schließlich zurück. Auch Buchmessen-Direktor Juergen Boos versuchte Becker zu besänftigen. Eine Reportage aus Frankfurt lesen Sie auf Seite 16.

Nach Corona-Pandemie

Welle an Autodiebstählen

Das Ende der Corona-Pandemie ist mit einem Boom der Autodiebe einhergegangen: Im vergangenen Jahr wurden deutschlandweit 12.277 kaskoversicherte Pkw gestohlen, ein Viertel mehr als 2021. Das teilte der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mit. Den wirtschaftlichen Schaden bezifferte der Verband auf fast 250 Millionen Euro. Die Pandemie hatte zwischenzeitlich einen starken Rückgang zur Folge. Vor Corona war die Zahl der Autodiebstähle im Jahr 2019 noch höher gewesen, damals wurden den Versicherern mehr als 14.000 Fälle gemeldet. Bei den Dieben besonders beliebt sind teure SUVs.

Todesschuss am Filmset

Neues Verfahren gegen Alec Baldwin

Die Staatsanwaltschaft im US-Staat New Mexico will ein neues Strafverfahren gegen den US-Schauspieler Alec Baldwin um den tödlichen Schuss bei einem Filmdreh anstrengen. Der Vorgang soll innerhalb der nächsten zwei Monate einer Grand Jury vorgelegt werden, teilten die Sonderermittler der Anklage mit. Bei den Dreharbeiten zu dem Western "Rust" auf einer Filmranch in Santa Fe war die Kamerafrau Halyna Hutchins im Oktober 2021 tödlich verletzt worden. Baldwin hatte bei der Probe für eine Szene eine Waffe bedient, als sich ein Schuss löste.

Niederländische Polizei

7,7 Tonnen Kokain in Lastwagen

Die Polizei hat bei Rotterdam sechs Männer festgenommen, die mit einem Lastwagen 7,7 Tonnen Kokain aus Belgien ins Land geschmuggelt hatten. Die Drogen waren in Bananenkisten versteckt, wie die Polizei berichtete.

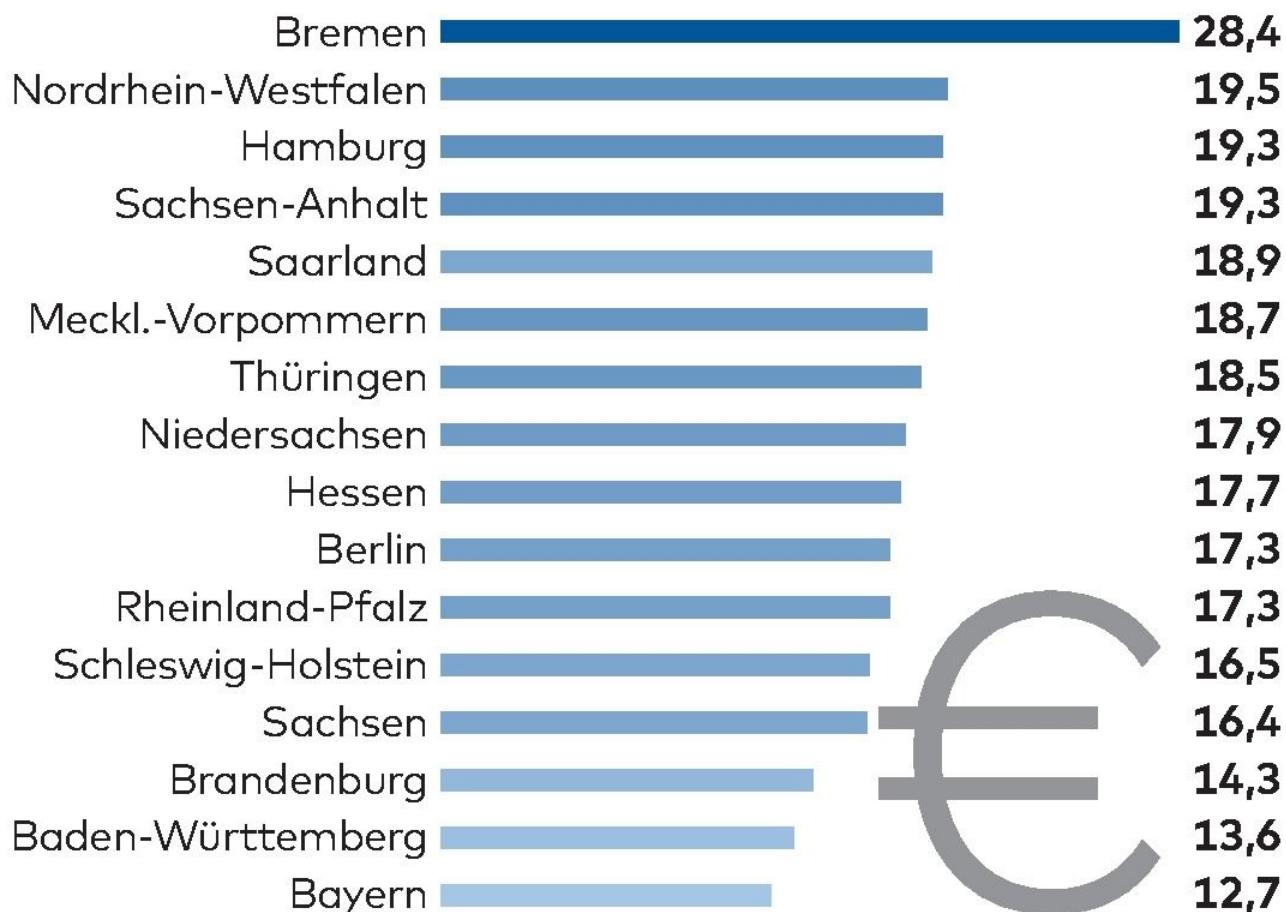
Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++ Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz

Alarmiert wurden die Niederländer demnach vom belgischen Zoll, der bei Ermittlungen gegen Drogenschmuggler im Hafen von Antwerpen Kokain in einem Bananen-Container entdeckt hatte.

ARMUTSGEFÄHRDUNG IN DEUTSCHLAND

Im Süden am niedrigsten

Armutsgefährdungsquote in Deutschland
nach Bundesland 2022 (in Prozent)*

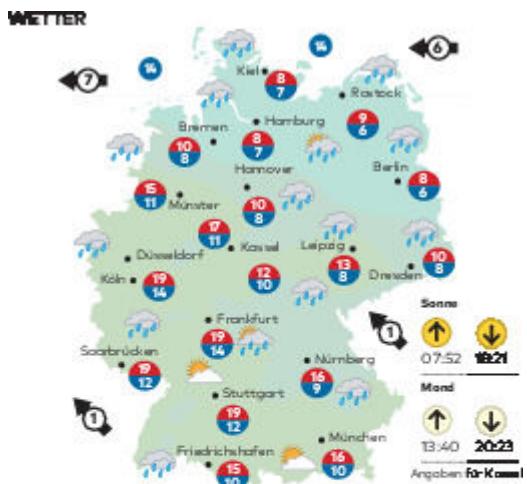


* gemessen am Bundesmedian

Quelle: Statista; Statistisches Bundesamt

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Jüdische Gemeinde zu Berlin: "Juden fühlen sich nicht mehr sicher" ++ Elterngeldkürzung: FDP macht Alternativvorschlag ++ Trotz



Gebietsweise Regen, nur örtlich Sonne

Heute Die Wolken überwiegen, und die Sonne schaut meist nur noch kurze Zeit. Gebiete wechseln föhl Regen oder Nieselregen. Lediglich im Südosten bleibt es überwiegend trocken bei zeitweiligen Sonnenechos. Am Alpenrand ist es dabei 18°C lig. Die Höchstwerte bewegen sich im Norden und Osten zwischen 8 und 14 Grad. Im Süden und Westen werden etwas wärmer 12 bis 19 Grad erreicht.

Blauwetter Beide der Wetterlage sollten vor allem Herzpatienten auf ungewohnte körperliche Anstrengungen verzichten. Asthmatiker müssen sich auf Beschwerden beim Atmen einstellen. Auch Wetterföhigen macht das Wetter heute zu schaffen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: October 19, 2023

End of Document

"Wähler von AfD und Grünen deutlich stärker polarisiert"; Ein Fünftel der Deutschen zeigt kaum Verständnis für andere Meinungen - das stellt Politikwissenschaftler Hans Vorländer fest

Die Welt

Freitag 21. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 140

Length: 1346 words

Byline: Diana Pieper

Body

Hans Vorländer, 68, ist Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung an der TU Dresden sowie Direktor des Mercator Forums **Migration** und Demokratie. Seine Erhebung "Polarisierung in Deutschland und Europa" sorgt für Aufsehen.

WELT:

Herr Vorländer, insbesondere bei den Themen Klimawandel und **Migration** stehen sich laut Ihrer Erhebung unversöhnliche Lager gegenüber. Links oder grün orientierte Menschen reagieren demnach besonders ablehnend auf andere Meinungen zum Klimawandel; im Zusammenhang mit **Migration** sind es Menschen, die sich im rechten Teil des Spektrums verorten. Zählen hier Emotionen mehr als inhaltliche Argumente?

Hans Vorländer:

Deutschland liegt bei der Polarisierung insgesamt im europäischen Mittelfeld. Wähler von AfD und Grünen sind hierzulande aber deutlich stärker polarisiert als die gesellschaftliche Mitte. Ihre Überzeugungen bei den Themen Klimaschutz und Zuwanderung sind offenbar sehr ausgeprägt und mit starken Emotionen verbunden - und gehen auch mit einer stärkeren Ablehnung anderer Meinungen einher. Wir nennen dieses Phänomen "affektive Polarisierung".

Anhänger der AfD weisen demnach im Vergleich zu Anhängern anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa ein besonders hohes Maß an Polarisierung auf. Welche Erklärung haben Sie dafür?

Dass die Anhänger der AfD stärker als andere europäische rechtspopulistische Parteien polarisiert sind, kann unterschiedliche Gründe haben: der raue Ton der Akteure, Hass und Hetze, die Konfrontation gegenüber anderen Parteien und den etablierten Medien, aber auch die Tatsache, dass die AfD im Vergleich zu anderen

"Wähler von AfD und Grünen deutlich stärker polarisiert" Ein Fünftel der Deutschen zeigt kaum Verständnis für andere Meinungen - das stellt Politikwissenschaftl....

Rechtsaußenparteien relativ jung ist und ihren Platz in der scharfen Abgrenzung sucht. Es geht bei "affektiver Polarisierung" immer auch darum, die eigene Gruppe durch Ablehnung der anderen zusammenzuschmieden.

In Ostdeutschland führt die AfD in vielen Bundesländern die Umfragen an. Fällt ihre Rhetorik - etwa angesichts der stark aufgeladenen Stimmung beim Thema Migration - auf besonders fruchtbaren Boden?

Beim Thema Zuwanderung, welches diese Gruppen besonders polarisiert, konnten wir deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Das Thema führt in Ostdeutschland zu mehr Polarisierung, ähnlich wie in Frankreich oder Griechenland, während die Werte für Westdeutschland nah am gesamteuropäischen Durchschnitt liegen.

Unversöhnlicher stehen sich viele Menschen hierzulande demnach auch bei Fragen nach dem richtigen Umgang mit Pandemien oder dem Krieg in der Ukraine gegenüber. Woran liegt das?

Beim Thema Pandemien haben wir ein deutlich höheres Maß an Polarisierung festgestellt als im Rest Europas. Über die Corona-Maßnahmen wurde hierzulande zum Teil heftig gestritten, auch auf den Straßen gegen sie demonstriert. Während ein großer Teil sie entschieden abgelehnt hat, gab es aber auch eine starke Unterstützung durch Kräfte, die sich eher links oder grün einordnen.

Letztere zeigten sich laut Ihrer Erhebung beim Thema "Pandemien wie Covid-19" aufgeschlossener gegenüber "weitreichenden Eingriffen in die Freiheit des Einzelnen" als Befragte in anderen Ländern. In Ostdeutschland stehen die Befragten staatlichen Eingriffen in Pandemien dagegen deutlich kritischer gegenüber. Haben sie ein größeres Freiheitsverständnis? Oder ein geringeres Vertrauen in die demokratischen Institutionen?

Maßnahmen von Regierungen werden in Ostdeutschland generell skeptischer gesehen und teilweise als Bevormundung betrachtet. Darin kann sich ein starkes Freiheitsbedürfnis ausdrücken. Bei anderen ist ein starkes populistisches Einstellungsmuster zu beobachten: Entscheidungen "von denen da oben" werden abgelehnt. Auch ist das Misstrauen gegenüber Politik und Medien im Osten größer, man ist unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.

Hinsichtlich des Russland-Ukraine-Kriegs plädiert in Ostdeutschland eine Mehrheit dafür, die "Unterstützung für die Ukraine einzuschränken, um negative Folgen für das eigene Land zu vermeiden". Beim Klimawandel lehnt ein wesentlich größerer Anteil der Befragten stärkere staatliche Eingriffe ab. Und beim Thema "Zuwanderung" sprechen sich mehr Menschen für eine "Beschränkung von Zuzugsmöglichkeiten" aus als in Westdeutschland. Ist der Angst vor Wohlstandsverlust im Osten Deutschlands ausgeprägter?

Das kann ein Grund sein. Wir sehen im Osten nach den Transformationen der letzten 30 Jahren nach wie vor eine große Verunsicherung. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Folgen des Klimawandels haben Verlustängste verstärkt. Menschen haben sich ihren Wohlstand in den letzten Jahrzehnten hart erarbeiten müssen und sehen ihn nun bedroht. Beim Ukraine-Krieg kommt darüber hinaus eine Reihe von Faktoren zusammen: Russland-Freundschaft, Sympathie für autokratische Herrschaft, Kritik an der Nato, verwurzelter Antiamerikanismus und generelle Vorbehalte gegenüber "dem Westen".

Widerstreitende Meinungen gelten zugleich als Ausdruck von Pluralismus in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Wann wird Polarisierung zur Bedrohung?

Freie Gesellschaften weisen immer ein gewisses Maß an Polarisierung, an ausdifferenzierten Meinungen und Lebensstilen sowie unterschiedlichen Interessenlagen auf. Das ist für eine Demokratie nicht von Schaden, sondern sogar eine wichtige Voraussetzung. Es kann nur nicht sein, dass Diskurse von den radikalen und polarisierten Rändern bestimmt werden. Dann greifen Empörungsgehabe und Aufwallungen um sich, die demokratische Streitkultur nimmt Schaden, und der Prozess der Willens- und Entscheidungsbildung wird zu einem Problem.

Sehen Sie dieses Problem aktuell?

"Wähler von AfD und Grünen deutlich stärker polarisiert" Ein Fünftel der Deutschen zeigt kaum Verständnis für andere Meinungen - das stellt Politikwissenschaftl....

Noch nicht. Die politische Mitte hält noch, sie ist deutlich weniger affektiv polarisiert. Es schadet aber dem öffentlichen Diskurs, wenn man nicht mehr vernünftig und zivil streiten kann und dem Gegenüber keinen Respekt erweist. Demokratie setzt voraus, dass auch dem Opponenten der eigenen Meinung unterstellt werden kann, dass er oder sie etwas Vernünftiges beitragen kann. Nur so wird demokratische Willens-, Entscheidungs- und Kompromissbildung möglich. Bei Reizthemen beobachten wir aber sehr schnell, wie affektiv hoch aufgeladene Polarisierungen wirken.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Nehmen wir die Aufregungen um das Heizungsgesetz. Hier sind zunächst Befürchtungen erzeugt worden, weil weit ins Privatleben eingreifende Maßnahmen mit dem schnellen Austausch von Heizungen verbunden wurden. Obwohl eine Mehrheit der Auffassung ist, dass wir mehr für den Klimaschutz tun müssen, zeigt das Beispiel, dass man Entscheidungen überlegt treffen und nachvollziehbar kommunizieren muss. Sonst nehmen Verlustängste und Ablehnung zu. Wenn aber der öffentliche Diskurs von den Debatten an den Rändern geprägt wird, werden Diskussionen verzerrt und sachgerechte, zielführende Politik unmöglich gemacht. Das untergräbt das Vertrauen in die Demokratie.

Welche Gründe hat es, dass Personen mit hohem Bildungsabschluss und Einkommen sowie Bewohner von Großstädten signifikant stärker polarisierte Einstellungen vertreten? Sind sie zunehmend abgekoppelt von anderen Lebensentwürfen?

Das müsste man sich im Einzelnen anschauen. Womöglich haben sie stärkere Überzeugungen oder einen größeren politischen Gestaltungswillen. Auch kann es mit den besseren Möglichkeiten verdichteter sozialer Interaktion in städtischen Milieus zu tun haben. Abschließende Erklärungen können wir aus unserer Studie nicht ableiten.

Welche Folgen hat es, wenn politische Meinung und kollektive Identität zunehmend miteinander verknüpft sind?

Wenn eine sehr ausgeprägte Form "affektiver Polarisierung" - also die exklusive Orientierung an der eigenen Meinungsgruppe und die vehemente emotionale Ablehnung Anderer - vorliegt, stellt sich schnell ein Freund-Feind-Denken ein, welches die Legitimität der jeweils anderen Position und Gruppe dem Grundsatz nach bestreitet. Es kommt dann zu einem Kampf in sich hermetisch abgeschlossener kollektiver Identitäten, die sich wechselseitig ihre Existenzberechtigung absprechen. Mit einem solchen Antagonismus politischer Gruppen lässt sich schwer Demokratie machen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 20, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Donnerstag 16. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 54

Length: 216 words

Body

Stotternd lesen

Zu: "Schulen im Krisenmodus" vom 7. März

Als ehrenamtliche Lesehelferin sehe ich die Defizite bei den Kindern, die selbst in der 4. Klasse nur stotternd lesen und Inhalte nicht verstehen, weil unzureichende Deutschkenntnisse oder psychische Verhaltensauffälligkeiten infolge katastrophaler Familien- oder Fluchterfahrungen vorhanden sind. Seit der Einwanderung 2015 hätte man die Eltern der zugewanderten Kinder in die Pflicht nehmen müssen, denn in vielen Migrantenfamilien hat die Schule nicht den gleichen Stellenwert wie bei uns. Aber auch in hiesigen bildungsfernen Haushalten sind die Kinder nach Schulschluss sich selbst überlassen, ein Interesse seitens der Eltern oder des Alleinerziehenden am Schulalltag ihrer Kinder besteht kaum.

Ursula Thielemann, Hamburg

Nicht ministrabel

Zu: "Wo sind Lauterbachs Millionen?" vom 12. März

Chapeau! Ein Paradebeispiel für investigativen Journalismus, der notwendiger ist denn je. Lauterbach ist offensichtlich nicht ministrabel, er wird sich umgehend erklären müssen. Wer in einer offiziellen Bewerbung für eine Hochschulprofessur unrichtige Angaben macht, muss demissioniert werden. Der kreative Umgang mit Lebensläufen scheint eine Eintrittsvoraussetzung für diese Bundesregierung zu sein.

Dr. M. Kruse, Lingen

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 15, 2023

Leserbriefe

End of Document

Islamismus: Mit Niger fällt Europas letzter Joker; Das Land war ein verlässlicher Partner gegen Terror und illegale Migration. Der Putsch hat Berlin kalt erwischt

Die Welt

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 145

Length: 1053 words

Byline: Christian Putsch

Body

Kapstadt

Wenn zehn uniformierte Gestalten im Staatsfernsehen die Entmachtung des Präsidenten, die Aussetzung der Verfassung und die Schließung von Grenzen und Luftraum verkünden, dann heißt das nichts Gutes. So ist das in der Nacht zum Donnerstag im Niger geschehen. Erfahrungsgemäß sind die ersten 48 Stunden nach einem Putsch fluide, doch danach schwinden die Chancen auf ein Einlenken der Generäle rapide. Sie waren allerdings bereits am Donnerstagmittag äußerst gering. Da schloss sich die Armeeführung der Präsidentengarde an, die den Putsch angeführt hatte - "um eine tödliche Konfrontation zu vermeiden", wie es in einer Erklärung hieß.

Für Europa herrscht damit dramatische Gewissheit. Nach Mali, Burkina Faso, Guinea und dem Tschad ist der nächste Sahelstaat in die Militärdiktatur abgeglitten. Der Niger war der letzte verlässliche Partner in der Region im Kampf gegen den islamistischen Terror und illegale **Migration**. Am Donnerstagmittag sind die Hintergründe des Putsches immer noch unklar, ebenso wie mögliche Pläne für eine Rückkehr zur Demokratie oder die Position der Generäle zu den westlichen Truppen im Land. Immer wieder wird gemunkelt, dass der Sohn des ehemaligen Präsidenten Mahamadou Issoufou Machtambitionen haben könnte - er führte zuletzt bereits das einflussreiche Bergbauministerium. Die Ereignisse seit Mittwoch könnten schlicht das Resultat einer internen Intrige sein. Dem Putsch war zudem ein wochenlanger Streit um Gehälter und Pensionszahlungen von Soldaten vorangegangen.

Für den Westen steht besonders viel auf dem Spiel - er hat alle Karten in der instabilen Region auf das Land gesetzt, und dabei dessen Demokratiestabilität überschätzt. Niger kooperierte von 2016 an bei der Eindämmung illegaler Migration in Richtung des nördlichen Nachbarstaats Libyen. Schnell stieg die Nation gemessen an den Pro-Kopf-Leistungen zum größten Empfänger von EU-Entwicklungshilfe auf. Zahlreiche Hilfsorganisationen bauten dort ihre Präsenz aus.

Islamismus: Mit Niger fällt Europas letzter Joker Das Land war ein verlässlicher Partner gegen Terror und illegale Migration. Der Putsch hat Berlin kalt erwischt....

Auch militärisch ist Niger zum Schlüsselstaat geworden. Die USA haben rund 1100 Soldaten im Land. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich verlegte viele Truppen nach Niger, als diese nicht mehr in Mali und Burkina Faso erwünscht waren. Zahlreiche Journalisten zogen aus diesen Ländern nach Niger. Auch die Bundeswehr hat rund 100 Soldaten in Niger stationiert. "Alle Angehörigen des deutschen Einsatzkontingents MINUSMA und EUMPM mit Standort Niamey befinden sich in Sicherheit", teilte ein Sprecher des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr der WELT mit. Die Vorgänge stellen Deutschland auch mit Bezug auf den angelaufenen Abzug des Einsatzes in Mali vor Probleme. Erhebliche Teile der abgebauten Infrastruktur sollte über den Landweg zunächst in den Niger gebracht werden.

Die Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Niamey würden von einem sicheren Ort aus arbeiten, heißt es aus dem Auswärtigen Amt. Ein Sprecher erklärte: "Wir verurteilen den Versuch von Teilen des Militärs, die verfassungsmäßige Ordnung Nigers umzustoßen und fordern diese auf, den demokratisch gewählten Präsidenten Bazoum unverzüglich freizulassen." Man verfolge die Ereignisse "mit sehr großer Sorge".

Dazu trägt wohl auch die ohnehin angespannte Sicherheitslage im Niger bei. Sie hat sich in den vergangenen Jahren nicht so rasch verschlammert wie in Mali und Burkina Faso, was man durchaus als Leistung erachten kann. Aber die Bedrohung gefährdete das Land zunehmend. Im Südwesten wird ein dschihadistischer Aufstand bekämpft, der aus Mali herüberschwampte. Und im Südosten terrorisieren aus Nigeria stammende Islamisten ganze Landstriche. Mit gerade einmal 25.000 Soldaten ist die Armee deutlich kleiner als die der Nachbarländer - und der Aufgabe nicht gewachsen. Deshalb investierte Bazoum seit dem vergangenen Jahr im großen Stil in die Stärkung der eigenen Streitkräfte, strebte eine Verdoppelung an. Eine Anstrengung, die vom Westen durchaus nachvollziehbar unterstützt wurde - schließlich ist sie Voraussetzung, um langfristig das strukturschwache Staatsgebiet eigenständig verteidigen zu können.

Aber man hat offenbar neben den dünnen Pfeilern der Demokratie auch die eigenen Einflussmöglichkeiten überschätzt - und das damit einhergehende Risiko unterschätzt. "Unter den Putschisten befindet sich offenbar auch Brigadegeneral Barmou Batoure, der Chef der lokalen Spezialkräfte. Diese wurden über Jahre von Kampfschwimmern der Bundeswehr ausgebildet", schrieb "Spiegel"-Autor Matthias Gebauer auf Twitter. Ein aus Mali vertrautes Szenario. Der dortige Chef der Militärjunta, Assimi Goita, nahm vor seiner Machtergreifung gleich zweimal an militärischer Ausbildung in Deutschland teil. In diesen Tagen ist Goita einer von nur 17 afrikanischen Staatschefs beim Russland/Afrika-Gipfel in St. Petersburg.

Entsprechend dürfte Despot Wladimir Putin angesichts des Schadens für den Westen durchaus mit Wohlwollen auf die Entwicklung in Niger blicken. Frankreichs Einfluss in der Region droht auf den Senegal, die Elfenbeinküste und den Tschad zu schrumpfen. Und auch im Tschad, wo Frankreichs größte Militärbasis in Afrika ist, nimmt die antifranzösische Stimmung zu. Doch Ulf Laessing, Leiter des Regionalprogrammes Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung, geht "eher nicht" von einem direkten Zusammenhang zwischen Russland und den aktuellen Ereignissen in Niamey aus. "Entsprechende Desinformationskampagnen laufen jetzt auf Hochtouren, aber das ist kein typischer Klientelstaat für Russland. Es gab in Niger eine große Nähe zu Frankreich, das wäre ein enormer Kulturwechsel", sagt er.

Allerdings hoffen die aufständischen Generäle womöglich auf die Unterstützung der lokalen Bevölkerung. "Die Straße war auch in Niger zunehmend gegen Frankreich", sagt Laessing. Die Bevölkerung habe sich von den zahlreichen Militärkooperationen schnellere Erfolge gegen die Islamisten erwartet, was auch zu Kritik an Bazoum geführt habe. Und die Entwicklungsprojekte hätten noch nicht ausreichende Wirkung gezeigt. Stattdessen hätten die steigenden Lebensmittelpreise, höhere Mieten und Inflation das Leben eher schwieriger gemacht. "Die Leute haben immer gehört, dass Niger ein Stabilitätsanker ist", sagt Laessing, "aber sie selbst haben keine positiven Auswirkungen davon gespürt."

Wir fordern, Präsident Bazoum unverzüglich freizulassen Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes

Original Gesamtseiten-PDF

Islamismus: Mit Niger fällt Europas letzter Joker Das Land war ein verlässlicher Partner gegen Terror und illegale Migration. Der Putsch hat Berlin kalt erwischt....

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

In vier Bundesländern sind besonders viele Schulkinder arm; Erstmals schlüsselt eine Studie die Armutssquote nach Grundschulbezirken auf. Nordrhein-Westfalen und die Stadtstaaten sind besonders betroffen

Die Welt

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 115

Length: 999 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Über die Bildungsmisere von sozial unterprivilegierten Kindern ist in den vergangenen Jahren viel geschrieben worden. Nahezu jede Studie dazu zeigt, wie eng schulischer Erfolg an die Ausstattung des Elternhauses gekoppelt ist. Mit dem Startchancenprogramm will die Bundesregierung deshalb gezielt 4000 Schulen im sozialen Brennpunkt fördern - da, wo sich soziale Problemlagen ballen.

Bislang allerdings ist die Datenlage dazu höchst unvollständig. Einige Bundesländer haben bislang nicht einmal einen Sozialindex entwickelt, mit dem sich der Unterstützungsbedarf einzelner Schulen identifizieren lässt. Der Sozialwissenschaftler Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat diese Lücke nun gefüllt und eine Art Landkarte der armen Kinder vorgelegt. "Ich konnte in dieser Studie erstmals Daten der Bundesagentur für Arbeit verwenden, mit denen sich die Armutslagen für alle Grundschulbezirke Deutschlands auf einer einheitlichen Datengrundlage darstellen lässt", sagte Helbig WELT. Für die Messung von Bildungsbenachteiligung sei die Armutssquote von Kindern nach wie vor der treffsicherste Indikator - genauer jedenfalls als der **Migrationshintergrund**. "Setzt man alle anderen sozialen Faktoren konstant, hat der **Migrationshintergrund** allein keine große Auswirkung. Meist treten Armutslagen und ein hoher **Migrationsanteil** allerdings gemeinsam auf."

Für die Studie mit dem Titel "Eine faire Verteilung der Mittel aus dem Startchancenprogramm erfordert eine ungleiche Verteilung auf die Bundesländer" hat Helbig nun für die Einzugsbereiche aller 14.629 öffentlichen Grundschulen und Sekundarschulen mit Grundschulzweig die Kinderarmutssquote ausgerechnet. Erstmals können dadurch auf vergleichbarer Datenbasis Aussagen darüber getroffen werden, wie ungleich Kinderarmut an Deutschlands Schulen tatsächlich verteilt ist. Demnach liegen die meisten Schulen mit einem hohen Anteil armer Kinder in Nordrhein-Westfalen und in den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin. Eine Armutssquote von 30 Prozent überschreiten in Nordrhein-Westfalen 17,1 Prozent aller Grundschulen, in Hamburg 20,6, in Berlin 39,2 und in Bremen fast die Hälfte aller Grundschulen (47,4 Prozent). In Bayern und Baden-Württemberg haben nur 0,4

In vier Bundesländern sind besonders viele Schulkinder arm Erstmals schlüsselt eine Studie die Armutssquote nach Grundschulbezirken auf. Nordrhein-Westfalen und

beziehungsweise 0,8 Prozent aller Schulen Armutssquoten von über 30 Prozent. Mehr als 80 Prozent der Grundschuleinzugsgebiete haben hier eine Armutssquote von unter zehn Prozent.

Eine Zuweisung der Startchancenmittel nach dem üblichen Königsteiner Schlüssel sei der Problemstellung daher nicht angemessen, argumentiert Helbig. Dieser Schlüssel ist eine Berechnungsmethode, bei der die Länderanteile nach Steueraufkommen und Bevölkerungsgröße festgelegt werden. Helbig schlägt stattdessen vor, die Armutssquote als Grundlage der Mittelverteilung zu nehmen. "Die Verteilung der Gelder wäre ungleicher, aber fairer. Die Mittel würden die Schulen erreichen, die sie am dringendsten brauchen." In seinem Papier rechnet der Wissenschaftler vor, dass Baden-Württemberg bei einer Verteilung nach der Armutssquote dann nur knapp 20 Prozent der Mittel erhalten würde, die dem Land nach einer Berechnung auf Basis des Königsteiner Schlüssels zukämen; in Bayern wären es nur knapp elf Prozent. Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Sachsen-Anhalt erhielten dagegen deutlich mehr Mittel über eine armutsbasierte Zuweisung anstelle einer Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel. In Bremen liegen die Zuweisungen sogar dreimal so hoch.

Aus Sicht mancher Bundesländer dürfte dieses Papier eine Provokation sein - für Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hingegen ist es eine Bestätigung. Sie setzt sich schon seit Langem dafür ein, die Gelder aus dem Startchancenprogramm nach Sozialindizes zu vergeben statt nach dem üblichen Schlüssel. "Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte Verteilung der Gelder, damit sie wirklich den sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern zugutekommen. Das Prinzip Gießkanne muss der Vergangenheit angehören", sagte sie WELT. Forscher Helbig hofft, dass sein Papier eine Argumentationshilfe sein könne. "Ich würde mir daher wünschen, dass in den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern eine Einigung herauskommt, die näher an der Position des Bundesbildungsministeriums ist als an der Länderposition."

Die Länder hatten sich untereinander bisher nur auf einen minimalen Ausgleichsfaktor einigen können. Demnach sollen fünf Prozent in einen Solidarfonds gezahlt werden, von dem die ärmsten Bundesländer profitieren - der Rest soll nach Königsteiner Schlüssel verteilt werden. "Es war ein hartes Stück Arbeit, sich in der Kultusministerkonferenz auf einen Verteilschlüssel zu einigen. Die Schaffung eines Sozialfonds ist ein vernünftiger Kompromiss", hatte Hessens Kultusminister Alexander Lorz (CDU) damals gesagt. Auch in Bayern und Baden-Württemberg gebe es Brennpunktschulen, so Lorz. "Wir sollten den Grundsatzstreit über die Verteilung auf die Bundesländer daher beenden und lieber schauen, dass das Geld innerhalb der einzelnen Bundesländer an die Schulen kommt, die es brauchen."

Derzeit führen auch Bund und Länder Gespräche. Stark-Watzinger sagte WELT, man sei in "guten Verhandlungen" mit den Ländern. "Die Beweglichkeit der Länder hat zugenommen." Es gebe den gemeinsamen Willen, dass das Startchancenprogramm pünktlich zum Schuljahr 2024/25 starten kann." Für entscheidend erklärt sie, dass auch "frisches Geld von den Ländern" dazukomme. Hessens Kultusminister Lorz sagte WELT, die Gespräche seien ein "positives Zeichen", aber: "Trotz Annäherungen in einigen Teilbereichen bleiben wichtige Punkte vonseiten des Bundes allerdings noch offen und ungeklärt - wie die Finanzierung, die genaue Mittelverteilung oder die rechtliche Umsetzung." Die Länder benötigten "endlich verbindliche Aussagen, um jetzt weiterzukommen". Im Hinblick auf ein für den 23. Juni angesetztes Gespräch zwischen Stark-Watzinger und den Kultusministern erwarte man sich hierzu "belastbare Aussagen".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 15, 2023

Deutschland braucht einen Adenauer; Unter dem legendären Bundeskanzler wurden Moral und Realpolitik noch zusammen gedacht. Heute ist Deutschland strategisch ein Zwerg. Sagt der Historiker Frank Trentmann

Die Welt

Freitag 8. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Kultur; S. 18; Ausg. 239

Length: 1339 words

Byline: Wolf Lepenies

Body

Aus der "deutschen Angewohnheit, sämtliche sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme in moralische Fragen zu verwandeln", hat der Historiker Frank Trentmann die Konsequenz gezogen. In seinem mehr als 1000 Seiten umfassenden Buch "Aufbruch des Gewissens. Eine Geschichte der Deutschen von 1942 bis heute" stellt er "die Moral in den Mittelpunkt des deutschen Wandels der letzten achtzig Jahre" und setzt sich mit der "unausweichlichen Frage" auseinander: "Was bedeutet es, nach Hitler Deutscher zu sein?"

Schuldbelastet gilt Deutschland mit seiner Aufarbeitung der Vergangenheit in vielen Teilen der Welt als Vorbild, die nationale Sühne, so Trentmann, ist zu einem "Gegenstand staatsbürgerlichen Stolzes geworden". Als Akt der Sühne wurde von vielen auch die Aufnahme einer halben Million von Flüchtlingen im Herbst 2015 empfunden, jetzt aber reagierte das Ausland nicht mehr nur mit Bewunderung, sondern auch mit dem Vorwurf, Deutschland wolle durch seinen "moralischen Imperialismus" die europäischen Nachbarn beschämen.

1965 in Hamburg geboren, wurde Trentmann nach Studien an der London School of Economics und in Harvard Professor für Geschichte am Birkbeck College der University of London. Mit der Arbeit für sein Buch begann er im Flüchtlingsherbst 2015, er schloss das Manuskript im Herbst 2022 ab, als Bundeskanzler Olaf Scholz auf den Einfall Wladimir Putins in die Ukraine mit der Ausrufung einer "Zeitenwende" reagierte.

Trentmann bezeichnet sich selbst als "Emigranten", er nimmt zu Recht für sich in Anspruch, Außen- und Innensicht auf die deutsche Geschichte, die bis 1989 Geschichte der Bundesrepublik und der DDR war, miteinander zu verbinden. Sein Buch hat er auf Englisch geschrieben, "Out of the Darkness" heißt das Original. Übersetzerinnen haben es in ein flüssig lesbaren Deutsch übertragen.

Der Chronologie folgend, erzählt Trentmann achtzig Jahre deutscher Geschichte, er will verstehen und erklären, nicht urteilen. Er verzichtet auf eine Auseinandersetzung mit der Fachliteratur, die er natürlich kennt, von der er sich aber selbstbewusst unterscheidet, weil er mit der "Erfolgsgeschichte, an die wir uns gewöhnt haben" brechen will.

Deutschland braucht einen Adenauer Unter dem legendären Bundeskanzler wurden Moral und Realpolitik noch zusammen gedacht. Heute ist Deutschland strategisch ein

Trentmann spielt dabei auf Bücher an, in denen die Verwestlichung und Liberalisierung Deutschlands als Ausgang aus den Irrungen des deutschen "Sonderwegs" gefeiert wird.

Auch wenn der Vorwurf, die Geschichte teleologisch zu deuten, den Maßstab setzenden Büchern von Hans-Ulrich Wehler , Heinrich August Winkler und Ulrich Herbert nicht gerecht wird, gelingt es Trentmann, mit der Orientierung an moralischen Überzeugungen und Konflikten neue Akzente zu setzen. Von jeder "Moralisierung" hält er sich dabei frei und findet die Verbindung von Moral und Realpolitik in der Frühzeit der Bundesrepublik besonders beeindruckend: "Moral und Realpolitik werden oft als Kontrahenten gesehen, doch im Deutschland der Adenauerzeit gingen sie ein symbiotisches Verhältnis ein und arbeiteten gemeinsam daran, das neue Land in den Westen zu integrieren."

"Lohn der Sünde", "Die moralische Wende", "Schuld und Scham", "Nach innen gewandte Schuld" heißen Kapitel in Trentmanns Buch. Die für den moralischen Haushalt der Deutschen typische Mischung von Mitleid und Selbstmitleid illustriert er an einem verstörenden Beispiel: 1957 wurde in Nürnberg ein Mahnmal für die Opfer der alliierten Bombenangriffe errichtet. Die Steine dafür stammten aus den Trümmern der 1938 zerstörten Synagoge, Informationen dazu wurden in den Grundstein eingefügt: "Das Schicksal der Juden wurde buchstäblich in einem Mahnmal für die deutschen Opfer begraben."

Als chronologische Schwerpunkte wählt Trentmann Perioden der deutschen Nachkriegsgeschichte, in denen die Bürger vor schwierigen moralischen Herausforderungen standen oder sich zu moralischem Engagement besonders verpflichtet fühlten. Dazu gehörten die Judenverfolgung und das Flächenbombardement deutscher Städte, Wiedergutmachung und Lastenausgleich, Täterjustiz und Opfergerechtigkeit, Flüchtlingsaufnahme und Gastarbeiterpräsenz, Remilitarisierung und Nachrüstung, Ostpolitik und Westbindung, Anti-Atom-Kampagne und Umweltprotest.

Im Deutschland der Gegenwart verstärkt sich der Moralisierungsdruck. Die Covid-, Migrations- und Klimakrisen, der Krieg in der Ukraine und der erneut aufgeflamme Nahost-Konflikt spalten die deutsche Gesellschaft in zwei Lager, die sich beide durch hohe moralische Selbstsicherheit auszeichnen, die Kultur des Kompromisses droht verloren zu gehen.

Besonders beeindruckend in Trentmanns "Aufbruch des Gewissens" ist der weit gefasste, an Details reiche Rückgriff auf Primärquellen, wie sie der Autor selbst beschreibt: "Sie reichen von staatlichen Dokumenten und Nachlässen von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden über private Briefe und Tagebücher, Eingaben und Boykottaufrufe, Gerichtsakten und Schuldenstatistiken bis hin zu Aufsätzen von Kindern, Theaterstücken und Filmen". Diese Primärquellen zeigen, wie sich moralische Herausforderungen für die ganze Gesellschaft in individuellen Schicksalen spiegeln. Drei Beispiele:

Der 17-jährige Reinhold Reichardt meldet sich zur Zeit der deutschen Blitzsiege zur Wehrmacht, wird eingezogen als sich in Stalingrad bereits die Niederlage Deutschlands abzeichnet, wird in Russland Zeuge schlimmer Kriegsverbrechen und fühlt sich den "primitiven Russen" gegenüber dennoch überlegen: "Was aus diesem solipsistischen Gefühl der moralischen Überlegenheit wurde", schreibt Trentmann, "ist ein Hauptthema dieses Buches".

Die DDR-Autorin Brigitte Reimann schildert in ihrem 1961 erschienenen sozialistischen Bildungsroman "Ankunft im Alltag" den Weg, der Jugendliche nach vielen Irrungen und Wirrungen in den Sozialismus führt. Reimanns Roman begründete die sogenannte "Ankunftsliteratur", in ihr zeigen sich für Trentmann "die vielen Moralitäten der DDR".

Die 15-jährige Hamburgerin Christiane Pahl nahm 1962 an einem Volksbundjugendlager in Nordfrankreich teil. Auf einem Soldatenfriedhof half sie, die Gräber von Unkraut zu befreien. Nicht alles im französischen Alltag und in der französischen Kultur gefiel ihr, doch als Charles de Gaulle im September 1962 Hamburg besuchte, jubelte sie mit Tausenden "Vive de Gaulle, vive La France" und wählte als Motto für einen Aufsatz: "Es lebe die deutsch-französische Freundschaft". Das Beispiel der Hamburger Schülerin zeigt, wie tief verankert die deutsch-französische Aussöhnung durch die Politik Adenauers und de Gaulles geworden war. Der moralische Kredit Nachkriegsdeutschlands würde durch diese Politik entscheidend wachsen.

Deutschland braucht einen Adenauer Unter dem legendären Bundeskanzler wurden Moral und Realpolitik noch zusammen gedacht. Heute ist Deutschland strategisch ein

Trentmanns Buch liefert keine überraschenden Erkenntnisse, die es nötig machten, die Geschichte Nachkriegsdeutschlands neu zu schreiben. Aber er hat gezeigt, dass man diese Geschichte auf neue Weise erzählen kann, wenn man sie in der Perspektive moralischer Verfehlung und moralischer Läuterung betrachtet. In seinem Nachwort betont Trentmann, dass Zugewinne an Moral auch Verluste mit sich bringen können: "Dass sie gelernt haben, die Verantwortung für ihre früheren Verbrechen zu übernehmen, hat die Deutschen vergessen lassen, Verantwortung hier und heute zu übernehmen."

Deutschland verfügt über keine Sicherheitsstrategie - weder im militärischen noch im wirtschaftlichen Bereich. Der Wirtschaftsriese, schreibt Trentmann, ist ein strategischer Zwerg, der sich bis heute vor der Einsicht scheut, dass "der hohe Anteil am internationalen Handel nicht nur große Vorteile, sondern auch große Risiken mit sich bringt".

Deutschland hat, schließt Frank Trentmann, ein beträchtliches moralisches Kapital angesammelt: "Die Zukunft des Landes wird davon abhängen, ob es sich als stark genug erweist, um das wirtschaftliche Kapital des Landes neu auszurichten". "It's the economy, stupid!" Die Moral hat ihre Schuldigkeit getan.

Frank Trentmann: "Aufbruch des Gewissens. Eine Geschichte der Deutschen von 1942 bis heute" . Aus dem Englischen von Henning Dedekind, Franka Reinhart, Karin Schuler, Heide Lutosch und Sabine Reinhardus. S. Fischer, 1020 Seiten, 48 Euro

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Vierzehn Jahre regierte Konrad Adenauer (M. mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano) von 1949 an

Load-Date: December 7, 2023

End of Document

Ein Baby ohne Russland-Makel; Mehr als 10.000 russische Frauen reisten allein 2022 in Argentinien ein, um dort ihr Baby zur Welt zu bringen. Den Eltern geht es um den künftigen Reisepass ihres Kindes

Die Welt

Montag 20. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 36

Length: 875 words

Byline: Pavel Lokshin

Body

Eigentlich sind die Beziehungen zwischen Russland und Argentinien gut - trotz der russischen Ukraine-Invasion. Das Land weigerte sich, Russland-Sanktionen einzuführen. Die Beziehungen der beiden Länder hätten "die Prüfung der Zeit" überstanden, lobte Ende vergangenen Jahres der russische Botschafter in Buenos Aires. Zum Sieg bei der Fußball-WM gratulierte Wladimir Putin dem argentinischen Präsidenten Alberto Fernández persönlich in einem Telefonat. Doch für Buenos Aires hat die russisch-argentinische Freundschaft dennoch Grenzen.

Vergangene Woche verlor Florencia Carignano, die Chefin der argentinischen **Migrationsbehörde** die Geduld. "Wir können ihnen nicht erlauben, uns schamlos anzulügen. Sie sagen, dass die Touristen sind, doch das sind sie nicht", sagte Carignano in einem Fernsehinterview. Gemeint sind 33 schwangere Russinnen, die vergangenen Donnerstag auf einem einzigen Flug in Buenos Aires landeten. Einigen wurde die Einreise verweigert. Sie alle befanden sich laut der **Migrationsbehörde** zwischen 32. und 34. Schwangerschaftswoche, die Geburt steht also kurz bevor. Der wahre Zweck der Einreise ist unmissverständlich: In Argentinien das Kind gebären. Es bekommt unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Eltern per Geburtsortprinzip automatisch die argentinische Staatsbürgerschaft. Die russische kann beim Konsulat in Buenos Aires beantragt werden. Die Eltern haben sofort Anrecht auf eine Aufenthaltserlaubnis - und eine gute Einbürgerungsperspektive in Argentinien.

Im vergangenen Jahr seien laut Carignano mehr als 10.000 schwangere Russinnen nach Argentinien eingereist, 7000 von ihnen reisten nach der Geburt des Kindes wieder aus, während ihre Anwälte mit der Beantragung der Staatsbürgerschaft für das Kind betraut wurden. Schätzungen zufolge könnte im vergangenen Jahr in Buenos Aires fast ein Viertel der Neugeborenen von Russinnen auf die Welt gebracht worden sein. Was nun in Argentinien passiert, ist nur die Zusitzung einer langen Entwicklung. Seit Jahren bieten russische Firmen ihre Dienste Eltern an, die ihrem Kind im Schnellverfahren die Staatsbürgerschaft eines entwickelten Landes ermöglichen wollen, ohne Auswanderung, mühevolle Integration und Spracherwerb, einfach durch das Geburtsortprinzip. Jetzt, nach der russischen Invasion der Ukraine, sind West-Pässe umso beliebter geworden. Der russische Reisepass gilt vor

Ein Baby ohne Russland-Makel Mehr als 10.000 russische Frauen reisten allein 2022 in Argentinien ein, um dort ihr Baby zur Welt zu bringen. Den Eltern geht es u....

allem in vielen europäischen Ländern als toxisch. Länder wie Finnland, früher willkommenes Shopping- und Urlaubsziel für die russische Mittelschicht, stellen Russen keine Kurzzeitvisa mehr aus.

Früher, vor Pandemie und Russlands Ukraine-Invasion, war der US-Bundesstaat Florida ein beliebter Ort für Geburtstourismus. Damals sprachen US-Medien wie NBC von einem "Baby-Boom in Miami". Ab umgerechnet 50.000 Euro gaben reiche Russen für das Privileg aus, vom 14. Zusatzartikel der US-Verfassung zu profitieren: Alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren wurden, sind qua Geburt US-Bürger.

Nach dem russischen Angriff auf das Nachbarland scheint sich der Fokus verschoben zu haben: Ein US-Visum können Russen praktisch nicht mehr in Russland beantragen, die Wartezeit beim Konsulat beträgt mehr als ein Jahr. Also werden Länder attraktiv, die visafreie Einreise ermöglichen und zugleich die Staatsbürgerschaft für Kinder nach dem Geburtsortprinzip. Dazu gehört neben Argentinien auch Chile.

Die Kosten sind hoch, aber für vermögende Russen gut zu tragen, die für ein "golden visa" in der EU wie in Portugal oder Italien wiederum nicht vermögend genug sind. Sie müssen den Bruchteil einer sechsstelligen Investition tragen, die in manchen EU-Ländern für eine Niederlassungserlaubnis der Familie nötig ist - und das ohne Sofort-Staatsbürgerschaft für ein Kind. Die Firma "Chilekids" wirbt mit "161 Ländern ohne Visum für ihr Kleines" inklusive Schengen-Gebiet, die Gesundheitsversorgung sei "auf dem Niveau der USA", und was Sicherheit vor Kriminalität angeht, sei die Lage sogar besser. Vermittlungsdienste gibt es ab umgerechnet 5700 Euro, insgesamt kostet ein zweimonatiger Aufenthalt für die werdenden Eltern mit allen medizinischen Kosten, Unterkunft und Flug umgerechnet etwa 20.000 Euro. Bei "RuArgentina" sind umgerechnet 5100 Euro für das "Economy-Paket" zu zahlen. Das "VIP-Paket" mit unbegrenzter Beratung rund um die Uhr, persönlicher Assistenz und Abholung am Flughafen kostet ab 15.000 Euro, zuzüglich Unterkunft, Flug und Krankenhausrechnung.

Die Chefin der argentinischen Migrationsbehörde Florencia Carignano nannte "RuArgentina" nun eine "Mafia-Organisation". Argentinien sei offen für Einwanderer, die im Land eine "bessere Zukunft" suchen, aber nicht für Leute, die nur an dem argentinischen Pass interessiert sind. Dieser sei ein Privileg, um das man sich bemühen müsse. Das sei man den 173 Staaten schuldig, die Argentiniern die visafreie Einreise ermöglichen. Föderale Ermittlungsbehörden würden sich um die Vorfälle kümmern, kündigte Carignano an. Ob der Geburtstourismus aber gegen das Gesetz verstößt, ist zumindest strittig: Das bilaterale Abkommen über Visafreiheit zwischen Russland und Argentinien sieht ein Visum für Aufenthalte über 90 Tagen sowie für "Arbeitsaufnahme oder kommerzielle Tätigkeit" vor. "Geburt" fällt nicht darunter.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 19, 2023

Faesers Visa-Plan und die Möglichkeit zum Asyl; Hilfe für Erdbeben-Opfer: Innenministerin will Türken und Syrern schnell Aufenthalt hierzulande ermöglichen

Die Welt

Mittwoch 15. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 33

Length: 934 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Als in der Türkei und in Syrien die Erde bebte und Zehntausende in den Tod riss, dauerte es nicht lange, bis die Bundesrepublik professionelle Helfer schickte und finanzielle Unterstützung zusagte. So wurde es auch bei anderen humanitären Notlagen in fernen Weltregionen gehandhabt, weil der im internationalen Vergleich große Wohlstand und die gut organisierten Hilfskapazitäten in Deutschland auch eine ethische Verpflichtung zur Hilfe für Notleidende darstellen.

Doch bei dieser Katastrophe plant die Bundesregierung ein zusätzliches Instrument, mit dem einigen Betroffenen geholfen werden soll. Und zwar, indem sie nach Deutschland kommen dürfen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte eine zügige Vergabe von Visa für solche Erdbeben-Opfer an, die Familienangehörige in Deutschland haben; etwa Enkel, Großeltern oder Geschwister. Verwandte dritten Grades, also Onkel oder Nichten, wird die Einreise nicht ermöglicht.

Wie das Bundesinnenministerium WELT erläutert, handelt es sich um Visa, die den Aufenthalt für drei Monate erlauben und den "betroffenen Personen eine vorübergehende Aufnahme bei Familienangehörigen in Deutschland ermöglichen". Auch sollen die hier lebenden Angehörigen für den Unterhalt der Erdbeben-Opfer sorgen, dafür müsse das "aufnehmende Familienmitglied eine Verpflichtungserklärung abgegeben haben". Zudem müssen die "Antragsteller die Absicht haben, Deutschland innerhalb der Gültigkeitsdauer des Visums wieder zu verlassen".

Wie vielen Angehörigen es mit diesen Visa tatsächlich gelingt, nach Deutschland zu kommen ist ungewiss, da solche Prozesse wegen der Prüfungen in den Botschaften meist schleppend verlaufen. In den Botschaften und Konsulaten in Krisenregionen übersteigt die Nachfrage nach Visa für Familiennachzug, Besuche bei Auswanderern, für Studium oder Ausbildungen bei Weitem die Bearbeitungskapazität des Personals. Es müssen Dokumente geprüft und Sicherheitschecks gemacht werden. Das dafür zuständige Auswärtige Amt versprach im Falle der Erdbeben-Opfer aber eine möglichst unkomplizierte Bearbeitung.

Faesers Visa-Plan und die Möglichkeit zum Asyl Hilfe für Erdbeben-Opfer: Innenministerin will Türken und Syrern schnell Aufenthalt hierzulande ermöglichen

Doch unabhängig davon gibt es gute Chancen auf einen dauerhaften Verbleib in Deutschland. Denn trotz der Begrenzung der Visa auf drei Monate darf jedes Erdbeben-Opfer einen Asylantrag in Deutschland stellen, wie das Bundesinnenministerium gegenüber WELT klarstellt. Angehörige aus Syrien, die hier Asylanträge stellen, würden dann wohl bis auf wenige Sonderfälle anerkannt, ebenso wie solche Syrer, die in der Türkei lebten. Dazu erklärt das Ministerium zwar lediglich allgemein, dass im Asylverfahren immer der Einzelfall entscheidet. Doch seit Jahren werden fast alle Syrer, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, anerkannt - unabhängig davon, ob sie schon längere Zeit in der Türkei gelebt hatten. Türkische Erdbeben-Opfer, die nach Ablauf der Visa nicht zurückkehren möchten und Asylanträge stellen, würden wohl überwiegend abgelehnt, zumindest ist das bei drei Viertel der türkischen Asylbewerber der Fall. Doch rückgeführt wird nur ein kleiner Teil der abgelehnten Asylbewerber aus der Türkei, ob dies ausgerechnet bei Erdbeben-Opfern häufiger gelingen würde, ist unwahrscheinlich. Laut Bundesinnenministerium sollen aber auch in solchen Fällen, in denen die per Visa eingereisten Betroffenen Asylanträge stellen, die Angehörigen weiter für sie sorgen: "Eine Verpflichtungserklärung erlischt vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren ab Einreise des Ausländers nicht", auch nicht durch eine Anerkennung im Asylverfahren, teilt ein Sprecher mit.

Das letzte Mal, als solche Verpflichtungserklärungen in größerem Stil abgegeben wurde, lief es ganz anders als geplant. Seit 2013 ermöglichen fast alle Bundesländer die Aufnahme von syrischen Kriegsflüchtlingen per Visum, sobald Privatpersonen oder religiöse Gruppen eine Verpflichtungserklärung unterschrieben. Das taten auch mindestens 20.000 "Flüchtlingsbürgen", viele waren dann aber überrascht, als sie hohe Rechnungen, etwa von den Arbeitsagenturen erhielten, die manchmal 100.000 Euro überstiegen. Um die unerwartet hohe finanzielle Belastung der Bürgen zu begrenzen, wurden zunächst die Kosten für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt, Pflegebedürftigkeit und Behinderung von den Verpflichtungserklärungen ausgenommen. Letztlich befreiten Bund und Länder die Bürgen auch von der Übernahme der Kosten für den Lebensunterhalt, vor allem weil die hilfsbereiten Menschen nur unzureichend über die anfallenden Summen im Falle von Arbeitslosigkeit der Flüchtlinge informiert worden waren. Auch war oft die Solvenz der Bürgen nicht ausreichend geprüft worden.

Insgesamt ist die humanitäre Zuwanderung über solche legalen Wege nach Deutschland immer noch relativ gering, obwohl die Ampel-Regierung sie deutlich forciert. Vor allem ist hier das Aufnahmeprogramm für Afghanen, die einmal für deutsche Regierungsstellen oder Hilfsorganisationen tätig waren, zu nennen. Auch setzte sich Innenministerin Faeser für eine stärkere legale Umverteilung von in Italien und Griechenland ankommenden Asylsuchenden ein.

Bei all diesen legalen humanitären Zuwanderungswegen, ebenso wie bei der weitaus häufigsten Variante, der irregulären Zuwanderung, geht es immer um die tatsächliche oder behauptete Bedrohung durch Verfolgung oder Krieg. Naturkatastrophen oder extreme Armut waren bisher keine Phänomene, denen die Bundesrepublik mit der Unterstützung einiger Opfer auf dem eigenen Staatsgebiet begegnete. Über den erwarteten Umfang der neuesten Maßnahme, nämlich der Visa für Erdbeben-Opfer mit hiesigen Angehörigen, drang bisher noch nichts an die Öffentlichkeit.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 14, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++
Wegen Verbreitung von Judenhass: Razzien in Bayern ++ Urteil: Reichsbürger bekommt keine Rente ++ Außenpolitik ++ Mögliche Geisel-Freilassung: Netanjahu sieht "Fortschritte" ++ Volker Beck: Scharfe Kritik an Guterres ++ Von Deutschland: Weitere Militärhilfe für Ukraine ++
Finnland/Russland: Streit über Migranten an der Grenze ++ Wissen ++ Vergleich zu vorindustrieller Zeit: Temperatur zwei Grad höher ++ Geklonte Haustiere: Labor-Hund für 90.000 Euro ++ Wirtschaft und Geld ++ Flughafen München: Rückführung immer teurer ++ Arbeitsmarkt: Ukraine verliert Facharbeiter ++ Bundesgerichtshof stützt Mieter: Teil-Unter Vermietung erlaubt ++ EU-Kommission: Kampf gegen Verpackungen ++ Tag an der Börse: Wenig Bewegung beim Dax ++ Sport ++ Eishockeyspieler: Seidenberg wegen Dopings gesperrt ++ Tschechien: Fußball-Nationalcoach tritt zurück ++ Mit nur 16 Jahren: Sportgymnastik-Talent gestorben ++ Kultur und Gesellschaft ++ Symbolik: Geschichte des Palästinensertuchs ++ Deutsche Geschichtsserie: "Die Kaiserin" gewinnt Emmy ++ Kunstmagazin "Monopol": Genzken einflussreichste Künstlerin ++ Hamburger Klinik: 18-Jährige entführt Baby ++ Gerichtsvollzieher in NRW: Mit Schutzwesten und Pfefferspray

Die Welt

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 227

Length: 2748 words

Body

Innenpolitik

Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....

Mehrheit befürchtet falsche Anreize

Zum Jahresanfang 2024 steigt das Bürgergeld für mehr als fünf Millionen Menschen im Durchschnitt um rund zwölf Prozent. Nun fürchten 64 Prozent der Bevölkerung, dass der Anreiz wächst, nicht arbeiten zu gehen. Das geht aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Magazins "Stern" hervor. Besonders kritisch sehen die Bürgergeld-Erhöhung die Anhänger der AfD und der Union. 86 beziehungsweise 78 Prozent von ihnen meinen, es könnte sich deswegen kaum noch lohnen, einem Job nachzugehen. Auch unter den Wählern der FDP (60 Prozent) und der SPD (54 Prozent) überwiegt die Befürchtung, dass der Anreiz zu arbeiten sinkt. Lediglich die Anhänger der Grünen teilen diese Auffassung mehrheitlich nicht.

Integrationspolitik

CSU für härteren Kurs

Leitkultur, Obergrenze, mehr Bildungs- und Wertevermittlung, keine Auslandsfinanzierung für Moscheen, harte Sanktionen gegen Antisemiten: In einem betont konservativen Positionspapier fordert die CSU im bayerischen Landtag ein Umdenken für die Integrationspolitik in Deutschland. Der Entwurf des Papiers greift dabei viele Punkte auf, die die CSU von Parteichef Markus Söder in den vergangenen Jahren zur Migrationspolitik vertreten hat. "Wir müssen Integration völlig neu denken - denn Islamismus und Antisemitismus auf unseren Straßen zeigen, dass wir hier mit dem Multi-Kulti-Kuschelkurs von Rot-Grün gescheitert sind", sagte der CSU-Fraktionschef im Landtag, Klaus Holetschek. Einen Gastbeitrag zur Migration lesen Sie auf Seite 7.

Wegen Verbreitung von Judenhass

Razzien in Bayern

Die Verdächtigen sollen den Terrorangriff der Hamas auf Israel gefeiert und Hass auf Juden verbreitet haben: Bayerische Behörden sind mit einer Razzia in zehn Städten und Landkreisen gegen mutmaßliche Antisemiten vorgegangen. Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchten Wohnungen und Räumlichkeiten von 17 Beschuldigten, die Judenhass verbreitet haben sollen. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um zwei Frauen und fünfzehn Männer im Alter zwischen 18 und 62 Jahren. Die Einsatzkräfte vernahmen die Beschuldigten und beschlagnahmten Beweismittel, darunter Mobiltelefone und Laptops, wie das LKA mitteilte. Sie sollen sich in sozialen Netzwerken volksverhetzend geäußert, Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen verwendet oder Straftaten gebilligt haben.

Urteil

Reichsbürger bekommt keine Rente

Ein brandenburgischer Reichsbürger mit Fantasieausweis muss vorerst auf seine Rente verzichten. Es sei nicht zu beanstanden, wenn die Identität eines Zahlungsempfängers "anhand eines gültigen Ausweispapiers eines tatsächlich existierenden Staates überprüft" werde, entschied das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg. Rentenleistungen seien personengebundene Ansprüche und müssten nicht voraussetzungslos ausgezahlt werden. Der 65-Jährige habe es selbst in der Hand, durch Vorlage eines gültigen Personaldokuments kurzfristig für eine Wiederaufnahme der Rentenzahlungen zu sorgen, betonte das Gericht. Der Mann wollte den Angaben zufolge durchsetzen, dass seine Rente ohne gültige Personaldokumente und ohne Bankkonto gebührenfrei in bar ausgezahlt wird. Er vertrete die Auffassung, Staatsangehöriger eines "Freistaats Preußen" und kein Deutscher im Sinne des Grundgesetzes zu sein, hieß es.

Außenpolitik

Mögliche Geisel-Freilassung

Netanjahu sieht "Fortschritte"

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....

Bei den Verhandlungen um die Freilassung der von der radikal-islamischen Hamas verschleppten Geiseln kommt die israelische Regierung nach eigenen Angaben voran. "Wir machen Fortschritte. Ich denke, es ist nicht sinnvoll, zu viel zu sagen", sagte Regierungschef Benjamin Netanjahu am Dienstag beim Besuch eines Militärstützpunkts im Norden des Landes. Er hoffe, dass es bald "gute Nachrichten geben wird", fügte Netanjahu hinzu. Zuvor hatte bereits ein Sprecher des katarischen Außenministeriums erklärt, bei den Verhandlungen sei eine Einigung "so nah wie nie zuvor". Auch Hamas-Chef Ismail Hanijeh gab in Onlinenetzwerken an, dass ein Abkommen für eine Waffenruhe mit Israel in Sicht sei. Zuvor hatten die israelische Nachrichtenseite "Ynet" sowie lokale Medien im Gaza-Streifen unter Berufung auf die Hamas Einzelheiten zu einem möglichen Geisel-Deal bekannt gegeben. Das Abkommen sehe die Freilassung von 50 Geiseln, darunter auch Ausländer, sowie eine fünftägige Kampfpause im Gaza-Streifen vor, Israel soll demnach im Gegenzug 300 weibliche und minderjährige palästinensische Häftlinge aus Gefängnissen entlassen. Die im Gaza-Streifen festgehaltenen Geiseln sollen den Angaben zufolge schrittweise freigelassen werden - jeden Tag zehn Menschen. Einen Kommentar finden Sie auf Seite 7.

Volker Beck

Scharfe Kritik an Guterres

Der Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft, Volker Beck, hat den Generalsekretär der Vereinten Nationen scharf angegriffen. Antonio Guterres hatte im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt in einem Tweet behauptet, man habe Tötungen von Zivilisten gesehen, die ohne Beispiel seien in irgendeinem Konflikt innerhalb seiner Amtszeit. Wer angesichts von 500.000 Toten in Syrien behauptete, das sei im Gaza-Krieg jetzt alles schlimmer, "der hat entweder ein Problem mit den Grundrechenarten, oder er ist aufgrund von Gedächtnisproblemen nicht mehr fit für den Job", sagte Beck dem TV-Sender WELT. "Das ist einfach nur noch Hetze." Die Welt brauche keinen UN-Generalsekretär, "der in diesem Konflikt letztendlich noch Öl ins Feuer gießt".

Von Deutschland

Weitere Militärhilfe für Ukraine

Zum zweiten Mal seit seinem Amtsantritt im Januar ist Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) zu Besuch in Kiew. Mit Militärhilfen im Gepäck: In dem Paket im Wert von 1,3 Milliarden Euro enthalten sind unter anderem vier weitere Luftabwehrsysteme vom Typ Iris T-SLM sowie Artilleriemunition. Es ist die dritte Tranche an Iris-T-Systemen, die Deutschland seit Beginn des Krieges an die Ukraine liefern will. Über den aktuellen Versuch der ukrainischen Streitkräfte, sich dauerhaft am südlichen Dnipro-Ufer festzusetzen, lesen Sie auf Seite 5.

Finnland/Russland

Streit über Migranten an der Grenze

Eisige Stimmung im Nordosten Europas: Finnland hat vier Grenzübergänge nach Russland geschlossen, nachdem in wenigen Wochen Hunderte Asylbewerber aus Afrika und dem Nahen Osten über diese Grenze gekommen waren. Helsinki hat den Verdacht, dass Moskau die Menschen bewusst nach Finnland abdrängt - aus Rache für den finnischen Nato-Beitritt. Das russische Außenministerium nennt die Vorwürfe "russophob", es bestellte den finnischen Botschafter ein. Mehr über die Lage an der finnisch-russischen Grenze lesen Sie auf Seite 5.

Wissen

Vergleich zu vorindustrieller Zeit

Temperatur zwei Grad höher

Erstmals seit Aufzeichnungsbeginn hat die weltweite Durchschnittstemperatur eines Tages mehr als zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau gelegen. Der EU-Klimawandeldienst Copernicus bestätigte, dass die Temperatur am 17. November nach vorläufigen Daten den Durchschnitt des Zeitraums von 1850 bis 1900 für diesen Tag um 2,06 Grad übertroffen habe. Im Vergleich zur Zeit von 1991 bis 2020 lag die Temperatur für den Tag demnach um

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....

1,17 Grad höher. Zugleich betonte Copernicus: "Es ist wichtig klarzustellen, dass dies keinen Verstoß gegen das Pariser Abkommen darstellt, sondern unsere Nähe zu den international vereinbarten Grenzwerten unterstreicht." Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Geklonte Haustiere

Labor-Hund für 90.000 Euro

Ob Hund oder Katze: Die Liebe zum Haustier ist oft groß - und ihr Tod für die Besitzer ein schmerzhafter Verlust. Als Trost bieten Firmen an, den Vierbeiner zu klonen. Hierzulande ist das zwar nicht erlaubt, aber auch deutsche Besitzer haben schon einen geklonten Zwilling ihres geliebten Tieres erschaffen lassen: Bulldogge Marlon sorgte als erster Klon-Hund 2018 für Aufregung. Wie der Klonprozess im Labor funktioniert, erklärt die Leiterin des Instituts für Nutztiergenetik am Friedrich-Loeffler-Institut Claudia Klein. Das Verfahren ist nicht nur teuer, sondern auch problematisch. Den Bericht finden Sie auf Seite 8.

Wirtschaft und Geld

Flughafen München

Rückführung immer teurer

Für den Betreiber wird die Rückführung eines in München gestrandeten Aeroflot-Fliegers immer teurer. Das geht aus Einschätzungen des Flughafens München hervor, an dem der Airbus seit Beginn des Ukraine-Krieges steht. So liege allein die Strafgebühr mittlerweile bei 270.000 Euro, voraussichtlich werden vor einer möglichen Überführung des Flugzeugs weitere Ausgaben für Reparaturen fällig. Aktuell plant die irisch-chinesische Firma CMB Financial Leasing eine Auslösung der Maschine. Warum die Gesellschaft die hohen Kosten in Kauf nehmen wird, lesen Sie auf Seite 10.

Arbeitsmarkt

Ukraine verliert Facharbeiter

Auf die Ukraine kommt ein Problem zu. Es können kaum noch junge Männer für die Front eingezogen werden. Nun kommt die Generation dran, die die Wirtschaft des Landes am Laufen hält. Das Durchschnittsalter der Armee steigt von Anfangs 30-33 auf 43 Jahre. Selbst Rentner stehen an der Front. Für den Arbeitsmarkt im Land und einen möglichen Wiederaufbau nach dem Krieg ist der Schaden immens. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 11.

Bundesgerichtshof stützt Mieter

Teil-Untervermietung erlaubt

Ein Mieter darf grundsätzlich Teile seiner Wohnung untervermieten, um damit seine Mietkosten zu verringern. Das sei als berechtigtes Interesse zu werten und damit zulässig, hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe in einem Beschluss bekräftigt. Es sei außerdem nicht relevant, ob der Mieter die Wohnung als Haupt- oder Nebenwohnsitz nutze, so der Senat. Im vorliegenden Fall hatte ein Mann eine Dreizimmerwohnung in Berlin aus beruflichen Gründen weiter genutzt, nachdem er privat mit seiner Familie in eine Doppelhaushälfte umgezogen war. Einige Zeit später bat er den Vermieter der Berliner Wohnung, zwei der drei Räume unbefristet untervermieten zu dürfen. Der Vermieter erlaubte dies zunächst befristet und lehnte die Untervermietung später ganz ab.

EU-Kommission

Kampf gegen Verpackungen

Die EU-Kommission will den Abfall weiter verringern. So sollen etwa Zuckertütchen oder kleine Shampoo-Flaschen in Hotels verschwinden. Am Mittwoch stimmt das EU-Parlament in Straßburg über den Gesetzentwurf ab. "Den Vorschlag, Papiertütchen für Zucker, Salz, Pfeffer und Süßstoff zu verbieten, finde ich besonders absurd", sagt der

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....

CDU-Abgeordnete Peter Liese. "Zumal alle drei EU-Institutionen sie selbst nutzen." Lesen Sie dazu mehr auf Seite 9.

Tag an der Börse

Wenig Bewegung beim Dax

In Erwartung neuer Zinssignale haben die Investoren in Europa am Dienstag weitgehend stillgehalten. Zum Börsenschluss notierte der Dax praktisch unverändert (0,0 Prozent) bei 15.900,5 Punkten - also immer noch mit ein wenig Sicherheitsabstand zur 16.000-Punkte-Marke. Mehr Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Eishockeyspieler

Seidenberg wegen Dopings gesperrt

Der ehemalige Eishockey-Nationalspieler Yannic Seidenberg ist vom Deutschen Sportschiedsgericht wegen eines Doping-Verstoßes für vier Jahre gesperrt worden. Damit folgte das Gericht dem Antrag der Nationalen Anti-Doping-Agentur Deutschland (Nada). Die Sperre ist unter Anrechnung der vorläufigen Suspendierung rückwirkend ausgesprochen worden und beginnt mit dem 14. September 2022. Alle Wettkampfergebnisse, die im Zeitraum vom 19. Januar bis zum 14. September 2022 erzielt wurden, werden mit allen daraus entstehenden Konsequenzen, einschließlich der Aberkennung von Medaillen, Punkten und Preisen annulliert, hieß es in der Mitteilung der Nada. Außerdem müsse der Sportler die Kosten des Verfahrens tragen.

Tschechien

Fußball-Nationalcoach tritt zurück

Kurz nach dem erfolgreich gelösten Ticket für die Fußball-EM in Deutschland ist Jaroslav Silhavy als Nationaltrainer Tschechiens zurückgetreten. "Obwohl wir uns jetzt freuen, haben wir schon vor dem Spiel entschieden, dass wir nicht weitermachen werden", sagte der 62-Jährige im tschechischen Fernsehen im Namen des Trainerteams. Der Druck sei "enorm" gewesen und habe auch zur Entscheidung beigetragen. Tschechien hatte sich mit dem 3:0-Heimsieg am Montagabend gegen die Republik Moldau den zweiten Platz der Qualifikationsgruppe E und damit das direkte Startrecht gesichert.

Mit nur 16 Jahren

Sportgymnastik-Talent gestorben

Der Deutsche Turner-Bund (DTB) trauert um sein Nachwuchstalent Mia Sophie Lietke. Wie der Verband in Abstimmung mit der Familie mitteilte, ist die Sportgymnastin bereits am vergangenen Donnerstag in Fellbach-Schmiden im Alter von nur 16 Jahren "plötzlich und unerwartet" gestorben. Über die Todesumstände machte der DTB am Dienstag auf Nachfrage keine Angaben. Lietke war am Leistungszentrum in Fellbach-Schmidens Trainingskameradin von Fünffach-Weltmeisterin Darja Varfolomeev. Sie werde für immer in den Herzen bleiben, schrieb die 17-Jährige bei Instagram. "Als ein sehr tolles Mädchen."

Kultur und Gesellschaft

Symbolik

Geschichte des Palästinenserstuchs

Erst war es politisch, dann wurde es zum Modeaccessoire: Das Palästinenserstuch hat eine lange Geschichte und erfreut sich seit der neuesten Eskalation in Nahost besonders bei der jungen Generation wieder großer Beliebtheit. Was die linken Jugendlichen dabei ignorieren, ist, dass sie damit auch den politischen Islam feiern und den

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....

Palästinensern einen Bärendienst erweisen. Mehr über die Symbolik des komplizierten Stoffstücks finden Sie auf Seite 16.

Deutsche Geschichtsserie

"Die Kaiserin" gewinnt Emmy

"Sissi" zieht auch weltweit: Das deutsche Historiendrama "Die Kaiserin" hat den International Emmy als beste Dramaserie gewonnen. Die Netflix-Reihe über Österreichs Kaiserin Elisabeth setzte sich in New York gegen Produktionen aus Südkorea, Argentinien und Großbritannien durch. Nach dem Sieg jubelte das Team rund um Autorin Katharina Eyssen und Produzent Jochen Laube minutenlang ausgelassen vor der weltweiten Presse. "Es ist surreal", sagte Eyssen, den Erfolg könne sie nicht fassen. Sie glaubt, dass die Emotionen und Dynamiken der Familienhistorie von "Die Kaiserin" die Zuschauer und Jury fasziniert haben. "Diese Tiefe der Personen hat die Leute überzeugt", sagte Eyssen über die Rückmeldungen zur Serie. "Diese Geschichte handelt nicht von einer Prinzessin, die einen König heiratet. Sie handelt von einer rebellischen jungen Frau", hatte Eyssen in ihrer Dankesrede auf der Bühne gesagt.

Kunstmagazin "Monopol"

Genzen einflussreichste Künstlerin

Kurz vor ihrem 75. Geburtstag am 27. November hat das Kunstmagazin "Monopol" die in Berlin lebende Isa Genzen zur einflussreichsten Künstlerin des Jahres gekürt. Genzen sei "ein Vorbild für jüngere Künstlerinnen und Künstler auf der ganzen Welt", urteilte das Magazin in seiner Rangliste der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Kunstwelt 2023. Auf Platz zwei sieht "Monopol" keine Person, sondern künstliche Intelligenz: "KI durchdringt jeden Alltag und röhrt an das Herzstück menschlicher Existenz und Identität: Wie soll man von nun an das Echte vom Falschen unterscheiden?"

Hamburger Klinik

18-Jährige entführt Baby

Schreckliche Stunden für die Eltern eines fünf Wochen alten Säuglings: Eine 18-Jährige hat das Baby einer anderen Frau aus einer Klinik in Hamburg-Heimfeld entführt und erst zwei Stunden später wieder zurückgebracht. Das kleine Mädchen sei äußerlich unverletzt gewesen und über Nacht unter Beobachtung geblieben, sagte ein Polizeisprecher. Zuvor soll die 18-Jährige die Mutter des Kindes am Montagabend durch das Vorspielen falscher Tatsachen aus dem Krankenzimmer und von dem Baby weglockt haben. Als diese wenig später in den Raum zurückkehrte, war ihr Kind weg. Warum die junge Frau den Säugling mitnahm, war zunächst unklar. Das sei nun Gegenstand der Ermittlungen. Klar ist aber bereits, dass sich der Teenager zum Zeitpunkt der Tat in einem psychischen Ausnahmezustand befand.

Gerichtsvollzieher in NRW

Mit Schutzwesten und Pfefferspray

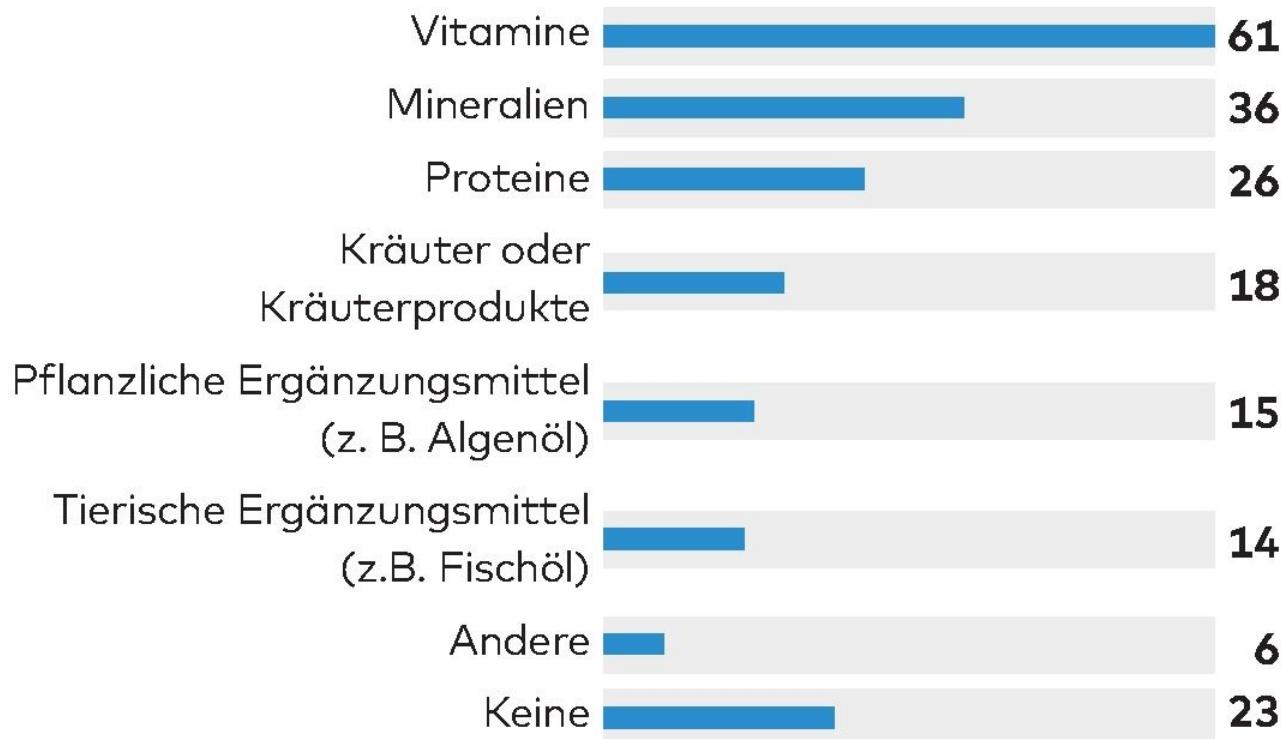
Die Gewalt gegen Gerichtsvollzieher nimmt zu - Gerichtsvollzieher in Nordrhein-Westfalen sollen daher noch in diesem Jahr mit Schutzwesten ausgestattet werden. Das kündigte Landesjustizminister Benjamin Limbach (Grüne) an. Demnach werden auch Reizstoffsprühgeräte zur Selbstverteidigung beschafft. Laut Limbach sollten die Schutzwesten längst da sein. Es habe aber Lieferprobleme gegeben. Frank Neuhaus, NRW-Chef des Gerichtsvollzieherbundes, sagte: "Die Aggressivität bei unseren Vollstreckungshandlungen steigt ständig. So nehmen die Problemräumungen zum Beispiel von sogenannten Reichsbürgern stetig zu."

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....

DREI VON VIER DEUTSCHEN NEHMEN SIE

Nahrungsergänzungsmittel beliebt

Anteil der Befragten, die in den letzten 12 Monaten Nahrungsergänzungsmittel konsumiert haben
Angaben in Prozent

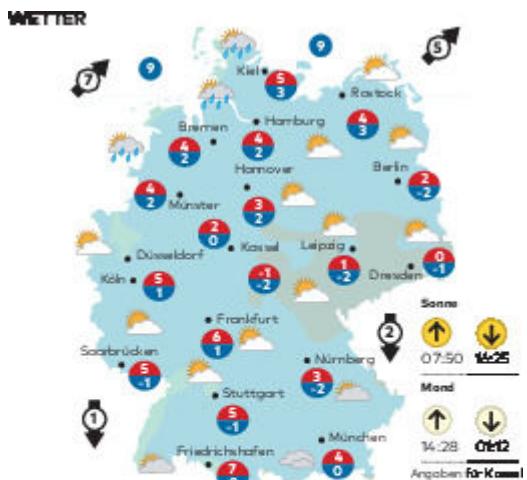


Basis: 5991 Befragte (18-64 Jahre) in Deutschland;
Mehrfachantworten möglich; Okt. 2022-Sept. 2023

Quelle: Statista Consumer Insights

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Umfrage zur Bürgergeld-Erhöhung: Mehrheit befürchtet falsche Anreize ++ Integrationspolitik: CSU für härteren Kurs ++ Wegen Verb....



Meist trocken und freundlich

Heute: Im Westen, über der Mitte und in Teilen Ostdeutschlands schaut zu hervor die Sonne. Sonst ziehen dichte Wolken vorbei. Im Nordwesten ist es anfangs neblig-trüb. Hier und in Schleswig-Holstein ziehen nachmittags Regenwolken auf. An den Alpen klingen die Regen- und Schneefälle ab. Am Nachmittag werden Höchsttemperaturen von minus 3 bis plus 9 Grad erreicht.

Blauwetter: Die Wetterlage beschert uns einen erholsamen Schlaf. Dadurch wacht man morgens ausgeschlafen auf und ist voller Energie und Tatkraft. Wetterbedingte Beschwerden sind nicht zu erwarten, die Einflüsse auf den Organismus sind positiv zu bewerten.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: November 21, 2023

End of Document

Wenig hilfreich

Die Welt

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 244

Length: 355 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Die in Teilen miserable Integration insbesondere türkischer muslimischer **Migranten** hat viele Gründe. Wenig hilfreich aber war die Rolle der Imame, die aus der Türkei geschickt wurden und hier verkündeten, was der autoritäre Islamist und bekennende Antisemit Recep Tayyip Erdogan so verzapfte. Natürlich nicht direkt, nie eins zu eins - aber eben doch in Geist und Inhalt.

Die Diyanet-Imame waren hauptsächlich in den Moscheen der Ditib tätig. Einige predigen in den Gemeinden von Verbänden, die im aktuellen Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt werden. Die Kritik an dieser Entsendung der Imame aus der Türkei ist seit Jahren stärker geworden, aber die schier endlose Dauer dieser Debatte und das schmale Ergebnis jetzt, die Entsendung schrittweise zu reduzieren und zu feiern, dass die Bundesrepublik künftig jedes Jahr 100 Imame ausbilden will, klappt nur, wenn man die Ansprüche an die Regierungspolitik denkbar niedrig hängt. Es ist übrigens kein Versagen der Ampel-Parteien allein, sondern auch der unionsgeführten Bundesländer, die wie in NRW die Ditib zwar immer wieder mal ermahnten, aber es beim erhobenen Zeigefinger beließen. Der Riss in der Gesellschaft nach dem 7. Oktober, der entfesselte Antisemitismus auf den Straßen, aber noch viel umfassender in den sozialen Netzwerken, macht deutlich, wie fahrlässig das Verdrängen der Moschee-Thematik war.

Der damalige Bundespräsident Christian Wulff hat mit seinem Satz "Der Islam gehört zu Deutschland" ein gefährliches Missverständnis konstruiert, weil nicht deutlich wurde, dass nur ein aufgeklärter, liberaler Islam gemeint ist und nicht der in viel zu vielen Moscheen gepredigte radikale, antimoderne, antiaufklärerische, antisemitische, antiwestliche Islam. In den Worten von Cem Özdemir: "Wir brauchen eigenständige, von Ankara unabhängige Strukturen, in denen ein Islam gelebt werden kann, der sich zu unseren Werten bekennt und fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht." Da kann dieser Schritt nur ein Anfang sein. Er kommt fahrlässig spät und beschämend unehrgeizig daher.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Wenig hilfreich

Load-Date: December 14, 2023

End of Document

Gerechtigkeit für Mannheim; Das Beste an Ludwigshafen ist, dass es dort Brücken nach Mannheim gibt. Das Schlechteste an Mannheim ist, dass es offenbar kaum jemand kennt. Denn Mannheim ist eine Stadt mit Zukunft. Karlsruhe und Stuttgart können sich warm anziehen!

Die Welt

Donnerstag 7. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT



Section: Kultur; S. 14; Ausg. 238

Length: 1388 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Es gibt Städte, die sind am schönsten, wenn man einfach an ihnen vorbeifahren und sie hinter sich lassen kann. So eine Stadt ist Ludwigshafen. Einige sagen sogar, diese Stadt sei tot, sie sei ein Appendix der BASF. Aber es gibt Brücken nach Mannheim, kleine Fluchten für jedermann. Durch Mannheim fahren sehr viele ICEs. Warum aber nicht mal aussteigen? Schon das ist selten: An einem Bahnhof anzukommen, wo nicht gleich alles dunkel und grau ist, nach Urin riecht und voller übler Figuren ist, so wie in den meisten Großstadtbahnhöfen deutscher Großstädte.

Es gibt Städte, die niemand kennt, wenn man im Ausland nach seiner Herkunft gefragt wird. Man kennt Berlin, München, Hamburg, Köln und Frankfurt. Aber Mannheim? Es liegt nahe bei Heidelberg, würde man beschwichtigend sagen. Heidelberg, ach, Heidelberg, würden dann die meisten sagen, ob Amerikaner oder Asiate. Eine intakte Altstadt und eine Schlossruine. Perfekt für die Ewigkeit. Aber "Monnem"? Die Klischees kleben an der Stadt wie die schlechte Luft, die aus Ludwigshafen herüberweht.

Mannheim ist eine relativ junge Stadt, ihr fehlt der mittelalterliche Kern, sie wurde von einem niederländischen Stadtplaner mit militärischem Blick am Reißbrett entworfen: Quadratstruktur mit 144 Teilen, ähnlich den Blocks in Manhattan. **Migration** und religiöse Toleranz wie im Preußen Friedrichs II. bewirkten eine schöne Zeit. Doch die Idylle währte nicht lange.

Denn Ludwig XIV. machte im pfälzischen Erbfolgekrieg Ende des 17. Jahrhunderts alles bis Heidelberg dem Erdboden gleich und brach das Herz seiner Schwägerin Lieselotte. Der Wiederaufbau des Barockschlosses wurde nach der totalen Zerstörung Mannheims 1720 begonnen. Mannheim muss im 18. Jahrhundert schön gewesen sein. Legenden ranken sich um seine Strahlkraft. Schiller war auf der Flucht und seine Räuber wurden hier uraufgeführt, was den Mythos des Mannheimer Nationaltheaters bis heute nährt. Goethe schwärmt, als wäre es Weimar.

Gerechtigkeit für Mannheim Das Beste an Ludwigshafen ist, dass es dort Brücken nach Mannheim gibt. Das Schlechteste an Mannheim ist, dass es offenbar kaum jeman....

Im 19. und 20. Jahrhundert wurde die Stadt dann eine dieser vielen Industrie- und Arbeitermetropolen, aber auch Kaderschmiede so vieler Erfindungen (das Auto, das Laufrad, ein Vorgänger des Fahrrads, der Aufzug, der Traktor), dass das in die DNA der Stadt übergegangen sein muss.

Dass Mannheim seit 2014 im Rahmen der "creative city" zur "Unesco City of Music" gemacht wurde, ist kein Treppenwitz, sondern der dort ansässigen Popakademie geschuldet. Natürlich denkt man auch an den damals noch nicht desavouierten Xavier Naidoo und seinen Song "Meine Stadt". Die Boomer-Generation ist bei Joy Fleming und ihrem zeitlos starken, im Pfälzer Dialekt gesungenen "Neckarbrückenblues" der Siebzigerjahre bestens aufgehoben, die über einen Mann namens Karl sang, der zu viel soff und fremdging.

Brücken sind tröstlich, weil sie "riwwer un niwwer" führen, Wasser in rauen Mengen ist immer eine Tränke für alles Leben. Die Rhein-Neckar-Region mit ihren 2,4 Millionen Einwohnern ist identisch mit der alten Kurpfalz: ein verdichtetes Verkehrsnetz, ein industrieller Großraum mit gigantischen Hafenanlagen und zu Restaurants umgebauten Schiffen, die "Heimat" heißen.

Mannheim muss endlich Gerechtigkeit widerfahren. Zu lange wurde die Stadt unterschätzt, abgetan als eine unter vielen. Es galt der Spruch: Wer dorthin ziehen müsse, weine. Ihre Attraktivität ist natürlich nicht gewachsene Schönheit oder Harmonie wie bei so vielen mittleren Städten in Deutschland. Keine Großstadt ist gemütlich. Aber der Stolz und die Weltläufigkeit sind frappierend. Mannheim ist eine kleine Großstadt, in der Schwebe, aber nicht so kaputt und verloren wie vergleichbare Orte etwa in NRW.

Wie überall gibt es so hoffnungslose, schmutzige Ecken, etwa in Neckarstadt-West, dass man verzweifeln könnte, und immer wieder müssen Appelle her, nicht den Müll in Hauseingänge zu werfen oder dort zu urinieren. Heute muss das dämliche Wort der Diversität für alles herhalten. Hier ist selbstredend auch die Hälfte der Bewohner migrantischen Ursprungs, das ist heute normaler deutscher Schnitt. Mannheim mit seinen 320.000 Einwohnern ist so groß wie der Berliner Kiez Neukölln. Aber es ist mehr. Die türkische Community ist selbstbewusst, bürgerlich und geschäftstüchtig, man will mehr sein als Gemüsehändler und achtet in "Little Istanbul" darauf, dass neue Migranten nicht die Norm verderben.

Wenn mittlerweile Abriss oder Umbau und Konversion das Thema vieler verwucherter, verkorkster Städte ist, so betonen Städteplaner das ungewöhnliche Engagement der Bürger und Bürgerinnen in Mannheim. Alle 30 Jahre würde jede Stadt das Bedürfnis haben, ihr architektonisches Gesicht zu ändern, und in Mannheim gäbe es einige "ambitionierte Bausünden" besonders der Siebziger - seien es Verwaltungsgebäude oder Parkhäuser, denen es nun an den Kragen geht. Die Stadtgesellschaft ist interessiert. Sie spaziert mit und hebt oder senkt den Daumen. Der langjährige Oberbürgermeister, Peter Kurz (SPD), ein Macher und Kümmerer, trat bei der Wahl in diesem Jahr nicht mehr an, sein Nachfolger Christian Specht (CDU), ist sich nicht zu schade, ihn als Berater zu akzeptieren. Das ist das Gegenteil von Klüngel.

Die Attraktivitäten sind natürlich übersichtlich, die Spielhölle liegt wie andernorts auch neben einem Juwelier, die Garage steht neben einem Gründerzeitjuwel, der traumhafte Jugendstil-Wasserturm hat nicht die Aura, die er verdiente. Doch man kann noch alles zu Fuß ermessen, hier herrscht ein gewisser Überblick, eine Ahnung und Erinnerung. So viele runde Tische gibt es, Stadtgespräche, Befragungen, Vergleiche, Umfragen wie andernorts nicht: Mannheim hat sogar eine Agenda 2030 - Gesundheit, Wohnquartiere, öffentlicher Nahverkehr, Jobs, Kitas, alles soll angegangen werden. Mannheim liebt das Ranking und es steht, was die Zufriedenheit anbelangt, besser da als vergleichbare Städte. Verstärkt begreift es sich auch als touristische Destination. Nicht einfach, wie gesagt, mit Heidelberg am Horizont. Aber man liegt zwischen Pfalz und Bergstraße. Auch nicht schlecht.

Die Universität Mannheim gilt zudem als eine der schönsten Hochschulen in der Bundesrepublik, denn sie ist in besagtem Schloss untergebracht. Eine Universität in einem Schloss - dem größten Barocksenschloss Deutschlands, das oft in einem Atemzug mit Versailles genannt wird. Schloss und Bahnhof liegen direkt nebeneinander. Sie begrüßen jeden, der einen Fuß in die Stadt setzen will. Die BWL dort gilt als der beste Studiengang in ganz Deutschland, auch Politikwissenschaft und Germanistik sind nicht von schlechten Eltern.

Gerechtigkeit für Mannheim Das Beste an Ludwigshafen ist, dass es dort Brücken nach Mannheim gibt. Das Schlechteste an Mannheim ist, dass es offenbar kaum jeman....

Studenten verändern Städte, das kann mancherorts schon eine läppische Pädagogische Hochschule bewirken. Studenten suchen und finden wie Trüffelschweine meist alte und heruntergekommene Stadtteile wie Mannheims Jungbusch - ein Quartier der Kapitäne und Schiffer der Gründerzeit, das nach dem Krieg zum Rotlichtmilieu verkommen war - und geben allem ein neues Gesicht. Es gibt aber auch positive Gentrifizierung, denn solche Lebensfunken springen auch auf andere Stadtteile über, es sind Phasen des Upgrading und solche Prozesse sind organisch, denn die angestammten Bewohner leben weiter dort. Außerdem hat Mannheim eine gut funktionierende kommunale Wohnungsbaugesellschaft.

Macht man sich mit seiner Sympathie für diese Stadt etwas vor? Eine bülentceylanhalte Selbstironie, wohl dem kurpfälzischen Spott und Maulheldentum geschuldet, liegt in der Luft. Wenn man sich anschaut, wer alles aus diesem Schoß kroch: Sepp Herberger, Thomas Wörtche, Richy Müller, Jutta Allmendiger, Nico Hofmann, Steffi Graf, Nina Kunzendorf, Mandy Capristo und Apache 207, um nur einige zu nennen, das ist schon was.

Auch die Amerikaner waren kulturell prägend, weil nach ihrem Abzug zahlreiche Konversionsflächen (stattliche 3,5 Prozent der gesamten Stadtfläche) für neue Stadtgestaltung zur Verfügung stehen, unter anderem das Spinelli-Gelände der so unprätentiösen wie gelungenen Bundesgartenschau 2023, deren Clou eine alpenländische Seilbahn war, die die beiden Ausstellungsorte verband. Eine Stadt in der Schwebe, wie gesagt.

Es ist schon eine Ironie der Geschichte, dass die früheren Kasernen und No-Go-Areas der Militärs nun die Zukunft von Städten wie Mannheim beleben. Mannheim jedenfalls, die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs, kann Karlsruhe und Stuttgart die Stirn bieten. Gerechtigkeit für Mannheim.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Monnem" wurde während der Regentschaft des Großherzogs Karl Friedrich von Baden (u. r.) zu neuem Glanz aufgebaut, nachdem Ludwig XIV. die Stadt zerstört hatte

Load-Date: December 6, 2023

End of Document

Wovor sich die Deutschen am meisten fürchten; Die Stimmung der Bundesbürger verschlechtert sich. Sie gehen durch eine "multiple Krise"

Die Welt

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 15; Ausg. 199

Length: 1100 words

Byline: Jan Klauth

Body

Hohe Preise und Steuern, teurer Wohnraum und die Sorge vor den Folgen der **Migration**: Diese Themen bestimmen die größten Ängste der Deutschen. An erster Stelle steht in diesem Jahr die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten (65 Prozent). Am deutlichsten gestiegen ist eine andere Sorge: Der Staat könnte durch **Geflüchtete** überfordert sein.

Das zeigt die repräsentative Langzeitstudie "Die Ängste der Deutschen 2023" des Infocenters der R+V Versicherung. Befragt wurden 2400 Personen im Alter ab 14 Jahren, davon 1600 in West und 800 in Ostdeutschland zwischen Juni und August.

"Die Menschen spüren beim Einkauf an der Supermarktkasse, dass sie für ihren Euro immer weniger bekommen", sagte Studienleiter Grischa Brower-Rabinowitsch bei der Vorstellung der Studie am Donnerstag. "Die Sorge um den eigenen Wohlstand ist allgegenwärtig. Die drei Top-Ängste der Deutschen kreisen in diesem Jahr ums Geld", so Brower-Rabinowitsch. Insgesamt verschlechtert sich 2023 die Stimmung der Deutschen: Der Angstindex - der durchschnittliche Wert aller gemessenen Ängste - steigt von 42 auf 45 Prozent.

Von einer "multiplen Krise" spricht Isabelle Borucki, Politikwissenschaftlerin an der Universität Marburg. Sie hat die Studie als Beraterin begleitet. "Die Menschen fühlen sich in ihrer Existenzgrundlage bedroht und sehen ihren Lebensstandard gefährdet", erklärt Borucki. "Das schürt Abstiegsängste". Gleichzeitig seien bereits "Abstumpfungseffekte" zu beobachten. Die Ängste rund um die Preisentwicklung blieben auf hohem Niveau, würden aber nicht weiterhin sprunghaft ansteigen wie zuletzt 2022, dem Jahr mit dem höchsten Inflationsanstieg.

Zwar hat sich die Inflationsrate in den zurückliegenden Monaten etwas abgeschwächt. Doch das Problem des gestiegenen Preisniveaus bleibt bestehen, die Kaufkraftverluste ziehen sich bis weit in die Mittelschicht. Immerhin: Erstmals seit 2021 sind die Löhne und Gehälter wieder schneller gestiegen als die Preise.

Wovor sich die Deutschen am meisten fürchten Die Stimmung der Bundesbürger verschlechtert sich. Sie gehen durch eine "multiple Krise"

Für das zweite Quartal 2023 meldete das Statistische Bundesamt einen minimalen Anstieg der Reallöhne von 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Es ist das erste Mal seit dem zweiten Quartal 2021, dass die Löhne auf Jahressicht schneller kletterten als die Preise. In der Zwischenzeit hatte die Inflation jeden Zuwachs aufgezehrt.

Finanzielle Sorgen prägen auch die zweite große Angst der Bevölkerung. Sechs von zehn Deutschen fürchten, dass Wohnen unbezahlbar wird. "Für die einen zerschlägt sich angesichts steigender Zinsen und Baukosten der Traum vom Eigenheim, für die anderen wird die monatliche Miete zur immer größeren Belastung", so Studienleiter Brower-Rabinowitsch.

Für die Politikwissenschaftlerin Borucki ist bezahlbarer Wohnraum eine der großen sozialen Herausforderungen in Deutschland: "Die eigenen vier Wände bilden die Grundlage für eine sichere Existenz. Hier ist der Staat in der Pflicht - das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht." Die Angst vor unbezahlbarem Wohnraum fragt die Studie seit 2022 ab, schon damals landete sie auf Platz zwei. In diesem Jahr blicken vor allem die Westdeutschen besorgt auf die angespannte Lage am Wohnungsmarkt (62 Prozent), im Osten sind es 52 Prozent.

Überraschend angesichts der konjunkturellen Lage: Die Angst vor einer schlechteren Wirtschaftslage hat im Vergleich zu 2022 sogar abgenommen: von 57 auf 51 Prozent. Der bisherige Höchstwert seit Beginn der Umfrage im Jahr 1999 wurde 2004 mit 70 Prozent verzeichnet. Ein Grund dafür: Die letzte Umfrage wurde unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine gestartet.

Mittlerweile prognostizieren Ökonomen wieder ein leichtes Wachstum des deutschen BIP für 2024: Laut Internationalem Währungsfonds wird die Wirtschaft im kommenden Jahr um immerhin 0,9 Prozent wachsen. Die Unzufriedenheit mit der Ampel hatte sich jüngst schon in verschiedenen Umfragen manifestiert. Dass die Deutschen wenig überzeugt von der Arbeit der Bundesregierung sind, zeigen vor allem zwei Punkte im Ängste-Atlas.

Der größte Zuwachs in der Umfrage hängt mit dem Thema Migration zusammen. Zwar waren die Punkte "Überforderung des Staates durch mehr Geflüchtete" und "Spannungen durch Zuzug ausländischer Menschen" mit 66 respektive 67 Prozent im Jahr 2016 am höchsten. Doch in beiden Fragen liegt der Anstieg zwischen letztem und diesem Jahr bei elf Prozentpunkten: 56 beziehungsweise 47 Prozent der Befragten haben davor Angst.

Auch bei der "Überforderung der Politiker" ist ein Zusammenhang mit der Migration erkennbar. Der bisherige Negativrekord wurde im Zuge der Fluchtbewegung 2015/2016 mit 65 Prozent erreicht. Von 2022 auf 2023 hingegen ist ein Plus von 44 auf 51 Prozent zu verzeichnen - das Thema rangiert damit auf Platz sechs der Ängste-Liste. "Eine gewisse Spaltung in verschiedene Lager gibt es in Deutschland schon lange, etwa in links/rechts, arm/reich oder Stadt/Land", sagte Borucki. "Dazu kommt eine neue Konfliktlinie: Für die eine Gruppe sind konservative Werte und die Verwurzelung in Deutschland wichtig. Die anderen sind eher weltoffen und treten für freiheitliche Werte ein. Diese Spaltung wird zunehmend sichtbar."

Das generelle Vertrauen in die Politik sinkt, auch das zeigt die Studie. Gut jeder Zweite fürchtet, dass die Politiker mit ihren Aufgaben überfordert sind. Diese Sorge nimmt im Vergleich zum Vorjahr spürbar zu und rückt auf Platz sechs im Ängste-Ranking vor (2022: 44 Prozent, Platz zehn). "Das generell sinkende Vertrauen in die Politik sollte bedenklich stimmen, da es auf eine langsame Gefährdung der Demokratie hindeuten kann", warnte Borucki.

Die gestiegene Unzufriedenheit spiegelt sich im Schulnoten-Ranking wider: Gerade einmal 0,3 Prozent der Befragten bewerten die Arbeit der Politiker mit der Note "sehr gut". Am häufigsten wurden die Noten befriedigend (29,9 Prozent) und ausreichend (27,3 Prozent) vergeben. Die Kritik gilt allerdings nicht der Ampel allein: Die Frage bezog auch explizit die Opposition mit ein.

Weitere Auffälligkeit im Ängste-Atlas ist der Unterschied zwischen den Altersgruppen. Die jüngsten Befragten (14-19 Jahre) haben mit Abstand am meisten Angst vor den Folgen des Klimawandels (54 Prozent), gefolgt von unbezahlbarem Wohnen (46 Prozent) sowie Naturkatastrophen (45 Prozent).

Wovor sich die Deutschen am meisten fürchten Die Stimmung der Bundesbürger verschlechtert sich. Sie gehen durch eine "multiple Krise"

Schon bei der nächstälteren Gruppe sieht es anders aus. Bei den 20- bis 39-Jährigen - also sowohl der Generation Z als auch Teilen der Millennials - tauchen Ängste vor den Folgen des Klimawandels in den Top drei nicht auf. Sie sorgen sich am meisten um bezahlbares Wohnen und steigende Lebenshaltungskosten (jeweils 62 Prozent), gefolgt von Steuererhöhungen und Leistungskürzungen mit 55 Prozent.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Heils "Turbo" für bessere Integration der Flüchtlinge; Ein Paradigmenwechsel könnte entscheidend sein

Die Welt

Donnerstag 19. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 12; Ausg. 203

Length: 724 words

Byline: Jan Klauth

Body

Die gebürtige Russin Irina Friedemann arbeitet bei der Sparkasse Hochschwarzwald. Seit dem Frühjahr hat sie zudem ein Ehrenamt: Sie will **geflüchtete** Frauen aus der Ukraine fit machen für einen Job im deutschen Bankenwesen. Zweimal wöchentlich lernt sie Fachvokabular mit den Frauen, die Masterabschlüsse im Finanzwesen haben.

"Es ist doch absurd", sagt Bankerin Friedemann WELT. "Die ganze Wirtschaft klagt über Fachkräftemangel - und Hunderttausende **Geflüchtete** aus der Ukraine leben von Sozialleistungen." Die Kursteilnehmerinnen seien "zielstrebig Frauen mit hoher Auffassungsgabe". Sie alle hätten bereits ein B1-Sprachzertifikat - doch das würde den Arbeitgebern nicht ausreichen, erzählt Friedemann. Stattdessen kämen bislang eher Helfertätigkeiten infrage.

Das Problem der Kursteilnehmerinnen ist repräsentativ für die Flüchtlinge aus der Ukraine: Ihre Qualifikationen sind deutlich höher als es bei Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan der Fall war. Viele der Ukrainer haben laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen akademischen Hintergrund. Deutschland hat im europäischen Vergleich, neben Polen, die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen: 1,1 Millionen. In anderen Ländern sind die Beschäftigungsquoten jedoch deutlich höher. "Wenn auch in Deutschland eine höhere Quote erreicht wird, entzieht das der AfD das Argument, dass die Flüchtlinge dem Staat nur auf der Tasche liegen", sagt Friedemann. Bislang arbeiten 19 Prozent der geflüchteten Ukrainer im erwerbsfähigen Alter. Mangelnde Kinderbetreuung, Abschlüsse, die nicht anerkannt werden, und das Absolvieren von Sprachkursen führt das IAB als Gründe hierfür an. Aus der Opposition wird noch ein Grund genannt: Da die Menschen aus der Ukraine keine Asylverfahren durchlaufen müssen, steht ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt offen - aber eben auch der Anspruch auf Bürgergeld.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will nun mit einem "Turbo" für bessere Integration in den Arbeitsmarkt sorgen. Dieser Turbo gilt für alle Geflüchteten mit Bleibeperspektive, so Heil. Gemeinsam mit Andrea Nahles, Chefin der Bundesagentur für Arbeit (BA), stellte er die Pläne am Mittwoch in der Bundesgesprätekonferenz vor. Ebenfalls anwesend: BA-Vorstandsmitglied Daniel Terzenbach, der nun zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für

Heils "Turbo" für bessere Integration der Flüchtlinge Ein Paradigmenwechsel könnte entscheidend sein

das Thema ernannt wurde. Rund 250.000 ukrainische Staatsangehörige haben laut Heil einen Integrationskurs abgeschlossen oder stehen kurz vor dem Abschluss, knapp 200.000 Flüchtlinge aus anderen Staaten kommen dazu. "Das ist das Potenzial für den Arbeitsmarkt", so der Minister. Der Blick ins Detail zeigt: Bei den "Turbo"-Plänen von Heil und Nahles geht es vor allem um den Ausbau von schon Vorhandenem - deshalb ist auch keine gesetzliche Änderung nötig. Zentrale Punkte sind die "intensive Betreuung" der Menschen durch die Jobcenter und das "Ermitteln der Qualifikationen" sowie die anschließende Unterbreitung von Arbeitsangeboten. Das tun die Jobcenter bereits bei Bürgergeld-Empfängern, die nicht geflüchtet sind. Ifo-Ökonomin Tetyana Panchenko gibt zudem zu Bedenken: Viele der ukrainischen Frauen finden vor allem über private Initiativen oder über Netzwerke in Jobs - und weniger über die Jobcenter.

Ungewohnt scharf wurde Heil im Ton. "Wir erwarten eigene Anstrengungen, ansonsten drohen auch Sanktionen." Doch auch das ist an sich nicht neu: Die Mitwirkungspflichten stehen im zweiten Sozialgesetzbuch und gelten unabhängig von der Herkunft der Bürgergeld-Empfänger.

Beim Turbo soll auch die "Wirtschaft ins Boot" geholt werden, so Heil. Dabei ist es nicht so, dass es keine derartigen Initiativen gibt. Das von der Handelskammer ins Leben gerufene Netzwerk "Unternehmen integrieren Flüchtlinge" existiert bereits seit 2016. "Zahlreiche namhafte Unternehmen verpflichten sich, Ukrainerinnen eine Chance zu geben, die aus den Integrationskursen kommen, aber eben noch nicht perfekt Deutsch sprechen", kündigte Heil an. Das dürfte die größte Neuerung in den Plänen sein, denn sie geht mit einem Paradigmenwechsel einher. Bisher lag der Fokus auf dem Spracherwerb. Nun gilt das Motto: Schnell in Arbeit auch ohne perfektes Deutsch. Die Bundesregierung möchte Unternehmen für eine entsprechende Selbstverpflichtung gewinnen, mehr Flüchtlinge einzustellen, die kein fließendes Deutsch sprechen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 19, 2023

End of Document

Thema Doppelpass sorgt in der Ampel-Koalition für Streit; Regierung will Einbürgerungen erleichtern und dafür auch mehrere Staatsangehörigkeiten zulassen. FDP und Grüne sind uneins, ob nach mehreren Generationen nur eine Nationalität gelten soll

Die Welt

Freitag 13. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 10

Length: 729 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Die FDP-Fraktion im Bundestag erhöht den Druck auf Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die Pläne für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht zu überarbeiten. "Im Koalitionsvertrag haben wir einen Prüfauftrag vereinbart, wie sich Mehrstaatigkeit nicht dauerhaft über Generationen weitervererbt", sagt der Parlamentarische Geschäftsführer Stephan Thomae WELT. "Diese Prüfung hat das Bundesinnenministerium bislang nicht durchgeführt." Eine solche Prüfung müsse "logischerweise vor Verabschiedung des Gesetzes erfolgen".

Faesers Haus hatte am vergangenen Freitag den anderen Ressorts der Bundesregierung einen Entwurf für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht zur Abstimmung zugeleitet - schneller, als mancher das in der Koalition erwartet hatte. Wer sich in Deutschland einbürgern lassen will, soll demnach grundsätzlich nicht mehr die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes seiner Familie aufgeben müssen. Die Zahl der Menschen in Deutschland, die zwei oder mehr Pässe haben, könnte durch die Reform deutlich steigen. Laut dem Referentenentwurf, der WELT vorliegt, fühlen sich viele **Migranten** Deutschland zugehörig, wollen aber zugleich ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben, da sie sich auch mit dem Herkunftsland verbunden fühlen. Auch die FDP trägt das Anliegen im Grundsatz mit. Es war bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Allerdings steht dort auch dieser Satz: "Für zukünftige Generationen prüfen wir, wie sich ausländische Staatsbürgerschaften nicht über Generationen vererben." Davon ist in Faesers Entwurf nicht die Rede.

Es sei "sinnvoll, den ersten beiden Einwanderergenerationen, die oft noch eine starke Bindung zum Herkunftsland haben, die Mehrstaatigkeit zu erlauben", sagt der FDP-Politiker Thomae. "Spätere Generationen sollten aber eine Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit treffen. Das ist auch ein Zeichen echter Integration." Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Konstantin Kuhle verweist auf "erfolgreiche Einwanderungslander wie Kanada oder die USA". Dass Einwanderer über Generationen hinweg zwei oder mehr Pässe haben, sei dort "nicht üblich". Es sei ein sinnvoller Grundsatz, "dass Menschen in der Regel nur in einem Land politische Partizipationsrechte haben".

Thema Doppelpass sorgt in der Ampel-Koalition für Streit Regierung will Einbürgerungen erleichtern und dafür auch mehrere Staatsangehörigkeiten zulassen. FDP un....

Die FDP schlägt mehrere Wege vor, um die Weitergabe der Staatsangehörigkeiten über Generationen zu begrenzen. Zum einen ein Optionsmodell, bei dem die betreffende Person selbst die Entscheidung zwischen ihren beiden Staatsangehörigkeiten trifft. Oder ein "automatischer Generationenschnitt von Gesetzes wegen", etwa ab der Enkel-Generation. Den Pass des Herkunftsstaates würden Eingewanderte der dritten Generation dann automatisch verlieren. Ein entsprechendes Modell wird seit Jahren vom Sachverständigenrat für Integration und Migration empfohlen. Allerdings wenden sich Grüne und SPD dagegen.

"Wir sind gegen einen Generationenschnitt", sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Filiz Polat, WELT. Um zu erreichen, dass andere Nationen Doppelstaatler aus der Staatsangehörigkeit entlassen, müsste die Bundesregierung Abkommen mit allen Herkunftsländern schließen. "Es kann aber niemand wollen, dass die Bundesregierung solche Abkommen mit Despoten oder autokratischen Machthabern wie Assad oder Erdogan trifft", sagt Polat. Ein Generationenschnitt hätte überdies die Signalwirkung, "dass Deutschland 'Deutsche mit Verfallsdatum' produziert". Hakan Demir, zuständiger Berichterstatter in der SPD-Fraktion, kritisiert eine Optionspflicht durch die Hintertür. "Sie würde jungen Menschen erneut die Entscheidung aufzwingen, sich zwischen dem Land ihrer Vorfahren und dem Land, in dem sie selbst geboren und aufgewachsen sind, zu entscheiden", sagt er. Nach wie vielen Generationen man sich dem Land der Vorfahren so verbunden fühle, dass man weiterhin die Staatsangehörigkeit dieses Landes anstrebe, sei "eine individuelle Entscheidung".

Experten erwarten, dass von der Neuregelung vor allem Türken profitieren werden, die schon lange in Deutschland leben. Viele hätten sich bislang nicht einbürgern lassen, weil sie dafür ihren Herkunftspass aufgeben müssten. Für andere Nationen erlaubt Deutschland bereits die Mehrstaatigkeit. So dürfen etwa alle EU-Bürger ihre alten Pässe bei der Einbürgerung behalten, ebenso Migranten, deren Herkunftsstaaten gar nicht aus der Staatsangehörigkeit entlassen. Dazu zählen etwa Syrer.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 12, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Antisemitismusbeauftragter: Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung ++ SPD-Generalsekretär: Mindestlohn auch bei Ferienjobs ++ Umfrage: Großteil für individuelles Asylrecht ++ Wirtschaftsministerium: Schnellere Rüstungsexporte ++ Außenpolitik ++ Einberufung in die Armee: Russland erhöht Alters-Obersgrenze ++ Mauer gegen Migration: US-Regierung verklagt Texas ++ Nach Votum für Justizreform: Neue Proteste in Israel ++ Unklares Wahlergebnis in Spanien: Sanchez zunächst Regierungschef ++ Wissen ++ Meereströmungen: Kollaps-Studie erntet Kritik ++ Statistisches Bundesamt: Lebenserwartung ist gesunken ++ Wirtschaft und Geld ++ Drei Kategorien: Ampel will klimafreundliche Exporte ++ Aktien der Dax-Konzerne: Ausland besitzt mehr als die Hälfte ++ Wärmeplanungs-Gesetz: Ärger um kurze Fristen ++ Steigende Mieten in Großstädten: Berlin und Leipzig immer teurer ++ Börse vor Zinsentscheiden: Kaum Bewegung beim Dax ++ Sport ++ Asien-Reise des FC Bayern: Kimmich bekennt sich zu München ++ Schwimm-WM: Wellbrock scheidet im Vorlauf aus ++ Kultur und Gesellschaft ++ Waldbrände in Griechenland: Löschflugzeug stürzt auf Euböa ab ++ Bayreuther Festspiele: Claudia Roth fordert Strukturreform ++ Filmfestival Venedig: Deutscher Beitrag im Wettbewerb ++ "Jedermann" in Salzburg: "Letzte Generation" auf der Bühne

Die Welt

Mittwoch 26. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 143

Length: 2988 words

Body

Innenpolitik

Antisemitismusbeauftragter

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Antisemitismusbeauftragter: Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung ++ SPD-Generalsekretär: Mindestlohn auch bei Ferienjobs ++ Umfrage....

Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hat eine Würdigung des palästinensischen Schriftstellers und Sprechers der linksextremen palästinensischen Terrororganisation PFLP, Ghassan Kanafani, durch die Linkspartei-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung für "hochproblematisch" erklärt. "Die PFLP ist gerade auch in der Amtszeit von Ghassan Kanafani für schreckliche terroristische Attacken und tödliche Anschläge gegen israelische Staatsbürger verantwortlich", sagte Klein WELT. "Die Beschreibung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist einseitig und verzerrend." Hintergründe lesen Sie in dem Bericht auf Seite 4.

SPD-Generalsekretär

Mindestlohn auch bei Ferienjobs

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat an die Regierung appelliert, die Ausnahmeregelung beim gesetzlichen Mindestlohn für minderjährige Ferienjobber umgehend abzuschaffen. "Die Ausnahme beim Mindestlohn für unter 18-Jährige ist eine nicht begründbare Verzerrung", sagte Kühnert der "Stuttgarter Zeitung" und den "Stuttgarter Nachrichten". Mit einer schnellstmöglichen Abschaffung könne "mehr Gerechtigkeit für viele Ferienjobber" hergestellt werden. Dass in Annoncen im Internet teils gezielt nach Minderjährigen gesucht werde, "weil man sie für neun oder zehn Euro die Stunde arbeiten lassen kann", bezeichnete der SPD-Politiker als "unerhört". "Die 16-Jährige, die im Biergarten Bierkrüge an die Tische bringt, leistet die exakt gleiche wertvolle Arbeit wie der 20-Jährige, der das tut", sagte Kühnert. Der Mindestlohn sei eine Frage des Respekts für die geleistete Arbeit, und zwar unabhängig vom Alter.

Umfrage

Großteil für individuelles Asylrecht

Fast zwei Drittel der Deutschen befürworten den Erhalt des individuellen Asylrechts in der Europäischen Union (EU). Wie eine Forsa-Umfrage für das Magazin "Stern" ergab, unterstützen nur 32 Prozent den Vorstoß von Unionsfraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU), das individuelle Recht auf Asyl abzuschaffen und stattdessen Obergrenzen beziehungsweise Kontingente für die Aufnahme von Schutzbedürftigen festzulegen. 64 Prozent möchten, dass es beim individuellen Asylantrag für politisch Verfolgte bleibt, vier Prozent haben dazu keine Meinung. Große Ablehnung gegen Freis Vorstoß kommt aus dem Lager der Regierungsparteien. Unter den Anhängern der Grünen sprechen sich der Umfrage zufolge 88 Prozent für eine Beibehaltung der bestehenden Regelungen aus, bei FDP-Wählern sind es 84 Prozent, bei der SPD 76 Prozent.

Wirtschaftsministerium

Schnellere Rüstungsexporte

Das für Rüstungskontrolle zuständige Bundeswirtschaftsministerium will Exporte in enge Partner-Staaten beschleunigen und nicht mehr im Einzelfall prüfen. Dies solle ab Anfang September greifen, teilte das Ministerium mit. So sollten Verwaltungsprozesse schneller ablaufen. Es gehe vor allem um Lieferungen an ausgewählte EU- und Nato-Partner. Hier sollten Genehmigungen gebündelt als sogenannte Allgemeinverfügungen erteilt werden. Allerdings müssten die Rüstungsgüter in den Empfängerländern verbleiben. Bei sonstigen Drittländern bleibe es bei einer Einzelfallprüfung. "Unter den neuen Regularien werden Bündnis- und Wertepartner jetzt schneller und unkompliziert mit Rüstungsgütern beliefert", sagte Sven Giegold, Grünen-Politiker und zuständiger Staatssekretär. "Wir vereinfachen so die Verwaltungsprozesse und konzentrieren die Kontrollressourcen auf das Wesentliche." Im ersten Halbjahr 2023 hatte die Bundesregierung deutlich mehr Rüstungsexporte erlaubt - im Volumen von 5,22 Milliarden Euro.

Außenpolitik

Einberufung in die Armee

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Antisemitismusbeauftragter: Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung ++ SPD-Generalsekretär: Mindestlohn auch bei Ferienjobs ++ Umfrage....

Russland erhöht Alters-Obersgrenze

Das russische Parlament hat eine Erhöhung der Alters-Obergrenze für die Einberufung zum Wehrdienst beschlossen. "Ab dem 1. Januar 2024 werden Bürger im Alter von 18 bis 30 für den Militärdienst einberufen", heißt es in dem von der Duma in zweiter und dritter Lesung beschlossenen Gesetz. Zuvor waren Männer im Alter von 18 bis 27 Jahren in Russland zu einem einjährigen Wehrdienst verpflichtet. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat unterdessen auf dem Gelände des von Russland besetzten ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja mehrere Minen entdeckt. Wie IAEA-Chef Rafael Grossi berichtete, entdeckten Mitarbeiter "einige Minen in einer Pufferzone zwischen der inneren und äußeren Umzäunung der Anlage". Derweil warfen sich Moskau und Kiew am Dienstag gegenseitig nächtliche Angriffe vor: Russland erklärte, einen Drohnenangriff auf ein Militärboot im Schwarzen Meer abgewehrt zu haben. Die ukrainische Hauptstadt Kiew wurde laut ukrainischen Behörden erneut Ziel russischer Luftangriffe. Mehr zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine lesen Sie auf Seite 5.

Mauer gegen Migration

US-Regierung verklagt Texas

Das US-Justizministerium hat den texanischen Gouverneur Greg Abbott wegen des Aufbaus einer schwimmenden Barriere zur Abwehr von Migranten im Fluss Rio Grande verklagt. In der Klageschrift wird ein Gericht aufgefordert, den Südstaat zu zwingen, die fast 305 Meter lange Kette aus orangefarbenen Bojen von der Größe von Abrissbirnen zu beseitigen. Die Barriere sei in humanitärer und umweltrelevanter Hinsicht problematisch, hieß es zur Begründung. Texas habe die schwimmende Mauer im Übrigen ohne Genehmigung nahe der Grenzstadt Eagle Pass installiert. Vergangene Woche hatte das Justizministerium dem Staat Texas in einem Brief ein Ultimatum gestellt: Abbott müsse sich bis Montag zu einer Beseitigung der Barriere im Rio Grande verpflichten oder sich auf eine Klage gefasst machen. Die Bojen-Mauer stelle ein Risiko für die Schifffahrt und die öffentliche Sicherheit dar, argumentierte das Ministerium. Texas hatte die Barriere aufgebaut, ohne die sogenannte Internationale Grenz- und Wasserkommission oder das U.S. Army Corps of Engineers vorab zu benachrichtigen - ein Kommando des US-Heeres, das sich um den Bereich Bauingenieurwesen kümmert. Auch Mexikos Regierung schaltete sich ein und bat US-Bundesbehörden um eine Intervention. Die Barriere verletzte internationale Verträge, hieß es aus Mexiko-Stadt.

Nach Votum für Justizreform

Neue Proteste in Israel

Nach dem Votum des israelischen Parlaments für eine umstrittene Justizreform haben sich die Proteste ausgeweitet. Die Ärztekammer des Landes begann am Dienstag einen 24-stündigen Streik. Angesichts von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizisten in der Nacht wurde Jerusalem davon ausgenommen. Mehrere israelische Zeitungen erschienen mit einer geschwärzten Titelseite und den Worten "Ein schwarzer Tag für die israelische Demokratie". Oppositionsführer Jair Lapid bat Reservisten darum, sich entgegen einer Drohung zunächst doch weiter zum Dienst zu melden. Sie sollten die Einsprüche gegen die Reform beim Obersten Gericht abwarten. Eine davon war von der Anwaltskammer des Landes eingereicht worden. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 6.

Unklares Wahlergebnis in Spanien

Sánchez zunächst Regierungschef

Der bisherige Regierungschef Spaniens Pedro Sánchez bleibt zunächst als Chef einer Übergangsregierung im Amt. Diese Regierung solle die laufenden Amtsgeschäfte führen "bis der neue Regierungschef das Amt übernimmt", erklärte König Felipe VI. im offiziellen Amtsblatt. Die vorgezogene Parlamentswahl am Sonntag hatte zu schwierigen Mehrheitsverhältnissen geführt, die möglicherweise eine Neuwahl nach sich ziehen könnten. Die konservative Partido Popular (PP) von Alberto Núñez Feijóo wurde zwar zur stärksten Kraft, aber auch zusammen mit der rechtsextremen Vox kommt sie nicht auf die absolute Mehrheit im Parlament. Weitere mögliche

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Antisemitismusbeauftragter: Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung ++ SPD-Generalsekretär: Mindestlohn auch bei Ferienjobs ++ Umfrage....

Koalitionspartner zeichnen sich für sie nicht ab, da die übrigen Parteien kein Bündnis mit Vox eingehen wollen. Die nationalistische Baskenpartei PNV teilte mit, dass sie keine Gespräche aufnehmen wolle.

Wissen

Meeresströmungen

Kollaps-Studie erntet Kritik

Bereits Mitte des Jahrhunderts könnten die Meeresströmungen im Nordatlantik kollabieren. Das besagt zumindest eine neue Studie dänischer Forscher im Fachblatt "Nature Communication". Doch kurz nach Veröffentlichung hegen erste Stimmen Zweifel daran. Der deutsche Klimaforscher Jochem Marotzke vom Max-Planck-Institut für Meteorologie erklärt, die Behauptung, es werde zum Kollaps kommen, stehe auf tönernen Füßen. "Die Mathematik wird zwar fachkundig ausgeführt, aber die Voraussetzungen der Rechnungen sind höchst zweifelhaft", sagt er. Das Interview mit ihm lesen Sie auf Seite 8.

Statistisches Bundesamt

Lebenserwartung ist gesunken

In Deutschland ist die durchschnittliche statistische Lebenserwartung seit dem Beginn der Coronapandemie für neugeborene Kinder um 0,6 Jahre gesunken. Für im Jahr 2022 geborene Mädchen verringerte sich die Lebenserwartung auf 82,9 Jahre, für Jungen auf 78,2 Jahre, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Lebenserwartung beider Geschlechter sank demnach im Vergleich zum Vorpandemiejahr 2019 jeweils um 0,6 Jahre. In Ostdeutschland stieg die Lebenserwartung bei Geburt im Jahr 2022 nach starken Rückgängen in den beiden Vorjahren wieder an - bei Frauen um 0,2 Jahre, bei Männern sogar um 0,6 Jahre gegenüber 2021. Im Vergleich zu 2019 war die Lebenserwartung im Osten der Bundesrepublik jedoch trotz des jüngsten Anstiegs bei den Frauen um 0,7 und bei den Männern um 0,8 Jahre geringer. In Westdeutschland ging die Lebenserwartung demgegenüber auch im Jahr 2022 weiter zurück. Im Vergleich zu 2019 sank die Lebenserwartung im Westen - wie in Gesamtdeutschland - um 0,6 Prozent. Den Statistikern zufolge waren die Sterbefallzahlen vor der Pandemie jährlich um etwa ein bis zwei Prozent gestiegen. In den drei Pandemiejahren gingen die jährlichen Anstiege jeweils über dieses Ausmaß hinaus. Dabei gab es von 2020 bis 2022 insgesamt etwa 140.000 bis 200.000 zusätzliche Sterbefälle.

Wirtschaft und Geld

Drei Kategorien

Ampel will klimafreundliche Exporte

Die Ampelregierung will Exporte stärker fördern, die klimafreundlich sind und Exporte nicht mehr absichern, die vermeintlich dem Klima schaden. Dafür sollen drei Kategorien eingeführt werden für die Sektoren Energie, Transport, Industrie (Metall und Chemie). Gasförderung soll dabei nur noch in Notlagen förderfähig sein. Für die besonders klimafreundlichen Exporte soll die Absicherung von 95 auf 97 Prozent steigen, dann müssen auch nicht mehr 50 Prozent der Wertschöpfung in Deutschland erbracht worden sein, sondern bis zu 70 Prozent können im Ausland stattfinden. Mehr über die Hintergründe lesen Sie auf Seite 9.

Aktien der Dax-Konzerne

Ausland besitzt mehr als die Hälfte

Das Gewicht von Auslandsaktionären bei Dax-Konzernen hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Mehr als die Hälfte der Dax-Anteile, aktuell 52,1 Prozent, befinden sich in ausländischer Hand. "Seit 2010 ist der durchschnittliche Anteil kontinuierlich gestiegen", stellt Henrik Ahlers, Vorsitzender der Geschäftsführung bei EY, fest. Der Auslands-Anteil hat sich seither um 2,4 Punkte erhöht. Die Folge davon ist, dass auch die Ausschüttungen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Antisemitismusbeauftragter: Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung ++ SPD-Generalsekretär: Mindestlohn auch bei Ferienjobs ++ Umfrage....

mehrheitlich ins Ausland abfließen. Wo das Geld hingeht und was sich in Deutschland ändern könnte, lesen Sie auf Seite 10.

Wärmeplanungs-Gesetz

Ärger um kurze Fristen

Am vergangenen Freitag legte das Bauministerium den überarbeiteten Gesetzesentwurf zur kommunalen Wärmeplanung vor. Damit soll für alle Bundesländer die Wärmeplanung Pflicht werden: Großstädte ab 100.000 Einwohnern müssen dann spätestens ab Juli 2026 eine solche Planung vorlegen, kleinere Städte und Gemeinden ab Juli 2028. Doch zunächst geht der Entwurf zur Anhörung an die Bundesländer und Verbände. Bei denen sorgt die kurze Frist zur Stellungnahme - bis zum heutigen Mittwoch - für Ärger. "Das ist ein gezielter Affront, bei dem unterschwellig mitschwingt: 'Erklärt, was Ihr wollt. Interessiert uns eh nicht'", heißt es von Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Sanitär Heizung Klima. Den ganzen Bericht dazu lesen Sie auf Seite 12.

Steigende Mieten in Großstädten

Berlin und Leipzig immer teurer

Die Mieten in deutschen Metropolen steigen weiter. Im ersten Halbjahr kletterten die Angebotsmieten in Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart und Leipzig im Schnitt um 6,7 Prozent, wie eine am Dienstag veröffentlichte Analyse des Immobilienexperten Jones Lang LaSalle (JLL) zeigt. Im Vorjahreszeitraum habe der Mietanstieg bei den betrachteten Neubauten und Bestandswohnungen noch 3,7 Prozent betragen. Die Gründe liegen laut der JLL in der Angebotsknappheit, die sich durch den stockenden Wohnungsbau verstärken werde. "Ein Ende der Mietansteige ist deshalb nicht in Sicht." Besonders stark legten die Mieten in Berlin und Leipzig zu, wo laut Studie prozentual zweistellige Zuwächse verzeichnet wurden - in der Hauptstadt um 16,7 Prozent.

Börse vor Zinsentscheiden

Kaum Bewegung beim Dax

Europas Anleger zeigen sich am Dienstag vor den anstehenden Zinsentscheiden der US-Notenbank Fed und der EZB noch unentschieden. Der deutsche Leitindex Dax schloss 0,13 Prozent im Plus bei 16.211,59 Punkten. Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Asien-Reise des FC Bayern

Kimmich bekennt sich zu München

Fußball-Nationalspieler Joshua Kimmich hat den Wechselspekulationen ein Ende gesetzt und sich klar zum FC Bayern München bekannt. "Ich bin mir sehr sicher, dass ich in der nächsten Saison hier bei Bayern spielen werde. Zumindest habe ich persönlich keine anderen Pläne", sagte der 28-Jährige. Vertraglich ist Kimmich noch bis Sommer 2025 an die Münchner gebunden. Zuletzt hatte es immer wieder Gerüchte um Kimmichs Zukunft gegeben. Trainer Thomas Tuchel hatte erklärt, dass er keine Garantien abgeben könne, wer am 1. September nach der Transferperiode im Team des deutschen Rekordmeisters stehe.

Schwimm-WM

Wellbrock scheidet im Vorlauf aus

Olympiasieger Florian Wellbrock ist bei der Schwimm-WM in Japan im Rennen über 800 Meter Freistil überraschend schon im Vorlauf gescheitert. Der 25-Jährige schlug am Dienstag in Fukuoka nach 7:45,87 Minuten

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Antisemitismusbeauftragter: Kritik an Rosa-Luxemburg-Stiftung ++ SPD-Generalsekretär: Mindestlohn auch bei Ferienjobs ++ Umfrage....

an und wurde damit Neunter. Sieben Hundertstelsekunden fehlten Wellbrock auf Rang acht, der noch für das Finale gereicht hätte. Eigentlich galt er als Medaillenkandidat auf der zweitlängsten Beckendistanz. Im vergangenen Jahr war er in Budapest WM-Zweiter geworden. Im Freiwasser hatte der gebürtige Bremer in der ersten WM-Woche zweimal Gold gewonnen. Über zehn Kilometer ist er Olympiasieger.

Kultur und Gesellschaft

Waldbrände in Griechenland

Löschflugzeug stürzt auf Euböa ab

Bei einem Einsatz der Feuerwehr gegen die Waldbrände auf der griechischen Insel Euböa ist ein Löschflugzeug abgestürzt. Ein weitere Hitzewelle ließ die Temperaturen in Teilen Griechenlands erneut auf mehr als 40 Grad steigen. Wegen heranrückender Feuer wurden auf Euböa und der Insel Korfu in der Nacht Evakuierungen angeordnet. Auf Rhodos fraßen sich die Flammen weiter ins Landesinnere vor und setzten bergige Waldgebiete in Brand. Bewohner der Regionen kämpften mit Schaufeln gegen die heranrückenden Flammen. "Den zwölften Tag kämpfen wir unter extremer Hitze und starkem Wind ununterbrochen an Dutzenden Waldbrandfronten", sagte der Minister für Klimakrise und Katastrophenschutz, Vassilis Kikilias. Die EU entsandte 500 Feuerwehrleute, 100 Fahrzeuge und sieben Flugzeuge aus zehn Mitgliedstaaten. Auch die Türkei, Israel, Ägypten und andere Länder schickten Hilfe.

Bayreuther Festspiele

Claudia Roth fordert Strukturreform

Kulturstaatsministerin Claudia Roth knüpft eine stärkere Rolle des Bundes bei den Richard-Wagner-Festspielen an Reformen in Bayreuth. "Ich glaube, dass es wirklich an der Zeit ist, dass historische Strukturen in Bayreuth mit ziemlich viel Mut und Kreativität neu gedacht werden", sagte die Grünen-Politikerin. Zuvor hatte Bayern angekündigt, künftig mehr für die Festspiele zahlen zu wollen und weitere Anteile der Festspiel-GmbH zu übernehmen. Wie Kunstrichter Markus Blume (CSU) mitteilte, will Bayern von 2025 an 37 statt bislang 29 Prozent der Gesellschafteranteile übernehmen. Er gehe davon aus, dass der Bund mitziehe und parallel größere Verantwortung übernehme. Roth begrüßte die Pläne als gute Gesprächsgrundlage für die gemeinsamen Beratungen. "Der Bund ist natürlich bereit, seinerseits mehr Verantwortung zu übernehmen, allerdings im Rahmen einer notwendigen Strukturreform. Wir wollen, dass Bayreuth zukunftsfähig gestaltet wird", sagte Roth. Dazu sei es notwendig, neue Publikumsschichten zu erschließen.

Filmfestival Venedig

Deutscher Beitrag im Wettbewerb

Michael Manns langerwarteter Kinofilm "Ferrari" mit Shailene Woodley, Adam Driver und Penélope Cruz wird auf dem Festival in Venedig uraufgeführt, das vom 30. August bis zum 10. September stattfindet. Ebenfalls im Programm des renommierten Festivals sind David Finchers "The Killer" mit Michael Fassbender, Bradley Coopers Filmbiografie "Maestro" über Leonard Bernstein, Pablo Larraíns "El Conde", der Chiles Diktator Pinochet als Vampir porträtiert, Sofia Coppolas Film über Elvis Presleys Frau "Priscilla" und Luc Bessons Regiecomeback "Dogman". Ein deutscher Beitrag schaffte es in den Wettbewerb, Timm Krögers zweiter Spielfilm "Die Theorie von Allem" mit Jan Bülow, seine erste große Rolle seit "Lindenberg".

"Jedermann" in Salzburg

"Letzte Generation" auf der Bühne

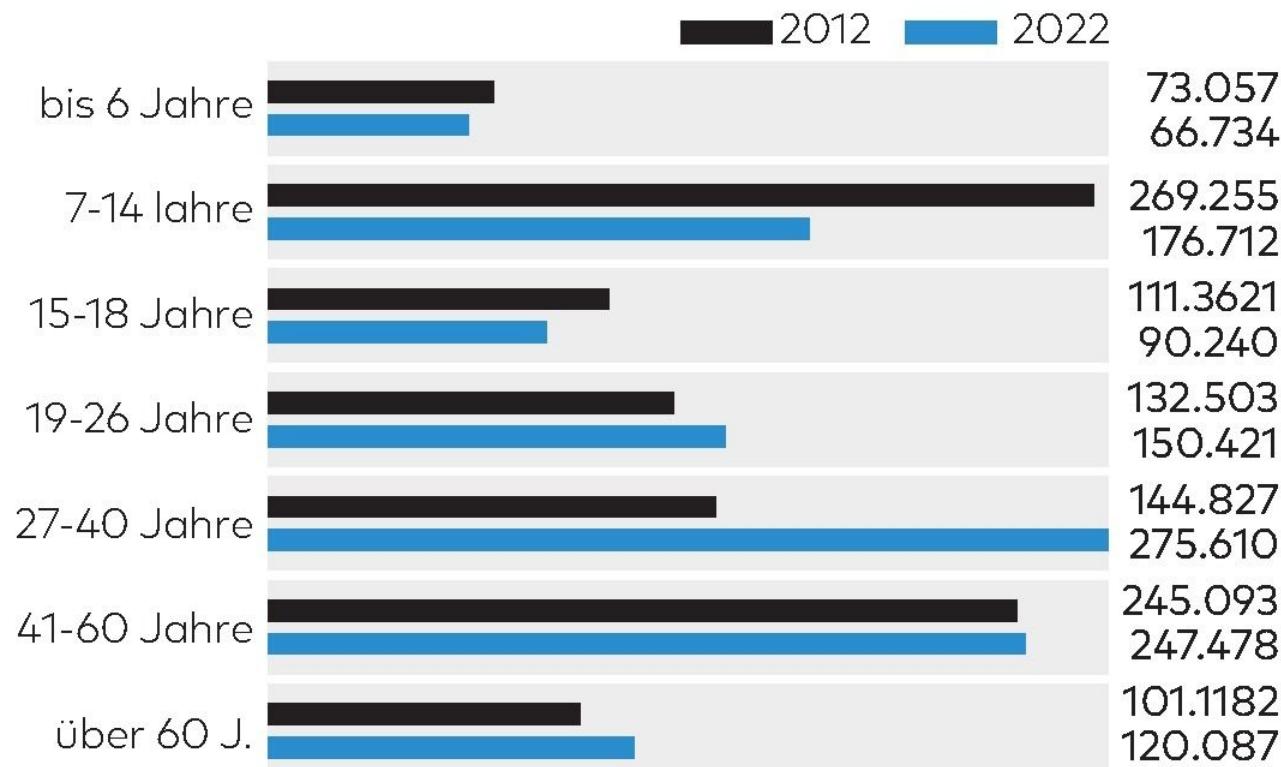
Die Salzburger Festspiele werden traditionell mit Hugo von Hofmannsthals "Jedermann" eröffnet, dem "Spiel vom Sterben des reichen Mannes". Bei der diesjährigen Neuinszenierung des Stücks betraten schon nach wenigen Minuten Aktivisten in Warnwesten die Bühne und besprühten die Fassade von Jedermanns Palast mit leuchtend-

oranger Farbe. Die vermeintlichen Vertreter der "Letzten Generation" aber entpuppten sich als Schauspieler und Teil des Konzepts von Regisseur Michael Sturminger. Dieses aktuelle Endzeittheater ums Weltklima passt gut zum Stück, in dem es ja um eine moralische Abrechnung mit materialistischen Werten geht. Ob die Neuinszenierung mit Burgtheaterstar Michael Maertens in der Titelrolle auch als Ganzes gelungen ist, lesen Sie in der Rezension auf Seite 16.

FRAUENFUSSBALL

Droht ein Nachwuchsproblem?

Anzahl der Fußballspielerinnen in deutschen Sportvereinen



Rund 16 Prozent aller Fußballspieler in Deutschland sind Frauen

Quelle: Statista

WELT

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 25, 2023

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Richterin: Rückkehr ins Amt ausgeschlossen ++ Unter falschem Namen in der SPD: "Handelsblatt" beurlaubt Redakteur ++ Außenpolitik ++ Ukraine: Polen liefert zwölf Kampfjets ++ Israels Premier bei Scholz: Netanjahu verteidigt Justizreform ++ Rentenreform in Frankreich: Regierung drückt Vorhaben durch ++ Italiens Vize-Außenminister: Kritik an deutscher Migrationspolitik ++ Wissen ++ Nasa: Neue Raumanzüge vorgestellt ++ Dinosaurierhälse: Wer hat den Längsten? ++ Wirtschaft und Geld ++ Axel Springer: Marion Horn neue "Bild"-Chefin ++ Nach Kritik: BP rechtfertigt Öl-Investitionen ++ Rüstungskonzern Rheinmetall: Schnelleres Wachstum erwartet ++ Skoda: Teurer Russland-Rückzug ++ Gewinn sinkt: RTL spürt Werbeflaute ++ Brandenburg: Tesla will Werk ausbauen ++ Nach Zins-Entscheid: Dax erholt sich ++ Sport ++ Fifa-Präsident: Infantino wiedergewählt ++ Portugal: Ronaldo weiter im Nationalteam ++ Kultur und Gesellschaft ++ Unesco-Verzeichnis: Steigerlied ist jetzt Kulturerbe ++ Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Bald bessere Kontrollen ++ Binder hatte geklagt: Gerichtsurteil zu E-Scootern

Die Welt

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 55

Length: 2998 words

Body

Innenpolitik

Frühere Bundestags-Vizepräsidentin

Antje Vollmer ist tot

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Ric....

Als die Nachricht kam, unterbrachen die Abgeordneten die laufende Debatte für eine Schweigeminute: Antje Vollmer (Foto), die frühere Vizepräsidentin des Bundestags, ist tot. Sie sei am Mittwoch im Kreise der Familie nach langer schwerer Krankheit friedlich gestorben, sagte ihr Sohn Johann Vollmer. Die frühere Grünen-Politikerin wurde 79 Jahre alt. Zwischen 1994 und 2005 war die promovierte Theologin Parlaments-Vizepräsidentin, im Bundestag saß sie von 1983 bis 1985, von 1987 bis 1990 und schließlich von 1994 bis 2005. Katrín Göring-Eckardt erinnerte an die Errungenschaften ihrer verstorbenen Parteikollegin: Diese sei die erste Vizepräsidentin der Grünen im Bundestag gewesen, "sie war von Beginn an dabei und hat vieles von dem durchgekämpft, wovon wir heute profitieren", schrieb Göring-Eckardt auf Twitter. "Und sie hat ihren eigenen Kopf behalten, unbeugsam! Danke Antje."

Getötete Luise

Wüst will gegen Mobbing vorgehen

Wurde die später getötete zwölfjährige Luise gemobbt? Nach einem entsprechenden Bericht hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) angekündigt, stärker gegen Schikane in der Schule vorzugehen. Es sei richtig sich anzuschauen, "wo wir noch besser werden können", sagte Wüst dem WELT-Nachrichtensender. Zwar gebe es bereits Programme, aber man müsse sich im Einzelfall ansehen, "warum da was nicht funktioniert hat". Generell werde nach der Pandemie berichtet, "dass die Frustrationstoleranz, gerade bei den ganz jungen Jugendlichen, bei den Kindern - insbesondere bei Mädchen - zurückgegangen ist." "Bild" hatte zuvor berichtet, dass Luise Opfer von Mobbing gewesen sein soll. Ein Interview mit einem Rechtspsychologen zum Thema Gewalt unter Kindern lesen Sie auf Seite 4.

Inhaftierte Richterin

Rückkehr ins Amt ausgeschlossen

Im Dezember wurde die Richterin und frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann bei der Großrazzia gegen die "Reichsbürger"-Szene verhaftet. Nun entschied das Berliner Verwaltungsgericht, dass sie nicht an ihren bisherigen Arbeitsplatz zurückkehren darf. Zudem werden der Richterin die monatlichen Dienstbezüge um 50 Prozent gekürzt. Das Gericht folgte damit einem Antrag der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung. Das Dienstgericht geht davon aus, dass das eingeleitete Disziplinarverfahren dazu führt, dass Malsack-Winkemann das Richteramt dauerhaft nicht mehr ausüben darf. "Denn eine Richterin, die sich einem auf die Durchführung eines gewaltsamen Staatsstreiches gerichteten Geheimbündnis anschließe, breche den von ihr geleisteten Eid auf das Grundgesetz in besonders schwerer Weise und sei deshalb aus dem Dienst zu entfernen", hieß es.

Unter falschem Namen in der SPD

"Handelsblatt" beurlaubt Redakteur

Ein SPD-Mitglied im Berliner Bezirk Pankow hat sich offensichtlich unter falschem Namen für die Partei engagiert. Öffentlich wurde das, nachdem der Vize-Vorsitzende einer SPD-Abteilung, der sich Matthias Brückmann nennt, durch deutliche Kritik an SPD-Landeschefin Franziska Giffey und deren Plänen für eine Koalition mit der CDU auffiel. Wie der "Tagesspiegel" berichtet, heißt er Mathias Brüggmann und arbeitet als Journalist für das "Handelsblatt". Dessen Chefredaktion teilte mit, das politische Amt des Redakteurs sei dort nicht bekannt gewesen. "Nachdem Medien über sein Engagement berichteten, wurde der Kollege beurlaubt, bis die Zusammenhänge lückenlos geklärt sind." Eine Kommission werde Brüggmanns Texte unter dem Aspekt untersuchen, ob sie dem Anspruch an redaktionelle Unabhängigkeit gerecht geworden seien.

Außenpolitik

Ukraine

Polen liefert zwölf Kampfjets

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Ric....

Als erstes Nato-Land will Polen bald Kampfjets vom Typ MiG-29 aus sowjetischer Produktion an die Ukraine liefern. In den kommenden Tagen werde man vier "voll einsatzbereite Flugzeuge in die Ukraine überführen", sagte Präsident Andrzej Duda. Später sollten acht weitere folgen, die zuerst überprüft werden müssten. Duda sagte, die polnische Luftwaffe verfüge derzeit über etwa ein Dutzend MiG-29, die Anfang der 90er-Jahre aus Beständen der DDR übernommen worden seien. "Sie sind weiterhin die ganze Zeit als funktionierende MiGs für unsere Luftabwehr im Einsatz." Die an die Ukraine abgegebenen Maschinen sollen durch moderne Kampfjets aus Südkorea und den USA ersetzt werden. Unterdessen hat der polnische Geheimdienst einen Ring mutmaßlicher russischer Spione zerschlagen. Die neun Verdächtigen hätten Aktionen vorbereitet, mit denen die Lieferung von Ausrüstung, Waffen und Hilfsgütern für die Ukraine behindert werden sollte, sagte Innenminister Mariusz Kamiński. Bei den Festgenommenen handele es sich um Ausländer, die "jenseits von Polens Ostgrenze" stammten. Nach Erkenntnissen des polnischen Geheimdienstes sollen die mutmaßlichen Agenten vor allem das polnische Eisenbahnnetz beobachtet haben. Mehr zum Ukraine-Krieg lesen Sie auf Seite 6, einen Kommentar auf Seite 7.

Israels Premier bei Scholz

Netanjahu verteidigt Justizreform

In Israel gehen Massen auf die Straße, der Staatspräsident warnt, das Land drohe, zerissen zu werden: Die kontroverse Justizreform der Regierung Benjamin Netanjahu verfolgte Israels Regierungschef bis nach Berlin. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) brachte nach einem Treffen mit dem Premier seine Besorgnis zum Ausdruck. Man verfolge die Entwicklungen "aufmerksam und - das will ich nicht verhehlen - mit großer Sorge", sagte Scholz. Es sei allerdings nicht seine Aufgabe als deutscher Regierungschef, sich in konkrete Details einzumischen. Es sei "gut und wertvoll", dass Israels Staatspräsident Isaac Herzog sich nun darum bemühe, "den gesellschaftlichen Frieden" zu bewahren. Netanjahu sagte auf der Pressekonferenz zu der Justizreform, man wolle "Israel liberalisieren". Worüber der Premierminister noch mit Scholz sprach, lesen Sie auf Seite 5.

Rentenreform in Frankreich

Regierung drückt Vorhaben durch

Frankreichs Regierung hat die umstrittene Rentenreform ohne finale Abstimmung durchs Parlament gedrückt. Sie entschied, das wichtigste Reformprojekt von Präsident Emmanuel Macron mit einem Sonderartikel der Verfassung ohne Abstimmung in der Nationalversammlung umzusetzen. Premierministerin Élisabeth Borne sagte begleitet von lautem Protest der Opposition: "Diese Reform ist notwendig." Zwar hatte der Senat als zweite Kammer des Parlaments am Morgen für die Reform zur Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre votiert. Eine Zustimmung in der Nationalversammlung schien aber nicht sicher. Das Vorhaben kann theoretisch noch durch ein Misstrauensvotum gekippt werden. Warum das Projekt so entscheidend ist für den weiteren Verlauf der zweiten Amtszeit von Präsident Emmanuel Macron, lesen Sie auf Seite 6.

Italiens Vize-Außenminister

Kritik an deutscher Migrationspolitik

Kein Verständnis: Der italienische Vize-Außenminister Edmondo Cirielli hat die Migrationspolitik der Bundesregierung kritisiert. Deutschland müsse aufhören, die Schiffe von Nichtregierungsorganisationen, die auf dem Mittelmeer Flüchtlinge aus Seenot retten, indirekt mitzufinanzieren, forderte Cirielli im Interview mit WELT - dem ersten eines führenden Fratelli d'Italia-Mitglieds mit einem deutschen Medium seit dem Wahlsieg der Partei im Herbst. Außerdem müssten die Flaggenstaaten der NGO-Schiffe mehr Verantwortung übernehmen, so Cirielli weiter: "Etwa, indem sie künftig für die Asylanträge verantwortlich sind, wie es auch das Seerecht fordert." Würde Ciriellis Forderung umgesetzt werden, müsste die Bundesrepublik die Asylgesuche von Migranten, die an Bord deutscher NGO-Schiffe in der EU an Land gehen, bearbeiten. Derzeit übernimmt Italien als Erstankunftsland entsprechend der Dublin-Vereinbarungen diese Aufgabe. Das Interview lesen Sie auf Seite 5.

Wissen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Ric....

Nasa

Neue Raumanzüge vorgestellt

Für künftige Mondlandungen kleidet die US-Raumfahrtagentur Nasa ihre Astronauten neu ein. Einen Prototyp der neuen Raumanzüge stellte die Nasa mit der US-Firma Axiom Space in Houston (Texas) vor. Die in rund zehnjähriger Arbeit entwickelten Anzüge - inklusive Helm, Visier, Stiefeln und einer Art Rucksack - böten besseren Schutz vor den harschen Bedingungen im All und bessere Flexibilität für die Raumfahrer als die vorherigen, hieß es. Die Raumfahrer könnten sich damit etwa besser bücken oder hocken, um dann beispielsweise Steine von der Mondoberfläche aufzuheben. Chef-Ingenieur Jim Stein führte mit dem Anzug bei der Veranstaltung sogar Ausfallschritte und Kniebeugen vor. Auf dem Helm sind Kameras und Lampen angebracht, im sogenannten Rucksack befindet sich ein Lebenserhaltungssystem, das als eine Art "Mischung aus sehr schicker Taucherflasche und Klimaanlage" beschrieben wurde. Die Raumanzüge, die die Nasa-Astronauten derzeit bei Außeneinsätzen an der ISS tragen, wurden schon vor rund 40 Jahren eingeführt, damals noch für die Space Shuttles.

Dinosaurierhälse

Wer hat den Längsten?

Dinosaurier haben wohl einen neuen Rekordhalter, was die Länge des Halses betrifft - zumindest vorerst. Zu diesem Schluss sind Forscher um Andrew Moore von der Stony Brook University in New York gekommen. "Mit einer Länge von 15 Metern sieht es so aus, als wäre Mamenchisaurus sinocanadorum der Rekordhalter - zumindest so lange, bis etwas Längeres entdeckt wird", wird der Paläontologe zitiert. Das entspricht der Länge von etwa sechs Giraffenköpfen. Die Saurierart lebte vor mehr als 160 Millionen Jahren im heutigen Ostasien und anderen Teilen der Welt. Fossile Überreste der Tiere waren schon 1987 in China entdeckt worden. Obwohl nur eine kleine Zahl Knochen gefunden wurde, gelang es den Forschern nun mithilfe vollständiger Skelette eng verwandter Dinos, Größe und Aussehen von Mamenchisaurus sinocanadorum zu rekonstruieren. Der extrem lange Hals machte demnach etwa die Hälfte der Gesamtlänge der Tiere aus. Ihr Schädel war im Verhältnis zum Körper sehr klein.

Wirtschaft und Geld

Axel Springer

Marion Horn neue "Bild"-Chefin

Der Medienkonzern Axel Springer (zu dem auch WELT gehört) ordnet die Chefredaktion der "Bild" neu. Marion Horn übernehme mit sofortiger Wirkung den Vorsitz der Chefredaktionen der "Bild"-Gruppe, Robert Schneider werde wie geplant Mitte April Chefredakteur der "Bild", teilte Axel Springer mit. Die derzeitigen Chefredakteure Johannes Boie, Alexandra Würzbach und Claus Strunz scheiden aus ihren bisherigen Rollen aus. Boie hatte den Chefredakteursposten am 18. Oktober 2021 als Nachfolger von Julian Reichelt angetreten. Zuvor war Boie Chefredakteur der WELT AM SONNTAG. Über mögliche künftige Aufgaben der drei Journalisten im Haus Axel Springer will das Unternehmen zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Nach Kritik

BP rechtfertigt Öl-Investitionen

Neben mehr Investments für erneuerbare Energien hat der britische Energiekonzern BP auch Mehrausgaben für die Öl- und Gasförderung angekündigt. Seine CO₂-Einsparziele für 2030 schraubte BP zurück. Damit brachte Konzernchef Bernard Looney die Aktionäre gegen sich auf. Warum die Investments in fossile Brennstoffe geboten sind, erklärt BP-Chefvolkswirt Spencer Dale auf Seite 9.

Rüstungskonzern Rheinmetall

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Ric....

Schnelleres Wachstum erwartet

Deutschlands größter Rüstungskonzern Rheinmetall rechnet im laufenden Jahr wegen erhöhter Nachfrage infolge des Ukraine-Kriegs mit einem noch schnelleren Wachstum. "Mit unseren Produkten wollen wir an steigenden Budgets für die militärischen Fähigkeiten partizipieren", sagte Unternehmenschef Armin Papperger. Im laufenden Jahr erwartet das bald im Dax notierte Unternehmen, das auch als Autozulieferer tätig ist, einen Umsatz zwischen 7,4 und 7,6 Milliarden Euro. Das wäre ein Anstieg um rund 15 bis 18 Prozent. Welche Bedeutung eine neue Fabrik in der Ukraine haben soll, lesen Sie auf Seite 9.

Skoda

Teurer Russland-Rückzug

Milliarden Euro hat der kriegsbedingte Rückzug aus Russland Europas Industriekonzerne gekostet. Hart getroffen hat es die tschechische Volkswagen-Tochter Skoda, die seit vergangenem Jahr das Geschäft für die ganze Gruppe in Russland koordiniert - oder vielmehr den Abschied von dem Geschäft. Zwei Werke hatte der Konzern im Land. Eines wurde bereits abgegeben, für das andere werden Käufer gesucht. Das Interview mit Skoda-Chef Klaus Zellmer lesen Sie auf Seite 10.

Gewinn sinkt

RTL spürt Werbeflaute

Der europäische Fernsehkonzern RTL muss wegen des schwächernden Werbegeschäfts und höherer Verluste beim Streaming für 2022 einen Gewinnrückgang wegstecken. Das bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebita) sank um sechs Prozent auf 1,08 Milliarden Euro und lag damit am unteren Ende der im August gesenkten Erwartungen. Für das laufende Jahr peilt der Konzern vor allem wegen Investitionen in das Streaminggeschäft einen weiteren leichten Rückgang auf 1,0 bis 1,05 Milliarden Euro an. Beim Umsatz soll es ein Plus auf 7,3 bis 7,4 Milliarden Euro geben. RTL verfolgt die Strategie, nationale Champions im europäischen Fernsehmarkt zu schaffen, um der großen Konkurrenz von Netflix & Co Paroli zu bieten. Zuletzt scheiterte das jedoch in Frankreich und den Niederlanden, vor allem wegen kartellrechtlicher Bedenken.

Brandenburg

Tesla will Werk ausbauen

Der US-Elektroautobauer Tesla hat knapp ein Jahr nach dem Produktionsstart in Brandenburg beim Land einen Antrag auf Ausbau des Werks eingereicht. Das teilte das Unternehmen mit. Dieser Antrag beziehe sich vor allem auf Änderungen an der bestehenden Fabrik in Grünheide bei Berlin. Wassermangel befürchtet Tesla demnach nicht: Die vereinbarten Mengen reichten auch für den Ausbau. In der ersten Ausbaustufe hatte Tesla eine Kapazität von 500.000 Elektroautos pro Jahr geplant, die Marke ist aber noch nicht erreicht. Derzeit arbeiten rund 10.000 Beschäftigte in dem Werk, 12.000 sollen es in der ersten Ausbaustufe werden.

Nach Zins-Entscheid

Dax erholt sich

Die Börsen in Europa haben den Zinsentscheid der Europäischen Zentralbank (EZB) verdaut und nach einem kurzen Rücksetzer ihren Erholungskurs fortgesetzt. Der deutsche Leitindex Dax notierte zum Börsenschluss 1,6 Prozent höher bei 14.967 Punkten. Die EZB hatte in ihrem Kampf gegen die Inflation trotz der Turbulenzen im Bankensektor die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt angehoben. Weitere Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Fifa-Präsident

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Ric....

Infantino wiedergewählt

Auch ohne Unterstützung aus Deutschland ist Fifa-Präsident Gianni Infantino im Amt bestätigt worden. Der 52 Jahre alte Schweizer wurde beim Kongress des Fußball-Weltverbands in Kigali (Ruanda) zum dritten Mal an die Spitze gewählt, er tritt seine zweite vollständige Amtszeit an. Die Abstimmung erfolgte per Akklamation - die Delegierten zeigten mit Applaus ihre Zustimmung. Und Infantino war der einzige Kandidat. Wie die große Infantino-Show über die Bühne ging, lesen Sie auf Seite 13.

Portugal

Ronaldo weiter im Nationalteam

Cristiano Ronaldo wird laut übereinstimmender Medienberichte weiter für Portugals Fußball-Nationalteam auflaufen. Demnach steht der 38-Jährige im Kader des neuen Nationaltrainers Roberto Martínez, der heute bekannt gegeben werden soll. Die Portugiesen treffen in der EM-Qualifikation am 23. März auf Liechtenstein und treten drei Tage später in Luxemburg an. Nach der enttäuschenden WM in Katar und seinem Wechsel zum saudischen Club Al-Nassr war eine Zukunft des Altstars in der Seleção unklar. Unumstrittener Stammspieler war der Kapitän schon bei der Weltmeisterschaft nicht mehr.

Kultur und Gesellschaft

Unesco-Verzeichnis

Steigerlied ist jetzt Kulturerbe

Das Lied der deutschen Bergleute "Glück auf, Glück auf! Der Steiger kommt" ist Immaterielles Kulturerbe in Deutschland. Die Kulturministerkonferenz hat entschieden, es in das bundesweite Unesco-Verzeichnis aufzunehmen, wie Sachsen's Ressortchefin Barbara Klepsch (CDU) erklärte. Es sei "die Hymne der deutschen Bergleute und integraler Bestandteil der in Sachsen besonders lebendigen Bergbautraditionen". Die Ursprünge des Steigerlieds reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück. Der erste Beleg einer öffentlichen Aufführung findet sich in der Beschreibung einer Festveranstaltung 1678 zu Ehren des sächsischen Kurfürsten Johann Georg II. in Schneeberg. Das Lied kündet von der Hoffnung der Bergleute, nach der gefährlichen Arbeit unter Tage wieder ans Licht und zu ihren Familien zurückzukehren. Es wird in der Regel stehend gesungen - auch bei Bergparaden im Erzgebirge, im Harz, im Ruhrgebiet oder im Saarland.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Bald bessere Kontrollen

Als erste Konsequenz aus dem Skandal beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) um einen verschwenderischen Umgang mit Gebührentgelt haben sich die Ministerpräsidenten der Länder in einem Entwurf für den vierten Medienänderungsstaatsvertrag auf einheitliche Kontrollregeln für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geeinigt. "Das schnelle Agieren in diesem Punkt zeigt, dass die Länder dem Thema eine hohe Bedeutung beimessen", sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). "Mit den nun vorliegenden Regelungen schaffen wir einheitliche hohe Standards in den Bereichen Transparenz, Compliance und Gremienkontrolle für den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland."

Blinder hatte geklagt

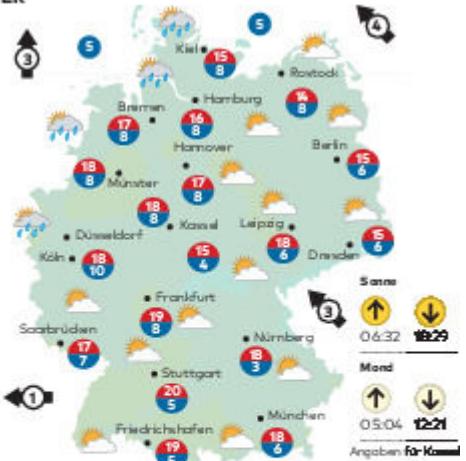
Gerichtsurteil zu E-Scootern

Ein Blinder fällt in Bremen über zwei abgestellte E-Scooter, bricht sich den Oberschenkelhals - ein Schmerzensgeld steht ihm laut Gericht aber nicht zu. Der von Geburt an blinde Mann, der sich mit einem Langstock orientiert, war den Angaben nach im Juli 2020 über zwei E-Scooter gestolpert. Diese waren quer zu einer Hauswand abgestellt. Wegen seiner Verletzungen verlangte der Mann 20.000 Euro Schmerzensgeld vom Verleiher der Fahrzeuge. Das

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Frühere Bundestags-Vizepräsidentin: Antje Vollmer ist tot ++ Getötete Luise: Wüst will gegen Mobbing vorgehen ++ Inhaftierte Ric....

Landgericht befand aber, dass die Roller gemäß ihrer Sondernutzungserlaubnis auf diese Weise abgestellt werden durften. Die Verkehrssicherungspflicht sei nicht verletzt worden. Im öffentlichen Raum müsse grundsätzlich auf die Interessen von Menschen mit Behinderung Rücksicht genommen werden. Diese müssten ihrerseits an Hauswänden mit Hindernissen rechnen wie Fahrrädern, Gerüsten oder Aufstellern.

WETTER



Sonne und Wolken, lokal etwas Regen

Heute: Im Tagesverlauf ziehen über die Nordanl und den äußersten Westen dichte Wolken, aber erst gegen Abend fällt dort etwas Regen. Sonst bleibt es verhältnis trocken. Die Sonne setzt sich im Osten und im Süden für längere Zeit durch. Die Werte steigen auf milde 9 bis 20 Grad. Der Wind weht mittig und an den Küsten frisch aus südlichen, im Alpenvorland aus östlichen Richtungen.

Blaustrahl: Bei Personen mit niedrigen Blaustrahlwerten kann es vermehrt zu Kopfschmerzen und Schwindel. Entsprechend vorbelastete Menschen müssen auch mit Migräneattacken rechnen. Neben einer erhöhten Reizbarkeit ist die Leistungsfähigkeit eingeschränkt.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 16, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt
++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörde: Plattner soll Präsidentin werden ++ Berlin: Wahlleiter optimistisch ++ Außenpolitik ++ Pistorius in der Ukraine: Mehr als 100 Leo-1-Panzer für Kiew ++ "Waffe des Kremls": EU bekämpft Desinformation ++ Iran: Unterirdischer Kampfjet-Stützpunkt ++ Großbritannien: Premier Sunak baut Kabinett um ++ Wissen ++ Arktis: Müll aus aller Welt ++ Warum Hunde nicht heulen: Nähe zum Menschen spielt eine Rolle ++ Wirtschaft und Geld ++ Verschärzte Post-Warnstreiks: Millionen Briefe bleiben liegen ++ Britischer Energieriese BP: Rolle rückwärts bei Energiewende ++ EU-Verordnung: Handel gegen Ladesäulen-Regeln ++ Tag an der Börse: Dax tritt auf der Stelle ++ Sport ++ TSG 1899 Hoffenheim: Matarazzo soll übernehmen ++ Fußball: Bruder-Duell im DFB-Pokal ++ Handballer des Jahres 2022: Golla und Grijseels ausgezeichnet ++ Kultur und Gesellschaft ++ Gruner Jahr-Zeitschriften: 700 Stellen fallen weg ++ Todesfahrt am Berliner Ku'damm: Beschuldigter schweigt vor Gericht ++ Thailand: Kleinkind aus Bohrloch gerettet

Die Welt

Mittwoch 8. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 28

Length: 2981 words

Body

Innenpolitik

Asylbewerber

Zahl der Anträge verdoppelt

Die Zahl der Asylanträge hat sich im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat mehr als verdoppelt. Dieser war jedoch noch von der Corona-Pandemie geprägt. Wie aus einer Statistik des Bundesamtes für Migration und

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörde....

Flüchtlinge (BAMF) hervorgeht, hatten im Januar 2022 bei der Behörde 13.776 Personen erstmals um Schutz ersucht. Im vergangenen Monat gingen 29.072 Erstanträge beim BAMF ein. Hinzu kamen 2290 Folgeanträge. Die wichtigsten Herkunftsländer der Antragsteller waren Syrien, Afghanistan, die Türkei und der Iran. Viele Kommunen sehen sich an der Belastungsgrenze - und verlangen einen langfristigen Plan für Unterbringung und Integration von **Migranten** und **Asylbewerbern**. Der Städte- und Gemeindebund hofft auf Entscheidungen beim geplanten **Flüchtlingsgipfel**. "Ich hoffe sehr, dass nicht nur gesprochen wird", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg im Deutschlandfunk. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte eine Teilnahme von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Gipfel. Einen Kommentar lesen Sie auf Seite 7.

Corona-Isolationspflicht

Bald in allen Ländern abgeschafft

Als letztes Bundesland schafft nun auch Mecklenburg-Vorpommern die Isolationspflicht von Corona-Infizierten ab. Sie endet am 12. Februar. Zuvor hatten auch Berlin und Brandenburg angegeben, dass die Vorgabe ausläuft. Die Maskenpflicht an medizinischen Orten bleibt jedoch vorläufig bestehen. In den anderen Bundesländern war schon eher Schluss damit: In Hamburg und Nordrhein-Westfalen zum Beispiel gibt es die Isolationspflicht seit dem 1. Februar nicht mehr, in Schleswig-Holstein fiel sie sogar bereits Mitte November weg.

IT-Sicherheitsbehörde

Plattner soll Präsidentin werden

Erstmals bekommt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine Präsidentin: Die Mathematikerin Claudia Plattner soll den geschassten Arne Schönbohm ersetzen. Plattner ist seit Sommer 2021 Generaldirektorin für Informationssysteme bei der Europäischen Zentralbank (EZB). Der langjährige BSI-Präsident Schönbohm war von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Oktober seines Amtes enthoben worden. Zuvor hatte Jan Böhmermann in seiner ZDF-Sendung über Schönbohms Beziehungen zu einem Verein berichtet, der wegen der Verbindungen einiger Mitglieder nach Russland umstritten ist. Schönbohm setzte sich zur Wehr. Inzwischen ist er Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.

Berlin

Wahlleiter optimistisch

"Ich bin zuversichtlich, dass diese Wahl funktionieren wird": Berlins Landeswahlleiter Stephan Bröchler geht von einem Gelingen der Wiederholungswahl am Sonntag aus. Die Landeswahlleitung und die Verantwortlichen in den Bezirken seien "startklar". Berlin habe in einer Ausnahmesituation viel Aufwand betrieben, um in nur 90 Tagen die Wahlwiederholung vorzubereiten. Als Beispiele nannte er mehr Wahlkabinen und mehr Helfer, eine bessere Logistik und Vorsortierung der Stimmzettel. Der Berliner Verfassungsgerichtshof hatte die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten vom 26. September 2021 wegen zahlreicher Pannen für ungültig erklärt. Unterdessen gibt sich Berlins Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch optimistisch, die rot-grüne Koalition fortsetzen zu können - obwohl Umfragen zufolge die CDU stärkste Kraft werden könnte. Für solche Konstellationen gebe es genügend historische Beispiele, sagte Jarasch WELT, ob "Brandt und Schmidt im Bund, Momper 1989 in Berlin oder Kretschmann 2011 in Baden-Württemberg". Ein Wahlsieger "muss eine stabile Regierung zustande bringen. Das müsste die CDU erst einmal schaffen." Das Interview lesen Sie auf Seite 4.

Außenpolitik

Pistorius in der Ukraine

Mehr als 100 Leo-1-Panzer für Kiew

Die deutsche Rüstungsindustrie kann der Ukraine bis zu 178 Kampfpanzer vom Typ Leopard 1 A5 liefern. Die nötige Genehmigung sei erteilt worden, erklärten das Bundesverteidigungsministerium sowie das für

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörde....

Rüstungsexporte zuständige Bundeswirtschaftsministerium. In einer gemeinsamen Mitteilung der Verteidigungsministerien von Deutschland, Dänemark und den Niederlanden hieß es zudem, die Ukraine werde in den nächsten Monaten "mindestens 100" Leopard-1-Panzer erhalten. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) reiste am Dienstag nach Kiew. Die Bundesregierung hatte vor zwei Wochen entschieden, der Ukraine auch moderne Leopard-2-Kampfpanzer zu überlassen. Der Besuch in Kiew war die erste große Auslandsreise des vor knapp drei Wochen vereidigten Verteidigungsministers. Im Fernsehsender WELT sagte Pistorius: "Deutschland braucht sich hier, was die Unterstützung angeht, wahrlich nicht zu verstecken." Mehr zu den Panzerlieferungen lesen Sie auf Seite 6.

"Waffe des Kremls"

EU bekämpft Desinformation

Auch mit Blick auf die russische Kriegspropaganda will die EU stärker gegen Desinformation im Internet vorgehen. Dafür baut sie ein Zentrum zur Analyse und zum Informationsaustausch über Desinformation auf, wie der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell ankündigte. Die EU wolle besser verstehen, wie Desinformationen und Kriegspropaganda aus Staaten wie Russland oder China in der EU verbreitet und organisiert würden. Denn der Ukraine-Krieg werde nicht nur auf dem Schlachtfeld geführt, sondern auch im Internet, um Menschen zu manipulieren. "Die Informations- und Propagandakanäle sind heute eine Waffe des Kremls", sagte Borrell. Zusammen mit den Plänen für das neue Analysezentrum wurde eine Untersuchung zu Desinformationen im Internet durch Russland und China vorgestellt. Moskau verbreitete demnach Desinformationen auf sozialen Medien, über Konten von diplomatischen Diensten wie Botschaften oder auf dessen Websites.

Iran

Unterirdischer Kampfjet-Stützpunkt

Demonstration der Stärke: Die iranische Armee hat Staatsmedien zufolge ihren ersten unterirdischen Stützpunkt für Kampfflugzeuge vorgestellt. In der Militärbasis "Oghab 44" ("Adler" auf Persisch) könnten "alle Typen von Kampfjets und Bombern" sowie Drohnen untergebracht werden, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Irna. Der genaue Standort wurde nicht enthüllt, den Berichten zufolge befindet sich der Stützpunkt aber "mehrere Hundert Meter tief unter den Bergen" und kann US-Angriffen standhalten. Iranische Medien veröffentlichten Fotos und Videos aus dem Stützpunkt, auf denen hochrangige Militärs zu sehen waren.

Großbritannien

Premier Sunak baut Kabinett um

Seit gut 100 Tagen ist der britische Premierminister Rishi Sunak im Amt - und steht schon erheblich unter Druck. Nun hat er sein Kabinett neu zugeschnitten. Ein neues Ministerium für Energiesicherheit - geleitet vom bisherigen Wirtschaftsminister Grant Shapps - solle die Energieversorgung gewährleisten und für niedrigere Gas- und Stromrechnungen sorgen, teilte Downing Street mit. Shapps ist außerdem für die Aufgabe verantwortlich, die Inflation zu senken - eines der wichtigsten Versprechen Sunaks. Mit der Umbildung will der konservative Premierminister nach Ansicht von Kommentatoren wieder in die Offensive kommen. Zwar hat er die Finanzmärkte beruhigt, die durch die Wirtschaftspolitik seiner Vorgängerin Liz Truss ins Chaos gestürzt waren. Allerdings bekommt er die Skandale in seiner Partei nicht in den Griff und konnte bisher keine eigenen Akzente setzen. Ausgelöst wurde der Umbau durch den Rauswurf des Generalsekretärs der Konservativen, Nadhim Zahawi, der als Minister am Kabinetttisch saß und im Zusammenhang mit einer Steueraffäre gehen musste.

Wissen

Arktis

Müll aus aller Welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörde....

In der Arktis findet sich einer Studie zufolge Müll aus aller Welt. Auch aus Deutschland gelange Plastik und anderer Abfall in das nördliche Polarmeere, meldete das Alfred-Wegener-Institut (AWI) in Bremerhaven. In die Auswertung wurde demnach Müll einbezogen, den Teilnehmende von Arktisreisen in fünf Jahren an den Stränden von Spitzbergen gesammelt hatten. Der Großteil der insgesamt gefundenen Abfälle gehe auf Fischerei und Schifffahrt zurück, hieß es. Etwa ein Drittel des eindeutig identifizierbaren Mülls stamme aus Europa, ein großer Teil aus Deutschland. "Plastikmüll ist ein globales Problem, das auch die scheinbar unberührte Wildnis des hohen Nordens nicht verschont", hieß es in der AWI-Mitteilung. Die Studie ist im Fachmagazin "Frontiers in Marine Science" veröffentlicht.

Warum Hunde nicht heulen

Nähe zum Menschen spielt eine Rolle

Haushunde verlernen durch die Nähe zum Menschen das von Wölfen bekannte Heulen. Das haben Verhaltensforscher um die Erstautorin Fanni Lehoczki von der Eötvös-Lorand-Universität in Budapest anhand von 68 reinrassigen Hunden belegt. Bei dem Test wurden den Tieren Aufnahmen von Wolfsgeheul abgespielt und ihre Reaktionen beobachtet. Darüber hinaus wurde die genetische Ähnlichkeit der verschiedenen Rassen zu Wölfen bestimmt, wie das Team im Fachmagazin "Communications Biology" berichtet. Die Ergebnisse zeigten, dass Hunderassen, die dem Wolf genetisch sehr ähnlich sind, eher dazu neigen, auf die Aufnahmen des Wolfsgeheuls selbst mit eigenem Heulen zu antworten. Vom Wolf entfernter verwandte Rassen reagierten hingegen eher mit Bellen. Die Forscher fanden diesen Zusammenhang jedoch nur bei älteren Hunden. Sie nehmen daher an, dass Hunde der meisten Rassen zwar heulen können, diese Fähigkeit aber wegen ihres veränderten sozialen Umfelds beim Menschen ihre Funktion verloren hat. Daher würden viele Hunde moderner Rassen das Heulen nicht mehr in den entsprechenden Situationen einsetzen.

Wirtschaft und Geld

Verschärft Post-Warnstreiks

Millionen Briefe bleiben liegen

Kurz vor der Fortsetzung der Tarifverhandlungen bei der Deutschen Post hat die Gewerkschaft Ver.di den Arbeitskampf verschärft und die Zustellung von Millionen Briefen und Paketen ausgebremst. Insgesamt beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben am Dienstag bundesweit rund 15.000 Postmitarbeiter an den Warnstreiks, fast doppelt so viele wie am Montag. Die Post sprach von 14.000 Streikenden. Nach Unternehmensangaben blieben durch den Arbeitskampf in den Brief- und Paketzentren und bei der Zustellung am Dienstag über fünf Millionen Briefe und mehr als eine Million Pakete liegen. Das entspricht rund 20 Prozent der durchschnittlichen Tagesmenge bei Paketsendungen und rund elf Prozent bei Briefsendungen.

Britischer Energieriese BP

Rolle rückwärts bei Energiewende

Der britische Energiekonzern BP hat seine internen Klimaschutz-Ziele zurückgeschraubt. Das geht aus einem Strategiepapier des Unternehmens hervor. Zuvor hatte BP eine CO2-Reduktion von 35 bis 40 Prozent bis 2030 anvisiert. Jetzt sind es noch 20 bis 30 Prozent. Gleichzeitig wolle man mehr in Öl- und Gasprojekte investieren, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine solche Rolle rückwärts ist ein Novum in einer Zeit, in der alle Welt über die Energiewende philosophiert. Wie BP-Chef Bernard Looney das begründet, lesen Sie auf Seite 9.

EU-Verordnung

Handel gegen Ladesäulen-Regeln

Die Europäische Union plant in einer Richtlinie neue Regelungen zu Ausbau von Ladesäulen auf Parkplätzen von Nicht-Wohngebäuden. Aktuell sieht ein Kompromissvorschlag des EU-Parlaments vor, dass bei Neubauten jeder

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörd....

fünfte Stellplatz mit einer Ladesäule ausgestattet und darüber hinaus jeder Stellplatz vorbereitend verkabelt werden muss. Bei bestehenden Gebäuden fordert der Kompromiss, jeden zehnten Parkplatz mit einem Ladepunkt auszustatten. Der Handel in Deutschland läuft nun Sturm gegen diese Pläne und fordert stattdessen einen bedarfsgerechten Ausbau mit mehr Ladepunkten in der Stadt und weniger auf dem Land. Mehr dazu lesen Sie im Bericht auf Seite 11.

Tag an der Börse

Dax tritt auf der Stelle

Der deutsche Aktienmarkt hat nach dem schwachen Wochenstart am Dienstag wenig Bewegung gezeigt. Zum Xetra-Handelsschluss verlor der Dax 0,24 Prozent auf 15.306 Punkte. Damit trete der Leitindex "auf hohem Niveau auf der Stelle", so ein Kapitalmarktstratege. Am vergangenen Donnerstag hatte der Dax noch den höchsten Stand seit fast einem Jahr erreicht. Die durch den starken US-Arbeitsmarktbericht vom Freitag angeheizten Zinssorgen drückten ihn zu Wochenbeginn aber nach unten. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

TSG 1899 Hoffenheim

Matarazzo soll übernehmen

Fußball-Bundesligist TSG 1899 Hoffenheim steht unmittelbar vor der Verpflichtung von Pellegrino Matarazzo. Der 45-Jährige soll bei den Kraichgauern als Chefcoach und Nachfolger von André Breitenreiter übernehmen, wie "Bild" und "Kicker" berichteten. Die Entscheidung scheint demnach bereits gefallen, eine Verkündung der Verpflichtung Matarazzos stehe bevor. Erst am Montag hatten die Hoffenheimer die Trennung von Breitenreiter verkündet, der beim 2:5 beim VfL Bochum im zehnten Pflichtspiel in Serie sieglos blieb und in der Folge nach etwas mehr als einem halben Jahr Amtszeit wieder gehen musste. Matarazzo arbeitete zuletzt beim VfB Stuttgart, wo er im Oktober gehen musste.

Fußball

Bruder-Duell im DFB-Pokal

Im DFB-Pokal kommt es heute zu einem besonderen Duell. Im Achtelfinalspiel zwischen dem VfL Bochum und Borussia Dortmund treffen die Brüder Keven (25) und Nico Schlotterbeck (25) aufeinander. Der BVB sei Favorit, sagt Keven Schlotterbeck, er setze aber auf die Heimstärke des VfL: "Es ist ein geiles Spiel. Und ja, warum nicht den BVB schlagen, wenn man schon mal so weit ist? Man muss den VfL Bochum erst mal vor heimischem Publikum schlagen. Die Art, die Intensität, die Mentalität, die wir zu Hause auf den Platz bringen, ist sehr gut. Die Fans waren atemberaubend." Und haben der Mannschaft in den vergangenen Wochen extrem geholfen. Mehr dazu im Bericht auf Seite 13.

Handballer des Jahres 2022

Golla und Grijseels ausgezeichnet

Johannes Golla und Alina Grijseels sind die Handballer des Jahres 2022. Der 25-Jährige von der SG Flensburg-Handewitt und die 26-Jährige von Borussia Dortmund setzten sich bei der Publikumswahl der Fachzeitschrift "Handballwoche" durch. Hinter den beiden Mannschaftsführern der deutschen Nationalmannschaften belegten Niklas Landin (THW Kiel) und Juri Knorr (Rhein-Neckar Löwen) sowie Emily Bölk (FTC Budapest) und Xenia Smits (SG BBM Bietigheim) die weiteren Plätze. Die Wahl wird seit 1978 von der "Handballwoche" durchgeführt.

Kultur und Gesellschaft

Gruner Jahr-Zeitschriften

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörd....

700 Stellen fallen weg

RTL Deutschland plant in seinem Zeitschriftensegment um den früheren Verlag Gruner Jahr den Wegfall von rund 700 der 1900 Stellen. Dazu werden Magazintitel eingestellt und Verkäufe geprüft, während in die verbleibenden Kernmarken wie zum Beispiel "Stern" vor allem im Digitalen investiert wird, wie der Medienkonzern mitteilte. Hintergrund ist das drohende Abrutschen der rückläufigen Publishing-Geschäfte in die Verlustzone. Konkret sehen die Pläne so aus: Die 13 Marken "Stern", "Geo", "Capital", "Stern Crime", "Brigitte", "Gala", "Schöner Wohnen", "Häuser", "Couch", "Geolino", "Geolino mini" sowie die digitalen Bereiche von "Eltern" und "Chefkoch" bleiben im Portfolio. Sie machen nach Unternehmensangaben etwa 70 Prozent des Umsatzes aus. Bis 2025 sind Investitionen von rund 80 Millionen Euro geplant. Alle anderen Zeitschriftentitel werden eingestellt oder verkauft. Keine Zukunft sieht RTL zum Beispiel für Ableger der Kernmarken wie "Geo Epoche" und "Geo Wissen", "Brigitte Woman" und "View" (Stern). Der Vorsitzende der Geschäftsführung von RTL Deutschland, Thomas Rabe, sagte: "Viele der Titel sind Ableger. Wir können uns nicht vorstellen, diese zu verkaufen, wenn wir die Kernmarken 'Geo' und 'Brigitte' behalten. Sonst wäre eine einheitliche Markenführung nicht möglich." Auch die Magazine "Guido" um den Designer Guido Maria Kretschmer und "Barbara" um TV-Moderatorin Barbara Schöneberger werden eingestellt. Insgesamt sind es 23 Titel. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 16.

Todesfahrt am Berliner Ku'damm

Beschuldigter schweigt vor Gericht

Ein Auto rast in Fußgängergruppen, die zwischen Gedächtniskirche und Luxuskaufhaus KaDeWe in Berlin unterwegs sind. Erst ein Schaufenster stoppt die Fahrt. Acht Monate nach der Todesfahrt am Berliner Ku'damm mit zahlreichen Opfern aus Hessen hat der Prozess gegen den mutmaßlichen Fahrer begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 29-Jährigen Mord und versuchten Mord sowie gefährliche Körperverletzung vor. Er soll am 8. Juni 2022 mit einem Auto auf dem Kurfürstendamm (Ku'damm) und der Tauentzienstraße mit Absicht in Fußgängergruppen gefahren sein. Ihm sei dabei bewusst gewesen, dass es Todesopfer geben könnte. Das habe er billigend in Kauf genommen, so der Vorwurf. Sein Mandant werde sich dazu zunächst nicht äußern, erklärte sein Verteidiger vor dem Landgericht in Berlin. Der 29-Jährige, der nach eigenen Angaben die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ist seit der Todesfahrt in einem Krankenhaus des Maßregelvollzugs untergebracht. Ein vorläufiges psychiatrisches Gutachten legt laut Staatsanwaltschaft die Schuldunfähigkeit des Mannes nahe.

Thailand

Kleinkind aus Bohrloch gerettet

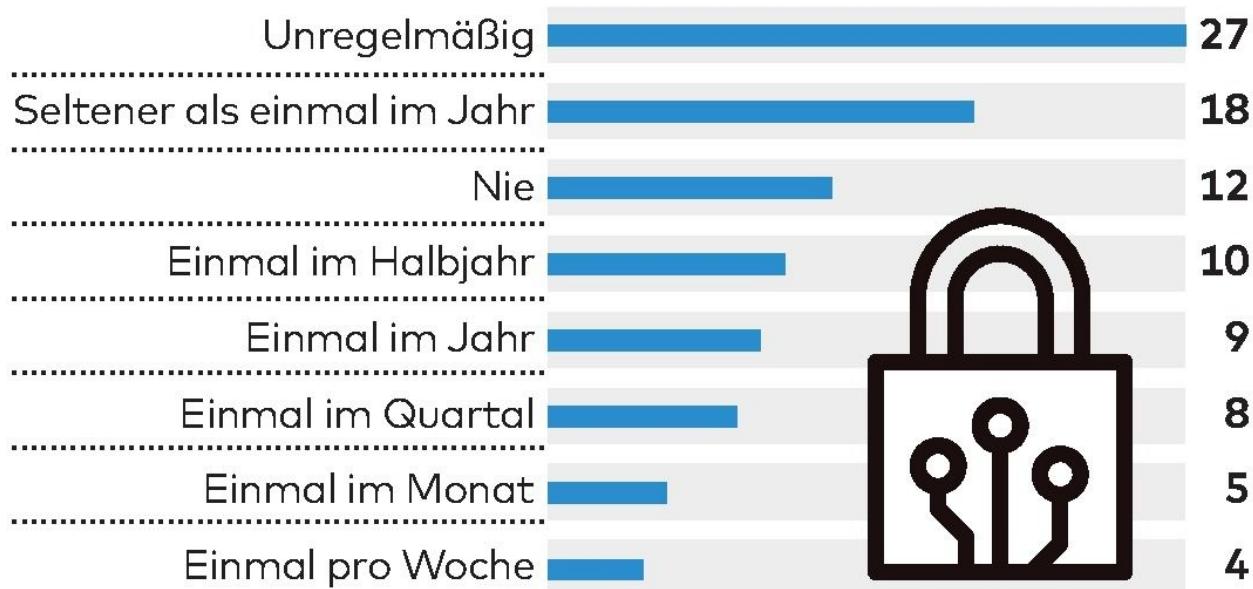
Riesenerleichterung in Thailand: Nach 18 Stunden unermüdlicher Grabungsarbeiten ist es Einsatzkräften gelungen, ein eineinhalb Jahre altes Kleinkind aus einem knapp 15 Meter tiefen Bohrloch lebend zu bergen. Das aus dem Nachbarland Myanmar stammende Mädchen war beim Spielen in das extrem enge Loch für einen Brunnen gestürzt, wie die thailändische Zeitung "Khaosod" und andere Medien berichteten. Etwa 100 Menschen hatten sich an der Rettungsaktion beteiligt. Während der Rettungsarbeiten gab es bereits Lebenszeichen von der Kleinen: Bilder einer in die Tiefe herabgelassenen Kamera hätten sie weinend mit schlammverschmutztem Gesicht gezeigt, schrieb die Nachrichtenseite "The Thaiger". Um ihr das Atmen zu erleichtern, sei Sauerstoff in das Loch gepumpt worden. Der Unfall ereignete sich auf einer Maniok-Plantage im Distrikt Phop Phra (Provinz Tak) an der Grenze zu Myanmar, auf der die Eltern arbeiten. Mit einem Bagger wurde ein zweites Loch ausgehoben, das in der Tiefe mit dem Bohrloch verbunden wurde. So konnten Einsatzkräfte das Kind schließlich erreichen.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörd....

PASSWÖRTER

Gar nicht mehr so sicher

Anteil der Befragten in Prozent, die wichtige Passwörter in folgenden Mindestabständen ändern

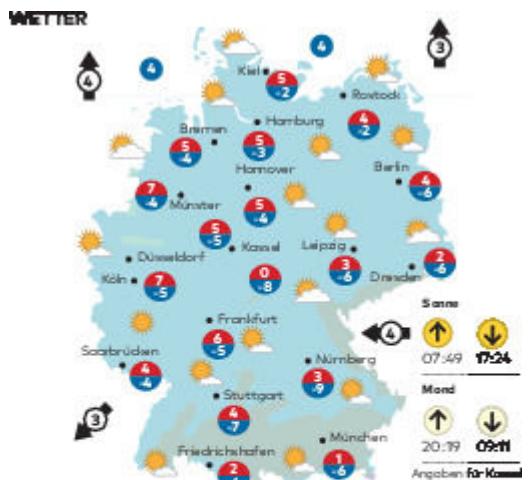


Basis: 2030 Befragte (ab 18 Jahre) in Deutschland;
Differenz zu 100% = Weiß nicht/keine Angabe; 25.-27.01.2023

Quelle: Statista; YouGov; -VICTOR-/Getty Images

welt

Auf einen Blick Innenpolitik ++ Asylbewerber: Zahl der Anträge verdoppelt ++ Corona-Isolationspflicht: Bald in allen Ländern abgeschafft ++ IT-Sicherheitsbehörd....



Viel Sonnenschein und winterlich kalt.

Wetter: An der Grenze zu Dänemark und an der Elbe kann sich örtliche Nebel- oder Hochwasserfelder allmählich auf. Sonnenschein: frost überall neben einzelnen hohen Wällen intensiv die Sonne, und es bleibt trocken. Nach einem kalten Morgen erwärmen die Höchsttemperaturen minus 3 bis plus 6 Grad. Der Wind weht: teils schwach, teils mäßig und an der Küste zeitweise frisch aus Ost bis Süd.

Blauwetter: Die Wetterlage entlastet den Organismus. Der Körper dankt es mit einer großen Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit. Personen mit Herz-Kreislauferkrankungen können sich auf einen ungewöhnlich ruhigen Tag einstellen.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: February 7, 2023

End of Document

"Israel kann sich keinen Pazifismus leisten"; Lord Weidenfeld floh als junger Mann vor den Nazis. Doch die Dschihadisten fand er später noch schlimmer. In seinem letzten Interview von 2015 sprach er über Flucht, Migration und den mörderischen Antisemitismus

Die Welt

Donnerstag 9. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 218

Length: 2176 words

Byline: Dirk Schümer

Body

Das konnte doch niemand ahnen, mag manch einer sich bei den verstörenden Berichten von judenfeindlichen Demonstrationen in deutschen Städten trösten - aber Warnungen gab es zuhauf. In seinem letzten Interview mit der WELT AM SONNTAG im Dezember 2015 hat Lord Weidenfeld nicht nur davor gewarnt, dass sich mit den muslimischen **Flüchtlingen** auch der importierte Antisemitismus in Europa festsetzt, sondern Deutschlands naiven Pazifismus hart kritisiert - und zum bewaffneten Kampf gegen die islamistischen Mordbrenner aufgerufen. Da das Thema aktueller denn je ist, wird das Interview mit dem im Januar 2016 verstorbenen Lord Weidenfeld an dieser Stelle erneut abgedruckt.

Welt am Sonntag:

Lord Weidenfeld, welche Gefühle lösen die Bilder von **Flüchtlingen** aus, die jetzt zu Hunderttausenden in Mitteleuropa ankommen, die meisten davon in Deutschland?

Lord Weidenfeld:

Es sind sehr gemischte Gefühle. Zum einen muss man großes Mitleid haben mit diesen Menschen. Aber sie kommen auch aus einer völlig anderen Kultur. Keiner weiß, wie sie sich in der westlichen Zivilisation einleben werden.

Sie selbst haben ja auch ein Schicksal als Flüchtling.

Ja, ich erinnere mich noch sehr genau, wie das war. Ich konnte nach Hitlers Einmarsch in Österreich noch heraus, weil mich in England fromme evangelikale Christen, die Brethren of Plymouth, selbstlos aufgenommen und unterstützt haben. Mein Vater wurde gleich von den Nazis inhaftiert. Wir wussten nicht, ob er da lebend wieder

"Israel kann sich keinen Pazifismus leisten" Lord Weidenfeld floh als junger Mann vor den Nazis. Doch die Dschihadisten fand er später noch schlimmer. In seinem....

herauskommt. Glücklicherweise konnten wir dann meine Eltern später gerade noch nach Großbritannien nachholen. Aber dieses Gefühl der totalen Entwurzelung, das vergisst man nie mehr.

Wie fühlten Sie sich als Flüchtling in England?

Nicht nur in Sicherheit, sondern auch erhoben zu einer besseren Zivilisation. Wir hatten fast alles verloren, man war plötzlich arm. Aber natürlich wollte ich mich sofort einfügen. Kulturell war das ja eine ganz ähnliche Mentalität. Heute ist die Differenz zwischen den Flüchtlingen aus Vorderasien und den Gesellschaften in Europa viel größer. Ob sich alle für die westliche Lebensweise begeistern so wie ich damals für die britische - ich habe da meine Zweifel.

Dennoch engagieren Sie sich ganz konkret für Flüchtlinge.

Ich wollte unbedingt etwas zurückgeben für die Gastfreundschaft und Nächstenliebe, die mir und meiner Familie vor bald siebzig Jahren zuteil geworden ist. Wir haben darum eine Organisation mit dem Namen "Safe Havens" gegründet; die soll zweitausend Familien, also etwa zehntausend Menschen, einen neuen Start im Westen ermöglichen. Wir konzentrieren uns dabei fast ausschließlich auf christliche Flüchtlinge aus Syrien, weil sie meiner Meinung nach die Hilfe am dringendsten benötigen.

Und was sind die Reaktionen?

Es ist sehr sonderbar. Man wirft uns sogar noch vor, dass wir diese Auswahl treffen. Und das im christlichen Abendland, wo etwa in Deutschland eine Partei, die sich christlich nennt, die Kanzlerin stellt. Aber warum darf man diese Christen, die aus den ältesten Gemeinden der Welt kommen, nicht bevorzugen? In den angrenzenden islamischen Ländern haben sie doch keine Chance mehr, irgendwo sicher unterzukommen. Diese Menschen sind in ihrer Heimat völlig verloren, während die Muslime in den reichen Ländern Arabiens nicht einmal ihren Glaubensgenossen helfen wollen. Es ist eine Schande.

Und wer nimmt nun diese christlichen Flüchtlinge aus Syrien auf?

Ich bekomme mehr Resonanz aus Brasilien, Australien oder Kanada als aus Europa. Da funktionieren eigentlich nur unsere Kontakte nach Polen und Tschechien vorbildlich. In Deutschland finden sich kaum Kirchengemeinden, die unser Konzept gutheißen, und die Politik schon gar nicht. Wofür hat denn die CDU das große C im Namen? Warum hilft niemand den Christen aus Syrien? Mich macht diese Situation ganz wild.

Aber es heißt ja jetzt, die Gewalt des "Islamischen Staates", ob in Syrien oder Irak, und der Terror, den diese Organisation nach Europa und Amerika trägt - das alles hat gar nichts mit dem Islam zu tun.

Das ist doch Heuchelei. Ganz offensichtlich ist dieser große Gewaltexzess religiös motiviert und hat in islamischen Gemeinden viele Sympathisanten. Selbst sogenannte gemäßigte Moslems haben oft das erklärte Ziel, Europa zu islamisieren, und distanzieren sich höchstens oberflächlich vom gewalttätigen Fundamentalismus. Das darf man nicht verdrängen.

Sehen Sie die Mehrheit der Moslems als Gefahr an?

Nein, aber gerade die Gemäßigten, der Islam als Ganzes, die islamischen Staaten - sie müssen endlich klarstellen, wo sie im Verhältnis zu unserer Zivilisation stehen. Nehmen wir die Beispiele Brüssel oder Paris, da ist der Dschihadismus viel verbreiteter, als man wahrhaben wollte. Dabei sind von dort viele Hunderte junger Männer als Krieger in den Irak und nach Syrien aufgebrochen, und keiner hat sie daran gehindert. Diese Mörder haben bei zahlreichen Jugendlichen und Fanatikern sogar noch Vorbildcharakter.

Was ist bei der Integration dieser Zuwanderer falsch gelaufen?

Wir haben nicht darauf bestanden, dass sich jeder bei uns klar von Intoleranz und Gewalt distanzieren muss. So wird sich auch der Antisemitismus, der in den arabischen Herkunftsländern ja so eine Art Staatsreligion ist, weiter in

"Israel kann sich keinen Pazifismus leisten" Lord Weidenfeld floh als junger Mann vor den Nazis. Doch die Dschihadisten fand er später noch schlimmer. In seinem....

Mitteleuropa festsetzen. Nicht nur für jemanden wie mich, der den Antisemitismus im Wien der Dreißigerjahre am eigenen Leibe erlebt hat, bedeutet das eine Katastrophe. Ich wurde damals als Jude beleidigt und habe deshalb sogar ein Säbelduell gegen einen österreichischen Nazi ausgetragen. So lief das damals an der Universität sogar noch vor dem "Anschluss". Jetzt wird es gerade bei arabischen Jugendlichen wieder hoffähig, den Juden öffentlich den Tod an den Hals zu wünschen. Das ist unerträglich.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Flüchtlingswelle?

Nicht automatisch. Unsere christlichen Syrer, die wir kaum im Westen unterbringen können, gehen sonntags zur Kirche und beten. Da kann ich wenigstens garantieren, dass kein islamischer Terrorist dabei ist. Alle Täter der mörderischen Anschläge in den letzten Tagen und Wochen hatten sich direkt im Nahen Osten oder über das Internet fanatisiert - als fromme Muslime. Wir dürfen darum nicht die Augen davor verschließen, dass die Brutstätten des Dschihadismus weiter existieren. Das ist nicht nur der sogenannte "Islamische Staat", das sind auch die Hamas, Hisbollah, die Krieg und Mord gegen Israel und den Westen verherrlichen. Woher wissen wir, wie die vielen Menschen, die jetzt zu uns kommen, zu dieser Ideologie genau stehen?

Das ist für Sie eine gefährliche Situation?

Sicher. Der Dschihadist - das möchte ich ganz klar sagen - gehört für mich in den untersten Kreis von Dantes Hölle. Er ist noch tiefer gesunken als die anderen beiden antihumanistischen Ideen und Bewegungen, die ich erleben musste: Nationalsozialisten und Bolschewiken.

Schlimmer als die Nazis? Wie meinen Sie das genau?

Die Nazis haben die Vernichtung ihrer Feinde, zuvörderst der Juden, als industrielle Maßnahme organisiert. Es war ein widerliches, kaltes Morden ohne große Emotionen. Die Bolschewisten haben bei den organisierten Hungerkatastrophen, mörderischen Umsiedlungen und Exekutionen ganz anonym Millionen umgebracht. Grauenvoll genug. Aber nun kommen diese Dschihadisten als fröhliche Sadisten und sagen der freiheitlichen Lebensform ebenfalls den Kampf an. Was tun sie? Sie köpfen und kastrieren ihre Opfer, sie schänden Frauen nach Belieben, kreuzigen die Menschen, verstümmeln sie systematisch - und das alles mit obszöner sexueller Freude. Das ist moralisch für mich die unterste Stufe des Menschseins.

Sie plädieren also für kriegerische Maßnahmen gegen den IS?

Natürlich. Dieses Regiment des Horrors, bei dem notabene Tausende Europäer mitmachen, dauert schon viel zu lange. Was müssen die Millionen Menschen, die unter dem IS leben, jeden Tag erdulden und mitmachen? Dieser Alltag unter religiös motiviertem Terror interessiert hier kaum jemanden.

Sie meinen, mit Pazifismus ist dem IS nicht beizukommen?

Ja, wie denn? Nur ein militärischer Sieg kann dem IS die Quellen austrocknen. Den bedingungslosen Pazifismus, der sich jetzt wieder hören lässt, halte ich für fatal. Als ich jung war, war wenigstens jeder bereit, sich für irgendeine Ideologie zu schlagen. Man konnte die Menschen schon an ihren Abzeichen erkennen. Es gab Trotzkisten, Katholiken, Sozialisten, Nazis, Zionisten. Heute sehe ich nur noch Fußballfans, es gibt kein Bekenntnis mehr für irgendwas, schon gar nicht für unsere westliche Freiheit.

Das hat aber auch seine guten Seiten. Schließlich sind die Menschen heute ohne ideologischen Bürgerkrieg aufgewachsen. Gerade wir Deutschen sollten uns doch nach dem Zweiten Weltkrieg besonders zurückhalten, oder nicht?

Ja, die Deutschen konzentrieren sich vollkommen darauf, die Schuld der Großväter zu betrauern. Dabei ist Hitler nicht durch Pazifismus, sondern durch Krieg besiegt worden. Außerdem wird nichts an der Schuld der Nationalsozialisten getilgt, indem die Deutschen jetzt die Hände in den Schoß legen und gar nichts tun. Ich erlebe in Deutschland jetzt die große Angst vor der Konfrontation, die Angst vor der Uniform.

"Israel kann sich keinen Pazifismus leisten" Lord Weidenfeld floh als junger Mann vor den Nazis. Doch die Dschihadisten fand er später noch schlimmer. In seinem....

Überrascht Sie das wirklich, dass die Mehrheit der Deutschen von Uniformen genug hat?

Ich nenne das den moralischen Kyffhäuserchlaf der Deutschen. Ihre Geschichte, so hofft man, liegt mit ihren Untaten tief im Berg und schlummert. Und indem sie nichts tun, glauben die Deutschen jetzt, alles wird von alleine gut.

Darum also herrscht gerade in Deutschland so eine moralische Euphorie gegenüber einer massenhaften Zuwanderung, die ja nach EU-Recht illegal war und ist?

Und die nicht kontrolliert wird. Die Behörden schaffen es ja nicht einmal, die Identität und den Aufenthaltsort der Flüchtlinge aus Nahost festzustellen. Dafür freut sich dann die deutsche Öffentlichkeit, als könnte man damit die Schuld der Großeltern wieder tilgen. Hitler ausmerzen, indem die Deutschen endlich die Guten sind. Das ist Ignoranz. So nimmt man die Verbrechen von morgen hin, um die Verbrechen von gestern wiedergutzumachen.

Aber Angela Merkel und die politische Klasse in Deutschland meinen es mit ihrer Offenheit für Flüchtlinge doch gut.

Sie haben keine schlechten Motive, aber sie beweisen schlampiges Denken. Beim IS sehen wir doch, dass die Angst vor dem Austragen von Konflikten am Ende suizidäre Folgen hat. Wir nehmen die Vertriebenen auf, aber die Vertreiber lassen wir gewähren. Wir bekommen keine wirksame Koalition gegen die Terroristen zusammen. Mit all den militärischen und technischen Mitteln, die die westliche Zivilisation zweifellos hat, müsste dieser Albtraum doch in wenigen Stunden zu beenden sein. Es fehlt ganz offenkundig der militärische Wille.

Denken Sie manchmal an die Politik des Appeasements gegenüber Hitlers Eroberungsdrang?

Natürlich. Heute haben wir das mit dem Iran. Das ist eine Theokratie, die massiv die Kämpfer der Hisbollah aufrüstet. Bald wird es eine weitere Intifada geben. Und Israel kann sich keinen Pazifismus leisten.

Neulich war in israelischen Medien zu lesen, angesichts der offenen Grenzen in Europa bekämen die geschlossenen Grenzen in Israel einen noch größeren Stellenwert.

Israels Grenzen schützen das Land nicht nur vor Krieg und Terrorismus, sondern auch vor unbegrenzter Zuwanderung. Anders wäre das Land verloren. Übrigens machen auch andere Einwanderungsländer wie Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten das genauso: kontrollierte Grenzen, beschränkte Zuwanderung und feste Regeln für Einwanderer, die man sich genau aussucht. Wenn ich das richtig sehe, macht Europa im Moment das genaue Gegenteil.

Das sagen Sie als ehemaliger Flüchtling.

Das sage ich ganz bewusst. Bei meiner Flucht nach Großbritannien wurde ich 1938 ganz genau kontrolliert und benötigte Papiere. Ich wollte die totale Assimilierung, und Bedingungen stellte ich schon gar keine. Regellose Zuwanderung hingegen bedeutet das Recht des Stärkeren. Auf der Flucht gibt es Anarchie und Gewalt, und später in den Aufnahmelagern gibt es ebenfalls Anarchie und Gewalt. Draußen kontrolliert kein Militär, drinnen schafft es die Polizei auch nicht mehr.

Was folgern Sie daraus?

Wir brauchen feste Quoten für die wirklich Verfolgten, und die müssen wir sicher herüberholen mit dem Flugzeug oder per Boot. Aber nicht durch kriminelle Schlepper und eventuell unterwandert vom Dschihadismus. Wir brauchen Quoten für Christen aus dem Orient. Für vergewaltigte Frauen, für Waisenkinder. Stattdessen kommen zwei Drittel junger Männer, die im Nahen Osten beim Kampf gegen den Terror fehlen.

Bedeutet das nicht eine Diskriminierung, wenn wir die Flüchtlinge aussieben?

Ich begreife die Frage nicht. Warum sollten wir uns wegen vermeintlicher Diskriminierung schämen, wenn wir bestimmen, wer zu uns kommen soll? Die islamischen Länder und gerade die Fundamentalisten diskriminieren uns

"Israel kann sich keinen Pazifismus leisten" Lord Weidenfeld floh als junger Mann vor den Nazis. Doch die Dschihadisten fand er später noch schlimmer. In seinem....

doch systematisch. Wir müssen im Gegenzug ebenfalls unsere Grenzen kontrollieren, unsere eigenen Regeln bestimmen und unsere Lebensweise durchsetzen. Aber offenbar hat man in Deutschland nicht mehr den Mut, sich zu den christlichen und abendländischen Werten zu bekennen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Mit reichem historischen Wissens- und Erfahrungsschatz richtete Lord Weidenfeld sein Denken auf Gegenwart und Zukunft

Load-Date: November 8, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 6. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 215

Length: 350 words

Body

Die Gräuel aufzeigen

Zu "Die Verächter des freien Westens" vom 31. Oktober

Der heutige Artikel von Herrn Poschardt trifft punktgenau die gegenwärtige Situation, in der die westliche Welt steckt. Ich bin dankbar für seine kritische Darstellung der Lage, in der sich nicht zuletzt Deutschland bei der **Migrationspolitik**, bei der Zuwanderung und der Integration vieler muslimischstämmiger Personen befindet. Ich vermisste bei all den palästinensischen Befürwortern die Aufmerksamkeit auf das, was die Hamas am 7. Oktober in Israel verbrochen hat. Es braucht von Seiten des Journalismus immer wieder das Aufzeigen dieser Gräueltaten.

Sigrid Paulus, per E-Mail

Legitime Kritik

Zu "Härtere Linie bei Antisemitismus gefordert" vom 2. November

Jeder sollte seinen Glauben haben und auch frei ausleben können, ohne dass er seinen Glauben anderen Menschen aufzwingen will oder wegen seines Glaubens von anderen bedroht wird. Aber ich halte es für falsch, dass jeder, der die Regierung Israels zum Beispiel für ihre Siedlungspolitik kritisiert, als Antisemit hingestellt wird. Kritik muss erlaubt sein in einem demokratischen Staat.

René Osselmann, Magdeburg

Nötige Prophylaxe

Zu "Nur Stärke schreckt ab" vom 30. Oktober

Ein Weckruf für Pazifisten vom Schläge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich. Die Budgetplanung darf sich nicht länger mit sozialen Wohltaten aufhalten, sondern muss den Verteidigungsetat ins Zentrum rücken. Eher drei statt zwei Prozent wären geboten, damit die Bundeswehr mehr ist als ein besseres THW. Deutschland war zu

Leserbriefe

lange Trittbrettfahrer. Spätestens wenn Trump zurückkehrt, ist es damit vorbei. Prophylaxe wäre schon jetzt hilfreich.

Christoph Schönberger, Aachen

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Auf einen Blick; Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin:
Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr: Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag geplant haben: Ermittler nehmen 18-jährigen fest ++ IS-Rückkehrerin Jennifer W.: Strafe muss neu verhandelt werden ++
Staatenlose in Deutschland: Zahl auf Höchststand ++ Außenpolitik ++
Ukraine: AKW vorübergehend im Notbetrieb ++ Migration: Dänemark will schärfere Regeln ++ Streit um Verbrenner-Aus: Frust bei EU-Partnern ++
Tschechien: Ex-General Pavel neuer Präsident ++ Wissen ++ Corona-Schulschließungen: Niedrigerer IQ als Folge? ++ Indien: Züge könnten Teleskop stören ++ Wirtschaft und Finanzen ++ Habecks "Werkstattbericht": Staatlich geförderte Wärmepumpen ++ Kraftwerke: Mehr Strom aus Kohle ++ Deutsche Seehäfen: Güterumschlag gesunken ++ Lohnverhandlungen: Post will Streik noch abwenden ++ BMW: 49 Prozent mehr Gewinn ++ Tag an der Börse: Dax am Ende unverändert ++ Sport ++ Champions League: Münchner berauscht von sich selbst ++ Deutscher Fußball-Bund: Finanzlage kritisch ++ Kultur und Gesellschaft ++ "Im Westen nichts Neues": Film bringt dem Roman einen Schub ++ Christo und Jeanne-Claude: Verpackungen aller Art ++ Berliner Bäder: Oben-Ohne-Baden wird erlaubt

Die Welt

Freitag 10. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; AUF EINEN BLICK; S. 2; Ausg. 50

Length: 2861 words

Body

Innenpolitik

CDU und SPD in Berlin

Koalitionsverhandlungen gestartet

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr:
Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag geplant....

Dreieinhalb Wochen nach der Wiederholung der Berliner Abgeordnetenhauswahl haben CDU und SPD ihre Koalitionsverhandlungen begonnen. Sie sollen in rund drei Wochen bis zum 1. April abgeschlossen sein. Anschließend werden dann die SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag abstimmen. Das Ergebnis soll am 23. April vorliegen. Berliner Jusos haben eine Kampagne gegen Schwarz-Rot angekündigt, auch in einigen SPD-Kreisverbänden regt sich Widerstand.

Bundeswehr

Mehr Rekruten melden sich

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene Unsicherheit in Europa hat nicht dazu geführt, dass weniger Deutsche zur Bundeswehr gehen - im Gegenteil. 2022 traten mehr neue Soldaten den Dienst an als im Jahr zuvor. Die Zahl der Rekruten stieg laut Bundesverteidigungsministerium um rund zwölf Prozent auf 18.775. Das Vor-Corona-Niveau wurde damit aber noch nicht erreicht: 2019 hatten 20.170 Männer und Frauen den Dienst bei der Bundeswehr aufgenommen. Unter den Rekruten des vergangenen Jahres waren 9171 Soldaten auf Zeit, 8623 freiwillige Wehrdienstleistende sowie 981 freiwillige Wehrdienstleistende im Heimatschutz. Der Frauenanteil lag bei 17 Prozent.

Er soll einen Anschlag geplant haben

Ermittler nehmen 18-jährigen fest

Ein 18-Jähriger mutmaßlicher Islamist ist an der deutsch-österreichischen Grenze festgenommen worden. Dem marokkanischstämmigen Deutschen aus dem Taunus werde vorgeworfen, in Frankfurt am Main einen Anschlag mit einer vollautomatischen Schusswaffe geplant zu haben, hieß es von der dortigen Staatsanwaltschaft und vom hessischen Landeskriminalamt. Schon seit dem Sommer werde gegen ihn ermittelt, ein ausländischer Geheimdienst habe einen Hinweis geliefert. Der Verdächtige kam in Untersuchungshaft. Der 18-Jährige soll im Internet zum Thema Sprengsätze recherchiert und sich nach Fernzündungsmechanismen erkundigt haben. Zudem habe er sich eine lange Stichwaffe beschafft und diese in der Garage seiner Eltern gelagert. Bei dem Anschlag hätten viele Menschen zu Schaden kommen sollen, hieß es in der Mitteilung weiter.

IS-Rückkehrerin Jennifer W.

Strafe muss neu verhandelt werden

Weil sie tatenlos einem fünfjährigen Mädchen beim Verdursten zusah, wurde IS-Rückkehrerin Jennifer W. zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nun hat der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) München wegen Rechtsfehlern gekippt. Jennifer W. droht jetzt eine härtere Strafe. Sie hatte 2015 im Irak ein jesidisches Mädchen in sengender Hitze angekettet sterben lassen, ohne einzuschreiten. Es begegne durchgreifenden rechtlichen Bedenken, dass das OLG einen minderschweren Fall angenommen habe, hieß es vom Bundesgerichtshof. W. war in München 2021 unter anderem wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit durch Versklavung mit Todesfolge verurteilt worden. Eine andere Strafkammer muss nun noch einmal über die Höhe der Strafe verhandeln. Jennifer W.'s irakischer Ex-Mann ist bereits rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er hatte das Mädchen und dessen Mutter als Sklavinnen gekauft, nachdem diese von der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) verschleppt worden waren.

Staatenlose in Deutschland

Zahl auf Höchststand

Die Zahl der staatenlosen Menschen in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand gestiegen. Ende vergangenen Jahres waren 29.455 Menschen als staatenlos erfasst, wie das Statistische Bundesamt meldete. Seit 2014 verdoppelte sich ihre Zahl - zwischen 2005 und 2013 hatte sie noch zwischen 13.000 und 14.000 gelegen. Als staatenlos gelten Menschen, die von keinem Staat als Staatsangehörige angesehen werden. Als Grund für den starken Anstieg nannten die Statistiker die starke Fluchtmigration ab 2014. Bei einem Viertel handelte es sich um

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr:
Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag gepl....

Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren. Knapp die Hälfte aller Betroffenen wurde in Syrien geboren. Die häufigsten Gründe für eine Staatenlosigkeit sind fehlende Dokumente oder die fehlende Registrierung einer Geburt. Mehr zum Thema Migration und Einbürgerung lesen Sie auf Seite 4.

Außenpolitik

Ukraine

AKW vorübergehend im Notbetrieb

Nach heftigem russischen Raketenbeschuss in vielen Regionen der Ukraine wurde die Stromversorgung im Atomkraftwerk Saporischschja vorübergehend unterbrochen. Später hieß es vom Betreiber Ukrenergo, Spezialisten hätten die Energieversorgung wiederhergestellt. Das AKW lief vorübergehend mithilfe von Diesel-Generatoren. Russland hatte die Nuklearanlage im Süden der Ukraine kurz nach Beginn des Krieges besetzt. Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, warnte: "Jedes Mal würfeln wir. Und wenn wir zulassen, dass dies immer wieder passiert, dann wird unser Glück eines Tages vorbei sein." Mehr zum Ukraine-Krieg lesen Sie auf Seite 6.

Migration

Dänemark will schärfere Regeln

Die dänische Regierung hofft, dass die Bearbeitung von Asylverfahren der EU bald in Drittländern außerhalb der Europäischen Union abgewickelt werden können. "Wir müssen ein System schaffen, das die ursprüngliche Idee der Flüchtlingskonvention respektiert, nämlich den Menschen Schutz zu gewähren, die ihn wirklich brauchen - und das so schnell wie möglich", sagte Integrationsminister Kaare Dybvad Bek WELT. "Deshalb hoffen wir, dass wir auf europäischer Ebene die Bearbeitung von Asylverfahren in Drittländern abwickeln können." Das Interview und was die EU-Innenminister bei ihrem Treffen verabredet haben, lesen Sie auf Seite 5.

Streit um Verbrenner-Aus

Frust bei EU-Partnern

EU-Diplomaten in Brüssel sprechen von einem "Vertrauensbruch": Die deutsche Blockade des Zulassungsstopps für neue Verbrennerautos ab 2035 stößt bei europäischen Partnern auf Unverständnis und Entsetzen. Die Verhandlungen hätten in gewohnter Manier stattgefunden, Einwände hätten früher eingebracht werden können, sagte eine EU-Diplomatin. "Man würde sich wünschen, dass die koalitionsinternen Streitigkeiten vorher ausgetragen werden." In Zukunft werde man sich immer fragen, "was ein Abkommen mit Deutschland überhaupt noch wert ist". Ein weiterer EU-Diplomat sagte, solch ein Verhalten erwarte man von der ungarischen Regierung unter Viktor Orban, Deutschland habe jedoch eine besondere Verantwortung. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat Bedenken gegen die EU-Pläne. Er fordert einen Vorschlag, wie nach 2035 noch private Neuwagen zugelassen werden können, die klimaneutrale, synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) tanken.

Tschechien

Ex-General Pavel neuer Präsident

Tschechien hat einen neuen Präsidenten: Der frühere Nato-General Petr Pavel wurde als Staatsoberhaupt vereidigt. Der 61-Jährige legte in einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern in der Prager Burg den Amtseid ab. Viele Menschen verfolgten die Zeremonie auf Bildschirmen im Freien. Der Quereinsteiger in die Politik hatte in der Stichwahl Ende Januar den populistischen Ex-Regierungschef Andrej Babis mit 58,3 Prozent der Stimmen deutlich geschlagen. Pavel übernimmt das Amt von Vorgänger Milos Zeman (78). Zwischen 2015 und 2018 leitete er als General den Nato-Militärausschuss. Er steht für einen proeuropäischen und prowestlichen Kurswechsel an der Staatsspitze. Zeman hatte sich für eine Annäherung an China - und bis zum Ukraine-Krieg auch an Russland - eingesetzt.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr: Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag gepl....

Wissen

Corona-Schulschließungen

Niedrigerer IQ als Folge?

Mehrere Experten interpretieren eine neue Studie zu schlechterem Abschneiden von Schülern bei IQ-Tests nach coronabedingten Schulschließungen zurückhaltend. Ein Forscherteam um Moritz Breit von der Universität Trier hatte im Fachblatt "PLOS ONE" geschrieben, dass Schüler aus Rheinland-Pfalz rund sechs Monate nach Pandemiebeginn bei Intelligenztests deutlich weniger Punkte erzielten als Vergleichsgruppen in den Jahren 2002 und 2012. Unabhängige Experten stellen das Ergebnis der Studie nicht per se in Frage, weisen aber darauf hin, dass sich die Ergebnisse nur schwer verallgemeinern lassen. So besuchte rund die Hälfte der teilnehmenden Schüler sogenannte Hochbegabtenklassen. Zudem sei denkbar, dass die Unterschiede zwischen 2012 und 2020 auch durch andere Faktoren beeinflusst wurden. "Die Stichproben sind eigentlich für die komplexe statistische Auswertung ziemlich klein, um nicht zu sagen zu klein", sagte Detlef Rost vom Center for Mental Health Education an der Southwest University Chongqing in China. Das schränke die Belastbarkeit der Befunde ein.

Indien

Züge könnten Teleskop stören

Ein großes, besonders sensibles Radioteleskop in Indien könnte künftig durch vorbeifahrende Züge gestört werden. Das zumindest fürchten Astronomen, nachdem die indische Regierung kürzlich ihre grundsätzliche Zustimmung für den Bau von elektrisch betriebenen Hochgeschwindigkeitszuglinien in der Nähe des Teleskops nahe der Großstadt Pune gegeben hat. Mit dem sogenannten Giant Metrewave Radio Telescope (GMRT) werden unter anderem schwache Radiosignale niedriger Frequenz aus dem Kosmos empfangen. Das Netzwerk des GMRT aus 30 Antennen erstreckt sich laut "Science" über 25 Quadratkilometer. Mithilfe des Teleskops seien unter anderem einige besonders weit entfernte Galaxien und eine der größten bekannten Explosionen im Universum untersucht worden.

Wirtschaft und Finanzen

Habecks "Werkstattbericht"

Staatlich geförderte Wärmepumpen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) versucht, die Besitzer von Gas- und Ölheizungen zu beruhigen. Dennoch sollen solche Anlagen vom nächsten Jahr an nicht mehr eingebaut werden. Der Heizungstausch soll von einem Förderprogramm begleitet werden, das dafür sorgt, dass sich viele eine neue Heizung leisten können. Geht es nach Habeck, soll es also künftig staatlich finanzierte Wärmepumpen geben. Allerdings nicht für alle. Die "große Transformation" soll mehr Gewinner als Verlierer hervorbringen. Mehr über die Hintergründe lesen Sie dazu auf Seite 10.

Kraftwerke

Mehr Strom aus Kohle

Von Kohleausstieg ist noch nicht viel zu spüren: Ein Drittel des in Deutschland erzeugten und eingespeisten Stroms stammte im vergangenen Jahr aus Kohlekraftwerken. Im Vergleich zum Vorjahr wurde 8,4 Prozent mehr Kohlestrom eingespeist, wie das Statistische Bundesamt meldete. Der Anteil der konventionellen Energieträger lag insgesamt bei 53,7 Prozent (2021: 57,7 Prozent). Demgegenüber stieg der Anteil der Erneuerbaren an der Erzeugung von 42,3 Prozent auf 46,3 Prozent. Die hinter Kohle zweitwichtigste Energiequelle war die Windkraft, die ein knapp ein Viertel des Stroms produzierte.

Deutsche Seehäfen

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr: Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag geplant....

Güterumschlag gesunken

In den deutschen Seehäfen sind 2022 weniger Güter umgeschlagen worden als ein Jahr zuvor. 279,1 Millionen Tonnen bedeuteten einen Rückgang um 3,2 Prozent. Vom Niveau vor der Corona-Pandemie, in deren Folge Lieferketten weltweit unter Druck gerieten, ist der Güterumschlag der Seehäfen noch entfernt: 2019 wurden 293,5 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Wichtigste Partnerländer waren für Deutschland im vergangenen Jahr Schweden (24,4 Millionen Tonnen Güterumschlag), Norwegen (22,7), die USA (22,0) und China (20,9). Der für den Güterumschlag bedeutendste deutsche Seehafen war Hamburg mit einem Volumen von 103,4 Millionen Tonnen. Mit deutlichem Abstand folgten Bremerhaven (42,8), Wilhelmshaven (31,8) und Rostock (21,3).

Lohnverhandlungen

Post will Streik noch abwenden

Streiken die Mitarbeiter der Deutschen Post, oder streiken sie nicht? Die Gewerkschaft Ver.di hat die nötige Zustimmung zu einer unbefristeten Arbeitsniederlegung erreicht. Doch Post-Konzernchef Frank Appel und Ver.di-Vizechefin Andrea Kocsis kehren an den Verhandlungstisch zurück. All das geschieht vor dem Hintergrund von Rekordzahlen mit einem hohen Milliarden-Gewinn. Was den drohenden Streik noch verhindern könnte, erfahren Sie auf Seite 9.

BMW

49 Prozent mehr Gewinn

Der Münchener Autohersteller BMW hat im vergangenen Jahr seinen Nettogewinn um 49 Prozent gesteigert. Der Überschuss habe rund 18,6 Milliarden Euro betragen, erklärte der Konzern. Zwar wurden demnach insgesamt weniger Fahrzeuge verkauft, dies konnte jedoch maßgeblich durch höhere Preise kompensiert werden. Eine starke Zunahme um 107,7 Prozent verzeichnete BMW bei vollelektrisch betriebenen Fahrzeugen. Sie machten demnach neun Prozent der Auslieferungen aus.

Tag an der Börse

Dax am Ende unverändert

Wegen negativer US-Arbeitsmarktzahlen ist der Dax im Tagesverlauf in die Knie gegangen, hat seine Verluste zum Xetra-Tagesschluss aber vollständig wieder ausgeglichen. Der Leitindex schloss unverändert bei 15.633 Punkten. Aber die Unsicherheit bleibt, denn die Zahl der wöchentlichen Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in den USA stieg deutlicher als erwartet. Nun wird mit Spannung auf den am heutigen Freitag anstehenden monatlichen Arbeitsmarktbericht der Regierung gewartet. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

Sport

Champions League

Münchener berauscht von sich selbst

Nach dem Achtelfinal-Einzug gegen Paris Saint-Germain in der Champions League traut Vereinspräsident Herbert Hainer dem FC Bayern München alles zu. "Ich sehe keinen, der stärker ist", sagte er zur Qualität des eigenen Teams. Nach dem 2:0 gegen PSG sprach er angesichts der guten zweiten Spielhälfte von einem verdienten Sieg, "sehr kontrolliert und dominant". Hainer erlaubte sich zudem noch einen deutlichen Seitenhieb gegen das Starensemble von PSG: "Man sieht, dass man mit Geld nicht alles machen kann." Einen Kommentar zum Bayern-Sieg lesen Sie auf Seite 7, eine Analyse auf Seite 13.

Deutscher Fußball-Bund

Finanzlage kritisch

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr:
Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag gepl....

DFB-Präsident Bernd Neuendorf und Schatzmeister Stephan Grunwald haben die enorme wirtschaftliche Abhängigkeit des Verbands vom Erfolg der Nationalmannschaft bekräftigt. "Ist die Nationalmannschaft erfolglos, geht es dem DFB auch wirtschaftlich nicht gut. Das kann man mit jedem Bundesligisten vergleichen", sagte Grunwald. Der DFB verzeichnete im aktuellen Finanzbericht auch wegen notwendiger Steuerrückstellungen ein Minus von 33,5 Millionen Euro. Grundwald bezifferte den Haushalt für dieses Jahr auf minus 19,5 Millionen Euro. Durch das Vorrunden-Aus bei den Weltmeisterschaften 2018 und 2022 sind dem DFB Prämien in Millionenhöhe entgangen. Zudem, erläuterte Grunwald, würden sich sportliche Misserfolge auf Vertragsverhandlungen mit den Sponsoren auswirken.

Kultur und Gesellschaft

"Im Westen nichts Neues"

Film bringt dem Roman einen Schub

Das Interesse am Roman "Im Westen nichts Neues" von Erich Maria Remarque ist seit der jüngsten Verfilmung stark gestiegen. "Wir stellen schon seit September letzten Jahres, also seit der verstärkten Berichterstattung über die Verfilmung (...), im Handel ein gestiegenes Interesse fest, besonders an der Taschenbuch-Ausgabe", teilte der Verlag Kiepenheuer & Witsch mit. "Seit November befindet sich die Nachfrage auf einem sehr hohen Niveau. Im Januar und Februar hat sie sich gegenüber den letzten Vorjahren sogar verdreifacht." Remarque (1898-1970) schildert in dem Roman, der 1929 erschien, die Schrecken des Ersten Weltkriegs aus der Sicht eines jungen Soldaten. Das Buch wurde schon nach seiner Veröffentlichung ein riesiger Erfolg. Die Netflix-Verfilmung von Regisseur Edward Berger kam im September vergangenen Jahres in die Kinos und ist seit Oktober bei dem Streaminganbieter zu sehen. Das Drama hat bei der Oscar-Verleihung in der Nacht vom 12. auf den 13. März Chancen auf neun Auszeichnungen, darunter als bester Film.

Christo und Jeanne-Claude

Verpackungen aller Art

Verpackte Wandleuchter und Magazine, großformatige Skizzen, Modelle und Fotos: Anhand von rund 80 Werken zeigt die Schau auf Schloss Gottorf in Schleswig "Christo und Jeanne-Claude. Paris. New York. Grenzenlos" vom 10. März an die künstlerische Entwicklung des Paares seit Mitte der 50er-Jahre bis zu Christos Tod 2020. Ein von Christo verpackter VW-Käfer aus dem Jahr 1961 ist das größte Exponat der Ausstellung. Gezeigt werden bis zum 3. September in der Reithalle und im Kreuzstall die wichtigsten Projekte des Künstlerpaars - vom Eisernen Vorhang in Paris 1962 bis zur noch nicht verwirklichten Mastaba in Abu Dhabi. Christo (1935-2020) und Jeanne-Claude (1935-2009) begeisterten mit ihren Großprojekten Millionen Menschen weltweit. Ein Höhepunkt war die Verhüllung des Berliner Reichstags 1995.

Berliner Bäder

Oben-Ohne-Baden wird erlaubt

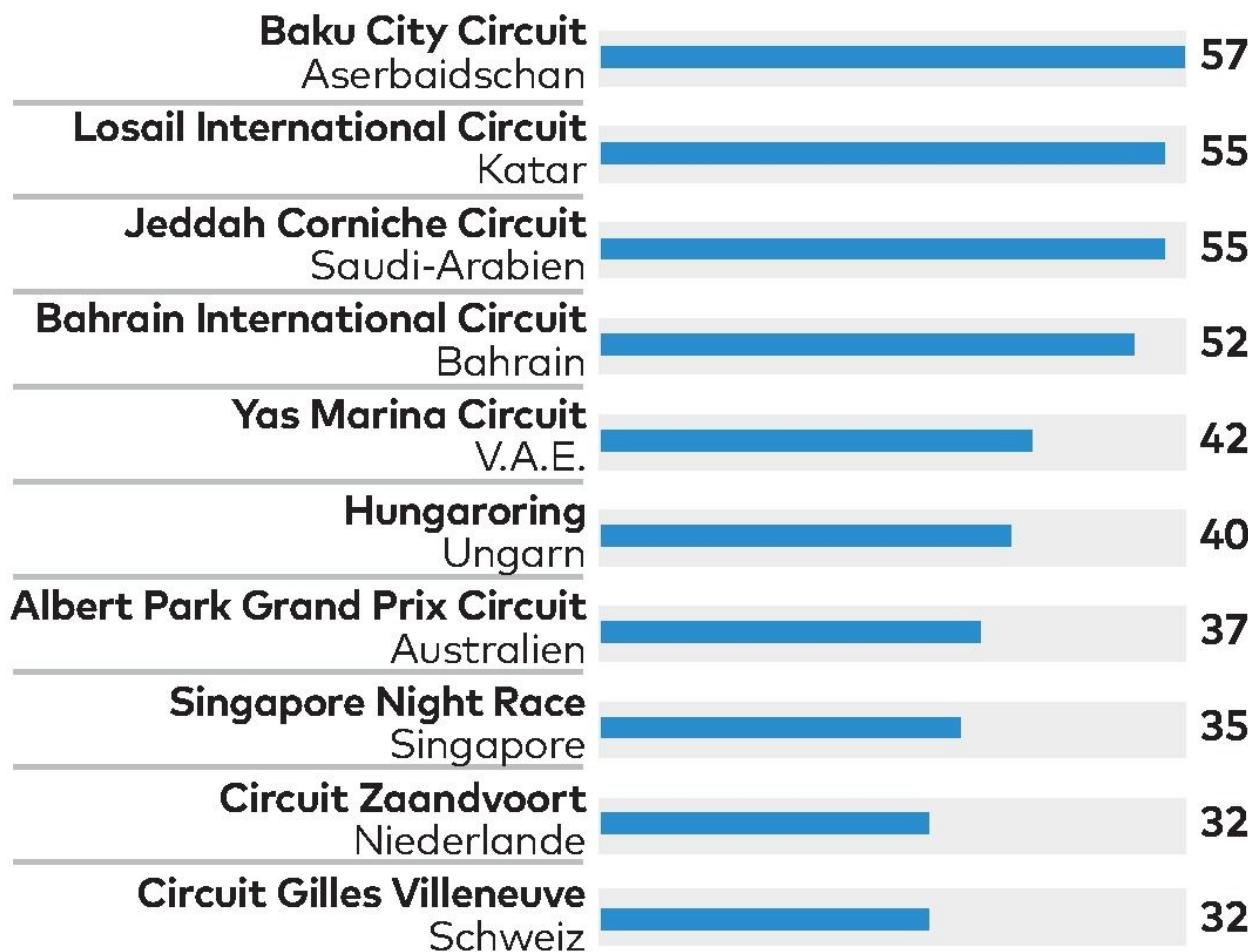
Für Männer ist es selbstverständlich - und künftig soll Oben-Ohne-Baden in Berlins Schwimmbädern auch für Frauen kein Problem sein. In einer internen Anweisung sei klargestellt worden, dass das Schwimmen "oben ohne" für alle Personen gleichermaßen erlaubt sei, sagte eine Sprecherin der Berliner Bäderbetriebe (BBB). Das Unternehmen werde die Haus- und Badeordnung künftig "geschlechtergerecht" anwenden, hatte zuvor die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung mitgeteilt. Hintergrund ist laut Senatsverwaltung eine erfolgreiche Beschwerde bei der für das Antidiskriminierungsgesetz des Landes Berlin zuständigen Ombudsstelle. Wegen ihres nackten Oberkörpers war eine Frau im Sommer 2021 von einem Wasserspielplatz verwiesen worden. Aus Sicht der Ombudsstelle stellte dies eine Diskriminierung dar. Eine Klage gegen das Land Berlin auf finanzielle Entschädigung dafür blieb jedoch erfolglos. Der Fall sorgte bundesweit für Schlagzeilen.

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr:
Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag gepl....

FORMEL 1

Der Preis eines Rennens

Jährliche Lizenzgebühren für die Austragung ausgewählter Grands Prix der Formel 1 (in Mio. US-Dollar)



WELT Stand: Februar 2023

Quelle: Statista; RacingNews365

Auf einen Blick Innenpolitik ++ CDU und SPD in Berlin: Koalitionsverhandlungen gestartet ++ Bundeswehr: Mehr Rekruten melden sich ++ Er soll einen Anschlag gepl....

WETTER



Zeitweise Schauer

Heute: Dichte Wölken bringen hin und wieder Regengüsse. Im Norden und später auch im Nordwesten können Schneeflocken niedergehen, und es besteht Glättegefahr. Die Höchstwerte liegen bei 2 bis 5 Grad. Im Norden weht der Wind schwach bis mittig, an der Nordsee frisch aus Nordost. Sonst kommt der Wind in Mäßig bis frisch mit; starke bis stürmische Böen aus West.

Blauwetter: Zurzeit stellt das Wetter den Organismus auf eine Belastungsprobe. Personen mit niedrigem Blutdruck fühlen verschärft unter Kreislaufbeschwerden. Auch Kopfschmerzen oder Migräne treten vermehrt auf. Häufig führt man sich müde.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: March 9, 2023

End of Document

"Uns werden dauernd neue Menschen geschickt"; Nach fast vier Jahren als Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern gibt Burkhard Biemel auf.
Grund ist auch die Asylpolitik von Bund und Land

Die Welt

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 55

Length: 1165 words

Byline: Hannelore Crolly

Body

Burkhard Biemel (57) hat 37 Jahre als Soldat und Unteroffizier gedient, 20 Orden erhalten, war in aller Welt im Einsatz - und seit Mai 2019 Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern. Nun wirft er das Handtuch.

WELT:

Herr Biemel, Herr Biemel, Sie haben wegen der **Asylpolitik** Ihren Rücktritt als Bürgermeister der 3700 Einwohner großen Gemeinde Dorf Mecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern angekündigt. Warum?

Burkhard Biemel:

Ausschlaggebend sind zwar vor allem gesundheitliche Gründe. Aber das eben auch deshalb, weil das Amt immer mehr zur persönlichen Last wurde. Durch die Enttäuschung über die Verhältnisse ist die Stressbelastung immens, der Arbeitsaufwand sowieso. Wir Kommunen werden bei der Krisenbewältigung komplett alleingelassen. Bundes- und Landesregierung bürden uns per Anordnung und Weisung unerfüllbare Aufgaben auf. Bei der Umsetzung lassen sie uns im Regen stehen. Das trage ich nicht länger mit.

Wo sehen Sie das Hauptproblem?

Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Vor allem entsetzt mich, dass es keinerlei Konzepte gibt. Man hat das Gefühl, gerade wird in Deutschland das Rad zum dritten Mal neu erfunden. Dabei haben wir das alles doch schon mal erlebt. Warum hat denn keiner Lehren aus der letzten Großlage gezogen? Es gibt keine Krisenpläne, keinen roten Faden, keine Struktur. Ich war 37 Jahre bei der Bundeswehr, mit Einsätzen im Kosovo, in Afrika und fünf Mal in Afghanistan. Ich weiß, wie Logistik geht. Bei der Flüchtlingswelle 2015/16 haben wir mit einer Aufklärungskompanie in Segeberg noch eine große Containerstadt aufgebaut. Die wurde dann aber nicht voll genutzt, also hat man alles wieder abgebaut, verkauft oder verschenkt. Offenkundig war man der Meinung, der

"Uns werden dauernd neue Menschen geschickt" Nach fast vier Jahren als Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern gibt Burkhard Biemel auf. Grund ist auch die Asyl....

Zustrom sei eine einmalige Sache. Jetzt müssen wir alles wieder neu beschaffen, aufbauen und einrichten. Das kann ich nicht verstehen. Genauso konzeptlos standen wir auch bei der Pandemiebekämpfung da und jetzt wieder bei der Energieknappheit.

Wie ist die Lage in Dorf Mecklenburg, was die Flüchtlingsunterbringung angeht?

Unsere Gemeinde mit 3700 Einwohnern kann nicht mehr als 50 Flüchtlinge aufnehmen, wenn sie vernünftig untergebracht und integriert werden sollen. Und diese Zahl haben wir längst. Trotzdem werden uns dauernd neue Menschen geschickt. Das Haus ist aber voll, es gibt keinen Quadratmeter freien Wohnraum mehr. Entwicklungen wie in Upahl sollten uns eine Warnung sein.

Ihre Nachbargemeinde in 20 Kilometer Entfernung, wo ein großes Containerdorf gebaut werden sollte.

Ja, eine Containeranlage für 400 Personen, in einem Ort mit 500 Einwohnern! Dass das zu heftigen Protesten führt, ist kein Wunder. Die Gemeinde wurde nicht in die Planungen einbezogen, mit den Erdarbeiten wurde sogar begonnen, ohne dass es eine Baugenehmigung gab. Upahl hat zwar geklagt, und das Gericht hat den Bau gestoppt. Aber der Vorgang ist nur ein Beispiel von vielen, wie Anweisungen von oben und die völlige Ignoranz örtlicher Verhältnisse zu immer größeren Zerwürfnissen in der Bevölkerung führen. Der Kreis wiederum setzt auf so große Anlagen, weil er nicht das Personal hat, dezentral untergebrachte Flüchtlinge zu betreuen. Wir haben uns kaputtgespart. Und die Flüchtlinge, die in das Containerdorf einziehen sollten, leben jetzt erst mal weiter in einer Turnhalle in Wismar. Von dort erreichen mich dann Anfragen, ob ich mit der Turnhalle in meinem Schulzentrum beim Vereinssport aushelfen könnte. Und das nach den Einschränkungen durch Corona.

Wie ist die Stimmung? Droht die Lage zu kippen?

Unsere Gemeinde und Nordwestmecklenburg war immer offen für Menschen aus aller Welt. Hier haben schon zu DDR-Zeiten Vietnamesen, Kubaner und Äthiopier gelebt. Aber wenn Einwohner vor vollendete Tatsachen gestellt werden, verlieren sie irgendwann das Vertrauen und Verständnis in die Politik. Wer mit den Menschen vor Ort spricht, hört schon, dass viele wegen dieser Politik mittlerweile negativ eingestellt sind. Die Verantwortlichen von Land und Bund sind aber weit weg. Der Bevölkerung alles vermitteln soll ich als Bürgermeister. Ich bekomme also Schläge von oben und Druck von unten. Dafür stehe ich nicht mehr zur Verfügung.

Was würden Sie anders machen, wenn Sie an höherer Stelle das Sagen hätten?

Es führt kein Weg daran vorbei, dass die Zuzugszahlen runtermüssen. Die Kuh muss dringend vom Eis. Die Anreize hierzulande sind zu groß, und das spricht sich über soziale Medien weltweit herum. Fast alle Flüchtlinge und Asylbewerber wollen nach wie vor nach Deutschland oder höchstens noch nach Skandinavien. Ich habe außerdem mit der Bundeswehr 1999 im Kosovo schon die Rückführung von Flüchtlingen organisiert. Wir haben Menschen vor Ort geholfen, ihre zerstörte Heimat wieder aufzubauen. Von Haus aus bin ich gelernter Landwirt, daher war ich in diesem Bereich besonders aktiv. Das zentrale Motto muss "Hilfe zur Selbsthilfe" lauten.

Deutschland sollte also Auslandsmissionen etwa in Syrien starten, um Menschen zurückzuführen?

Der Staat stellt schon Gelder zur Verfügung, um die Wirtschaft der betroffenen Länder aufzubauen. Der Gedanke der Rückkehr sollte aber noch viel mehr im Mittelpunkt stehen. Bei vielen Bürgern auch bei uns in der Gemeinde besteht aber der Eindruck, dass kaum jemand wieder weg möchte aus Deutschland. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Wir wollen alle aufnehmen, die in Not sind. Aber ihnen muss so geholfen werden, dass alle etwas davon haben.

Immer mehr Kommunal- und auch Landespolitiker schreiben Brandbriefe. Ist auch zu befürchten, dass immer mehr Ihrem Beispiel folgen und das Handtuch werfen?

Leider prallen hier zwei Welten aufeinander. In Bund und Land wird Politik gemacht - was wir Pragmatiker vor Ort sagen, findet kein Gehör. Das gilt auch für viele andere Bereiche. Die Politik redet zum Beispiel ständig von Elektromobilität und erneuerbaren Energien. Aber in der Praxis ist dann alles unendlich mühsam. Für ein Windrad

"Uns werden dauernd neue Menschen geschickt" Nach fast vier Jahren als Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern gibt Burkhard Biemel auf. Grund ist auch die Asyl....

brauche ich einen Antrag von 1000 Seiten, und der liegt dann jahrelang bei den Genehmigungsbehörden. Bei einer Ladesäule für Elektroautos ist es nicht viel besser. Die Bürokratie macht uns fix und fertig. Ich fürchte, dass erst etwas wirklich Schlimmes passieren muss, bis wirklich reagiert wird.

Was hat Sie dazu bewegt, Bürgermeister zu werden?

Ich habe schon im Kindergarten verkündet, dass ich mal eines Tages Bürgermeister werde. Mir hat der Bürgermeister bei einem Besuch im Kindergarten 1972 imponiert. Am Ende meiner Bundeswehr-Zeit habe ich mich in die Heimat versetzen lassen, um mich für das Amt zu bewerben. Seit 2020 bin ich auch in Pension. Nur so ist die Arbeit überhaupt zu bewältigen, obwohl es sich eigentlich um ein Ehrenamt mit Aufwandsentschädigung handelt. Aber unsere Gemeinde hat ein Schulzentrum, eine Wohnungsgesellschaft, Bücherei, Mehrzweckhalle und vieles mehr. Als Bürgermeister bin ich Dienstherr von 43 Angestellten. Belastender als der Zeitaufwand ist aber die Frustration darüber, wie Bund und Landesregierung mit uns umgehen. Daher trete ich auf die Notbremse.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Das Amt wurde immer mehr zur persönlichen Last", sagt Burkhard Biemel (freie Wählergemeinschaft)

Load-Date: March 16, 2023

End of Document

Weitere Maßnahmen müssen folgen

Die Welt

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 92

Length: 323 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Wer die Ergebnisse des ***Flüchtlingsgipfels*** zu bewerten sucht, sollte sich weder von den Trompetern in eigener Sache noch von den Fanfarenstößen derjenigen beirren lassen, welche in jedem Schritt der Exekutive einen Beleg für das Versagen dieses Staates sehen. Der Gipfel von Ministerpräsidenten und Bundesregierung war zumindest kein Misserfolg.

Zu den 2,7 Milliarden Euro, die der Bund für Länder und Kommunen zugesagt hatte, kommt noch eine Milliarde Euro hinzu. Was die Zuzugsbeschränkungen angeht, die nun von der gesamten Bundesregierung, also auch ihren grünen Teilen, angekündigt wurden, so ist auch hier wenigstens eine Umkehr weg vom Moralaposteltum hin zu Kontrollen und Abschiebungen wahrzunehmen. Nur: Es wird nicht reichen.

Es kann nicht sein, dass der Bund den Kommunen vorschreibt, wie viele Geflüchtete sie aufzunehmen haben. Künftig sollten Länder und Kommunen jährlich die jeweilige Zahl von Menschen festlegen, die auf die verschiedenen Landkreise zu verteilen sind. Auf diese Weise würde die Bundesregierung bald bemerken, was noch geht und was nicht. Ein Schritt dorthin wäre, der Forderung der Länder nachzukommen und Kopfpauschalen für ankommende Geflüchtete zu zahlen. In diesem Fall würden früh die Alarmglocken im Finanzministerium läuten und zu Reaktionen führen. Darüber hinaus braucht es eine Reform des europäischen Asylrechts. Die Doktrin der Fernstenliebe, die in den europäischen Verträgen verankert ist, ist fatal. Sie stattet Milliarden von Menschen mit einem Individualrecht aus, mit dem innerhalb der EU ein sorgfältig zu prüfendes Asylverfahren in Gang gesetzt werden kann.

Bis es dazu kommt, ist der Weg weit, aber der Druck wird nicht nachlassen. Er wird weitere Maßnahmen erzwingen. Eines ist heute schon zu bemerken: Die Grenzen zwischen den Gesinnungs- und den Verantwortungsethikern verschieben sich zugunsten letzterer.

jacques.schuster@welt.de (jacques.schuster@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Weitere Maßnahmen müssen folgen

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Unerträglich der Gedanke, dass diese Länder kippen

Die Welt

Freitag 4. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: KULTUR; DAS WAR DIE WOCHE; S. 16; Ausg. 150

Length: 1050 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Kaum eine Nachrichtensendung des Öffentlich-Rechtlichen ohne die AfD. Ihr Parteitag, die EU-Kandidatenkür und die brachiale Äußerung Björn Höckes über das Ende der EU waren Volltreffer. Man muss doch berichten, es gibt schließlich die Informationspflicht. Aber als erste Meldung?! Der Hass der AfD auf die EU ist so groß wie auf die vielen **Migranten**. Abgrundtief. Wann endlich regt sich in der Regierung wie auch Opposition die Gegenrede, die mehr verheißen als nur "Verbot" oder "Brandmauer"?

Es ist unfassbar, dass man weder in Wort noch Tat eine pointierte und wehrhaft-souveräne Haltung der Mitte findet. Wir sind doch Europäer und sollten durch den Vergleich miteinander inspiriert werden: Etwa mit Blick auf Dänemark, dessen bremsende und defensive sozialdemokratische **Migrationspolitik** den rechtsnationalen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen fähig ist, ohne dass man die Sprache des Hasses wählt.

"Heft in der Hand behalten"

Was will sich eigentlich die deutsche Politik beweisen? Dass wir die Insel der Glückseligen sind? Karl Otto Hondrich, der Soziologe mit dem "feeling tone", meinte einmal: Demokratische Politik müsse der Mehrheitsgesellschaft immer die Sicherheit geben, dass sie das Heft in der Hand behält und "dass ihre kollektiven Gefühle, Interessen und Werte Vorrang genießen". So ließen sich Angst und Fremdenhass, "die langen, bleibenden Schatten der Einwanderung, nicht tilgen, aber vielleicht bannen". Einwanderung, so Hondrich, sei eines der ungeheuersten Geschehen, die es im soziomoralischen Leben gebe, sie sei und bleibe eine Zumutung.

Die großen Fragen wie jene der Energie oder der Migration, sind europäische, ja globale Koordinationsfragen und können nicht im nationalstaatlichen Alleingang bewältigt werden. Was die Deutschen aber mit Inbrunst tun. Während Deutschland sich vom Fossilen verabschiedet, wird natürlich Öl und Gas andernorts weiter verfeuert. Da hat der alte Ökonom Hans-Werner Sinn recht. Aber nur da, seine Rückschlüsse sind hanebüchen. Doch wie alle wieder über ihn herfallen!

Nun radikalisiert sich neben der Gesellschaft auch das Wetter. Jeder schwere Regen wird zum Menetekel, dass nichts mehr sei, wie es war. Erst unerbittliche Sonne und dann Wasser in Riesenmengen über der mittigen

Unerträglich der Gedanke, dass diese Länder kippen

Bundesrepublik. Von allem zu viel, nicht mehr wohltemperiert. Es fehlt die lenkende Hand, wo ist verdammt noch mal Gott? Mit Blick auf die deutschen Wälder und den hoffentlich steigenden Grundwasserspiegel wird er derzeit aber ganz zufrieden sein.

Die Brände auf Rhodos, die wie jene auf La Palma (das ja noch nicht einmal die Verwüstungen des Vulkanausbruchs verkraftet hat) nur als Trauerspiel für Touristen gesehen werden, sind in Wahrheit existenzbedrohend und vernichtend für viele Einheimische. Wenn Inseln, der Inbegriff des Glücks und der Leichtigkeit des Seins, brennen, dann gute Nacht. Der Tourismus scheint kein Gnädiger mehr zu sein, weder für die Reisenden noch die Ortsansässigen. Er muss neu erfunden werden, will man sich noch begegnen. Und das wollen doch alle.

Reue ist manchmal angebracht

Seit Wochen sieht man die Bilder demonstrierender Israelis, ein wogendes Menschenmeer in den breiten Boulevards Tel Avivs. Repressionen wie die Iranerinnen müssen sie nicht befürchten, nicht um ihr Leben bangen. Aber die Seele der Gesellschaft ist verletzt. Man kann nur hoffen, dass der Protest einen langen Atem hat und am Ende Netanyahu und die Religiösen nachgeben. Und doch ahnt man: Deren Brutalität ist stärker. Die Einmaligkeit Israels, seine Unvergleichlichkeit, ja, seine schiere, fragile Existenz, dürfen nicht wanken. Man hängt an dieser Utopie wie an jener Amerikas, auch wenn die Brandstifter und Verräter ihr Unwesen treiben. Unerträglich der Gedanke, dass diese Länder kippen, dass alles möglich ist. In der Nacht zu Mittwoch kam der Mond der Erde besonders nah. Gleich nennt man ihn Supermond.

Es ist mehr als eine wahltaktische Volte des FDP-Verkehrsministers (der bayerischen CSU im Vorwahlkampf eins reinwürgen), dass Volker Wissing prüfen lässt, ob Andreas Scheuer, vormaliger Verkehrsminister und Verursacher des Maut-Debakels, hierfür haftbar gemacht werden kann. Es geht immerhin um eine viertel Milliarde Euro, für die die Steuerzahler aufkommen sollen. Eine nachträgliche Rüge, eine Sanktionierung, ja, eine Strafe, die diesem fahrlässigen Gesellen widerführe, wäre ein Novum in einer Demokratie. Politiker können aber kaum für ihre Fehler haften. Dann gäbe es keine Politik mehr. Aber Reue und Selbtkritik wären manchmal angebracht.

Während ein Exil-Iraker mit Kippe im Mundwinkel und ebenso lasziv wie mutwillig in Schweden den Koran verbrennt und die Gesellschaft ein Unwohlsein beschleicht ob dieser Verrohung der einst so stolz verteidigten Meinungsfreiheit, vernichten die Taliban in Afghanistan auf Hochzeiten beschlagnahmte Saiteninstrumente und Trommeln. Weil das Spielen von Musik "die Jugend auf Abwege" bringe. Der Politologe Claus Leggewie hat jüngst in einem Radiointerview gemeint: "Alle Diktatoren sind unmusikalisch." Und kindisch, ergänzt der Schriftsteller Ian Mc Ewan, weil sie einfach das machten, was sie wollten. Und die Toten, all das Elend, all die zerstörten Leben und Hoffnungen!

E-Auto-Batterien brennen heißer

Dieser vermaledeite Auto-Tanker: Da ist zwar Erleichterung über die Bergung vor dem holländischen naturgeschützten Wattenmeer, was allerdings noch nicht heißt, dass es keine Schäden gibt. Und die Hiobsbotschaft ist ja die - Batterien der E-Autos brennen heißer ab als Benziner. Alles ist bedrohlicher und komplizierter als gedacht. Und wieder eine Unwägbarkeit mehr.

Nun, im August, fliegen die Libellen. Dieses schöne Insekt ist wie eine Erscheinung aus einer anderen, sagenhaften Welt. Besonders die Blauflügel-Prachtlibelle bezaubert. Manche sagen, Libellen funkeln wie Edelsteine. Mit dem vielen Regen erwachen ihre Geister (also die Larven), auch jenseits ihrer eigentlichen Heimat, der Feuchtgebiete und Moore, von denen es in Deutschland ja nicht mehr viele gibt. Ich bin eine Naturfreundin. Und Umwelt ist für mich erfahr- und begreifbarer als das absolut klingende "Klima", das alles Leben über einen Kamm schert.

Ach, und die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen in Australien. Der Frauenfußball soll beliebter sein als der Männerfußball? Das sagt nichts.

Unerträglich der Gedanke, dass diese Länder kippen

Load-Date: August 3, 2023

End of Document